

Ex dono autoris
88
Müllbacher

Geschichte
der
europäischen Staaten.

Herausgegeben
von
A. H. L. Heeren, F. A. Ukert
und
W. v. Giesebrecht.

Geschichte Österreichs.

Von
Alfons Huber.

Dritter Band.





Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1888.

Geschichte Österreichs.

Von

Alfons Huber.

Dritter Band.





Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1888.

Inhalts-Übersicht.

Viertes Buch.

Die Periode der ersten Verbindung Böhmens und Ungarns mit Österreich. (1437—1457.)

Fünftes Buch.

Böhmen und Ungarn als Wahlreiche. — Österreichs tiefster Verfall und Wiedererhebung. (1457—1493.)

Sechstes Buch.

Österreichs Erhebung zur europäischen Großmacht.

Berichtigungen.

Seite 91, Z. 2 v. u. tilge das Komma vor gewissenlos.
„ 102, „ 7 v. u. lies heranrückte statt herangerückt.
„ 108, „ 11 lies den Grafen statt dem Grafen.
„ 164, „ 9 v. u. lies an der Mur statt an M.
„ 164, N. 1, Z. 4 v. u. lies 294—352 statt 294 352.
„ 177, Z. 13 lies ihm statt ihn.
„ 180, „ 19 lies verlangte statt verlangt.
„ 205, „ 9 lies Regiomontanus statt Regiomantanus.
„ 226, „ 8 v. u. lies gegen statt auf.
„ 2 6, „ 11 v. u. lies erobert statt erorbert.
„ 268, „ 16 lies erwerben statt verschaffen.
„ 270 (Überschrift) lies Erwerbungen statt Eroberungen.
„ 287, Z 13 v. u. lies Jahre statt Jahrr.
„ 353, „ 4 v. u. lies König statt Krieg.
„ 355, „ 1 lies hinderte statt hinderten.
„ 362, „ 12 v. u. lies in Aussicht statt die Aussicht.

Viertes Buch.

Die Periode der ersten Verbindung Böhmens und Ungarns mit Österreich. (1437—1457.)



Erstes Kapitel.

Die Erwerbung Ungarns und Böhmens durch Albrecht V. von Österreich.

So sehr auch die drei Ländergruppen, welche gegenwärtig den österreichisch-ungarischen Kaiserstaat bilden, die ungarische Tiefebene, das böhmisch-mährische Stufenland und die Thäler und Abhänge des im Osten breit auseinander laufenden Alpenstockes, ihrem ganzen Charakter nach von einander verschieden sind, so erscheinen sie doch wieder durch die Bodengestaltung auf einander hingewiesen. Ungarn und die östlichen Alpenländer werden gemeinsam durch die große Pulsader, die Donau, mit ihren wichtigsten Nebenflüssen, der Drau und Sau, durchströmt, und es hat dieselbe um so mehr die Aufgabe, den Verkehr zwischen dem Westen und Osten zu vermitteln, da sie der einzige europäische Strom ist, der einen westöstlichen Lauf hat. Böhmen und Mähren gravitieren naturgemäß gegen Süden, da es hier an jeder bestimmten Grenze fehlt und Mährens bedeutendster Fluß, die March, der Donau zufließt, während diese Länder sonst auf allen Seiten von Gebirgen eingeschlossen sind, die den nach Norden laufenden Flüssen, der Elbe und Oder, nur gerade einen Ausweg gestatten.

Es sind denn auch schon in der Zeit der Römerherrschaft Noricum und Pannonien Bestandteile eines Reiches gewesen und ist die Eroberung der Gebiete nördlich von der Donau

wenigstens angestrebt worden. Dasselbe war dann auch unter Karl dem Großen und seinen Nachfolgern der Fall, und es hat Jahrhunderte gedauert, bis sich zwischen Österreich und Ungarn, zwischen Österreich und Böhmen-Mähren feste Grenzen gebildet haben. Als endlich hier die Staaten sich konsolidiert hatten und nach dem Aussterben der Babenberger Österreich und Steiermark herrenloses Gut schienen, wurden von Böhmen wie von Ungarn aus, und zwar vorübergehend mit Erfolg, Versuche gemacht, dieselben zu gewinnen. Ein Jahrhundert später verfolgte der geniale Rudolf IV. mit klarem Bewußtsein den Plan, durch eine Erbverbrüderung mit den Häusern Anjou und Luxemburg eine dauernde Vereinigung Ungarns und Böhmens mit Österreich herbeizuführen.

Nach dem Tode des Kaisers Sigmund, des letzten männlichen Sprößlings des Hauses Luxemburg, sollte die Verwirklichung dieses Planes erfolgen, da dessen einzige Tochter mit dem Herzoge Albrecht V. von Österreich vermählt war. Denn nach den böhmischen Staatsgrundgesetzen hatten in Ermanglung von männlichen Sprößlingen die weiblichen Glieder des Herrscherhauses ein Recht auf die Krone, und auch Ungarn wurde damals als Erbreich angesehen. Sigmunds Gemahlin Maria war nicht durch Wahl, sondern als die Tochter des Königs Ludwig auf den Thron gelangt, und auch jetzt erkannten die ungarischen Stände an, daß Sigmunds Tochter Elisabeth ihre „natürliche Herrin“ sei, „der in erster Linie dieses Reich vermöge des Rechtes der Geburt gebühre“ [1]). Doch scheint Herzog Albrecht erfahren oder gefürchtet zu haben, daß seine ehrgeizige Schwiegermutter Barbara, eine geborene Gräfin von Cilli, seiner Nachfolge Schwierigkeiten in den Weg zu legen beabsichtige. Er beraubte sie daher gleich nach dem Tode des Kaisers [2]), der am 9. Dezember 1437 in Znaim aus dem Leben schied,

1) Elisabeth . . . dominae nostrae naturalis . . ., quam principaliter hoc regnum iure geniturae concernere dignoscitur. Erklärung der Stände vom 30. Mai 1439 ap. Fejér XI, 257.

2) Nicht schon vor Sigmunds Tode. S. Gesch. Österreichs II, 538. N. 2.

ihrer Freiheit, und nahm sie mit sich nach Ungarn, wo Sigmunds Leichnam in Großwardein beigesetzt werden sollte. Schon am 18. Dezember erkannten die ungarischen Prälaten, Magnaten und Adeligen, die in großer Zahl in Presburg sich eingefunden hatten, Albrecht und seine Gemahlin Elisabeth einstimmig als Herrscher an. Am 1. Januar 1438 wurden beide in Stuhlweissenburg gekrönt. Mit Zustimmung der ungarischen Großen stellte nun Albrecht seiner Gemahlin eine Urkunde aus, wodurch er ausdrücklich bestimmte, daß, wenn er vor ihr mit Tod abginge, sie und ihre Erben von den Ungarn als Herren anerkannt werden sollten [1]. Da indessen die Ungarn die Erfahrung gemacht hatten, daß seit der Wahl Sigmunds zum römischen Könige die Interessen ihres Reiches sehr oft durch die weltumfassenden Pläne desselben beeinträchtigt worden waren, so mußte Albrecht ihnen das Versprechen geben, daß er die deutsche Königskrone nicht ohne ihre Zustimmung annehmen würde. Als er aber am 18. März ohne alle Bemühungen von seiner Seite durch die deutschen Kurfürsten einstimmig gewählt ward [2], weigerten sich doch auch die Ungarn nicht, ihre Einwilligung zu geben. Von dieser Zeit an sind die Habsburger bis zum Erlöschen ihres Hauses im Besitze der deutschen Königswürde geblieben, die bei ihrer immer mehr zunehmenden Bedeutungslosigkeit und ihrem geringen finanziellen Erträgnisse [3]) bald aufhörte, ein Ziel des Ehrgeizes zu sein.

Größere Schwierigkeiten fand die Anerkennung Albrechts in Böhmen [4]), obwohl das Erbrecht seiner Gemahlin hier am

1) Nach Schreiben Elisabeths ap. Kollar, Analecta II, 915 sqq.

2) W. Altmann, Die Wahl Albrechts II. zum römischen Könige (Berlin, 1886). — Anfangs hatte sich der Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern auf die Krone Hoffnung gemacht.

3) Nach K. Sigmunds Schreiben an die deutschen Reichsstände vom 30. Januar 1412 betrugen schon damals die Einkünfte des Königs von allen deutschen Landen nicht über 13000 (Gold-)Gulden. Janssen, Frankfurts Reichscorrespondenz I, 242.

4) Palacky, Gesch. Böhmens III, 3, 289 ff. Caro, Gesch. Polens IV, 166 ff.

wenigsten bestritten werden konnte. Denn das Gesetz vom 7. April 1348 und übereinstimmend damit die goldene Bulle hatten die weiblichen Sprößlinge des Hauses Luxemburg ausdrücklich für erbfähig erklärt, und wenn man sich darüber hinwegsetzte, so mußten die wiederholt bestätigten Erbverträge zwischen den Luxemburgern und Habsburgern in Kraft treten. Aber die Verschiedenheit der religiös-politischen Anschauungen, welche die Geschicke Böhmens in den letzten Jahrzehnten bestimmt hatte, konnte auch auf die Nachfolgefrage nicht ohne Einfluß bleiben. Nur die Katholiken und die gemäßigten Kalixtiner, zu denen die meisten Herren und die Städte Prag, Kuttenberg und einige andere gehörten, waren für die Anerkennung Albrechts. Die Taboriten und die radikalen Kalixtiner, also die meisten Ritter und zahlreiche kleinere Städte, wollten keinen König, der seit Jahren der eifrigste Gegner der husitischen Ketzer gewesen war und auch die čechische Sprache nicht verstand. Denn nicht bloß durch religiöse Motive wurde diese Partei bestimmt, sondern auch durch nationale, besonders durch ihren Haß gegen die Deutschen, gegen welche eine damals in Umlauf gesetzte Denkschrift alle Antipathieen aufzuregen suchte. Es sollten daher die Böhmen (heißt es darin), wenn sie keinen Herrn aus ihrer Nation haben könnten, einen von einer andern slavischen oder von irgendeiner andern Nation auf den Thron setzen; denn mit ihnen und ihren Freiheiten wird es unter jedem andern Könige besser stehen als unter einem deutschen. Um Erbrecht oder Verträge kümmerte sich diese Partei nicht, die noch auf durchaus revolutionärem Boden stand und für Böhmen das Recht der freien Königswahl in Anspruch nahm.

Als am 26. Dezember 1437 der böhmische Landtag „zur Wahl des Königs“ in Prag zusammentrat und Kaiser Sigmunds Kanzler, Kaspar Schlick, ein geborner Egerländer, mit beredten Worten die letzten Wünsche seines verstorbenen Herrn vorbrachte, da erklärten sich nur die Katholiken und die gemäßigten Utraquisten unter Ulrich von Rosenberg und dem Oberstburggrafen Meinhard von Neuhaus für die bedingungs-

lose Anerkennung Albrechts. Die čechisch-husitische Partei dagegen, deren hervorragendstes Haupt Heinrich Ptaček von Pirkstein war, stellte die Forderung, daß die Wahl verschoben und zuerst die Punkte festgestellt werden sollten, von deren Genehmigung die Wahl Albrechts abhängig gemacht werden sollte. Als dieses Verlangen vom Landtage abgelehnt wurde, verließ die Minorität in großer Aufregung den Saal. Um einen vollständigen Bruch zu verhüten, gab die österreichische Partei nach. Beide Teile einigten sich dahin, Albrecht nur dann als König anerkennen zu wollen, wenn er die Prager Kompaktaten und die vom Kaiser Sigmund im Jahre 1436 gemachten Versprechungen bestätigte, die Rechte des Landes garantierte, alle Verpfändungen von königlichen und kirchlichen Besitzungen anerkannte, die Königinwitwe Barbara in Freiheit setzte, Mähren wieder an Böhmen zurückgäbe und auch seine österreichischen Länder mit diesem Reiche vereinigte, dessen Herr ja er wie seine Kinder sein würden. Da Albrecht diese Bedingungen mit Ausnahme des letzten Punktes annahm, so wurde er von der österreichischen Partei Anfangs Juni 1438 in Iglau als König anerkannt und am 29. Juni in Prag feierlich gekrönt.

Die Gegenpartei hatte aber trotz der am Ende des Jahres eingegangenen Verpflichtungen eine Antwort des Herzogs von Österreich gar nicht abgewartet, sondern schon im Januar beschlossen, die Krone Böhmens dem jungen polnischen Könige anzutragen, um eine Vereinigung beider Reiche herbeizuführen. Doch entschieden sich die böhmischen Gesandten, welche im März 1438 nach Krakau reisten, schließlich für Wladislaws elfjährigen Bruder Kasimir, vielleicht aus dem Grunde, weil eine polnische Konföderation im Jahre 1382 beschlossen hatte, daß ihr König im Lande bleiben müsse. Eine Versammlung der antiösterreichischen Partei in Melnik nahm den Prinzen Kasimir am 29. Mai als König an.

Der Bürgerkrieg war daher unvermeidlich!

Da die Abneigung gegen die Deutschen auch unter den polnischen Adeligen immer breiteren Boden gewann, und für Polen, das mehrere ungarische Vasallenländer an sich gebracht

hatte, ein König von Ungarn, der auch Böhmen beherrschte, in der That gefährlich schien, so hatte sich der polnische Reichstag in Form einer Konföderation für die Kandidatur Kasimirs ausgesprochen, und es rückten im Juni die Woywoden von Posen und Krakau mit mehreren Tausend Söldnern in Böhmen ein, wo sie sich mit den Anhängern Ptačeks und den Taboritenführern Bedřich von Stražnitz und Peter Polak vereinigten. Aber auch Albrecht wurde nicht bloß von den Angehörigen seiner Länder, sondern auch von mehreren deutschen Reichsfürsten unterstützt. Nicht umsonst hatte er die Deutschen aufmerksam gemacht, wie gefährlich eine Vereinigung Polens und Böhmens für das Reich sein würde, das mit Böhmen allein genug zu schaffen gehabt habe. Mehrere Fürsten, der Kurfürst von Sachsen, der Herzog Christoph von Baiern und der Sohn des Kurfürsten von Brandenburg, Albrecht (Achilles), fanden sich Anfangs August persönlich mit Mannschaft bei ihm ein. Vor seinem fast zweifach überlegenen Heere zogen sich seine Gegner in eine feste Stellung vor Tabor und endlich nach häufigen Scharmützeln in diese Stadt selbst zurück. Da sie aber einer Schlacht auswichen, so vermochte Albrecht doch keine Entscheidung herbeizuführen. Ebenso wenig Erfolg hatten Unterhandlungen, weil Albrecht die Forderung, daß er seine Tochter dem Prinzen Kasimir vermähle und diesem dann Böhmen abtrete, unbedingt ablehnte. Vielleicht war es die Überzeugung von der Unmöglichkeit der Eroberung Tabors, vielleicht die Nachricht von einer Bedrohung Schlesiens durch die Polen, was Albrecht am 15. September zur Aufhebung der Belagerung jener Stadt bewog. In der That fiel Ende September der polnische König selbst in Begleitung seines Bruders Kasimir mit einem Heere in Schlesien ein und überschwemmte unter furchtbaren Verwüstungen einen großen Teil dieses Landes. Erst der eintretende Winter und das Herannahen des Königs Albrecht, der im November über Zittau und Görlitz gegen Breslau zog, bewog die Polen zum Abzuge [1]).

1) H. Ermisch, Schlesiens Verhältnis zu Polen und zu König

Verhandlungen, die unter Vermittlung eines päpstlichen Legaten und Bevollmächtigter des Basler Konzils im Januar 1439 in Breslau geführt wurden, hatten auch jetzt kein Ergebnis, da Albrecht unerschütterlich auf seinem Rechte beharrte. Doch wurde am 10. Februar in Namslau bis zum 24. Juni ein Waffenstillstand geschlossen, während dessen Albrecht mit dem polnischen Könige persönlich zusammenkommen sollte. Der Papst setzte dann noch eine Verlängerung desselben bis zum 29. September durch. Auch zwischen den in Böhmen sich feindlich gegenüberstehenden Parteien kam eine Waffenruhe zustande.

Obwohl die Herrschaft Albrechts in Böhmen noch nicht vollständig gesichert war, begab sich derselbe doch Ende April 1439 nach Ungarn, wo besonders die von den Türken drohende Gefahr seine Gegenwart notwendig machte.

Im Sommer 1438 hatte Murad II., geführt vom walachischen Woywoden Drakul, einen Einfall in das südliche Siebenbürgen gemacht, das Land furchtbar verwüstet, zahlreiche Bewohner getötet, eine noch größere Zahl, angeblich bei 70000 [1]), darunter alle Bewohner von Mühlenbach, in die Sklaverei weggeführt. Nur die größern befestigten Städte wurden von den Türken nicht eingenommen. Auch im folgenden Jahre wendete der Sultan seine Waffen gegen Norden. Als der Despot von Serbien, Georg Brankovich, der sein Mißtrauen erregt hatte, vor ihm zu erscheinen und die Festung Semen-

Albrecht II. 1435—1439, in „Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens" XII, 237 ff. Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, 265 ff.

1) Diese Zahl in Ann. Mellic. ad 1438. Die Frankfurter Gesandten geben in Schreiben vom 19. Oktober 1438 gar mehr als 80000 an. Janssen, Reichscorrespondenz I, 463. Vgl. auch Dukas, ed. Bonn., p. 206. Dlugosz l. XII, col. 708. Die sogen. inscriptio Coronensis ap. Schwandtner I, 886, erscheint im einzelnen auch hier nicht als verläßlich. Hammer und Zinkeisen haben sich für diese ganze Periode viel zu sehr an die späteren türkischen Geschichtschreiber, besonders Seadeddin, gehalten, der sowohl in chronologischer wie in sachlicher Beziehung viele Irrtümer enthält. Engel ist auch hier voll von willkürlichen Behauptungen.

dria auszuliefern sich weigerte, belagerte er mit einem zahlreichen Heere und schweren Geschützen diese Stadt. Da Semendria einer der wichtigsten Schlüssel zum südlichen Ungarn war und Georg von Serbien mit seiner Gemahlin und seinem Sohne Lazar die Zuflucht zum Könige Albrecht nahm, so war Hilfe dringend notwendig.

Allein die Ungarn waren wieder einmal in solcher nationaler Erregung, daß sie in ihrer Abneigung gegen die Deutschen die von außen drohende Gefahr ganz übersahen.

Schon bei Albrechts erster Anwesenheit in Ofen am 18. März 1438 hatte der Nationalitätenhaß wahre Orgien gefeiert. Als der Ofener Stadtrichter, nach den Bestimmungen des Stadtrechtes ein Deutscher, einen angesehenen Ungarn wegen eines wirklichen oder angeblichen Verbrechens hatte ertränken lassen, hatten seine Landsleute zu den Waffen gegriffen und, wütend durch die Gassen der Stadt stürmend, mehrere ihnen begegnende Deutsche getötet oder verwundet, und die Häuser der meist deutschen Kaufleute geplündert. Vergebens hatte der als Inquisitor in Ofen anwesende Franziskaner Jakobus de Marchia die Rasenden zu besänftigen gesucht; seine unverstandenen Worte waren spurlos verhallt. Erst dem Ban Ladislaus Gara, einem Vetter der Königin, scheint dies gelungen zu sein [1]).

Auch jetzt hielten die ungarischen Stände die Sicherstellung ihrer Vorrechte für wichtiger als den Schutz ihres Reiches gegen die Türken. Kaum war Albrecht in Ofen angekommen, so versammelten sich daselbst auch die Prälaten, Magnaten und

1) Ich folge hier dem in nationaler Beziehung unbefangenen und gleichzeitigen Aeneas Sylvius, De viris illustr., in „Bibl. d. litter. Vereins in Stuttgart" I,3, 67, und De statu Europae ap. Freher-Struve II, 85, gegen Thwrocz IV, 25 ap. Schwandtner I, 237, der diese Vorfälle dadurch veranlaßt werden läßt, daß die Deutschen einen Ungarn Namens Eötvös, der gegen ihren Übermut die Rechte der Ungarn vertrat, in ein Haus lockten, dort zutode marterten und dann in die Donau warfen. Vgl. Ebendorffer ap. Pez II, 853. Die Zeit giebt ein Schreiben des Presburger Stadtrichters und anderer Bürger an den Rat ihrer Stadt, bei Birk, Beiträge, in „Quellen und Forschungen", S. 230, N. 1.

Adeligen und verlangten von ihm die Genehmigung einer Reihe von Artikeln, die zwar angeblich nur die Zustände unter den früheren Königen besonders Ludwig I. herstellen sollten, aber doch manche wichtige Neuerungen enthielten und die königliche Gewalt noch mehr als früher beschränkten [1]). An die Spitze wird die Bestimmung gesetzt, daß der König den Palatin nur nach dem Rate der Prälaten, Barone und Adeligen sollte ernennen dürfen, weil derselbe dem Könige vonseite der Reichsbewohner und den Reichsbewohnern vonseite des Königs Recht verschaffen und zwischen beiden Teilen Richter sein kann und soll. Der König sollte dauernd in Ungarn seinen Wohnsitz nehmen und nicht bloß bei der Verteidigung des Reiches und bei der Änderung des Geldes sondern auch bei der Verheiratung seiner Töchter nach dem Rate seiner Unterthanen sich richten. Geistliche wie Laien waren gleich bemüht, alle Lasten von sich abzuwälzen. Die Kirchen und Geistlichen sollten von allen Abgaben und Leistungen außer dem Kriegsdienste frei sein, die Edelleute, die überhaupt nur im Falle der äußersten Not aufgeboten werden sollten, nicht verpflichtet sein, außerhalb des Reiches Dienste zu leisten, sodaß der König ohne deren Zustimmung den Feind weder jenseits der Grenzen angreifen, noch über die Grenze hinaus verfolgen konnte. Obwohl dem Könige, dem in erster Linie die Verteidigung des Reiches oblag, die Pflicht auferlegt wurde, seine Soldaten zu besolden, damit sie nicht den Einwohnern zur Last fielen, so wurde doch bestimmt, daß mehrere der wichtigsten Steuern wieder auf den Stand unter Ludwig I. herabgesetzt werden sollten. Das Hauptstreben der Ungarn ging aber wie einst unter Sigmund dahin, alle Ausländer von ihrem Lande fern zu halten und einen Einfluß der Bürger, die ja auch meist Deutsche waren, nicht aufkommen zu lassen. Keinem Ausländer oder Bürger sollte vom Könige ein politisches oder militärisches Amt, eine kirchliche Würde oder eine Besitzung übertragen

1) Vollständig ap. Katona XII, 882—900. Fejér XI, 243—259, auch im Corpus jur. Hungar.

werden und dieselbe Verpflichtung auch für die Königin, den Fürsten von Serbien und den Grafen von Cilli, die in Ungarn ausgedehnte Herrschaften besaßen, und die Prälaten und Magnaten gelten.

Bei der gefährdeten Lage des Reiches blieb dem Könige nichts übrig, als alle diese Forderungen zu sanktionieren, worauf die fremden Beamten, besonders Deutsche, entfernt und durch neue ersetzt wurden [1]).

Es hängt mit dieser Abneigung der Ungarn gegen die Deutschen und die Ausländer überhaupt zusammen, daß sie das Anerbieten des Königs, die deutschen Fürsten und andere Christen gegen die Türken zuhilfe zu rufen, ablehnten, da sie allein stark genug wären und nur Ordnung und ein Haupt brauchten. Als aber Albrecht Ende Juli gegen die Türken aufbrach, scharten sich aus Eigennutz, Kurzsichtigkeit oder Gleichgültigkeit gegen das Wohl des Vaterlandes so wenige Ungarn um seine Fahnen, daß er nicht wagen konnte, im Angesichte des starken feindlichen Heeres die Donau zu übersetzen und die Türken anzugreifen. Ohne etwas unternehmen zu können, verweilte der König mehrere Wochen in der Gegend von Slankamen und Titel und mußte ruhig zusehen, wie Semendria nach tapferer Verteidigung durch den ältesten Sohn des serbischen Fürsten in die Hände des Sultans fiel und dann fast ganz Serbien von den Türken eingenommen wurde. Infolge des Aufenthaltes in den sumpfigen Niederungen der Theiß und Donau brach unter den Ungarn die rote Ruhr aus, und dies rief eine solche Entmutigung hervor, daß der größere Teil derselben, namentlich die Zuzüge aus den Komitaten, noch vor der Mitte des September nachhause lief.

Die beim Könige anwesenden ungarischen Großen sahen jetzt selbst ein, daß gegen die Türken die bisherigen Anstalten nicht genügend seien und daß man mit bloßen Redensarten gegen sie nichts auszurichten vermöge. Sie verabredeten mit

1) Schreiben des Hans Kaldenbach an einen Frankfurter Ratsherrn aus Ofen vom 21. Juni 1439, bei Janssen, Reichscorrespondenz I, 484.

dem Könige und der Königin die Aufstellung eines zahlreichen Söldnerheeres, mit welchem jener im nächsten Frühjahre ins Feld rücken sollte, und zur Erhaltung desselben die Einhebung einer hohen Steuer im ganzen Lande. Albrecht versprach, auch auswärtige Fürsten, namentlich seine Vettern, um ihre Unterstützung anzugehen [1]).

Aber bis zum Frühjahr sollte sich die Lage Ungarns nur zu sehr ändern. Die Ruhr ergriff endlich auch den König, der unvorsichtigerweise seinen Durst durch häufigen Genuß von Melonen stillte. Er wollte sich nach Wien bringen lassen, indem er meinte, wenn er nur diese Stadt sehen könnte, würde er gesund werden. Aber auf dem Wege dorthin in Neszmély (zwischen Gran und Raab) wurde er am 27. Oktober 1439 in einem Alter von erst zweiundvierzig Jahren vom Tode hinweggerafft.

Albrecht II. war eine von seinem Schwiegervater sehr verschiedene Persönlichkeit gewesen, mehr ein Mann der That als der Rede, wie Aeneas Sylvius sich ausdrückt. Schon in seiner äußern Erscheinung war dies ausgeprägt. Sein Körper war groß und stark, sein runder Kopf im allgemeinen wohlgeformt, aber durch hochgeschwollene Lippen und vorstehende Zähne entstellt, aus seinem dunkel gefärbten Gesichte leuchteten große, furchteinflößende Augen [2]). In Ungarn und Böhmen konnte er schon deswegen nicht populär werden, weil er die Sprache der meisten Bewohner nicht verstand. Aber wenn auch nicht die Liebe, so gewann er durch seine Tüchtigkeit doch die Achtung seiner neuen Unterthanen. „Er war gut“, sagt ein

1) Urk. vom 17. Sept. 1439 bei Gróf Teleki, Hunyadiak kora Magyarországon X, 70. Über den Krieg von 1439 im allgemeinen und die Eroberung Semendrias durch Murad siehe Aeneas Silvius, De viris illustr., l. c. p. 68, und Europa, l. c., p. 85. Ebendorffer ap. Pez II, 854 sq. Dlugosz, l. XII, col. 718. Dukas, p. 207 sqq. Chalkokondylas ed. Bonn., p. 245 sqq.

2) Aeneas Sylvius, De viris illustr., p. 68, und Europa, p. 86. Dlugosz l. c. 719.

böhmischer Chronist jener Zeit, „obschon ein Deutscher, kühn und mitleidig“ [1]).

Zweites Kapitel.

Die Wirren während der Minderjährigkeit des Ladislaus Postumus bis zur Schlacht bei Varna. (1439—1444).

Albrechts II. (V) früher Tod war ein ungeheurer Schlag für das Reich, für die Kirche, für sein Haus und für seine Länder.

Im Reiche arbeitete man schon lange an der Einführung politischer Reformen besonders zur Herstellung des Landfriedens, und man hatte von der Wirksamkeit Albrechts, der die Sache gleich in die Hand genommen hatte, die besten Hoffnungen gehegt, die jetzt zu Grabe getragen wurden.

Der zwischen dem Papste Eugen IV. und dem Konzil zu Basel, von dem man eine Reform der kirchlichen Mißbräuche erwartete, schon lange währende Zwist war eben damals in offene Feindseligkeiten ausgebrochen. Infolge der feurigen Vorstellungen des Kardinals Cesarini und der andauernden Bemühungen des Kaisers Sigmund hatte der Papst 1433 die Auflösung des Konzils widerrufen und die Fortsetzung desselben gestattet. Aber ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen beiden war nie mehr möglich gewesen, die Spannung zwischen beiden immer größer geworden. Das Konzil, auf dem nicht bloß die Bischöfe und Prälaten, sondern auch Doktoren und niedere Geistliche Sitz und Stimme erhielten, hatte die Annaten, Palliengelder und andere kirchliche Taxen abgeschafft, ohne für

1) Bartoss. ap. Dobner I, 204.

einen Ersatz durch andere Einkünfte zu sorgen und hatte durch Wiederherstellung des freien Wahlrechts der Kapitel und andere Dekrete die mit den größten Mißbräuchen verbundene Befugnis des Papstes zur Verleihung der wichtigsten und einträglichsten kirchlichen Pfründen beseitigt. Dadurch gereizt hatte der Papst, Verhandlungen mit den Griechen zur Herstellung der kirchlichen Union als erwünschten Vorwand benutzend, am 18. September 1437 das Konzil in Basel für aufgelöst erklärt und ein anderes nach Ferrara berufen. Die in Basel versammelten Väter hatten dann Eugen IV. am 24. Januar 1438 suspendiert und endlich am 25. Juni 1439 förmlich abgesetzt und am 5. November den Herzog Amadeus von Savoyen gewählt, der den Namen Felix V. annahm. Aufgabe des römischen Königs als des obersten Schirmvogtes der Kirche wäre es gewesen, das neue Schisma zu beseitigen und zugleich auf die Einführung der notwendigen Reformen hinzuarbeiten.

Die Vereinigung Ungarns und Böhmens, in letzterem Lande von Anfang an durch eine starke Partei bekämpft, war von zu kurzer Dauer gewesen, als daß sie als gesichert hätte gelten können. Auch bedurfte Ungarn eines ebenso angesehenen wie kräftigen Königs, um den immer rascher und heftiger werdenden Angriffen der Türken standhalten zu können. Kaum dem tüchtigsten Manne wäre es gelungen, die ihm obliegenden Aufgaben im vollen Umfange zu erfüllen. Albrecht II. hinterließ aber nur zwei Töchter, Anna und Elisabeth, jene sieben, diese ein Jahr alt, und seine Gemahlin gesegneten Leibes.

Das Haupt des Hauses Österreich war jetzt Friedrich von der Steiermark, der ältere Sohn des Herzogs, oder wie er sich seit 1414 genannt hatte, Erzherzogs Ernst.

Friedrich, der von den deutschen Kurfürsten, wie es scheint auf Betreiben seines Schwagers Friedrich von Sachsen, am 2. Februar 1440 auch zum Könige gewählt wurde, war eine von seinem Vorgänger sehr verschiedene Persönlichkeit [1]). Er

1) Eingehend handelt über die erste Zeit seiner Regierung J. Chmel, Gesch. K. Friedrichs IV., 1. u. 2. Bd. (bis 1452), Hamburg 1840. 1843,

war nicht ohne Kenntnisse, gebildeter als die meisten Fürsten seiner Zeit, konnte nicht bloß lesen und schreiben, sondern verstand auch lateinisch, wenn ihm auch ein tieferes Verständnis und ein warmes Interesse für Kunst und Wissenschaft abgingen. Seine Frömmigkeit war aufrichtig, seine Sitten musterhaft; jede Unmäßigkeit im Essen und Trinken, jede zweideutige Rede war ihm in tiefster Seele zuwider. Zugleich war er sparsam, fast geizig, auch verständig in Beurteilung naheliegender Verhältnisse. Er hätte also einen musterhaften Familienvater und braven Hauswirt abgegeben. Aber zum Regenten eines größeren Reiches paßte er nicht. Ihn interessierten vielmehr das Sammeln und Ordnen von Edelsteinen und anderen Kleinodien, worin er Kenner war, der Gartenbau und die Kultur von Trauben, Äpfeln und Birnen als die ernsten Geschäfte der Regierung. Wohl lebte in ihm der unerschütterliche Glaube an die künftige Größe des Hauses Österreich, dem er in den auf seinen Bauten und Kleinodien angebrachten Buchstaben a e i o u „(Austriae est imperare orbi universo“ oder „alls erdreich ist Osterrich underthan“) [1]) einen ebenso prägnanten wie vielsagenden Ausdruck gegeben hat. Aber um dieses hohe Ziel zu erreichen, hat er nur wenig gethan. Er war eine phlegmatische, fast apathische Persönlichkeit, der es an geistigem Schwung und Energie ganz fehlte. Wenn er durch zähes Festhalten an seinen Rechten manche Erfolge erzielte, wenigstens vor Verlusten sich

der überhaupt für diese Zeit in seinen „Regesten K. Friedrichs III.“, seinen „Materialien“ u. s. w. reichhaltigen Quellenstoff veröffentlicht hat. Eine eingehende Charakteristik Friedrichs unter Anführung der Belege aus den verschiedenen Schriften des Aeneas Sylvius u. s. w. bei G. Voigt, Enea Silvio I, 249 ff. Günstiger urteilen Bachmann, Deutsche Gesch. I, 6 ff. und Ranke, Deutsche Gesch. I⁴, 63 ff., der aber mehr die letzte Zeit Friedrichs im Auge hat. — Friedrich heißt „der Vierte“, wenn man Friedrich „den Schönen“ als König zählt. Aber die zeitgenössischen Geschichtschreiber bezeichnen Friedrich als „III“.

1) So erklärt diese Buchstaben Friedrich selbst in seinem 1437 begonnenen, allerhand Notizen und Sentenzen enthaltenden, Memorandenbuch bei Chmel I, 577 f.

bewahrte, so lag der Grund viel mehr in glücklichen Zufällen und an der Schwäche seiner Gegner, als in seiner eigenen Thätigkeit. Auch dieses unerschütterliche Beharren auf seinem Rechte hängt übrigens doch mit einer Schwäche seines Charakters zusammen, mit der Schwierigkeit, einen bestimmten Entschluß zu fassen, so daß er die dringendsten Geschäfte oft monatelang unerledigt ließ, manchmal so lange, daß eine Erledigung überhaupt nicht mehr notwendig war, weil sich unterdessen die Verhältnisse geändert hatten.

Friedrich war daher am wenigsten der Mann, die Stelle auszufüllen, die ihm Albrecht II. zugedacht hatte.

Albrecht hatte in seinem Testamente, das er am 23. Oktober 1439, vier Tage vor seinem Tode, in Neszmély gegeben hatte [1]), bestimmt, daß, wenn ihm ein Sohn geboren würde, dessen Mutter Elisabeth und der älteste Fürst des Hauses Österreich, also Friedrich von Steiermark, die Vormundschaft führen und diesen ein Rat von neun Personen zur Seite stehen sollte, drei aus Ungarn, drei aus Böhmen und dessen Nebenländern, eine aus Prag und zwei aus Österreich, die von den Ständen der betreffenden Länder gewählt werden sollten. Während dadurch eine einheitliche Regierung für alle Länder Albrechts geschaffen wurde, sollten in jedem einzelnen die Stände nach dem Rate der Königin Elisabeth und des ältesten Fürsten von Österreich bis zur Volljährigkeit seines Sohnes die Amtleute und Verweser wählen. Seinen Wohnsitz sollte der junge Prinz in Presburg nehmen, da dies allen seinen Ländern nahe und wohl gelegen sei.

So interessant aber auch dieses Testament ist, indem es den ersten Versuch darstellt, für die verschiedenen in der Person Albrechts II. vereinigten Reiche eine Gesamtregierung zu organisieren, anderseits aber den Ständen außerordentlich große

1) Mit Weglassung des Eingangs bei Fr. Kurz, Österreich unter K. Friedrich d. Vierten I, 239. Die Gründe, welche Chmel, K. Friedrich I, 426 ff. gegen die Echtheit desselben und für eine Fälschung durch Eizinger vorgebracht hat, sind ungenügend.

Befugnisse zuerkennt, so ist es doch thatsächlich ohne jede Bedeutung geblieben.

Nur die Stände von Österreich, die sich gleich nach Albrechts Tode in Perchtoldsdorf versammelten, haben davon wenigstens Notiz genommen und dasselbe mit den früheren Familienverträgen der Habsburger in Einklang zu bringen gesucht. Sie erkannten den Herzog Friedrich vorläufig bis zur Niederkunft der Königin als Verweser und, falls das zu erwartende Kind ein Knabe wäre, als dessen Vormund und im Namen desselben als Regenten in Österreich an. Doch sollte er die Rechte der Einwohner, besonders der Stände, nicht verletzen, die Einnahmen und Ausgaben nach dem Rate der Stände verwalten und die Ämter nur mit Angehörigen des Landes besetzen. Sein jüngerer Bruder Albrecht VI., der ebenfalls auf die Vormundschaft Ansprüche erhob, wurde von den Ständen abgewiesen. Falls von der Königinwitwe eine Tochter geboren würde, so sollten nach der Anschauung der österreichischen Stände alle Glieder des Hauses Habsburg, Friedrich, Albrecht und Sigmund von Tirol, Herren von Österreich sein [1]).

Während die Stände von Österreich zwar die Ansprüche der Königinwitwe auf die Vormundschaft ignorierten, aber die Rechte eines zu erwartenden Thronerben bereitwillig anerkannten, machten sich in Ungarn ganz andere Bestrebungen geltend.

Zwar war auch hier das Recht in keiner Weise zweifelhaft. Die ungarischen Stände selbst hatten wiederholt und noch nach Sigmunds Tode und im verflossenen Mai auf dem Reichstage in Ofen Elisabeth und ihre Nachkommen als Erben des Thrones anerkannt, und Elisabeth nahm denn auch nach dem Tode ihres Gemahls die Regierung ohne weiteres in ihre Hände. Aber jetzt meinten viele, daß bei der großen Gefahr, welche von den Türken drohte, dem Lande weder mit einem Weibe, noch mit einem Kinde geholfen sei und daß nur ein Mann die Zügel der Regierung zu führen und Ungarn gegen die anstürmenden

1) Die Urk. und Friedrichs Annahme der Bedingungen der Stände (vom 1. Dezember) bei Kurz a. a. O. I, 243ff.

Feinde zu verteidigen vermöge. Verschiedene Fürsten wurden von den um Neujahr in Ofen versammelten Ständen ins Auge gefaßt, darunter der König Wladislaw von Polen und Lazar, der jüngste Sohn des in Ungarn lebenden Serbenfürsten Georg Brankovich. Wladislaw zählte zwar auch erst funfzehn Jahre, war also kaum dem Knabenalter entwachsen. Aber durch die Vereinigung Polens mit Ungarn hoffte man, den Türken eine große Macht entgegenstellen zu können, jedenfalls wurde eine Verbindung der Türken mit den Polen hintertrieben, wie sie gerade damals Sultan Murad anstrebte, der bereits Gesandte nach Krakau abgeschickt hatte. Die Vertreter der Berufung Wladislaws glaubten ihre Absichten auch mit den Anforderungen des Rechtes vereinigen zu können, indem sie die Vermählung der Königin Elisabeth, der eigentlichen Erbin des Reiches, mit dem polnischen Könige vorschlugen, der freilich um wenigstens funfzehn Jahre jünger war als sie. Das zu erwartende Kind von Albrecht sollte, wenn es ein Knabe wäre, Böhmen und Österreich erhalten, einem von Wladislaw zu hoffenden Sohne nur Ungarn zufallen.

Lange weigerte sich die Königin Elisabeth, die mit Sicherheit auf die Geburt eines Sohnes rechnete, diesen Forderungen nachzugeben, obwohl auch ihr Vetter Ladislaus Gara ihr dazu riet. Erst nach langem Sträuben gab sie unter gewissen Bedingungen [1]) zur Vermählung mit dem polnischen Könige

1) willigat sich, den von Polan zu nemen. Aber doch hielt sie jn drey sach für, die man wol wais. Ob sie das halten wolten, so wolt sie den von Polan nemen. Aber sie wessat wol, daz sie der dreien artikel kainen hielten, weder der von Polan noch ungrische herren, und wolt damit ausgen aus der willigung, die sie getan het, den von Polan zu nemen, sagt Elisabeths Vertraute, die Aja der kleinen Prinzessin Elisabeth, Helene Kottannerin, in ihren „Denkwürdigkeiten", S. 16. Welches diese drei Artikel waren, wissen wir leider nicht, da die Instruktion für die nach Polen gehenden Gesandten bis jetzt nicht aufgefunden ist, und Aeneas Sylvius, Europa ap. Freher II, 86 und Epist. (ed. Basil.) no. 81, Dlugosz l. XII, col. 719 sqq. und Thwrocz l. IV, c. 28 sqq. ap. Schwandtner I, 240 sqq., die für die Vorgänge in Ungarn nach Albrechts II. Tode und die folgenden

ihre Zustimmung, vielleicht um nicht zu einer noch verhaßteren Heirat gezwungen zu werden, vielleicht auch nur um Zeit zu gewinnen. Der Bischof Johann von Zengg und mehrere hervorragende weltliche Würdenträger begaben sich nun nach der Mitte des Januar 1440 als Gesandte nach Krakau, wo König Wladislaw mit zahlreichen Großen verweilte.

Während in Krakau noch unterhandelt wurde, gebar Elisabeth am 22. Februar in Comorn einen Sohn, dem sie den Namen Ladislaus gab. Sie meldete dies nun gleich den Gesandten, die nach Polen gegangen waren, und widerrief die denselben gegebene Vollmacht, welche sie nur für den Fall ausgestellt haben wollte, daß sie keinen Sohn erhielte. In Wladislaw und seinen Räten stiegen nun in der That Bedenken auf, ob er jetzt, wo Ungarn einen legitimen Thronerben hatte, dem an ihn ergangenen Rufe Folge leisten sollte. Da aber die ungarischen Gesandten erklärten, sie seien von Elisabeth, die übrigens auch sie als ihre gegenwärtige Königin und Herrin bezeichneten [1], für alle Fälle bevollmächtigt, so nahm der Polenkönig die Wahl zum Könige von Ungarn an und fertigte am 8. März die Urkunden aus, welche die Bedingungen seiner Berufung auf den ungarischen Thron festsetzten. Wladislaw versprach, die Rechte und Freiheiten der Ungarn zu bestätigen und aufrechtzuerhalten, mit polnischen Truppen Ungarn gegen die Türken und andere Feinde, wie mit ungarischen Polen gegen die Tataren zu verteidigen, die Zips ohne Lösegeld wieder

Thronkämpfe unsere Hauptquellen sind (Callimachi Hist. de rege Vladislao und Bonfinius, Rer. Hung. decad., die jene nur willkürlich ausgeschmückt haben, sollte man nicht mit ihnen auf gleiche Linie stellen!) darüber auch nichts Näheres bieten. Von neueren Darstellungen vgl. Caro IV, 206 ff. Szalay III, 18 ff. Feßler-Klein II, 450 ff. Gróf Teleki, Hunyadiak kora Magyarországon I, 157 sqq. (ein mit außerordentlichem Fleiße gearbeitetes Werk, wo aber gleichzeitige und spätere Quellen wie gleichwertige benutzt sind).

1) Ex consensu serenissimae principis d. Elisabeth, reginae Hungariae modernae, dominae nostrae ap. Katona XIII, 38. So auch K. Wladislaw in seiner Urkunde ibid. 27: principem d. Elisabeth, eiusdem regni reginam modernam.

zurückzugeben, vor seiner Krönung die Königin Elisabeth zu heiraten, aber sie vor Ablauf des Trauerjahres nicht zur Vollziehung der Ehe zu nötigen und ihrem Sohne Ladislaus zum Besitze von Böhmen und Österreich zu verhelfen. Auch auf Ungarn sollte diesem sein Erbrecht gewahrt bleiben, wenn er selbst keine Kinder hinterließe [1]).

Elisabeth war entrüstet, als ihr zwei der Gesandten, Matthäus von Thallócz, Ban von Croatien, und der Oberst-truchseß Emerich Marczali, die Vertragsurkunden überbrachten, und ließ diese ins Gefängnis werfen. Sie war entschlossen, ihrem Sohne seine Rechte auf alle Reiche, die sein Vater besessen hatte, zu wahren. Ihr Vetter Ulrich von Cilli stand ihr als erfahrener Ratgeber zur Seite. Da sich König Friedrich, zufrieden, die Regierung in Österreich in seine Hände gebracht zu haben, um seinen Mündel gar nicht kümmerte, so übertrug sie am 10. April die Vormundschaft über ihren Sohn dessen energischerem Bruder Albrecht VI. Dieser Schritt, zu dem sie vielleicht der mit dem Könige Friedrich auf feindlichem Fuße stehende Ulrich von Cilli bewogen hatte, kann indessen als kein glücklicher bezeichnet werden. Denn Albrecht, ein Fürst ohne Land, war wohl von einem glühenden Ehrgeize durchdrungen, konnte ihr aber keine Hilfsmittel zur Verfügung stellen und wurde auch von niemandem als Vormund anerkannt. Um übrigens dem Königtume ihres Sohnes eine feste Rechtsbasis zu verschaffen, ließ Elisabeth denselben am 15. Mai in Gegenwart der Bischöfe von Raab und Veszprim, des Herzogs Albrecht von Österreich, Ulrichs von Cilli und einiger Magnaten durch den Erzbischof von Gran mit der Krone des heiligen Stephan, die ihre vertraute Dienerin Helene Kottannerin schon im Februar aus ihrem Aufbewahrungsort Vissegrád heimlich fortgenommen hatte [2]), in Stuhlweissenburg krönen, sodaß alle Be-

1) Die Urkunden bei Katona XIII, 23 und Chmel, K. Friedrich II, 729.

2) Wie dies geschah, schildert eingehend Helene Kottannerin in ihren „Denkwürdigkeiten", die überhaupt für alle Vorgänge am Hofe der

dingungen erfüllt waren, welche die Ungarn für die Rechtmäßigkeit eines Königs verlangen.

Um dieselbe Zeit fiel aber Ungarns Hauptstadt in die Hände ihres Gegners. Wladislaw von Polen war durch Unruhen in Litauen und durch finanzielle Schwierigkeiten länger in Polen festgehalten worden, als es seinen Ratgebern lieb war. Erst am 22. April kam er mit einem polnischen Heere von 4000 Mann nach Käsmark, wo auch seine ungarischen Anhänger sich bei ihm einfanden. Der eifrigste von allen war Simon von Rozgon, Bischof von Erlau, den die Königin Elisabeth dadurch zu ihrem Todfeinde gemacht hatte, daß sie nicht ihm sondern dem Dionys Széchy das Erzbistum Gran übertragen hatte. Während noch in Käsmark, wo Wladislaw zwölf Tage blieb, polnische Patrioten dringend rieten, der König möge das ungarische Unternehmen aufgeben, stellte Rozgonyi einen leichten Erfolg in Aussicht und verschaffte dadurch, besonders vom Bischofe Zbygniew von Krakau unterstützt, den entgegengesetzten Bestrebungen das Übergewicht. Rozgonyi zog dem Könige mit einer Truppenabteilung voraus, um demselben den Besitz von Ofen zu sichern. Der Palatin Lorenz von Hedervára ließ sich nach längerem Schwanken bewegen, dem polnischen Könige die Thore der Burg und der Stadt Ofen zu öffnen. Am 21. Mai hielt Wladislaw in Ofen seinen Einzug. Ein Versuch Ulrichs von Cilli, sich der Hauptstadt zu bemächtigen, kam zu spät. Ja Ulrich wurde bald darauf, als er sich aus dem belagerten Raab retten wollte, selbst gefangen und erst nach längerer Zeit gegen Stellung von Geiseln provisorisch in Freiheit gesetzt.

Da der Erfolg Wladislaws gesichert schien, kamen fast alle ungarischen Bischöfe und zahlreiche Große zu ihm, um ihm die Huldigung zu leisten. Auch Niklas von Ujlak, Ban von Machow, der noch der Krönung des kleinen Ladislaus in Stuhlweissenburg beigewohnt und den Knaben zum Ritter geschlagen hatte, fand

Königin Elisabeth vom Tode K. Albrechts bis zum Anfang des Juni 1440 eine wichtige Quelle sind.

sich bei Wladislaw ein. Ja sogar der Erzbischof Dionys von Gran und Ladislaus Gara, Elisabeths Vetter, ließen sich bewegen, unter Zusicherung sicheren Geleites nach Ofen zu kommen. Gara wurde zur Übergabe Vissegráds bewogen, aber dann trotz des Geleitsbriefes einige Tage gefangen gehalten, weil man ihm die Entfernung der Reichskrone aus dieser Feste zur Last legte. Der Kardinal-Erzbischof Széchy war schwach genug, mit den übrigen Mitgliedern des ungarischen Reichstages am 29. Juni der Wahl Wladislaws zum Könige beizustimmen und ihm am 17. Juli in Stuhlweissenburg die Krone aufzusetzen, die man in Ermanglung der Reichskrone dem Haupte Stephans des Heiligen entnommen hatte.

So ungünstig sich aber auch die Lage der Dinge für die Königin Elisabeth gestaltete, so verlor sie doch den Mut nicht. Sie rief ihre Anhänger zu den Waffen und warf sich, um eine mächtige Stütze zu erhalten, dem Könige Friedrich in die Arme. Sie erkannte ihn endlich als Vormund ihres Sohnes an und vertraute diesen wie die ungarische Königskrone seinem Schutze an. Friedrich lieh ihr nun mehrmals bedeutende Geldsummen [1]), freilich als vorsichtiger Geschäftsmann nur gegen sichere Pfänder, wie sie ihm denn für 2500 Dukaten ihre eigene Krone [2]), für 8000 Dukaten die Stadt Ödenburg versetzen mußte. Mit diesem Gelde warb sie namentlich böhmische Söldner, die leicht zu haben waren, da die Taboriten und ihre Führer, nur an den Krieg gewöhnt, mit Verleugnung ihrer früheren religiösen und politischen Grundsätze jetzt nur noch dem Erwerbe nachjagten. Schon in Comorn hatte sich Johann Schmikausky von Saar bei Elisabeth eingefunden und hatte sie mit 700 Mann zur Krönung ihres Sohnes nach Stuhlweissenburg begleitet. Einem andern Söldnerführer, Johann Giskra oder Jiskra von Brandeis [3]), den sie zu ihrem Feldhauptmann ernannte, ver-

1) Lichnowsky VI, Reg. Nr. 104. 118. 146. 151. 196.

2) Nicht die ungarische Reichskrone. S. Birk, Beiträge zur Gesch. der Königin Elisabeth von Ungarn und ihres Sohnes K. Ladislaus 1440—1457, in „Quellen und Forsch. zur vaterl. Gesch." (1849), S. 214 ff.

3) Vgl. über ihn und andere Söldnerführer Aeneas Sylvius, De

traute sie die Verteidigung der nordwestlichen Gegenden des Reiches von der mährischen Grenze bis Kaschau an. Gestützt auf die teils slavische teils deutsche Bevölkerung dieser Gebiete, besonders auf die zahlreichen deutschen Städte, welche dem Sohne des Königs Albrecht die Treue wahrten, war Giskra mit seinem Unteranführer Talafus von Ostrow den Anhängern des polnischen Königs im ganzen entschieden überlegen und nahm auch mehrere Städte der Zips ein, so daß die Verbindung Wladislaws mit Polen gefährdet wurde. Elisabeth selbst, die in Presburg ihren Sitz aufschlug, bedrängte das dortige Schloß, das in den Händen Stephan Rozgonyis, des Bruders des Bischofs von Erlau, war. Auch Ladislaus Gara und der Erzbischof Dionys von Gran traten bald nach der Krönung Wladislaws wieder zu ihr über. Des Erzbischofs Bruder Thomas Széchy beunruhigte von Gran aus die Gegend von Ofen und verbrannte sogar eine Vorstadt. Gara und andere Große wurden zwar, als Wladislaw aus Polen zahlreiche Verstärkungen erhielt, von Niklas Ujlaky und Johann Hunyady bei Bátaszék an der Donau nördlich von Mohács geschlagen. Auch Thomas Széchy und der Kardinal-Erzbischof wurden zu einem Waffenstillstande gezwungen. Dagegen erlitt Wladislaws Feldherr Stephan Bánffy von Lindva am 1. März 1441 durch den Böhmen Jan Witowetz, den Hauptmann der Cillier, bei Szamobor südwestlich von Agram eine gänzliche Niederlage und wurde selbst gefangen. König Wladislaw, der nun persönlich gegen die Cillier in die südwestlichen Reichsgebiete zog [1]), bewog diese zwar am 19. April zum Frieden. Aber der von ihm im Februar 1442 gemachte Versuch, die Stadt Presburg

viris illustr. l. c., p. 56—58. Palacky, Gesch. Böhmens IV,1, 508ff. Krones, Die böhmischen Söldner im östlichen Oberungarn, Programm des Gymn. in Graz. 1862.

1) Er urkundet (in descensu exercituali oder campestri) am 14. März sub castello Marmankev, am 2. April iuxta vallem Zenthgywrgwelge (im Südwesten des Szalader Komitats), am 11. bei Körmönd. Cod. d. patr. IV, 326. 327; VII, 459.

zu erobern, mißlang und in Oberungarn behauptete Giskra dauernd das Übergewicht [1]).

So schwankte der Krieg ohne Entscheidung hin und her, und das Land wurde besonders von den Söldnerbanden furchtbar verwüstet. Weder Wladislaw noch Elisabeth war stark genug, die Gegner niederzuwerfen und im ganzen Reiche sich Anerkennung zu verschaffen. Da nun Ladislaus Postumus auch in Böhmen nicht als König anerkannt wurde und Friedrich III., mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, gar nichts für seinen Mündel that, aber doch sich weigerte, diesen seiner Mutter auszuliefern, so ward endlich auch die Königin Elisabeth einem Abkommen mit Wladislaw geneigt. Der beredte und gewandte Kardinal Julian Cesarini, den der Papst Eugen IV. als seinen Legaten nach Ungarn schickte, um den Frieden in diesem Reiche herzustellen und dadurch die Kräfte Ungarns und Polens gegen die immer gefährlicher werdenden Türken verfügbar zu machen, gab sich große Mühe, einen Ausgleich zustande zu bringen. Nach mehrmonatlichen Verhandlungen gelang es endlich, im September 1442 den Abschluß eines Waffenstillstandes zu bewirken und auch eine Basis für den Frieden zu finden, mit der sich Wladislaw wie Elisabeth zufrieden erklärten. Jener sollte seinen Rechten auf Ungarn und dem Königstitel entsagen, aber mit voller Gewalt die Regierung dieses Reiches führen, bis Ladislaus das fünfzehnte Lebensjahr vollendet hätte, auch, wenn dieser früher oder ohne Nachkommen mit Tod abginge, als sein Erbe ihm auf dem Throne folgen. Wladislaw und sein Bruder Kasimir sollten die beiden Töchter Elisabeths

1) Vgl. über die Kriege von 1440—1442 außer Dlugosz und Thwrocz l. c., unseren Hauptquellen, auch die „Cillier Chronik", herausgegeben von Krones R. v. Marchland, Kap. 21f., S. 96ff., und die Briefe bei Palacky, Gesch. von Böhmen IV, 1, 58, N. 51; 70ff., N. 68. 69. 74; dann die Urk. K. Wladislaws für Hunyady von 1441, Okt. 8., im Cod. patr. IV, 329, durch welche die Angaben der beiden erstgenannten bezüglich der Schlacht bei Bátaszék bestätigt werden, Urk. von 1441, April 2., l. c. VII, 459, und den Friedensschluß mit dem Grafen von Cilli bei Chmel, Materialien I, 2, 64, und ap. Katona XIII, 150.

heiraten und ersterer als Mitgift seiner Gemahlin für 200000 Gulden Schlesien als Heiratsgut erhalten. Zur Entschädigung für die Auslagen, die Polen bisher zugunsten Wladislaws gemacht hatte, sollte es nicht bloß im Besitze Rotrußlands und der Moldau von Ungarn nicht mehr angefochten, sondern auch die Zips ihm bleibend überlassen werden.

Der Annahme dieser Bedingungen widersetzten sich indessen die ungarischen Großen, vielleicht weil sie die Wahl und Krönung Wladislaws nicht für ungültig erklären lassen, vielleicht weil sie auf die von Polen in Besitz genommenen Länder nicht dauernd verzichten wollten. Es blieb daher nichts übrig, als neue Grundlagen für den Frieden zu suchen. Wieder machte Kardinal Julian den Vermittler und brachte es endlich dahin, daß Wladislaw selbst sich um den 25. November zu Elisabeth nach Raab begab, um mit ihr persönlich zu unterhandeln. Der Verkehr der Königin mit ihrem jungen und liebenswürdigen Gegner wie die Zureden des Kardinals blieben auf sie nicht ohne Einfluß. Wieder kam eine Einigung zustande, deren Bedingungen wir leider nicht kennen. Wir haben nur die Versicherung Elisabeths, daß sie die Rechte ihres Sohnes nicht verkürzen und schädigen wolle [1]). Schon war in der Domkirche von Raab der Abschluß des Friedens in ungarischer, polnischer und deutscher Sprache feierlich bekannt gemacht, als Elisabeth infolge einer Dysenterie und eines Unterleibsleidens, das sie den Ärzten verheimlicht hatte, nach kurzer Krankheit am 19. Dezember 1442 aus dem Leben schied.

Nach Elisabeths Tode traten wohl mehrere ihrer bisherigen Anhänger auf die Seite des Königs Wladislaw über. Allein die hervorragendsten, wie der Erzbischof von Gran, Ladislaus

1) Schreiben der Königin Elisabeth an die Stadt Presburg, dat. Raab, 17. Dez. 1442, in „Quellen und Forsch.", S. 222. Dlugosz, l. XII, col. 769sqq., unsere einzige Quelle für die Verhandlungen zwischen Wladislaw und Elisabeth, giebt leider die Friedensbedingungen nicht an. Nach col. 771 war einer der Punkte auch jetzt die Vermählung Wladislaws mit Elisabeths älterer Tochter, während nach Aeneas Sylvius ap. Kollar II, 116 Elisabeth selbst den König heiraten sollte.

Gara und Giskra von Brandeis, hielten an der Idee des Erbrechtes des jungen Ladislaus fest und wendeten sich um Hilfe an dessen Vormund, den König Friedrich. Dieser brachte auch Raab durch Zahlung von 3000 Dukaten an die Kommandanten in seine Hände. Aber wie er sich nie zu einem energischen Handeln aufraffen konnte, so that er auch in Ungarn für Ladislaus nichts. Es gelang daher dem Kardinal Cesarini, dessen Ziel immer ein großer Türkenkrieg war, ihn im Sommer 1443 zur Anknüpfung von Verhandlungen zu bewegen, die endlich zum Abschlusse eines zweijährigen Waffenstillstandes zwischen Friedrich und Wladislaw und deren Anhängern auf Grundlage des augenblicklichen Besitzstandes führten [1]). Der größte Teil von Ungarn war so für das Haus Habsburg verloren.

Nicht viel besser lagen die Dinge in Böhmen [2]).

Die beiden Hauptparteien, die husitisch-nationale unter Ptaček und die österreichische unter Rosenberg und Meinhard von Neuhaus, standen sich auch jetzt noch gegenüber, aber jene hatte sonderbarerweise ihren Kandidaten Kasimir von Polen gerade jetzt fallen lassen, wo ihm durch den Tod seines Gegners Albrecht von Österreich der Weg zum Throne geebnet schien. Ptaček und seine Gesinnungsgenossen wollten jetzt nur überhaupt einen König, der sich verpflichtete, die Prager Kompaktaten in dem Sinne, den sie ihnen beilegten, dem Papste und dem Konzil gegenüber zur Geltung zu bringen und die Anerkennung Rokycanas als Erzbischof von Prag durchzusetzen. Die unbestreitbaren Rechte der Königin Elisabeth ignorierten sie vollständig. In dieser Beziehung nahm aber auch die österreichische

1) Beurkundet haben Friedrich III. und sein Bruder Albrecht diesen Waffenstillstand erst am 21. Mai 1444. Chmel, Reg. Frid. III., p. LXI. Doch ist er offenbar schon früher verabredet worden, wie ja auch Giskra mit dem Bischofe Simon von Erlau als Vertreter des Königs Wladislaw schon am 1. Sept. 1443 bis 29. Sept. 1444 auf Basis des gegenwärtigen Besitzstandes einen Waffenstillstand schloß. Teleki X, 135. Vgl. über die Verhandlungen mit K. Friedrich Feßler-Klein II, 476ff.

2) Palacky IV, 1, 3ff.

Partei eine sehr zurückhaltende Stellung ein. Nur die Schlesier blieben dem Prinzip der Legitimität treu. Besonders die Breslauer wiesen die Lockungen des Königs Wladislaw, der sie nach Albrechts Tode zum Anschlusse an Polen bewegen wollte, energisch zurück [1]).

In Böhmen einigten sich auf einem allgemeinen Landtage im Januar 1440 beide Parteien im „Friedensbriefe" (list mírný) dahin, daß die Kompaktaten und die Verschreibungen des Kaisers Sigmund von allen gehalten und die Bestätigung Rokycanas angestrebt werden sollte. Zugleich wurden mehrere Streitigkeiten zwischen einzelnen Adeligen beigelegt und der Grundsatz ausgesprochen, daß alle Fehden und Feindseligkeiten aufhören sollten. Da aber für die Zeit, wo Böhmen keinen König hatte, sogar die Gewalt der obersten Landesbeamten außer Wirksamkeit gesetzt ward, so blieb die Herstellung des Landfriedens den einzelnen Kreisen überlassen. Es wurden denn auch im Laufe des März von den verschiedenen Kreisversammlungen entsprechende Anordnungen getroffen. Jeder Kreis wählte einen Hauptmann und gab diesem einen Rat bei, mit dem er alle Streitigkeiten schlichten und Landfriedensbrecher bestrafen sollte. Vier eifrig husitische Kreise im Osten schlossen unter sich noch einen besonderen Bund und wählten Heinrich Ptaček zum Oberhauptmann, dessen Macht und Einfluß dadurch noch mehr stiegen. Die Vornahme der Königswahl wurde auf den nächsten Landtag verschoben. Denn man hatte sich nicht bloß über einen Kandidaten nicht verständigen können, sondern war nicht einmal darüber einig, wer den König zu wählen habe, ob die Böhmen allein oder auch Vertreter der Nebenländer, ob nur der Herrenstand oder auch die Ritter und Städte. Eine Königswahl war eben in Böhmen etwas ganz Neues, da es sich bei den bisherigen sogenannten Königswahlen immer nur um die Anerkennung des zum Throne Berechtigten durch den Landtag, also um eine Art Huldigung, gehandelt hatte.

1) H. Ermisch, Mittel- und Niederschlesien während der königlosen Zeit 1440—1452. „Zeitschr. f. Gesch. Schlesiens", XIII, 4ff.

Unterdessen gebar die Königin Elisabeth einen Sohn und bat nun die Böhmen, von einer Königswahl abzustehen. Die Schlesier, Ober- und Nieder-Lausitzer und ein Teil der Mähꝛer leisteten auch ihr und ihrem Sohne die Huldigung [1]). Die Böhmen aber ließen sich von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Nach langen und hitzigen Streitigkeiten über die Frage, wem das Recht der Königswahl zustehe, ernannte der Landtag am 15. Juni 1440 zur Vornahme derselben einen Ausschuß von 18 Herren, 14 Rittern und 14 Vertretern der Städte, denen dann noch der gewählte Erzbischof Rokycana beigesellt wurde. Bei den Beratungen des Ausschusses betonte zwar Ulrich von Rosenberg die Rechte der Königin Elisabeth und ihres Sohnes und wies auch auf die Ansprüche der übrigen Habsburger infolge der früheren Erbverbrüderungen mit Böhmen hin. Aber es drang auch hier die Ansicht Ptačeks durch, daß man dem Lande einen König geben müsse, welcher der Regierung gewachsen sei, und daß es für Ladislaus genüge, wenn er einst als Mann zur Regierung gelange. Unter den verschiedenen Fürsten, die als Kandidaten in Vorschlag gebracht wurden, kamen der König Wladislaw von Polen, für den die Taboriten eintraten, der bejahrte Kurfürst Friedrich von Brandenburg und der Herzog Albrecht von Baiern-München ernstlich in Betracht. Für den letztgenannten wurde besonders geltend gemacht, daß er einst am Hofe König Wenzels sich die Kenntnis der böhmischen Sprache und Sitten angeeignet hatte. Er wurde denn auch nach mehrtägigen Beratungen beinahe einstimmig zum Könige gewählt; selbst Ulrich von Rosenberg hatte für ihn gestimmt. Man wollte von ihm fast dieselben Bedingungen verlangen, die man einst an Albrecht von Österreich gestellt hatte, namentlich auch die Einverleibung seines baierischen Anteils in das Reich Böhmen fordern.

1) Nach Elisabeths Schreiben, dat. 27. August 1440, bei Freyberg, Sammlung hist. Schriften III, 67, wo eine Anzahl wichtiger Aktenstücke „Zur Gesch. der Wahl Herzogs Albrecht von Baiern zum König von Böhmen“ abgedruckt ist. Vgl. auch Chmel, Friedrich IV., II, 26 ff. 52 ff.

Albrecht von Baiern hatte schon seit dem Februar mit böhmischen Adeligen Verbindungen unterhalten, um mit ihrer Unterstützung die böhmische Krone zu erlangen. Er war auch jetzt geneigt, die Forderungen der Böhmen zu erfüllen bis auf die Inkorporierung Baierns, die eine Verletzung der wittelsbachischen Hausgesetze gewesen wäre. Aber es stiegen doch Zweifel in ihm auf, ob denn die böhmischen Stände ein unbedingtes Wahlrecht hätten, und ob dieses Land nicht vielmehr ein Erbreich wäre. Während er darüber und über andere Fragen Erkundigungen einziehen ließ, kamen an ihn Schreiben der Königin Elisabeth und des Königs Friedrich, die entschieden die Rechte des jungen Ladislaus und der übrigen Glieder des Hauses Österreich betonten. Da auch Ulrich von Rosenberg, den er bei einer Zusammenkunft mit böhmischen Abgeordneten in Cham Ende August heimlich um Rat fragte, sich im gleichen Sinne aussprach, so lehnte er die Wahl in höflicher Form ab, indem er bemerkte, daß er wegen der Zugehörigkeit Böhmens und Baierns zu Deutschland die Entscheidung des Reichsoberhauptes einholen müsse.

So dauerte die Anarchie in Böhmen fort und mit ihr die zahlreichen Fehden und Gewaltthaten, welche sie in einem von Parteiungen so aufgewühlten Lande notwendig im Gefolge haben mußte. Die Ptačeksche Partei machte noch wiederholt einen Versuch, die Wahl eines Königs zustande zu bringen. Aber Ulrich von Rosenberg, der mächtigste aller böhmischen Herren, ohne den auch die übrigen eine so wichtige Frage nicht lösen wollten, wußte jedesmal entweder durch sein Ausbleiben den Landtag zu vereiteln, oder wenigstens die Königswahl zu verhindern und hinauszuschieben. Er erreichte dadurch wirklich, daß die Gegenpartei mürbe ward, und daß Ptaček selbst auf einer Gesandtschaftsreise nach Wien im Mai 1443 die böhmische Krone dem Könige Friedrich anbot. Dieser erwiderte aber auf solche Anträge, die ihm noch öfter gemacht wurden, jedesmal, die Böhmen hätten bereits einen König; er werde die Rechte seines Mündels nicht verkürzen. Ptaček zeigte sich nun geneigt, auch den jungen Ladislaus als König anzuerkennen, wenn

Friedrich ihn zur Krönung nach Prag brächte und dort als Vormund die Regierung der böhmischen Länder führte. Auf Ptačeks Betreiben erklärte sich im folgenden Juni auch der böhmische Landtag unter obiger Bedingung zur Anerkennung Ladislaus' bereit. Doch fügte dieser noch die Forderungen hinzu, die man schon Albrecht II. und dem Herzoge Albrecht von Baiern gestellt hatte. Aber gerade die wichtigsten Bedingungen wies Friedrich zurück. Weder wollte er seinen Mündel nach Böhmen bringen lassen, da dieser doch zur Regierung unfähig und bei seinem Vormunde und Vetter am besten aufgehoben wäre; noch wollte er selbst in Prag seine Residenz aufschlagen, angeblich, weil kirchliche und Reichsangelegenheiten ihm dies unmöglich machten, in Wirklichkeit aber weil er sich durch die Regierung Böhmens, die ebenso viel Energie als Einsicht erfordert hätte, in seiner Ruhe nicht stören lassen wollte. Er gab daher den Böhmen den Rat, sie sollten sich selbst eine provisorische Regierung wählen. Wie hätte sich aber der böhmische Landtag bei der Verschiedenheit der religiösen und politischen Parteien und dem Ehrgeize ihrer Häupter darüber einigen sollen?

Als man im November 1446 endlich an die Einsetzung eines Landesverwesers und eines ihm zur Seite stehenden Rates gehen wollte, weigerten sich die Städte so entschieden, die sonst dem Könige ihnen gegenüber zustehenden Rechte durch einen andern ausüben zu lassen, daß die Entscheidung wieder vertagt wurde. Die Auslieferung des jungen Ladislaus aber vermochten die Böhmen nie zu erwirken, indem der König Friedrich jetzt besonders die Taktik befolgte, dieselben durch alle möglichen Vorwände hinzuhalten. Er wurde dabei vorzüglich durch seinen Vertrauten Ulrich von Rosenberg unterstützt, der es meisterhaft verstand, jede Entscheidung hinauszuschieben, oft gerade dadurch, daß er auf dem Landtage einem Antrage zustimmte, aber dann die Ausführung des Beschlusses hintertrieb oder gegen die Erfüllung der böhmischen Forderungen intriguierte. Rosenberg nahm die gleiche Haltung auch in einer andern Frage ein, welche das Land in dieser Zeit vorzüglich beschäftigte. Er

opponierte nie einem Beschlusse des Landtags zugunsten Rokycanas und entwarf sogar selbst das Gesuch, welches die Stände im November 1446 an den Papst richteten, um die Bestätigung desselben wie der Kompaktaten zu erwirken. Aber im geheimen agitierte er dagegen, und gewiß nicht am wenigsten ist es seinen Ratschlägen zuzuschreiben, daß der Papst Nikolaus V. alle religiösen Wünsche der Böhmen ablehnte und der von ihm im Frühjahr 1448 nach Prag geschickte Kardinal Carvajal die Utraquisten durch sein schroffes Auftreten erbitterte. Freilich verlor Rosenberg infolge seiner rein negativen Politik und seiner Doppelzüngigkeit in Böhmen immer mehr an Ansehen, und es wuchs dagegen der Einfluß Georgs von Podiebrad, der nach Ptačeks Tode im Jahre 1444 in einem Alter von erst vierundzwanzig Jahren von den eifrigeren Utraquisten als Führer anerkannt worden war. Aber das erreichte Rosenberg wenigstens, daß bis zum Jahre 1448 keine wesentliche Änderung der Verhältnisse eintrat und daß, wenn auch das Haus Habsburg nicht in den Besitz Böhmens gelangte, wenigstens kein anderer zum Könige gewählt ward.

Unterdessen war in Ungarn durch den Untergang des Königs Wladislaw eine vollständige Änderung der Verhältnisse eingetreten.

Nach der Einnahme von Semendria im Sommer 1439 hatten die Türken Serbien erobert und Bosnien in noch größere Abhängigkeit gebracht. Im Frühjahr 1440 griff Murad II. Belgrad an, die einzige Stadt, die ihm den Weg nach Ungarn noch versperrte. Zu Wasser und zu Lande wurde die Festung bedrängt. Große Belagerungsmaschinen schleuderten ungeheuere Steine, um die Mauern niederzuwerfen und den Sturm zu ermöglichen. Aber der Festungskommandant Johann von Tallovac oder Thallócz, Prior von Vrana, ein Bruder des Bans von Kroatien, leitete die Verteidigung mit solcher Umsicht, daß alle Anstrengungen der Türken vergeblich waren. Die von den Ungarn zum erstenmale gebrauchten Kanonen, deren jede mit fünf oder zehn Kugeln geladen wurde, rissen bedeutende Lücken in die Reihen der Belagerer. Ein letzter Versuch des Sultans,

durch Ausfüllung des Grabens mit Holz den Mauern nahe zu kommen, wurde dadurch vereitelt, daß Thallóczy während der Nacht heimlich Pulver auf das Holz werfen und dann während des folgenden Sturmes anzünden ließ, sodaß die herandringenden Feinde elend verbrannten. Nach sechsmonatlicher Belagerung mußte der Sultan von Belgrad abziehen, vor dessen Mauern er 17 000 Mann verloren haben soll. Doch hatten die Türken auf einem gleichzeitigen Streifzuge aus Siebenbürgen wieder zahlreiche Bewohner weggeführt [1]).

Im folgenden Jahre übertrug König Wladislaw die Verteidigung der südlichen Reichsgebiete, welche von den Türken häufig verheerend heimgesucht wurden, den beiden Banen Johann Hunyady und Niklas Ujlaky, die er zur Belohnung für ihren Sieg bei Bátaszék auch zu Woywoden von Siebenbürgen ernannt hatte. Ersterer war nicht von vornehmer Herkunft, der Sohn eines Walachen Namens Woyk, der in die Dienste des Königs Sigmund getreten, an dessen Hofe Ritter geworden war und von ihm im Jahre 1409 mit seinem Sohne Johann und anderen Verwandten die Burg Hunyad im südwestlichen Siebenbürgen erhalten hatte. Johann, der von dieser Burg den Namen führte, hatte sich schon im Dienste Sigmunds und Albrechts II. in den Kriegen gegen die Böhmen und Türken so hervorgethan, daß ihm noch weitere Güter geschenkt und er zum Ban von Severin oder Zewrin an der gefährdeten Südgrenze ernannt worden war [2]).

1) Die Beweise hierfür wie für die Kämpfe der folgenden Jahre in meiner Abhandlung: „Die Kriege zwischen Ungarn und den Türken 1440—1443, kritisch untersucht", Wien 1886. Sep.-Abdruck aus dem „Archiv f. österr. Gesch." LXVIII, 159 ff.

2) Urk. K. Sigmunds von 1409 ap. Fejér X, 8, 492, K. Wladislaws von 1440 bei Teleki X, 89, und K. Ladislaus' von 1453 ibid. X, 347 sqq. Die walachische Herkunft Hunyadys wird von gleichzeitigen Schriftstellern, Aeneas Sylvius ap. Freher-Struve II, 86 (natione Valachus fuit, haud altis natalibus ortus), der „Cillier Chronik", herausgegeben von Krones, S. 102 („aus dem landt Walachey pürtig und eines geringen rittermessigen geschlechts), selbst Thwrocz l. IV,

Hunyady, zum Krieger geboren, kämpfte auch jetzt gegen die Türken mit großem Glücke. Schon im Jahre 1441 brachte er dem Anführer der türkischen Streitkräfte in Serbien, Isak Beg, der ihn bei der Heimkehr von einem Streifzuge angriff, unweit Belgrad eine Schlappe bei. Im folgenden Jahre brach Mesid Beg, der Anführer der türkischen Truppen in Europa, mit denselben in Siebenbürgen ein, das in gewohnter Weise auf das furchtbarste verwüstet wurde, und drang bis Weißenburg (Karlsburg) vor. Hunyady, der gerade in Siebenbürgen war, zog den Feinden mit einer in Eile gesammelten Truppenschar entgegen, fiel aber am 18. März bei Maros-szent-Imre nördlich von Weißenburg in einen Hinterhalt und ward durch die weit überlegenen Osmanen von allen Seiten eingeschlossen. Nur mit empfindlichen Verlusten vermochte er sich zu retten. Der siebenbürgische Bischof Georg Lépes, der beim Übersetzen eines Baches vom Pferde stürzte und in die Hände der Türken fiel, ward enthauptet. Reich mit Beute und Gefangenen beladen setzte Mesid Beg die Verheerung Siebenbürgens fort. Aber schon nach einigen Tagen wurde er von Hunyady, der unterdessen größere Kräfte gesammelt hatte, in der Nähe des früheren Kampfplatzes angegriffen und geschlagen und auf der Flucht mit seinem Sohne selbst getötet. Beute und Gefangene wurden den Türken wieder abgenommen. Dieser Sieg Hunyadys bewog den walachischen Woywoden Drakul, von den Osmanen abzufallen und dem ungarischen Könige die Huldigung zu leisten. Auch ein neues türkisches Heer, das, angeblich 80000 Mann stark, unter Schehabeddin Pascha, um die Niederlage des ersten zu rächen, noch im Jahre 1442 die Walachei furchtbar verwüstete und von da in Siebenbürgen einfallen wollte, war nicht glücklicher. Hunyady zog demselben, ehe es noch die

cap. 30, p. 242 (nobili et claro Transalpinae gentis de gremio natus etc.) übereinstimmend bezeugt, sollte also von den Ungarn nicht mehr bestritten werden. Spätere Schriftsteller nennen ihn Corvinus, wahrscheinlich nach seinem Wappen. Spätere Sagen und Erdichtungen über Hunyadys Herkunft besprechen Teleki I, 26 ff. und W. Schmidt, Die Stammburg der Hunyade (Hermannstadt, 1865), S. 64 ff.

Karpaten überschritt, mit den von ihm gesammelten Truppen entgegen, griff es an und brachte ihm eine entscheidende Niederlage bei.

Hatte Hunyady nur mit einem Teile der Kräfte Ungarns so glänzende Erfolge errungen, so konnte man das Größte, vielleicht sogar die Vertreibung der Osmanen aus Europa, hoffen, wenn man diesen die ganze Macht beider Reiche Wladislaws entgegenstellen konnte. Daher das Streben des Kardinals Julian Cesarini, in Ungarn den Frieden herzustellen, eine Aussöhnung zwischen Wladislaw und seinen Gegnern oder wenigstens eine längere Waffenruhe herbeizuführen. „Tag und Nacht denke ich an nichts anderes, als an den Frieden dieses Reiches und an den Krieg gegen die Türken", schreibt er am 28. Juni 1443 an den König Friedrich [1]. Flammende Worte richtete er an den König Wladislaw und seine Räte wie an die ungarischen Stände, welche bald nach Neujahr und wieder im Juni in Ofen versammelt waren. Die Hilfe des Papstes und der Christenheit stellte er den Ungarn in Aussicht. Ihn unterstützte auf das kräftigste der vertriebene Georg Brankovich, der Serbien wieder zurückgewinnen und die Blendung und Entmannung zweier seiner Söhne am Sultan rächen wollte. Briefe, die aus Ragusa und von Hunyady aus Belgrad eintrafen [2], mußten die Kampflust der Ungarn noch mehr entflammen. Der Sultan, schrieb letzterer an den Despoten von Serbien auf Grund der Aussagen eines Spions, sei durch die Söhne des Fürsten von Karaman in Kleinasien dreimal besiegt worden und auf einer Insel, auf die er sich geflüchtet, gestorben, sein Sohn ohne Macht, Asien bis Brusa in den Händen der Fürsten von Karaman, die europäischen Provinzen nur schwach besetzt, sodaß, wenn die Ungarn mit 30000 Reitern in Serbien einrückten, die Türken alle Gebiete bis zum Meere freiwillig räumen würden.

In der That wurde vom ungarischen Reichstage der Krieg

1) Chmel, Materialien I, 2, 113.

2) Abgedruckt a. a. O. I, 2, 114 ff.

gegen die Türken beschlossen. Am 22. Juli 1443 brach der König, begleitet vom Kardinal Julian und dem Despoten Georg, von Ofen nach dem südlichen Ungarn auf, wo sich ihm Hunyady mit seinen Leuten anschloß. Das Heer soll nur 25 000 Reiter und Bogenschützen gezählt haben, war jedenfalls nicht sehr stark. Denn die Ungarn hatten, da es sich um einen Angriffskrieg handelte, nicht ihre ganzen Streitkräfte aufgeboten, sondern nur die Anwerbung von Söldnern beschlossen, zu denen noch die Banderien einzelner Magnaten, Polen, Hilfsvölker des walachischen Woywoden Wlad oder Drakul und einige Kreuzfahrer kamen. Eine tiefere Bewegung hatten die Kreuzprediger nirgends hervorgebracht und auch die Bemühungen, die Unterstützung des Königs Friedrich III. zu gewinnen, waren erfolglos gewesen. Denn dieser mußte mit Recht Bedenken hegen, zur Vermehrung der Macht und des Ansehens eines Fürsten beizutragen, der seinem Vetter und Mündel die ungarische Krone entrissen hatte.

Dessenungeachtet nahm der Feldzug anfangs den günstigsten Verlauf. Langsam, aber unaufhaltsam drang der König von Belgrad wahrscheinlich über Kragujewatz nach Kruschewatz vor. Da sich nirgends ein größeres türkisches Heer zeigte und eine kleinere feindliche Abteilung, auf die man stieß, leicht besiegt wurde, so ward Hunyady vom Könige mit 12 000 Reitern vorausgeschickt, um zu rekognoszieren, ob etwa feindliche Truppen in der Nähe wären. Auf dem Vormarsche nahm der Woywode Nissa ein, das geplündert und dann dem Feuer preisgegeben ward, und besiegte nach einander drei türkische Heeresabteilungen, die sich wahrscheinlich in der Nähe dieser Stadt zu vereinigen und dann ihn anzugreifen beabsichtigt hatten. Bei ihrer Verfolgung erfuhr er, daß in seiner linken Flanke ein großes feindliches Heer, dem sich auch die flüchtigen Truppenteile angeschlossen hatten, gegen das Lager des Königs ziehe. Auf diese Nachricht kehrte er um, griff die Türken trotz ihrer großen Übermacht am 3. November in der Nähe von Nissa an und erfocht einen glänzenden Sieg. 2000 Feinde bedeckten das Schlachtfeld, 4000, darunter ein Pascha und mehrere Begs, wurden gefangen und mit neun erbeuteten Fahnen dem Könige

übergeben. Dieser Sieg war auch von großer moralischer Bedeutung, indem er das Vertrauen der christlichen Bewohner der Balkanhalbinsel zu den Ungarn erweckte. Zahlreiche Bulgaren, Serben, Bosnier und Albanesen schlossen sich diesen an. Ohne daß die Türken noch irgendwo Widerstand versuchten, drangen die Ungarn nun in südöstlicher Richtung über Pirot nach Sofia vor, alle Ortschaften und Burgen zerstörend, die Einwohner hinmordend. Selbst Sofia ward dem Feuer preisgegeben.

Nun stand der König vor den Pässen des Balkan, hinter denen, in Philippopel, der Sultan ein großes Heer gesammelt hatte. Da die kürzeste Straße nach Thracien, durch das Trajansthor, von den Türken durch Befestigungen und Verhaue unpassierbar gemacht worden war, so beabsichtigte Wladislaw diesen Paß zu umgehen, indem er von Sofia ostwärts bis Slatitza oder Islabi vordrang, von wo man durch das enge Thal der Topolnitza nach Tatar Bazardschik jenseits des Trajansthores gelangen konnte. Aber auch dieser Paß war von den Türken befestigt und stark besetzt worden. Die Ungarn suchten ihn mit Gewalt zu nehmen und kämpften den ganzen Weihnachtsabend, um sich den Durchweg zu erzwingen. Aber trotz ihres Heldenmutes vermochten sie die Türken, welche hier alle Vorteile des Terrains für sich hatten, nicht von den Höhen zu vertreiben. Da zugleich der Mangel an Lebensmitteln bei den Ungarn mit jedem Tage drückender ward, so blieb nichts übrig, als den Rückzug anzutreten.

Der Anführer des türkischen Heeres Kasim, Beglerbeg von Europa, verfolgte die Ungarn, wurde aber bei Kunowitza zwischen Ak Palanka und Nissa durch Hunyady angegriffen und geschlagen und mit mehreren Unteranführern, darunter Mahmud Tschelebi, dem Schwager des Sultans, selbst gefangen. Dessenungeachtet wurde bei der vollständigen Erschöpfung des Heeres der Rückzug nach Ungarn fortgesetzt. Vergebens waren die Bemühungen des serbischen Despoten, durch das Angebot einer hohen Geldsumme den König zum Überwintern in Serbien und zur Fortführung des Kampfes zu bewegen, um sein Land wieder zu erobern. Nachdem die untauglichen Pferde getötet,

die Zelte und Wagen, die aus Mangel an Zugtieren nicht mehr fortgebracht werden konnten, verbrannt worden waren, zog der König weiter nach Belgrad und dann nach Ofen, wo er etwa im Februar 1444 wieder eintraf.

Der Ausgang des Feldzuges hatte zwar dem glänzenden Verlaufe in den ersten Monaten durchaus nicht entsprochen, da fast alle Eroberungen schließlich wieder aufgegeben worden waren. Aber im christlichen Abendlande machte es doch einen gewaltigen Eindruck, daß die gefürchteten Türken in zwei Schlachten und mehreren kleineren Treffen besiegt, ein großer Teil ihres Reiches ohne Widerstand durchzogen worden war. Von allen Seiten kamen nach Ofen Gesandte, um dem Könige Glück zu wünschen und ihn zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Ungläubigen aufzumuntern. Der Papst, die Venetianer und der reiche Herzog Philipp von Burgund versprachen die Absendung von Kriegsschiffen an den Hellespont, um den Übergang türkischer Truppen aus Asien nach Europa zu hindern. Obwohl die Polen ihren König dringend baten, endlich auch seinem zerrütteten Erbreiche einige Aufmerksamkeit zu schenken, und Giskra noch immer drohend in Oberungarn stand, so beschloß doch der Reichstag in Ofen Ende April die Wiederaufnahme des Krieges und die Erhebung einer Steuer zu diesem Zwecke.

Da kamen vom Sultan die günstigsten Friedensanträge. Auf Murad konnten die Siege, welche die Ungarn in den letzten drei Jahren erfochten hatten, und die Nachricht von den Rüstungen der Abendländer zur See nicht ohne Eindruck bleiben. Da in Kleinasien der Fürst von Karaman noch immer widerstand und kurz vorher auch fast ganz Albanien unter Anführung des Fürsten von Croja, Georg Castriota oder Skanderbeg, sich erhoben und einem türkischen Heere eine blutige Niederlage beigebracht hatte, so fühlte er die Notwendigkeit, einen Teil der Feinde zur Ruhe zu bringen, um unterdessen die übrigen niederzuwerfen. Schon am Beginn dieses Jahres, als Wladislaw noch auf serbischem Boden stand, scheint er diesem Friedensanträge gemacht und die Herausgabe Serbiens wie die Freilassung der

geblendeten Söhne des Despoten Georg angeboten zu haben. Georg scheint dann die Unterhandlungen weitergeführt und auch Hunyady für einen Frieden gewonnen zu haben. Denn die Bedingungen, zu welchen der Sultan sich herbeiließ, schienen in der That günstig. Er wollte Serbien mit allen Festungen von Semendria und Golubatz im Norden bis Novo Brdo und Zelenigrad im Süden und den früher zu Serbien gehörigen Teil Albaniens an Georg Brankovich zurückgeben,[1]) und die Oberhoheit Ungarns über die Walachei anerkennen, obwohl die Fürsten beider Länder zugleich auch dem Sultan Tribut entrichten sollten. Er wollte weiter für die Freigebung seines Schwagers und der andern Gefangenen 100 000 Dukaten zahlen und sich verpflichten, dem Könige Wladislaw für jeden Krieg 25 000 Mann zuhilfe zu schicken[2]). Auch den Ungarn schienen diese Bedingungen vorteilhaft. Auf einem Reichstage in Szegedin um die Mitte des Juli[3]) nahmen die geistlichen und weltlichen Großen mit dem Könige den Antrag des Sultans an und schlossen einen zehnjährigen Waffenstillstand, der von beiden Seiten beschworen wurde.

Wenige Tage darauf trafen von den Admiralen der christlichen Flotte Schreiben ein, welche meldeten, daß sie am Hellespont angekommen seien und Sorge tragen würden, die Rück-

1) Dadurch mußte auch Bosnien von den Türken völlig frei werden. Die Anerkennung der Herrschaft Ungarns führt in der That K. Ladislaus in Urk. von 1453 ap. Katona XIII, 878 als Folge der Siege von 1443 an. Nach Urk. des Königs Stephan Thomas (Sohns des früheren Königs Ostoja, der im Februar 1444 auf Twartko II. gefolgt war) für Hunyady vom 3. Juni 1444 bei Spieß, Aufklärungen, S. 263, hat denselben K. Wladislaw in regem .... regni Bosne sollenniter instituit et confirmavit.

2) Über die Bedingungen vgl. mit Dlugosz l. XII, col. 788 sq., der hierfür Hauptquelle ist, Caro, Gesch. Polens IV, 339.

3) Daß dies erst am 1. August geschehen sei, ist doch nicht möglich, wenn, wie Dlugosz berichtet, der Bruch dieses Friedens am 4. August damit begründet worden ist, daß die Türken die Bedingungen noch nicht erfüllt hatten, obwohl schon zwanzig Tage verflossen waren. Am 11. Juli urkundet aber K. Wladislaw noch in Ofen. Chmel, Materialien I, 2, 140.

kehr des Sultans, der sich zur Bekämpfung des Fürsten von Karaman nach Kleinasien begeben hatte, zu hindern. Es sei daher leicht, das von Truppen entblößte Europa ganz von den Türken zu befreien, wenn der König Wladislaw rasch mit einem Landheere nach Rumelien ziehe. Auch der griechische Kaiser Johannes schrieb in ähnlicher Weise, warnte vor einem Frieden mit den treulosen Türken und stellte seine Unterstützung in Aussicht. Der Kardinal Julian, der durch den Frieden von Szegedin das schönste Ziel seines Lebens, die Vernichtung der Türkenherrschaft, zerstört sah, feuerte den sanguinischen und glaubenseifrigen König, auf den diese Briefe nicht ohne Eindruck geblieben waren, noch mehr zur Wiederaufnahme des Krieges an. Er erklärte, Wladislaw habe gar nicht das Recht gehabt, ohne Zustimmung des apostolischen Stuhles und hinter dem Rücken seiner Bundesgenossen mit den Ungläubigen Frieden zu schließen, und löste ihn zur Beruhigung seines Gewissens von dem Eide, den er den Türken geleistet hatte. Am 4. August schworen der König und seine Großen einen neuen Eid, daß sie am 1. September mit einem Heere in der Gegend von Orsova sein und dann ungesäumt nach Rumelien vordringen würden, um die Türken noch in diesem Jahre aus Europa zu vertreiben.

Nicht am ersten, sondern um den 24. September überschritt der König unterhalb Belgrad die Donau, um durch das türkische Reich nach Gallipoli und Konstantinopel vorzudringen. Sein Heer war noch kleiner als im vorigen Jahre. Die Polen, welche die ihrem Lande so nachteilige Politik des Königs nicht billigten, hatten sich fast ganz fern gehalten. Auch von den ungarischen Großen waren die meisten zuhause geblieben. Ein Haufe Kreuzfahrer fiel nicht ins Gewicht. Nur 16000 Reiter hatte Wladislaw unter seinem Kommando, die aber nicht weniger als 2000 Wagen zur Führung des Proviants und zur Wegbringung der Beute mit sich hatten. Georg von Serbien, zufrieden mit der Wiedergewinnung seines Reiches, wollte dessen Besitz nicht durch einen neuen Krieg mit den Türken auf das Spiel setzen. Er versagte nicht bloß dem ungarischen Könige jede Unterstützung, sondern benachrichtigte auch den Sultan

von dem Friedensbruche desselben und verweigerte dem Georg Castriota, der ein Hilfsheer von 30000 Mann in Aussicht gestellt hatte, den Durchzug durch sein Land.

Dessenungeachtet drang Wladislaw, trauend den trügerischen Versprechungen und von einem bösen Verhängnisse getrieben, rasch vorwärts. Schon am 6. Tage stand er bei Widdin, mit dessen Belagerung er sich nicht aufhielt, am 26. vor Nikopolis, dessen Vorstadt niedergebrannt wurde. Hier stieß der walachische Woywode Drakul mit 4000 Reitern zu ihm, sodaß das Heer jetzt 20000 Mann zählte. Von da zog man über Schumla und Pravadi, deren Burgen erstürmt wurden, ostwärts nach Varna, wo man am 9. November anlangte. Denn um den Pässen des Balkan auszuweichen, hatte man beschlossen, das ganze Gebirge zu umgehen und längs der Küste des Schwarzen Meeres an den Bosporus vorzudringen.

Schon am Abend des folgenden Tages sahen die Christen in geringer Entfernung die Lagerfeuer eines feindlichen Heeres. Murad hatte auf die Nachricht vom Friedensbruche des ungarischen Königs schnell Friede mit dem Fürsten von Karaman geschlossen und trotz der christlichen Flotte, die den Hellespont bewachte, mit seinen Truppen, 40000 Mann, den Übergang nach Europa bewerkstelligt, indem er unbemerkt von derselben auf Kauffahrteischiffen [1]) zwischen Konstantinopel und dem Schwarzen Meere über den Bosporus setzte. Nachdem er in Europa noch weitere Verstärkungen an sich gezogen hatte, zog er über den Balkan gegen Nikopolis, und als er hier die Christen nicht mehr fand, hinter diesen her bis vor Varna. So sah sich das christliche Heer in der übelsten Lage, vor sich eine weit überlegene feindliche Armee, hinter sich das Meer. Es blieb nichts übrig, als den Kampf mit den Türken aufzunehmen, zu siegen oder ehrenvoll unterzugehen.

Am 10. November 1444 kam es bei Varna zur Schlacht. Hunyady hatte auf dem linken und rechten Flügel die Ungarn,

1) Es sollen genuesische Kaufleute gewesen sein, die gegen gutes Geld ihre Schiffe dazu hergegeben haben.

auf letzterem auch das Häuflein Kreuzfahrer unter dem Kardinal Julian aufgestellt, in der Mitte standen der König mit einer auserlesenen Schar von Rittern aus Ungarn und Polen, und die Walachen. Den rechten Flügel kommandierte der Bischof Johann von Großwardein, den linken Hunyady selbst. Bei den Türken standen in der Front die Lehensreiter aus Europa und Asien, hinter ihnen als Reserve die Janitscharen, welche durch große eisenbeschlagene Setzschilde und außerdem durch eiserne Pfähle in ihrer Front gedeckt waren. Die Gesamtstärke der Türken wird, wohl übertrieben, auf wenigstens 100 000 Mann angegeben. Der rechte Flügel der Ungarn ward von den Türken unvermutet von der Seite her angegriffen und in die Flucht getrieben, wobei die Bischöfe von Großwardein und von Erlau (Simon Rozgonyi) den Tod fanden. Auch die Walachen wendeten den Feinden den Rücken. Nur eine kleine Abteilung unter dem Kardinal Julian und dem Ban von Croatien, Franko Thallóczy, leistete, um das Banner des heiligen Ladislaus geschart, tapfern Widerstand. Dagegen drangen auf dem linken Flügel Hunyady und der König unaufhaltsam vorwärts. Die asiatischen Reiter wurden geworfen, der Beglerbeg Karadscha getötet, hierauf vom Könige auch die Abteilung, welche das Banner des heiligen Ladislaus verteidigte, aus ihrer Bedrängnis befreit. Hunyady bat nun den König, eine Reservestellung einzunehmen, während er selbst den Kampf gegen die noch widerstehenden Reiter Europas fortsetzte. Nach langem hartnäckigen Ringen schien sich auch hier das Glück den Ungarn zuzuneigen. Da ließ sich der König von seiner Umgebung, welche Hunyady die Ehre des Sieges nicht allein genießen lassen wollte, bewegen, zum Angriffe auf die bisher noch intakten Janitscharen vorzugehen, hinter denen der Sultan selbst stand. In dichtem Kampfgewühle ward das Pferd des Königs verwundet, dieser stürzte und hauchte unter den Streichen und Pfeilen der Janitscharen sein junges Leben aus. Sein abgeschlagenes Haupt ward dem Sultan gebracht, der früher auch schon an die Flucht gedacht haben und fast mit Gewalt zurückgehalten worden sein soll. Der Fall des tapferen Königs

wirkte auch lähmend auf die Christen, die sich bald zur Flucht wendeten. Hunyady machte noch einen Versuch, den Leichnam des Königs in seine Gewalt zu bekommen, trat aber dann ebenfalls einen eiligen Rückzug durch die unwirtlichen Gebiete des östlichen Bulgarien an die Donau an.

Teils auf der Flucht, teils bei der Einnahme des christlichen Lagers fanden noch viele den Tod, darunter der Kardinal Julian Cesarini [1]), der auf diese Weise den Eidbruch sühnte, zu dem er den jungen König verleitet hatte [2]). Hunyady kam glücklich in die Walachei, wurde aber hier vom Woywoden Drakul, den er früher einmal beim Könige Wladislaw der Untreue beschuldigt haben soll, gefangen gehalten, bis ihm die Drohungen der Ungarn wieder die Freiheit verschafften.

Nachdem so der gewählte König ein tragisches Ende gefunden hatte, wendeten sich endlich die Ungarn dem Erbkönige zu, ohne daß übrigens dessen Vormund, durch andere Fragen in Anspruch genommen, für denselben etwas anderes als diplomatische Mittel ins Feld geführt hätte.

1) Von den Türken läßt ihn Chalkokondylas, p. 337, getötet werden. Nach Dlugosz, col. 810, brachte ihn bei der Überfahrt über die Donau ein Walache, der sich seines Geldes bemächtigen wollte, ums Leben. Nach Aeneas Sylvius in verschiedenen Briefen und Werken ermordete ihn ein Ungar als den Verräter des Reiches.

2) Die Quellen über die Schlacht bei Varna hat Zeißberg, Analekten, in „Zeitschrift für die österr. Gymn." 1871, S. 81 ff., kritisiert. Vgl. Caro, Gesch. Polens IV, 345, N. 1. Es haben fast nur zwei größeren Wert, Chalkokondylas, p. 323—339, der türkische Nachrichten wiedergiebt, und Dlugosz 798 sqq., oder vielmehr dessen von ihm vielfach entstellte Vorlage, der Brief, den Andreas de Palatio, der selbst den Zug nach Varna mitgemacht, an den Kardinal Ludwig geschrieben hat, ap. Prochaska, Litterae de clade Varnensi (Lwow 1882), zuerst benutzt von Köhler, G.M., die Schlachten bei Nikopoli und Varna (Breslau 1882). Köhler hat auch hier den Wert der verschiedenen Quellen zu wenig gewürdigt und aus denselben mehr herausgelesen, als darin steht, wenn er auch manches richtig gesehen hat.

Drittes Kapitel.

König Friedrichs III. Verhältnis zu seinem Bruder. — Die Vormundschaft über Sigmund von Tirol. — Krieg mit den Eidgenossen.

Seit Friedrich im Jahre 1435 selbständig die Regierung von Innerösterreich übernommen hatte, war er fast immer in Streitigkeiten mit seinem Bruder Albrecht VI. verwickelt, die nie ganz aufhörten, so lange dieser lebte.

Am 13. Mai 1436 schlossen beide Brüder unter Vermittlung ihres älteren Vetters Albrecht V., vorläufig auf sechs Jahre, eine Übereinkunft, die sich in den wesentlichsten Punkten an die Hausordnung von 1364 anschloß. Beide sollten ihre gegenwärtigen Besitzungen wie künftige Erwerbungen ungeteilt lassen, aber Friedrich als der ältere dieselben mit aller Gewalt, jedoch im Namen beider, regieren und alle Lehen verleihen. Albrecht sollte, wenn er nicht bei seinem Bruder wäre, nur so viel Gewalt haben, als dieser ihm übertragen würde, aber mit allem Notwendigen versehen werden, sodaß er seiner Würde gemäß „fürstlich und schön“ leben könne [1]). Diese untergeordnete Stellung ließ sich Albrecht VI. aber auf die Dauer um so weniger gefallen, als er von ganz anderem Charakter, ehrgeizig und thatenlustig, verschwenderisch und geldbedürftig war und das Herkommen für eine Teilung der Verwaltung sprach.

Bald bot sich ein Anlaß zu Streitigkeiten zwischen beiden Brüdern, als am 24. Juni 1439 ihr Oheim Friedrich von Tirol mit Hinterlassung eines noch nicht einmal zwölfjährigen Sohnes, Sigmund, aus dem Leben schied.

1) Chmel, Materialien I, 2, 29. Vgl. Zeißberg im „Archiv für österr. Gesch.“ LVIII, 38 f. Das Hausgesetz von 1364 s. in diesem Werke II, 285 f.

Die Vormundschaft über den jungen Herzog hätte nach der Analogie früherer Fälle wohl dem Könige Albrecht II. als dem ältesten Gliede des Hauses Österreich gebührt, ward aber ausschließlich als Sache der leopoldinischen Linie angesehen, welche der Theorie nach Innerösterreich und Tirol noch in ungeteiltem Besitz hatte. Indessen machte nicht bloß Friedrich, sondern auch sein Bruder Albrecht darauf Anspruch, und beide begaben sich persönlich nach Tirol, um ihren Forderungen größeres Gewicht zu verschaffen. Da aber das Recht Friedrichs als des älteren nicht zu bestreiten war, so erkannten die tirolischen Stände („Adel, Städte und Gerichte“) nach längeren Verhandlungen am 28. Juli ihn als Vormund Sigismunds und als Regenten der von dessen Vater hinterlassenen Gebiete an.

Jedoch geschah dies nicht bedingungslos, wie das nach dem Tode des Erzherzogs Ernst bei der Übernahme der Regierung Innerösterreichs durch Friedrich von Tirol der Fall gewesen war. Die Räte des verstorbenen Herzogs, besonders sein Kanzler Bischof Georg von Brixen, und die tirolischen Adeligen waren zu partikularistisch gesinnt, als daß sie die Vereinigung ihres Landes mit den innerösterreichischen Gebieten länger, als unbedingt notwendig war, zugegeben hätten, und zu sehr auf ihren Vorteil bedacht, als daß sie nicht gesucht hätten, ihren Einfluß auch während der Zeit der Vormundschaft in ähnlicher Weise zu wahren, wie das die österreichischen Stände im Jahre 1406 gethan hatten. Ihrer Auffassung hatten sich auch die Stände angeschlossen, die ebenfalls in dem jungen Sigmund weniger einen Fürsten des Hauses Habsburg als den Erben ihres letzten Landesherrn erblickten. Diesen Anschauungen und Bestrebungen entsprachen die Bedingungen, welche die Adeligen an Friedrich stellen wollten und auch die Stände zu den ihrigen machten. Friedrich sollte versprechen, für eine gute Erziehung seines Mündels zu sorgen, ihn während der Vormundschaft in der Luft, die er gewohnt sei, nämlich im Innthale, wohnen zu lassen und ihm nach Verlauf von vier Jahren seine Länder mit allen Kleinodien und dem von seinem Vater hinterlassenen Schatze unverzüglich einzuantworten, widrigenfalls alle Beamten ihrer

Eide und Pflichten gegen ihn ledig sein und nur dem Herzoge Sigmund gehorchen sollten. Bei allen Verfügungen, welche die Person Sigmunds beträfen, wie bei Käufen oder Veräußerungen von Besitzungen sollte Friedrich an den Rat und die Zustimmung der Anwälte oder Regierungsräte gebunden sein, die er aus den Tirolern wählen sollte [1]).

Um zu verhüten, daß etwa sein Bruder Albrecht von den tirolischen Ständen als Vormund und Regent anerkannt würde, nahm Friedrich diese Forderungen derselben ohne jedes Sträuben an, vielleicht freilich mit dem Hintergedanken, sich um die Versprechungen, die er urkundlich gemacht, wenig oder gar nicht zu kümmern. Wenigstens trug er kein Bedenken, schon bei seiner Abreise aus Tirol den ersten Punkt derselben zu verletzen, indem er Sigmund nicht im Innthale ließ, sondern nach Steiermark nahm, um ihn unter seinen eigenen Augen erziehen zu lassen. Auch von den reichen Barvorräten, welche sich im Nachlasse Friedrichs des älteren vorgefunden hatten [2]), soll er sich manches angeeignet haben.

Wurde die Forderung Albrechts VI., an der Vormundschaft über Sigmund und den Vorteilen derselben teilnehmen zu dürfen, zurückgewiesen, so setzte dieser durch Vermittelung der tirolischen Stände doch durch, daß ihm Friedrich am 5. August bezüglich ihrer väterlichen Erbschaft viel günstigere Bedingungen bewilligte, als ihm vor drei Jahren zugestanden

1) Chmel, Materialien I, 2, 53. Über die vorausgehenden Verhandlungen s. Schweygers Chronik der Stadt Hall, herausgegeben von Schönherr, S. 31 ff. Weitläufig handeln über diese Verhältnisse P. Justinian Ladurner, Über H. Sigmunds Vormundschaft 1439 bis 1446, im „Archiv für Gesch. Tirols" III, 23 ff. und (mit Ignorierung der wertvollen Arbeit Ladurners) A. Jäger, Der Streit der Tiroler Landschaft mit Kaiser (!) Friedrich III. wegen der Vormundschaft über H. Sigmund von Österreich 1439—1446, im „Arch. f. österr. Geschichte" XLIX, 89 ff., und dessen „Gesch. der landständ. Verf. Tirols" II, 2, 5 ff.

2) Friedrich hinterließ außer vielen Perlen und Edelsteinen, goldenen und silbernen Geräten und Schmucksachen 46 Zentner 86 Pfund ungemünztes Silber und 14500 Dukaten und 54500 rheinische Gulden bar. Brandis, Tirol unter Friedrich, S. 191.

worden waren. Er sollte bezüglich seines Unterhaltes nicht mehr von der Gnade seines Bruders abhängig sein, sondern während der nächsten drei Jahre die Einkünfte der Herrschaften Bleiburg, Völkermarkt, Windischgrätz, Fürstenfeld und halb Judenburg erhalten. Außerdem ward bestimmt, daß er während dieser Zeit im Namen der übrigen Glieder der leopoldinischen Linie auch die Regierung des größten Teiles der Vorlande führen und zu den Einkünften aus denselben noch jährlich 18000 rheinische Gulden von seinem Bruder erhalten sollte.

Doch ist dieser Vertrag nicht zur Ausführung gekommen. Als wenige Monate darauf Albrecht V. starb und nun Herzog Friedrich auch noch die Regierung von Österreich und die Vormundschaft über dessen nachgeborenen Sohn erhielt, erhob sein Bruder neue Forderungen. Er verlangte nicht bloß gleiche Teilung ihrer väterlichen Erbschaft einschließlich des Geldes und der beweglichen Habe, sondern auch der Vormundschaft über Sigmund von Tirol und der Regierung in Österreich. Friedrich wies dieses mit Hinweisung auf den Vertrag von 1436 zurück und wollte bis zum Ablauf desselben seinem Bruder höchstens eine fixe Summe von 8000 Pfund Pfennigen geben. Auch die von beiden ernannten Schiedsrichter konnten sich nicht einigen, kamen aber am 3. März 1440 auf das Auskunftsmittel, die Einkünfte von Innerösterreich abschätzen zu lassen, von welchen dann dem Herzoge Friedrich drei Fünftel, Albrecht zwei Fünftel zugewiesen werden sollten. Unterdessen verbitterte sich der Streit noch dadurch, daß die Königinwitwe Elisabeth die Vormundschaft über ihren Sohn Ladislaus und die Landesverwesung in Ober- und Niederösterreich am 10. April dem Herzoge Albrecht allein übertrug. Erst die Erhebung Wladislaws von Polen auf den ungarischen Thron und das Vorgehen der Böhmen wie die Weigerung der österreichischen Stände, Albrecht als Regenten anzuerkennen, machte beiden Brüdern die Notwendigkeit klar, dem verderblichen Zwist endlich ein Ende zu machen. Am 23. August 1440 kam daher ein Vertrag zustande, nach welchem, wie das schon im März die Schiedsrichter der Herzoge in Aussicht genommen hatten, Al-

brecht zwei Fünftel der regelmäßigen Einkünfte von Innerösterreich und zur Sicherstellung derselben bestimmte Städte und Schlösser erhielt [1]).

Zufriedengestellt war Albrecht VI. freilich auch jetzt noch nicht, ja von Ehrgeiz und Abneigung gegen seinen Bruder getrieben nahm er keinen Anstand, sich mit den Grafen von Cilli zu verbünden, während es für Österreich eine Frage von größter Wichtigkeit war, das Emporkommen dieses immer mächtiger werdenden Geschlechtes zu hindern. Nachdem Karl IV. im Jahre 1372 die im Süden der Steiermark reich begüterten Herren von Sanneck auf Bitten der Herzoge von Österreich zu Grafen von Cilli gemacht und ihnen ihre Besitzungen als Reichslehen verliehen hatte, erhob Kaiser Sigmund 1436 seinen Schwager Friedrich von Cilli und dessen Sohn Ulrich in den Reichsfürstenstand und verlieh ihnen für die Grafschaft Cilli und die seit 1420 infolge eines Erbvertrags damit vereinigten Grafschaften Ortenburg und Sternberg in Kärnten alle Rechte der übrigen Reichsfürsten.

So standen die Cillier mit ihren Gebieten nicht mehr unter den Herzogen von Österreich, sondern denselben gleichberechtigt gegenüber, und es war dies um so gefährlicher, als sie seit der Vermählung Sigmunds mit Friedrichs Schwester auch im südwestlichen Ungarn ausgedehnte Gebiete erworben hatten. Vergebens waren alle Bemühungen des Herzogs Friedrich, diesen Akt des Kaisers rückgängig zu machen oder trotz desselben die Landeshoheit über die Gebiete der Cillier zu behaupten. Nicht bloß Sigmund, sondern wie es scheint, auch Albrecht II. war aus verwandtschaftlichen Rücksichten diesen gewogen. Wahrscheinlich noch im Jahre 1439 kam es zu Feindseligkeiten, wobei die Truppen der Cillier unter Führung des Böhmen Jan Wito-

1) Die Verträge zwischen H. Friedrich und Albrecht VI. bei Chmel II, 2, 56. 75—80. 82. Vgl. die Aktenstücke ap. Kollar, Analecta II, 834sqq., bei Birk in „Quellen und Forschungen", S. 237ff. und dazu Zeißberg, Der österr. Erbfolgestreit 1457—1458, im „Arch. f. österr. Gesch." LVIII, 42ff.

wetz mehrere Burgen eroberten und zerstörten. Erst nachdem Elisabeth von Ungarn mit dem Könige Friedrich sich geeinigt hatte, vermittelte sie auch einen Waffenstillstand zwischen diesem und den Grafen von Cilli. Als dieser im Frühjahr 1442 zu Ende ging und Friedrich um dieselbe Zeit aus Österreich zur Königskrönung an den Rhein zog, schloß Albrecht VI., der schon früher den Cilliern nahe gestanden, am 13. Mai mit ihnen ein förmliches Bündnis, das ausdrücklich auch gegen seinen Bruder gerichtet war. Im Juni machten ihre Truppen einen Einfall in Krain, wo sie aber weder Laibach noch Rudolfswerth einzunehmen vermochten. [1]). Dessenungeachtet gewährte Friedrich nach seiner Rückkehr aus dem Reiche sowohl seinem Bruder als auch den Grafen von Cilli günstige Friedensbedingungen. Dem ersteren überließ er am 30. März 1443 für die nächsten zwei Jahre die Hälfte aller Einkünfte von den innerösterreichischen Gebieten [2]). Am 16. August schloß er auch mit den Grafen Friedrich und Ulrich von Cilli Frieden und ein Bündnis und erkannte ihre Erhebung in den Reichsfürstenstand an. Ulrich wurde dann vom Könige sogar in seinen Rat aufgenommen. Dagegen ließen sich die Cillier zu einem Erbvertrage mit Österreich herbei, nach welchem im Falle des Aussterbens ihres Mannesstammes ihre in Deutschland gelegenen Besitzungen an die Habsburger, wie im umgekehrten Falle ein großer Teil der österreichischen Gebiete in Krain und Istrien an sie oder ihre Nachkommen fallen sollten [3]).

Auf die Nachgiebigkeit Friedrichs gegen seinen Bruder und die Grafen von Cilli mögen die Pläne, welche er bezüglich Tirols und der Vorlande verfolgte, nicht ohne Einfluß gewesen sein.

In der Zeit der vormundschaftlichen Regierung über Sig-

1) Die Cillier Chronik, herausgegeben von Krones v. Marchland, Kap. 14—18, S. 81 ff. Vgl. Chmel, Gesch. K. Friedrichs IV., I, 280 ff. und Lichnowsky VI, Reg. Nr. 119. 203. 262. 265 f.

2) Kurz, Österreich unter K. Friedrich IV., I, 254.

3) Chmel, Reg. Nr. 1509—1516. Vgl. 1531—1534.

mund von Tirol machte nämlich König Friedrich den Versuch, mit Benutzung einer in der Eidgenossenschaft ausgebrochenen Spaltung einen Teil der Besitzungen zurückzuerobern, welche die Schweizer dem Hause Habsburg entrissen hatten [1]).

Wegen der vom letzten Grafen von Toggenburg bei seinem kinderlosen Tode im Jahre 1436 hinterlassenen Gebiete war zwischen den Zürichern und den eben so eroberungslustigen Schwyzern und Glarnern ein Streit entstanden, der einen immer erbitterteren Charakter annahm. Da die übrigen Eidgenossen sich ebenfalls gegen Zürich erklärten, so ließ sich dieses von seiner Leidenschaft soweit hinreißen, daß es Hilfe bei den alten Gegnern der Eidgenossen, den Habsburgern suchte. Im Sommer 1442 wurde zwischen der Stadt Zürich und dem Könige Friedrich, dem „ältesten und regierenden Fürsten des Hauses Österreich", ein Bündnis abgeschlossen, wobei auch bestimmt ward, daß jene die toggenburgischen Besitzungen erhalten, dafür aber die Grafschaft Kiburg an Österreich abtreten sollte. Bauend auf die Hilfe Zürichs verlangte Friedrich von den Schweizern die Herausgabe des Aargaus, den sie seinem Hause weggenommen hatten. Natürlich schlugen dieselben die Forderung des Königs ab und griffen umgekehrt die Züricher wegen ihres Abfalls von der Eidgenossenschaft an. Friedrich gewann zwar den schwäbischen Adel, besonders den St. Georgenschild, der gerne die übermütigen Bauern gezüchtigt hätte. Aber gerade deswegen verweigerten die gegen den Adel mißtrauischen Reichsstädte jede Hilfe, indem sie erklärten, daß der Krieg nicht das Reich, sondern nur das Haus Österreich angehe. Da auch Friedrich selbst einer energischen Kraftanstrengung nicht fähig war, so blieben die Züricher fast ohne Unterstützung und wurden hart bedrängt.

1) Vgl. hierüber namentlich die sogen. Klingenberger Chronik, herausgegeben von Henne, S. 226 ff., die „Sammlung der eidgenössischen Abschiede" 2. Band, und die Darstellung bei O. Henne-Am-Rhyn, Gesch. des Schweizervolkes I, 393—429, K. Dändliker, Geschichte der Schweiz II, 101 ff., Stälin, Wirtemb. Gesch. III, 462 ff., und Chmel, K. Friedrich IV., an verschiedenen Orten des 2. Bandes.



Da wendete sich Friedrich im August 1443 an den König Karl VII. von Frankreich mit der Bitte, ihm die durch einen längeren Waffenstillstand mit England verfügbar gewordenen Söldner zu überlassen, die man nach einem ihrer Anführer, dem Grafen von Armagnac, Armagnaken nannte. Aber nicht 5000, wie Friedrich gewünscht hatte, setzten sich im Jahre 1444 in Bewegung, sondern 50000, ein Corps unter Anführung des Königs selbst gegen Metz und Elsaß, um, wie dieser offen erklärte, die Rechte Frankreichs auf die Gebiete bis zum Rheine zur Geltung zu bringen, ein zweites von 30000 Mann unter dem Dauphin gegen den Sundgau, wo ein Teil des deutschen Adels sich ihm anschloß, um zunächst gegen die Schweizer zu ziehen. Eine eidgenössische Schar von 1200 bis 1500 Mann, welche sich am 26. August 1444 bei St. Jakob südöstlich von Basel mit dem größeren Teile dieses Corps in einen tollkühnen Kampf einließ, wurde zwar fast bis auf den letzten Mann vernichtet. Aber der Dauphin hatte so große Verluste erlitten, daß er den Krieg mit den Eidgenossen, den er immer nur als Vorwand betrachtet hatte, aufgab, mit diesen Frieden schloß und sich nach dem Elsaß wandte, wo sich die Franzosen die entsetzlichsten Grausamkeiten erlaubten. Statt nun die Reichsfeinde mit dem Aufgebot aller Kräfte aus Deutschland hinauszuwerfen, unterhandelte man mit ihnen, König Friedrich aus Schwäche, die Fürsten aus Eigennutz, weil manche es nicht ungern sahen, wenn die Städte durch die Franzosen gedemütigt wurden. Die Kurfürsten von Trier, Köln und Sachsen schlossen sogar ein Bündnis mit dem französischen Könige. Allein die Bürger der Reichsstädte im Elsaß und in Lothringen vereitelten durch tapferen Widerstand alle Angriffe und Anschläge der Franzosen, und endlich fielen auch die Bauern über ihre Schinder her. Nicht den Fürsten und der Reichsregierung sondern nur dem Volke hatte es Deutschland zu verdanken, daß es diesmal vor Verlusten bewahrt blieb und die Franzosen um Ostern 1445 abzogen[1]).

1) Vgl. auch Barthold, Der Armegeckenkrieg, in Raumers

Auch in den nächsten Jahren richteten die Österreicher gegen die Schweizer nichts aus, obwohl im Herbst 1444 Herzog Albrecht die Verwaltung der Vorlande und die Führung des Krieges übernahm und der Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, die Grafen von Württemberg, der Markgraf von Baden und mehrere Bischöfe ihm gegen die Eidgenossen, „die Verdrucker des Adels und der Ehrbarkeit", wiederholt Dienste leisteten. Am 9. Juni 1446 kam unter Vermittlung des Kurfürsten Ludwig von der Pfalz eine Waffenruhe und nach mehrjährigen Verhandlungen endlich im Juli 1450 ein Friede zwischen Zürich und den Schweizern zustande. Jene Stadt mußte dem Bunde mit Österreich entsagen und wieder in die Eidgenossenschaft eintreten, und infolge dessen hatten auch die Habsburger keine Hoffnung mehr, den verlorenen Aargau an sich zu bringen. Nur die Städte Rapperschwyl, Winterthur, Diessenhofen und Rheinfelden, die nach der Ächtung Friedrichs von Tirol reichsunmittelbar geworden waren, hatte Österreich infolge dieses Krieges wieder an sich gebracht; Kiburg verpfändete es schon am 8. Februar 1452 für 17000 rheinische Gulden wieder an Zürich [1]).

Daß Österreich den Eidgenossen gegenüber gar keine Erfolge erzielte, hatte seinen Grund nicht bloß in der Schwäche Friedrichs, sondern auch in den Streitigkeiten, in die er durch seine eigene Schuld mit den Tirolern verwickelt worden war [2]).

Nach dem Vertrage, den Friedrich 1439 mit den Tiroler Ständen geschlossen hatte, wäre seine vormundschaftliche Regierung am 25. Juli 1443 zu Ende gewesen. Aber wie das Streben des Königs immer dahin gegangen war, die Länder-

histor. Taschenbuch 1842. Janssen, Frankreichs Rheingelüste, S. 6 ff. Bernoulli, Die Schlacht bei St. Jakob (Basel, 1877). Pückert, Die kurfürstliche Neutralität, S. 223 ff.

1) Chmel, Materialien I, 2, 472 f.

2) Eingehend dargestellt von P. Justinian Ladurner im „Archiv für Gesch. Tirols" III, 60 ff. A. Jäger im „Archiv f. österr. Geschichte" XLIX, 143 ff. und Gesch. der landständ. Verfassung II, 2, 25 ff.

teilungen in Österreich ganz zu beseitigen und die Regierung aller habsburgischen Besitzungen in der Person des Ältesten zu konzentrieren, so wollte er auch trotz seines urkundlichen Versprechens die Regierung Tirols und der Vorlande seinem Mündel Sigmund vorenthalten. Sein einflußreicher Kammermeister Johann Ungnad, ein herrschsüchtiger Steierer, soll ihn dazu besonders angestachelt haben. Der junge Herzog, der in Graz ganz in der Gewalt des Königs und den Einwirkungen der Räte und Höflinge desselben ausgesetzt war, ließ sich im Juli 1443 bestimmen, wegen seiner Jugend die Regierung der von seinem Vater ererbten Länder noch auf weitere sechs Jahre seinem Vetter Friedrich zu übertragen und ihn zu ersuchen, auch die Vormundschaft so lange fortzuführen.

Aber die Tiroler hielten diesen Vertrag für ungültig, weil er ohne ihre Zustimmung geschlossen und dem jungen Fürsten nur abgezwungen oder abgeschmeichelt worden war, wie man aus den Briefen sah, die Sigmund heimlich nach Tirol geschrieben und worin er seine Vertrauten gebeten hatte, ihm zu seiner Freiheit und zu seinen Landen zu verhelfen. Zum Gehorsam gegen Friedrich fühlten sie sich um so weniger verpflichtet, als nach dessen eigenem Reverse von 1439 nach dem Ablauf von vier Jahren alle Beamten ihrer Eide gegen ihn entbunden waren. Anfangs November 1443 versammelte sich daher der größere Teil der tirolischen Stände besonders die Vertreter der Städte und Gerichte eigenmächtig in Meran und beschlossen, den Herzog Sigmund zurückzufordern, um diesem vor allem die Freiheit und die Möglichkeit zu verschaffen, nach seiner Überzeugung mit dem Könige eine Vereinbarung zu treffen. Wenn dieser sich weigerte, den Herzog ins Land zu schicken, so wollten sie von ihm keine Befehle mehr annehmen, allen Beamten, die nicht zu Sigmund hielten, den Gehorsam verweigern, die Einkünfte für ihren Herzog selbst einheben und zugleich die Landesverteidigung organisieren, um einen etwaigen Angriff des Königs mit Gewalt abzuwehren. Eine provisorische Regierung mit dem Rate von Meran als Mittelpunkt nahm die Verteidigung und Regierung des Landes in die Hand. Fast alle Edelleute und

Städte, auch der Bischof Georg von Brixen und der Landeshauptmann Ulrich von Matsch, welche die Häupter der von Friedrich eingesetzten Regentschaft gewesen waren, fügten sich nach und nach diesen Beschlüssen; letzterer trat an die Spitze der neuen tirolischen Regierung. Nirgends wurde der Landfrieden gestört; nur die Stadt Trient, deren weltliche Verwaltung vom Bischof Alexander dem Könige Friedrich übertragen worden war, mußte durch eine längere Belagerung gezwungen werden, am 5. April 1444 dem Herzoge Sigmund die Huldigung zu leisten.

Am Hofe des Königs war man in großer Verlegenheit. Nachgeben wollte dieser um so weniger, als Konrad von Kreig, einst Hofmeister Friedrichs von Tirol, ihm versicherte, daß die Etschländer, die er hinreichend kenne, nicht lange aushalten und beisammen bleiben würden. Anderseits klang die Drohung Friedrichs, er werde denen von der Etsch noch einen Strick um den Hals legen, daß sie vor ihm auf die Kniee fallen müßten, in seinem Munde wie die reine Selbstironie. Die Anwendung von Waffengewalt gegen Tirol wäre damals auch einer kräftigeren Persönlichkeit als Friedrich nicht anzuraten gewesen, weil einerseits die Gefahr von den Eidgenossen immer mehr wuchs, anderseits der französische König, der Sigmund infolge früherer Verhandlungen mit dessen Vater als Bräutigam seiner Tochter Radegunde betrachtete, an der Spitze eines zahlreichen Heeres die Forderungen der Tiroler unterstützte. Da Unterhandlungen, welche zwischen Friedrich und einer tirolischen Gesandtschaft im August 1444 in Nürnberg stattfanden, ohne Erfolg blieben, so wollte der König die Länder Sigmunds zur Abfindung seines ehrgeizigen Bruders Albrecht benutzen. Am 31. August 1444 übertrug er diesem auf vier Jahre die Verwaltung der österreichischen Vorlande und gleichzeitig für dieselbe Dauer auch die Regierung Tirols, das er mit Güte oder Gewalt in seine Hände bringen sollte. Doch behielt sich der König selbst die Hälfte aller Einkünfte von diesem Lande und zur Sicherstellung derselben die Verwaltung der Städte Innsbruck und Hall, der Salz- und Silberbergwerke im Innthal und neun nordtirolische

Schlösser und Ämter vor. Gegen die Tiroler schloß Friedrich am 11. September sogar ein Bündnis mit dem Herzoge Ludwig dem Jüngern von Baiern-Ingolstadt, dem er dafür die Mißhandlnng und Gefangenhaltung seines greisen Vaters verzieh und die Würde eines königlichen Rates verlieh.

Indessen war dieser Anlauf zu einer energischen Politik, welche diesmal am wenigsten am Platze war, doch nicht von Dauer. Wieder wurden Unterhandlungen angeknüpft, die freilich eben so resultatlos blieben wie alle früheren. Endlich mußte sich Friedrich mit dem Gedanken vertraut machen, seinem Mündel zwar nicht alle Besitzungen seines Vaters, aber doch Tirol zu überlassen. Nur wollte er die Abhängigkeit, in der sich Sigmund befand, noch möglichst für sich ausnutzen und sich für immer eine gewisse Oberherrschaft über ihn und seine Gebiete sichern. Im Februar 1445 mußte Sigmund ihm mehrere Herrschaften in Österreich abtreten, die seinem Vater 1439 vom Könige Albrecht verpfändet worden waren, und außerdem versprechen, wenn er einst Tirol erhielte, dem Könige Friedrich, der mit ihm „ungeteilter Erbe“ dieses Landes sei, auf Verlangen immer beizustehen, in allen Dingen zu gehorchen, ohne dessen Zustimmung keine wichtigere Angelegenheit zu entscheiden und endlich die Überlassung der Vorlande an den Herzog Albrecht zu genehmigen.

Es dauerte übrigens noch lange, bis Sigmund wirklich in den Besitz von Tirol kam, und nur dem energischen Auftreten der Stände, unter denen um diese Zeit zuerst auch die Prälaten genannt werden, hatte er es zu verdanken, daß Friedrich endlich nachgab. Nach den Verträgen, welche unter Vermittelung der Markgrafen Jakob von Baden und Albrecht von Brandenburg und des Herzogs Heinrich von Baiern-Landshut Ende März und Anfangs April 1446 in Wien geschlossen wurden, sollten während der nächsten sechs Jahre die Länder der leopoldinischen Linie ungeteilt bleiben, aber doch eine gesonderte Verwaltung derselben stattfinden und zwar sollte Friedrich Innerösterreich, Sigmund Tirol und die Gebiete vom Arlberg und dem Fern bis zum Boden- und Wallenstädter See, Al-

brecht den Rest der Vorlande erhalten. Doch mußte sich Sigmund noch zu bedeutenden Zahlungen an seine Vettern verpflichten, an Friedrich (30000 Dukaten und dazu jährlich 2000 Mark Silber), weil er als der Älteste des Hauses und als römischer König größerer Mittel bedürfe, an Albrecht (während der nächsten sechs Jahre jährlich 20000 rheinische Gulden) wegen des geringeren Erträgnisses seines Anteils und des Krieges mit den Eidgenossen.

Anfangs März 1450 trat Albrecht wahrscheinlich wegen der Zerrüttung seiner Finanzen und der Schwierigkeit, die gefährdeten Besitzungen in der Schweiz zu behaupten, an Sigmund gegen eine jährliche Geldsumme auf acht Jahre auch noch den Thurgau, Freiburg im Öchtland und die Gebiete im östlichen Schwaben ab, sodaß er nur noch das Elsaß, den Breisgau, die Grafschaft Hohenberg in Schwaben und einige kleinere Besitzungen behielt [1]). Albrecht, der ebenso wie seine Gemahlin Mechtild von der Pfalz einen regen Sinn für Wissenschaft besaß, gründete dann 1457 die Universität Freiburg im Breisgau, durch die er seinem Namen ein unvergängliches Denkmal geschaffen hat.

So waren die Versuche König Friedrichs, die Einheit wenigstens unter den Ländern der leopoldinischen Linie herzustellen und sich die oberste Regierungsgewalt in denselben zu sichern, vollständig gescheitert, die Zersplitterung war größer als je. Das Ziel, das er erstrebte, war gewiß ein lobenswertes, da infolge der steten Teilungen unter den Habsburgern ihre Macht und ihr Einfluß nach außen sehr gesunken, der Zusammenhang der Länder gelockert, das Streben der Stände, sich gegen jeden Einfluß vonseiten fremder Räte abzuschließen, immer größer geworden war. Aber auch die besten Tendenzen können zum Verderben ausschlagen, wenn der Boden, in den sie gepflanzt

1) Mehrere Verträge zwischen beiden bei Chmel, Materialien I, 2, 307 ff. Im Herbste 1455 scheint Sigmund dem Herzoge Albrecht einige der 1450 abgetretenen schwäbischen Gebiete wieder zurückgegeben zu haben. Zeißberg im „Archiv f. österr. Gesch." LVIII, 61 f.

werden sollen, nicht genügend für ihre Aufnahme vorbereitet ist. Damals war das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Konzentrierung aller staatlichen Kräfte leider fast überall verschwunden, nicht bloß in Österreich, sondern in ganz Deutschland war die Landesteilung ein anerkannter Grundsatz des öffentlichen Rechts, galt es als unbestreitbar, daß jedes Glied eines Fürstenhauses Anspruch auf ein gesondertes Gebiet habe. Nicht auf einmal, durch Gewalt oder Verletzung eingegangener Verträge, sondern nur auf natürlichem Wege, durch das Absterben der Nebenlinien, ließ sich die Einheit der fürstlichen Gebiete wiederherstellen. So hat denn auch König Friedrich sein Ziel nicht erreicht. Die Folge seiner Bestrebungen war nicht die Vereinigung der österreichischen Länder, sondern die Verfeindung mit seinem Bruder und seinem Vetter, die ihm noch bittere Früchte tragen sollte.

Viertes Kapitel.

Friedrichs III. Stellung zu Kirche und Reich während der ersten Periode seiner Regierung.

Die ununterbrochenen Streitigkeiten, in welche Friedrich teils mit seinem Bruder, teils mit den Ländern seiner Vettern, die unter seiner Vormundschaft standen, verwickelt war, hätten notwendig auch auf seine Thätigkeit als Reichsoberhaupt lähmend einwirken müssen, selbst wenn er sonst der Mann gewesen wäre, mit Einsicht und Kraft die Zügel der Regierung zu führen.

Für Deutschland war damals die wichtigste Frage, welche Stellung der neue König in dem Streite zwischen Papst Eugen IV. und dem Konzil von Basel einnehmen würde [1]).

1) Für das Folgende s. außer Chmel, Geschichte K. Friedrichs IV.

Die deutschen Kurfürsten hatten vor der Wahl Albrechts II. am 17. März 1438 beschlossen, zwischen dem Papste und dem Baseler Konzil neutral zu bleiben und von keinem der beiden Teile Befehle oder richterliche Entscheidungen anzunehmen. Diesen Beschluß hatte dann auch der König Albrecht genehmigt. Da die Vermittlung Deutschlands von beiden Parteien und zwar noch entschiedener vom Konzil als vom Papste abgelehnt wurde, also eine Einigung in weiter Ferne stand, so wollte man sich wenigstens die Ergebnisse der bisherigen Thätigkeit des Konzils auf dem Gebiete der kirchlichen Reform sichern. Nach dem Vorgange Frankreichs nahm ein deutscher Reichstag in Anwesenheit der Bischöfe von Passau und Augsburg als Vertreter des Königs am 26. März 1439 die Dekrete des Konzils namentlich über die regelmäßige Wiederkehr der Konzilien, der Provinzial- und Diöcesansynoden, über die freien kanonischen Wahlen zu den kirchlichen Ämtern und die Vorbildung der Gewählten, über die Abschaffung der Annaten und anderer Sporteln, die Beschränkung der Appellationen an den Papst auf gewisse Fälle u. s. w. mit einigen Modifikationen an und verschaffte dadurch der deutschen Kirche eine gesicherte und selbständigere Stellung, Abhilfe gegen viele Mißbräuche und Schutz gegen die bisherige Ausbeutung durch die italienischen Geistlichen und päpstlichen Günstlinge. Es kam nun aber darauf an, diese Errungenschaften festzuhalten und ihnen auch die Anerkennung des Papstes zu verschaffen.

Dazu hätte freilich vor allem ganz Deutschland einig sein müssen. Aber die meisten Fürsten und Reichsstädte hatten von Anfang an sich der Neutralitätserklärung der Kurfürsten nicht angeschlossen und wendeten sich an den Papst oder noch öfter an das Konzil, um kirchliche Ämter oder Privilegien oder eine gerichtliche Entscheidung zu ihren Gunsten zu erhalten. Selbst

(an verschiedenen Orten des 2. Bandes), besonders G. Voigt, Enea Silvio de' Piccolomini als Papst Pius II., 1. Bd., und W. Pückert, Die kurfürstliche Neutralität während des Basler Konzils. 1438—1448. Pastor, Geschichte der Päpste I, 251 ff., hat diese wichtige Frage sehr kurz abgethan.

die Kurfürsten traten nicht konsequent, wenigstens nicht entschieden genug, für die Neutralität ein. Auch die Universität Wien, welche damals ebenso sehr durch die Zahl der Studenten wie durch die wissenschaftliche Bedeutung mancher Professoren hervorragte und Männer wie den Theologen und Geschichtschreiber Thomas Ebendorffer von Haselbach und den berühmten Astronomen und Mathematiker Johann von Gmunden unter ihren Lehrern hatte, blieb mit dem Baseler Konzil und dem von ihm erhobenen Gegenpapst in Verbindung. Die theologische Fakultät sprach sich in einem, Ende 1439 auf Verlangen des Erzbischofs von Salzburg abgegebenen, Gutachten ausdrücklich gegen die Neutralität und zugunsten des Konzils und für die Gewalt desselben, den Papst abzusetzen, aus [1]). Der Erzbischof hat dann dasselbe zur Richtschnur seiner Haltung genommen und mit seinem Klerus Felix V. als Papst anerkannt. Auch Albrecht VI. von Österreich hat diesem Papste gehuldigt.

Eine ganz andere Stellung nahm sein Bruder König Friedrich ein. Die Anerkennung der deutschen Neutralität, welche die Kurfürsten nach seiner Wahl von ihm verlangten, lehnte er ab, doch nicht etwa weil er Neigung hatte, sich zugunsten des Baseler Konzils und des von ihm erhobenen Oberhauptes der Kirche zu erklären. Davor hat er sich sorgfältig gehütet, obwohl er Eugen ebenso wenig als Papst anerkannt hat. Sein Streben ging längere Zeit dahin, beide Parteien zur Berufung eines dritten Konzils zu bewegen, und er hat für dieses Projekt endlich auch die Kurfürsten gewonnen. Aber Papst und Konzil wollten gleich wenig davon wissen; Eugen IV. wies es sogar in schroffer Weise zurück. In Deutschland zeigte sich daher wieder große Neigung, sich einfach dem Baseler Konzil und dessen Papste anzuschließen. Mit Mühe verhinderte der König diesen Schritt und setzte die Fortdauer der Neutralität

1) Kink I, 163 f. Aschbach, Gesch. der Wiener Universität im ersten Jahrhundert ihres Bestehens, S. 274 f., und über Johann von Gmunden S. 455 ff., über Ebendorffer S. 493 ff.

durch. Da aber an die Gründung einer von Rom unabhängigen Nationalkirche niemand dachte, so konnte die Neutralität doch nur Mittel zur Wiederherstellung der kirchlichen Einheit aber nicht Selbstzweck sein, man mußte sich endlich entscheiden. Auch für die Lossagung von Eugen IV. konnte kein vernünftiger Politiker sich aussprechen, da das Konzil, seit es nicht mehr die Reform der Kirche sondern den Kampf gegen den Papst als seine Hauptaufgabe ansah, in den meisten Ländern jedes Ansehen verloren hatte. So schien schließlich doch die Anerkennung Eugens IV. der einzige Ausweg aus dem kirchlichen Labyrinth zu sein und immer mehr neigte sich König Friedrich diesem Schritte zu. Man darf es ihm auch nicht zu sehr übelnehmen, daß er seinen Übertritt zum römischen Papste möglichst teuer verkaufen wollte. Auch die andern Fürsten ließen sich nicht von religiösen Überzeugungen sondern von Rücksichten auf ihren Vorteil leiten, wie denn überhaupt der nackteste Egoismus in jener Zeit bei Hohen und Niedern, Geistlichen und Laien die eigentliche Triebfeder ihres Handelns bildete. Aber bedauerlich ist es, daß Friedrich nicht das Interesse Deutschlands, sondern nur das seiner Person und seines Hauses im Auge behielt, daß er nur sich die Vorteile sichern wollte, die ihm Eugen IV. für seinen Übertritt im reichsten Maße zu bewilligen geneigt war.

Sobald der Papst erkannte, daß der König in seiner bisherigen Haltung schwankend geworden sei, schickte er im April 1445 den Auditor der Rota, Carvajal, einen tüchtigen Juristen und makellosen Charakter, angeblich zur Herstellung des Friedens nach Ungarn, in der That aber an den Hof des römischen Königs, um diesen auf seine Seite herüberzuziehen. Den päpstlichen Legaten unterstützten Friedrichs Kanzler Kaspar Schlick, den Eugen dadurch gewonnen hatte, daß er dem Bruder desselben Ende 1443 das erledigte Bistum Freising verlieh, und Aeneas Sylvius Piccolomini, Sprößling einer vornehmen aber verarmten sienesischen Familie, der, nachdem er mit Eifer humanistische Studien getrieben, als Schreiber eines dem Papste feindlichen Kardinals nach Basel gekommen, dort Sekretär des

Gegenpapstes Felix, endlich Sekretär in der Reichskanzlei geworden war und dabei immer nur nach Verbesserung seiner materiellen Lage, nach Erhaschung einträglicher kirchlicher Pfründen gestrebt hatte, ohne in den Priesterstand einzutreten. Dem Kampfe zwischen dem Papste und dem Konzil war der gebildete Humanist innerlich gleichgültig gegenübergestanden. „Wir haben alle den Glauben“, schreibt er Ende Dezember 1443 dem Reichskanzler Schlick, „den unsere Fürsten haben; wenn sie Götzenbilder anbeteten, würden auch wir sie anbeten und nicht nur den Papst sondern auch Christum verleugnen, wenn die weltliche Gewalt dazu drängte“ [1]). Da er eine religiöse Überzeugung bisher nicht gehabt hatte, so brauchte er auch keine aufzugeben, als er es in seinem Interesse fand, endlich für Eugen IV. einzutreten. Nach langwierigen Unterhandlungen einigte sich Carvajal mit dem Könige über die Bedingungen, unter welchen dieser Eugen IV. als Papst anerkennen wollte. So hochgespannt die Forderungen auch waren, der Papst hielt es für gut, dieselben Anfangs Februar 1446 zu genehmigen. Er gestattete dem Könige, zur Vergrößerung seines Ansehens und zur Belohnung treuer Diener in seinen Erblanden an Kathedral- und Kollegiatkirchen hundert Benefizien zu vergeben, verlieh ihm weiter für seine Lebenszeit das Recht, bei Erledigung der Bistümer Trient. Brixen, Chur, Gurk, Triest und Piben oder Pedena in Istrien dem päpstlichen Stuhle geeignete Persönlichkeiten für dieselben zu bezeichnen, was für seine Stellung zu Tirol und dem Osten der Schweiz wie Venedig gegenüber von Bedeutung war, und gab endlich ihm und seinen Nachfolgern die Befugnis, dem Papste zur Visitation der Klöster in ihren Erblanden taugliche Männer vorzuschlagen, wodurch auch die landesherrliche Gewalt der österreichischen Fürsten bedeutend verstärkt ward. Weiter versprach der Papst, dem Könige die Kaiserkrone, und zwar, wenn dieser nicht nach Rom kommen könnte, in Bologna, Padua oder Treviso zu verleihen und ihm zur Bestreitung der Kosten die Erhebung eines

1) Aeneas Sylvius, Epist., ed. Basil., no. 54.

Zehnten von allen Pfründen an den Metropolitan- und Kathedralkirchen und den Klöstern Deutschlands zu gestatten und selbst 100000 rheinische Goldgulden beizusteuern, die jedoch erst zwei Jahre nach Friedrichs Erklärung zugunsten des Papstes und nach der Herstellung des Gehorsams der deutschen Kirche ausgezahlt werden sollten [1]). Später soll diese Summe sogar auf 221 000 Dukaten erhöht worden sein, von denen ein Teil durch Eugens Nachfolger gezahlt werden sollte [2]).

Friedrich wagte freilich nicht offen für Eugen aufzutreten, ehe es gelungen wäre, auch die deutschen Fürsten und Prälaten auf dessen Seite herüberzuziehen. Der Papst glaubte dieses Ziel durch Strenge erreichen zu können und entsetzte die Erzbischöfe von Köln und Trier, die in letzter Zeit am entschiedensten gegen seine Anerkennung aufgetreten waren, als Ketzer und Schismatiker ihrer Würden. So leicht ging die Sache nun freilich nicht. Die abgesetzten Erzbischöfe fanden Unterstützung bei den übrigen Kurfürsten, indem im Kurverein zu Frankfurt am 21. März 1446 alle Mitglieder dieses Kollegiums sich zu gegenseitigem Beistande verpflichteten und zugleich eine Reihe von Forderungen, namentlich Genehmigung der wichtigsten Dekrete des Baseler Konzils, als Bedingung der Anerkennung Eugens aufstellten. Man mußte daher doch wieder den Weg der Unterhandlungen einschlagen, wobei sich Aeneas Sylvius als Vertreter des Königs und Albrecht von Brandenburg, der Bruder des Kurfürsten, um die Sache des Papstes besondere Verdienste erwarben. Durch halbe Zugeständnisse, deren Bedeutung durch Einschaltung irgendeines Vorbehaltes wieder aufgehoben wurde, gelang es, den Kurverein zu sprengen und durch Konzessionen an die einzelnen Fürsten einen nach dem andern von der Opposition gegen Eugen abzuziehen. Schon am 7. Februar 1447 leisteten mit Aeneas Sylvius als Gesandten des Königs auch die Bevollmächtigten mehrerer deutscher

1) Sämtliche Bullen bei Chmel, Materialien I,2, 188 ff.

2) Nach Schreiben Gregor Heimburgs bei G. Voigt I, 446. Vgl. aber Pückert, S. 249, N. 2.

Fürsten dem Papste Gehorsam. Als dann Eugen IV. am 23. Februar starb und an dessen Stelle der geachtete Kardinal Parentucelli, ein Freund der Künste und Wissenschaften, als Nikolaus V. auf den Stuhl Petri erhoben wurde, traten bald auch die letzten deutschen Fürsten zu ihm über. Aeneas Sylvius erhielt zum Lohne für seine Verdienste das Bistum Triest, nachdem er sich endlich zum Eintritt in den geistlichen Stand entschlossen hatte. Am 17. Februar schloß dann König Friedrich als Vertreter Deutschlands mit dem päpstlichen Legaten Kardinal Carvajal das Wiener Konkordat, durch welches die Reformdekrete des Baseler Konzils, auch jene, welche der deutsche Reichstag schon im Jahre 1439 angenommen hatte, preisgegeben und die Rechte, welche die Päpste in Beziehung auf die Besetzung der kirchlichen Ämter, die Erhebung der Annaten u. s. w. geübt hatten, größtenteils wieder anerkannt wurden. Das Konzil mußte im Juli 1448 nach Lausanne übersiedeln, da Friedrich den Bürgern mit der Reichsacht drohte, und löste sich im April 1449 auf, nachdem es auch seinerseits Nikolaus V. zum Papste gewählt hatte.

So war infolge der Haltung Friedrichs das kirchliche Schisma beseitigt, aber leider damit auch die Reformen, welche die letzten Konzilien angestrebt, teilweise auch schon beschlossen hatten. Da nun auch die Päpste von sich aus nichts thaten, um durch Einführung von Verbesserungen und durch freiwillige Beseitigung einiger der verhaßtesten Ansprüche die Unzufriedenheit der Völker zu mildern, im Gegenteile nicht einmal die Schranken achteten, die sie selbst aufrichten geholfen hatten, und sich über die Bestimmungen der Konkordate hinwegsetzten, so griff besonders in Deutschland, das von der Kurie am meisten ausgebeutet wurde, immer mehr die Ansicht um sich, daß auf dem Wege gütlicher Bemühungen eine Beseitigung des Druckes und der Mißbräuche nicht mehr zu erreichen sei. Werden aber von einer so pessimistischen Stimmung einmal auch tiefere Schichten ergriffen, so ist immer Gefahr, daß dieselbe sich schließlich gewaltsam Bahn breche und eine Revolution hervorrufe.

In politischer Beziehung hat Friedrich als deutscher König so gut wie gar nichts gethan. Es war schon bezeichnend, daß er nach seiner Wahl mehr als zwei Jahre verstreichen ließ, bis er sich entschloß, sich zum Könige krönen zu lassen. Vom Jahre 1444 an ist er dann siebenundzwanzig Jahre, bis 1471, gar nie mehr aus Österreich ins Reich gekommen. Die politische Reformbewegung, die unter Sigmund begonnen hatte und besonders bessere Einrichtungen zur Sicherung des Landfriedens zum Zwecke hatte, schlief unter ihm ganz ein, obwohl es an Projekten und patriotischen Redensarten auch in dieser Zeit nicht fehlte. Friedrich war eine zu phlegmatische Natur und zu sehr Feind aller Neuerungen, als daß er tiefgreifende Reformen angestrebt und diese gar gegen den etwaigen Widerstand jener, deren Interessen dadurch gefährdet worden wären, durchzuführen gesucht hätte. Er sah den Vorgängen in Deutschland, den zahlreichen heftigen Kämpfen zwischen den Fürsten und den Reichsstädten wie zwischen den verschiedenen Fürstenhäusern nicht gleichgültig, aber unthätig zu und beschränkte sich auf die Absendung von Gesandten und Dekreten, um die jeder sich nur soweit kümmerte, als es sein Interesse erforderte.

Auch Friedrich verfolgte eine ausschließlich dynastische Politik, welche nur die Vergrößerung der Macht und der Besitzungen des Hauses Habsburg zum Ziele hatte. Aus diesem Grunde hat er auch den unter Rudolf IV. gefälschten österreichischen Hausprivilegien staatsrechtliche Gültigkeit verschafft, über deren Ursprung man damals wohl nicht mehr unterrichtet gewesen ist. Nachdem dieselben längere Zeit verschollen gewesen waren, kamen sie am Anfang des 15. Jahrhunderts wieder zum Vorschein. Ohne Zweifel auf Grund derselben nahm Ernst von der Steiermark 1414 den Titel Erzherzog wieder an; gleichzeitig ließ Albrecht V. eine Abschrift davon anfertigen. Am 6. Januar 1453 bestätigte sie Friedrich III. als Kaiser, nachdem er vorher die Zustimmung der Kurfürsten eingeholt hatte, indem er zugleich jenen Gliedern seines Hauses, die Steiermark, Kärnten und Krain innehätten, den Titel Erzherzog verlieh. Wegen des gespannten Verhältnisses, in dem er zu seinen

Vettern Sigmund von Tirol und dem Könige Ladislaus stand, hatte er diesen den Erzherzogstitel vorenthalten. Von dieser Zeit an haben diese ursprünglich gefälschten Privilegien unbestreitbare Gültigkeit, bilden sie einen Teil des deutschen Staatsrechtes. Die österreichischen Länder wurden dadurch von der Reichsgewalt und von den Pflichten gegen Deutschland fast ganz befreit und zu einem selbständigen Staate im Staate gemacht. Indessen ist dies thatsächlich nicht von so großer Bedeutung gewesen, weil von dieser Zeit an der Herzog von Österreich zugleich immer die deutsche Kaiserwürde bekleidet hat, sodaß die Hilfsmittel der habsburgischen Besitzungen doch dem Reichsoberhaupte zugute gekommen sind.

Fünftes Kapitel.

Friedrichs III. Streitigkeiten wegen der Vormundschaft über Ladislaus Postumus.

Kaum nahten sich die Streitigkeiten Friedrichs III. mit den Tirolern wegen der Vormundschaft über den Herzog Sigmund ihrem Ende, da wurde er in ernste Zwistigkeiten mit den Ständen jener Länder verwickelt, auf welche sein Mündel Ladislaus Postumus Ansprüche hatte. Von Anfang an hatten ja nur die Österreicher die Rechte des nachgebornen Sohnes Albrechts II. und die Vormundschaft Friedrichs ohne Zögern, wenn auch nicht ohne Bedingungen, anerkannt, während die Mehrzahl der Ungarn den Polen Wladislaw auf ihren Thron berief und auch die Böhmen anfangs das Recht der freien Königswahl beanspruchten und später Ladislaus nur dann als König anerkennen wollten, wenn er in ihr Land gebracht würde.

In Ungarn führte endlich die Katastrophe bei Varna eine Wendung der Dinge herbei. Lange wollte man zwar an den Tod des Königs Wladislaw nicht glauben. Die buntesten Gerüchte über seine Rettung waren im Umlauf und wurden namentlich vom Palatin Lorenz Hedervárty, der wohl auf diese Weise seine Stellung an der Spitze der Landesregierung verlängern, vielleicht auch geheimen Plänen in Beziehung auf die Neubesetzung des Thrones Zeit zur Entwickelung verschaffen wollte, genährt und durch gefälschte Briefe unterstützt. Als endlich die besonnenen Leute sich über die Wahrheit doch nicht mehr täuschen konnten, beriefen die Prälaten und Barone, welche die Regierung führten, einen Reichstag nach Pest, der in den letzten Tagen des April 1445 zusammentrat. Hedervárty versuchte auch jetzt noch seine alten Künste und behauptete, daß Wladislaw wohlbehalten in Polen sei. Aber auf die Dauer verfingen seine Intriguen doch nicht mehr. Dem Wunsche des Adels entsprechend stellte nach mehrtägigen Beratungen Niklas Ujlaky den Antrag auf Wiederbesetzung des Thrones und Anerkennung des Sohnes Albrechts II. Der Reichstag stimmte am 7. Mai diesem Antrage bei und beschloß, wenn Wladislaw nicht bis zum 30. Mai zurückkäme oder die nach Polen zu schickenden Gesandten nicht sichere Nachricht von seinem Leben brächten, Ladislaus als Herrn anzunehmen; jedoch nur unter der Bedingung, daß dieser mit der Reichskrone ihnen vom römischen Könige ausgeliefert würde. Vorläufig wurden einige Maßregeln zur Sicherung des Landfriedens beschlossen und zu diesem Zwecke für die verschiedenen Landesteile sieben Hauptleute ernannt, unter denen sich neben Johann Hunyady und Niklas Ujlaky auch Johann Giskra befand [1]).

1) Teleki I, 456 ff. Szalay III, 85 ff. und Feßler-Klein II, 495 ff., die aber ohne Anhaltspunkt in den Quellen auch hier Hunyady als leitende Persönlichkeit ansehen, und aus einem späteren Schreiben des Aeneas Sylvius (Ep. ed. Basil. no. 78) an den Erzbischof von Gran, worin in akademischer Weise auch die gegen die Erhebung eines einheimischen Magnaten oder die Einführung einer Republik sprechenden Gründe erörtert werden, wohl mit Unrecht schließen, daß dies wirklich von

Die Absendung der Gesandtschaft an den König Friedrich konnte endlich nicht mehr länger hinausgeschoben werden, weil dieser, gereizt durch räuberische Angriffe der Bewohner von Güns auf seine benachbarten Besitzungen, um die Mitte des Juli mit einem Heere diese Stadt angriff, sie mit mehreren benachbarten Burgen einnahm und achtzig von den Räubern hinrichten ließ. Am 17. August[1]) 1445 kamen der Kardinalerzbischof Dionys von Gran und der Ban Nikolaus Gara und andere Große mit einem außerordentlich zahlreichen Gefolge, am 30. September auf besondere Einladung auch Niklas Ujlaky mit 400 Pferden zu Friedrich nach Wien. Dieser stolze Magnat stieg nicht einmal vom Pferde, als ihm der römische König bis zum Stadtthor entgegenkam. Auch Giskra hatte sich eingefunden, wurde aber von den ungarischen Magnaten mit Mißtrauen behandelt und später von ihren Beratungen ausgeschlossen.

Friedrich weigerte sich anfangs unbedingt, auf die Forderungen der Ungarn einzugehen. Er erklärte die Wahl des Ladislaus für überflüssig, da dieser Ungarn von Vater und Mutter geerbt habe, ebenso auch die Krönung, da diese schon vorgenommen worden sei. Nur dann wollte er endlich eine nochmalige Krönung ohne Salbung gestatten, wenn die Ungarn eine ausdrückliche Erklärung abgäben, daß dadurch die aus der ersten Krönung entspringenden Rechte nicht beeinträchtigt würden,

manchen angestrebt worden sei. Hierfür wie für die folgenden Verhandlungen mit K. Friedrich sind außer den schon von Teleki, Szalay und Feßler-Klein benutzten Quellen, besonders Aen. Sylv., Ep. no. 81, auch dessen von G. Voigt im „Archiv für österr. Gesch." XVI, 362 ff. veröffentlichten Briefe (no. 138. 141. 142. 146. 149. 150. 153—155) zu vergleichen. S. auch Knauz, Az országos tanács és országgyülések története (Geschichte des Reichsrates und der Reichstage) 1445—1452, p. 18sqq.

1) Nach Schreiben der ebenfalls anwesenden Presburger Abgesandten vom 20. August bei Knauz l. c. 32, der mit Unrecht das Datum ändern will. Am 18. August hat auch ein Frankfurter die ungarischen Gesandten mit 800 Pferden in Wien getroffen. Janssen, Reichscorrespondenz II, 87.

und wenn ihm genügende Garantieen geboten würden, daß Ladislaus mit der Krone wieder in seine Hände geliefert werden würde. In der That war es Friedrichs Pflicht, die Rechte seines Mündels nicht dadurch zu gefährden, daß er in Ungarn die Wahl und nicht das Erbrecht als das Entscheidende ansah. Auch deswegen wird man ihm keinen Vorwurf machen dürfen, daß er die Erziehung desselben selbst in den Händen behalten wollte. Denn nicht bloß war er als nächster Verwandter und als der älteste Habsburger der gesetzliche Vormund und als solcher vom Vater wie von der Mutter des Prinzen ausdrücklich anerkannt. Sondern es sprachen dafür auch sachliche Gründe. Wie die Ungarn so forderten auch die Böhmen, daß Ladislaus in ihr Land gebracht und in ihrem Sinne erzogen werde. Die Erfüllung der Wünsche der einen hätte die andern beleidigt, eine einseitige Erziehung im Sinne der Ungarn würde ihn seinen andern Ländern entfremdet haben. Doch war Friedrich bereit, den Knaben auf ungarischem Gebiete, in Presburg, zu lassen, wenn ihm die dortige Burg überliefert würde. Die Unterhandlungen zerschlugen sich endlich besonders deswegen, weil die Ungarn dem römischen Könige für die Rückgabe des jungen Prinzen keine anderen Garantieen geben wollten als Eide und besiegelte Urkunden, Friedrich aber sich damit nicht begnügte [1]). Da man das gegenseitige tief gewurzelte Mißtrauen nicht zu überwinden vermochte, so reisten die ungarischen Gesandten im Oktober unverrichteter Sachen ab.

Es drängte sich nun den Ungarn die Frage auf, ob sie an dem Beschlusse vom 7. Mai festhalten und für den unmündigen Ladislaus eine Regentschaft einsetzen, oder ob sie einen andern König wählen sollten. In jedem Falle konnten die hervorragendsten Magnaten versuchen, ihren Ehrgeiz zu befriedigen. Der Woywode von Siebenbürgen, Niklas Ujlaky, der schon bei der Abreise aus Wien offen ausgesprochen, er wisse nicht, ob

1) Palacky IV,1, 142, nach einem Schreiben des Kanzlers Schlick vom 8. Oktober. Die namens des Königs Friedrich den ungarischen Gesandten gegebenen Antworten in authentischer Form bei Teleki X, 173 bis 179.

er Ladislaus zum Könige haben werde, suchte zunächst eine neue Königswahl durchzusetzen. Als er einsah, daß bei der gegenwärtigen Stimmung des Landes an die Ausschließung des Ladislaus nicht zu denken sei, verständigte er sich mit Hunyady über eine Teilung der obersten Gewalt. Beide machten dann heimlich dem Könige Friedrich den Antrag, für die Rechte seines Mündels einzutreten, wenn er sich bei seinen Anhängern dafür verwendete, daß sie als Reichsregenten anerkannt und die Verleihung der Ämter ihnen übertragen werde. Der Palatin Hedervàry dagegen, der in Ofen wie auf seinem Eigentume schaltete und nicht einmal den Reichstag in die Stadt ließ, schlug zuerst einen neuen Thronkandidaten in der Person des Sohnes des Herzogs Philipp von Burgund vor, und als er damit keinen Anklang fand, suchte er durch plumpe Lügen seine gefährlichsten Gegner, Hunyady und Ujlaky zu entzweien. Aber alle Intriguen scheiterten [1]). Der Reichstag, der sich um Pfingsten 1446 auf dem Felde Rákos bei Pest versammelte, hielt an dem Beschlusse, Ladislaus als König anzuerkennen, fest, wählte aber am 5. Juni bis zur Auslieferung desselben Johann Hunyady, dessen Popularität durch die Niederlage bei Varna nicht erschüttert worden war, zum Gubernator oder Reichsverweser. Nur wurden ihm in Beziehung auf die Gerichtsbarkeit und die Finanzverwaltung wie auf die Besetzung der Bistümer und die Vergebung der heimfallenden Güter bedeutende Beschränkungen auferlegt [2]).

Die Ungarn machten noch einen Versuch, vom römischen Könige die Auslieferung ihres Königs und die Herausgabe der

1) Ob der König Alfons V. von Neapel, der schon in diesem Jahre und fortan bis 1455 in den Besitz der ungarischen Krone zu kommen sich bemühte (Klaić-Bojničić, Gesch. Bosniens, S. 393, N. 2. Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 95) in Ungarn direkt Schritte dafür gethan hat, ist unbekannt.

2) Hierüber wie über die folgenden Beziehungen zum K. Friedrich III. haben Teleki I, 507 ff. und II, 6 ff., Szalay III, 97 ff. und Feßler-Klein II, 500 ff. die Belege vollständig gesammelt. Vgl. auch Chmel, Gesch. K. Friedrichs IV., II, 315 ff. 563 ff. 575 ff.

Städte zu verlangen, die er in Ungarn teils als Pfand teils mit Waffengewalt in seine Gewalt gebracht hatte. Da auch diesmal die Unterhandlungen keinen Erfolg hatten und Friedrich auf seinem Rechte bestand, so fiel Hunyady Ende November 1446 in Österreich ein und brannte alle offenen Ortschaften bis Wiener Neustadt und Wien nieder. Obwohl Friedrich von den Österreichern nicht unterstützt wurde und daher der Verheerung des Landes unthätig zusehen mußte, so hielt er doch auch jetzt zäh an seinen Ansprüchen fest. In der That ward seine Ausdauer mit Erfolg gekrönt. Hunyady zog im Dezember aus Österreich wieder ab, und da ihm wohl überhaupt weniger an der Auslieferung des unmündigen Königs als an der Sicherung seiner Herrschaft lag, so unternahm er fortan gegen Friedrich keine feindseligen Schritte mehr. Es kam neuerdings zu Unterhandlungen, zuerst unter Vermittlung des päpstlichen Legaten Carvajal in Ofen, dann unter der Friedrichs von Cilli in Radkersburg. Hier schlossen die ungarischen Gesandten am 1. Juni 1447 einen zweijährigen Waffenstillstand, der die Hauptfrage, die Auslieferung des Königs Ladislaus und der ungarischen Krone, gar nicht berührte und Friedrich wie seinen Bruder Albrecht im Besitze von Ödenburg, Güns, Eisenstadt und aller andern Städte und Orte ließ, die sie im westlichen Ungarn in ihren Händen hatten; nur Raab mußte Friedrich gegen Ersatz der von ihm dafür gezahlten 3000 Dukaten herausgeben.

Hunyadys Streben ging besonders dahin, durch glückliche Kämpfe gegen die Türken sich die Gunst der öffentlichen Meinung zu sichern, die Scharte bei Varna auszuwetzen und an seinen Gegnern Rache zu nehmen. Schon im Spätsommer 1446, gleich nach seiner Ernennung zum Gubernator, griff er die Walachei an, um den Woywoden Drakul, der ihn vor zwei Jahren gefangen genommen hatte und dann sich mit den Türken verbunden haben sollte, zu stürzen und Dan oder Daniel, einen Sohn des früheren Woywoden Dan, an dessen Stelle zu setzen. Da während der Schlacht die Walachen zu Dan übergingen, ergriff Drakul die Flucht, wurde aber von jenem eingeholt und

mit seinem Sohne hingerichtet [1]). Auch in die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Gliedern des moldauischen Fürstenhauses mischte sich Hunyady ein, um auch dieses Land dem ungarischen Einflusse wieder zu unterwerfen [2]).

Sein Hauptziel war aber immer der Kampf gegen die Türken. Durch wiederholte Gesandtschaften suchte er auch den Papst und verschiedene Fürsten des Auslandes zur Hilfeleistung zu bewegen, ohne aber etwas anderes als schöne Worte oder Vertröstungen auf die Zukunft zu erhalten. Da wagte er allein den Angriff auf die osmanische Macht, die in den letzten Jahren durch Kämpfe in Griechenland und mit dem albanesischen Fürsten Georg Kastriota beschäftigt worden war. Nachdem er in der zweiten Hälfte des September 1448 mit einem nicht sehr zahlreichen Heere [3]), in dem sich auch walachische Hilfstruppen und deutsche, polnische und böhmische Söldner befanden, bei Kubin an der Mündung der Morawa die Donau übersetzt hatte, drang er längs dieses Flusses mitten durch Serbien rasch nach Süden und dann nach Westen vor. Wollte er sich mit Kastriota, dem Helden Albaniens vereinigen und dann die Türkei angreifen? Da stieß er auf dem „Amselfelde“ [4]), wo 1389 der Serbenfürst Lazar und der Sultan Murad I. den Tod gefunden hatten, unvermutet auf ein türkisches Heer, das angeblich 150 000 Mann zählte und vom Sultan selbst geführt wurde. Trotz der großen Übermacht der Türken wagte Hunyady am

1) Chalkokondylas l. VII, ed. Bonn., p. 338sq. Nach Thwrocz, c. 44 und Dlugosz XIII, 34, der den neuen Woywoden Stancul nennt, hätte Hunyady den Drakul enthaupten lassen. Über die Zeit s. Katona XIII, 503sqq. Die neueren ungarischen Geschichtschreiber machen daraus gegen die Quellen zwei Feldzüge, einen im Jahre 1445, den andern 1446.

2) Caro IV, 474 ff.

3) Nach Thwrocz 24000 Mann, nach Chalkokondylas dagegen *Παίονες καὶ Δακοὶ συναμφότεροι ἐς τετρακισμυρίους καὶ ἑπτακισχιλίους ἱππέας καὶ ἁμάξαις ἐφέροντο . . . ἀμφὶ τὰς δισχιλίας. ἐφ' ἑκάστης δὲ ἁμάξης δύο ἤστην ἄνδρε πεζώ, πελταστής τε ἅμα καὶ τελεβολιστής.*

4) Serbisch Kossowo polje, ungarisch Rigomezö.

18. Oktober die Schlacht. Am ersten Tage blieb der Kampf unentschieden. Am zweiten aber unterlagen die Ungarn trotz ihrer Tapferkeit der erdrückenden Menge der Feinde. Als endlich die Walachen zu den Türken übergingen, warf sich die ungarische Reiterei in regellose Flucht. Die böhmischen und deutschen Söldner, welche, hinter den Streitwagen und Kanonen aufgestellt, sich nicht retten konnten, verteidigten sich noch am Morgen des dritten Tages gegen die Angriffe der Janitscharen und verkauften ihr Leben auf das teuerste. 17000 Christen sollen auf dem Amselfelde den Tod gefunden haben, darunter Emerich Pelsöczy, Woywode von Siebenbürgen, und sein Bruder Ladislaus, Franko Thallóczy, Ban von Kroatien, Stephan Bánffy von Lindva, der Oberstthürhüter Emerich Marczali, Thomas Széchy, Bruder des Erzbischofs von Gran, und Johann Székely, ein Verwandter Hunyadys [1]. Dieser selbst gelangte unter manchen Gefahren und Abenteuern bis in die Nähe der Donau, wurde aber dann in die Hände des Fürsten Georg von Serbien geliefert, der sich auch diesmal, überzeugt von der Unüberwindlichkeit der Türken, geweigert hatte, sich an Hunyady anzuschließen, und dafür von diesem mit der Verwüstung seines Landes bestraft worden war. Erst nach zwei Monaten erhielt Hunyady auf die Verwendung des ungarischen Reichsrates seine Freiheit wieder, nachdem er die Rückgabe aller dem Despoten weggenommenen Städte und Schlösser und die Verschonung dieses Landes bei künftigen Feldzügen gegen die Türken ver-

1) Für die chronologischen Daten und die Richtung des Zuges ist die verläßlichste Quelle Hunyadys Brief vom 30. Dezember 1448 ap. Katona XIII, 637 sqq., mit dessen Urkunden vom 8. bis 17. September aus Kovin (Kubin) ibid. p. 589—601. In eine Detailschilderung der Schlacht läßt er sich nicht ein; dagegen ist hierfür um so weitläufiger Chalkokondylas ed. Bonn., p. 355 sqq., dessen Angaben man im einzelnen freilich nicht kontrollieren kann. Vgl. auch Dlugosz XIII, 46 sqq.; Thwrocz, cap. 46 sqq.; Cillier Chronik, herausgegeben von Krones, Kap. 25, S. 107 f. und Schreiben des Aeneas Sylvius an den Papst vom 25. November 1448 ap. Pray, Ann. Hung. III, 70 sqq. Die neueren Geschichtschreiber bringen manche Angaben, die an den gleichzeitigen Quellen keine Stütze finden.

sprochen und als Geisel für die Einhaltung dieser Bedingungen seinen Sohn Ladislaus zurückgelassen hatte [1]). Hunyady wollte gleich wieder den Krieg gegen die Türken erneuern, wurde aber sogar vom Papste ermahnt, sich auf die Verteidigung zu beschränken. Da er zugleich mit innern Feinden zu kämpfen hatte, anderseits Murads II. Sohn und Nachfolger Muhammed II. wegen eines neuen Angriffs des Fürsten von Karaman den Frieden mit seinen christlichen Nachbarn zu erhalten suchte, so wurde im Jahre 1451 zwischen Ungarn und den Türken ein dreijähriger Waffenstillstand abgeschlossen [2]).

Hunyady konnte schon deswegen den Krieg mit den Türken nicht fortsetzen, weil er in Ungarn selbst manche Gegner hatte. Viele Magnaten waren auf den Emporkömmling eifersüchtig, Giskra von Brandeis sein ausgesprochener Feind. Als „oberster Feldhauptmann des Königs Ladislaus“ [3]) war dieser noch immer der eigentliche Herr Oberungarns, das er durch Besetzung der Städte und Burgen und durch befestigte Lager (tabor) im Zaume hielt. Die Bürger der dortigen Städte mußten ihm unter verschiedenen Titeln bedeutende Summen zahlen, die Bauern wurden von ihm und seinen Unterbefehlshabern, wie von andern unabhängigen Bandenführern, dem Polen Komorowsky, Herrn des Liptauer Komitats, und Pongrácz von Szent-Miklós, dem Besitzer des Waaggebietes, mit Steuern und Abgaben gedrückt. Da entschloß sich Hunyady im Jahre 1449 zum Kriege gegen den gefürchteten Bandenführer und „Husiten“. Allein sein Schwestersohn Thomas Székely wurde am 5. September bei Somos unweit Kaschau geschlagen, und

1) Die Bedingungen lernen wir aus der Bulle des Papstes Nikolaus V. vom 12. April 1450 ap. Raynald ad a. 1450, no. 7 kennen, worin er Hunyady von der Erfüllung derselben dispensiert. Die Zwistigkeiten wurden 1451 ausgeglichen durch die Verlobung der Enkelin Georgs, Tochter des Grafen Ulrich von Cilli, mit Matthias Hunyady, jüngerem Sohne des Gubernators. Katona XIII, 778. Teleki X, 305.

2) Dukas, cap. 34, ed. Bonn., p. 233. Teleki X, 322.

3) Domini Ladislai Hungarie etc. regis capitaneus generalis nennt er sich in Urkunden von 1450 und 1451 bei Teleki X, 256. 297.

dieser selbst, und zwar wie berichtet wird, von Giskra getötet, sehr viele gefangen. Da brach Hunyady persönlich gegen Giskra auf und eroberte die Burg Moldawa oder Sepsi südwestlich von Kaschau, deren Besatzung, Böhmen und Polen, er ein Auge ausstechen und beide Hände wie die Nasenspitze abhauen ließ. Sieht man aber von der Verwüstung der durchzogenen Gegenden besonders des Gebietes von Kremnitz ab, so errang Hunyady keine wesentlichen Erfolge mehr. Er schenkte daher einer Gesandtschaft der polnischen Königin Sophia, welche den Krieg von der an Polen verpfändeten Zips fern halten wollte, Gehör und gab seine Zustimmung zu einem Waffenstillstande mit Giskra, der am 4. Dezember in Kremnitz auf die Dauer von acht Monaten abgeschlossen wurde [1]). Im folgenden Frühjahr unterhandelten der Bischof von Erlau und mehrere Magnaten mit Giskra über eine längere Waffenruhe, die auch in Rimaszombat verabredet und dann vom ungarischen Reichstage genehmigt wurde. Nach den Bestimmungen dieses Friedens, der bis zur Übernahme der Regierung durch den König Ladislaus oder im Falle seines früheren Todes bis zur Wahl eines neuen Königs dauern sollte, blieb Giskra nicht bloß im Besitze Oberungarns, sondern es sollte ihm auch von Hunyady eine große Summe Geldes gezahlt werden, deren Rest, 10600 Dukaten, dann die ungarischen Stände übernahmen [2]). Hunyady hatte weiter Giskra seine verwitwete Schwester zur Ehe zu geben versprochen. Doch bot gerade dies den Anlaß zum Wiederausbruch des Krieges. Als sich nämlich das Gerücht verbreitete, Hunyady wolle bei der Hochzeit Giskra und die Seinigen ermorden lassen, schlug dieser los und besetzte das St. Stephans-

1) Dlugosz XIII, 51sq. Brief des Aeneas Sylvius an Carvajal vom 13. November 1449 im „Archiv für österr. Gesch." XVI, 395. Vgl. Zeißberg, Poln. Geschichtschreibung, S. 209 ff., der aber aus Versehen die Urkunde über einen von Giskra und anderen Anhängern des K. Ladislaus am 30. November 1444 auf zwei Jahre geschlossenen Waffenstillstand im „Archiv für österr. Gesch." XXXIX, 196 hier anführt.

2) Die Urkunden bei Katona XIII, 796sqq. Teleki X, 256. Vgl. Teleki II, 151sqq. Szalay III, 129. Feßler-Klein II, 520.

kloster unweit Losoncz im Neográder Komitate. Hunyady griff dasselbe mit großer Macht an, erlitt aber am 7. September 1451 durch Giskra ungeachtet seiner großen Überzahl, wie es heißt infolge Verrates, eine gänzliche Niederlage. Als er aus Niederungarn kriegsgeübte Truppen herbeizog, behauptete er zwar Giskra gegenüber das Übergewicht und nahm diesem mehrere Burgen weg. Aber demselben einen entscheidenden Schlag beizubringen vermochte er nicht [1]). Neben dem Gubernator von walachischer Abstammung behauptete der böhmische Heerführer auch fortan eine selbständige Stellung.

Unter solchen Verhältnissen wollte sich Hunyady wenigstens vonseite der ausländischen Mächte Ruhe sichern und für seine Reichsverweserstelle eine möglichst feste Rechtsbasis verschaffen. Am 22. Oktober 1450 schloß er in Presburg mit dem Könige Friedrich einen Vertrag, welcher zeigt, daß er nicht der uneigennützige Charakter war, als den ihn die offiziellen Geschichtschreiber des Hauses der Corvinen dargestellt haben. Er versprach nämlich, den König Ladislaus bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres, also bis zum Februar 1458, in Friedrichs Händen zu lassen und diesen ebenso lange im Besitze der Städte und Burgen, die er und die Seinen in Ungarn inne hätten, nicht zu beunruhigen oder beunruhigen zu lassen, wogegen Friedrich zugab, daß er während dieser Zeit Gubernator in Ungarn bleibe, ihm gegen alle, die ihn daran hindern wollten, seinen Beistand zusagte und gelobte, Ladislaus auch nach Erreichung des achtzehnten Jahres nicht aus seiner Vormundschaft zu entlassen, ohne ihn früher davon verständigt zu haben, und ihn dann bei Ladislaus mit seinem Rate und seiner Hilfe zu unterstützen [2]).

Einen ganz ähnlichen Verlauf hatten die Ereignisse in Böhmen genommen [3]).

1) Dlugosz XIII, 81. Thwrocz, cap. 48. Ebendorffer ap. Pez SS. II, 863 sq. Über den Kampf bei Losonz s. auch das Gedicht Michel Beheims in „Quellen und Forschungen“, S. 46 ff.

2) Kurz, Österreich unter K. Friedrich IV., I, 258.

3) Palacky, Gesch. von Böhmen IV, 1, 192 ff., und dessen „Urkund-

Die Böhmen hatten ihren König von Friedrich ebenso wenig erhalten wie die Ungarn trotz aller Bemühungen und der Drohung, einen andern zu wählen, was übrigens nicht so leicht gewesen wäre, da sie unter sich nicht einig waren und der Herzog von Baiern und König Friedrich einen solchen Antrag abgelehnt hatten. Während dieser Zeit vergrößerte der talentvolle, gewandte und rührige Georg von Podiebrad immer mehr seinen Einfluß, sodaß er endlich glaubte, durch einen Staatsstreich die Herrschaft an sich reißen zu können.

Unter falschen Vorwänden brachte er mit Hilfe seiner Anhänger ein bedeutendes Heer zusammen, bemächtigte sich in der Nacht vom 2. auf den 3. September 1448 der Stadt Prag, stürzte das dortige Regiment, nahm den Oberstburggrafen Meinhard von Neuhaus gefangen, der dann nach fünfmonatlicher Haft im Februar 1449 starb, und verhalf in Prag dem Husitismus vollständig zum Siege. Obwohl die Utraquisten sich immer auf die Kompaktaten beriefen und durch diese ihnen wohl der Kelch bewilligt aber nicht die Alleinherrschaft zugesichert worden war, so wurden doch jetzt alle aus Prag vertrieben, welche den dorthin zurückkehrenden Rokycana nicht als Erzbischof anerkannten, namentlich das katholische Domkapitel und die deutschen Magister und Studenten, die sich in letzter Zeit wieder in größerer Zahl eingefunden hatten.

Als Georg einmal die Hauptstadt in seiner Gewalt hatte, strebte er danach, auch die Regierung des ganzen Landes in seine Hände zu bringen. Lange erreichte er sein Ziel nicht, da nicht bloß seine offenen Feinde, Ulrich von Rosenberg und der Sohn Meinhards von Neuhaus wie deren Freunde und die ehemaligen Taboriten, ihm feindlich entgegentraten, sondern auch manche seiner bisherigen Anhänger ihn nicht zu mächtig werden lassen wollten. Wiederholt versuchte man den König Friedrich zur Herausgabe seines Mündels zu bewegen, ohne freilich gegen die Zähigkeit Friedrichs etwas ausrichten zu

liche Beiträge zur Gesch. Böhmens und seiner Nachbarländer im Zeitalter Georgs von Podiebrad (1450—1471)", in „F. R. Austr. Dipl." XX.

können. Wie mit Hunyady so verständigte sich Friedrich auch mit Podiebrad in einer Weise, die beiden zum Vorteile gereichte. Um endlich Ruhe zu bekommen, übertrug er selbst diesem im Oktober 1451 bis auf Widerruf die ganze Verwaltung Böhmens, wogegen Podiebrad auch nicht weiter auf der Auslieferung des jungen Ladislaus bestand. Am 27. April 1452 wählten dann auch die böhmischen Stände Georg zum Verweser des Königreichs und gaben ihm einen Rat von elf Personen aus den Herrn, Rittern und Städten an die Seite, mit denen er die Regierung führen sollte. Es gelang ihm nun bald, die letzten, die noch widerstrebten, die Reste der Rosenberg-Neuhausschen Partei und die Taboriten, zur Anerkennung seiner Gewalt zu zwingen und nun endlich dem Lande den lang entbehrten Frieden und die Bedingungen für die Wiederherstellung seines materiellen Wohlstandes zu verschaffen.

Aber gerade in der Zeit, wo Friedrich sich mit den Machthabern der beiden hervorragendsten Reiche des Ladislaus endlich geeinigt hatte, bereitete sich in Österreich eine Bewegung vor, die eine Katastrophe herbeiführte.

Die Zeit der vormundschaftlichen Regierung König Friedrichs III. [1]) gehört zu den traurigsten Perioden, welche das Herzogtum Österreich erlebt hat. Nicht bloß fühlte man in der empfindlichsten Weise, daß die kräftige Hand erlahmt sei, welche die unbotmäßigen Adeligen und die raublustigen Grenznachbarn im Zaume gehalten hatte; Österreich litt auch an den Folgen der Großmachtstellung, welche Albrecht II. vorübergehend eingenommen hatte. Für eine würdige Ausstattung bei der Königskrönung in Ungarn, für den Krieg um Böhmen, für die Rüstungen gegen die Türken waren sehr bedeutende Auslagen notwendig gewesen, sodaß sein Hubmeister oder Finanzminister Ulrich Eizinger für die drei Jahre vom Frühjahr 1437

1) S. darüber Chmel, Gesch. K. Friedrichs IV., II, 30—36. 84—89. 105—109. 115—137. 215. 252—258. 330—333. 572—598, der sich besonders auf urkundliche Materialien stützt. Vgl. Ebendorffer ap. Pez II, 858 sqq.

bis zum Frühjahr 1440 ein Defizit von 12125 Pfund Pfennigen oder fast 14000 Dukaten berechnete [1]). Dabei waren nicht bloß bedeutende Anleihen gemacht worden [2]), sondern es waren auch viele Söldnerführer noch nicht bezahlt. Diese Rückstände zu decken, war für Friedrich als Vormund des Sohnes Albrechts in der That nicht leicht, da Ungarn und Böhmen, die Ladislaus nicht als König anerkannten, nichts zahlten, ja, noch die Mittel zur Bekämpfung der dortigen Gegner aufgebracht werden sollten, die Stände der übrigen habsburgischen Länder für Dinge, die sie nicht direkt berührten, kein Geld bewilligten und die Einkünfte aus Österreich doch nicht groß genug waren, um aus den Überschüssen die Schulden des Königs Albrecht zu zahlen. Als die Söldnerführer mit ihren Forderungen nicht befriedigt wurden, griffen sie zu den Waffen und suchten sich durch Raub und Ausplünderung der Bürger und Bauern bezahlt zu machen. Auch Ulrich Eizinger schickte mit 150 andern Gläubigern im Mai 1441 dem König einen Fehdebrief. Auf das Drängen der österreichischen Stände schoß endlich Friedrich das Geld zur Abfertigung der Söldnerführer vor. Obwohl sich manche derselben eine bedeutende Herabminderung ihrer Forderungen gefallen lassen mußten, so beliefen sich die Gelder, welche Friedrich auszahlte oder doch wenigstens zu zahlen versprach, auf wenigstens 48000 Dukaten [3]). Es war diese Summe um so schwerer hereinzubringen, als der österreichische Landtag gar keine außerordentliche Steuern bewilligte, weil die einzelnen Stände sich nie über den Ansatz zu einigen vermochten und die Adeligen verlangten, daß ihre

1) Chmel, Materialien I, 2, 91. Ein Gulden wird 1440 zu 6 Schilling 20 Pfennig (= 200 Pf.), 1441 zu 7 Schilling (= 210 Pf.) berechnet. Lichnowsky VI, Reg. Nr. 45. 276.

2) So beim Kanzler Kaspar Schlick von 20000 Dukaten, und 12000 Dukaten unter Bürgschaft des Grafen Johann von Schaunberg. Kollar, Analecta II, 878. Chmel, Materialien I, 2, 178.

3) Lichnowsky VI, Nr. 45. 158. 247—250. 254—257. 263. 275 bis 278. 288. 345. 350. 351. 379. 417—422. 441. 442. 471. 476 bis 478. 575. 608.

Unterthanen geringer besteuert werden sollten als die der Prälaten und als die Güter der Bürger.

Leider hörten die Gewaltthaten mit der Bezahlung der Söldnerführer nicht auf. Manche derselben fanden es bequem, ohne jede Anstrengung auf Kosten der Bürger und Bauern ein angenehmes Leben zu führen. Pongrácz von Liptau und Szent-Miklos, der sich eines großen Teiles des Gebietes zwischen der Waag und March mit den Städten Skalitz und Holitsch bemächtigt hatte und dort wie ein selbständiger Fürst schaltete, brachte auch einige Punkte in Österreich in seine Gewalt, baute an verschiedenen Orten seine Tabor oder befestigten Lager und bedrückte mit seinen Leuten, dem Auswurfe der kriegs- und raublustigen Bevölkerung von Böhmen, Polen, Ungarn und Deutschland, das ganze Gebiet von der Thaya bis zur Donau und von der March bis Krems und Zwettl auf das furchtbarste. Seinem Beispiele folgten nicht bloß mährische und böhmische, sondern selbst österreichische Adelige, sodaß die Bauern unter dem Drucke der Räuber erlagen, der Handelsverkehr gestört ward und fast nur gegen hohe Abgaben an die Bandenführer bewerkstelligt werden konnte. Wohl wurde manchmal eine Raubburg eingenommen, die Verteidiger aufgehängt. Aber es waren das nur Palliativmittel, so lange man sich nicht entschloß, mit dem Aufgebote größerer Streitkräfte den Räuberstaat des Pongrácz zu vernichten. Erst im Jahre 1450 kam es zu einem Feldzuge gegen denselben. Ulrich von Cilli, den Friedrich an die Spitze der Truppen gestellt hatte, nahm mehrere Schanzen in Österreich weg, überschritt dann die March, nahm Skalitz ein und trieb den Pongrácz so in die Enge, daß er sich dem Johann Hunyady in die Arme warf, welcher sich dann dafür verbürgte, daß von Ungarn aus keine Einfälle nach Österreich mehr gemacht werden sollten [1]).

Obwohl an der langen Fortdauer dieser Bedrängnisse des Landes die österreichischen Stände nicht viel weniger schuld

1) Chmel, Geschichte K. Friedrichs IV., II, 591 ff. Vgl. auch Cillier Chronik, S. 91 f.

trugen als der König Friedrich, so ist es doch begreiflich, daß sie in erster Linie diesem als dem Regenten des Landes zur Last gelegt wurden. War ja Friedrich in Österreich nie populär gewesen, da seine Persönlichkeit nicht dazu angethan war, die Liebe der Unterthanen zu gewinnen, und er die meisten österreichischen Adeligen hinter seinen steirischen Günstlingen, dem hochmütigen Kammermeister Johann Ungnad, dem Hofmeister Johann von Neiperg und dem Marschall Walter Zebinger weit zurücksetzte. Auch machte es einen unangenehmen Eindruck, daß der König gewöhnlich in Graz oder in Wiener Neustadt residierte, das in jener Zeit nicht als zu Österreich gehörig angesehen wurde. Da Friedrich sich um dieses Land wenig zu kümmern schien und den Klagen über die Unsicherheit, die schlechte Münze u. s. w. nicht abhalf, so ist es natürlich, daß man die Augen auf den rechtmäßigen Erben des Landes warf, daß man glaubte, eine eigene Regierung würde aller Not abzuhelfen vermögen. Schon Anfangs Februar 1447 hatte ein Landtag in Korneuburg an den König die Forderung gestellt, es sollte Ladislaus in sein Erbland und nach seinem Hauptschlosse Wien gebracht und ihm Leute nach dem Rate der Stände an die Seite gegeben werden, was Friedrich natürlich den Österreichern ebenso abschlug wie den Ungarn und Böhmen. Bei der steigenden Unzufriedenheit brauchte nur ein Mann von Ansehen und Einfluß die Leitung in die Hand zu nehmen, so brach auch in Österreich eine allgemeine Bewegung gegen den Regenten aus.

Dieser Mann war Ulrich Eizinger von Eizing, ein bairischer Adeliger, der, von Haus aus ohne Mittel, als Knabe zur Zeit der Regentschaft des Herzogs Ernst nach Österreich gekommen, später in die Dienste Albrechts V. getreten war und die Gunst dieses Herzogs in einem solchen Grade gewonnen hatte, daß dieser ihm mehrere Güter verlieh, ihn 1433 zum Hauptmann von Eggenburg und Znaim, 1437 zum Hubmeister ernannte und endlich 1439 mit seinen Brüdern in den Freiherrnstand erhob. Man that ihm wohl nicht Unrecht, wenn man behauptete, daß er die Würde eines Finanzministers auch zu seiner eigenen Bereicherung benutzt habe; Thatsache ist, daß er von

dieser Zeit an Gut auf Gut kaufte und 1440 in der Lage war, der Königinwitwe Elisabeth bedeutende Summen vorzustrecken [1]). Das Zerwürfnis mit dem Könige Friedrich war Ende 1441 wieder ausgeglichen, ja Ulrich sogar in den Rat des Königs aufgenommen [2]) worden. Als aber Friedrich im August 1451 von seinem Bruder dessen ungarische Besitzungen Eisenstadt und Forchtenstein kaufte, während Albrecht mit Eizinger die Verhandlungen darüber schon fast zum Abschlusse gebracht hatte, zeigte sich dieser im höchsten Grade gekränkt und lehnte auch den Antrag der beiden Fürsten ab, die Entscheidung der Rechtsfrage den österreichischen Baronen zu übertragen. Ulrich Eizinger, ein Mann von sehr bedeutenden Fähigkeiten, kühn und rührig, schlau, gewandt und mit großen Rednergaben ausgestattet, aber auch von einem unbegrenzten Ehrgeize erfüllt, wollte jetzt die Unzufriedenheit der Österreicher über das Regiment Friedrichs benutzen, um sich in diesem Lande eine Stellung zu verschaffen, wie sie Hunyady in Ungarn, Podiebrad in Böhmen erworben hatte.

Es erleichterte die Ausführung seines Planes, daß Friedrich gerade um diese Zeit einen Zug nach Italien antreten wollte, um seine Braut Eleonore von Portugal abzuholen und sich in Rom zum Kaiser krönen zu lassen. Daß er auch seinen Mündel mit sich nehmen wollte, beuteten nun seine Feinde gegen ihn aus, indem sie sagten, daß er denselben in dem ungewohnten italienischen Klima dem Verderben preisgeben wolle. Auch daß er die Regenten, welche in seiner Abwesenheit Österreich verwalten sollten, eigenmächtig ernannte, ohne bezüglich der Personen

1) Viele Urkunden zur Geschichte der Eizinger aus einem Diplomatar hat Chmel in (Schmidl's) „Österr. Blättern für Litteratur" u. s. w. 1847, Nr. 59. 60. 65. 66. 71, und im „Archiv f. österr. Gesch." 1848, II, 4ff. und V, 21ff., mitgeteilt. Über sein Emporkommen berichtet von einem sehr feindlichen Standpunkte aus eine Denkschrift von c. 1454, im „Notizenblatt" der kaiserl. Akad. 1857, S. 231ff. und 245ff. und kurz Aeneas Sylvius, Hist. Frid. ap. Kollar II, 183sqq., der auch seine Abstammung aus Baiern erwähnt.

2) Kollar, Analecta II, 1315.

den Rat der Stände einzuholen, bot neuen Grund zur Unzufriedenheit. Ulrich Eizinger lehnte den Eintritt in die Regentschaft ab und begann noch im Herbste 1451 seine Umtriebe [1]).

Unter dem Vorwande, Besitzstreitigkeiten mit den Herren von Liechtenstein ausgleichen zu wollen, hielt er in Mailberg bei Laa eine Zusammenkunft mit mehreren Adeligen und suchte sie gegen Friedrich aufzureizen. Er warf ihm die Vernachlässigung Österreichs, dessen finanzielle Ausbeutung für fremde Zwecke, die Vergeudung der herzoglichen Güter, die Zurücksetzung der österreichischen Großen gegen seine steirischen Günstlinge, einen Ungnad, Neiperg, Zebinger vor und setzte auseinander, daß der König die Bedingung, unter der man ihn in Österreich als Regenten anerkannt habe, sich bei der Regierung des Landes an den Rat der Stände zu halten, verletzt habe, und daß daher auch sie ihrer Pflichten gegen ihn entbunden seien. Eizinger erreichte hier vollständig seinen Zweck. Obwohl außer ihm und seinen Brüdern von hervorragenderen Adeligen nur die Liechtenstein und Jörg von Kuenring in Mailberg anwesend waren, schlossen sie doch am 14. Oktober im Namen aller Prälaten, Herren, Ritter und Knechte, die ihr Siegel an diese Urkunde hängen würden, einen Bund, um die Auslieferung ihres Erbherrn Ladislaus durchzusetzen, der nach Österreich gebracht werden und bis zu seiner Volljährigkeit in Wien residieren sollte. Bald traten ihnen mehrere Adelige bei und auf einer, Ende Oktobers in Wullersdorf unweit Mailberg gehaltenen Versammlung beschlossen sie die Absendung einer Deputation an den König, um ihn zu ersuchen, er möge, da er jetzt nach Rom

1) Über die Vorgänge in Österreich in den letzten Monaten des Jahres 1451 hat Chmel, Gesch. K. Friedrichs IV., II, 640 ff. auf Grund der Berichte des Aeneas Sylvius in seiner Hist. Frid. und Ebendorffers, wie der einschlägigen Aktenstücke (besonders in „Materialien" I,2, 356 ff.) erschöpfend gehandelt. Die Form der von Aeneas Sylvius mitgeteilten Reden ist natürlich sein Eigentum. Aber seine Darstellung wird durch die Urkunden bestätigt. (A. G. Supan, Die vier letzten Lebensjahre des Grafen Ulrich II. von Cilli, mit bes. Berücksichtigung der Stände-Revolution in den Jahren 1451 und 1452, Wien 1868, ist wertlos.)

ziehen wolle, ihren Erbherrn nach Wien senden, damit nach dem Testamente seines Vaters Albrecht vorgegangen, also wohl ein Vormundschaftsrat aus den verschiedenen Ländern desselben eingesetzt werde. Als Friedrich dieser Forderung gegenüber auf sein Recht und auf die üblen Folgen hinwies, wenn die Wünsche nur eines Landes berücksichtigt würden, und eine Erledigung dieser Angelegenheit nach seiner Rückkehr von Rom in Aussicht stellte, da beriefen die Gesinnungsgenossen Eizingers eigenmächtig auf den 12. Dezember einen Landtag nach Wien. Vergebens verboten der König und die von ihm bestellten Landesverweser den Prälaten und Städten die Teilnahme an demselben. Der Rat von Wien weigerte sich wohl anfangs die Versammlung in dieser Stadt tagen zu lassen. Aber Eizinger gewann die Bürger für sich, unter deren Drucke auch der Rat sich dem Strome nicht mehr entgegenstemmte.

Hatten sich anfangs nur die Ritter und einzelne Barone an Eizinger angeschlossen, so fanden sich auf dem Landtage in Wien auch der größere Teil der Prälaten und Vertreter der Städte ein. Hier entfaltete nun Eizinger seine Demagogenkünste. Nachdem er durch glänzende Feste und Gelage die richtige Stimmung hervorgerufen hatte, haranguierte er von der Kanzel der Karmeliter „am Hof“ aus, auf der im Jahre vorher der bekannte Minorit Capistrano seine feurigen Bußpredigten gehalten hatte, das zahlreich versammelte Volk. Um eine größere Wirkung zu erzielen, führte er selbst des Ladislaus zweite Schwester Elisabeth, die in Wien zurückgeblieben war, in schlechten Kleidern vor und ließ im Namen derselben durch einen Wortführer den Ständen für ihr Erscheinen danken und die Bitte aussprechen, sie möchten ihr und ihres Bruders Elend ansehen und dahin wirken, daß dieser in den Besitz seiner Lande komme. Die Wirkung war eine vollständige. Auch die Städte kündigten jetzt Friedrich den Gehorsam auf. Der Landtag beschloß die Einsetzung einer provisorischen Regierung von zwölf Mitgliedern aus den verschiedenen Ständen mit Ulrich von Eizinger als obersten Hauptmann an der Spitze. An Friedrich wurde ein Ultimatum erlassen und noch einmal die Herausgabe

seines Mündels verlangt, widrigenfalls sie die Sache an dessen Königreiche und Verwandte bringen würden.

Friedrich war bereits um die Mitte des Novembers von Neustadt nach Steiermark abgereist und schon im Begriffe, den Römerzug anzutreten, als er von den letzten Vorgängen Nachricht erhielt. Viele seiner Räte sprachen sich dahin aus, daß er die Reise verschieben und zuerst die Bewegung in Österreich im Keime unterdrücken sollte. Allein Friedrich hielt mit gewohnter Zähigkeit an dem einmal Beschlossenen fest und meinte, er könne ohne Verletzung seiner Ehre nicht alle Vorbereitungen für den Zug nach Italien rückgängig machen. Lieber, erklärte er, wolle er die Vormundschaft verlieren, als sein Beginnen aufgeben. Ende des Jahres 1451 zog er mit seinem Bruder Albrecht und seinem Mündel, den er nur in seiner Umgebung vor Entführungsversuchen sicher glaubte, über die Alpen nach Rom, wo er am 19. März 1452 vom Papste Nikolaus V. zum Kaiser gekrönt wurde. Es war die letzte Kaiserkrönung, die in Rom vorgenommen worden ist. Erst nach der Mitte des Juni kam er über Venedig und Villach nach Wiener Neustadt zurück.

Eizinger und seine Gesinnungsgenossen hatten die lange Abwesenheit Friedrichs auf das beste benutzt. Sie hatten die Grafen von Cilli als die nächsten Verwandten des Ladislaus und die übrigen Länder desselben auf ihre Seite zu bringen gesucht und nicht ohne Erfolg gearbeitet.

Die Prälaten, Adeligen und Städte Niederösterreichs hatten sich teils auf dem Landtage in Wien, teils in der nächsten Zeit größtenteils ihnen angeschlossen. Die Zahl der Siegel, welche an die Urkunde des Mailberger Bündnisses gehängt wurden, stieg nach und nach auf mehr als 250 [1]). Noch vor

1) Daß dies nicht sehr rasch geschah, ergiebt sich wohl daraus, daß sich unter diesen Siegeln auch die der Prälaten und Städte Oberösterreichs befinden, die erst im Januar in die Bewegung hereingezogen worden sind. Dies gilt wohl auch von den böhmischen Rosenberg, die ebenfalls unter den Sieglern sind. Die vollständige Aufzählung der Siegler bei Chmel, Gesch. K. Friedrichs IV., II, 643, N.

der Mitte des Januar 1452 sagten auch die Stände von Oberösterreich mit ihrem Landeshauptmanne, dem Grafen Johann von Schaunberg, auf einem Landtage in Wels [1]) dem Könige Friedrich als Vormunde und Regenten den Gehorsam auf.

Von großer Wichtigkeit war es, daß sich auch die Grafen von Cilli der Bewegung anschlossen. Ulrich hatte seit seiner Aussöhnung mit dem Könige Friedrich diesem manche Dienste geleistet und noch im Sommer 1450 den Feldzug gegen Pongrácz von Sz. Miklos geleitet. Aber ein gewisser Groll war doch ohne Zweifel in ihm zurückgeblieben, und geringfügige Kränkungen, wie etwa eine Zurücksetzung hinter andere, mehr begünstigte, Räte [2]) mochten leicht den glimmenden Funken zu heller Flamme anfachen. Auch mußte ihm der Sturz des bisherigen Vormundes seines Vetters deswegen erwünscht sein, weil er erwarten konnte, daß der zwölfjährige Knabe einer Leitung nicht entbehren können und diese ihm zufallen würde. Nach dem Beispiele Ulrichs richtete sich auch sein Vater Friedrich.

Die Ungarn konnten das Vorgehen der Österreicher nur mit Freuden begrüßen, da diese ja dasselbe verlangten, was sie selbst seit Jahren angestrebt hatten. Auch Hunyady wagte trotz seines Vertrages mit Friedrich III. nicht, der allgemeinen Strömung sich offen entgegenzustellen. Eine festere Stellung nahm in Böhmen Georg von Podiebrad ein, der denn auch der Abmachung mit dem Könige Friedrich treu blieb. Dagegen fanden die Österreicher eifrige Unterstützung bei Georgs Feinden besonders Ulrich von Rosenberg und seinen Söhnen, und bei der katholischen Partei Mährens, dem Hauptmanne und manchen Herren und den Städten dieses Landes wie beim Bischofe von Olmütz [3]), indem sie hofften, daß unter der Regierung des

1) Chmel, Materialien I, 2, 368. Lichnowsky VI, Reg. Nr. 1613. 1617.

2) Diese und andere Ursachen führen die Cillier Chronik, S. 92, und Aeneas Sylvius, Hist. Frid. ap. Kollar II, 213, an.

3) Mitteilung der Verweser Österreichs an Sigmund von Tirol bei Chmel, Materialien I, 2, 379.

katholischen Ladislaus ihr Einfluß maßgebend werden, der husitische Gubernator gestürzt werden würde.

Am 5. März 1452 verbündeten sich in Wien alle Gegner Friedrichs, Johann Hunyady und die Stände von Ungarn, die Österreicher, die Grafen Friedrich und Ulrich von Cilli und aus Böhmen Ulrich von Rosenberg und seine Söhne, um dem Könige Friedrich den zwölfjährigen Ladislaus und die ungarische Reichskrone wie alle in den Ländern seines Mündels besetzten Burgen und Gebiete zu entreißen und den jungen König den testamentarischen Bestimmungen seines Vaters gemäß, aber unter Ausschließung Friedrichs, nach Presburg zu bringen [1]. Sie schickten nun eine Gesandtschaft an den Papst, um diesen zur Unterstützung ihrer Forderung zu bestimmen. Aber Papst und König, der eine durch kirchliche, der andere durch politische Gegner bedroht, hatten sich längst enge aneinander angeschlossen. Gerade zur Zeit der Krönung in Rom verlieh der Papst dem Kaiser zahlreiche neue Gnaden, teilweise auch finanzieller Natur. Am 4. April erließ er an die Österreicher die drohende Aufforderung, bei Strafe des Bannes, des Verlustes aller kirchlichen Benefizien und Lehen, der Ehrlosigkeit und des Interdiktes alles, was sie gegen Friedrich unternommen, rückgängig zu machen und diesem Genugthuung zu leisten. Zugleich erlaubte er diesem, auch Geistliche, welche sich an der Empörung wegen der Vormundschaft beteiligten, gefangen zu nehmen und ihrer Güter zu berauben, ohne deswegen in den Bann zu fallen. Ebenso wenig wie die Bemühungen, den Papst für sich zu ge-

1) Die Urkunde bei Chmel, Materialien I, 2, 374. Die weiteren Vorgänge bis zur Auslieferung des Ladislaus nach der weitläufigen Darstellung des Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 321 sqq. 339 sqq. (hier Augenzeuge), und den kürzeren Berichten von Ebendorffer, p. 870, in der Cillier Chronik, S. 111, und bei Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 50, wie nach den Alten bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV. I, 271 ff., Chmel, Materialien I, 2, 376 ff., und II, 1 ff., und dessen Reg. Frid., p. 296 sqq., Teleki X, 323 sqq. und bei Lichnowsky VI, Reg. Nr. 1676 ff. Vgl. die Darstellungen bei Palacky IV, 1, 302 ff. und Voigt, Enea Silvio II, 62 ff. und die Erörterungen Chmels in den „Sitzungsber. der kaiserl. Akad." XVIII, 63 ff. und XXV, 163 ff.

winnen, hatten die Versuche der Aufständischen, den mit ihnen einverstandenen Ladislaus in Rom und auf der Rückreise in Florenz zu entführen, einen Erfolg.

Als der Kaiser am 20. Juni [1]) 1452 wieder in Wiener Neustadt anlangte, war seine Sache noch immer nicht verloren, wenn er sie nicht selbst aufgab. Die österreichischen Landesverweser waren noch nicht gerüstet und suchten sich erst durch Eintreibung einer Kriegssteuer die Mittel dazu zu verschaffen. Dem Gubernator von Ungarn war es mit der Forderung der Auslieferung seines Königs von Anfang an nicht Ernst gewesen, und er hatte sich nur wegen der Stimmung des Landes den Gegnern Friedrichs angeschlossen. Die Rosenberg konnten durch Georg von Podiebrad in Schach gehalten werden. Selbst von den hervorragenderen österreichischen Baronen waren manche wie die Starhemberg, Sigismund und Albrecht von Ebersdorf, Georg von Buchheim und zwei der Grafen von Schaunberg dem Kaiser treu geblieben und zur Unterstützung desselben bereit. Hätte dieser mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen, 4000 Reitern und einer bedeutenden Zahl von Fußvolk, seine Gegner rasch angegriffen, so wäre die Zersprengung und Niederwerfung derselben ohne Zweifel gelungen. Aber Friedrich ließ es auch diesmal an jeder Thatkraft fehlen. Er zögerte in gewohnter Weise und beschränkte sich auf Abmahnungsschreiben, auf die Drohung, für jeden Pfennig, den jemand an Eizinger als Kriegssteuer zahle, drei zu verlangen, und an die Versendung der päpstlichen Bullen. Aber weder der Erzbischof von Salzburg noch die Domherren von Passau ließen dieselben publizieren. Eizinger und Ulrich von Cilli appellierten im Namen der Österreicher auf Anstiften der Wiener Theologen von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Papst oder an ein allgemeines Konzil.

Friedrich glaubte nicht, daß seine Gegner ein größeres Heer gegen ihn aufbringen würden, und beabsichtigte, sie durch Besetzung der in seinen Händen befindlichen Burgen hinzuhalten,

1) Diesen Tag giebt eine Notiz bei Palacky IV, 1, 304, N. 254.

bis ihre Mittel erschöpft wären. Auch daß sie ihm am 28. Juli mehr als 500 Fehdebriefe schickten und nun Ulrich von Cilli und Eizinger die Feindseligkeiten begannen, brachte ihn noch nicht zu einer anderen Ansicht, da sie sich zunächst nach dem Schlosse Ort auf dem Marchfelde wendeten und dasselbe belagerten. Als aber dieses erstürmt und 500 Mährer und Heinrich von Rosenberg, Ulrichs Sohn, mit bedeutenden Verstärkungen herangekommen waren, da wendeten sie sich unvermutet mit ungefähr 4000 Reitern, 12000 Fußgängern und mehreren Geschützen gegen Wiener Neustadt. Am 28. August griffen sie die Kaiserlichen, welche die Zugänge zur Stadt zu verteidigen suchten, mit Übermacht an, drängten sie zurück und wären mit ihnen in die Stadt eingedrungen, hätte nicht Andreas Baumkircher, ein edler Steirer von riesigem Körperbaue und ebenso großer Kraft, mit einigen anderen sich den Feinden entgegengeworfen und sie so lange aufgehalten, bis es gelang, das Stadtthor zu schließen.

Obwohl der Kaiser nur 800 Reiter und ebenso viele Fußgänger bei sich hatte und der größte Teil seiner Streitkräfte unter Rüdiger von Starhemberg zur Bekämpfung seiner Feinde über die Donau geschickt worden war, so hätte er sich im festen Neustadt wohl bis zur Ankunft genügender Hilfstruppen zu halten vermocht, da 6000 Steirer und Georg von Podiebrad mit fast 17000 Mann bereits auf dem Marsche waren. Aber der unkriegerische Fürst zog Unterhandlungen vor und schloß unter Vermittlung des Erzbischofs von Salzburg, der Bischöfe von Freising und Regensburg und seines Schwagers, des jungen Markgrafen Karl von Baden, in übereilter Weise einen Vertrag, nach welchem er am 4. September seinen Mündel dem Grafen Ulrich von Cilli überlieferte. Dieser sollte den jungen König bewahren, bis um Martini (11. November) auf einem Tage in Wien, zu dem außer den Vertretern von Ungarn, Böhmen, Mähren und Österreich auch die genannten Vermittler, dann die Herzöge Albrecht von Österreich und Ludwig von Baiern und Markgraf Albrecht von Brandenburg geladen werden sollten, über die Ansprüche der verschiedenen Parteien und über

die weitere Ordnung der vormundschaftlichen Regierung entschieden worden wäre.

Sechstes Kapitel.

Österreich, Ungarn und Böhmen unter Ladislaus Postumus. (1452—1457.)

Es war ein großer Irrtum, wenn der Kaiser meinte, daß er durch den Neustädter Vertrag seiner Sache nichts vergeben habe, da ja erst die Versammlung in Wien über die zwischen ihm und den Unterthanen seines Mündels schwebenden Streitigkeiten eine definitive Entscheidung fällen sollte. Wie seine Gegner die Sache auffaßten, zeigte sich nach wenigen Tagen, da Ulrich von Cilli den ihm anvertrauten jungen König dem Wunsche der Österreicher gemäß am 13. September nach Wien führte, wo er mit ungeheurem Jubel empfangen wurde, und man diesen fortan wie einen selbständigen Herrscher Regierungsakte ausüben ließ [1]). Friedrich hatte sich selbst der Mittel beraubt, einem Vertragsbruche vonseite der Österreicher entgegenzutreten, da er noch am Tage, wo der Friede in Neustadt abgeschlossen ward, aus Sparsamkeitsrücksichten die Entlassung seiner Söldner angeordnet hatte.

Der Tag in Wien, der von zahlreichen deutschen Fürsten besucht wurde, beschäftigte sich denn auch gar nicht mehr ernst-

1) Schon am 29. September verleiht Ladislaus das Münzmeisteramt in Wien an Wolfgang Holzer. Lichnowsky VI, Reg. Nr. 1706. Für die folgenden Vorgänge und die Verhandlungen in Wien und Neustadt ist leider wieder Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 398 sqq., der zwar sehr gut unterrichtet, aber nicht unparteiisch ist, fast die einzige Quelle. Vgl. auch Kurz, Österreich unter K. Friedrich I, 127 ff. Voigt, Enea Silvio II, 73 ff., und die Erörterungen von Chmel in „Sitzungsber. der kaiserl. Akad." XXVIII, 473 ff.

lich mit der Frage, welche Anordnungen bezüglich der Vormundschaft getroffen werden sollten, und es wurde Ladislaus thatsächlich als großjährig angesehen. Die kaiserlichen Gesandten, unter denen Aeneas Sylvius Piccolomini, jetzt Bischof von Siena und einer der angesehensten Räte des Kaisers, und Ulrich Riederer, ein gewandter Jurist, die hervorragendsten waren, verlangten bei den Verhandlungen, die übrigens erst nach Neujahr begannen, mit besonderem Nachdrucke Ersatz des Schadens, der ihrem Herrn zugefügt worden, und Bestrafung der Schuldigen. Die Ungarn und Österreicher antworteten mit der Forderung, daß der Kaiser die ungarische Krone und die Schlösser und Ortschaften herausgebe, die er in ihren Ländern in Besitz hatte. Wenn die Gesandten Friedrichs darauf hinwiesen, daß dieser die streitigen Gebiete teils als Pfand oder durch Kauf, teils in gerechtem Kriege an sich gebracht habe, und erklärten, daß dieser sie nur nach Wiedererstattung der gezahlten Summen und nach Zahlung einer Kriegsentschädigung zurückstellen würde, so antworteten die Österreicher mit der Gegenforderung, daß der Kaiser die Herrschaften, die er als Vormund in ihrem Lande verpfändet hatte, mit seinem eigenen Gelde wieder auslöse.

Die vermittelnden Reichsfürsten, an deren Spitze Albrecht von Brandenburg stand, brachten die Österreicher und Ungarn endlich zu einem Angebote, dessen Annahme sie befürworteten, da günstigere Bedingungen nicht zu erlangen wären. Danach sollte der Kaiser alle Güter, die ihm in Ungarn und Österreich verpfändet worden wären, behalten, die übrigen aber wie die ungarische Krone zurückgeben. Was er selbst anderen als Pfand verschrieben hätte, sollte er mit eigenem Gelde auslösen, aber von König Ladislaus zu diesem Zwecke 80 000 Dukaten erhalten. Da die Gesandten nach ihren Instruktionen diese Vorschläge nicht annehmen konnten, so reisten die Fürsten mit Aeneas Sylvius und Ulrich Riederer wie mit Ulrich Eizinger und dem Bischofe von Großwardein als Gesandten des Ladislaus [1]) nach Neustadt, um den Kaiser zur Annahme derselben

1) Diese beiden erwähnt Ebendorffer, p. 873.

zu bewegen. Friedrich fand das Angebot viel zu niedrig und ließ den Bischof von Siena, der sich warm dafür aussprach, seine Ungnade fühlen. Aber während einer schlaflosen Nacht besann er sich doch eines andern und beauftragte seinen Bruder Albrecht, die Vertragspunkte aufzusetzen. Nach dem von diesem verfaßten Entwurfe, der vom 26. März 1453 datiert ist [1]), sollte der Kaiser in Ungarn Ödenburg und das Schloß Forchtenstein als Pfand um 50000 Dukaten behalten, Güns und Rechnitz wie die Königskrone herausgeben, für seine Forderungen an Österreich 30000 Dukaten und als Pfand dafür Steyer und zwei andere Schlösser bekommen und auch im Besitze der Güter bleiben, die König Albrecht an Friedrich von Tirol veräußert und später er an sich gebracht hatte. Aber auch dieser Vertrag, der in der That für den Kaiser vorteilhaft genug gewesen wäre, kam nicht zur Ausführung, da Ulrich von Cilli die Bestätigung durch den König Ladislaus vereitelte. Noch beim Tode dieses Königs waren die Streitigkeiten mit dem Kaiser nicht vollständig beigelegt.

Obwohl Ladislaus vom Kaiser eine sehr gute Erziehung erhalten hatte und auch reifen Verstand und namentlich ein ausgeprägtes Bewußtsein von seiner königlichen Würde zeigte, so war er doch in einem Alter von kaum 13 Jahren noch unmöglich imstande, als wirklich selbständiger Fürst unter den schwierigsten Verhältnissen die Regierung zu führen. Es war doch eigentlich nur die Person des Vormunds gewechselt worden, indem der junge König sich zunächst ganz von seinem Vetter Ulrich von Cilli leiten ließ. Nun stand allerdings in Beziehung auf den Charakter Ulrich hinter dem Kaiser weit zurück; er war ausschweifend gleich seinem Vater, als Politiker ebenso wie die meisten Großen seiner Zeit, gewissenlos. Aber er war ein energischer und verständiger Mann [2]) und auch

1) So bei Chmel, Materialien II, 46. Nach anderer Hs. ap. Pez II, 557, vom 28. März.

2) Consilio maturus und vir cordatus atque sagax nennt ihn Aeneas Sylvius 1445 in Ep. 81 (ed. Basil.), der in seinen späteren,

eifrig bedacht, die Interessen des jungen Königs zu wahren und dessen Autorität zur Geltung zu bringen. Doch mußte er mit großer Vorsicht handeln, da das Ansehen und die Macht Hunyadys und Podiebrads in Ungarn und Böhmen zu tiefe Wurzeln geschlagen hatten, als daß sie einfach hätten beseitigt werden können, und jedenfalls vermeiden, sich die bisherigen Machthaber in den verschiedenen Ländern des Königs zugleich zu Feinden zu machen.

Anfangs schloß sich Ulrich an die Ungarn und Johann Hunyady an, obwohl dieser in früheren Jahren sein entschiedener Feind gewesen war. Als Hunyady um Weihnachten 1452 die Stelle eines Gubernators niederlegte, ernannte ihn König Ladislaus, natürlich von Ulrich dazu bestimmt, zum erblichen Grafen von Bistritz oder dem Nösnerlande und verlieh ihm eine Reihe anderer Auszeichnungen [1]). Wichtiger war es, daß Hunyady thatsächlich die Verwaltung Ungarns auch fortan behielt, indem er während der Abwesenheit des Königs zum obersten Hauptmann desselben und zum Verweser der königlichen Einkünfte [2]) ernannt wurde. Es soll zugleich die Verabredung getroffen worden sein, daß er dem Könige jährlich 24000 Dukaten abliefern, von dem Reste der Einkünfte aber die Kosten der Verwaltung des Reichs und der Landesverteidigung bestreiten sollte [3]). Gleichzeitig wurde Hunyadys älterer Sohn Ladislaus zum Ban

nach 1452 geschriebenen, Geschichtswerken ihn wie alle Cillier nicht schwarz genug schildern kann.

1) Teleki X, 347 sqq.. Beurkundet wurde alles in Presburg am 30. Januar und 1. Februar 1453 nach eingeholter Zustimmung des ungarischen Reichstages, aber die Verleihung der Grafschaft Bistritz nach der ersten Urkunde schon in Wien vollzogen. Vgl. Ebendorffer, p. 872.

2) So nennt sich Hunyady in Urkunden der folgenden Zeit. Beide Titel bei Teleki X, 379, ersterer allein ibid. 395. 403. 417. 422. 475. Vgl. ibid. II, 268, N. 4.

3) Aeneas Sylvius, Ep. 162 mit „ut ajunt“, in Hist. Frid., p. 449 als Thatsache. Daß Hunyady auch dem Grafen jährlich 12000 Dukaten versprochen habe, bezeichnet Aeneas auch hier nur als Gerücht, das er in obigem Briefe vom 12. Juli 1453 noch nicht erwähnt.

von Kroatien, sein Günstling Johann Vitéz, Bischof von Großwardein, zum Kanzler des Königs ernannt [1]).

Jetzt zeigte übrigens Johann Giskra, daß ihm die Verteidigung der Rechte des jungen Ladislaus nicht bloß als Vorwand für eigennützige Bestrebungen gedient habe, sondern wirklich Herzenssache gewesen sei. Der unbesiegte Krieger gab auf Verlangen des Königs die von ihm in Oberungarn besetzten Städte und Burgen gegen eine Summe Geldes freiwillig heraus [2]), und man konnte hoffen, daß endlich diese schwer heimgesuchten Gebiete die sehnlich gewünschte Ruhe finden würden. Aber seine Banden wollten das lang gewöhnte Leben nicht so bald aufgeben. Einer der früheren Unterbefehlshaber Giskras, der Böhme Peter Akſamit, sammelte die „Brüder“, deren Zahl unter ihm bis auf 15000 Mann stieg, da er nicht bloß hohen Sold zahlte, sondern auch mit seinen Leuten die Beute teilte, und gründete im nördlichen Ungarn einen förmlichen Räuberstaat. Den Mittelpunkt eines zweiten Brüderheeres bildete Akſamits würdiger Genosse Talafus, der auch schon in letzter Zeit unabhängig von Giskra das Räuberhandwerk im großen betrieben hatte. Ladislaus Hunyady, der mit einem Heere gegen Akſamit geschickt wurde, vermochte ihn nicht zu bezwingen. Um ihn weniger gefährlich zu machen, mußte man ihn endlich in den Sold des Königs nehmen [3]).

Auch mit Georg von Podiebrad suchte sich Ulrich von Cilli zu verständigen. Am 2. Mai 1453 bestätigte König Ladislaus denselben nicht bloß als Gubernator von Böhmen, sondern verlängerte ihm sogar diese Würde auf weitere sechs Jahre. Alle Beamten erhielten die Weisung, demselben Gehorsam zu leisten und die Einkünfte ihm an Stelle des Königs abzuliefern [4]).

1) Teleki X, 365. 381. 383 ꝛc. Vgl. II, 277, N. 2 und 3.

2) Aeneas Sylvius, Epist. 162.

3) Aeneas Sylvius l. c. und Europa ap. Freher II, 88. Krones, Die böhmischen Söldner im östlichen Oberungarn, S. 9 ff.

4) Palacky IV, 1, 325 f.

Hatte so Ulrich im Namen des Königs auf die Regierung in Ungarn und Böhmen auf lange Zeit verzichtet, so suchte er sich wenigstens auf die Verwaltung in Österreich einen maßgebenden Einfluß zu sichern. Dadurch mußte er aber mit Ulrich Eizinger in Konflikt kommen, der dasselbe anstrebte und nur zu diesem Zwecke den Aufstand gegen den Kaiser angeschürt hatte. Eizinger hatte die Prälaten, den niederen Adel und die Städte auf seiner Seite, während die Barone, vielleicht aus Abneigung gegen den fremden Emporkömmling, mehr dem Grafen von Cilli geneigt waren. Anfangs verschaffte diesem sein Einfluß auf den König das Übergewicht. Eizinger ward im Sommer 1453 aus dem Rate desselben entfernt [1]), ja der Cillier suchte dessen Macht vollständig zu vernichten, indem er dem König riet, von ihm die zahlreichen landesfürstlichen Burgen zurückzufordern, welche demselben nach und nach übertragen worden waren [2]). Aber schließlich fand der Graf an Eizinger seinen Meister. Als im September 1453 ein österreichischer Landtag nach Korneuburg berufen wurde, um für die bevorstehende Krönung des Königs in Böhmen Geldmittel zu bewilligen, so forderten die Stände auf Veranlassung Eizingers in einer geheimen Sitzung von Ladislaus die Entlassung des Cilliers. Der König sagte zu und übte die Kunst der Verstellung, die er während der lästigen Vormundschaft gelernt hatte, dem Grafen gegenüber mit solcher Meisterschaft, daß dieser von der ihm drohenden Gefahr keine Ahnung hatte. Nach der Rückkehr nach Wien, dessen Bürgerschaft Eizinger unbedingt ergeben war, ließ dieser während der Nacht die Burg mit zahlreichen Soldaten besetzen und kündigte am 28. September dem Cillier in Gegenwart und im Namen des Königs seine Entlassung an. Der Graf, in Wien allgemein verhaßt

1) Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 447. Noch am 13. Mai 1453 zeigt K. Ladislaus auf Rat Ulrichs von Cilli sich ihm günstig. Chmel, Materialien II, 52. Am 9. Juli ist Eizinger Zeuge des K. Ladislaus für Cilli. F. R. Austr. Dipl. II, 40.

2) Nach des Grafen eigner Angabe in späterem Schreiben an die österreichischen Stände ap. Kollar II, 1385 sqq.

und vom Pöbel sogar mit Steinwürfen empfangen, mußte froh sein, daß er ohne Gefährdung seines Lebens aus der Stadt entkam [1]).

Gewonnen hat freilich der König durch diese Anordnung am wenigsten. Er mußte jetzt die ganze Regierungsgewalt in Österreich bis zur Vollendung seines zwanzigsten Jahres einem Rate von zwölf Personen übertragen, von denen jeder der vier Stände drei wählen sollte [2]).

Einen nicht größeren Einfluß erhielt Ladislaus in Böhmen [3]). Seiner Krönung zum Könige hatten sich dort große Schwierigkeiten entgegengestellt. Ein Landtag, der um die Mitte des Oktobers 1452 kurz nach der Befreiung des Ladislaus in Prag zusammengetreten war, hatte diesem das Erbrecht abgesprochen, weil er dessen Vater nicht als rechtmäßigen König von Böhmen ansah, proklamierte ihn aber als gewählten König, wenn er die an ihn gestellten Bedingungen betreffend die Gültigkeit der Kompaktaten und der von den Böhmen mit dem Kaiser Sigmund geschlossenen Verträge und die Befürwortung der Wahl Rokycanas zum Erzbischofe annähme. Ladislaus soll den Böhmen anfangs auf ihre kirchlichen Forderungen mit jugendlichem Eifer geantwortet haben, wenn sie ihn zum Könige haben wollten, sollten sie Christen sein und sich zu demselben Glauben bekennen wie er. Aber nachdem Podiebrad mit Ulrich von Cilli und Eizinger in Znaim längere Zeit unterhandelt hatte, machte Ladislaus am 1. Mai 1453 doch den Böhmen die verlangten Versprechungen. Sogar die Ungültigkeit der Regierungshandlungen seines Vaters gab er indirekt zu. Da die Böhmen Ladislaus nur auf Grund ihrer Wahl als König zulassen wollten, so ärgerte es sie gewaltig, daß die Mährer diesem am 6. Juli als ihrem Herrn die

1) Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 404. 450 sqq. Hist. Bohem. cap. 61. Ebendorffer, p. 873. Cillier Chronik, S. 112 f. Vgl. des Grafen Ulrich Schreiben ap. Kollar II, 1385 sqq.

2) Kollar II, 1390—1404.

3) Palacky IV, 1, 314 ff., und dessen „Urkundl. Beiträge“ in F. R. Austr. Dipl. XX.

Huldigung leisteten, ohne dessen Krönung in Prag abzuwarten, die erst am 28. Oktober durch den Erzbischof von Gran und den Bischof von Olmütz vorgenommen wurde. Die Bürger von Breslau, welche die heftigsten Feinde der Husiten waren und in dieser Gesinnung durch den leidenschaftlichen Buß- und Glaubensprediger Johann von Capistran noch mehr bestärkt wurden, weigerten sich überhaupt, dem Könige in Prag, mitten unter Ketzern zu huldigen. Erst als Ladislaus im Dezember 1454 nach Breslau kam, leisteten sie ihm die Huldigung aber ausdrücklich als ihrem „angeborenen Erbherrn" [1]).

Auch nach der Krönung des Königs blieb die Regierung Böhmens fast ausschließlich in den Händen Georgs von Podiebrad, der nicht bloß Gubernator blieb, sondern auch königlicher Hofmeister wurde. Es war dies eine der glücklichsten Zeiten für das Reich. Der Friede im Innern wurde hergestellt, die verwirrten Besitzverhältnisse geregelt, die Finanzen geordnet. Auch zwischen den Katholiken und Utraquisten bestanden im ganzen friedliche Beziehungen. Georg selbst war kein unduldsamer Fanatiker, der die Unterdrückung der Katholiken anstrebte, und mußte auch auf den eifrig katholischen König Rücksicht nehmen. Beide Religionsparteien standen sich vollkommen gleichberechtigt gegenüber und teilten sich in die Landesämter. Auch das katholische Domkapitel hatte zur Zeit der Königskrönung nach Prag zurückkehren dürfen. „Durch das Bestreben des Gubernators", bemerkt selbst sein religiöser Gegner Aeneas Sylvius im Jahre 1455 in einem Vortrage an den Papst, „wurde ganz Böhmen gleichsam ein Volk. Jedem wurde sein Ritus gelassen und eine Strafe gegen den verfügt, der den andern Teil der Ketzerei beschuldigte. So liegen der Wolf mit dem Schafe, der Panther mit dem Jungen des Löwen ruhig bei einander" [2]). Vergessen hat sich freilich Georg auch selbst nicht. Er erhielt von Ladislaus die Erlaubnis, das vom

1) Grünhagen und Markgraf, Lehens- und Besitzurkunden Schlesiens I, 83.

2) G. Voigt, Enea Silvio II, 167.

Könige Sigmund um verhältnismäßig geringe Summen verpfändete Herzogtum Münsterberg in Schlesien, das Glatzer Land, die Stadt und Herrschaft Kolin und verschiedene böhmische Burgen an sich zu lösen [1]). Und bei aller Tüchtigkeit Georgs hat das böhmische Reich gerade in dieser Zeit einen dauernden Verlust erlitten. Schon 1441 hatte der Herzog Wenzel von Auschwitz dem Könige von Polen für die Zurückgabe der ihm entrissenen Stadt Zator die Huldigung geleistet. Im Jahre 1453 mußte sein Bruder Johann, der unbesonnenerweise einen Einfall in das polnische Gebiet unternommen hatte, sich ebenfalls zur Huldigung herbeilassen. Vier Jahre darauf hat dann Johann das Herzogtum Auschwitz um 50000 Mark Groschen ganz an Polen verkauft [2]), ohne daß vonseite Böhmens irgendeine Einsprache erhoben wurde, vielleicht weil Kasimir von Polen 1454 des Königs Ladislaus jüngere Schwester Elisabeth geheiratet hatte.

Während aber im ganzen sich die Zustände des böhmischen Reiches immer mehr besserten und das Verhältnis zwischen dem jungen Könige und dem Verweser Böhmens wenigstens äußerlich ein sehr gutes war, gestaltete sich die Lage Ungarns immer ungünstiger.

Auch in Ungarn war Ladislaus nur dem Namen nach König und lagen alle militärischen und finanziellen Befugnisse in den Händen Johann Hunyadys. Aber dessen Stellung war nicht so fest wie gegenwärtig die Podiebrads. Er hatte unter den Großen zahlreiche Feinde, die ihm vorwarfen, daß er das Reich bedrücke und zwei ungarische Heere wie den König Wladislaw dem Untergange preisgegeben habe [3]). Schon am 13. September 1453 schlossen mehrere frühere Gegner und Rivalen

1) Grünhagen und Markgraf a. a. O. II, 150. Vgl. Palacky IV, 1, 350 f.

2) Eine Mark Groschen „polnischer Zahl“ hatte 48 Stücke. Die einschlägigen Urkunden bei Grünhagen und Markgraf a. a. O. II, 584. Vgl. G. Biermann, Zur Gesch. der Herzogtümer Zator und Auschwitz, in „Sitzungsber. der kaiserl. Akademie XL, 620 ff.

3) Aeneas Sylvius, Hist. Frid. ap. Kollar II, 404 sq.

Hunyadys, der Kardinal-Erzbischof Dionys von Gran, der Palatin Ladislaus von Gara und der siebenbürgische Woywode Niklas von Ujlak, dann der Bischof Andreas von Fünfkirchen und der königliche Hofrichter Ladislaus von Palócz eine Verbindung, deren Tendenz gewiß gegen Hunyady gerichtet war, wenn auch dieser nicht genannt und nichts anderes verfügt ward, als daß sie dem Könige Ladislaus und „dem Lenker seiner Angelegenheiten" Ulrich von Cilli gegen alle Ungehorsamen und Rebellen immer beistehen wollten [1]). Vielleicht war es nur ein Schachzug gegen diese Verbindung, wenn nach dem Sturze des Cilliers bei Gelegenheit der Königskrönung in Prag Johann Hunyady und der ungarische Hofkanzler, Bischof Johann von Großwardein, mit den Machthabern in den übrigen Reichen, mit Georg von Podiebrad und dessen Freunden Alesch und Zdenko von Sternberg und mit Ulrich Eizinger und dessen Brüdern auf sechs Jahre ein Bündnis schlossen, obwohl natürlich auch hier der Nutzen des Königs vorgeschoben wurde [2]).

Wenn auch der König unmittelbar nach seiner Befreiung aus den Händen seines Vormundes sich selbst in demonstrativer Weise für einen Ungarn erklärt hatte [3]), ward er doch endlich unzufrieden mit der Wendung, welche die Dinge hier nahmen. Er hatte einem ungarischen Reichstage, der im Januar 1454 in seiner Abwesenheit in Ofen gehalten wurde, eine Reihe von Vorschlägen gemacht, welche die Herstellung des inneren Friedens und einer geordneten Rechtspflege, die Sicherung des Landes gegen die Türken und eine bessere Verwaltung der königlichen Einkünfte, aber unter Wahrung der Rechte der Stände, bezweckten. Es sollten zur Einhebung der Steuern und Abgaben verläßliche Beamte aufgestellt, die Bezüge der verschiedenen Personen gesetzlich fixiert und ohne Zustimmung des Königs keine weiteren Ausgaben gemacht werden. Übrigens wünschte der König selbst, daß der Reichstag tüchtige und uneigennützige

1) F. R. Austr. Dipl. II, 30.
2) Ibid., p. 31.
3) Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 402.

Männer wähle, die ihm zur Erledigung ungarischer Angelegenheiten als Räte zur Seite stehen sollten, und zugleich die Ernennung eines größeren Rates in Ungarn selbst, um auf Antrag des Königs wichtigere Fragen entscheiden zu können, da die Einberufung eines Reichstages nicht immer möglich war [1]. Der ungarische Reichstag ging auf diese Vorschläge nicht ein und beschloß zwar ganz zweckmäßige Maßregeln zur Abwehr der Türken, aber auch die Verwendung der meisten Einkünfte für diesen Zweck oder für Dinge, die dem Könige nicht notwendig schienen. Er bestätigte daher nur den auf den Türkenkrieg bezüglichen Teil der Reichstagsbeschlüsse [2], versagte aber den übrigen seine Zustimmung und beklagte sich in einem Schreiben an den Palatin Ladislaus Gara bitter, daß die Versammelten die königlichen Einkünfte unter sich geteilt, auf seine Bedürfnisse aber ganz vergessen haben, daß gerade von Ungarn, dem größten und vornehmsten seiner Reiche, am wenigsten für ihn gesorgt werde und daß ihm außer dem königlichen Namen und einigen Einkünften von Salz fast nichts bleibe [3].

Es waren doch recht unnatürliche Zustände! Der Besitzer zweier Königskronen und eines Herzogshutes, der nicht ohne persönlichen Ehrgeiz und Thätigkeitsdrang war, hatte in keinem seiner Länder eine wirkliche Macht. In Böhmen und Ungarn regierte ein Magnat, in Österreich ein ständischer Ausschuß, und auch die Einkünfte wurden zunächst für die Bedürfnisse der Länder oder zur Bereicherung der Machthaber verwendet, die dem König nur ablieferten, was sie ihm zu geben für gut fanden. Übrigens waren die Unterthanen so wenig zufrieden wie der König. Wie Podiebrad, besonders aber Hunyady unter den Großen viele Gegner hatte, so haßten viele österreichische Barone Ulrich Eizinger, das Haupt der ständischen Regierung, und warfen ihm Eigennutz, Vergeudung der Güter und Einkünfte des Herzogs, Falschmünzerei, Verhetzung der Stände unter einander

1) Birk, Beiträge in „Quellen und Forsch.“, S. 245 f.

2) Abgedruckt ap. Katona XIII, 950—963. Die nicht bestätigten sind leider unbekannt.

3) Bei Birk a. a. O., S. 223. F. R. Austr. Dipl. II, 8.

und Gewaltthaten und Übergriffe verschiedener Art vor [1]). Ist es ein Wunder, wenn der junge König eine Änderung dieses Zustandes anstrebte, wenn er mit Sehnsucht auf die Tage zurückblickte, wo noch Ulrich von Cilli ihn geleitet und wenigstens auf das beste für seine Bedürfnisse gesorgt hatte, und wenn er der Verwendung der Freunde desselben Gehör schenkte? Kaum war er am 16. Februar 1455 aus Breslau nach Wien zurückgekehrt, so erschien der Graf wieder an seinem Hofe, wo er von den Großen und dem wandelbaren Volke mit Jubel empfangen wurde [2]).

Wie die Wiedereinsetzung des Cilliers in seine frühere Stellung für Eizinger das Signal war, um sich aus Wien auf seine Güter zurückzuziehen, so sollte auch Hunyady bald die Wirkungen derselben empfinden. Schon am 7. April verbanden sich dessen Gegner Ladislaus Gara und Niklas Ujlaky mit Ulrich von Cilli zu gegenseitigem Beistande in allen Angelegenheiten, die Ungarn und ihre Rechte beträfen [3]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieses Bündnis vorzüglich gegen Hunyady gerichtet war und daß der Cillier, der auch in Ungarn die oberste Regierungsgewalt auszuüben strebte, denselben zu verdrängen und den König gegen ihn einzunehmen suchte, wenn auch die weitergehenden Beschuldigungen des Grafen, daß er Hunyady nach Wien zu locken und hier zu töten beabsichtigt habe [4]), unbegründet oder wenigstens übertrieben sein mögen. Doch kam zunächst noch eine Aussöhnung zwischen diesem und dem Grafen Ulrich zustande. Ja am 1. August 1455 schlossen beide sogar

1) S. die im leidenschaftlichsten Tone gehaltene Anklageschrift gegen Eizinger aus dieser Zeit (nicht 1457) im „Notizenblatt“ der kaiserlichen Akademie 1857, S. (231 ff. und) 245 ff. und Eizingers Verteidigung gegen andere Vorwürfe vom 22. Juli 1454, bei Birk, Beiträge a. a. O., S. 249 f., wie Aeneas Sylvius, Ep. 127 (ed. Basil., p. 657), d. d. 5. Juli 1454.

2) Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 457. Am 15. Febr. war Ulrich noch in Warasdin (Chmel, Materialien II, 78), am 20. oder 22., wie es scheint, schon in Österreich. Voigt, Enea Silvio II, 132.

3) Teleki X, 437.

4) Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 457 sqq.

ein enges Bündnis zu gegenseitiger Unterstützung gegen alle Feinde und verabredeten zur Befestigung desselben eine Vermählung ihrer Kinder, des Ladislaus Hunyady mit Ulrichs Tochter Elisabeth [1]). Auch mit dem Könige söhnte sich Hunyady im Frühjahre 1456 aus, nachdem die Spannung zwischen ihnen einen solchen Grad erreicht hatte, daß letzterer nur mit einem königlichen Geleitsbriefe und in Begleitung seiner mächtigsten Anhänger an den Hof zu kommen gewagt hatte [2]).

Durch die von außen drohenden Gefahren wurden die inneren Zwistigkeiten für kurze Zeit zurückgedrängt.

Am 29. Mai 1453 hatte der Sultan Muhammed II. Konstantinopel nach langer Belagerung erobert und dadurch dem oströmischen Kaiserreiche ein Ende gemacht. Der Eindruck, den diese Katastrophe auf das christliche Abendland hervorbrachte, war groß, aber nicht nachhaltig. In Deutschland wurden in den Jahren 1454 und 1455 drei Reichstage, in Regensburg, Frankfurt und Wiener Neustadt, gehalten. Es wurden auf denselben von Aeneas Sylvius als Vertreter des Kaisers schöne Reden gehalten, von verschiedenen Fürsten großsprecherische Versprechungen gemacht, aber nichts Definitives beschlossen, da weder der Kaiser noch die Fürsten für einen Krieg gegen die Ungläubigen wirklichen Eifer hatten, am wenigsten sich dafür in Unkosten stürzen wollten. Die übrigen Fürsten Europas waren nicht opferwilliger. Die Päpste Nikolaus V. und dessen Nachfolger, der greise aber feurige Calixt III., ließen das Kreuz predigen und Gelder einsammeln. Aber die Prediger, unter denen der Minorit Johann von Capistran der berühmteste war, fanden überall Gleichgültigkeit oder Eifersucht und Widerwillen gegen den Papst, der unter dem Vorwande eines Kreuzzuges nur Geld in seine Kammer locke; nur beim gemeinen

1) Chmel, Materialien II, 82f., erneuert am 31. März 1456. A. a. O., S. 105.

2) Thwrocz l. IV, c. 53, fälschlich zu 1453. Beschuldigungen des K. Ladislaus gegen Hunyady vom 21. März 1457, bei Birk in „Quellen und Forsch.", S. 255. Am 4. April 1456 urkundet K. Ladislaus wieder für Hunyady. Teleki X, 495.

Volke brachten sie einige Wirkungen hervor. Was an Zehnten und Ablaßgeldern einging, wurde von manchen Fürsten für ihre Zwecke verwendet oder durch die Ausrüstung einer päpstlichen Flotte aufgebraucht, die doch zu klein war, um etwas auszurichten.

So fiel auch jetzt wieder die Last des Krieges gegen die Türken fast ausschließlich auf Ungarn, das der Sultan als seinen gefährlichsten Gegner ansehen und vor allem unschädlich zu machen suchen mußte.

Zunächst war Ungarn allerdings noch durch seine Vasallenländer gedeckt. Aber Bosnien ward von inneren Kriegen zerrissen. Der Großwoywode Stephan Vukčić, Sandalj's Neffe und Erbe, der „Herzog vom hl. Sabas" [1]), welcher den ganzen Südwesten unabhängig vom Könige beherrschte, begünstigte selbst das Vordringen der Türken. Serbien ward vom Sultan als nächstes Beutestück ausersehen, obwohl der Despot Georg Brankovich nach dem Falle von Konstantinopel sich beeilt hatte, demselben Tribut zu senden. Im Frühjahre 1454, ehe noch der 1451 mit Hunyady geschlossene dreijährige Waffenstillstand vollständig abgelaufen war, machte Muhammed II. mit einem großen Heere einen Angriff auf dieses Land, zwang den Despoten Georg zur Flucht nach Ungarn, verwüstete dessen Land und schleppte mehr als 50000 Menschen in die Sklaverei weg. Erst die Festung Semendria, dessen Vorstädte niedergebrannt wurden, hielt ihn so lange auf, bis Hunyady Anfangs August zum Entsatze herangerückt. Der Sultan selbst zog sich vor ihm nach Sophia zurück. Aber sein Unterbefehlshaber Firuzbeg, den er in Serbien zurückließ, wurde von Hunyady bei Kruschewatz an der Morawa geschlagen und selbst gefangen. Hunyady drang nach diesem Siege unter Sengen und Brennen über Nisch bis Pirot vor und kehrte dann über Widdin, das ebenfalls eingeäschert wurde, nach Belgrad zurück [2]).

1) Er hatte diesen Titel 1448 von K. Friedrich III. erhalten und daher hieß sein Gebiet fortan Herzegowina. Klaić-Bojničić, S. 382.

2) Ich halte mich für diesen Krieg hauptsächlich an die Schreiben

Bleibende Folgen hatte aber dieser glückliche Zug Hunyadys nicht. Schon im folgenden Frühjahre griff Muhammed mit noch stärkeren Streitkräften Serbien an, zwang die Stadt Novoberdo bei Prischtina, welche damals wegen ihrer reichen Gold- und Silberbergwerke von größter Wichtigkeit war, zur Ergebung, indem er sie durch seine neu erfundenen schweren Geschütze mit großen Steinen überschüttete, und brachte dann auch noch andere Orte in seine Gewalt. Georg Brankovich suchte sich jetzt durch Erhöhung des Tributs an den Sultan den Rest seines Fürstentums zu erhalten [1]).

Damit war den Türken der Weg nach dem Norden geöffnet. Schon der Feldzug des Jahres 1456 sollte Belgrad, dem Schlüssel zu Ungarn, gelten. Der Sultan hatte dazu die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Das Heer, das er aus allen Teilen seines Reiches zusammengebracht, schätzte der päpstliche Legat Carvajal, allerdings nur nach der Ausdehnung seines Lagers, auf 150 000 Mann. Die Zahl der Geschütze wird auf 200 bis 300 angegeben, darunter 22 Bombarden, von denen die größten eine Länge von 24 Spannen und eine Öffnung von 5 Spannen hatten, und mehrere riesige Mörser, in deren Öffnung „ein mittelmäßiger Mann wohl sitzen konnte" [2]), und welche ungeheuere Steinkugeln schleuderten. Auch für die Verpflegung der Truppen war ausgezeichnet gesorgt. Um jede Unterstützung Belgrads von Ungarn her unmöglich zu machen,

Hunyadys an die Siebenbürger Sachsen vom 10. August ap. Teleki X, 430, und an den Kaiser Friedrich, ohne Datum, aber noch aus Belgrad, ap. Pray III, 145, und Katona XIII, 963. Vgl. Thwrocz l. IV, c. 50, und Dukas, ed. Bonn., p. 314 sqq.

1) Chalkokondylas, p. 314 sqq. Schreiben Capistrans vom 21. Juni und der ungarischen Großen vom 21. Juli 1455 an den Papst ap. Pray III, 157 sqq., und Katona XIII. 1002. 1010 sq. Aus ersterem wie aus Chalkokondylas ergiebt sich, daß Georg Brankovich nicht schon vor der Einnahme von Novoberdo gestorben ist, wie Zinkeisen, Gesch. des osmanischen Reiches II, 79, N. 1, nach den ungenauen türkischen Quellen angenommen hat.

2) S. die Beschreibung eines Augenzeugen, in „Quellen und Forsch.", S. 252.

schloß der Sultan dieses durch eine auf der Donau erbaute Flotille auch auf der Wasserseite ein.

Die Maßregeln zur Abwendung einer so großen Gefahr waren so kläglich als möglich. Von außen blieb Ungarn trotz aller Reichstage und Kreuzbullen fast ohne Unterstützung. Capistran brachte allerdings aus Deutschland, Böhmen, Schlesien und Polen wie aus Ungarn selbst einige tausend Kreuzfahrer zusammen. Aber es waren fast alles Leute aus den untern Volksklassen, Handwerker, Bauern und Bettler, dann Studenten, Geistliche, Mönche und Klosterbrüder, besonders Minoriten, alle im Kampfe ungeübt, meist auch unbewaffnet, nur mit Knitteln, Stöcken und Schleudern, höchstens mit Schwertern versehen. Eine größere Zahl gut bewaffneter Leute aus Süddeutschland und Österreich kam erst nach Ungarn, als die Türken bereits von Belgrad abgezogen waren [1]). Ungarn selbst war durch Uneinigkeit unter den Großen und die Eifersucht gegen Hunyady gelähmt. König Ladislaus, der, begleitet vom Grafen von Cilli und dem schon im vorigen Jahre wieder in seinen Rat aufgenommenen Eizinger [2]) im Januar nach Ungarn gekommen war, dachte noch im April weniger an die Abwehr der Türken als an einen Feldzug gegen den Kaiser, der ohne die verlangte Entschädigung die ungarischen Grenzgebiete und die Reichskrone nicht herausgeben wollte [3]). Anfangs Juni verließ Ladislaus unter dem Vorwande einer Jagd Ofen und begab sich nach

1) Anonymi Chron. Austriac. ap. Senckenberg, Selecta V, 13sq. Nach dieser gleichzeitigen Chronik, p. 12, belief sich die Zahl der Kreuzfahrer in Belgrad (Polen und Deutsche) auf 6000, ein von den Nürnberger Hauptleuten am 15. September nachhause geschickter Bericht an K. Ladislaus, im „Anz. f. K. d. deutschen Vorzeit" 1863, S. 253 ff. giebt als Gesamtzahl der Deutschen, Polen und Ungarn in Belgrad mehr als 12000 Mann. Diese Angaben verdienen viel mehr Glauben als andere, viel höhere Schätzungen, ja geben vielleicht noch zu hohe Ziffern, da nach Dlugosz l. XIII, col. 187 Capistran nur cum 800 armigeris, meist Polen, nach Belgrad kommt.

2) Lichnowsky VI, Nr. 2031. 2066 (vollständig Teleki X, 476. 490) und die „Zeitung" bei Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 95.

3) Palacky, Gesch. Böhmens IV, 1, 387—393.

Wien, um hier Truppen gegen die heranziehenden Türken zu sammeln. Hunyadys Aufrufe blieben bei den eifersüchtigen ungarischen Großen unbeachtet. Außer seinen eigenen Dienstleuten fand sich nur Johann von Korogh, Ban von Machow, mit geringer Mannschaft bei ihm ein.

Die Verteidigung von Belgrad hatte Hunyady seinem Schwager Michael Szilághi anvertraut [1]). Als die Türken, welche Anfangs Juli die Belagerung begannen, dasselbe immer mehr bedrängten, beschloß er, ungeachtet seiner geringen Macht, demselben Hilfe zu bringen. In Slankamen sammelte er ungefähr 200 Fahrzeuge, belud sie mit Mannschaft, Waffen und Lebensmitteln und griff damit am 14. Juli die türkischen Schiffe an, die mit Ketten an einander befestigt waren. Gleichzeitig wurden diese durch 40 Kähne, welche mit Bewohnern von Belgrad, geschickten Bogenschützen, bemannt waren, von hinten gefaßt. Nach fünfstündigem Kampfe war die türkische Schiffsreihe gesprengt, drei große Galeeren versenkt, die übrigen, deren Bemannung meist tödlich verwundet war, zum Abzuge gezwungen. Der Weg nach Belgrad war geöffnet, aber die Mannschaft, welche Hunyady und Capistran dahin brachten, leider wenig zahlreich.

Eine Woche darauf war Belgrad bereits aufs äußerste gebracht. Die Festungsmauern mit den Türmen waren auf einer Seite zusammengeschossen, die Gräben ausgefüllt, es war, wie Hunyady später schrieb, keine Festung mehr, sondern ein ebenes Feld. Am Abend des 21. Juli ordnete daher der Sultan den Sturm an, der die ganze Nacht und bis zum folgenden Mittag fortdauerte. Wiederholt drangen die Türken in die Stadt; schon wehte endlich die Fahne mit dem Halbmond auf den Mauertrümmern; schon stürmten die Feinde das letzte Bollwerk, die Burg; schon soll Hunyady selbst an die Räumung derselben gedacht haben. Doch siegte hier endlich die

1) Diesen nennt als capitaneus Thwrocz l. IV, c. 55, und König Ladislaus selbst in Urk. vom 21. März 1457, in „Quellen und Forsch." S. 255.

Begeisterung der durch die Zurufe Capistrans angefeuerten Christen über die zahlreicheren Türken, welche teilweise in den Gräben durch schwefelgetränkte, angezündete Reisigbündel elend verbrannt und endlich aus der Stadt hinausgetrieben wurden. Tollkühn drangen die Kreuzfahrer trotz des Verbotes Hunyadys ihnen nach. Sie gerieten zwar eine Zeit lang in Bedrängnis und verloren sehr viele Leute. Als ihnen aber Hunyady mit den Ungarn zuhilfe kam, so bemächtigten sie sich vieler Geschütze und griffen selbst das befestigte türkische Lager an. Da im entscheidenden Augenblicke 6000 türkische Reiter, die zur Deckung des Donauufers entsendet gewesen waren, zurückkehrten und die Christen im Rücken angegriffen, wurden diese am Abende endlich zurückgetrieben. Aber in der folgenden Nacht trat der Sultan, der seine Artillerie und den größten Teil der Janitscharen verloren hatte und selbst durch einen Büchsenschuß am Schenkel verwundet worden war, in aller Stille den Rückzug an [1]).

Die beiden Retter Belgrads und dadurch auch Ungarns überlebten diesen Sieg nicht lange. Hunyady starb schon am 11. August mit Hinterlassung von zwei Söhnen, Ladislaus und

1) Die Berichte über die Kämpfe um Belgrad (von denen einige der wichtigsten leider noch nicht aufgefunden sind) hat Katona im 13. Band ziemlich vollständig gesammelt. Es kommen hauptsächlich zwei Schreiben Hunyadys an den Erzbischof von Gran und den König Ladislaus, leider nur sehr summarische Angaben enthaltend, zwei dürftige Schreiben Capistrans, der erwähnte Bericht im „Anz. f. K. d. deutschen Vorzeit“ 1863, Sp. 253, dann der ruhmredige Bericht des Minoriten Johann von Tagliacozzo, eines Begleiters Capistrans, weiter Chalkokondylas, p. 416sqq., Thwrocz l. c., Dlugosz, l. XIII, col. 186sqq. und Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 460, und Hist. Boh., c. 65, in Betracht. Vgl. auch Ebendorffer, p. 878sqq. Von den wichtigsten Vorgängen kann man sich daraus ein annähernd richtiges Bild machen. Doch darf man nicht alle erzählten Einzelnheiten verwerten wollen, da die Quellen sich im Detail sehr oft widersprechen. Eine vernünftige Kritik der Quellen hat G. Voigt, Johannes von Capistrano, in „Sybels Hist. Zeitschr.“ X, 75ff., geliefert, der aber Chalkokondylas übersehen hat.

Matthias, an der Pest, Capistran folgte ihm am 23. Oktober im Tode nach.

Underdessen waren aus Süddeutschland auf der Donau zahlreiche gut ausgerüstete Kreuzfahrer nach Wien gekommen und nach Ofen weitergefahren, denen dann noch bei 3000 Österreicher folgten. Am 25. August brach auch König Ladislaus in Begleitung des Herzogs Otto von Baiern mit einer Schar von Söldnern nach Ungarn auf, wohin ihm außer mehreren böhmischen Herren auch Ulrich von Cilli folgte, der am 3. September mit Georg von Podiebrad in Mähren eine Zusammenkunft gehalten und einen Vertrag zu gegenseitiger Unterstützung geschlossen hatte. Anfangs Oktober begab sich der König nach Futak oberhalb Peterwardein, wohin ihm die Kreuzfahrer, Deutsche und Angehörige der böhmischen Länder, ungefähr 6000 an der Zahl [1]), vorausgefahren waren, andere nachfolgten. Hierher hatte er auch die ungarischen Großen berufen, um mit ihnen über die Führung des Krieges gegen die Türken und andere Angelegenheiten zu beraten. Allein Ladislaus Hunyady, des Gubernators älterer Sohn, der mehrere tausend Mann um sich gesammelt hatte [2]), erschien erst dann beim Könige, als ihm dieser die urkundliche Versicherung gegeben hatte, daß sein Vater als Reichsverweser und Hauptmann die Staatseinkünfte getreu verwaltet habe und daß deswegen seine Söhne nicht zur Rechenschaft gezogen werden sollten [3]). Doch versprach er dann dem Könige eidlich, Belgrad und andere der Krone gehörige Burgen, die noch von seinem Vater her in seiner Gewalt waren, innerhalb einer bestimmten Frist zurückzustellen. Auch mit Ulrich von Cilli erneuerte Ladislaus Hunyady

1) Diese Zahl, welche Anonymi Chron. Austr. ap. Senckenberg, Sel. V, 14 angiebt, scheint mir glaubwürdiger als die 44000, welche ein sonst gleichzeitiger Bericht bei Birk, Beiträge in „Quellen und Forsch.", S. 251, nach Belgrad kommen läßt.

2) Berichte der Nürnberger Hauptleute vom 15. Okt. und 4. Nov., im „Anz. f. K. d. deutschen Vorzeit" 1863, Sp. 286 ff.

3) Pray II, 371. Vgl. die Urkunde Königs Ladislaus vom 21. März 1457, in „Quellen und Forsch.", S. 256.

den Vertrag, den vor einem Jahre sein Vater wegen seiner Vermählung mit der Tochter des Grafen geschlossen hatte. Auch dieser Vertrag wurde feierlich beschworen. Nachdem der König hierauf den Grafen Ulrich zum Hauptmann seines Heeres ernannt hatte [1]), fuhr dasselbe am 8. November mit dem Könige nach Belgrad.

Ladislaus Hunyady war aus dem Lager zu Futak dem Könige nach Belgrad vorausgegangen unter dem Vorwande, demselben eine würdige Herberge bereiten zu wollen. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob er schon damals entschlossen war, dem Grafen von Cilli, durch den er ganz in den Hintergrund gedrängt zu werden fürchtete, aus dem Wege zu räumen, oder ob er erst in Belgrad mit seinen Freunden den Plan hierzu gefaßt hat. Wahrscheinlicher ist das erstere. Wenigstens wurde der Graf selbst vom Erzbischofe von Calocsa, von Reinold von Rozgon und anderen Ungarn gewarnt, sich nicht nach Belgrad zu begeben. Da aber sein Rat Friedrich Lamberger, den er vorausgeschickt hatte, dort nichts Verdächtiges fand, so fuhr auch er in Begleitung des Königs und anderer Herren von Semlin nach Belgrad und ritt auf das Schloß.

Kaum hatten dieselben mit wenigen Dienern die Zugbrücke überschritten, so wurde das Thor geschlossen und keinem Bewaffneten mehr der Eintritt gestattet; die Kreuzfahrer mußten in der Stadt lagern, während die Burg ganz in der Gewalt der Partei Hunyadys war. Schon am frühen Morgen des folgenden Tages (9. November) ließ Hunyady den Grafen unter dem Vorwande einer wichtigen Beratung aus der Messe zu sich laden. Als derselbe nach Vollendung des Gottesdienstes erschien, empfing ihn Hunyady, bei dem sich auch sein Muttersbruder Michael Szilághi, Ladislaus von Kanisa und andere seiner Anhänger befanden, mit heftigen Vorwürfen über sein feindseliges Verhalten gegen seinen Vater und ihn selbst. Da

1) Michel Beheims Gedicht in „Quellen und Forsch.", S. 57, V. 472 ff. „Cillier Chronik", S. 121: „zu einen obersten haubtmann (andere Hs.: Veldt-haubtmann) in Ungarn".

der Graf sich verteidigte, griffen die Magnaten zu den Schwertern, worauf auch der Cillier seine Waffe zog und Hunyady an der Hand und am Haupte, Szilágyi am Arme verwundete und noch andere verletzte. Geschützt durch sein Panzerhemd leistete er lange Widerstand. Endlich aber wurde er vom herbeieilenden Gefolge Hunyadys an den Füßen verwundet, zu Boden geworfen und getötet, worauf man dem Leichnam noch das Haupt abschlug. Graf Gregor von Korbavien und ein sechzehnjähriger Jüngling Namens Kepler [1]), die auf den Lärm ihm zuhilfe gekommen waren, hatten ihn nicht retten können, letzterer war selbst an den Fingern verwundet worden. Auch das Gefolge des Cilliers und der anderen nicht ungarischen Begleiter des Königs wurde ihrer Waffen und ihrer ganzen Habe beraubt.

Dem Könige stellte Hunyady vor, der Cillier habe den Kampf begonnen, sodaß derselbe von ihm in gerechter Notwehr getötet worden sei. Da jener wie ein Gefangener in den Händen der Anhänger Hunyadys war, so blieb ihm nichts übrig, als das Geschehene gutzuheißen und zu thun, was man von ihm verlangte. Die Kreuzfahrer hätten zwar gern die Burg gestürmt und den Tod ihres Anführers gerächt, ließen sich aber endlich im Auftrage des Königs von den Herren von Rosenberg und Sternberg beruhigen. Unter dem Vorwande, daß wegen der vorgerückten Jahreszeit ein Zug gegen die Türken nicht mehr möglich sei, schickte sie der König unter Anführung Wilhelms von Liechtenstein nachhause [2]) und meldete zugleich

1) Er ist wohl der Sohn jenes Hanns Keppler von Selewitz, zu dessen Gunsten Ulrich von Cilli 1455 urkundet Chmel, Materialien II, 78. Vgl. Lichnowsky VI, Nr. 2189. Nach Palacky, Gesch. Böhmens IV, 1, 402, war er ein Böhme Namens Kaplik von Sulowitz.

2) Über den Zug nach Belgrad und die Vorgänge daselbst haben wir mehrere eingehende Berichte, die teils von Teilnehmern am Kreuzzuge herrühren, teils auf Mitteilungen von solchen beruhen, wie das Gedicht Michel Beheims in „Quellen und Forsch.“, S. 57 ff., der von Birk mit anderen einschlägigen Aktenstücken mitgeteilte Bericht ebd., S. 251 f., das Schreiben des österreichischen Hubmeisters Konrad Hölzler bei Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 104. Anonymi Chron. Austr. ap. Senckenberg, Sel. V, 15 sqq., und die „Cillier Chronik“, S. 119 ff.

seinem treuen Giskra von Brandeis, den er auch gegen die Türken aufgerufen hatte, daß sein Erscheinen nicht mehr nötig sei [1]).

Nach der Wegräumung des einflußreichsten Ratgebers des Königs konnte sich Ladislaus Hunyady in der That als den eigentlichen Regenten von Ungarn ansehen, besonders da ihm der König notgedrungen auch die Würde eines Generalkapitäns verlieh [2]), die früher sein Vater bekleidet hatte. In seiner Begleitung begab sich der König von Belgrad nach Temesvar, wo diesem die Witwe des verstorbenen Gubernators mit ihrem jüngeren Sohne Matthias entgegenkam. Ein Meister der Verstellungskunst, zeigte sich der junge Fürst heiter, ja fröhlich, und forderte auch die Witwe mit ihrem Gefolge zur Ablegung der Trauerkleider auf. Zugleich gab er die schriftliche Versicherung, daß er den Mord seines Vetters an Ladislaus Hunyady und dessen Bruder nie rächen würde, und leistete darauf einen feierlichen Eid auf die heilige Hostie [3]). Dadurch sicher gemacht und wohl auch auf ihre Macht und die Zahl ihrer Anhänger vertrauend, zogen die beiden Hunyady im Dezember mit dem

Jede Einzelnheit wird man freilich denselben nicht glauben dürfen, wie sie auch in solchen nicht selten differieren, aber im ganzen verdienen sie offenbar Glauben. Auch Ebendorffer, p. 881 sq., Dlugosz, l. XIII, col. 190 und 199 sqq., Cillis Feind Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 463 sq., ja selbst Thwrocz l. IV, cap. 58, widersprechen ihnen im ganzen nicht, nur stellen die beiden letztgenannten die Ermordung des Cilliers als nicht beabsichtigte Folge eines Wortwechsels zwischen ihm und Hunyady dar. Die neueren ungarischen Historiker haben sich auch hier im wesentlichen an den späteren Bonfinius, den Hofhistoriographen der Hunyadys, gehalten, der natürlich den Bruder des Königs Matthias als unschuldig hinzustellen sucht.

1) Kaprinai, Hung. dipl. I, 110. Katona XIII, 1128.

2) Er führt diesen Titel in Urk. vom 30. November ap. Katona XIII, 1134.

3) Thwrocz l. IV, c. 59, teils durch Aeneas Sylvius, Hist. Frid., p. 464 sqq., teils durch die Aussage des Königs selbst in Urk. vom 21. März 1457, in „Quellen und Forsch.“, S. 257, und bei Teleki X, 546, bestätigt.

Könige nach Ofen, dessen Burg sie mit ihren Leuten besetzten, sodaß dieser zunächst auch hier vollständig in ihren Händen war. Ladislaus Hunyady beutete die Abhängigkeit des Königs von ihm auch jetzt noch zur Vergrößerung seines Einflusses aus, indem er sich von ihm zum Schatzmeister ernennen ließ [1]).

Man wird nicht behaupten können, daß der König schon damals die Absicht gehabt habe, die Hunyady zu verderben und an ihnen blutige Rache zu nehmen. Aber außer Zweifel steht, daß der ehrgeizige und selbstbewußte Fürst entschlossen war, sich eine unabhängigere und würdigere Stellung zu verschaffen. Schon kurz nach seiner Ankunft in Ofen erklärte er den ungarischen Magnaten, daß er jetzt zu seiner Vernunft und zu seinen Jahren gekommen sei, und daß er daher nun selbst regieren wolle, und verlangte ihren Rat und ihren Beistand, um in den Besitz seiner Einkünfte zu kommen. Man wird dies um so begreiflicher finden, als man den König an den notwendigsten Dingen Mangel leiden ließ und es einmal sogar an Holz zum Kochen fehlte [2]). Auch fanden sich in Ofen die alten Rivalen der Hunyady, der Palatin Gara, der Woywode Niklas von Ujlak, der Hofrichter Ladislaus von Palócz, der Obersttḧürhüter Paul Bánffy von Lindva, der Böhme Giskra und andere, teilweise mit zahlreicher Begleitung, bei ihm ein, die ihn gegen dieselben aufhetzten und ihm zuredeten, er solle den Mord seines Oheims nicht ungerächt lassen. In der That ließ der König am 14. März 1457 mit Unterstützung der Genannten und anderer Großer seiner Reiche die beiden Hunyady, den Reichskanzler Johann Vitéz, Bischof von Großwardein, Ladislaus von Kanisa, Sebastian von Rozgon und andere, welche an der Ermordung des Cilliers beteiligt waren oder Anstifter gewesen

1) Er urkundet als tavernicorum regalium magister am 4. März 1457 ap. Katona XIII, 1145.

2) Aufzeichnungen bei Birk, Beiträge, in „Quellen und Forsch.“, S. 232f. und 252f. Die Ungarn erklärten ihm nun, daß seine Einkünfte sich jährlich auf 171000 Goldgulden beliefen, ohne jene, die zu den königlichen Schlössern gehörten, und jene, die Giskra inne habe, und die etwa 50000 Gulden ausmachten.

sein sollten, gefangen setzen. Zwei Tage darauf wurde der ältere Hunyady, den man beschuldigte, daß er sich gegen das Leben des Königs und seiner Räte verschworen habe, auf Grund eines richterlichen Ausspruches enthauptet [1]).

Der junge Fürst war glücklich, daß er jetzt „ein freier regierender König" sei und daß es „niemanden mehr gebe, der ihn beherrsche". Aber die blutige That und fast noch mehr die ungeschickte Art der Ausführung, indem das Haupt des Ladislaus Hunyady erst beim vierten Streiche fiel, brachte in Ungarn den übelsten Eindruck hervor. Das Volk, das den Vater des Hingerichteten als Nationalhelden verehrte, gab seinem Unwillen so lauten Ausdruck, daß man bei Strafe an Leben und Gut verbot, gegen diese That sich zu äußern, und daß der König sich längere Zeit gar nicht mehr aus der Ofener Burg hinauswagte [2]). Die Mutter der Hunyady, unterstützt von ihrem Bruder Michael Szilágyi, warb mit den reichen Schätzen ihres Gatten Söldner in Ungarn und seinen Nachbarländern und begann den offenen Krieg gegen den König und seine Anhänger. In kurzer Zeit war ganz Siebenbürgen in Szilágyis Gewalt. Ihm gelang es auch, den berüchtigten Pongrácz von Sz. Miklos, Grafen von Liptau, und dessen Brüder durch das Versprechen der Rückgabe der ihnen früher entzogenen Burgen im westlichen Ungarn auf seine Seite zu

1) Daß nur die Ermordung des Cilliers das Motiv gewesen ist, sagt K. Ladislaus selbst in Schreiben an die Rosenberg vom 15. März bei Palacky, Gesch. Böhmens IV, 1, 405. Die Rechtfertigung enthält der Schutzbrief des Königs für die bei der Gefangensetzung der Hunyadys beteiligten Großen bei Birk, Beiträge a. a. O., S. 257, und Teleki X, 546. Dieselbe Anschauung, teilweise vielleicht mit weiteren Ausschmückungen, in der „Hofmär aus Ungarn", ebd. S. 253 f., im erwähnten Gedichte M. Beheims und im Chron. Austr. Vgl. auch Aeneas Sylvius, Hist. Frid. l. c.; Thwrocz, c. 59; Dlugosz, col 202; Ebendorffer, l. c., die manches Detail geben, und die Schreiben des Königs und Giskras an die Breslauer vom 14. und 17. März, und andere Nachrichten bei Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 107 ff.

2) Schreiben eines Presburgers vom 22. März bei Birk a. a. O., S. 258.

bringen, sodaß der König seinen verläßlichsten Anhänger Giskra zum Hauptmann von Oberungarn ernannte und gegen Pongrácz schickte [1]). Die Macht der Gegner ward verstärkt, als es den vornehmsten Gefangenen gelang, aus ihrer Haft in Ofen zu entkommen. Den König selbst zog es aus Ungarn fort. Ende Mai begab er sich aus Ofen nach Wien, wohin er den Matthias Hunyady als Gefangenen mit sich führte.

Auch das ohnehin gespannte Verhältnis des Königs Ladislaus zum Kaiser war durch den Tod Ulrichs von Cilli noch mehr getrübt worden. Dieser beanspruchte die in Deutschland gelegenen Gebiete desselben, die Grafschaften Cilli, Ortenburg und Sternberg auf Grund der Verträge von 1443, Ladislaus den ganzen Nachlaß seines Vetters als nächster Verwandter. Obwohl die Räte, Burggrafen und Pfleger des Cilliers sich zunächst dahin einigten, mit ihren Herrschaften und Burgen der Witwe desselben, Katharina von Serbien, zu Diensten zu stehen, bis dieser ein anständiges Wittum ausgesetzt und über die Ansprüche der zahlreichen Prätendenten vor einem Reichsfürstengerichte entschieden worden wäre, so gelang es dann doch im März 1457 dem Kaiser, durch bedeutende Versprechungen die meisten Burggrafen und den obersten Hauptmann Jan Wittowetz zur Anerkennung seiner Herrschaft zu bewegen. Wittowetz ließ sich aber bald vom Könige Ladislaus gewinnen und überfiel am 30. April unvermutet die Stadt Cilli, wo der Kaiser am Tage vorher eingetroffen war. Doch hatte sich dieser aus der Stadt nach dem festen Schlosse Ober-Cilli begeben, das Wittowetz nicht einzunehmen vermochte, sodaß dieser nach acht Tagen wieder abzog. Es kam nun zu einem hartnäckigen Kriege, und erst nach dem Tode des Königs Ladislaus gelang es dem Kaiser, Wittowetz wieder auf seine Seite zu bringen und den übrigen Prätendenten gegenüber teils durch Waffengewalt, teils durch Geld und andere Konzessionen seine Ansprüche zur Geltung zu bringen [2]).

1) Katona XIII, 1163 sqq. Vgl. im allgemeinen Thwrocz l. VI, cap. 61 sq., und von neueren Darstellungen Teleki II, 518 ff.

2) „Cillier Chronik“, S. 129 ff. und die von Birk im „Archiv für

Auf den König Ladislaus übte nach seiner Rückkehr aus Ungarn den größten Einfluß Konrad Hölzler, der früher mehrmals Bürgermeister von Wien gewesen war, seit dem Dezember 1455 aber die Würde eines Hubmeisters von Österreich bekleidete. Hölzler, der mit eigenen Augen gesehen hatte, eine wie unwürdige Stellung der König seit der Ermordung des Grafen von Cilli eingenommen, und der auch zum Sturze des Ladislaus Hunyady beigetragen hatte, riet seinem Herrn, er solle jetzt auch die Übermacht Podiebrads und den Einfluß Eizingers und seiner Freunde zu brechen suchen.

Der König war in der That um diese Zeit über den Gubernator von Böhmen wegen verschiedener Eigenmächtigkeiten desselben aufgebracht. Doch war Podiebrad nicht der Mann, der seine Macht so leicht aus den Händen gab. Er verband sich mit Ulrich Eizinger, und beide arbeiteten nun darauf hin, den Einfluß Hölzlers zu vernichten. Als der König beide nach Wien berief, erschien Podiebrad an der Spitze einer Schar von 800 Reitern und machte trotz eines königlichen Geleitsbriefes mit Eizinger an der Donaubrücke Halt, indem sie sich weigerten, die Stadt, deren Bürger dem Könige und dem Hubmeister ergeben waren, zu betreten. Von Eizinger unterstützt und mit offener Feindschaft drohend setzte Podiebrad nach langen Unterhandlungen es durch, daß die bevorstehende Hochzeit des Königs mit Magdalena, Tochter Karls VII. von Frankreich, nicht in Wien, sondern in Prag gefeiert werden sollte, wo derselbe ganz in seinen Händen war. Kaum war Ladislaus am 29. September 1457 nach Prag gekommen, so wurde Hölzler, da er die notwendigen Summen zur Ausrüstung einer glänzenden Gesandtschaft nach Frankreich nicht liefern konnte, auf Andringen seiner Feinde wegen Beleidigung des Königs seiner Stelle entsetzt und von Podiebrad in Haft gebracht. So war der Einfluß des Gubernators wieder gesichert und auf allen Seiten suchte sich derselbe Freunde und Anhänger zu verschaffen. Der

österr. Gesch." X, 201 ff., Nr. 141 ff., und XI, 141 ff., teils in Auszügen, teils vollständig veröffentlichten Urkunden.

König wurde genötigt, eine Gesandtschaft an den Kaiser zu schicken, um sich mit diesem über die Cillische Erbschaft zu vergleichen. Auf der Reise zu demselben setzte Ulrich Eizinger, der an der Spitze der Gesandtschaft stand, am 31. Oktober den Bürgermeister, den Richter und den ganzen Stadtrat von Wien ab und ernannte dafür seine Kreaturen [1]).

Wie sich das Verhältnis zwischen dem ehrgeizigen Könige und dem allmächtigen Gubernator in Zukunft gestaltet haben würde, vermag niemand zu sagen, da diese Frage infolge des plötzlichen Todes des jugendlichen Fürsten keine natürliche Lösung fand. Am Abend des 20. November 1457, nachdem er ein Kind Zdenkos von Sternberg aus der Taufe gehoben, fühlte der König starke Kopfschmerzen. Am folgenden Tage präsidierte er zwar mehreren Gerichtsverhandlungen, aber dann verschlimmerte sich sein Übel, vielleicht auch infolge ungeschickter ärztlicher Behandlung, und schon am 23. November hauchte er in einem Alter von nicht einmal achtzehn Jahren seine Seele aus.

Begreiflicherweise wurde auch in diesem Falle die Vermutung laut, der König sei vergiftet worden. Georg von Podiebrad, seine Gemahlin Johanna von Rožmital, Rokycana wurden als Thäter bezeichnet. Doch ist der König ohne Zweifel an der Pest, einer Art von Beulentyphus, gestorben, die in Ungarn gewütet hatte und durch die Kreuzfahrer auch nach anderen Ländern verbreitet worden war [2]).

1) Über diese letzte Regierungsperiode K. Ladislaus s. Bachmann, Ein Jahr böhmischer Geschichte, im „Arch. f. österr. Gesch." LIV, 37 ff.

2) S. die eingehenden Untersuchungen von Palacky, Zeugenverhör über den Tod K. Ladislaw's. Prag, 1856. Aus den „Abhandl. d. kgl. böhm. Ges. d. Wiss.", V. Folge, 9. B. Vgl. dazu den gleichzeitigen Bericht aus dem kgl. baier. Reichsarchiv bei Bachmann, Urkunden und Aktenstücke zur österr. Gesch. 1440—1471, in „F. R. Austr. Dipl." XLII, 204.

Fünftes Buch.

Böhmen und Ungarn als Wahlreiche. — Österreichs tiefster Verfall und Wiedererhebung. (1457—1493.)

Erstes Kapitel.

Der Streit um Österreich. — Die Wahl und Anerkennung nationaler Herrscher in Böhmen und Ungarn.

Nach dem frühzeitigen Ableben Ladislaus des Nachgeborenen war dies die wichtigste Frage, ob die von ihm beherrschten Länder Österreich, Böhmen und Ungarn vereinigt bleiben und an einen andern Habsburger kommen, oder ob sie neuerdings getrennt werden würden. Die Rechtsfrage bezüglich der Nachfolge lag in verschiedenen Reichen in der That nicht gleich, und nur durch zielbewußtes, rasches und kräftiges Handeln hätte es den Habsburgern gelingen können, ihre Ansprüche auf die Länder ihres verstorbenen Vetters zur Anerkennung zu bringen.

Aber schon die cillische Erbfolgefrage hatte die Glieder der leopoldinischen Linie neuerdings entzweit, indem nicht bloß der Kaiser, sondern auch dessen Bruder Albrecht und Herzog Sigmund von Tirol auf die Hinterlassenschaft des letzten Cilliers Ansprüche erhoben hatten. Der Tod ihres Vetters Ladislaus warf nun einen neuen Zankapfel unter die uneinigen Gemüter. Denn wenn es auch außer Zweifel stand, daß das Erzherzogtum Österreich den früheren Hausverträgen zufolge nach dem Erlöschen der albertinischen Linie des Hauses Habsburg an die leopoldinische fallen mußte, so entstand doch darüber Streit, ob

alle Glieder oder nur eines ein Recht darauf hätte [1]). Kaiser Friedrich beanspruchte als Ältester des Hauses Österreich für sich allein und verlangte daher von den Ständen die Huldigung. Dagegen erhob aber sein Bruder Albrecht, der gerade in Wien anwesend war, im eigenen Namen wie für seinen Vetter Sigmund lebhafte Einsprache. Diese gingen von der Ansicht aus, daß Österreich der ganzen Linie zugefallen sei, was nach den früheren Familienverträgen und dem ganzen Verlauf der Geschichte seit 1379 auch unzweifelhaft richtig war, und verlangten daher einen gleichen Anteil an diesem Lande wie Friedrich.

Bei dieser Uneinigkeit der Fürsten beschlossen die österreichischen Stände, welche am 21. Januar 1458 in Wien zusammentraten, so lange jene sich nicht unter einander geeinigt hätten, keinem Teile zu gehorchen und die Regierung des Landes selbst in die Hände zu nehmen. Diese wurde bis zu einem neuen Landtage den Grafen Bernhard von Schaumberg und Michael von Maidburg und den Herren Wolfgang von Wallsee und Ulrich Eizinger übertragen, von denen der letzte aber schon am 5. März vom Erzherzoge Albrecht gefangen gesetzt wurde.

Die Streitfrage wurde einigermaßen dadurch vereinfacht, daß am 10. Mai der Herzog Sigmund das ihm gebührende Drittel Österreichs seinem Vetter Albrecht abtrat und sich nur die Einkünfte von demselben vorbehielt, wogegen dieser ihm den Teil der Vorlande überließ, den er bisher innegehabt hatte. Es standen sich also nur noch Friedrich und Albrecht mit ihren Ansprüchen gegenüber. Aber erst am 27. Juni gelang es endlich den Ständen, zwischen den beiden feindlichen Brüdern einen Vergleich zu vermitteln, wonach Friedrich, vorläufig während der nächsten drei Jahre, Niederösterreich, Albrecht Oberösterreich verwalten, beide aber ein Drittel der Einkünfte an den Herzog Sigmund abliefern sollten. Selbst die Wiener Burg war in

1) Erschöpfend handelt darüber Zeißberg, Der österr. Erbfolgestreit nach dem Tode des K. Ladislaus Postumus (1457/58) im „Archiv für österr. Gesch." LVIII, 67—169.

drei Teile geteilt worden. Albrecht beanspruchte auch einen Anteil an der Regierung der Stadt Wien, während der Kaiser dies verweigerte. Es wurde daher bestimmt, daß die Bürgerschaft einstweilen allen drei Fürsten die Huldigung leisten und, wenn diese sich bis zum nächsten Landtage über die Einsetzung des Bürgermeisters, Richters und Stadtrates nicht verständigen könnten, in ihrem Namen die Stände diese Ämter provisorisch besetzen sollten. Ein feindlicher Einfall der Böhmen führte endlich am 3. August 1458 eine Einigung der beiden Brüder herbei, indem Albrecht gegen eine Entschädigung von 32000 Pfund Pfennigen Niederösterreich mit Wien dauernd dem Kaiser Friedrich überließ. Mit der Teilung des Hauptlandes hatte die Zersplitterung der österreichischen Besitzungen ihren Höhepunkt erreicht.

Während die Habsburger um Österreich haderten, das ihnen nie entgehen konnte, hatten sie Böhmen und Ungarn verloren, auf deren Gewinnung sie vor allem mit vereinten Kräften hätten hinarbeiten sollen.

Böhmen mit seinen Nebenländern beanspruchten die Habsburger auf Grund der Erbverbrüderung, welche 1364 mit den Luxenburgern geschlossen und dann mehrmals erneuert worden war. Doch konnte man dagegen mit Recht [1]) geltend machen,

1) Anders freilich A. Bachmann, Ein Jahr böhmischer Geschichte, „Archiv f. österr. Gesch." LIV, 62 ff. Aber seine Annahme, daß Albrecht V. 1438 nicht als Schwiegersohn K. Sigmunds, sondern auf Grund der Erbverträge mit den Luxemburgern als König von Böhmen anerkannt worden und mit ihm „das ganze habsburgische Haus" nachgefolgt sei, läßt sich nicht halten, wie schon die von ihm S. 64, N. 1 angeführte Bitte K. Sigmunds zeigt. Bezüglich des Thatsächlichen dagegen schließe ich mich für das Folgende ganz an Bachmanns gründliche Darstellung an. Vgl. über die böhmische Königswahl und die folgenden Ereignisse auch Palacky, Gesch. Böhmens, IV. B., 2. Abtl. (1457—1471), und dessen gleichzeitig veröffentlichte „Urkundliche Beitr. zur Gesch. Böhmens u. s. w. im Zeitalter Georgs von Podiebrad" (F. R. Austr. Dipl. XX), G. Voigt, Georg von Böhmen der Hussitenkönig, in „Histor. Zeitschr." V, 421 ff. und dessen „Enea Silvio" III, 428 ff., und H. Markgraf, Über das Verhältnis des K. Georg von Böhmen zu P. Pius II. 1458—1462, im „Jahresber. d. kgl. Friedrichs-Gymn. zu Breslau" 1867.

daß die Nachkommen Karls IV. noch nicht erloschen waren, da Ladislaus zwei Schwestern hinterlassen hatte, welche Enkelinnen des Kaisers Sigmund waren. In der That erhob Herzog Wilhelm von Sachsen, der Bruder des Kurfürsten Friedrich, als Gemahl Annas, der älteren Schwester des Königs Ladislaus, ja sogar König Kasimir von Polen, der Gatte der jüngeren Schwester Elisabeth, Ansprüche auf das böhmische Reich. Der Kaiser suchte daher auch noch den Gesichtspunkt geltend zu machen, daß Böhmen als erledigtes Reichslehen ihm heimgefallen sei. Aber auch hier wirkte die Uneinigkeit der Habsburger nachteilig, indem nicht bloß Friedrich, sondern auch Albrecht und Sigmund als Prätendenten auftraten und einer dem andern die böhmische Krone nicht gönnte. Eine kräftige Geltendmachung seiner Ansprüche aber versuchte keiner, weil alle zu sehr durch den Streit um Österreich beschäftigt waren.

Da die Habsburger völlig unthätig blieben, so trat Wilhelm von Sachsen, der das Prinzip der Legitimität und des Erbrechtes vertrat, unter allen Bewerbern am meisten in den Vordergrund. Aber seit den Tagen der Hussitenkämpfe, wo man dem rechtmäßigen Könige den Gehorsam verweigerte, hatte die Idee des Erbrechtes bei sehr vielen Böhmen jede Kraft eingebüßt. Hatten sie sogar Ladislaus nicht als Erb- sondern als Wahlkönig angenommen, so wollten sie jetzt das seit langem beanspruchte Wahlrecht endlich zur unbedingten Geltung bringen. Diesen Rechtsboden erkannte namentlich der König Karl VII. von Frankreich an, der die Böhmen durch die glänzendsten Versprechungen zur Wahl seines Sohnes zu bewegen suchte. Auch einige deutsche Fürsten, der Kurfürst Friedrich von Brandenburg und sein Bruder Albrecht, und die Herzöge Ludwig von Baiern-Landshut und Albrecht von Österreich wurden als Kandidaten für eine Wahl genannt.

Doch konnte keiner der fremden Fürsten gegen Georg von Podiebrad aufkommen, der auch nach dem Tode des Königs sein Amt als Gubernator nicht als erloschen ansah und daher alle Mittel in den Händen hatte, um seine eigene Erhebung zu betreiben. Zugleich war Rokycana, der Administrator des

Prager Erzbistums, mit der utraquistischen Geistlichkeit in jeder Weise, selbst von der Kanzel aus, für Georg als einen Husiten und Böhmen thätig. Auch der niedere Adel und das Volk waren ihm zugethan teils wegen seines Glaubens und seiner Nationalität, teils wegen der Tüchtigkeit, die er bisher als Regent an den Tag gelegt hatte. Von den Mitgliedern des hohen Adels waren manche, selbst der katholische Sdenko von Sternberg, Oberstburggraf von Prag, seit langem mit ihm befreundet, einzelne sollen von ihm durch Geld oder Versprechungen gewonnen worden sein. Als nun Ende Februar 1458 der böhmische Landtag in Prag zusammentrat und über die Besetzung des Thrones beriet, obwohl er nicht ausdrücklich zu diesem Zwecke einberufen worden war, da sammelten sich dichte Volksmassen an, die unter Geschrei die Wahl Georgs oder wenigstens eines Böhmen forderten und gegen die Erhebung eines Deutschen und überhaupt eines Fremden protestierten. Die Abgeordneten von Bauzen und Görlitz, die einzigen aus den böhmischen Nebenländern, die überhaupt anwesend waren, hielten es unter solchen Umständen für gut, Prag zu verlassen. Eine freie Wahl wäre bei dieser Stimmung der Prager kaum möglich gewesen, obwohl der Landtag die französischen und sächsischen Gesandten ruhig anhörte. Die katholische Partei, welche die Zusicherung voller Gleichberechtigung für die Anhänger der Kommunion unter einer Gestalt und die Garantie ihrer bisherigen kirchlichen Pfründen und Besitzungen verlangte, scheint sich endlich auch gefügt zu haben, als man die Bestätigung ihrer Forderungen bei der Königskrönung in Aussicht stellte [1]). Allen weiteren Beratungen machte dann Sdenko von Sternberg dadurch ein Ende, daß er am 2. März nach einer kurzen Umfrage unter seinen Freunden plötzlich vor Podiebrad seine Kniee beugend ausrief: „Es lebe Georg, unser gnädigster König und Herr!“, worauf mehrere

1) S. die Berichte an die Stadt Eger vom 28. Febr. und 12/13. März bei Bachmann, Urk. und Aktenstücke 1440—1471, in „F. R. Austr. Dipl.“ XLII, 212. 215, und die Artikel ibid. 237.

Herren und endlich alle Anwesenden in denselben Ruf einstimmten.

Während die Wahl Georgs in Böhmen fast allgemein mit Freude begrüßt wurde, zeigten sich die Nebenländer Mähren, Schlesien und die Lausitz, welche vorherrschend deutsch und fast ganz katholisch waren, seiner Anerkennung abgeneigt. Sie fühlten sich schon dadurch beleidigt und in ihren Rechten beeinträchtigt, daß sie Georg, vielleicht gerade weil er ihre Stimmung kannte, zur Königswahl nicht eingeladen hatte, was bei der Wahl eines neuen Königs, die nicht Böhmen allein, sondern alle Länder der böhmischen Krone anging, schon der Natur der Sache nach hätte geschehen sollen, und durch die goldene Bulle Karls IV. vom 7. April 1348, welche über die Königswahl handelte, ausdrücklich vorgeschrieben war [1]). Dann hatten die Bewohner der Nebenländer immer am Grundsatze der Legitimität festgehalten und hatten im Gegensatze zu den Böhmen Albrecht V. von Österreich wie dessen Sohn Ladislaus als Erbherrn anerkannt. Eine Pflicht, den von den Böhmen mit Verletzung des Legitimitätsprinzips gewählten König als Herrn anzunehmen, bestand daher für sie nicht. Auch hätten sich die Nebenländer mit Hilfe des von ihnen anerkannten Fürsten und seiner Freunde wohl vielleicht mit Erfolg gegen die Angriffe der Böhmen verteidigen können, wären alle einig und von dem festen Willen, ihre selbständige Stellung zu behaupten, erfüllt gewesen.

Aber gerade die Einigkeit und Entschiedenheit fehlte den böhmischen Nebenländern. Schon über die Frage, wer als rechtmäßiger Erbe des verstorbenen Königs zu betrachten sei, gingen ihre Anschauungen auseinander. Die meisten Schlesier und Lausitzer waren für die Anerkennung Wilhelms von Sachsen, die Mährer neigten zu Österreich, dessen Fürsten auch auf dieses Land spezielle Rechte geltend machen konnten, da es 1423 vom

1) „ipsius regis Boemie electionem . . . prelatis, ducibus, principibus, baronibus, nobilibus et communitati dicti regni et pertinenciarum eiusdem . . . damus, concedimus et donamus. Cod. Moraviae VII, 557.

Könige Sigmund dem Herzoge Albrecht V. zu Lehen gegeben, und dadurch von Böhmen getrennt worden war. Und in jedem Lande gab es Männer, welche entweder mit der von den Böhmen getroffenen Wahl offen sympathisierten oder wenigstens nicht geneigt waren, für ihre abweichende Meinung entschieden einzutreten oder gar dafür Opfer zu bringen. Die Mehrheit des mährischen Landtags erklärte sich schon in der ersten Hälfte des April zur Anerkennung Georgs bereit unter der Bedingung, daß er den Katholiken freie Religionsübung zusichere und Mähren betreffende Angelegenheiten nur mit Zuziehung mährischer Räte entscheide. Nur wenige katholische Adelige und die deutschen Städte Brünn, Olmütz, Iglau, Znaim, Mährisch-Neustadt und Hradisch waren noch dagegen und unterhielten Verbindungen mit Albrecht von Österreich, der jetzt die Rechte seines Hauses zur Geltung zu bringen bemüht war. Aber auch diese waren nur aus religiösen Gründen gegen den neuen Böhmenkönig. Sie und der neue Bischof von Olmütz, Protas von Boskowitz, ein Verwandter Georgs, einigten sich über gewisse Bedingungen, unter denen sie demselben zu huldigen geneigt waren. Namentlich wollten sie verlangen, daß er selbst sich mit der römischen Kirche vereinige und den ausschließlich katholischen Charakter der Städte nicht zu ändern versuche [1]). Auch die schlesischen Stände, so sehr die meisten Georg abgeneigt waren, kamen über einen aufschiebenden Beschluß nicht hinaus [2]). Standen ja doch zwei Böhmen an der Spitze dieses Landes, Johann von Rosenberg als Landeshauptmann und dessen Bruder Jodok als Bischof von Breslau!

Doch war Georgs Lage immerhin eine schwierige. Nicht

1) Vgl. mit Bachmann a. a. O. Zeißberg im „Arch. für österr. Gesch." LVIII, 144 ff.

2) Vgl. über die Vorgänge in Schlesien die Hist. Wratislav. des damaligen Breslauer Stadtschreibers Peter Eschenloer, herausgeg. von Markgraf in SS. R. Siles. VII (verläßlicher als die spätere deutsche Bearbeitung, herausgeg. von Kunisch, 2 Bde., 1827/28), und die von demselben veröffentlichte „Politische Corresp. der Stadt Breslau", ibid. VIII, wie Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, 293 ff.

bloß die Habsburger und die sächsischen Herzoge, sondern auch viele andere deutsche Fürsten waren gegen ihn. In Schlesien legte das mächtige Breslau offen seine Feindschaft gegen ihn an den Tag, während die schlesische Landesversammlung, obwohl sie an der Union mit Böhmen festhielt, wenigstens entschieden betonte, daß sie nur einen „christlichen" König annehmen wolle. Und daß er auch in Mähren ohne wesentliche Konzessionen religiöser Natur die Huldigung der größeren Städte auf friedlichem Wege nicht erlangen würde, hatten die von ihnen gefaßten Beschlüsse sehr wahrscheinlich gemacht. In Böhmen selbst verlangten die katholischen Herren vor der Krönung die Bestätigung der religiösen Forderungen [1]), die sie schon bei der Wahl gestellt hatten.

Schon längst hatte sich Georg überzeugt, daß der Schwerpunkt der Situation auf religiösem Gebiete liege und daß es für ihn vor allem darauf ankomme, die Katholiken zu gewinnen oder wenigstens alles zu vermeiden, was sie mit noch größerem Mißtrauen gegen ihn erfüllen könnte. Daher legte er den größten Wert darauf, wenigstens die Krone in hergebrachter Form und nicht etwa durch Rokycana zu empfangen. Da er in seinen eigenen Ländern keinen katholischen Bischof hatte, weil Prag unbesetzt und der Bischof von Olmütz noch nicht geweiht war, so wendete er sich schon bald nach seiner Wahl an den ihm eng verbundenen König Matthias von Ungarn mit der Bitte, ihm einen von seinen Bischöfen zu schicken [2]). Der in Ungarn weilende päpstliche Legat Carvajal, der übrigens selbst schon am 20. März Georg zu seiner Erhebung auf den Thron Glück gewünscht hatte, vermochte es nicht zu verhindern, daß Matthias die Bischöfe von Waitzen und Raab nach Prag sandte. Doch nahm der Kardinal diesen das Versprechen ab, die Krönung nur dann vorzunehmen, wenn Georg seine Irrtümer, d. h. den Utraquismus abschwöre. Sie wollten sich denn auch wirklich

1) Bachmann, Urk. und Aktenstücke, S. 236—241.

2) Dessen Antwort vom 15. März bei Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 138. Im allgemeinen verweise ich für das folgende auf Bachmann, Ein Jahr böhm. Gesch., im „Archiv für österr. Gesch." LIV, 124 ff.

nur unter der Bedingung dazu herbeilassen, daß derselbe öffentlich den verlangten Eid leiste. Georg, der hauptsächlich den Utraquisten seine Erhebung auf den Thron verdankte, konnte dies unmöglich thun, ohne sich mit seinen verläßlichsten Anhängern tödlich zu verfeinden und die festesten Stützen seiner Herrschaft zum Wanken zu bringen. Doch ließ er sich endlich herbei, am 6. Mai mündlich die Ketzerei abzuschwören und vor Zeugen urkundlich und eidlich zu geloben, der römisch-katholischen Kirche und den Päpsten treu und gehorsam zu sein, ihnen nach der Weise der übrigen christkatholischen Könige in der Einheit des orthodoxen Glaubens Gehorsam und Konformität zu erweisen und das ihm unterworfene Volk von allen Irrtümern, Sekten und Ketzereien und von allen der römischen Kirche entgegenstehenden Artikeln zur Beobachtung des orthodoxen Glaubens, zum Gehorsam, zur Konformität, zur Einheit und zum Ritus und Kultus der römischen Kirche zurückzubringen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Georg mit diesem Eide, dem am 7. Mai die Krönung folgte, die Kompaktaten preisgegeben hat, da ja die Konformität und die Einheit des Ritus und Kultus besonders darin betont waren. Daher arbeitete auch fortan gerade die katholische Geistlichkeit eifrig für Georgs Anerkennung in den böhmischen Nebenländern.

Mähren, dessen Landesbischof selbst der Krönung in Prag beigewohnt hatte, fügte sich bald, als der König Anfangs Juni mit einem Heere erschien. Nur Iglau, dem Albrecht von Österreich Truppen zuhilfe geschickt hatte, hielt eine lange Belagerung aus und konnte erst am 15. November bezwungen werden.

Um den Erzherzog Albrecht für die Unterstützung der widerspenstigen Mährer und für die Gefangennehmung des mit Podiebrad immer eng verbundenen Ulrich Eizinger zu züchtigen, schickte der böhmische König Anfangs Juli Truppen nach Österreich, welche, von den Brüdern und Freunden Eizingers unterstützt, eine Reihe von Burgen einnahmen und das Land nördlich von der Donau mit Feuer und Schwert verheerten. Als der Erzherzog die Böhmen zurückdrängte, bot Georg noch ein

größeres Heer auf, mit dem er im August selbst Österreich angriff. 2500 gut gerüstete Streitwagen und zu jedem zehn Mann hatte er unter sich. Der Erzherzog mußte einen eiligen Rückzug nach Korneuburg antreten. Wieder wurden die Gegenden bis zur Donau furchtbar verwüstet und ausgeraubt. Nur durch den erfolgreichen Widerstand der Städte Krems und Stein wurde der Böhmenkönig aufgehalten.

Unterdessen war aber zwischen dem Kaiser und seinem Bruder ein Ausgleich zustande gekommen und Niederösterreich ganz an jenen überlassen worden. Der Kaiser ließ daher den König auffordern, die Feindseligkeiten gegen dieses Land einzustellen und seine Vermittelung anzunehmen. Georg war dazu bereit und kam selbst mit Friedrich an der Wiener Donaubrücke zusammen. Am 2. Oktober 1458 ward ein Abkommen getroffen, wonach alle Gefangenen, auch Ulrich Eizinger, in Freiheit gesetzt, alle Eroberungen herausgegeben werden und die Herzoge Albrecht und Sigmund Georg in seinen Ländern nicht mehr beunruhigen, also ihn wenigstens indirekt als Herrn von Böhmen und dessen Nebenländern anerkennen sollten. Auch der Kaiser stellte ihm die Belehnung mit Böhmen und der Kurfürstenwürde in Aussicht [1]).

Durch die Verständigung mit Österreich und dem Kaiser hatte Georg zwar nicht den rührigsten, aber doch den hervorragendsten seiner Gegner unschädlich gemacht und sich den Rücken gedeckt, wenn er gegen jene, die ihm noch die Anerkennung verweigerten oder auf Böhmen Ansprüche erhoben, energischere Maßregeln ergreifen wollte. Diese waren ohnehin in ihrer Gesinnung schwankend. Mehrere schlesische Fürsten hatten sich schon von dem im April geschlossenen Bunde ferngehalten, obwohl dieser eine Entscheidung hinausschob, und hatten mit Georg Verbindungen angeknüpft. Herzog Wilhelm von Sachsen weigerte sich, den Schlesiern offen Beistand zu leisten, so lange

1) Über diesen böhmisch-österreichischen Krieg ist außer Bachmann a. a. O., S. 149—151 und 159ff. auch Zeißberg a. a. O., S. 157ff., zu vergleichen.

sie sich nicht entschieden für ihn erklärten, während diese verlangten, daß er zuerst ihnen seinen Schutz zusichere. Bald brachen zwischen den Hohenzollern, den mächtigsten Freunden des sächsischen Hauses, und den Wittelsbachern Zerwürfnisse aus, die es jenen nicht rätlich erscheinen ließen, auch noch mit dem mächtigen Böhmenkönige zu brechen, ja diesen bald geradezu zum Schiedsrichter in den deutschen Angelegenheiten machten, indem die verschiedensten Fürsten um seine Gunst buhlten. Für sich allein aber war der sächsische Herzog viel zu schwach, um seine Rechte dem böhmischen Könige gegenüber zur Geltung bringen zu können. Der Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach nahm die Vermittelung zwischen Georg und dem Herzoge von Sachsen in die Hand und brachte auf einem Tage in Eger am 25. April 1459 einen Ausgleich zustande. Wilhelm gab für sich und seine Gemahlin alle Ansprüche auf Böhmen und seine Nebenländer auf und stellte mehrere Städte und Burgen südlich vom Erzgebirge zurück, welche noch von den Zeiten der Hussitenkriege her in sächsischen Händen waren. Dagegen ließ Georg eine Reihe früher böhmischer Ortschaften und Schlösser jenseits des Erzgebirges als böhmische Lehen in den Händen der Herzoge. Für Stadt und Schloß Pirna zahlten diese dem Könige 20000 rheinische Goldgulden. Zugleich wurde eine Doppelheirat zwischen beiden Häusern verabredet, indem des Kurfürsten Friedrich Sohn Albrecht mit Zdena (Sidonia), der Tochter des böhmischen Königs, und Georgs Sohn Heinrich mit Wilhelms Tochter Katharina vermählt werden sollte [1]).

Die Verzichtleistung des Herzogs von Sachsen auf die Erbansprüche seiner Gemahlin sprengte auch den schlesischen Bund, der schon längst ins Wanken geraten war. Alle rechtlichen Bedenken gegen die Anerkennung Podiebrads waren damit beseitigt. Die religiösen Skrupel wurden dadurch zum Schweigen gebracht, daß Georg den Schlesiern Schreiben des

1) Über das Verhältnis K. Georgs zu den deutschen Fürsten bis zum Egerer Tage s. Palacky IV, 2, 57—96. Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, S. 9—69.

neu gewählten Papstes Pius II., des bekannten Aeneas Sylvius, übersendete, welche der heilige Vater an seinen „geliebtesten Sohn, den König von Böhmen" richtete, um ihn zum großen Fürstenkongresse zu Mantua einzuladen, wo unter dem Vorsitze des Papstes ein allgemeiner Kriegszug gegen die Türken beschlossen werden sollte. Es leisteten daher die Schlesier wie die Städte der Oberlausitz Ende August und im September 1459 Georg als ihrem Herrn die Huldigung.

Nur die Breslauer, die durch geistliche und weltliche Agitatoren in einen so fanatischen Haß gegen den ketzerischen und čechischen Böhmenkönig hineingehetzt worden waren, daß eine ruhige Würdigung der Verhältnisse sich dort gar nicht mehr äußern durfte, und der Herzog Balthasar von Sagan waren nicht zur Anerkennung Georgs zu bringen. Zwei päpstliche Legaten, die im November nach Breslau kamen, um mit dem Aufgebote aller Beredsamkeit die Bürger umzustimmen, waren kaum ihres Lebens sicher. Doch gelang es ihnen endlich, einen Ausgleich zustande zu bringen, nach welchem Abgeordnete der Breslauer am 13. Januar 1460 Georg um Verzeihung für ihre bisherige Haltung baten und ihm Gehorsam gelobten, aber für die formelle Huldigung eine Frist von drei Jahren erhielten. Der Herzog Balthasar von Sagan wurde mit Waffengewalt aus seinem Gebiete vertrieben und das Herzogtum seinem Bruder Johann übergeben. [1])

Auch der Kaiser, der längere Zeit mit der Erteilung der Regalien gezögert hatte, änderte seine Haltung, als die Vorgänge in Ungarn ihm die Unterstützung des mächtigen Böhmenkönigs wünschenswert erscheinen ließen.

In Ungarn hatten die Ereignisse einen ganz ähnlichen Verlauf genommen wie in Böhmen.

Auch auf dieses Reich erhoben die Schwäger des verstorbenen Königs, Wilhelm von Sachsen und Kasimir von Polen, Ansprüche im Namen ihrer Gemahlinnen und zwar ersterer

1) Palacky IV, 2, 105 ff. Bachmann a. a. O., S. 33 ff. 70 ff. 111 ff. 141 ff.

nicht ohne Grund. Wohl gab es in Ungarn kein Gesetz, welches das Erbrecht der weiblichen Glieder des regierenden Hauses ausdrücklich anerkannt hätte. Aber auch die Anjous waren wegen ihrer nur durch weibliche Glieder vermittelten Verwandtschaft mit den Arpaden auf den ungarischen Thron gelangt, und die Ungarn hatten ja wiederholt versprochen, die Nachkommen der Königin Elisabeth, der Tochter Sigmunds, als berechtigte Erben anzuerkennen.

Es fand sich aber in Ungarn niemand, der für einen dieser Prätendenten eingetreten wäre. Die stärkste Partei war die der Hunyady, an deren Spitze die energische Wittwe des Gubernators, deren Bruder Michael Szilágyi und Johann Vitéz, Bischof von Großwardein, des Gubernators früherer Sekretär, standen. Diese arbeiteten auf jede Weise für die Erhebung des jungen Matthias Hunyady, der als Gefangener nach Prag gebracht worden war. Doch waren viele der hervorragendsten Magnaten, besonders jene, welche die Hinrichtung des Ladislaus Hunyady veranlaßt hatten, gegen die Wahl seines Bruders, von dem sie fürchten mußten, daß er für ihre damalige Haltung an ihnen Rache nehmen würde. Einzelne, wie der Palatin Ladislaus von Gara, der mit dem Könige Ladislaus verwandt war, und Niklas von Ujlak, der an kriegerischem Ruhme wie an Macht hinter Hunyady nicht weit zurückstand, konnten auf die Krone mit demselben Rechte Anspruch erheben wie der junge Matthias, den nur die Verdienste seines Vaters empfahlen. Auch der Kaiser Friedrich hatte seine Anhänger, darunter wohl auch den Böhmen Giskra, der unmöglich für einen der Hunyady sein konnte, gegen die er seit achtzehn Jahren fast ununterbrochen gekämpft hatte.

Doch waren die Gegner der Hunyady von vornherein nicht einig und verfolgten verschiedene Ziele. Der Palatin schloß schon am 12. Januar 1458 mit Elisabeth Hunyady und ihrem Bruder Michael Szilágyi in Szegedin einen Vertrag, wonach diese ihm und seinen Freunden und Anhängern, darunter dem Bischofe von Fünfkirchen und dem Paul Bánffy von Lindva, Verzeihung für alles Vergangene, besonders für die Hinrichtung

des Ladislaus Hunyady zusicherten, wogegen er seinen Beistand versprach, daß Matthias aus der Gefangenschaft befreit und zum Könige gewählt werde. Dieser sollte Garas Tochter Anna zur Frau nehmen und seinen Schwiegervater im Besitze der Palatinswürde, der Ofner Burg und aller übrigen Ämter und Güter erhalten [1]).

Unterdessen waren übrigens anderwärts Verpflichtungen eingegangen worden, welche die Ausführung dieses Vertrages unmöglich machten. Georg von Podiebrad, der die Erhebung des Matthias Hunyady voraussah und sich denselben rechtzeitig für immer verpflichten wollte, hatte ihn schon am Tage nach dem Tode des Königs Ladislaus aus seiner Gefangenschaft befreit und in sein eigenes Haus aufgenommen und ihm wenige Tage darauf seine neunjährige Tochter Katharina verlobt. Als am 13. Dezember 1457 der Bischof von Großwardein als Vertreter der Hunyadyschen Partei nach Prag kam, um die Loslassung des Gefangenen zu erwirken, war dieser Wunsch bereits erfüllt. Doch war es immerhin von Vorteil, daß dem jungen Matthias bei seinen weiteren Unterhandlungen mit Podiebrad der gewandte und geschäftskundige Bischof zur Seite stand. Denn auch seinem Schwiegersohne gegenüber wollte der böhmische Gubernator seinen Vorteil wahren. Matthias mußte ihm 60000 Goldgulden zu zahlen versprechen und mit ihm und seinen Söhnen einen ewigen Bund schließen [2]). Dagegen bot Georg fortan alles auf, um die Erhebung seines künftigen Schwiegersohnes auf den ungarischen Thron zu bewirken.

Auch Szilághi traf mit ebenso großer Umsicht wie Energie alle Vorbereitungen, um die Wahl seines Neffen durchzusetzen. Er sammelte die Anhänger seiner Partei, die besonders in

1) Teleki X, 565, fälschlich zum 17. Januar, während die Urkunde feria quinta proxima ante octavas festi Epiphaniarum datiert ist.

2) Beurkundet wurde dies freilich erst nach der Wahl des Matthias zum Könige und unter Garantie ungarischer Großer am 9. Februar in Straschnitz (Teleki X, 573ff.). Aber Matthias beruft sich darin ausdrücklich auf seine Versprechungen vor der Wahl. Über die 60000 Gulden s. Palacky IV, 2, 26, N., der es freilich nur ein „Geschenk“ nennt.

Siebenbürgen und Niederungarn sehr zahlreich war, und eine große Anzahl von Söldnern um sich und kam mit nicht weniger als 20000 Bewaffneten nach Pest. Die ihm feindlichen Magnaten, denen sich jetzt auch Gara wieder angeschlossen hatte, welcher nach der Verlobung des Matthias Hunyady mit der Tochter Podiebrads auf die Ausführung des Vertrags vom 12. Januar nicht mehr rechnen konnte, zogen sich auf die Ofner Burg zurück. Doch ließen sie sich endlich zum Erscheinen in Pest bewegen, als Szilágyi versprach, daß Matthias die Hinrichtung seines Bruders nie rächen würde, zugleich aber auch erklärte, die Wahlfreiheit nicht gefährden zu wollen, und als Garantie dafür seine Truppen aus Pest fort in die Umgebung verlegte, freilich nicht so weit, daß er sie nicht in jedem Augenblicke zur Hand gehabt hätte.

Die große Anzahl der Versammelten war entschieden für die Wahl des Matthias, in dem man die Verdienste seines Vaters belohnen wollte. Auch der päpstliche Legat Carvajal, der von jenem eine energische Bekämpfung der Türken erwartete, verwendete sich auf jede Weise zu dessen Gunsten. Dessen ungeachtet machten die erwähnten Magnaten noch immer Schwierigkeiten, und die Beratungen wollten kein Ende nehmen. Da wurden die Soldaten, welche teilweise auf dem Eise der zugefrornen Donau lagerten, des langen Wartens in strenger Winterkälte überdrüßig und riefen am Abend des 24. Januar 1458 Matthias zum Könige aus. Die Jubelrufe wurden durch die zahllosen Volksscharen, welche die Straßen von Pest erfüllten, bis zum Sitzungssaale des Reichstages fortgepflanzt und brachten endlich auch hier die Entscheidung. Matthias wurde zum Könige und, da er noch nicht einmal fünfzehn Jahre zählte, sein Oheim Szilágyi auf fünf Jahre zum Gubernator gewählt [1]).

1) Über diese Wahl haben wir bei Aeneas Sylvius, Europa, Cap. 1 ap. Freher-Struve II, 87 sq. Thwrocz l. IV, cap. 63, und Dlugosz l. XIII, col. 220, nur sehr dürftige Nachrichten. Weitläufig aber unkritisch ist Kaprinai, Hungaria dipl. temporibus Matthiae regis I, 317sqq. Teleki III, 1sqq., Szalay III, 201 ff. und

Georg von Podiebrad unterstützte den Bräutigam seiner Tochter auch fortan in jeder Weise, schon um dann mit dessen Hilfe sein eigenes Ziel, die Herrschaft über Böhmen, zu erreichen. Er bewog Giskra zur Absendung einer Gesandtschaft nach Straschnitz an der mährisch-ungarischen Grenze, bis wohin er selbst seinen Schwiegersohn begleitete, und brachte mit demselben einen Ausgleich zustande. Auch Ujlaky, dessen Tochter seit 1455 mit Podiebrads Sohne Heinrich verlobt war, versprach dem Könige seine Unterstützung.

Ujlaky weigerte sich freilich dann trotzdem einige Zeit, an den Hof zu kommen, unterwarf sich aber endlich dem Könige und ging als dessen Vertreter zur Krönung Georgs von Podiebrad nach Prag. Giskra kündigte Ende März dem Könige förmlich Fehde an, sammelte böhmische und polnische Söldner um sich und suchte später den König Kasimir von Polen zur Geltendmachung seiner Ansprüche auf Ungarn zu bewegen [1]. Doch war dieser damals zu sehr durch den Krieg mit dem deutschen Orden in Anspruch genommen, um sich auch mit Ungarn verfeinden zu können. Gegen Giskra und die andern Bandenführer in Oberungarn nahm der König anfangs ihren früheren Genossen Pongrätz von Sz. Miklos in Sold und als dieser Anfangs April starb, sandte er seinen Oberststallmeister Sebastian Rozgonyi gegen sie, der mit großem Glücke kämpfte. Mehrere Burgen wurden erobert, viele von

Feßler-Klein, III, 3 ff., haben sich zu sehr an Bonfinius und andere spätere Quellen gehalten. Vgl. auch Palacky IV, 2, 21 ff. und Bachmann im „Archiv f. österr. Gesch.“ LIV, 74 ff., von denen ersterer aber die nach späteren Hindeutungen des K. Matthias mit Ujlaky und Giskra geschlossenen Vereinbarungen wohl mit Unrecht in die Zeit vor der Wahl verlegt.

1) Schreiben des K. Matthias vom 15. 27. und 29. März 1458 bei Palacky, Urkundliche Beiträge, S. 138. 142 ff. Vgl. S. 149 und Dlugosz XIII, 225 sq., und über die folgenden Kämpfe ibid., 234, die von Katona XIV, 105 sqq. gesammelten Nachrichten, die Urk. des K. Matthias für Sebastian Rozgonyi ibid. p. 144, und die Berichte bei Palacky, Gesch. Böhmens IV, 2, 75, und in Mon. Hungariae hist. Mátyás király korából I, 10. 12. 17. 21. 29.

den Söldnern gefangen und im Kampfe getötet oder von den Bauern totgeschlagen. Auch Aksamit fand in einem Treffen bei Sárospatak seinen Untergang. Die vollständige Vernichtung der „Brüder“ gelang freilich noch nicht, da gleichzeitig von den Türken Gefahr drohte und Matthias bald auch mit seinem Oheim und anderen Magnaten zerfiel.

Szilághi hatte bei der Erhebung seines Neffen auf den ungarischen Thron offenbar die Hoffnung gehegt, im Namen des jungen Königs selbst die Regierung zu führen. Aber in Matthias hatte er sich verrechnet. Dieser war in der harten Schule des Lebens früh zum Manne gereift und zugleich mit seltenen Fähigkeiten begabt. Er besaß scharfen Verstand, festen Willen, unermüdlichen Thätigkeitsdrang und ein ausgeprägtes monarchisches Selbstbewußtsein. Zugleich war er kalt und selbstsüchtig und unempfindlich gegen die Gefühle der Verwandtschaft und Dankbarkeit, wenn sie mit seinen Interessen kollidierten. Von niemandem ließ er sich als Werkzeug gebrauchen.

Kaum war Matthias in Ofen angekommen, so übernahm er selbständig die Zügel der Regierung. Seinen Oheim sandte er schon im März an die südliche Reichsgrenze, da besonders die Vorgänge in Serbien die Aufmerksamkeit der ungarischen Regierung in Anspruch nahmen.

Am 24. Dezember 1456 war der greise Despot Georg gestorben und schon am 20. Januar 1458 auch dessen Sohn Lazar ihm im Tode gefolgt. Da dieser nur eine Tochter Namens Helena hinterließ, so machten seine zwei Brüder Gregor und Stephan, die beide als Geisel vom Sultan Murad geblendet worden waren, und ein natürlicher Sohn Gregors auf die Herrschaft Anspruch. Stephan stand in gutem Einvernehmen mit Lazars Witwe, sein Bruder Gregor suchte den Beistand des Sultans zu gewinnen, welcher aber Serbien selbst in seine Gewalt bringen wollte. Szilághi unterhandelte mit der Witwe Lazars und deren Schwager, um sie zu bestimmen, dem ungarischen Könige, wenn nicht ganz Serbien, doch eine oder die andere Festung an der Donau abzutreten, wogegen sie Besitzungen in Ungarn erhalten sollten. Am Beginn des Sommers

sendete der Sultan ein bedeutendes Heer nach Serbien, wo es sich mehrerer Kastelle darunter auch der Feste Golubatz an der Donau bemächtigte. Auf Verlangen Szilágyis zogen Ende August auch der König und der päpstliche Legat Carvajal, der überall das Kreuz hatte predigen lassen, mit zahlreichen Truppen, besonders Kreuzfahrern, nach dem südlichen Ungarn. Ein Einfall der Türken in Syrmien, wo sie großen Schaden anrichteten und sehr viele Leute wegschleppten, wurde nach der Mitte des September glücklich abgewehrt, und es erlitten dieselben auf der Flucht, besonders aber beim Überschreiten der Save, bedeutende Verluste. Umgekehrt vermehrte sich das Heer des Königs ununterbrochen sowohl durch Zuzüge von Kreuzfahrern wie durch ungarische und slavonisch-kroatische Edelleute. Auch der König Stephan Thomas von Bosnien, dessen Sohn Stephan Lazars Tochter heiraten und zugleich die Herrschaft über Serbien erhalten sollte, drängte zum Kriege [1]). Dessenungeachtet beschränkte sich Matthias für jetzt auf die Sicherung Belgrads, vielleicht weil er auf die schlecht organisierten Kreuzfahrer kein Vertrauen hatte, vielleicht weil er sich auf einen Teil seiner Magnaten nicht verlassen zu können glaubte.

Szilágyi hatte es doch nicht gleichmütig hingenommen, daß er von seinem Neffen einfach beiseite geschoben worden war. Am 26. Juli schloß er mit zwei ausgesprochenen Feinden des Hauses Hunyady, dem Palatin Ladislaus Gara und dem siebenbürgischen Woywoden Niklas Ujlaky, für die ganze Zeit ihres Lebens ein Bündnis zu gegenseitiger Unterstützung gegen jedermann, welchen Standes er wäre, der einen von ihnen oder ihre Anhänger an ihrer Person oder ihren Besitzungen schädigen wollte [2]). Daß dieser Vertrag gegen den König gerichtet war,

1) Über alle diese Vorgänge haben wir außer sehr dürftigen Notizen bei Aeneas Sylvius, Europa, ap. Freher-Struve II, 93 und Chalkokondylas, ed. Bonn., p. 459sq. nur Nachrichten in den Depeschen des venetianischen Gesandten, in Mon. Hung. Mátyás király korából, 1. Bd., die leider nur sehr lückenhaft erhalten sind, und vom 16. Juni 1458 bis 13. September, und vom 9. Oktober bis 14. März 1459 ganz fehlen.

2) Teleki X, 593.

unterliegt keinem Zweifel. Doch kam es zunächst noch nicht zum Bruche zwischen diesem und seinem Oheime. Szilágyi legte kurz darauf die Würde eines Gubernators nieder. Dagegen verlieh ihm der König die Grafschaft Bistritz, deren sich sein Oheim nach der Hinrichtung des Ladislaus Hunyady bemächtigt hatte, und schenkte ihm am 20. August noch andere Güter [1]). Mehrere Wochen leitete Szilágyi noch die Grenzverteidigung gegen die Türken, auch als der König sich persönlich nach dem Süden des Reiches begeben hatte. Auf einmal ließ dieser Anfangs Oktober seinen Oheim in Belgrad verhaften, ja es heißt sogar, daß er die Absicht gehabt habe, ihn hinrichten zu lassen und daß nur der Kardinal dies verhindert habe [2]). Was die Veranlassung dieses strengen Vorgehens des Königs gewesen, ist leider unbekannt. Das Wahrscheinlichste scheint doch, daß er Nachricht vom Bündnisse seines Oheims mit Gara und Ujlaky erhalten habe, da er um dieselbe Zeit auch diesen ihre Ämter nahm und zum Palatin den Michael Országh und zu Woywoden von Siebenbürgen den Sebastian und Johann Rozgonyi ernannte [3]).

1) ap. Kaprinai II, 195. Szilágyi hat in dieser Urkunde auch den Titel „Graf von Bistritz“, aber nicht mehr den noch am 26. Juli geführten: „regni Hungarie gubernator“. In ähnlicher Weise berichtet über den Vertrag zwischen dem Könige und seinem Oheime ein päpstlicher Legat (wahrscheinlich der Erzbischof Hieronymus von Kreta) in seinem 1462 verfaßten (italienischen) Berichte an den Papst, in „Fortsetzung der Allg. Welthistorie“ 49. Teil II, 13, mitgeteilt von Engel.

2) Nach der erwähnten Relation wie nach einem Berichte des venetianischen Gesandten in Ofen vom 13. Sept. 1459, in Mon. Hung. l. c. I, 65. Was Bonfin., Dec. III, l. 10 zu ganz falscher Zeit über diese Gefangennehmung, den Befehl des Königs, Szilágyi hinzurichten, und dessen Befreiung durch seinen Koch erzählt, trägt den Charakter der Sage oder willkürlicher Ausschmückung an sich. — Die Zeit wird bestimmt durch das Schreiben des Königs vom 8. Oktober an die Siebenbürger Sachsen ap. Katona XIV, 101, worin er die Verhaftung Szilagyis propter certas et rationabiles causas meldet, während der venetianische Gesandte in Ofen am 9. Oktober, obwohl er gerade Nachrichten aus dem Lager des Königs erhalten hat, davon noch nichts weiß. Mon. Hung. l. c. I, 38.

3) Diese bekleiden die genannten Ämter nicht bloß am 10. Februar

Dadurch tief gekränkt, beschloß Ujlaky mit seinen Freunden, den Matthias zu stürzen und einen andern König gegen ihn aufzustellen [1]). Ujlaky und Gara gewannen auch noch manche andere Große, außer ihrem alten Gesinnungsgenossen Paul Bánffy von Lindva die Grafen von Pösing und St. Georgen, Johann Széchy, die auch in Ungarn begüterten deutschen Söldnerführer Andreas Baumkircher, Grafen von Presburg, Ulrich Grafenecker und Berthold von Ellerbach, wie den berühmten Feldherrn der Cillier, Johann Witowetz, Ban von Slavonien, ja selbst einige frühere Freunde der Hunyady wie Ladislaus von Kanisa, Woywoden von Siebenbürgen, und dessen Bruder Nikolaus. Schon Ende November scheint es zwischen ihnen und dem Könige zum offenen Bruch gekommen zu sein [2]). Um gegen diesen genügende Unterstützung zu erhalten, trugen sie die ungarische Krone dem Kaiser Friedrich an, dessen Streitigkeiten mit Ungarn wegen der ungarischen Krone und der in seinem Besitze befindlichen Grenzstädte noch immer nicht geschlichtet waren. Da der Kaiser, welcher auf die Unterstützung des neuen Papstes Pius II., seines früheren Sekretärs Aeneas Sylvius Piccolomini rechnete, auf ihre Anträge einging, wählten ihn die genannten Großen und einige andere am 17. Februar 1459 in Güssing „als Verwandten des Königs Ladislaus“ und weil er noch jetzt die Krone im Besitze habe, zum Könige von Ungarn. Ihnen schlossen sich später auch noch der Bischof von Siebenbürgen und Martin Frangipane, Graf von Zengg, an [3]).

1459 ap. Kaprinai II, 245 und Katona XIV, 192, sondern Michael Orszägh erscheint schon am 13. Oktober 1458 als Palatin. Cod. d. patr. I, 355.

1) Relation des päpstlichen Legaten vom Jahre 1462, l. c. Auch ein Bericht an Franz Sforza von Mailand vom 23. Mai 1459, in Mon. Hung. l. c. I, 51, bezeichnet Ujlaky als Anstifter.

2) Am Andreastage (30. Nov.) 1458 hatte sich Ladislaus von Kanisa nach späterer Urkunde des Königs Matthias ap. Kaprinai II, 294 von diesem aus Temesvar entfernt.

3) Die Urk., auf der diese Namen nachträglich beigefügt sind, ap. Kaprinai II, 249. Katona XIV, 196. Die Ansicht Palackys,

Auf die Nachricht von der ihm drohenden Gefahr war Matthias aus Szegedin, wo ein um Neujahr 1459 gehaltener Reichstag ein wichtiges Gesetz über die Landesverteidigung beschlossen hatte [1]), gegen Ende Januar nach Ofen zurückgekehrt und hatte auch die Bischöfe und weltlichen Großen dorthin berufen, um zu sehen, auf welche derselben er sich verlassen könnte. Die Bischöfe kamen bis auf zwei alle, von den Magnaten und hohen Adeligen eine stattliche Anzahl. Diese leisteten ihm am 10. Februar neuerdings den Eid der Treue und versprachen ihm ihren Beistand gegen alle Rebellen und Nebenbuhler, wogegen er ihnen eidlich ihre Rechte und Besitzungen zusicherte [2]). Zugleich pflanzte er das nationale Banner auf und ließ im ganzen Reiche verkünden, daß der Kaiser die ungarische Sprache austilgen wolle, zu deren Verteidigung alle Waffenfähigen bis zum 24. April bei Pest sich einfinden sollten, um unter Anführung des Königs in das Feld zu ziehen [3]).

Schon früher schickte übrigens Matthias 3000 Mann unter Simon Nagy von Szent-Márton gegen die Besitzungen des Kaisers. Ihnen gegenüber standen 2000 Mann unter Ujlaky, Baumkircher, Grafenecker, dem Grafen Sigmund von Pösing und Petzolt Metsch in der Gegend von Körmönd. Nagy wollte am 7. April die Feinde überfallen. Doch waren diese gewarnt worden und hatten sich rechtzeitig zur Wehr gestellt. In einem hitzigen Treffen, das vom frühen Morgen bis zum Abend dauerte, wurden die Ungarn vollständig geschlagen, und viele fanden auch noch beim Rückzuge über die Raab den Tod. Aber auch die Kaiserlichen hatten an Toten und Verwundeten so

Gesch. Böhmens IV, 2, 76 ff., daß die ungarischen Rebellen anfangs Georg von Podiebrad oder einen seiner Söhne hätten wählen wollen, widerlegt Bachmann, Die ungarische Krone und K. Georg von Böhmen in „Zeitschr. f. d. österr. Gymn.“ 1877, S. 321 ff.

1) ap. Kaprinai II, 228 sqq. Katona XIV, 175 sqq.

2) ap. Kaprinai II, 245. Katona XIV, 192.

3) Bericht des venetianischen Gesandten vom 14. März 1459 in Mon. Hung. l. c. I, 44.

große Verluste erlitten, daß sie ihren Sieg nicht verfolgen konnten [1]).

Dessen ungeachtet war der Kaiser anfangs von den besten Hoffnungen erfüllt. Er glaubte jetzt bald zur Krönung nach Ungarn ziehen zu können und forderte am 15. April die Stadt Oedenburg auf, bis zum 24. fünfzig Mann nach Güns zu schicken [2]).

Es war wohl nicht bloß die gewohnte Energielosigkeit Friedrichs, welche der Ausführung dieses Vorhabens in den Weg trat. An der Fortsetzung des Krieges mochte er auch dadurch verhindert werden, daß der päpstliche Legat Carvajal wegen der Gefahr eines türkischen Angriffs auf Ungarn alles in Bewegung setzte, um ihn zu einem Ausgleiche mit Matthias zu bewegen. Schon am 23. April erschien er bei Friedrich in Wiener Neustadt [3]), um das volle Gewicht seiner Persönlichkeit zur Geltung zu bringen, und er schien entschlossen, nicht ohne günstigen Erfolg wieder abzureisen. Auch die nachgesuchte Unterstützung des Papstes wurde dem Kaiser nicht zuteil. So vorsichtig auch Pius II. alles vermied, was seinen früheren Herrn und Wohlthäter beleidigen konnte, so riet er ihm doch von der Annahme der ungarischen Krone ab, um nicht vor

1) Ich folge dem gleichzeitigen Chron. Austriac. ap. Senckenber Sel. V, 78, für dessen Verfasser Weiß, Gesch. der Stadt Wien I, 565 f. (2. Aufl.), einen Wiener Ratsherrn oder Stadtschreiber hält. Das von ihm angegebene Datum wie die Niederlage der Ungarn werden bestätigt durch Bericht des venetianischen Gesandten aus Ofen vom 11. April, in Mon. Hung. l. c. I, 47. Daß auch Sigmund von Pösing und St. Georgen, den das Chron. nicht nennt, Anführer gewesen, sagt der Kaiser in Urk. vom 19. Juni ap. Kaprinai II, 325. „Der Metsch" ist offenbar derselbe, den der Kaiser in Urk. vom 1. Oktober im „Arch. f. österr. Gesch." XI, 153 erwähnt. — Was Dlugosz und Bonfin über diese Schlacht melden, ist vielfach offenbar erfunden, und noch unhaltbarer ist die Darstellung bei Teleki III, 133—142.

2) Cod. dipl. patr. Hung. IV, 396.

3) Chron. Austr. l. c., p. 80, auch hier durch den Bericht des venetianischen Gesandten, der den Legaten begleitet hatte, in Mon. Hung. l. c., p. 48, bestätigt. Leider scheinen dessen weitere Berichte verloren zu sein.

Gott die Verantwortung zu tragen, wenn Matthias mit den Türken Frieden schließen müßte oder Ungarn, das bisher der Schild der ganzen Christenheit gewesen, den wilden Barbaren preisgegeben würde [1]).

Während der Kaiser bald nach der Schlacht bei Körmönd in Unthätigkeit versank, war Matthias um so mehr bemüht, die unheilvollen Folgen derselben abzuwenden. Aber nicht durch Strenge, sondern durch Milde hoffte er zum Ziele zu kommen. Schon am 19. April wurde der Witwe und den Kindern des kürzlich verstorbenen Ladislaus Gara Verzeihung und der Besitz ihrer Güter zugesichert [2]). Auch den Brüdern von Kanisa machte er am 24. April, nachdem sie ihm Gehorsam gelobt hatten, dieselben Versprechungen [3]).

Da der Kaiser seine Anhänger in Ungarn nicht bloß nicht zunehmen, sondern sich vermindern sah, so suchte er im Mai 1459 die Unterstützung des mächtigen Böhmenkönigs zu gewinnen. Von Eigennutz geblendet ließ sich dieser in der That nach längeren Unterhandlungen bewegen, demselben gegen den Verlobten seiner Tochter die Hand zu reichen. Friedrich, der sich seit Jahren nur zwischen Graz und Wiener Neustadt oder höchstens Wien hin und her bewegt hatte, begab sich selbst mit großem Gefolge nach Brünn, um die Verhandlungen mit Georg zum Abschlusse zu bringen. Am 31. Juli erteilte er ihm die Belehnung mit dem böhmischen Reiche.

Während nun Georg scheinbar als Vermittler zwischen Friedrich und Matthias auftrat, unterhandelte er im Geheimen mit dem Kaiser über ein Bündnis und schloß mit diesem in den ersten Tagen des August eine Reihe von Verträgen, welche beide Fürsten für immer auf das engste an einander ketten sollten. Beide verpflichteten sich zu gegenseitigem Beistande gegen äußere Feinde wie gegen innere Widersacher. Georg ge-

1) d. d. Senis 2. Apr. 1459, ap. Kaprinai II, 288. Vgl. übrigens p. 290—294, und im allgemeinen G. Voigt, Enea Silvio III, 661 ff., und Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, S. 90 ff.

2) Teleki X, 616.

3) Kaprinai II, 294.

lobte dem Kaiser zur Erwerbung Ungarns zu verhelfen, zunächst durch Unterhandlungen, wofür er 8000 Dukaten erhalten sollte, wenn aber diese erfolglos blieben, durch Unterstützung mit seiner ganzen Macht. In diesem Falle verspricht ihm der Kaiser die Hälfte aller ungarischen Einkünfte auf drei Jahre und dann noch lebenslänglich das Erträgnis der ungarischen Salzgefälle oder dafür jährlich 60000 Dukaten. Endlich verpflichtet sich der Kaiser, das Reich und seine Länder nach dem Rate des Königs zu regieren und seinen Hof im Einvernehmen mit diesem zu besetzen [1].

Die letzte Zusicherung ist wahrscheinlich der Hauptgrund gewesen, der den Böhmenkönig zum Abschlusse dieses Bündnisses mit dem Kaiser bewogen hat. Denn auf das Deutsche Reich hatte Georg um diese Zeit sein besonderes Augenmerk gerichtet.

In Deutschland hörten die Kriege und Fehden in diesen Jahren fast gar nicht auf. Wegen der vollständigen Unthätigkeit des Kaisers und wegen seiner Begünstigung der päpstlichen Ansprüche, dann auch wegen seiner Hinneigung zu den Hohenzollern in ihren Kämpfen mit den Wittelsbachern stieg die Unzufriedenheit mit demselben immer höher und höher. Seit 1454 dachte man wiederholt daran, den Kaiser entweder abzusetzen oder wenigstens einen römischen König zu wählen und ihm diesen gleichsam als Koadjutor zur Führung der Reichsgeschäfte an die Seite zu geben. Besonders Dr. Martin Mayr aus Heidelberg, einer der talentvollen aber meist charakterlosen fahrenden Diplomaten jener Zeit, war für diese Idee thätig. Zuerst hatte man den mächtigen Herzog Philipp von Burgund, dann des Kaisers ehrgeizigen Bruder Albrecht, endlich den Kurfürsten Friedrich von der Pfalz als Kandidaten ins Auge gefaßt. Doch waren bisher alle diese Pläne gescheitert, weil die Kurfürsten unter sich nicht einig waren, die Brandenburger und Sachsen von vornherein aufseite des Kaisers standen und auch

1) Palacky IV, 2, 96 ff. Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, S. 97 ff.

andere von diesem durch Gewährung von Privatvorteilen leicht zu gewinnen waren [1]). Endlich warf Martin Mayr sein Auge auf Georg von Podiebrad, der bald nach seiner Wahl zum böhmischen Könige durch geschickte Benützung der Zwistigkeiten in Deutschland, besonders der zwischen den Zollern und Wittelsbachern bestehenden Feindschaft, sich eine dominierende Stellung im Reiche zu erwerben verstanden hatte.

Georg, vom Ehrgeize hingerissen, ließ sich wirklich ködern und setzte vom Herbste 1459 bis zum Frühjahr 1461 alles in Bewegung, um zum römischen Könige gewählt zu werden, wenn möglich mit Zustimmung des Kaisers Friedrich, wenn nicht, durch die Unterstützung der unzufriedenen Kurfürsten. Er gewann auch außer andern Fürsten durch große Versprechungen den Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, der mit dem Kaiser, und den Mainzer Erzbischof Diether von Isenburg, der mit dem Papste zerfallen war. Doch verlangten beide, ehe weitere Schritte gethan würden, die Zustimmung der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg. Diese war aber nicht zu erreichen, weil namentlich das brandenburgische Haus sein Interesse am besten durch treuen Anschluß an den Kaiser zu fördern glaubte, sodaß der Markgraf Albrecht auch diesmal gegen die Wahl eines römischen Königs agitierte. Da zudem die Opposition selbst nicht einig war, indem der Erzbischof von Mainz entschiedenes Auftreten gegen die Ansprüche des Papstes wünschte, König Georg dagegen einen Bruch mit der Kurie zu vermeiden suchte, so zerrannen diese Bestrebungen schließlich in den Sand [2]).

1) Näheres bei Bachmann, Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Friedrich III., „Forsch. zur deutschen Gesch." XVII, 275 ff.

2) Über dieselben sind neben Palacky und Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, der zuletzt und am gründlichsten über dieses Projekt König Georgs gehandelt hat, namentlich auch die Werke von K. Menzel über Friedrich den Siegreichen von der Pfalz (1861) und Diether von Isenburg (1868), von Kluckhohn über Ludwig den Reichen von Baiern (1865) und von Frh. v. Hasselholdt-Stockheim über Albrecht IV. von Baiern (1865), wie G. Voigt, Enea Silvio, zu vergleichen.

Doch war das Streben Georgs, die römische Königswürde zu erlangen, nicht ohne wichtige und zwar nachteilige Folgen für sein Verhältnis zum Könige von Ungarn, zum Kaiser und zur römischen Kurie.

Georg dachte zwar nicht daran, sein Versprechen, dem Kaiser im Notfalle auch mit Waffengewalt zum Besitze Ungarns zu verhelfen, auch wirklich zu erfüllen. Der ungarische Thronstreit sollte ihm nur als Mittel dienen, um den Kaiser geneigt zu machen, seine Erhebung auf den deutschen Thron zu unterstützen. Er beschränkte daher seine Thätigkeit zunächst auf dem Tage zu Brünn im August 1459 auf die Herbeiführung eines Waffenstillstandes bis zum 24. Juni des folgenden Jahres und dann auf erfolglose und auch wenig ernst gemeinte Vermittlungsversuche, und schloß sich, da der Kaiser seinen Wünschen doch nicht entgegenkam, schon Ende 1460 wieder dem ungarischen Könige an und erneuerte den Vertrag über die Vermählung seiner Tochter mit demselben [1]). Aber Matthias fühlte sich schon durch diese Schritte Georgs beleidigt und trat nie mehr in so vertrauliche Beziehungen zum Vater seiner Braut wie anfangs.

Wurden so die Bande, die den böhmischen König mit Ungarn verknüpften, gelockert, so fühlte sich auch der Kaiser dadurch gekränkt, daß Georg ihn vom deutschen Throne zu verdrängen trachtete und ihm die versprochene Unterstützung gegen Matthias Hunyady nicht leistete. Ohne die Hilfe des mächtigen Böhmenkönigs konnte aber der Kaiser unmöglich hoffen, seinen Gegner zu verdrängen und sich Ungarns mit Gewalt zu bemächtigen. Denn während er durch Unruhen in Österreich gelähmt ward, wußte Matthias seine Herrschaft immer mehr zu befestigen. Schon Anfangs September 1459 steht Niklas von Ujlak, der durch große Begünstigungen gewonnen worden war, wieder auf seiner Seite. Er bringt es durch seine Vermittlung dahin, daß die Grafen Johann und Sigmund von

1) Über Gregors Beziehungen zu Ungarn s. Bachmann a. a. O., S. 164—168; 185—187; 223—227; 254—257.

Pösing und Andreas Baumkircher, welche trotz des Waffenstillstandes den Kampf in Ungarn fortgesetzt und sich des festen St. Martinsberges durch Vertrag mit dem dortigen Abte [1]) bemächtigt hatten, denselben gegen Überlassung von zwei Burgen und Zahlung von 10 000 Dukaten wieder herausgaben. Noch wichtiger war es, daß Matthias sich auch mit seinem Oheime Szilághi wieder aussöhnte, der aus der Gefangenschaft entkommen war und in wenigen Tagen zahlreiche Truppen gesammelt und unter den Baronen viele Anhänger gefunden hatte. Durch den Kardinallegaten Carvajal, seinen früheren Freund, und den Erzbischof Dionys von Gran ließ sich dieser bewegen, am 1. September nach Ofen zu kommen, wo nach achttägigen Verhandlungen ein Ausgleich zustande kam. Es wurde ihm neuerdings der erbliche Besitz der Grafschaft Bistritz zugesichert, wogegen er Lippa und anderes herausgab. Szilághi sollte auch wieder die Verteidigung Ungarns gegen die Türken übernehmen, welche im Juni dem Sohne des bosnischen Königs das wichtige Semendria entrissen und dann auch die übrigen Städte Serbiens erobert hatten. Wenn es ihm gelänge, denselben Semendria wieder wegzunehmen, sollte er diese Festung erhalten und zum Despoten von Serbien ernannt werden [2]).

1) Dieser, Thomas Debrenthei, noch im Februar unter den Anhängern des Matthias erwähnt, war dadurch beleidigt worden, daß der König das Bistum Agram, auf dessen Stuhl er berufen worden, das aber seit Decennien zwischen verschiedenen Bischöfen streitig war, seinem Günstlinge, Johann Vitéz, Bischof von Großwardein, übertragen hatte. Vgl. darüber auch Katona XIV, 391—413.

2) Ich entnehme diese bisher unbekannten Nachrichten einem Berichte an den Herzog von Mailand aus Ofen vom 13. Sept. 1459, in Mon. Hung. Mátyás kir. korából I, 64. Der Nicolo vajvoda, der den Vertrag mit den Grafen von Pösing, Baumkircher und „Nandiebok“ (der Nankelreuter? Vgl. „Archiv f. österr. Gesch.“ XI, 153, Nr. IX) vermittelt, kann kaum ein anderer sein als Ujlaky, der auch am 30. März 1460, als vayvoda Transilvanus regnique Sclavoniae et Machoviensis banus, comitatum Sirigiensis (Simigiensis?) et Albensis comes urkundend, Matthias regem nostrum nennt. Kaprinai II, 407. Aus diesen Titeln Ujlakys sehen wir, wie viel ihm der König gewährt hatte.

Als seine Hauptaufgabe sah es nun Matthias an, sein Reich von den Rotten der böhmischen und polnischen „Brüder“ zu säubern, die noch immer in einem großen Teile des nördlichen Ungarn die Herren spielten und die Bevölkerung in der unerträglichsten Weise bedrückten. Teils durch Waffengewalt, teils durch Geld wußten der König und seine Heerführer bis zum Frühjahre 1462 sämtliche Burgen und Raubnester derselben in ihre Gewalt zu bringen und die Anführer entweder zu vertreiben oder zur Unterwerfung zu bewegen [1]). Selbst Giskra, der noch am 10. März 1461 dem Kaiser als König von Ungarn die Huldigung geleistet hatte [2]), schloß im Mai 1462 unter günstigen Bedingungen mit Matthias seinen Frieden. Er unterwarf sich dem Könige, versprach alle Burgen, die er und die seinigen bisher noch behauptet hatten, zurückzustellen, und gelobte demselben immer, besonders gegen die Türken, treu zu dienen. Dafür verpflichtete sich der König, ihm bis zum Ende des Jahres 40 000 Dukaten zu zahlen, ihm eine Burg jenseits der Theiß mit einem jährlichen Erträgnis von 1000 Dukaten zu schenken und ihn mit 150 Reitern in seinen Sold zu nehmen [3]). Da um dieselbe Zeit auch mit den Grafen von Pösing ein Ausgleich zustande kam [4]), so erfreute sich das Land einer Ruhe, wie nie mehr seit dem Tode des Kaisers Sigmund. Einzelne Große wie der wankelmütige Ujlaky mochten dem Emporkömmling noch grollen und im geheimen ihre hochverräterischen Intriguen weiterspinnen [5]), die meisten Bewohner

1) Die Nachrichten hierüber hat Katona XIV, 292 sqq. 361 sqq. 447 sqq. 518—527 gesammelt.

2) Pray, Ann. III, 262.

3) Nach Bericht des venetianischen Gesandten aus Ofen vom 27. Mai 1462 in Mon. Hung. l. c. I, 140. Vgl. die undatierten Schreiben ap. Katona XIV, 514—516. 528—530. 540. Nach Bonfin., Dec. III, 10 hat Giskra die Burgen Lippa und Solymos erhalten. Aber was er über die zwischen ihm und Matthias gewechselten Briefe mitteilt, dürfte, wie so vieles, von ihm erfunden sein.

4) Katona l. c., p. 515.

5) Nach der oben erwähnten Relation des päpstlichen Legaten bei Engel a. a. O. suchten Ujlaky und andere Barone gerade im Jahre

Ungarns, besonders der niedere Klerus, die Bürger und Bauern, welchen die Wohlthaten des Friedens vorzüglich zugute kamen, hingen mit treuer Anhänglichkeit an ihrem Könige, dessen Thron nie fester stand als um diese Zeit.

Dieser Sachlage mußte notwendig auch der Kaiser Rechnung tragen, so zäh er auch an den einmal erworbenen Ansprüchen festhielt. Auch der Papst Pius II. mahnte zum Frieden. Nachdem der Fürstenkongreß, den er 1459 zur Zustandebringung eines allgemeinen Kriegszuges gegen die Türken nach Mantua berufen hatte, ein glänzendes Fiasko erlebt hatte, wollte er wenigstens die Kräfte Ungarns gegen die Osmanen frei machen, die mit immer größerem Ungestüm an die Pforten dieses Reiches pochten. Zugleich war es für den Kaiser von größter Wichtigkeit, seinem Bruder Albrecht, mit dem er wieder vollständig zerfallen war, die ungarische Unterstützung zu entziehen.

Anderseits sprachen doch auch vom ungarischen Standpunkte aus gewichtige Gründe für die Herstellung eines Friedens mit dem Kaiser. So lange Matthias nicht mit der Reichskrone, die noch immer in Friedrichs Händen war, geschmückt war, konnte auch die Rechtmäßigkeit seines Königtums angefochten werden, hatten unzufriedene Magnaten einen Vorwand zur Anzettelung von Unruhen. Und dann schien es geradezu eine Lebensfrage für Ungarn, daß man endlich die ganze Aufmerksamkeit dem Schutze der südlichen Reichsgrenze gegen die Türken zuwendete.

Des Matthias vertrautester Ratgeber Johann Vitéz, Bischof von Großwardein, begab sich, angeblich ohne Auftrag vonseite seines Königs, bloß nach dem Rate einiger Prälaten und Barone [1]), im März 1462 aus Slavonien, wohin er von Matthias geschickt worden war, zum Kaiser nach Graz, wo auch ein päpstlicher Legat, Hieronymus Lando, Erzbischof von

1462 den König von Böhmen zu bewegen, mit ihrer Unterstützung seinen Sohn zum Könige von Ungarn zu machen. Über die Zeit siehe Bachmann in „Zeitschrift f. d. österr. Gymn. 1877, S. 330f.

1) So behauptet K. Matthias in seinem Schreiben ap. Katona XIV, 527.

Kreta, eingetroffen war. Unter Vermittlung desselben einigte sich der Kaiser mit dem Bischofe von Großwardein über die Bedingungen, unter denen er zu einem Frieden geneigt war. Zum Ersatz des Schadens, den er seit 1440 von den Ungarn erlitten, sollten ihm 80000 Dukaten gezahlt werden, wogegen er dann die ungarische Krone und die Stadt Ödenburg herausgeben wollte. Dagegen sollten die übrigen im Besitze des Kaisers befindlichen Burgen und Städte, Forchtenstein (Fraknó), Kobelsdorf (Kabóld), Eisenstadt, Güns und Rechnitz mit den dazugehörigen Herrschaften in den Händen Friedrichs und seiner direkten Nachkommen bleiben, die beiden erstgenannten aber nach seinem Tode vom ungarischen Könige um 40000 Dukaten ausgelöst werden dürfen. Der Kaiser, der nur infolge geziemender Berufung den Titel eines Königs von Ungarn angenommen habe, sollte denselben lebenslänglich behalten dürfen. Er sollte Matthias an Sohnes statt annehmen und von diesem als Vater geehrt werden, auch beide sich gegenseitig unterstützen. Damit der Kaiser um so geneigter wäre, die Interessen Ungarns zu fördern, wurde bestimmt, daß wenn Matthias ohne Söhne mit Tod abginge, Friedrich oder ein von ihm zu bestimmender Sohn, oder wenn er nicht mehr lebte, ein von den Ungarn zu wählender Sohn ihm auf dem ungarischen Throne folgen sollte. Die Zahlung obiger 80000 Gulden wie die Übergabe der notwendigen Urkunden durch die Bevollmächtigten des Königs Matthias und der ungarischen Großen sollten in Wiener Neustadt erfolgen und darauf die Krone denselben eingeantwortet werden [1]).

1) Diese Friedenspräliminarien vom 3. April 1462 inseriert in die Bestätigung des Papstes Pius II. vom 7. Mai 1463 ap. Theiner, Vet. Mon. Hung. II, 375. Die Angaben des venetianischen Gesandten über diesen Vertrag in Mon. Hung. Mátyás kir. korából I, 141 sq. zeigen, wie genau derselbe unterrichtet war. — Daß Matthias nach dem Tode seiner gegenwärtigen Gemahlin sich nicht mehr sollte verheiraten dürfen, wie allerdings Dlugosz XIII, 487 zum Jahr 1472 bemerkt, und Krones, Handbuch II, 456, und noch Bachmann, Deutsche Reichsgeschichte I, 390, behaupten, steht weder in diesen Grazer Abmachungen noch in den Urkunden über den definitiven Friedensschluß.

Der päpstliche Legat begab sich selbst mit dem Bischofe von Großwardein nach Ungarn, um die Ratifikation dieser Friedenspräliminarien zu betreiben. Zur Beratung derselben berief Matthias die Prälaten, Barone und Adeligen nach Ofen, wo der Reichstag am 20. Mai eröffnet wurde. Man fand allerdings die Bedingungen des Grazer Übereinkommens sehr drückend. Allein um nur endlich die Krone zu erhalten, genehmigte der Reichstag schon am 26. Mai die angeführten Präliminarien. Um die Summen aufzubringen, welche zur Befriedigung des Kaisers und Giskras notwendig waren, bewilligte der Reichstag ausnahmsweise auch von den Adeligen eine hohe Steuer, während die Städte, die gar nicht berufen worden waren, vom Könige im Verhältnis zu ihren Mitteln zur Beitragsleistung herangezogen wurden [1]).

Ungeachtet alles guten Willens vonseite der Ungarn dauerte es sehr lange, bis die 80000 Dukaten verfügbar waren, die man dem Kaiser zahlen mußte. Auch war in den Grazer Präliminarien bestimmt worden, daß diese zur größern Sicherheit vom Papste bestätigt werden sollten, was vonseite desselben erst am 7. Mai 1463 geschah. Der Abschluß des definitiven Friedens, über den die ungarischen Bevollmächtigten mit den Gesandten des Kaisers in Ödenburg verhandelten [2]),

Auch spricht dagegen, daß schon wenige Wochen nach dem am Ende des Februar 1464 erfolgten Tode der Gemahlin des Königs Matthias der Gesandte des Markgrafen Albrecht von Brandenburg am kaiserlichen Hofe von neuen Heiratsplänen zu berichten weiß („Archiv für österr. Gesch." VII, 26.), und daß von 1465 an wegen der Vermählung des Matthias eifrig verhandelt wurde.

1) Bericht des venetianischen Gesandten vom 27. Mai l. c. bestätigt und ergänzt durch die Urkunden bei Katona XIV, 527—548. Vgl. Teleki XI, 35. Es ist daher irrig, wenn Bachmann a. a. O. I, 389 sagt, daß die ungarischen Edeln die Annahme der Bedingungen verweigerten.

2) Befehl des Kaisers an die Stadt Ödenburg vom 10. Juni 1463, den ungarischen Bevollmächtigten während der Verhandlungen gehorsam zu sein, im Cod. dipl. patr. V, 268. Datiert sind die Urkunden der ungarischen Bevollmächtigten vom 19. Juli aus Ödenburg, die des Kaisers vom gleichen Tage aus Wiener Neustadt, die Ratifikation vonseite des

machte dann keine Schwierigkeiten mehr. Die Bestimmungen desselben schließen sich fast wörtlich an die Grazer Abmachungen an. Am 24. Juli 1463 erfolgte in Wiener Neustadt die Auswechslung der Urkunden zwischen dem Kaiser und den ungarischen Bevollmächtigten, die Zahlung der festgesetzten Geldsumme und die Übergabe der ungarischen Krone [1]).

Matthias war glücklich, als er endlich nach sechsjähriger Regierung am 29. März 1464 feierlich zum Könige gekrönt werden konnte und sein Thron vor weiteren Anfechtungen sichergestellt war. Aber auch der Kaiser konnte mit dem Ausgange des Streites um Ungarn zufrieden sein. Fast ohne Anstrengung von seiner Seite, bloß durch seine gewohnte Taktik, einmal erlangte Ansprüche nicht aufzugeben, hatte er eine große Geldsumme, den sicheren Besitz mehrerer ungarischer Grenzbezirke und möglicherweise sogar für sich oder seine Nachkommen Aussicht auf die ungarische Krone erlangt. Und auch unter weniger günstigen Bedingungen hätte er einen Frieden mit Ungarn wegen seines immer weiter gehenden Zerwürfnisses mit seinem Bruder Albrecht und den Niederösterreichern mit Freuden begrüßen müssen.

Kaisers vom 24. Juli, worauf am 26. Juli in Ofen die von seite des Königs Matthias erfolgt. Gedruckt sind alle bei Katona XIV, 586 bis 618 und Theiner, Vet. Mon. Hung. II, 382—391.

1) Obigen Tag geben die ungarischen Bevollmächtigten in Schreiben an die Siebenbürger Sachsen ap. Teleki XI, 75 an.

Zweites Kapitel.

Streitigkeiten des Kaisers Friedrich mit den Österreichern und seinem Bruder Albrecht VI.

In der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts ging die mittelalterliche Staatsform in Deutschland ihrem Bankrotte entgegen. Seitdem das Fußvolk und die Söldner im Felde die entscheidende Rolle spielten, hatte die feudale Kriegsverfassung ihre Bedeutung beinahe vollständig eingebüßt, das Zeitalter der stehenden Heere kündete sich an. Aber während die Ausgaben der Fürsten wegen der erhöhten Kosten der Kriegführung, der Zahlung von Sold, der Anschaffung von Geschützen und Pulver wie wegen des Sinkens des Geldwertes ununterbrochen stiegen, waren die regelmäßigen Einnahmen von den Regalien und Domänen fast gleich geblieben oder gar durch Verkäufe, Verpfändungen oder Verschenkungen verringert worden, sodaß eine Zerrüttung der Finanzen die unausbleibliche Folge war. Der Fürst mußte sich entweder durch Darlehen oder weitere Veräußerungen seiner Güter und Einkünfte helfen, also seine Finanzen noch mehr schädigen, oder von den Ständen außerordentliche Steuern verlangen, die nur ungern und in ungenügendem Maße bewilligt wurden und bei öfterer Wiederholung oder längerer Dauer allgemeine Unzufriedenheit hervorriefen.

Auch ein kräftigerer und thätigerer Fürst als der Kaiser Friedrich würde kaum imstande gewesen sein, in Österreich auf die Dauer Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, da in Ungarn und Mähren tausende von brotlosen Söldnern, die nur von Raub und Beute lebten, zum Einbruche in das Land bereit lagen und die Mittel zur Erhaltung einer ständigen Truppenmacht vollständig fehlten, ohne die weder die auswärtigen Bandenführer noch die einheimischen Wegelagerer im Zaume gehalten werden konnten. So kam es, daß die Not Öster-

reichs, welches schon durch die Einbrüche der Böhmen im Sommer 1458 und durch die von ihnen angerichteten Verwüstungen schwer gelitten hatte, auch nach dem Frieden mit dem Könige Georg kein Ende finden sollte.

Was die Böhmen auf dem Marchfelde übrig gelassen, das nahm den Leuten Mladwanšk oder Ladwenko weg, einer von den damaligen Räubern im großen, der zu beiden Seiten der untern March mehrere „Tabor" errichtet hatte und sein Handwerk auch noch fortsetzte, nachdem ihm der Erzherzog Albrecht mit den Wienern und einigen österreichischen Adeligen am 29. März 1458 zwei seiner Raubnester an der Marchmündung weggenommen und von den 500 Gefangenen bei zweihundert in Wien hatte aufhängen lassen. Erst als im Sommer 1459 wieder zwei seiner Festen von den Österreichern gewonnen wurden, war diesem Unwesen für kurze Zeit ein Ende gemacht [1]).

Im Mai 1459 erfror ein großer Teil der Weinreben, und auch die Getreideernte war infolge ungünstiger Witterung eine spärliche, sodaß schon deswegen die Preise des Getreides und anderer Lebensmittel immer mehr stiegen [2]). Die Not erreichte den Höhepunkt, als das Land mit ganz wertlosen Münzen überschwemmt wurde.

Da die Fürsten das Münzrecht nur als eine gewinnbringende Einnahmequelle betrachteten, so war in Österreich wie in andern Ländern das gebräuchlichste Geld, der Silberpfenning, von dem 30 auf einen Schilling, 240 auf ein Pfund gingen, immer mehr verschlechtert worden. Hatte man in der Zeit des Herzogs Rudolf IV. für einen ungarischen Goldgulden oder Dukaten, den Hauptwertmesser bei größeren Zahlungen wie bei Silbereinkäufen, 96 Pfenninge geben müssen, so war derselbe schon 1399 auf 5 Schillinge oder 150 Pfenninge, während der späteren Regierung des Herzogs Albrecht V. (1422—1435) auf 6 Schillinge und in den zwei folgenden Jahrzehnten infolge einer

1) Chron. Austr. ap. Senckenberg V, 55 sq. 81. Ebendorffer ap. Pez II, 889. 892. 897. 904. „Copey-Buch der Stadt Wien". im F. R. Austr. dipl. VII, 120.

2) Ebendorffer, p. 896.

Verringerung des Gehaltes der Pfenninge, vielleicht auch des Eindringens schlechter Münzen von außen, nach und nach bis auf 8 Schillinge oder ein Pfund gestiegen [1]).

Den Anlaß zur folgenden Katastrophe scheint der Umstand gegeben zu haben, daß die Herzoge von Baiern und süddeutsche Grafen ganz wertlose Pfenninge und ähnliche Münzen ausprägen ließen, von denen ganze Tonnen voll nach Österreich geführt wurden. Dem verlockenden Beispiele folgte zuerst im Sommer 1458 der Erzherzog Albrecht in Oberösterreich und dann auch der Kaiser [2]), welcher seine Münzstätten in Wiener Neustadt, Graz, Laibach und St. Veit an Spekulanten verpachtete, die in großen Mengen ganz gehaltlose Pfenninge und Kreuzer (à 4 Pfenninge) schlugen und sich dadurch ungeheuer bereicherten. Das Übel wurde noch dadurch verschlimmert, daß der Kaiser seinen Söldnerführern Andreas Baumkircher, Ulrich Grafenecker, Berthold von Ellerbach, Jan von Wittowetz und dem Grafen von Pösing, statt ihnen die großen Soldrückstände zu zahlen, die Erlaubnis zu Münzprägungen erteilte, was dieselben in der maßlosesten Weise ausbeuteten. Diese Pfenninge, das Volk nannte sie Schinderlinge, hatten von Silber kaum eine Spur mehr in sich. Während der Pfenning im Jahre 1435 noch einen Feingehalt von 0,25 Gramm gehabt hatte, enthielt der im April 1460 zirkulierende nur noch 0,012, war also um mehr als das zwanzigfache schlechter.

Da ist es begreiflich, daß diese Pfenninge und Kreuzer allen

1) Schalk, Der Münzfuß der Wiener Pfenninge in den Jahren 1424—1480 (Wien 1880), auf den ich auch bezüglich des Folgenden im allgemeinen verweise. Vgl. für die vorhergehende Zeit noch Schalk in „Mitteil. des Instituts f. österr. Geschichtsforsch." IV, 572 ff.

2) Daß nicht der Kaiser den Anfang gemacht hat, scheint mir nach den Angaben des gleichzeitigen Chron Austr. l. c., p. 92, wie des Augsburgers Burkard Zink (Chroniken der deutschen Städte V, 112) nicht zu bezweifeln. Auch ist das erste Münzpatent des Erzherzogs Albrecht, das die Münze verschlechtert, schon vom 13. Juli 1458, das zweite, noch schlimmere, vom 20. Mai 1459 (Chmel II, 159. 170), während nach Chron. Austr., p. 93 sq. das Münzen in Wiener Neustadt erst um den 29. Sept. 1459 begann.

Kredit verloren, daß niemand mehr anderes Geld als Goldgulden nehmen wollte und diese rapid, an manchen Tagen um 20 bis 30 Pfenninge, stiegen und endlich einen Kurs von 6, 8, 10, ja von 12 Pfund Pfenningen erreichten. Der Handel stockte vollständig, die Preise der Lebensmittel und anderer Waren wie anderseits auch die Arbeitslöhne erreichten eine ungeheuere Höhe. Hatte noch im Jahre 1458, wo doch eine bedeutende Teurung herrschte, ein Mutt Weizen 6 Pfund gekostet, so stieg 1460 der Preis desselben auf 32, nach einem anderen Berichte gar auf 50 Pfund, ein Laib Brot auf 9 Schillinge, eine Henne auf 4, ein Hase auf 10 Schillinge, ein Ei auf 5 Pfenninge. Mehrere Tage wurde in Wien gar kein Brot und Wein verkauft, und es kam zu Scenen, welche die des modernen Krachs noch überboten. Nicht bloß weinte das Volk und schalt und fluchte über den Kaiser und seine Räte, sondern es erreichte wirklich das Elend den höchsten Grad. Manche mahlten getrocknete Baumrinden und machten daraus Brot; andere starben Hungers; eine Witwe in Nußdorf tötete aus Verzweiflung ihre zwei Kinder; andere verkauften die ihrigen oder stellten sie auf die Straßen oder sperrten sie in die Wohnung ein und gingen davon, um nicht dem Verhungern derselben zusehen zu müssen [1]).

Wie dieses verderbliche Münzunwesen, bei dem sich nur die Münzpächter und einzelne Spekulanten bereicherten, eine Folge einseitiger Berücksichtigung fiskalischer Interessen gewesen war, so galt dies auch von der Erhöhung der Mautaufschläge auf Wein, Salz, Getreide u. s. w., die in solchen Jahren der Teuerung geradezu unverantwortlich war.

Und trotz der Geldmacherei um jeden Preis war die Regierung des Kaisers nicht einmal imstande, den Landfrieden zu schützen und einen einzelnen Adeligen im Zaume zu halten. Gamaret Fronauer, dem der Kaiser den Besitz des Schlosses

1) S. die Schilderungen und detaillierten Angaben im Chron. Austr., p. 95 sqq. und Ebendorffer, p. 896—902. Vgl. auch „Copey-Buch der Stadt Wien", S. 198 ff., besonders 203 f.

Ort auf dem Marchfelde bestritt, weil es dessen verstorbenem Bruder nur zur Hut übergeben worden sei, weigerte sich, seine Ansprüche vor dem Gericht des Kaisers geltend zu machen, so lange dieses nur mit den Räten desselben und nicht dem Herkommen gemäß mit einem Landmarschall und einheimischen adeligen Beisitzern besetzt wäre. Als der Kaiser ihm nun das Schloß durch das Gericht unter dem Vorsitze des Bischofs von Passau absprechen ließ und hierauf 2000 Böhmen aus Ungarn in Sold nahm und durch diese und seine Leute nach längerer Belagerung am 26. März 1460 Ort durch Bestechung des Kommandanten in seine Gewalt brachte, da sammelte auch Fronauer böhmische „Brüder"-Rotten und setzte von der Kirche in Schweinbarth am Weidenbache aus, die er in eine Festung umgewandelt hatte, seinen Raubkrieg fort. Mit seinen Leuten wetteiferten in der Bedrückung des Volkes die Söldner des Kaisers, welche den Bauern nicht bloß ihre Lebensmittel, sondern selbst ihre Kleider und Schuhe wegnahmen [1].

Der Adel, der auch durch den Münzunfug bedeutende Verluste erlitt, indem ihm die Abgaben in wertlosen Pfenningen gezahlt wurden, machte seinem Unwillen gegen den Landesherrn auf mehreren Versammlungen Luft, die trotz des Verbotes des Kaisers Ende 1459 und in den ersten Monaten des Jahres 1460 gehalten wurden. Auch jetzt stand wieder Ulrich Eizinger an der Spitze der Unzufriedenen. Man klagte über die Nichtbesetzung des Landrechtes in ordnungsmäßiger Weise, über die Störung des Landfriedens und die Unsicherheit der Straßen, über die schlechten Münzen, über die Mautabgaben von Getreide, Wein und Salz, über die Schwierigkeiten bei Verleihung der Lehen und die dafür von der Kanzlei erhobenen Taxen und andere Dinge. Da der Kaiser keine befriedigenden Antworten gab, so wendeten sich die Adeligen Anfangs März an die Stände des Landes ob der Enns und an die Herzoge

1) Chron. Austr., p. 87 sq. 100—109. 112. Ebendorfer, p. 900. 902 sq. 915. Joannis Hindernbachii Cont. Aeneae Sylvii ap. Kollar, Analecta II, 560 sqq.

Albrecht und Sigmund, ja sogar an den mit Eizinger befreundeten König von Böhmen als den „obersten Kurfürsten", der entweder zwischen dem Kaiser und seinen Großen vermitteln oder gar eine Entscheidung treffen sollte. König Georg, der in diesen Wirren ein geeignetes Mittel sah, um auf den Kaiser in der deutschen Thronfrage einen Druck auszuüben, nahm sich nach einigem Zögern der österreichischen Adeligen an und trat als Vermittler auf, was den Kaiser gewaltig gegen ihn aufbrachte. Die langen Verhandlungen, die im Sommer 1460 in Wien stattfanden, blieben schließlich ohne Erfolg, obwohl der Kaiser bezüglich mehrerer Beschwerden sich entgegenkommend zeigte, bei einzelnen auch nachwies, daß sie unbegründet seien. Auch daß er die Forderungen, welche einige Adelige, besonders die Eizinger, gegen ihn hatten, befriedigen wollte, genügte vielen nicht. Sie verlangten, daß noch vor dem 29. September ein Landtag einberufen werde, weil sie bezüglich der Mautaufschläge nicht ohne die übrigen Ständemitglieder sich zu etwas herbeilassen könnten. Gerade in diesen Dingen war Friedrich ungemein empfindlich; von seinen Unterthanen wollte er sich zu nichts zwingen lassen. Um den 10. August wurden daher die Unterhandlungen abgebrochen, und die böhmischen Gesandten wie die Adeligen verließen Wien [1]). Eine weitere Einmischung des böhmischen Königs, unter dessen Schutz sich die Eizingersche Partei stellte, wies der Kaiser in ziemlich schroffer Weise ab [2]).

Um wenigstens dem schlimmsten Übelstande abzuhelfen, ließ der Kaiser bessere Pfenninge prägen, von denen 6 Schillinge auf einen Dukaten gehen sollten, obwohl ihrem wirklichen Werte gemäß bald 8, in späteren Jahren sogar 9 und 10 Schillinge für einen Goldgulden gezahlt werden mußten [3]). Auch berief er auf den 30. November einen Landtag nach Tulln, um Hilfe

1) Über diese Verhandlungen der Eizingerschen Partei haben wir neben dem eingehenden Berichte ap. Ebendorffer, p. 898—919 und Chron. Austr., p. 87—115 zahlreiche Aktenstücke bei Chmel, Materialien II, 184—214, und im „Copey-Buch der Stadt Wien", S. 177—215.

2) Ebendorffer, p. 919 sq. „Copey-Buch", S. 221 f.

3) Schalk a. a. O., S. 92 ff.

gegen Fronauer zu erhalten und einen Ausgleich mit der Adelsopposition zustande zu bringen. Der Landtag wurde aber so schwach besucht, daß die Erschienenen den Kaiser baten, er möchte nach Weihnachten einen neuen berufen. Statt nun diesem Wunsche nachzukommen oder selbst zur Unterdrückung Fronauers energische Maßregeln zu treffen, begab sich Friedrich Ende Dezember 1460 nach Wiener Neustadt und im Februar gar nach Graz und überließ Österreich sich selbst.

Jetzt spielte Fronauer, der immer mehr Leute, besonders Böhmen, um sich sammelte, geradezu den Herrn im Lande. Nachdem er schon im August Triebensee weggenommen und befestigt hatte, wo er nun wie ein Fürst von den vorbeifahrenden Schiffen eine Mautabgabe erhob, setzte er im März 1461 über die Donau, befestigte mehrere Plätze, deren er sich bemächtigte, brandschatzte das ganze Land von Mautern und Hollenburg bis in die Nähe von Wien und ließ sich von den Leuten die Huldigung leisten. Ihn unterstützten jetzt offen viele Söldner des Kaisers, welche dieser zu zahlen unterlassen hatte, während der Adel dem Unwesen ruhig zusah [1]).

Unterdessen hatte sich der böhmische König überzeugt, daß der Kaiser in der deutschen Thronfrage freiwillig seinen Wünschen nicht entgegenkommen würde, und hatte sich entschlossen, gegen dessen Willen die Krone an sich zu bringen. Daher war er nun bemüht, demselben auf allen Seiten Feinde zu erwecken.

Während er noch im Oktober 1460 zugunsten des vom ungarischen Könige bedrängten Giskra hatte ins Feld ziehen wollen [2]), knüpfte er im November die Unterhandlungen mit Matthias wegen der Vermählung seiner Tochter mit demselben wieder an und brachte im Januar mit ihm eine vollständige Einigung zustande. Auf dem Fürstentage in Eger, auf dem

1) Ebendorffer, p. 917. 923. 926 sq. 929. Chron. Austr., p. 117. 123. Vgl. Chmel, Materialien II, 236, Nr. 179. Bachmann, Deutsche Reichsgeschichte im Zeitalter Friedrich III. und Max I., I, 23 ff. hat in der Schilderung der Zustände in Österreich im Jahre 1460 und Anfangs 1461 die Ereignisse zeitlich einigermaßen durcheinander geworfen.

2) Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 233. Vgl. „Copey-Buch", S. 221.

Georg seine Wahl zum römischen Könige durchzusetzen bemüht war, am 18. Februar 1461 schloß derselbe auch mit dem Erzherzoge Albrecht, dem Bruder des Kaisers, ein enges Bündnis gegen diesen. Da infolge der unordentlichen Regierung des Kaisers, erklärte er, in Österreich lange Zeit Kriege und Aufruhr gewesen und Gefahr sei, daß dieses Land dem Hause Habsburg ganz verloren gehe, so werde er dahin wirken, daß alle Herren und Ritter, die sich unter seinen Schutz gestellt, dem Erzherzoge Albrecht unterthänig werden, und werde auf seine Kosten mithelfen, daß dieser Österreich unter der Enns erwerbe. Doch mußte Albrecht sich verpflichten, ihm dann 50000 Dukaten zu zahlen [1]). Georg machte nun die österreichischen Adeligen, die bei ihm Schutz für ihre Freiheiten suchten, darauf aufmerksam, daß außer dem Kaiser noch zwei vom Hause Österreich wären, und gab ihnen den Rat, sich an einen von diesen zu wenden. Die Adeligen hätten nun zwar Sigmund von Tirol seinem Vetter Albrecht vorgezogen und trugen zuerst jenem die Herrschaft über ihr Land an. Da aber Sigmund, damals in einen Krieg mit den Schweizern verwickelt, ihnen eine ablehnende Antwort gab, so wendeten sie sich an den Erzherzog Albrecht, der natürlich ihren Wünschen auf das bereitwilligste entgegenkam und auf einer Zusammenkunft in St. Pölten und später in Freistadt alle Sachen mit ihnen ins Reine brachte. Auch Fronauer schloß sich dem Erzherzoge an [2]).

Ende März begab sich Albrecht nach Innsbruck zum Herzoge Sigmund, mit dem er sich ebenfalls vollständig einigte, indem er ihm für den Fall des Todes des Kaisers die cillischen Besitzungen zusicherte und ihn, wenn er selbst keine männlichen Nachkommen hinterließe, zum Erben seiner Länder einsetzte. Sigmund brachte dann ein Bündnis zwischen seinem Vetter und den Grafen von Görz zustande, die vom Kaiser kurz vorher zu einem ungünstigen Frieden gezwungen worden waren. Der

1) Bachmann, Reichsgeschichte I, 30f.

2) Chron. Austr., p. 124sqq. In Freistadt urkundet Erzherzog Albrecht am 28. April. Lichnowsky VII, Reg. Nr. 509.

Kreis der Feinde des Kaisers ward auf allen Seiten geschlossen, als am 4. April auch Matthias von Ungarn mit dem Erzherzoge Albrecht ein Bündnis einging. Jener sollte gegen Ende des Juni Steiermark, dieser Niederösterreich angreifen und beide den Krieg fortsetzen, bis der Kaiser an diesen das Land nördlich vom Semmering abgetreten, an Matthias die ungarischen Grenzgebiete und die Königskrone zurückgestellt hätte [1]).

Zur Abwendung dieser Gefahren traf der Kaiser ganz ungenügende Maßregeln. Er wendete sich um Hilfe an den Papst, ermahnte die Reichsstädte und die Fürsten zur Treue und forderte die Stände der böhmischen Länder und Oberösterreichs auf, den König Georg und den Erzherzog gegen den Kaiser nicht zu unterstützen. Aber er that nichts, um den Feinden eine zahlreiche Truppenmacht entgegenstellen zu können. Wohl nahm er im März den erprobten Giskra in seinen Dienst; aber die Mannschaft, die er ihm mitgab, beschränkte sich auf 300 Mann und 1000 „Brüder", mit denen derselbe trotz der Unterstützung durch die Wiener und die Bauern am Kahlenberge nicht einmal gegen Fronauer etwas ausrichtete, während die Verwüstungen und Räubereien seiner Leute die Abneigung gegen den Kaiser vergrößerten. Die meisten österreichischen Landherren, die nicht bereits offene Feinde Friedrichs waren, erklärten sich für neutral. Ein Landtag, den der Kaiser auf den 15. Juni nach Korneuburg berief, wurde fast gar nicht besucht.

Am 19. Juni 1461 erklärte der Erzherzog Albrecht, daß er sich entschlossen habe, Österreich unter der Enns in seine Hände zu bringen, damit dieses wenigstens seinem Fürstenhause erhalten bleibe, und kündigte seinem Bruder den Krieg an. Gleichzeitig sandten zahlreiche Adelige aus Ober- und Niederösterreich, aus Böhmen und Mähren dem Kaiser ihre Fehdebriefe. Am 30. Juni überschritt der Erzherzog die Grenze von Niederösterreich, wo sich fast alle Adeligen wie Fronauer mit seinen Scharen ihm anschlossen, rückte über Ips und St. Pölten nach Tulln, dessen Besatzung durch Verrat der Bürger über-

1) Bachmann, Reichsgeschichte I, 33—38.

wältigt wurde, nötigte Giskra zum Rückzuge auf Wien, gewann Klosterneuburg und stand schon am 1. August in Hietzing unter den Mauern Wiens. Ein Versuch, sich am 12. August mit Unterstützung einiger Parteigänger durch plötzlichen Überfall der Hauptstadt zu bemächtigen, in der auch die Kaiserin und der zweijährige Kronprinz Max sich aufhielten, scheiterte an der Wachsamkeit und dem kräftigen Widerstande der Bürger und ihrer Besatzung. Aber trotzdem war die Lage der Stadt eine bedenkliche. Wohl war Wien mit Mauern, Türmen und Gräben stark befestigt. Auch waren, vom Kaiser gesendet, außer Giskra auch Andreas Baumkircher, der Grafenecker und andere Söldnerführer mit einigen 1000 Mann Ende Juli noch rechtzeitig in die Stadt gekommen. Aber diese war so ungenügend verproviantiert, daß sie eine lange Belagerung nicht aushalten konnte. Auch erhielt der Erzherzog noch in seinem Lager bei Schwechat bedeutende Verstärkungen. Denn auf dem Marsche gegen Wien Anfangs Juli hatte er mit dem Herzoge Ludwig von Baiern-Landshut einen Vertrag geschlossen, wonach dieser ihm gegen Verpfändung von Neuburg am Inn und mehrerer Schlösser wie gegen andere Versprechungen 1000 Reisige und 1000 Fußgänger zuhilfe schicken sollte. Fast gleichzeitig mit den Baiern kamen am 26. August auch 4000 ungarische Reiter und 1200 Fußgänger unter Anführung des Palatins Michael von Országh und Reinolds von Rozgon. Im Notfalle wollte König Matthias selbst mit 10 000 Mann zum Erzherzoge stoßen. Und wie der Kaiser in Gefahr war, ganz Österreich zu verlieren, so wurde gleichzeitig sein Vorkämpfer im Reiche, der Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, durch die Wittelsbacher und deren Verbündete, besonders zahlreiche böhmische Truppen, hart bedrängt.

Da wurde Friedrich durch den König von Böhmen gerettet.

Als Georg die Böhmen zum Kriege aufbot, weigerten sich manche Adelige, aus einem Anlasse, der ihr Reich nichts angehe, über die Grenze zu ziehen. Auch mochte er selbst Bedenken tragen, sich den Kaiser zu einer Zeit zum Todfeinde zu machen, wo der Papst Miene machte, wegen Nichterfüllung der von

ihm vor seiner Krönung gegebenen Versprechungen ernstliche Maßregeln gegen ihn zu ergreifen. Er ließ zwar viele seiner Barone und Ritter dem Erzherzoge zuhilfe ziehen und schickte Truppen gegen Albrecht von Brandenburg nach Franken. Aber gleichzeitig bot er dem Kaiser seine Vermittlung an. Lange hatte dieser sie zurückgewiesen. Bei der steigenden Not indessen übertrug er endlich dem böhmischen Könige die Herbeiführung eines Friedens mit seinen Feinden.

Am 8. August kam eine aus den angesehensten Personen Böhmens bestehende Gesandtschaft nach Wien und begab sich von da zum Erzherzoge. Obwohl aber auch der päpstliche Legat Kardinal Bessarion seine Bemühungen mit denen der Böhmen vereinigte, wies Albrecht jeden Ausgleich zurück. Erst als die Gesandten mit der Abberufung aller Böhmen drohten und auch die österreichischen Adeligen sich der Fortsetzung des Krieges abgeneigt zeigten, gab er endlich nach. Ohne noch die Zustimmung seiner Verbündeten einzuholen, schloß er am 6. September in seinem Hauptquartier zu Laxenburg einen Vertrag, nach welchem die Feindseligkeiten bis zum 24. Juni des folgenden Jahres eingestellt werden und während dieser Zeit der König von Böhmen bemüht sein sollte, einen Frieden zwischen den verschiedenen Parteien herbeizuführen [1]).

Aber so wenig in Österreich wie im Reiche vermochte König Georg, der auch jetzt seine Schaukelpolitik fortsetzte, den Kämpfen ein Ende zu machen. In Österreich brachen bald nach dem Laxenburger Vertrage die Fehden wieder aus, da die Söldner des Kaisers von diesem kein Geld erhielten und sie sich nun durch Raub und Plünderung auf Kosten der Anhänger Albrechts

1) Bachmann hat in seiner „Reichsgeschichte" I, 39—113 über den Krieg in Österreich wie über die gleichzeitigen Vorgänge im Reiche sehr eingehend gehandelt. Doch finden sich bei ihm einzelne Ungenauigkeiten. So hat die Kaiserin die Wiener und die kaiserlichen Söldner nicht beim Überfalle Albrechts am 12. August persönlich zur Tapferkeit angefeuert (S. 103), da seine Quelle, das Chron. Austr., p. 131, deutlich sagt, es sei dies am 3. August geschehen, als der Erzherzog an Wien vorbei von Hietzing nach Inzersdorf zog.

bezahlt zu machen suchten, ja manche sogar dem Kaiser selbst absagten. Des Erzherzogs Hauptleute Jörg von Potendorf und Nabuchodonnosor Nanckenreutter, ein alter Bandenführer, antworteten darauf mit Repressalien und befestigten mehrere Punkte in der Umgebung von Wien, die ihnen dann die Kaiserlichen wieder zu entreißen suchten. Die österreichischen Stände, die sich im Dezember in Zistersdorf versammelten, faßten eine Reihe von Beschlüssen zur Herstellung des Landfriedens. Aber der Kaiser, der darin eine Verletzung der Rechte des Landesfürsten erblickte, that nichts, um die Ausführung derselben zu fördern, ebenso wenig aber auch, um durch Unterstützung seiner Anhänger, besonders der treuen Wiener, ein Ende des verderblichen Krieges herbeizuführen. Er saß ruhig in Steiermark, mit der Betreibung der Heiligsprechung Capistrans und der Gründung eines Bistums in Laibach beschäftigt.

Immer mehr Adelige, Prälaten und Städte Niederösterreichs neigten sich dem Erzherzoge Albrecht zu. Fast nur Wien hielt noch treu zum Kaiser. Aber dieses wurde immer härter bedrängt. Die Hauptleute des Erzherzogs und verschiedene Bandenführer besetzten rings um die Stadt die wichtigsten Punkte und hemmten jeden Verkehr mit derselben, den Anbau der Weingärten und Äcker der Bürger, die Zufuhr von Lebensmitteln [1]).

Dies konnte endlich nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der Wiener bleiben. Wien war nach der klassischen Schilderung eines so scharfsinnigen Beobachters wie Aeneas Sylvius [2]) um die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts eine der schönsten und bevölkertsten deutschen Städte, deren Einwohnerzahl man auf 50 000 Kommunikanten schätzte [3]). Aber die Bevölkerung war

1) Bachmann I, 259—277.

2) Epist. 165 der ed. Basil., auch als Anfang der Hist. Frid. ap. Kollar II, 8—14.

3) So Aeneas Sylvius. M. Beheim, Buch von den Wienern, S. 174, giebt die Zahl der Einwohner von Wien und den Vorstädten auf 75 000 an, was mit jener Schätzung ungefähr übereinstimmen würde. Vgl. auch die weitläufige, teilweise übrigens auf Aeneas Sylvius fußende Schilderung in Bonfinii Rer. Hung. Dec. IV, lib. 5.

leichtfertig, sittenlos und genußsüchtig, „verzehrte am Sonntage, was sie die ganze Woche hindurch verdient hat“, war also nicht gestählt gegen lange Entbehrungen. Auch bildeten der Weinbau und Handel die Haupteinnahmsquelle zahlreicher Bürger, und gerade diese waren seit mehreren Jahren durch Mißwachs, Krieg und den Münzunfug versiegt. Dagegen hatten die Kriege und die Abwehr der Räuber und Bandenführer die Stadt in Schulden gestürzt, die schon Anfangs März 1459 sich auf mehr als 44 000 Pfund Pfenninge beliefen und deren Zinsen mit den gewöhnlichen Einnahmen um so weniger gedeckt werden konnten, als mehr als ein Drittel der Häuser Geistlichen und Edelleuten gehörte, welche von den städtischen Steuern frei waren [1]). Als nun die Scharen der Feinde um Wien sich immer mehr verdichteten, die Not wie der Steuerdruck immer größer wurden, als auch die Professoren der Universität, denen der Kaiser sieben Vierteljahre keinen Gehalt mehr gezahlt hatte, auf eine Anfrage wegen der Auslegung des dem Kaiser geleisteten Treueides eine ausweichende Antwort gaben, dieser selbst aber gegen alle Bitten, persönlich Hilfe zu bringen, taub zu bleiben schien, da begannen die untern Volksklassen in der Treue gegen den Kaiser zu wanken. Auch der Rat gab am 21. Juli 1462 wenigstens seine Zustimmung, daß in Wien ein Landtag zusammentrete, um zu beraten, „wie das Land in Fried gesetzt werde“, jedoch unter der Bedingung, daß die Ankommenden einen Eid leisteten, dem Kaiser und der Stadt nicht zu schaden.

Als aber der Landtag Ende Juli in Wien sich versammelte, suchten die Gegner des Kaisers im geheimen die Zünfte gegen den Rat aufzuhetzen, der nicht auf das allgemeine Wohl sondern nur auf seinen Privatvorteil bedacht und der vor allem Schuld sei, daß der Friede im Lande nie hergestellt werden könne. Die Wortführer der Unzufriedenen waren Hans Ödenacker, der Sohn eines früheren Badknechtes aus Regensburg, und Dr. Hans Kirchheim, einer der berühmtesten Ärzte Wiens und Professor der Medizin, ebenfalls kein Wiener seiner Herkunft

1) „Copey-Buch“, S. 171.

nach, sondern ein geborner Schwabe. Nach längeren Beratungen drang im Auftrage der Verschworenen am 12. August Dr. Kirchheim im Harnisch an der Spitze von sechzig Bewaffneten in das Ratshaus ein, nahm den Bürgermeister Christian Prenner und die Ratsherren gefangen und bemächtigte sich der Gewalt. Da aber Kirchheim wie Ödenacker als Eingewanderte mit den Geschäften zu wenig vertraut waren, so ließen sie zum Leiter der städtischen Angelegenheiten von der Gemeinde den Wolfgang Holzer wählen, einen ehemaligen Viehhändler von bedeutendem Vermögen, der einst mit Eizinger in vertrauten Beziehungen gestanden, wiederholt Mitglied des Rates und Münzmeister gewesen war und durch seine volkstümliche Beredsamkeit sich beim Volke großes Ansehen erworben hatte [1]).

Als diese Umwälzung die Stellung Wiens zum Bruderstreite mit einem Schlage veränderte, stand der Kaiser an der Spitze eines Heeres von 6000 Mann in Bruck an Mur. Nach langen Verhandlungen hatte er die Stände von Steiermark, Kärnten und Krain zu einer Hilfeleistung bewogen, auch einige Söldnerführer angeworben. Am Abend des 22. August erschien er vor den Mauern von Wien.

Holzer, bauend auf die Anhänglichkeit der Massen wie auf die Unterstützung der österreichischen Adeligen trat auch dem Kaiser gegenüber mit großer Keckheit auf, verweigerte ihm wie seinen Truppen den Eintritt in die Stadt und rüstete sich zu

1) Über diese Verhältnisse in Wien wie über die folgenden Kämpfe bis zum Tode Albrechts VI., bei denen diese Stadt den Mittelpunkt der Ereignisse bildet, sind die Hauptquellen das Chron. Austr., p. 154sqq., Ebendorffer, 951sqq. und (bis zum Dezember 1462) Jo. Hinderbach ap. Kollar II, 563sqq., alles Werke von Augenzeugen bei einem großen Teile der Ereignisse, ebenso wie Michael Beheims Buch von den Wienern, 1462—1465, herausgegeben von Th. v. Karajan, dessen weitläufiges Gedicht freilich eine Schmähschrift im Interesse des Kaisers ist. Vgl. auch Weiß, Gesch. der Stadt Wien (2. Aufl.) I, 246ff. und Bachmann, Reichsgesch. I, 294-352. 374—389. 443—460, der das von ihm benutzte urkundliche Material, so weit es nicht früher gedruckt war, nachträglich in F. R. Austr. Dipl. XLIV („Briefe und Acten zur österreichisch-deutschen Geschichte") publiziert hat.

energischer Verteidigung. Dagegen wurden während der Nacht 400 Reiter des Erzherzogs Albrecht heimlich herbeigerufen und vor dem Anbruch des Tages beim Schottenthore eingelassen. Drei Tage [1]) mußte der Kaiser im Angesichte Wiens in einem Lager bei St. Marx zubringen. Erst als er wiederholte Deputationen der Bürger und Stände in der freundlichsten Weise empfangen und feierlich Verzeihung für alles Vorgefallene zugesichert hatte, wurden ihm zum großen Verdrusse der Anhänger seines Bruders die Thore geöffnet und konnte er sich am 25. August mit seiner Gemahlin und seinem Sohne vereinigen.

Der Kaiser vermochte sich freilich mit den Ständen auch jetzt über die Maßregeln zur Herbeiführung eines Landfriedens nicht zu einigen, weil er, an seinen Rechten als Landesherr festhaltend, auch ihre Unterstützung zur Wiedergewinnung der ihm und anderen entrissenen Burgen und Güter in Anspruch nahm, sie aber, in ihrer Mehrheit dem Erzherzoge Albrecht zugethan, aus ihrer Unthätigkeit nicht heraustreten wollten.

Nach kurzer Zeit zerfiel er auch mit den Wienern vollständig. Diese hatten in seiner Versöhnlichkeit und Milde nur einen Ausfluß von Schwäche gesehen und wurden dadurch zu noch übermütigerem Auftreten ermutigt. Längere Zeit verging, bis die gefangenen Ratsherren aus dem Gefängnisse entlassen wurden. Als dann der Kaiser in seiner Gegenwart und nicht durch die ganze Bürgerschaft sondern nur durch den großen Rat (die „Genannten") einen Bürgermeister und Stadtrat wählen ließ, verweigerte die Gemeinde diesen den Gehorsam und wählte am 19. September Holzer zum Bürgermeister und Kirchheim, Ödenacker und andere Gesinnungsgenossen desselben zu Ratsherren; der Kaiser wagte nicht, diesen die Bestätigung zu verweigern.

Hatten die Wiener ein solches Auftreten gewagt, als der Kaiser noch von allen seinen Truppen umgeben war, so mußte

1) Nach Bachmann I, 307, N. 1, nur zwei Tage, was aber den genauen Angaben nicht bloß Hinderbachs, sondern auch des Chron. Austr., p. 162, widerspricht.

man auf noch Ärgeres gefaßt sein, als am 24. September die Innerösterreicher, deren Dienstzeit abgelaufen war, nachhause zogen und Friedrich auf Bitten der Wiener auch seine Söldner entließ. Der Kaiser war aber wieder nicht in der Lage, diesen den vollständigen Sold auszuzahlen, und der Wiener Stadtrat weigerte sich, demselben zu diesem Zwecke eine Summe Geldes zu leihen. Dies hatte die Folge, daß die Söldner dem Kaiser und der Stadt absagten, die Bürger an der Einbringung des Weines hinderten und ihnen allen möglichen Schaden zufügten. Auf Antrag Holzers beschloß nun am 5. Oktober die Gemeinde, dem Kaiser förmlich den Gehorsam aufzukünden, sich aller Eide und Pflichten ledig zu erklären und ihm keine Abgaben mehr zu entrichten, bis sie sich mit den übrigen drei Ständen über das weitere Vorgehen geeinigt hätten.

Wenn Holzer dabei erklären ließ, daß dies dem Kaiser und seiner Familie keinen Schaden bringen solle und daß es ihm nur um die Herstellung des Landfriedens zu thun sei, so war dies nur darauf berechnet, naive Gemüter zu beruhigen, welchen die Verletzung des Treueides Gewissensskrupel verursachte, konnte aber jene nicht täuschen, die nicht auf die loyalen Phrasen, sondern auf die Handlungen Holzers sahen. Schon vor seiner Wahl zum Bürgermeister hatte er den Nanckenreutter, Hauptmann des Erzherzogs Albrecht, heimlich um Zusendung von 500 Fußknechten gebeten. Am 6. Oktober, wo dem Kaiser die Absage in die Burg gebracht wurde, ließ er zwei der einflußreichsten Räte desselben, den Freisinger Dompropst Ulrich Riederer, als er von einer Taufe in die Burg zurückkehren wollte, und Ulrich Grafenecker, Hauptmann in Ödenburg, den er in sein Haus lockte, verhaften und in den Kerker werfen.

Der Kaiser begann denn auch sofort, die Burg in verteidigungsfähigen Stand zu setzen. Als er auf die freche Forderung der Wiener, alle Bauten zu unterlassen, eine abschlägige Antwort gab, suchten städtische Söldner am 16. Oktober nach dem Einbruche der Nacht Gerüste zum Angriffe auf die Burg aufzuführen. Da sie dabei vonseiten der Besatzung Widerstand fanden, begannen sie am folgenden Tage die Be-

schießung. Am 19. waren schon drei Schanzen errichtet und mit schwerem Geschütze armiert. Aber erst am folgenden Tage schickten die Wiener dem Kaiser eine förmliche Kriegserklärung, nachdem sie schon vorher mehreren seiner Diener und Anhänger in Wien ihr Vermögen weggenommen hatten.

Vom 21. Oktober an wurde die Belagerung der Burg mit größter Energie betrieben. 66 größere Geschütze, von denen vier Steine im Gewichte von drei Zentnern geschossen haben sollen, und eine Menge von kleineren Büchsen und Armbrüsten waren Tag und Nacht thätig und überschütteten die Burg mit einem Hagel von Steinen und Pfeilen. Aber die Besatzung, über 200 wehrhafte Krieger zählend, vereitelte alle Anstrengungen der Belagerer. Der Kaiser selbst legte wiederholt bei den Verteidigungsmaßregeln seine Hand an. Nach mehr als einer Woche hatten die Angreifenden noch nicht die geringsten Erfolge erzielt, wohl aber nicht unbedeutende Verluste erlitten.

Schon ließen viele Wiener den Mut sinken, und nur Holzer dachte an keine Nachgiebigkeit. Doch sah auch er ein, daß die Bürger ohne fremde Unterstützung die Burg nicht zu bezwingen vermöchten, ehe dem Kaiser Entsatz käme. Da die österreichischen Adeligen, welche doch im Grunde auch am Aufstande der Wiener schuld waren, jetzt ruhige Zuschauer des Kampfes blieben, so wendete sich Holzer an den Erzherzog Albrecht und bat ihn, der Stadt zuhilfe zu kommen und als Vormund ihres Erbherrn, des jungen Maximilian die Regierung Österreichs zu übernehmen.

Albrecht hatte offenbar schon lange sehnsüchtig auf einen Ruf der Wiener gewartet. Unverzüglich sammelte er Truppen, zog nach Niederösterreich und hielt am 2. November mit 600 Reitern seinen Einzug in Wien.

Um den Anstand zu wahren, knüpfte er zunächst mit seinem Bruder Unterhandlungen an. Er verlangte von Friedrich, daß er die Regierung Österreichs auf zwei oder drei Jahre einem durch die vier Stände zu wählenden Rate überlasse, der im Namen seines Sohnes Max die Geschäfte führen und den Frieden herstellen wie alle Neuerungen beseitigen sollte, und

daß er das zur Entlohnung der Söldner notwendige Geld hergebe. Als der Kaiser so demütigende Bedingungen zurückwies und erklärte, eher solle die Burg sein Friedhof sein, da sagten nach dem Beispiele des Erzherzogs auch viele Adelige demselben ab, und die Belagerung wurde mit noch größerem Eifer fortgesetzt. Nicht bloß stellte der Erzherzog zwei neue große Geschütze vor der Burg auf, sondern man versuchte auch die starken Außenmauern, denen die Kugeln nichts anzuhaben vermochten, durch Untergrabung zum Falle zu bringen oder sich durch dieselben einen Weg zu bahnen. Ein noch gefährlicherer Feind als die Minen und riesigen Steinkugeln erhob sich in der Burg selbst, der Hunger. Schon waren von den Kriegern und Hofleuten, zusammen bei sechsthalbhundert Köpfen, alle Lebensmittel bis auf Erbsen und Gerste aufgezehrt und auch von diesen nur noch ein geringer Vorrat vorhanden, so daß man den Leuten nur kleine Rationen geben konnte. Alle Hunde und Katzen, selbst ein alter Geier, der in der Burg gefüttert worden, und schimmlige Brotrinden waren als Leckerbissen verzehrt worden. In kurzer Zeit mußte die Not zur Ergebung zwingen.

Da, im Augenblicke der größten Bedrängnis, nahte Hilfe von außen.

Es war dem Kaiser gelungen, bald nach dem Beginne der Belagerung seine in Wiener Neustadt weilenden Räte von der steigenden Gefahr zu unterrichten. Da der Versuch eines Söldnerführers, sich durch Überfall der Stadt Wien zu bemächtigen, mißlang, so beschlossen sie, sich um Hilfe an den König von Böhmen zu wenden. Baumkircher, der die Botschaft übernahm, reiste Tag und Nacht mit solcher Eile, daß er, am 27. Oktober von Neustadt aufbrechend, am 29. abends nach Prag gelangte. Von vierzig Reitern, die er mitgenommen, hatten nur drei ihm zu folgen vermocht; die anderen waren auf dem Wege erlegen.

König Georg, der seine Pläne auf die deutsche Krone aufgegeben hatte und wegen seines Bruches mit dem Papste sich die Gunst und Unterstützung des Kaisers sichern wollte, erließ noch am nämlichen Tage ein allgemeines Aufgebot und schickte schon am Tage darauf seinen Sohn Victorin, Herzog von

Münsterberg, und den Oberstburggrafen Zdenko von Sternberg mit 600 Reitern nach Österreich. Am 8. November folgte er selbst mit einem Heere von 7000 Mann, das durch die nachziehenden Adeligen bald auf 22 000 Mann verstärkt wurde.

Schon als Victorin nach Korneuburg kam, sagte diese Stadt wie Krems und Stein den Wienern ab. Auch mehrere österreichische Adelige schlossen sich ihm an. Nachdem er mit Unterstützung Fronauers, der, mit dem Erzherzoge zerfallen, zum Kaiser übertrat, bei Ort die Donau überschritten hatte, vereinigten sich mit ihm auch des Kaisers Räte Baumkircher und Graf Ulrich von Schaumberg und mehrere Söldnerführer mit ihren Scharen, dann die Steirer, Kärntner und Krainer, die trotz des Verbotes des Kaisers einen Landtag in Leibnitz gehalten und dort einen Kriegszug zur Befreiung des Kaisers beschlossen hatten. Etwa 6000 Mann stark zogen sie am 13. November gegen Wien. Als am folgenden Tage auch der König selbst in Korneuburg eintraf, anderseits Signale aus der Burg die äußerste Not verkündeten, verabredete man auf den 19. November einen allgemeinen Angriff auf die Stadt. Der König sollte der Brücke über die Donau sich bemächtigen und, wenn die Wiener zu seiner Abwehr herbeieilten, die Truppen seines Sohnes, Baumkirchers und die Innerösterreicher die Stadt von Südwesten her angreifen. Da aber die innere Donaubrücke abgebrochen war und daher der König am Vordringen gegen die Stadt verhindert ward, so konnten sich die Bürger wie die Mannen des Erzherzogs sämtlich gegen das südliche Heer wenden, welches einen Sturm auf die hohen Mauern in der Nähe des Schottenthores unternahm, und schlugen dasselbe mit bedeutenden Verlusten zurück.

Der böhmische König stand jetzt von weiteren Angriffen auf Wien ab und knüpfte mit dem Erzherzoge Albrecht Unterhandlungen an. Er hatte vielleicht von Anfang an nichts anderes beabsichtigt, als den Kaiser aus den Händen der Wiener zu befreien, nicht aber auch dessen Bruder zu züchtigen. Denn er selbst hatte ja diesem wiederholt gelobt, ihm zum Besitze von ganz Österreich zu verhelfen, und er mußte doch in einige Ver-

legenheit geraten, wenn er jetzt an sein Versprechen gemahnt wurde. Auch war es für Georg, der immer nur seine eigenen Interessen zu wahren suchte, gewiß vorteilhafter, wenn der Erzherzog eine Stellung behauptete, die ihn auch fortan dem Kaiser gefährlich machte und diesem die Unterstützung des Böhmenkönigs notwendig erscheinen ließ, als wenn Friedrich seiner Feinde vollständig Herr wurde.

Es war freilich eine schwierige Aufgabe, ein Abkommen zustande zu bringen, das den Kaiser wie seinen Bruder befriedigte und auch für die Wiener und deren Führer annehmbar erschien, welche mit Recht die Rache des schwer beleidigten Monarchen fürchten mußten. Erst am 2. Dezember wurde in Korneuburg der Friede geschlossen, der in der Form dem Kaiser, der Sache nach aber dem Erzherzoge günstig war. Es sollten alle Gefangenen freigelassen, auch alle vom Erzherzoge während der letzten Kriege im Lande unter der Enns gewonnenen Burgen, Städte und Herrschaften dem Kaiser zurückgestellt werden. Doch sollte dieser die Regierung in Österreich mit allen Rechten und Einkünften während der nächsten acht Jahre gegen eine jährliche Rente von 4000 Dukaten seinem Bruder überlassen. Holzer und sein engster Anhang waren sogar mit diesem Friedensschlusse unzufrieden. Doch setzte der Erzherzog, der die Bürger zu einer Versammlung in die Stephanskirche berief, durch sein entschiedenes Auftreten die Annahme desselben durch. Am 4. Dezember öffneten sich endlich die Thore der Burg. Der Kaiser zog unter dem Schutze des Herzogs Victorin nach Korneuburg, die Kaiserin mit ihrem Hofgesinde, in grober Weise verhöhnt vom Wiener Pöbel, nach Wiener Neustadt.

Die Dankbarkeit Friedrichs gegen den König Georg, der ihn aus den Händen der wütenden Wiener Handwerker befreit, schien keine Grenzen zu kennen. Er erhob dessen beide jüngeren Söhne Heinrich und Hynko in den Reichsfürstenstand und ernannte ihn selbst für den Fall seines Todes zum Obervormunde des Erzherzogs Maximilian, ja sogar, wenn auch dieser vor Erreichung der Volljährigkeit mit Tod abginge, zu seinem Nachfolger in den österreichischen Ländern, ein Recht, das von

den übrigen Erben nur mit 100 000 Dukaten sollte abgelöst werden dürfen. Auch verschrieb er ihm für die versprochene Hilfe zur Unterwerfung derjenigen, die sich der Einkünfte Österreichs bemächtigt hätten, die Hälfte der Wein- und Salzsteuer dieses Landes. Später setzte er die ohnehin geringen Leistungen Böhmens gegen das Reich noch auf die Hälfte herab, sodaß der König zum Römerzuge des Kaisers nur noch 150 Mann zu stellen oder 150 Mark Silbers zu zahlen und nur die Reichstage in Nürnberg oder Bamberg zu besuchen verpflichtet sein sollte [1]). Dagegen versprach Georg dem Kaiser auch fortan seine Unterstützung zur Behauptung seiner Herrschaft in seinen Erblanden.

Österreich sollte sich leider auch jetzt noch des lang entbehrten Friedens nicht erfreuen, weil es allen Parteien an gutem Willen fehlte. Holzer, der schon während der Belagerung des Kaisers vielen politischen Gegnern ihr ganzes Vermögen hatte wegnehmen lassen, setzte auch nach dem Frieden die Plünderung der Häuser der kaiserlich Gesinnten in einer so gründlichen Weise fort, daß nicht einmal ein Nagel an der Wand zurückblieb. Als der Erzherzog nach langem Zögern am 12. Dezember nach Korneuburg kam und vor seinem kaiserlichen Bruder sein Knie beugte, sah ihn dieser nicht einmal an und würdigte ihn keines Wortes. Albrecht unterließ es, die weggenommenen Städte und Burgen dem Kaiser zu übergeben, von Mißtrauen erfüllt, daß dieser dann die Herausgabe verweigern würde. Obwohl dies im Grunde nur eine Formalität war, da Österreich „mit allen Städten, Schlössern und Gemeinden“ während der nächsten acht Jahre dem Erzherzoge Albrecht überlassen werden sollte, so nahm dies der Kaiser doch zum Vorwande, um den Frieden für gebrochen zu erklären und alle Regierungsrechte in Österreich wieder für sich selbst

1) Daß Friedrich auch alle Urkunden über den 1364 zwischen den Habsburgern und Luxemburgern geschlossenen Erbvertrag zurückgestellt habe, wie Palacky IV, 2, 266 sagt, ist unrichtig. Die Urkunden von 1364 und 1366 waren noch 1526 in Insbruck. S. „Böhmische Landtagsverhandlungen“ I, 10 f.

in Anspruch zu nehmen. Ohne sich um diese Dinge weiter zu kümmern, war König Georg abgereist.

Der Kaiser war fest entschlossen, Österreich mit Hilfe fremder Söldnerbanden wieder zu bezwingen. Um sich die Unterstützung der Brüderrotten zu sichern, zahlte er ihnen jetzt den rückständigen Sold aus oder stellte ihnen wenigstens die baldige Entrichtung in Aussicht. Dem Grafenecker verpfändete er die Stadt Bruck an der Leitha, dem Baumkircher Korneuburg, dem Zdenko von Sternberg Weitra, Krems und Stein mit dem Auftrage, als sein „Hauptmann jenseits der Donau" den Krieg gegen den Herzog Albrecht, die Wiener und seine andern Feinde in Österreich zu führen. Österreichische Städte ja auch Ödenburg und Brünn wurden auf Kosten Wiens in materieller Beziehung begünstigt, dagegen die Zufuhr nach Wien in jeder Weise erschwert und dieser Stadt der Blutbann entzogen. Auch kirchliche Waffen setzte der Kaiser gegen die Wiener in Bewegung. Von ihm veranlaßt verbot der Papst bei Strafe des Banns allen Geistlichen, einem von den Bürgern, die bei der Belagerung der Burg beteiligt gewesen, außer im Falle der Todesgefahr die Absolution zu erteilen, eine Verfügung, die freilich von den Wienern nur mit Hohn aufgenommen wurde. Auch jetzt traten wieder einige unbezahlte Söldnerführer als selbständige kriegführende Macht auf, sagten Anfangs April 1463 dem Kaiser und dem Erzherzog ab und bedrückten die Leute in der Gegend von Wien, auf dem Tullnerfelde und an der Traisen mit Mord, Raub und Brand.

War es vorzüglich die steigende Bedrängnis gewesen, was die Wiener zum Abfalle vom Kaiser bewogen hatte, so konnte es nicht ohne Eindruck auf die Gemüter bleiben, als die Not unter der Herrschaft des Erzherzogs Albrecht eher noch zunahm und die Herstellung des Friedens entfernter als je schien. Die Unzufriedenheit richtete sich naturgemäß besonders gegen Holzer, der in letzter Zeit die Seele der Umsturzpartei gewesen war. Selbst sein Leben ward bedroht. Holzer, nie von sittlichen Motiven, sondern immer nur vom Eigennutze geleitet, bedachte sich keinen Augenblick, seine Partei zu wechseln, wenn sein In-

teresse es erforderte. Schon als sich zeigte, daß der Korneuburger Vertrag nicht ausgeführt werden würde, knüpfte er, vielleicht mißvergnügt darüber, daß der Erzherzog gegen seinen Willen die Annahme desselben durch die Wiener durchgesetzt hatte, geheime Unterhandlungen mit dem Kaiser an, um diesem die Stadt wieder in seine Hände zu liefern. Doch verlangte er nicht bloß für sich und die Wiener Amnestie, sondern auch eine Geldentschädigung und eine angesehene Stellung für den Erzherzog, um auch diesen leichter zu einem Abkommen zu bewegen. Längere Zeit führte im Namen des Kaisers Georg von Schönberg, Propst zu Presburg, mit ihm die Unterhandlungen. Nachdem diese eine Zeit lang geruht hatten, ließ sie der Kaiser im März 1463 wieder aufnehmen. Nicht eine Entschädigung für den Erzherzog, wohl aber eine Belohnung von 6000 Dukaten für Holzer ward in Aussicht gestellt und mit diesem die Ausführung des Planes festgestellt.

Am Karsamstag (9. April) früh wurden von Holzer 400 kaiserliche Söldner, Leute des Grafeneckers, durch das Stubenthor in die Stadt gelassen. In der Nacht vorher hatte der Bürgermeister die Räte und angesehensten Männer der Gemeinde, bis 600, dafür gewonnen, indem er ihnen vorstellte, daß der Erzherzog Söldner bei den Bürgern einquartieren wolle, um von ihnen Geld zu erpressen, und daß es notwendig sei, für den Schutz der Stadt zu sorgen, ohne daß man dem Fürsten die Treue breche. Da den Kaiserlichen niemand Widerstand leistete, begannen dieselben sich zu zerstreuen.

Der Erzherzog war überrascht, aber verlor die Besinnung nicht. Er ließ das Volk zu den Waffen rufen, die Stadtthore schließen und die Straßen mit Ketten absperren. Nach kurzem Kampfe wurden die kaiserlichen Söldner von der Übermacht bezwungen und die meisten gefangen. Holzer entkam glücklich aus der Stadt, wurde aber zwei Tage darauf in Nußdorf aufgegriffen und auf Befehl des Erzherzogs am 15. April gevierteilt, fünf seiner Freunde, darunter Ödenacker [1]), enthauptet,

1) Ihr Todesurteil mitgeteilt von Zeibig, Mitteil. aus dem Klosterneuburger Archive, S. 11, in „Sylvester-Spenden“ (Wien) 1853.

viele andere Bürger gefoltert und nur nach Zahlung hoher Geldsummen begnadigt. Selbst Frauen wurden in schnöder Weise mißhandelt.

Mit noch größerer Heftigkeit als früher entbrannte der Krieg zwischen den Anhängern und Söldnerführern des Kaisers und denen des Erzherzogs besonders zwischen Wien und Wiener Neustadt und auf dem Marchfelde. Um seine Söldner befriedigen und die Kosten seines verschwenderischen Hofhalts bestreiten zu können, mußte der Erzherzog nicht bloß viele Ortschaften und Einkünfte verpfänden, sondern er nahm auch wieder verschiedenen Wiener Bürgern ihr ganzes Vermögen weg unter dem Vorwande, daß sie kaiserlich gesinnt seien.

Endlich gelang es den Bemühungen seiner Schwester, der Markgräfin Katharine von Baden, und der Kaiserin Eleonore, die beiden feindlichen Brüder vom 1. September an zu einem Waffenstillstand zu bewegen, während dessen auf einem Landtage der Abschluß eines Friedens angestrebt werden sollte. Die Stände erklärten sich auch bereit, eine bedeutende Steuer zu bewilligen, damit die Söldner, der eigentliche Krebsschaden Österreichs, bezahlt und abgedankt werden könnten. Aber ein Friede kam nicht zustande, da der Kaiser unter allen Umständen von seinem Bruder die Herausgabe von Niederösterreich verlangte und seinerseits sich weigerte, den Wienern unbedingte Amnestie zu gewähren. An eine Nachgiebigkeit Friedrichs war um so weniger zu denken, als mehrere der hervorragendsten österreichischen Adeligen von seinem Bruder abfielen und zu ihm übertraten und seine Lage sich dadurch bedeutend verbesserte.

Da führte der plötzliche Tod des Erzherzogs Albrecht, der nach kurzer Krankheit am 2. Dezember 1463 nach der Vermutung vieler an Gift, thatsächlich aber wahrscheinlich am Beulentyphus starb, eine entscheidende Wendung herbei. Die Stände von Österreich unter der Enns und nach einigem Zögern auch jene des Landes ob der Enns erkannten nun Friedrich als Herrn an. Auch die Wiener suchten die Gnade des Kaisers zu gewinnen und erhielten dieselbe unter der Bedingung, daß sie die zusammen geschossene Burg wieder restaurierten

und die vertriebenen kaiserlich gesinnten Bürger für ihre Verluste entschädigten. Auf Oberösterreich erhob zwar anfangs Sigmund von Tirol Ansprüche. Doch gab er dieselben bald zugunsten des Kaisers auf, da er in einen sehr gefährlichen Streit mit dem Bischofe von Brixen und dem Papste verwickelt war [1]).

Drittes Kapitel.

Der Streit Sigmunds von Tirol mit dem Bischofe von Brixen. — Krieg mit den Schweizern.

Die ersten Jahre der Regierung Sigmunds, der endlich im Jahre 1446 von seinem Vormunde, dem Könige Friedrich nach Tirol entlassen worden war, schienen für dieses Land eine glückliche Zukunft zu versprechen [2]).

Der junge, talentvolle und liebenswürdige Fürst, der nicht nur in allen ritterlichen Künsten hervorragte, sondern auch Sinn für Wissenschaft und Kunst zeigte, war allgemein beliebt, und das Land erfreute sich einer ungestörten Ruhe, was noch eine Folge des kräftigen Auftretens seines Vaters war. Der letzte der Verbannten, Wilhelm von Starkenberg (Ulrich war im Auslande gestorben), durfte nach Tirol zurückkehren, und erhielt einen Teil der Besitzungen seines Hauses zurück.

Mit den Kirchenfürsten, den Bischöfen von Trient und Brixen, stand Sigmund in den besten Beziehungen, weil dort Männer auf den bischöflichen Stühlen saßen, welche sich ruhig

1) Über die Vorgänge in Österreich nach H. Albrechts Tode s. Bachmann, Reichsgeschichte I, 503—519.

2) S. darüber J. Egger, Geschichte Tirols I, 544 ff. A. Jäger, Geschichte der landständischen Verfassung Tirols II, 1, 70 ff.

in das Verhältnis der Abhängigkeit von Tirol fügten, in das ihre Hochstifter gekommen waren. Nachdem im Jahre 1444 das Gebiet von Trient durch die tirolischen Stände besetzt worden war, weil die Einwohner nicht mit ihnen gemeinsame Sache gegen den König machen wollten, gab der Tod des Bischofs Alexander von Masovien am 2. Juni 1444 und die doppelte Besetzung des Bistums durch Wahl des Domkapitels und durch Ernennung des Papstes dem Herzoge Sigmund Gelegenheit, das Trientnerische ganz in seine Hände zu bringen. Er bewog nämlich die beiden Rivalen noch im Jahre 1446 ihre Ansprüche in seine Hände zu resignieren und brachte dann das Baseler Konzil dahin, einen ihm ganz ergebenen und fügsamen Mann, Georg Hacke, Bruder seines Marschalls, zum Bischofe zu ernennen, die weltliche Verwaltung des Stiftsgebietes aber auf fünf Jahre ihm zu übertragen. Der Bischof von Brixen, Johann Röttel, schon während der Vormundschaftsstreitigkeiten ein eifriger Vertreter der Rechte Sigmunds, nahm wie mehrere seiner Vorgänger das Amt eines Kanzlers des Herzogs an, wodurch er ganz an das Interesse desselben gekettet wurde.

Das eben am Beginn der Regierung Siegmunds entdeckte Silberbergwerk bei Schwaz bot eine so reiche Ausbeute [1]), daß spätere Schriftsteller diesem Herzoge den Beinamen des Münzreichen gegeben haben.

Reich war nun allerdings Sigmund nicht, im Gegenteil sehr oft in Geldverlegenheit. Die großen Summen, die er infolge der Verträge von 1446 und 1450 an den König Friedrich und dessen Bruder Albrecht zahlen mußte [2]), lasteten schwer auf dem Lande. Dann kaufte er 1451 von der Mark-

1) Die Aufzeichnungen aus den ersten Jahren sind leider verloren. Aber von 1471—1499 hat Georg Andorfer bloß vom Falkenstein bei Schwaz (es gab neben diesem in derselben Gegend noch andere ergiebige Stollen) 998500 Mark Silber gebrannt. Jäger a. a. O., S. 87 f., und dessen „Beitrag zur tirolisch-salzburgischen Bergwerksgeschichte“ im „Archiv f. österr. Gesch.“ LIII, 343 ff. 431 ff.

2) S. oben, S. 56.

gräfin Elisabeth von Hochberg, einer geborenen Gräfin von Montfort, um 35592 rheinische Goldgulden die Hälfte der Stadt Bregenz mit dem vorderen Bregenzer Walde und der Herrschaft Hoheneck im Allgäu [1]). Auch verstand Sigmund, ein weicher, unselbständiger Charakter, nicht hauszuhalten und war viel zu freigebig und verschwenderisch. Namentlich ließ er sich von seinen beiden Günstlingen Wiguleis und Bernhard Gradner ausbeuten, steirischen Edelleuten, die er mit sich nach Tirol gebracht hatte [2]). Nachdem er diesen zunächst mehrere Herrschaften und Güter zur Verwaltung oder als Lehen übertragen hatte, waren sie bald in der Lage, ihm gegen entsprechende Vergütung hohe Geldsummen vorzustrecken. Bloß in den Jahren 1451 und 1453 liehen sie ihn mehr als 100000 Goldgulden, wofür er ihnen einen großen Teil von Vorarlberg und Valsugana verpfändete. Selbst der Bischof von Trient wurde bewogen, ihnen zwei der festesten Schlösser mit den dazu gehörigen Herrschaften zu übertragen. Dies und die Verpfändung zahlreicher anderer Gebiete in Vorarlberg und Schwaben an die Truchsessen von Waldburg bewogen endlich den Erzherzog Albrecht gegen Sigmunds Günstlinge einzuschreiten, die auch sonst bei seinen Verhandlungen mit seinem Vetter seinen Wünschen entgegenarbeiteten. Er wendete sich 1455 mit seinen Klagen an die Stände von Tirol, welchen diese Fremdlinge schon lange verhaßt waren, um den Sturz derselben herbeizuführen. Sigmund wurde durch den tirolischen Landtag gezwungen, die Gradner nicht bloß aus seinem Rate, sondern auch aus seinen Ländern zu entfernen und die ihnen überlassenen Schlösser zurückzufordern. Doch rüstete sich Bern-

1) Chmel, Materialien I, 2, 349. Das dem Grafen Ulrich von Cilli 1459 versprochenen Darlehen von 200000 Dukaten ist wohl nicht wirklich ausgezahlt worden, da Sigmund nie in den Besitz der ihm dafür verpfändeten Grafschaft Ortenburg in Kärnten (F. R. Austr. Dipl. II, 175) gekommen zu sein scheint.

2) A. Jäger, Die Fehde der Brüder Vigilius und Bernhard Gradner gegen den H. Sigmund von Tirol. Aus den „Denkschriften der kaiser Akad.", 9. Bd.) 1859.

hard zu energischer Gegenwehr und konnte erst nach langer Belagerung im Herbste 1456 durch ein tirolisches Heer unter Anführung des Bischofs Georg von Trient zur Übergabe des Schlosses Beseno bei Calliano (zwischen Trient und Roveredo) gezwungen werden. Obwohl ihm in dem mit dem Bischofe geschlossenen Vertrage ein Teil seiner tirolischen Besitzungen zugesichert ward, floh er doch mit seinem Bruder nach der Schweiz, und beide wurden Bürger von Zürich, wo sie später nicht ohne Erfolg die Eidgenossen zu Feindseligkeiten gegen den Herzog aufreizten.

Noch wichtiger und von den verhängnisvollsten Folgen für Tirol und das Haus Österreich begleitet ist der Streit des Herzogs Sigmund mit dem Kardinal Nikolaus von Cusa, Bischofe von Brixen [1]).

Nikolaus Krebs von Cues an der Mosel, ein Mann von niedriger Herkunft aber einer der gelehrtesten und tiefsinnigsten Schriftsteller seiner Zeit, war anfangs einer der Vorkämpfer für eine Kirchenreform, wie sie die Konzilien des 15. Jahrhunderts anstrebten, später aber ein ebenso entschiedener Gegner der in Basel versammelten Väter gewesen. Zum Lohne dafür wurde er vom Papste Nikolaus V. 1448 zum Kardinal, und 1450 gegen das kaum geschlossene Wiener Konkordat mit Umgehung des Wahlrechts des Domkapitels zum Bischofe von Brixen ernannt, wogegen sowohl das Kapitel als auch der Herzog protestierten. Erst 1452 gelangte er in den Besitz seines Hochstiftes.

Bestand so von vornherein ein etwas gespanntes Verhältnis zwischen dem Bischofe und dem Herzoge, so wurde dasselbe durch das Auftreten des Cusaners in wenigen Jahren noch mehr verschlimmert, obwohl Sigmund eine Zeit lang deutlich das Streben an den Tag legte, mit demselben freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Während er den Antrag des

1) Mit der sehr eingehenden und gründlichen Darstellung bei A. Jäger, Der Streit des Cardinals Nicolaus von Cusa mit dem Herzog Sigmund von Österreich als Grafen von Tirol (2 Bde., Innsbruck 1861), ist auch G. Voigt, Enea Silvio III, 303—421 zu vergleichen.

Herzogs, wie mehrere seiner Vorgänger als Kanzler und Rat in seinen Dienst zu treten, ablehnte, machte er demselben hergebrachte Patronatsrechte streitig und suchte verschiedene Bestimmungen der alten Privilegien seines Bistums, die den Rechten des Landesherrn nachteilig waren, zur Geltung zu bringen. Zugleich entfremdete er sich das Volk durch Eingriffe in alte Gebräuche und verletzte einzelne Adelsgeschlechter, indem er Schlösser und Herrschaften seiner Kirche, welche diesen seit langem verpfändet waren, zurücklösen wollte. Als das Nonnenkloster Sonnenburg bei Bruneck mit seinen Unterthanen in einen Streit verwickelt wurde und die Äbtissin Verena von Stuben die Sache an den Herzog als Vogt und Landesfürsten brachte, verbot ihr dies der Bischof, der die Vogtei und oberste Gerichtsbarkeit über das Kloster mit Unrecht für sich in Anspruch nahm. Er benutzte dann den Umstand, daß er vom Papste mit einer Reform der Klöster in Deutschland beauftragt war, um durch Einführung der strengsten Klausur den Nonnen jeden Verkehr mit ihren Amtleuten und Unterthanen wie mit der tirolischen Regierung und damit zugleich die Ausübung aller weltlichen Rechte unmöglich zu machen. Da eben deswegen die Äbtissin sich seinen Reformen nicht fügte, wurde sie mit ihren Mitschwestern 1455 gebannt und abgesetzt und endlich im Jahre 1458 gar mit Waffengewalt aus dem Kloster vertrieben.

Nachstellungen, welche dem Kardinal im Sommer 1457 auf einer Reise von Innsbruck nach Brixen ein von ihm beeinträchtigter Adeliger bereiten wollte, aber auf Befehl des Herzogs unterließ und welche die überspannte Phantasie des furchtsamen Kardinals ins Maßlose vergrößerte, legte dieser ganz mit Unrecht dem Herzoge selbst zur Last. Er floh nun wegen der angeblich seinem Leben vonseite des Herzogs drohenden Gefahren auf das feste Schloß Andraz in Buchenstein, warb im Venetianischen Söldner zu seinem Schutze und verklagte Sigmund beim Papste Calixt III., daß er ihn habe fangen, ja sogar ums Leben bringen wollen. Er erwirkte auch wirklich ein päpstliches Schreiben, durch welches Sigmund mit dem Banne und seine Länder mit dem Interdikt bedroht wurden,

wenn er den Kardinal nicht binnen acht Tagen in Freiheit setzte. Natürlich protestierte der Herzog gegen die Verhängung einer Strafe, ohne daß man ihn verhört oder auch nur vorgeladen habe, und appellierte an den besser zu unterrichtenden Papst, indem er zugleich dem Bischofe in einer eigenen Urkunde volle Sicherheit garantierte.

Diese angeblichen Nachstellungen veranlaßten den Kardinal im Herbste 1457 zur Forderung, der Herzog solle ihm zu seiner Sicherheit die rings um Brixen gelegenen Schlösser und Gerichte Rodeneck, Velthurns und Gufidaun abtreten. Er unterstützte diese Forderung damit, daß er eigentlich viel mehr zu verlangen berechtigt wäre, da die Herrschaft und die Landgerichte allenthalben im Bistum Brixen, im Ober- und Unterinnthale, im Pusterthale und im Norithale (Eisackthale) bis zur Grenze der Trientner Diözese wie alle Erz- und Salzbergwerke der bischöflichen Kirche als Eigentum gehörten, den Grafen von Tirol nur als Lehen verliehen und ihr Besitz wegen versäumter Einholung der Belehnung vonseite des Herzogs Sigmund verwirkt worden wäre. Bei weiteren Unterhandlungen verlangt er auch geradezu, daß der Bischof als wahrer Herr des Innthales und Norithales anerkannt und alle Besitzungen, welche der Herzog Sigmund in diesen Thälern von der Brixener Kirche innehabe, als heimgefallene Lehen dieser wieder herausgegeben werden sollten. Der Kardinal kam also auf die Rechtsverhältnisse zurück, wie sie einst allerdings bestanden hatten, welche aber durch die geschichtliche Entwickelung mehrerer Jahrhunderte und durch zahlreiche Verträge vollständig geändert worden waren.

Diese Zumutungen mußten natürlich beim Herzoge Sigmund wie bei den Tirolern ungeheures Staunen und nicht geringe Erbitterung hervorrufen, und an diesem Punkte mußte auch die Vermittelung des neuen Papstes Pius II. scheitern, der dem Herzoge in seiner Jugend persönlich nahe gestanden war. Denn wenn auch Sigmund bereit war, alles zu leisten, was sein Vater geleistet hatte, so wollte er doch von dem, was dieser innegehabt, nichts aus den Händen lassen. Dem Papste

erklärte er übrigens auf dem Kongresse in Mantua, er habe an ihn nur appelliert, um Schutz gegen den Mißbrauch der geistlichen Macht des Bischofs zu erlangen, nicht aber weltlicher Angelegenheiten wegen, deren Entscheidung vor den Kaiser oder weltliche Richter gehöre.

Noch während der Verhandlungen machte der Kardinal den Versuch, eine seiner Forderungen praktisch durchzuführen, indem er die Knappen des Herzogs aus dem zwischen ihnen streitigen Silberbergwerke Garnstein bei Clausen mit Waffengewalt vertrieb. Da er zugleich das vom Papste provisorisch aufgehobene Interdikt Ende März 1460 auf einer Versammlung seiner Geistlichkeit in Bruneck erneuerte und dem Herzoge drohte, er werde, wenn er durch Güte nichts ausrichte, alle Brixner Lehen, d. h. nach seiner Auffassung den größten Teil von Tirol, dem Kaiser übertragen, da faßte Sigmund den verhängnisvollen Entschluß, den Angriffen des Bischofs auf seine landesherrlichen Rechte mit Gewalt ein Ende zu machen.

Am Ostersonntage (13. April) 1460 ließ der Herzog den Kardinal in Bruneck überfallen und einschließen, zwei Tage darauf folgte er selbst mit zahlreichen Truppen und Belagerungsgeschützen. Schon am folgenden Tage sah sich der Kardinal unter Vermittlung seiner Domherren zur Übergabe des festen Schlosses Bruneck und zu einem ungünstigen Vertrage gezwungen. Er mußte versprechen, das Interdikt, soweit es auf ihn ankomme, aufzuheben, alle Ansprüche auf die ererbten Besitzungen des Herzogs, so lange er lebe, ruhen zu lassen, die Herrschaft Taufers, die er vom Herzoge um 15000 Goldgulden gekauft hatte, unentgeltlich zurückzugeben, ihm eine Schuld von 3000 Gulden nachzulassen und außerdem 10000 Gulden Schadenersatz zu zahlen und endlich die Verwaltung seiner Städte und Burgen dem Domkapitel zu überlassen. Zugleich mußte er sich verpflichten, beim Papste dahin zu wirken, daß auch dieser das früher ausgesprochene Interdikt mit seinen Folgen als abgethan ansehe und über den Herzog wegen dieses Überfalls keine neuen Strafen verhänge.

Kaum war aber der Herzog abgezogen, so floh der Kardinal

nach Italien, erklärte alle seine Zugeständnisse für ungültig, weil erzwungen, und forderte die Zurückstellung alles dessen, was seiner Kirche entrissen worden wäre. Der Papst auf das äußerste erbittert über diesen Angriff auf einen Kardinal und die Güter der Brixner Kirche, lud den Herzog zur Verantwortung vor seinen Richterstuhl. Als statt des Herzogs ein Bevollmächtigter desselben, Dr. Lorenz Blumenau, eine von Sigmund und 42 Äbten, Pfarrern und Vikaren unterschriebene Appellation „von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Papst“ überreichte, sprach Pius II. am 8. August 1460 den Bann aus über den Herzog und alle seine Helfer, erklärte sie für infam und bürgerlich tot, und alle ihre Güter der Kirche verfallen, verhängte über alle Länder und Herrschaften Sigmunds und seiner Mitschuldigen das Interdikt und verbot allen Verkehr und allen Handel und Wandel mit denselben. Gegen Sigmunds Gesandten ließ der Kardinal Cusanus einen Ketzerprozeß einleiten und ihn unter Aufsicht von Wachen stellen. Nur mit Lebensgefahr konnte Blumenau nach Tirol zurückgelangen.

Um dieselbe Zeit erschien am Hofe zu Innsbruck ein Mann, der den Herzog Sigmund schon früher wiederholt mit seinem Rate unterstützt hatte und fortan entscheidend in den Gang dieser Streitigkeiten eingriff, nämlich Gregor Heimburg aus Schweinfurt, lange Zeit Syndikus der Stadt Nürnberg. Heimburg, ein Mann von den glänzendsten Fähigkeiten, reich an Kenntnissen und ein sehr gewandter und schlagfertiger Schriftsteller, war schon längst ein Hauptvorkämpfer der kirchlichen Reformpartei Deutschlands, wobei er in immer entschiedenere Opposition gegen die römische Kurie und das Papsttum getreten war. Wir finden ihn überall dort, wo es galt, gegen die politische Stellung und die finanziellen Ansprüche der Päpste anzukämpfen. Er ist fortan auch das Organ Sigmunds von Tirol in seinem Streite mit dem Papste und dem Kardinal Cusanus.

Heimburgs Ankunft in Innsbruck machte sich gleich bemerklich in einem vom 13. August datierten Manifest des Herzogs

an alle Christgläubigen und an alle Fürsten, welche als Besitzer von Vogteien und des Schutzrechtes über Kirchen und Prälaten die gleichen Interessen haben, wie er, und in einer Appellation an den künftigen römischen Papst und an ein allgemeines Konzil. Als dann Blumenau zurückkam und berichtete, daß der Bannfluch wirklich ausgesprochen worden sei, erneuerte der Herzog die Appellation und erklärte alle vom Papste verhängten kirchlichen Strafen für ungerecht, für null und nichtig.

War der Kampf anfangs aus dem Streite über rein weltliche Dinge entstanden, über die Frage, ob die Landeshoheit des Grafen von Tirol, wie sie sich geschichtlich herausgebildet hatte, anerkannt werden müsse, oder ob der Bischof von Brixen das Recht habe, auf seine seit dem dreizehnten Jahrhundert ganz außer Kraft gesetzten Privilegien zurückzugreifen, so war er jetzt auf ein ganz anderes Feld, auf das kirchliche übertragen. Jetzt handelte es sich darum, ob Kirchenstrafen, die der Papst ausspreche, unbedingt gültig seien, auch dann, wenn sie zu rein weltlichen Zwecken verhängt würden, wenn der Papst selbst Partei wäre. Diese Frage war bisher durch die Verhältnisse oft nahe gelegt, aber noch nie so klar gestellt, um so weniger gelöst worden. Es war ein Prinzipienstreit von größter Wichtigkeit, und daher wurde er auch mit einer so ungemeinen Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit geführt.

Der Papst und der Kardinal entwickelten eine ungeheure Thätigkeit, um den Kirchenstrafen auch die entsprechende Wirkung zu verschaffen. Sie forderten den Kaiser, mit dem Sigmund noch nie auf gutem Fuße gestanden, auf, Tirol in Besitz zu nehmen, die Schweizer, Sigmunds Länder anzugreifen, die Fürsten und Städte, allen Verkehr mit Tirol abzubrechen, um durch diese Handelssperre das Land zu ruinieren und infolge dessen zum Aufstande gegen seinen Fürsten zu treiben. Zu diesem Zwecke wurden selbst Raubritter gedungen, um den mit Tirol verkehrenden Kaufleuten aufzulauern. Aber nirgends als bei den Erbfeinden des Hauses Habsburg, den Eidgenossen, hatten diese Bemühungen Erfolg. Geistliche und weltliche Fürsten erklärten sich für Sigmund oder blieben wenigstens

taub gegen alle Ermahnungen des Papstes; die meisten ließen nicht einmal die päpstlichen Strafbullen publizieren. In Tirol stand nicht bloß das ganze Volk sondern auch der bei weitem größte Teil der Geistlichkeit auf der Seite des Herzogs.

Da infolge dessen Sigmund auch nichts that, um die Verzeihung des Papstes zu erlangen, so beschloß dieser noch energischere Schritte zu unternehmen. Am 23. Januar 1461 lud er den Herzog Sigmund, „des Satans vorzüglichstes Glied“, den Bischof Georg von Trient, Gregor Heimburg und Lorenz Blumenau, die Räte und Hausgenossen des Herzogs, mehrere Prälaten, die Brixner Domherren, alle Pfarrer und Geistlichen, welche gegen das Interdikt eine gottesdienstliche Handlung verrichtet, wie alle Unterthanen Sigmunds, die einer solchen beigewohnt, binnen fünfzig Tagen vor seinen Richterstuhl nach Rom, um sich über ihre Rechtgläubigkeit namentlich bezüglich des Glaubens „an eine heilige, katholische und apostolische Kirche“ zu verantworten. Zur Verkündigung dieser Bullen in den an Tirol angrenzenden Ländern wurden Franziskanermönche ausgesendet, die besonders eifrig und geeignet schienen, auf die Masse des Volkes zu wirken.

Viele Geistliche und Laien wendeten sich jetzt auch wirklich mit der Bitte um Absolution nach Rom, nicht aber der Herzog und das Brixner Domkapitel, nicht der größte Teil der Unterthanen. Heimburg griff in einzelnen Streitschriften und in einer im Namen des Herzogs verfaßten Appellation den Papst und seine Verfügungen immer heftiger an und überschüttete namentlich „die summarische Vorladung von mehr als hunderttausend“ Menschen ohne Unterschied des Geschlechtes, Alters, Krankheit oder Gesundheit, Kindheit, Jugend, Verstand oder Unverstand“ mit der Lauge seines Spottes. Auch der Herzog selbst wurde in dem Maße rücksichtsloser, als der Papst sich eifriger zeigte, ihm Feinde zu erwecken. Er konfiszierte die Güter und Einkünfte ausländischer Kirchen, welche den päpstlichen Befehlen Gehorsam leisteten, ließ das erbitterte Volk gegen Geistliche los, die das Interdikt beobachteten, und schaffte die 31 Nonnen des Clarissenklosters in Brixen, welche dasselbe

thaten, mit ihren geistlichen Beratern sämtlich aus dem Lande. Umgekehrt ließ der Papst am 12. Februar 1462 die Vorladung des Herzogs, des Bischofs von Trient, der tirolischen Geistlichen und der Unterthanen Sigmunds erneuern mit der Erklärung, daß alle für Ketzer erklärt werden würden, die binnen fünfzig Tagen nicht erschienen.

Doch kam es nicht zu diesem extremen Schritte, der die Tiroler mit dem Schicksale der Albigenser und Hussiten bedrohte. Verschiedene Fürsten hatten von Anfang an das Vorgehen des Papstes mißbilligt, mehrere wie der Kardinalbischof von Augsburg und der Herzog Ludwig von Baiern schon im Sommer 1461 eine Aussöhnung zustande zu bringen versucht. Auch der Doge von Venedig bot sich als Vermittler an und brachte es dahin, daß beide Parteien ihn als solchen anerkannten. Aber die Verhandlungen, welche sich mehr als anderthalb Jahre hinzogen, blieben erfolglos. Der Papst forderte als notwendige Vorbedingung der Aufhebung der kirchlichen Strafen, daß Herzog Sigmund um seine Lossprechung bitte. Dieser aber wies eine solche Zumutung stets als eine Verletzung seiner Ehre zurück. Denn durch die Abbitte würde er erklären, daß er wirklich im Bann sei; das sei er aber nicht, da derselbe mit Unrecht über ihn ausgesprochen worden und daher ungültig und unwirksam sei. Er verlangte daher, daß der Papst einfach alle kirchlichen Strafen zurücknehme. Da eine Einigung in dieser prinzipiell wichtigsten Frage unmöglich schien, so wurden die Unterhandlungen im Sommer 1463 abgebrochen.

Da nahm sich endlich der Kaiser der Sache an, besonders nachdem Sigmund auf die Erbschaft des Erzherzogs Albrecht zu seinen Gunsten verzichtet hatte. Der Tod des Papstes Pius II. und des Kardinals Cusanus, von denen der letztere am 11., der erstere am 14. August 1464 aus dem Leben schieden, erleichterte den Abschluß des Friedens. Sigmund brauchte sich persönlich gar nicht zu demütigen, sondern auf Grund einer Vollmacht desselben bat der Kaiser für seinen Vetter am 2. September den päpstlichen Legaten um Verzeihung und Absolution, worauf dieser den Herzog vom

Banne und allen kirchlichen Strafen lossprach und das Interdikt aufhob.

Mit Recht sahen die Anhänger des Kardinals in der Art und Weise, wie dieser Streit beendet wurde, eine Niederlage der kirchlichen Partei. Nachdem man so oft erklärt hatte, daß es sich hier um das Ansehen und die Freiheit der Kirche, um die ganze Autorität des päpstlichen Stuhles handle, nachdem alle, selbst die strengsten Mittel der kirchlichen Strafgewalt in Bewegung gesetzt worden waren, war dieser Ausgang, wo der Hauptschuldige ganz ungestraft blieb, freilich in keiner Weise befriedigend, man kann vielmehr sagen, daß Sigmund als Vertreter der Staatsgewalt siegreich aus dem schweren Kampfe hervorgegangen sei.

Indirekt freilich hatte dieser Konflikt für Sigmund und das Haus Habsburg Verluste zur Folge gehabt.

Schon im Herbste 1458 hatten demselben die Eidgenossen mitten im Frieden die Stadt Rapperschwyl weggenommen. Doch war es damals den Bemühungen mehrerer Fürsten besonders des Königs von Frankreich und des Papstes gelungen, einen Krieg zu verhindern und eine Erneuerung des 1412 geschlossenen fünfzigjährigen Friedens herbeizuführen. Aber gerade der Papst wechselte auf die Nachricht vom Überfalle des Kardinals Cusanus in Bruneck seine Haltung. In den Schweizern glaubte er die geeignetsten und bereitwilligsten Werkzeuge zur Vollstreckung der kirchlichen Strafurteile finden zu können, und er forderte diese, „seine besonders geliebten Söhne“, wiederholt auf, gegen den von der Kirche gebannten Herzog die Waffen zu ergreifen. Auch die Gradner hetzten besonders in Zürich gegen ihren früheren Gönner.

Die Eidgenossen, in ihrer Politik damals nur vom Eigennutze geleitet, schlugen noch im Herbste 1460 los. Sie eroberten Wallenstadt, den Rest des Sarganserlandes und den ganzen Thurgau und brandschatzten einen großen Teil von Vorarlberg. Herzog Sigmund mußte unter den damaligen Verhältnissen froh sein, daß die Bischöfe von Konstanz und Basel zum großen Ärger des Papstes am 7. Dezember 1460 einen

Waffenstillstand vermittelten, worauf am 1. Juni 1461 auf Grundlage des augenblicklichen Besitzstandes ein fünfzehnjähriger Friede geschlossen wurde. Als die Schweizer ihren Zweck erreicht hatten, ließen sie sich durch keine Ermahnungen und tadelnden Schreiben des Papstes bewegen, den Krieg fortzuführen [1]). Da im Jahre 1452 auch das isolierte Freiburg im Öchtlande sich von Österreich losgerissen und dem Herzoge von Savoyen angeschlossen hatte, um dann später in die Eidgenossenschaft zu treten, so waren bis auf Winterthur, das sich im letzten Kriege heldenmütig gegen die Angriffe der Schweizer verteidigt hatte, alle Besitzungen links vom Oberrhein und südlich vom Bodensee für Österreich verloren. Auch Winterthur verpfändete Herzog Sigmund 1467 um 10000 Goldgulden an die Stadt Zürich.

Viertes Kapitel.

Georg von Böhmen und Matthias von Ungarn.

Fast um dieselbe Zeit, wo der Herzog Sigmund von Tirol den schweren Streit mit der kirchlichen Gewalt zu bestehen hatte, brach auch in Böhmen der Kampf mit dem Papsttum und dessen Verteidigern wieder aus.

Die Kompaktaten, die 1433 zwischen den Böhmen und dem Konzil von Basel abgeschlossen worden waren, hatten wohl zunächst dem Kriege ein Ende gemacht, aber die Verhältnisse in Böhmen selbst wie die Beziehungen desselben zur Kirche und zu ihren Nachbarn auf keine feste Grundlage gestellt. Der

1) A. Jäger a. a. O. II, 72 ff. 111 f. 125 ff. 142 f. 161 ff. 170 f. 179. 213 ff. Jäger, Fehde der Gradner, in „Denkschriften" IX, 279 ff. Vgl. G. Meyer v. Knonau, Aus mittleren und neueren Jahrhunderten, S. 96 ff.

größte Teil der utraquistischen Böhmen war mit den Kompaktaten, deren wichtigster Punkt der Laienkelch war, nicht zufrieden. Sie verlangten außerdem die Kinderkommunion und kamen auch sonst den Bestimmungen der Kompaktaten nicht genau nach. Ihre Priester unterließen es, nach der Vorschrift derselben bei der Austeilung des Sakramentes unter beiden Gestalten daran zu erinnern, daß Christus auch unter einer Gestalt ganz gegenwärtig und der Kelch nicht zum Heile notwendig sei, ja, sie verdammten diejenigen, welche die Kommunion unter einer Gestalt empfingen. Sie verwarfen nicht bloß manche kirchliche Zeremonieen, sondern leugneten auch das Fegefeuer, die Nützlichkeit der Gebete für Verstorbene, den Ablaß und die Zulässigkeit der Heiligenbilder. Sie galten daher den eifrigeren Katholiken immer als Ketzer, obwohl Rokycana und seine Partei gegen alle weiter links stehenden Utraquisten, wie die Taboriten und die sogenannten Pikarden, sehr strenge verfuhren und Kerker und Tortur gegen sie in Anwendung brachten. Rokycana zahlte den Katholiken ihren Haß gegen die Husiten reichlich heim. Mit den katholischen Priestern in Prag hatte er immerwährenden Streit. Auf seinen Antrieb wurden 1459 im Namen des Königs in Prag und anderen utraquistischen Städten zwei Verordnungen publiziert, wonach dort niemand in das Bürgerrecht oder in eine Zunft aufgenommen oder zu einem Handwerk zugelassen werden, niemand eine Erbschaft antreten oder Eigentum erwerben, ja niemand kirchlich getraut oder im geweihten Erdreich begraben werden sollte, der nicht einen Eid leistete, daß er die Kommunion unter beiden Gestalten empfangen und dabei bleiben wolle [1]). Mochte der König noch so sehr wünschen, daß beide Religionsparteien in seinem Reiche friedlich

1) Auf diese Haltung Rokycanas und der utraquistischen Geistlichen, von Palacky wie von dem hinter Palacky an Solidität der Forschung übrigens weit zurückstehenden M. Jordan, Das Königtum Georgs von Poděbrad (Leipzig 1861), ignoriert, hat G. Voigt, Georg von Böhmen, der Hussitenkönig, in v. Sybels „Histor. Zeitschrift“ V, 430 ff. aufmerksam gemacht. Vgl. Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, S. 282 ff.

neben einander leben möchten, so konnte er doch dem Fanatismus der Zeit nicht Einhalt gebieten.

Die Päpste hatten die Kompaktaten noch nie bestätigt. Ihnen war es ein Greuel, daß mitten in Europa ein Land existierte, welches sich der kirchlichen Uniformität und den Befehlen der Kurie nicht unbedingt fügte. Sie waren daher auch immer bemüht, die Beseitigung jenes Übereinkommens und die Rückkehr der Böhmen zur kirchlichen Einheit durchzusetzen.

Die Hoffnungen, welche man in Rom auf den katholischen Eifer des jungen Königs Ladislaus gebaut hatte, waren mit dem frühen Tode desselben zu Grabe getragen worden. Aber auch von seinem Nachfolger glaubte man eine Zeit lang das Beste hoffen zu dürfen. Hatte er ja, um durch katholische Bischöfe gekrönt zu werden und dadurch auch die Katholiken zu gewinnen, die „Ketzerei“ abgeschworen und eidlich und urkundlich gelobt, den Päpsten gehorsam zu sein und das ihm unterworfene Volk zur Einheit und zum Ritus und Kultus der römischen Kirche zurückzuführen[1]). Auch später hat Georg wiederholt ähnliche Versprechungen gemacht, besonders als er sich um die deutsche Krone bewarb, die er zuletzt sogar mit Hilfe des Papstes zu erwerben trachtete, welcher ihn mit Umgehung der Rechte der Kurfürsten zum römischen Könige oder wenigstens zum „Regierer“ des Reiches ernennen sollte[2]).

Es läßt sich nicht bestimmen, ob dem Könige mit seinen Versprechungen Ernst gewesen ist, ob er es für möglich gehalten hat, dieselben bei günstiger Gelegenheit zu erfüllen, oder ob er sich in der Hoffnung gewiegt hat, durch geschickte Benutzung der Verhältnisse sich seinen Verpflichtungen ohne Nachteil wieder entziehen zu können. Jedenfalls gelang es ihm bei aller seiner diplomatischen Gewandtheit auf die Dauer nicht, sein System des Lavierens durchzuführen und es beiden Religionsparteien recht zu machen.

Schon beim Beginne seiner Regierung hatte er sich genötigt gesehen, auch die Utraquisten dadurch zu beruhigen, daß er ihnen

1) Vgl. oben, S. 127.

2) Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, S. 292 ff.

eidlich gelobte, sie bei den Kompaktaten und dem Laienkelche zu schützen. Die vielfachen Verhandlungen mit katholischen Fürsten, die wiederholten Sendungen nach Rom, die Ankunft päpstlicher Nuntien in Prag und der feierliche Empfang derselben durch den König, anderseits die Einkerkerung und Verfolgung religiös weiter vorgeschrittener Utraquisten weckten das Mißtrauen der Husiten noch mehr. Als dann der Bischof Jost von Breslau, bauend auf die Versprechungen, welche der König, teilweise durch ihn, deutschen Fürsten gemacht hatte, am Grünen Donnerstage 1461 in der Prager Schloßkirche öffentlich gegen den Laienkelch predigte, da erreichte die Aufregung der Utraquisten einen solchen Grad, daß der König sich bewogen fand, auf die Mitte des Mai einen außerordentlichen Landtag zu berufen und den utraquistischen Ständen die Aufrechthaltung ihrer Rechte und Freiheiten, besonders aber den Schutz der Kompaktaten und des Kelches, feierlich und schriftlich zuzusichern [1]). Denn darüber mußte sich Georg doch klar sein, daß seine ganze Machtstellung in Böhmen auf den Utraquisten beruhe und daß er sich diese wenigstens nicht zu Feinden machen dürfe. Der größte Teil des Volkes und des niedern Adels war ja husitisch gesinnt, und die katholischen Herren, wenn auch infolge des Abfalls mehrerer Familien vom Kelche jetzt in der Überzahl, hatten sich nur zur Wahrung ihrer Interessen dem Könige angeschlossen und verweigerten ihm den Gehorsam, als er dem Papste zuliebe von ihnen die Herausgabe der in ihren Händen befindlichen Kirchengüter verlangte [2]).

Während Georg den Utraquisten wegen seiner Hinneigung zu den Katholiken verdächtig wurde, ward auch der Papst nach und nach ungeduldig, da jener nicht bloß keine Miene machte, seine Versprechungen zu erfüllen und die Absendung einer Gesandtschaft nach Rom unter den nichtigsten Vorwänden von Termin zu Termin verschob, sondern auch bei seinen Umtrieben

1) Palacky IV, 2, 185 ff. Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer, S. 299 ff., und Deutsche Reichsgeschichte I, 91 ff.

2) Bachmann, Deutsche Reichsgeschichte I, 92 ff.

gegen den Kaiser sich gerade auf jene Partei unter den deutschen Fürsten stützte, welche die Kurie immer durch die Forderung von Reformen und eines Konzils ärgerte. Durch seine schlaue, zweideutige Politik mußte er es auf die Dauer mit allen verderben.

Immer dringender verlangte der Papst Pius II. die Absendung einer Gesandtschaft, die ihm im Namen des Königs und Volkes von Böhmen den versprochenen Gehorsam geloben sollte. Schon gab er am 1. Januar 1462 seinem nach Österreich, Ungarn und Böhmen geschickten Legaten Hieronymus Lando Vollmacht, den Termin für die Huldigung der Breslauer, die ununterbrochen gegen den ketzerischen „Girsik" (Georg) hetzten, auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben und zwischen diesen und den benachbarten Fürsten, Großen und Städten inner- und außerhalb Schlesiens Bündnisse besonders gegen den genannten König zu schließen [1]).

Da entschloß sich endlich Georg zur Abfertigung einer Gesandtschaft, an deren Spitze ein Katholik, der Kanzler Prokop von Rabstein, ein alter Freund des Papstes, und ein Utraquist, Zdenko Kostka von Postupic, Georgs intimster Vertrauter, standen. Am 10. März 1462 trafen die Gesandten in Rom ein. Doch sollten sie nicht bloß im Namen des Königs dem Papste feierlich Gehorsam leisten, sondern auch mit diesem über die besonderen Anliegen desselben verhandeln, d. h. um die Bestätigung der Kompaktaten und des Laienkelches bitten.

Gehorsam und Kompaktaten sah man aber in Rom für unvereinbare Dinge an. Unter Gehorsam verstand man unbedingte Unterwerfung unter alle Gebote des Papstes, besonders aber die verlangte und von Georg versprochene Rückkehr zur kirchlichen Einheit auch in äußeren Gebräuchen. Die Worte der Kompaktaten, daß der Kelch denen bewilligt werden würde, „welche diesen Gebrauch haben", deutete der Papst jetzt so, daß die Kommunion unter beiden Gestalten nur den zur Zeit jenes Vertrages lebenden Böhmen zugestanden worden sei. Zudem,

1) SS. R. Siles. VIII, 70.

meinte Pius II., hätten die Böhmen diese Konzession noch dadurch verwirkt, daß sie die Bedingung nicht gehalten hätten, unter der sie erteilt worden sei. Übrigens, erklärte derselbe, habe der Papst in jedem Falle die Macht, die Kompaktaten um etwas Besseren willen aufzuheben. Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen den böhmischen Gesandten und den Kardinälen Carvajal, Cusanus und dem Griechen Bessarion wie mit dem Papste selbst, beschloß dieser, aus dem ihm geleisteten Gehorsam auch die letzten Folgerungen zu ziehen. Am 31. März forderte Pius II. in feierlicher Sitzung des Kardinalskollegiums und in Gegenwart von mehreren tausend Personen vom Könige kraft des ihm geleisteten Gehorsams die Abschaffung aller Neuerungen, die Ausrottung aller Irrtümer und die unbedingte Einigung seines Reiches mit der römischen Kirche, indem er den Laienkelch verbot und die Kompaktaten für aufgehoben und ungültig erklärte [1]).

Obwohl der Papst einen Bruch mit Böhmen noch gern vermieden hätte und zur Fortführung der Unterhandlungen den Dr. Fantinus de Valle, den bisherigen Vertreter des Königs Georg am römischen Hofe, als seinen Nuntius nach Prag schickte, mußte doch jeder klar Sehende überzeugt sein, daß die Zeit der diplomatischen Ausflüchte vorüber sei und Georg eine klare Haltung einnehmen müsse. Nach der ganzen Lage der Verhältnisse konnte der König nicht im Zweifel sein, auf welche Seite er sich stellen müsse. Auf einer außerordentlichen Reichsversammlung in Prag, die am 12. August eröffnet wurde, ließ er über den Mißerfolg der Gesandtschaft an den Papst Bericht erstatten und gab dann die feierliche Erklärung ab, bei der Kommunion unter beiden Gestalten leben und sterben und sie wie die Kompaktaten verteidigen zu wollen. Den Dr. Fantinus, der am folgenden Tage in öffentlicher Versammlung alle Priester, welche die Kommunion unter beiden Gestalten ausspendeten, für

1) Palacky IV, 2, 210 ff. Jordan, S. 46 ff. G. Voigt, Enea Silvio III, 458 ff. Markgraf, Über das Verhältnis des Königs Georg von Böhmen zu P. Pius II., S. 26 ff. Bachmann, Reichsgeschichte I, 196 ff.

suspendiert erklärte und dem Könige Meineid vorwarf, wenn er seinen bei der Krönung geleisteten Versprechungen nicht nachkäme, ließ er einkerkern, obschon dieser nicht einfach königlicher Beamter war, sondern jetzt als päpstlicher Legat zu ihm gekommen war und als solcher unter dem Schutze des Völkerrechts stand [1]). Dies konnte nur als offener Bruch mit dem Papste angesehen werden. Trotzdem nahm Georg auch in der folgenden Zeit keine so feste Haltung ein, wie gleichzeitig Sigmund von Tirol. Er fühlte sich eben im Innern nicht so sicher wie dieser. Während die Tiroler ohne Ausnahme unentwegt zu ihrem Herzoge standen, konnte Georg nicht so fest auf seine Unterthanen bauen. Nicht bloß die Breslauer waren ihm feindlich; auch ein Teil der böhmischen Großen nahm eine bedenkliche Haltung ein. Als der König in der Versammlung des 12. August an die Anwesenden die Frage richtete, ob sie ihm beistehen würden, wenn er wegen der Kompaktaten mit jemandem in Kampf geriete, da sagte dies zwar Kostka von Postupic im Namen der Utraquisten zu. Aber der Wortführer der Katholiken, der Oberstburggraf Zdenko von Sternberg, erklärte nach einer Beratung seiner Glaubensgenossen: sie würden, wenn es sich um die Ehre und Rechte der Krone handle, sich verhalten, wie es treuen Unterthanen gezieme; mit den Kompaktaten hätten sie nie etwas zu schaffen gehabt; wie der König wollten auch sie dem Glauben ihrer Väter treu bleiben und sich nicht von der römischen Kirche trennen; da der König ohne ihren Rat beschlossen habe, die Kompaktaten zu schützen, so mögen ihm auch diejenigen dabei helfen, die ihm dazu geraten haben und ihrer bedürfen. Dieselbe Erklärung wiederholte im Namen der Katholiken auf eine neue Anfrage des Königs der Bischof Jost von Breslau am folgenden Tage. Der Versuch Georgs, das ganze Reich zur Verteidigung der Kompaktaten zu verpflichten, war vollständig mißlungen.

Georg glaubte auch jetzt noch durch diplomatische Künste

1) Palacky IV, 1, 241 ff. Jordan, S. 110 ff. Voigt III, 470 ff. Markgraf, S. 30 ff. Bachmann I, 227 ff.

ein entschiedenes Vorgehen des Papstes gegen ihn verhüten zu können. Er setzte auch nach den Vorgängen des August den diplomatischen Verkehr mit dem Papste, dem „heiligsten Vater", als „gehorsamer Sohn" desselben, noch fort. Anderseits strebte er nun die Realisierung eines Planes an, den ein in seine Dienste getretener Franzose aus Grenoble, Antonio Marini, ein industrieller Gründer und politischer Projektenmacher, ausgedacht hatte, den Plan nämlich, einen europäischen Fürstenbund zustande zu bringen, dessen Oberleitung außer ihm dem Könige Ludwig XI. von Frankreich zustehen sollte. Indem man die Vertreibung der Türken aus Europa und die Eroberung Konstantinopels auf die Fahne dieses Bundes schreiben wollte, glaubte man für denselben auch die Republik Venedig, die Könige von Ungarn und Polen, den Herzog Philipp von Burgund und einen oder den andern deutschen Fürsten gewinnen zu können. Ein solcher Verein der mächtigsten Herrscher Europas, die durch einen ständigen Bundesrat zur Entscheidung aller Streitigkeiten unter einander und mit fremden Fürsten vertreten sein sollten, mußte eine so mächtige Stellung einnehmen, daß auch der Papst, der ebenso wie der Kaiser in den Hintergrund gedrängt worden wäre, einem Mitgliede desselben nichts anhaben konnte. Gelang gar dem Bundesheere, als dessen Oberanführer sich Georg selbst dachte, die Vernichtung der Türkenherrschaft in Europa, so war es für den Papst geradezu eine Unmöglichkeit, denjenigen, welcher die Christenheit von ihrem Erbfeinde befreit hatte, für einen Ketzer zu erklären und die Feindseligkeiten gegen ihn fortzusetzen. Schade nur, daß dieses Projekt des windigen Franzosen ebenso auf Sand gebaut war, wie der frühere Plan Martin Mayrs, betreffend die Erhebung des böhmischen Königs auf den deutschen Thron. Obwohl sich Venedig und Ungarn sehr gern die Hilfe Europas gegen die Türken gefallen lassen wollten, so zeigten sie doch keine Neigung, die Sonderinteressen des böhmischen Königs zu unterstützen, und verlangten von Marini vor allem Unterhandlungen mit dem Papste. Auch Frankreich wollte wenigstens keine Verpflichtung zur Unterstützung Georgs gegen die Kurie übernehmen. Das einzige Ergebnis der langen

Unterhandlungen war ein allgemein gehaltenes Freundschaftsbündnis zwischen Frankreich und Böhmen, das niemanden bestimmte Verpflichtungen auferlegte [1]).

Von wichtigeren Folgen war es, daß Georg sich den Kaiser durch seine Rettung aus den Händen der rebellischen Wiener und durch die Unterstützung gegen seinen Bruder Albrecht zu großem Danke verpflichtete. Auf die Bitten Friedrichs III. suspendierte der Papst Ende 1462 vorläufig alle kirchlichen Strafen gegen den Böhmenkönig, freilich unter lautem Wehklagen über sein „unglückseliges Zeitalter, das arme Deutschland und die elende Christenheit, deren Kaiser nur von einem ketzerischen König gerettet werden könne" [2]). Auch der Bischof von Breslau, Jost von Rosenberg, suchte durch seine Verwendung zugunsten des Königs beim Papste und anderen einflußreichen Persönlichkeiten einen vollständigen Bruch zu verhüten, um von seinem Vaterlande die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges abzuwenden, als dessen Folge namentlich die Loßreißung Schlesiens zu fürchten war.

Als sich aber herausstellte, daß der König nur Zeit zu gewinnen und unterdessen die widerspenstigen Breslauer zu isolieren suche, da entschloß sich der Papst zu energischem Vorgehen. Am 16. Juni 1464 hielt derselbe ein öffentliches Konsistorium, bei welchem er Georg als meineidigen und rückfälligen Ketzer auffordern ließ, binnen 180 Tagen zur Verantwortung vor dem apostolischen Stuhle zu erscheinen [3]).

1) Markgraf, Über Georgs von Podiebrad Projekt eines christlichen Fürstenbundes zur Vertreibung der Türken aus Europa u. s. w., in v. Sybels „Histor. Zeitschrift" XXI, 245—304, hat auf Grund neuen Materials diesen Plan sehr eingehend behandelt.

2) Schreiben an den Kaiser vom 31. Dezember 1462, in F. R. Austr. Dipl. XX, 287.

3) Für die Vorgänge seit August 1462 s. Palacky IV, 2, 255—314. Jordan, S. 114ff. Voigt, Enea Silvio III, 481—501. Markgraf, Das Verhältnis des Königs Georg von Böhmen zu Papst Pius II., 1462—1464, in „Forsch. z. deutschen Gesch." IX, 217—258. Bachmann, Reichsgesch. I, 398—438; 476—503.

Zwar starb Pius II. am 14. August, ehe noch die Citationsbulle ausgefertigt war. Aber sein Nachfolger Paul II. aus dem venetianischen Geschlechte der Barbo stand mit der ganzen Kurie prinzipiell auf demselben Standpunkte wie sein Vorgänger, und diplomatische Rücksichten kannte der stolze Venetianer noch viel weniger als der gebildete Piccolomini. Nach einem auf Bitten des Kaisers wie des böhmischen Königs unternommenen Versuche, diesen durch Unterhandlungen zur Unterwerfung zu bewegen, nahm der Papst das Verfahren gegen denselben wieder auf und überwies am 28. Juni 1465 die Angelegenheit einer Kommission von drei Kardinälen, welche am 2. August Georg von Podiebrad, „der sich König von Böhmen nenne“, binnen 180 Tagen persönlich vor den apostolischen Stuhl luden, um sich wegen Ketzerei, Rückfall in dieselbe, Meineid, Kirchenraub und Gotteslästerung zu verantworten. Vier Tage darauf gab der Papst selbst seinem Legaten in Deutschland, Rudolf von Rüdesheim, Bischof von Lavant, Vollmacht, den Prozeß gegen alle Anhänger Georgs, auch wenn sie Erzbischöfe, Bischöfe, Könige oder Herzoge wären, einzuleiten und alle Eheverträge und Bündnisse mit demselben wie alle ihm geleisteten Unterthaneneide aufzulösen. Am 8. Dezember entband der Papst in feierlicher Weise alle Einwohner der böhmischen Länder vom Eid der Treue und der Unterthänigkeit und verbot ihnen, einem ketzerischen Menschen gehorsam zu sein, Dienste zu leisten, Abgaben zu zahlen oder auch nur einen Verkehr mit demselben zu unterhalten.

Mit diesen Maßregeln wäre allerdings noch nicht viel erreicht worden, da gerade damals der Streit der Kurie mit Sigmund von Tirol und andere Vorgänge in Deutschland gezeigt hatten, wie wenig man sich in dieser Zeit um die Befehle, ja selbst um die Bannbullen des Papstes kümmerte. Aber eben deswegen war auch von Rom aus sorgfältig alles vorbereitet worden, damit diesen Strafbullen auch die Ausführung nicht fehle. Schon seit 1462 stand der Papst mit allen unzufriedenen Elementen in den Ländern Georgs, besonders mit den Breslauern, in Verbindung. Der diesen im Januar

1460 vom Könige für die Huldigung gewährte Termin wurde ihnen vom Papste zuerst 1462 verlängert, dann denselben geradezu befohlen, so lange Georg sich der Kirche nicht unterwerfe, ihm keinen Gehorsam zu leisten. Jahrelang saß in Breslau der Erzbischof Hieronymus von Kreta als päpstlicher Legat, der den Widerstand gegen den König organisierte und sich als Herrn der Stadt, ja Schlesiens, benahm.

Von Bedeutung wurde aber die Opposition doch erst, als sich im Jahre 1465 aus Mitgliedern des meist katholischen hohen Adels der böhmische Herrenbund bildete. Ihr Führer war Zdenko von Sternberg, der früher Georgs innigster Freund gewesen, jetzt aber vollständig mit ihm zerfallen war. Doch waren die Beweggründe der meisten Herren wohl nicht religiöser, sondern politischer Natur, indem sie es unerträglich fanden, daß Georg, der aus ihrer Mitte hervorgegangen, ja nicht einmal einem der vornehmsten Geschlechter entsprossen war, sich nicht von ihnen leiten lassen, sondern auch über sie eine kräftige Herrschaft führen wollte und ihrem Streben nach Erweiterung ihrer Besitzungen oft entgegentrat, während er seinen Söhnen Güter und Herrschaften, ja ganze Fürstentümer verlieh, wie dies gerade Ende 1465 wieder mit dem von ihm erworbenen Fürstentum Troppau geschah [1]). Wenigstens stellten sie selbst in ihrer Beschwerdeschrift, die sie im September 1465 an den böhmischen Landtag richteten, rein politische Dinge in den Vordergrund, daß Georg den Rat der Barone nicht einhole, daß er seinem Sohne die Nachfolge zu verschaffen gesucht, daß er sie ohne vorhergegangene Zustimmung wiederholt zu Kriegszügen aufgeboten, schon zweimal eine allgemeine Steuer eingehoben, heimgefallene Lehen nicht wieder weiter verliehen, sondern eingezogen habe u. s. w. Als der König ihre Klagen zurückwies und der Landtag sich auf dessen Seite stellte, schlossen am 28. November der Bischof Jost von Breslau, der jetzt auch auf die Wünsche der Kurie einging, und sechzehn Herren aus

1) Biermann, Gesch. der Herzogthümer Troppau und Jägerndorf, S. 209 ff.

den Familien der Sternberg, Rosenberg, Hasenburg, Riesenburg, Schwamberg, Neuhaus, Gutstein, Reuß von Plauen, Ilburg und Ronsberg bei einer Zusammenkunft auf Sternbergs Schlosse Grünberg auf fünf Jahre einen Bund zu gegenseitiger Unterstützung gegen alle Angriffe.

Noch kam es indessen nicht zum Kampfe. Die Herren fühlten sich zu schwach, um allein oder auch mit den Breslauern den Krieg gegen den mächtigen König zu beginnen. Besonders der Bischof Jost von Breslau, obwohl persönlich ein entschiedener Gegner des Kelches, suchte noch immer das Äußerste zu verhüten, weil er überzeugt war, daß die Katholiken ohne kräftige auswärtige Unterstützung dem Könige nicht gewachsen sein und der Krieg nur zu ihrem Unheile ausschlagen würde. Der Bischof Protas von Olmütz aus dem Hause Boskowitz setzte auch jetzt noch die Vermittlungsversuche und den Verkehr mit dem Könige fort, sodaß er vom Papste mit der Temporaliensperre bestraft und mit noch strengeren Maßregeln bedroht wurde.

Auch der König suchte einen Bruch zu vermeiden. War er immer mehr ein Freund diplomatischer Künste als kühnen Dreinschlagens gewesen, so nahm diese Neigung um so mehr zu, je älter und je unbeweglicher er wegen seiner Fettleibigkeit wurde. Auch jetzt suchte er die Herren durch politische Konzessionen zu gewinnen, wodurch er auch wirklich Johann von Rosenberg, des Bischofs von Breslau Bruder, wieder auf seine Seite brachte, und schloß mit ihnen, um Unterhandlungen Raum zu gewähren, im Mai 1466 einen förmlichen Waffenstillstand, der bis Mitte Oktober dauern sollte und dann noch bis zum 24. April 1467 verlängert wurde. Auch den zum letzten Streiche schon erhobenen Arm des Papstes hoffte er noch aufhalten zu können, teils durch direkte Unterhandlungen, teils durch Vermittlung des Kaisers, des Königs von Ungarn und befreundeter deutscher Fürsten. Da bei der Isolierung und wissenschaftlichen Unfruchtbarkeit der Utraquisten, die immer mehr auf das mechanische Einlernen gewisser theologischer Beweismittel sich beschränkten, unter diesen sich keiner fand, der seine Sache mit der notwendigen Gewandtheit hätte vertreten

können, die böhmischen Katholiken aber sich immer mehr von ihm abwendeten, so nahm er zuerst Martin Mayr mit Zustimmung seines gegenwärtigen Herrn, des Herzogs Ludwig von Baiern, für die Abfassung seiner Staatsschriften in seinen Dienst, bis im Sommer 1466 der mit dem Banne der Kirche beladene Gregor Heimburg sich an seinen Hof begab. Aber alle Bemühungen, die Kurie auf dem eingeschlagenen Wege aufzuhalten und gegen die Rückstellung der Kirchengüter, Zulassung eines katholischen Erzbischofs, Übertritt der königlichen Familie zum römischen Ritus und das Versprechen eines Kreuzzuges gegen die Türken die stillschweigende Duldung der Kompaktaten zu erlangen, wurden mit Hohn zurückgewiesen. Wohl verkannte die Kurie die Gefahr eines Glaubenskrieges unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht und zögerte auch nach Ablauf der dem Könige Georg gewährten Frist eine Zeit lang, die letzten Konsequenzen des eingeleiteten Prozeßverfahrens zu ziehen. Aber endlich riß sie der greise Kardinal Carvajal, das angesehenste Mitglied des ganzen Kollegiums, durch den Hinweis auf die sicher zu erwartende Hilfe Gottes aus ihrem Schwanken heraus. Am 23. Dezember 1466 wurde vom Papste das Endurteil publiziert, „Georg oder Jersik von Kunstatt und Podiebrad“ als rückfälliger Ketzer und Ketzerbeschützer, als Meineidiger und Kirchenräuber aller Würden und Besitzungen verlustig, seine Nachkommen zu allen Ämtern und Erbschaften unfähig erklärt und seine Unterthanen von allen Eiden und Verpflichtungen entbunden. In Deutschland und in anderen Ländern wurde das Kreuz gegen den abgesetzten Böhmenkönig gepredigt.

Die Verurteilung Georgs durch den Papst machte auch der unentschlossenen Haltung der böhmischen Herren ein Ende. Besonders auf das Drängen Sternbergs erklärten sie sich bereit, zur Ausführung der päpstlichen Sentenz mit Leib und Gut mitzuwirken und jeden als König anzunehmen, den der Papst ihnen geben würde, obwohl sie ihrerseits den König Kasimir von Polen oder einen seiner Söhne als besonders geeignet dazu bezeichneten. Zdenko von Sternberg wurde vom Papste als Hauptmann der Katholiken bestätigt und alle Gläubigen er-

mahnt, bis zur Einsetzung eines neuen Königs demselben Beistand zu leisten. Ende April 1467 nach Ablauf des Waffenstillstandes begannen von beiden Seiten die Feindseligkeiten [1]).

Noch hatten sich die Gegner Podiebrads nicht zu einer gemeinschaftlichen Liga verbunden. Auf der einen Seite standen demselben die böhmischen Herren mit der Stadt Pilsen gegenüber, auf der andern die Breslauer, mit denen übrigens der Bischof Jost am 21. April im Namen der Herren ein Bündnis schloß. Erst als die Breslauer, in deren Mitte auch der neue päpstliche Legat Bischof Rudolf von Lavant seinen Sitz aufschlug, im Mai in raschem Anlaufe die Städte Münsterberg und Frankenstein mit den dortigen Burgen eroberten, sagten sich die deutschen Städte Mährens, Brünn, Olmütz, Znaim und Iglau, die sich unter den Schutz des Kaisers stellten, wie die Lausitzer, von Georg los. Auch der Bischof Protas von Olmütz verbündete sich endlich mit den genannten Städten bis zur Aufstellung eines neuen Königs durch den Papst [2]).

Anderseits blieben aber noch immer viele Katholiken, wie die Herren von Kolowrat, von Lobkowitz, Johann von Rosenberg, Wilhelm d. j. von Riesenburg und Rabi, des Königs Schwager Leo von Rosenthal (Rožmital), dann die Städte Eger, Ellbogen, Kaaden, Kommotau, Brüx, Aussig, Budweis, ja selbst die meisten Prälaten, dem Könige treu oder beobachteten wie die meisten schlesischen Fürsten eine vorsichtige Neutralität. Die Utraquisten standen natürlich einmütig zum Könige, obwohl dieser sich hütete, einen förmlichen Glaubenskrieg zu entflammen. Das Glück des Krieges, der in einer Reihe von Belagerungen und kleineren Gefechten bestand, neigte sich daher bald auf die Seite des Königs. In Böhmen wurden den Mitgliedern des Herrenbundes mehrere Schlösser entrissen, in Schlesien durch

1) Für die Ereignisse seit dem Tode des Papstes Pius II. s. Palacky IV, 2, 315—438. Jordan, S. 184—264. Markgraf, Die Bildung der katholischen Liga gegen König Georg von Podiebrad, in v. Sybels „Hist. Zeitschr." XXXVIII, 48—82 und 251—266. Bachmann, Deutsche Reichsgesch. I, 544—596.

2) Über diese Einzelbünde s. Markgraf a. a. O., S. 265 ff.

den Prinzen Victorin Münsterberg und Frankenstein wieder erobert, wobei die Breslauer viele Gefangene verloren, dann durch denselben der durch die Brünner belagerte Spielberg entsetzt. Auch eine Schar bairischer Kreuzfahrer erlitt am 22. September bei Neuern eine empfindliche Niederlage. Die Erfolge, welche die Feinde des Königs im Felde errangen, wogen die Nachteile bei weitem nicht auf, und es zeigte sich bald, daß dieselben nicht bloß nicht imstande wären, Georg zu stürzen, sondern daß sie auch demselben auf die Dauer nicht zu widerstehen vermöchten, wenn sie nicht Unterstützung von außen erhielten.

Nun hatte es der Papst allerdings auch in dieser Richtung an Bemühungen nicht fehlen lassen. Namentlich hatte er den König Kasimir von Polen zu gewinnen gesucht, der als Gemahl einer Schwester des Königs Ladislaus des Nachgebornen auch für seine Söhne Erbansprüche auf Böhmen erheben konnte. Um dessen Hände frei zu machen, hatte der Papst sogar den bisher begünstigten deutschen Orden preisgegeben und der Legat Rudolf von Lavant am 19. Oktober 1466 zwischen diesem und dem Könige Kasimir den Frieden von Thorn vermittelt, durch welchen Westpreußen an Polen abgetreten und für Ostpreußen die Lehenshoheit desselben anerkannt werden mußte. Um aber eine Pression gegen den König Kasimir ausüben zu können, hatte der Papst die Ratifikation dieses Friedens von der Bekämpfung der böhmischen Ketzer abhängig gemacht. Im Mai 1467 trugen die katholischen Herren dem polnischen Könige für sich oder einen seiner Söhne förmlich die Krone ihres Reiches an.

Kasimir aber, obwohl nicht ohne Ehrgeiz, hatte keine Lust, sein durch den langen Krieg mit dem deutschen Orden erschöpftes Reich in einen neuen weit aussehenden Kampf zu verwickeln. Auch mißbilligte er grundsätzlich das Vorgehen des Papstes gegen Georg, indem er den Standpunkt vertrat, daß ein gesalbter und gekrönter König gar nicht abgesetzt werden könne. Zugleich scheint er schon damals die Hoffnung gehegt zu haben, nach Georgs Tode auf friedlichem Wege die Wahl eines seiner

Söhne durchzusetzen. Er lehnte daher auch die verlockenden Anträge, die ihm vom Papste und den aufständischen Unterthanen Georgs gemacht wurden, unter verschiedenen Ausflüchten ab, ja, suchte sogar einen Frieden zwischen Georg und seinen Feinden zu vermitteln, was freilich dem böhmischen Könige zum Nachteile gereichte, da dieser auf Kasimirs Wunsch seinen Gegnern am 19. November 1467 einen Waffenstillstand bis zum 26. Mai des folgenden Jahres bewilligte. Dadurch wurden nicht nur die Kräfte Georgs für lange Zeit lahm gelegt, sondern es erhielten dessen Feinde auf dem in der zweiten Hälfte des Dezember in Breslau gehaltenen Kongresse Gelegenheit, sich fester zu organisieren und sich zu einer katholischen Liga zusammenzuschließen.

Obwohl diese im päpstlichen Legaten Rudolf, der nach dem Tode Josts von Rosenberg zum Bischofe von Breslau gewählt wurde, ein energisches und thätiges Haupt erhielt, war sie dem Könige Georg wahrscheinlich dessenungeachtet nicht gewachsen, so lange kein mächtiger Fürst sich ihrer annahm. Und in dieser Beziehung standen die Dinge für die Liga noch immer nicht günstig. Der Kaiser, den König Georg gerade in der Zeit des Ausbruches des Bürgerkrieges in Böhmen durch eine höchst unkluge Unterstützung ungehorsamer österreichischer Adeliger sich zum Feinde gemacht hatte, würde zwar die Liga sehr gern unterstützt haben, wurde aber Anfangs 1468 durch den Prinzen Victorin in Österreich selbst angegriffen und hart bedrängt. Der Kurfürst Friedrich von Brandenburg, dem der päpstliche Legat und die katholische Liga im Februar 1468 die böhmische Krone anboten, zeigte infolge des Abratens seines Bruders, des Markgrafen Albrecht, auch keine Neigung, sich in den böhmischen Krieg hineinziehen zu lassen [1]). Die Herzoge von

1) Über den Krieg und die diplomatischen Verhandlungen s. Palacky IV, 2, 438—504 und die von Bachmann in F. R. Austr. Dipl. XLII, 412 sqq. und XLIV, 628 sqq. mitgeteilten Berichte; über die Stellung Brandenburgs auch J. G. Droysen, Gesch. der Preußischen Politik II, 1, 341 ff., über die Politik Kasimirs von Polen Caro V, 1, 264 bis 285.

Sachsen standen mit ihren Sympathieen entschieden auf Seite Georgs [1]). Kurz, die Aussichten für den Papst und die Liga waren in den ersten Monaten des Jahres 1468 nichts weniger als glänzend. Es blieb ihnen daher nichts übrig, als den Anträgen Gehör zu geben, die ihnen vom Könige Matthias von Ungarn gemacht wurden.

Matthias war unstreitig einer der tüchtigsten Könige, die Ungarn je gehabt hat. Obwohl er als Jüngling mit vierzehn Jahren unter schwierigen Verhältnissen auf den Thron gelangt war, wußte er sich doch nach kurzer Zeit eine gesicherte Stellung zu erringen. Mit scharfem Blicke verstand er die fähigsten Leute herauszufinden und hob sie ohne Rücksicht auf ihre Herkunft zu den höchsten Stellen in Kirche und Staat, um sie dann freilich, wenn sie sich nicht unbedingt ergeben zeigten, eben so rasch zu stürzen. Auch persönlich hatte er eine außerordentliche Arbeitskraft. Alle von seiner Kanzlei ausgefertigten Aktenstücke diktierte oder revidierte er selbst, alle einlaufenden sah er durch. Schon in seiner Jugend hatte er sich nicht bloß eine sichere Kenntnis der lateinischen Sprache, sondern auch Verständnis des Deutschen und der meisten slavischen Dialekte verschafft. Manche Werke lateinischer Autoren, vorzüglich der Militärschriftsteller las er selbst, aber auch in theologischen Fragen war er nicht unbewandert. Der auflebende Humanismus, zu dessen hervorragendsten Vertretern in Ungarn des Königs Kanzler Johann Vitéz von Zredna, Bischof von Großwardein, später Erzbischof von Gran, und dessen Neffe, Johann von Csezmicze (Janus Pannonius), Bischof von Fünfkirchen, ein leichtfertiger Dichter, gehörten [2]), fand in Matthias einen warmen Freund. Besonders in den späteren Jahren seiner Regierung, nachdem er sich im Jahre 1476 mit

1) H. Ermisch, Studien zur Geschichte der sächsisch-böhmischen Beziehungen 1464—1471.

2) G. Voigt, Die Wiederbelebung des classischen Alterthums (2. Aufl.) II, 319 ff. Die litterarische Bedeutung des Vitéz schildert besonders Fraknói, Vitéz János élete (Leben des Johann Vitéz), Budapest, 1879.

der gebildeten und prachtliebenden Beatrix von Neapel vermählt hatte, war der ungarische Hof der Sammelplatz italienischer Schöngeister, mit denen sich der König selbst gern unterhielt und die ihn für seine Freigebigkeit in Gedichten und Geschichtswerken zu den Sternen erhoben. Dichter, Redner, Philosophen, Ärzte, Astrologen, Theologen und Alleswisser hatten sich auf den Ruf des Königs, oder um seine Gunst und Unterstützung zu gewinnen, am Hofe zu Ofen eingefunden [1]). Die größte Bedeutung erlangte Anton Bonfini aus Ascoli, der ohne eingehende Studien, aber in eleganter Form den Livius nachahmend, eine ungarische Geschichte schrieb, welche eine sehr große Verbreitung gefunden und bis auf die neueste Zeit außerordentliches Ansehen genossen hat. Mit ungeheuern Kosten suchte sich Matthias auch Abschriften griechischer und lateinischer Klassiker zu verschaffen. Unter der Aufsicht des der lateinischen, griechischen, arabischen und chaldäischen Sprache kundigen Ragusaners Felix waren in der zweiten Hälfte seiner Regierung in Ofen dreißig und auch in Florenz eine größere Zahl von Abschreibern thätig, um die handschriftlichen Werke des Altertums zu kopieren, welche dann mit prachtvollen Initialen und Miniaturen ausgestattet und kostbar eingebunden und im schön dekorierten Bibliotheksgebäude der Ofner Burg aufgestellt wurden. Mit einem Aufwande von jährlich 33 000 Dukaten brachte Matthias eine Handschriftenbibliothek zusammen, die mehrere tausend Bände zählte und sich, wenn auch nicht an innerem Werte, so doch an Pracht und Umfang mit den berühmtesten Bibliotheken jener Zeit messen konnte und einen der italienischen Humanisten, den Florentiner Naldus Naldius, sogar zu einem weitläufigen Lobgedicht begeistert hat [2]).

1) Wertvolle Beiträge zur Charakteristik des K. Matthias findet man in der Schrift: De egregie, sapienter et iocose dictis et factis Matthiae I. regis von Galeotto Marzio, einem dieser Lobredner, ap. Schwandtner, R. Hung. SS. I, 534—565. Eine weitläufige Charakterschilderung auch ap. Bonfinius, Dec. IV, lib. 4. 7 u. 8, und von Neueren bei Mailáth, Gesch. der Magyaren (2. Aufl.) II, 256 bis 274, dem es freilich an Kritik fehlt, und Teleki V, 508—530.

2) Abel Eugen, Die Bibliothek des Königs Mathias Corvinus, in

Da sowohl die 1367 von Ludwig I. gegründete Universität Fünfkirchen wie eine später vom Könige Sigmund in Ofen errichtete Hochschule nach kurzer Zeit wieder eingegangen waren, erwirkte sich Matthias wahrscheinlich auf Betreiben des Johann Vitéz und Janus Pannonius vom Papste Paul II. 1465 neuerdings die Erlaubnis zur Errichtung einer Universität, die 1467 in Presburg eröffnet wurde. Vitéz gewann für dieselbe mehrere hervorragende Professoren wie den berühmten Astronomen und Mathematiker Müller von Königsberg (Regiomantanus). Auch einzelne Professoren der Wiener Universität erhielten dort Urlaub, um in Presburg Vorlesungen zu halten. Doch scheint diese Universität nach wenigen Jahren wieder eingegangen zu sein, da der König Matthias eine Hochschule in seiner Hauptstadt Ofen errichtete. Der frühzeitige Tod ihres Gründers machte freilich auch dieser Universität bald ein Ende [1]).

Neben den Wissenschaften förderte Matthias besonders die Architektur und Kunst. Die früheren Residenzschlösser in Ofen und Vissegrád wurden von ihm vollständig umgebaut, in der luxuriösesten Weise ausgestattet und mit Gemälden und plastischen Kunstwerken geschmückt.

Dabei suchte er das Land auch in materieller Beziehung zu heben und berief zu diesem Zwecke aus Italien Männer, die eines rationelleren Feldbaues, der Käsebereitung, der Gärtnerei

„Literar. Berichte aus Ungarn" II, 556 ff. (mit Untersuchungen über die noch erhaltenen Hss. aus der Corviniana).

1) Ábel, Egyetemeink a Középkorban, Budapest 1881, in deutschem Auszuge: „Ungarische Universitäten im Mittelalter", in der „Ungar. Revue" 1881, S. 496—514, der aber die Presburger Universität erst nach dem Tode des K. Matthias eingehen läßt und das „universale gymnasium" in Ofen nicht für eine eigentliche Hochschule, sondern nur für ein theologisch-philosophisches Fachstudium hält. Daß die Nachricht des um 1585 schreibenden Heltai, K. Matthias habe ein für die Unterbringung von 40000 Studenten und ihrer Professoren bestimmtes riesiges Gebäude begonnen, auf einer falschen Deutung der Überreste des alten römischen Standlagers beruhe, zeigt Fr. Salamon in „Budapesti Szemle" XLIII (1885), 321 sqq. Über die älteren ungarischen Universitäten s. auch Denifle, Die Universitäten des Mittelalters I, 413 ff.

kundig waren, um die Kenntnis dieser Zweige auch in Ungarn zu verbreiten.

Vor allem aber ragte Matthias als Kriegsmann hervor. Ein geübter Reiter und gewandter Fechter, allen Strapazen sich unterziehend, war er bei den Soldaten, die er alle beim Namen zu nennen wußte, sehr beliebt. Als Beispiel seines Mutes erzählte man sich, daß er bei der Belagerung der Festung Sabacz in einem Nachen im Angesichte der Feinde den geeignetsten Angriffspunkt zu entdecken gesucht, das er ein anderesmal als Bauer verkleidet das türkische Lager ausgekundschaftet habe. Er schuf auch, und zwar zunächst hauptsächlich aus den Trümmern der Scharen Giskras und der Brüderrotten, ein stehendes Heer, das Anfangs allerdings nur klein war [1]), aber später in Beziehung auf Zahl wie auf taktische Ausbildung alle andern im Abendlande übertraf. So drückend aber auch die dadurch notwendig werdenden Steuern waren und so sehr namentlich die Großen über die ewigen Kriege und das bei aller Einhaltung der konstitutionellen Formen oft gewaltthätige Auftreten des Königs murrten, so war er doch bei den unteren Volksklassen wegen seiner strengen Gerechtigkeitsliebe und seiner Sorge für die Ruhe im Innern sehr beliebt [2]).

Bei allen seinen glänzenden Eigenschaften hat aber Matthias seinem Lande weniger genützt, als man erwarten sollte, und zwar war die Hauptursache davon seine verkehrte auswärtige Politik.

Die Interessen Ungarns hätten ihn nach Süden gewiesen, wo es galt, gegen die Türken, welche das Abendland, in erster Linie aber Ungarn, mit Überflutung bedrohten, feste Dämme aufzuführen.

1) Nach einem leider nur summarisch bekannten Berichte des venetianischen Gesandten vom Dezember 1463 in Mon. Hung. Mátyás k. korából I, 263 f. hatte der König damals 2000 Reiter und 5000 Fußgänger zur Verfügung, zu denen noch 12000 Reiter kamen, welche die Prälaten und Barone stellten.

2) Über die inneren Verhältnisse unter Matthias s. Feßler-Klein III, 176 ff.

Es fehlte nicht an Mahnungen für Matthias, seine ganze Kraft gegen diese gefährlichen Feinde zu wenden. Wie er Anfangs 1462 den Venetianern meldete, wurden durch die Türken in den drei vorhergehenden Jahren allein wenigstens 200 000 Bewohner aus Ungarn hinweggeschleppt [1]).

Im November 1460 wurde sein Oheim Szilágyi, der als „Gubernator von Siebenbürgen, Ban von Machow und Generalkapitän von Niederungarn [2])" mit der Verteidigung des Reiches gegen die Türken beauftragt war, bei einem Streifzuge von diesen östlich von Semendria geschlagen und nach der Niedermetzelung des größten Teiles seiner Truppen gefangen und dann in Konstantinopel mit 28 seiner Soldaten enthauptet [3]). Matthias, der damals noch vom Kaiser Friedrich im Besitz seiner Herrschaft bedroht und durch den Kampf gegen die böhmischen Bruderrotten in Oberungarn in Anspruch genommen war, wendete den Vorgängen im Süden seines Reiches nur geringe Aufmerksamkeit zu.

Im Jahre 1461 entschloß sich der walachische Woywode Wlad, Sohn des 1446 hingerichteten Drakul, einer der grausamsten Wüteriche, der den Woywoden Dan gestürzt hatte, zum Abfalle von den Türken und zu einem Bündnisse mit Ungarn. Den Versuch des Sultans, ihn nach Konstantinopel zu locken oder sich seiner Person durch Überfall zu bemächtigen, beantwortete er mit einem Angriffe auf Bulgarien und mit der Pfählung tausender von Türken, die in seine Hände gefallen waren. Als nun im Mai 1462 der Sultan selbst mit einem ungeheueren Heere in die Walachei einfiel, brachte Wlad alle Weiber und Kinder wie sämtliche Lebensmittel in die unwegsamen Wälder und beschränkte sich auch selbst auf die Niedermachung feindlicher Nachzügler und auf einzelne nächtliche An-

1) Mon. Hung. Mátyás k. korából I, 112.

2) Unter diesem Titel urkundet er noch am 6. Oktober 1460 in Siklos. Teleki X, 640.

3) Ebendorffer, p. 920, der obigen Monat angiebt, Bonfinius, Dec. IV, lib. 1, ed. Poson. 1744, p. 425, zu ganz falscher Zeit, und über den Ort IV, 4, p. 455. Bericht des venetianischen Bailo in Konstantinopel vom 5. Februar 1461 in Mon. Hung. I, 67.

griffe auf das türkische Lager. Der Sultan, der keinen Feind fand, zog sich daher schon im Juli mit großer Beute an Vieh aus dem unwirtlichen Lande zurück. Doch gelang es seinem Günstling Radul, Wlads Bruder, den er mit türkischen Truppen in der Walachei zurückgelassen hatte, die Einwohner auf seine Seite zu bringen, so daß Wlad nach Ungarn fliehen mußte. Als er dann einen Versuch machte, die Gunst des Sultans dadurch wieder zu gewinnen, daß er demselben zur Eroberung Siebenbürgens verhilflich zu sein versprach, und der Brief in die Hände der Ungarn fiel, ließ ihn der König Matthias im November einkerkern. Dieser selbst war besonders durch den gänzlichen Mangel an Geld verhindert worden, dem Woywoden rechtzeitig zuhilfe zu kommen, obwohl man mit Recht in der Walachei die Vormauer Siebenbürgens sah [1]).

Schon das folgende Jahr vollendete die Umklammerung Ungarns durch die Türken auf der ganzen Südseite infolge des Falles des Königreiches Bosnien.

Nachdem der König Stephan Thomas im Juli 1461, wie es heißt durch seinen eigenen Sohn Stephan, den Tod gefunden hatte, suchte dieser die Unterstützung der abendländischen Christenheit, besonders die Gunst des Papstes zu gewinnen, der ihm auch die gewünschte Krone schickte. Obwohl dadurch der König Matthias seine oberhoheitlichen Rechte auf Bosnien verletzt sah, ließ er sich dann doch infolge der Bemühungen des Papstes gegen Zahlung einer bedeutenden Geldsumme und Abtretung mehrerer bosnischer Festungen zur Aussöhnung mit dem Könige Stephan und zum Abschlusse eines Bündnisses mit demselben bewegen. Indem nun aber der bosnische König dem Sultan den bisher gezahlten Tribut verweigerte, beschwor er seinen Untergang herauf. Schon im Frühjahr 1463 zog Muhamed II. mit einem Heere von angeblich mehr als 150000 Mann von Adrianopel gegen Nordwesten. Einen

1) Mit Zinkeisen II, 165—176 sind über die Vorgänge in der Walachei die Berichte in Mon. Hung. Mátyás kir. korából I, 142—147, 167 f. und 172 zu vergleichen.

Teil unter dem Pascha von Serbien, Ali Beg, schickte er an die untere Save, um den ungarischen König von einer Unterstützung Bosniens abzuhalten, mit dem Hauptheere wollte er selbst in Bosnien einbrechen. Das von steilen Gebirgen durchzogene Land mit seinen zahlreichen auf Felsen gelegenen Burgen hätte sich bei kräftiger Verteidigung gegen die meist aus Reiterei bestehende türkische Armee jahrelang halten können. Aber der Sultan hatte seine Gegner noch während seines Aufenthaltes in Adrianopel durch die Zusicherung eines fünfzehnjährigen Friedens in Sicherheit gewiegt, so daß dieselben durch seinen Angriff überrascht wurden, und dann ward die Kraft der Bosnier durch den Haß der ketzerischen Patarener gegen die Katholiken, zu denen auch der König übergetreten war, gelähmt. Die wichtigsten Festungen, Bobovac unweit Wisoka an der Bosna, die frühere, wie Jaica am Verbas, die gegenwärtige Residenz, ergaben sich ohne Widerstand. Der König selbst wurde auf der Flucht in Kljutsch nordwestlich von Jaica eingeholt und durch die Zusicherung von Leben und Freiheit zur Ergebung bewogen, später aber auf Befehl des Sultans hingerichtet. Mit der Gefangennehmung des Königs war jede einheitliche Verteidigung zu Ende, die einzelnen Burgen wurden nach einander bezwungen. In wenigen Wochen war Bosnien in den Händen der Türken, welche zahllose Einwohner in die Sklaverei schleppten. Nur Stephan Vukčić behauptete sich noch im Herzogtum des hl. Sabas (Hercegowina) [1]).

König Matthias stand mit einem Heere noch in Futak oberhalb Peterwardein, als die Selbständigkeit Bosniens bereits vernichtet worden war. Nachdem Ali Beg durch eine ungarisch-polnische Truppenabteilung zweimal geschlagen und über die Save zurückgeworfen worden war, drang Matthias selbst in Serbien ein, verwüstete das Land weit und breit und verschaffte 15000 Ungarn, die von den Türken weggeführt worden waren, die Freiheit wieder. Nachdem er hierauf am 12. September 1463 in Peterwardein mit Venedig ein Bündnis gegen die

1) Klaić-Bojničić, Gesch. Bosniens, S. 411 ff.

Türken geschlossen hatte [1]), wendete er sich mit dem noch schlagfertigen Teile seines Heeres nach Westen, fiel in Bosnien ein, eroberte mit Unterstützung des Sohnes des Herzogs Stephan Vukčić, Wladislaw, und anderer Großer zahlreiche Burgen zu beiden Seiten des Verbas und endlich nach einer fast dreimonatlichen Belagerung am Weihnachtstage auch die starke Festung Jaica. Erst im Januar, als die Strenge des Winters die Fortsetzung des Krieges unmöglich machte, zog er sich aus Bosnien zurück, um sich endlich zum Könige krönen zu lassen. Die Verwaltung des eroberten Teiles von Bosnien übertrug der König seinem bisherigen Schatzmeister Emerich von Zapolya [2]).

Im Sommer 1464, wo auch der Papst Pius II. an der Spitze eines christlichen Kreuzheeres zur See gegen die Türken ziehen wollte, schickte der Sultan 20000 Mann nach Bosnien und folgte dann persönlich mit weiteren Truppen nach. Über einen Monat setzte er der Festung Jaica mit Geschützen von ungeheuerer Größe und mit Minen hart zu und hatte bereits einen Teil der Mauer zu Falle gebracht, als ihn die Nachricht von der Annäherung eines ungarischen Heeres zum Abzuge von der tapfer verteidigten Stadt bewog [3]). Hierauf drang Matthias im Oktober in das nordöstliche Bosnien, die Landschaft Uzora,

1) Theiner, Vet. Mon. Hung. II, 380. Am 8. September urkundete Matthias noch in Nandoralba (Belgrad), am 23. Juni vorher in Futak. Teleki XI, 62. 76.

2) Über seine Kriegsthaten im Jahre 1463 berichtet K. Matthias selbst an den Papst d. d. in oppido Dombro regni Sclavonie 27. Jan. 1464 ap. Katona XIV, 624 sq. 666 sqq. Vgl. die übrigen ibid. p. 619 bis 633 und 652—666 gesammelten Stellen, wie die Notizen im Bericht an die Stadt Frankfurt bei Janssen, Reichscorresp. II, 240 vom 25. Jan. 1464, und Mon. Hung. Mátyás kir. korából I, 244, und Teleki III, 341—357, der sich nur zu viel auf Bonfinius verlassen hat.

3) Nach Bonfinius, Dec. III, lib. 1 (Schluß), der sich übrigens auch hier, besonders in chronologischer Beziehung, noch immer als unzuverlässig erweist, führte Zapolya ungarische Truppen herbei und verbreitete sich nur das Gerücht von dem Anmarsche des Königs, nach dem undatierten Schreiben des Matthias ap. Katona XIV, 724 scheint dieser selbst das Heer geführt zu haben. Die Zeit ergiebt sich aus Mon. Hung. l. c. I, 286.

ein, erstürmte die Festung Srebrenik, besetzte das dabei liegende Silberbergwerk, dessen Ertrag auf jährlich 24 000 Dukaten geschätzt wurde, und belagerte dann die auf einem Berge gelegene Festung Zwornik an der Drina. Das schlechte Wetter und die grundlosen Wege machten aber endlich die Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich. Da auch ein Sturm von der tapferen Besatzung abgeschlagen wurde, so sah sich der König genötigt, nach der Mitte des November die Belagerung aufzuheben und mit Zurücklassung eines Teiles des Belagerungsgeschützes sich nach Ungarn zurückzuziehen [1]).

Nach der Eroberung der nordwestlichen und nordöstlichen Grenzgebiete Bosniens gab Matthias die Fortführung des Offensivkrieges gegen die Türken auf, obwohl ihn der Papst ununterbrochen dazu antrieb, und sah sogar unthätig zu, wie die Hercegowina, deren Fürst ihn um Unterstützung bat, 1466 großenteils in die Hände der Türken fiel [2]).

Da die übrigen Mächte Europas mit Ausnahme Venedigs, das sich ebenfalls nach Frieden sehnte, nicht zur Teilnahme am Kampfe gegen die Ungläubigen zu bewegen waren, so war es für Ungarn in der That schwer, jahrelang allein die Last desselben zu tragen. Da das Landesaufgebot nicht verpflichtet war, über die Grenze zu ziehen, das stehende Heer aber damals noch sehr klein war, so mußte ein Eroberungskrieg gegen die Türken hauptsächlich mit Söldnern geführt werden, die sehr viel Geld kosteten [3]). Nun hatten allerdings die Kardinäle nach

1) Vgl. mit Bonfinius, Dec. IV, lib. 1 den interessanten Bericht des Grafen Sigmund von Pösing, d. d. Koczsse 15. Dezember 1464 bei Bachmann, Briefe und Acten, in F. R. Austr. XLIV, 591 und die Berichte aus Venedig in Mon. Hung. l. c. I, 297. 301. 306 sq.

2) Mon. Hung. l. c. II, 5—7. 13. Vgl. 43. 47. 49.

3) Nach einem Berichte vom Jahre 1464 (nicht 1471) in Mon. Hung. II, 232 war der gewöhnliche Sold der ungarischen Reiter im Lande selbst oder an dessen Grenze monatlich 3, jener der Fußgänger 2 Dukaten, während die Deutschen, Polen und Böhmen einen höheren Sold und auch Ersatz für alle Schäden (an Pferden u. s. w.) forderten. Selbst für ein Heer von nur 10 000 Mann hätte also der Sold 300 000 Dukaten im Jahr betragen, mehr als die regelmäßigen Einkünfte des Königs

dem Tode des Papstes Pius II. im August 1464 das von diesem für den Kreuzzug gesammelte Geld, 42500 Dukaten, dem ungarischen Könige geschickt, wozu auch später noch einige kleinere Sendungen des Papstes Paul II. und wiederholt einige tausend Dukaten vonseite Venedigs kamen [1]). Aber diese Summen reichten zur Bestreitung der Kriegskosten bei weitem nicht aus; das meiste mußte in Ungarn selbst aufgebracht werden. Zur Vermehrung seiner Einkünfte setzte der König auf einem Reichstage in Ofen im März 1467 eine Steuerreform durch, wonach der „Dreißigste", von dem sich sehr viele Personen und Körperschaften Befreiungen verschafft hatten, durch einen neuen Grenzzoll, den alle mit Ausnahme der Adeligen entrichten sollten, ersetzt werden, und ebenso an die Stelle des bisherigen „Kammergewinns" eine nur andersbenannte, aber alle außer dem Adel und der Geistlichkeit belastende Steuer in der Höhe eines Fünfteldukatens von jedem Thore treten sollte [2]).

Ein zu scharfes Anziehen der Steuerschraube konnte aber sehr gefährlich werden. Schon am 18. August 1467 verbanden sich eine Anzahl von adeligen Sachsen und Szeklern Siebenbürgens im Namen ihrer Stammesgenossen zum Schutze ihrer Freiheiten gegen die Unterdrückungen des Königs und wählten die siebenbürgischen Woywoden, die Grafen Johann und Sigmund von St. Georgen und Pösing und Berthold von Ellerbach, und die von Matthias zu erblichen Grafen der Zips ernannten Emerich und Stephan von Zapolya zu ihren Leitern und Anführern, indem sie sich verpflichteten, auch gegen den König zur Erreichung des angeführten Zieles einträchtig ein-

(ohne die direkten Steuern, die vom Reichstage abhingen), da nach dem Bericht des päpstlichen Legaten in „Fortsetzung d. Allgem. Welthistorie", 49. Teil II, 16, derselbe vom Salz 80—100000 Dukaten, von der Münze und den Bergwerken 44—54000, von den Zöllen 82—100000 und von den Juden und dem Kupfer 30000 Dukaten, zusammen 236000—284000 Dukaten einnahm.

1) Teleki XI, 124. Mon. Hung. l. c. I, 291. 295. 311. 336. 343. 345.

2) Katona XV, 206sqq. Vgl. Teleki III, 506ff.

ander beizustehen. Wenn schon der hervorragendste Günstling des Königs, Emerich Zapolya, zum Aufstande bereit war, so mußte die Unzufriedenheit einen sehr bedenklichen Grad erreicht haben. In der That schlossen sich bald auch andere, wie die Ungarn des Klausenburger Comitates, der Bewegung an. Ehe aber dieselbe noch das ganze Land ergriffen und sich militärisch genügend organisiert hatte, erschien der König in der zweiten Hälfte des September unvermutet mit einem Heere in Siebenbürgen und erregte unter den Aufständischen einen solchen Schrecken, daß dieselben durch rasche Unterwerfung sich zu retten suchten. Der König war klug genug, gerade die hervorragendsten Magnaten zu verschonen und allen mit Ausnahme der Haupträdelsführer Amnestie zu versprechen, obwohl er später den Siebenbürgern eine Geldstrafe von 400000 Goldgulden auflegte und einige hinrichten ließ [1]).

Auch der Woywode Stephan von der Moldau, der unter der Oberhoheit Polens stand, soll die aufständischen Siebenbürger begünstigt haben und dies eine der Ursachen gewesen sein, weswegen Matthias noch Ende November mit einem Heere durch den Oitos Paß in dessen Land einbrach, um ihn zu stürzen und einen Prätendenten an dessen Stelle zu setzen. Als er aber, alle Ortschaften niederbrennend, über Roman gegen Suczawa vordrang, wurde er am 15. Dezember süd-

1) Die wichtigste Quelle hierfür ist die von Firnhaber im „Notizenblatt der kais. Akad.“ 1852, S. 193 ff. mit Erläuterungen mitgeteilte Urk. vom 18. August 1467, aus der sich doch ergeben dürfte, daß die Erzählung des Bonfinius, Dec. 4, lib. 1, wonach die Siebenbürger den Grafen Johann von Pösing sogar zum Könige ausgerufen hätten, schwerlich richtig ist, obwohl auch im Schreiben des K. Matthias vom 17. August bei Palacky, Gesch. Böhmens IV, 2, 445, N. 295, und in dessen Urk. d. d. Thorda 3. Okt 1467 ap. Katona XV, 229 Johann als Haupt der Abgefallenen bezeichnet wird. In Berichten des mailändischen Gesandten in Venedig in Mon. Hung. l. c. II, 67 sq. und 91 sq. wird neben einigen Baronen, darunter uno chiamato Embrig (Emerich Zapolya) auch der (Erz-) Bischof von Calocsa, der kurz vorher auf Verwendung des K. Matthias die Kardinalswürde erhalten hatte, unter den Rebellen genannt. Im allgemeinen s. Teleki III, 532 ff.

westlich von dieser Stadt in Banya (Baja) bei Nacht vom Woywoden überfallen und erlitt, wenn er auch den Angriff nach hartem Kampfe zurückschlug, so empfindliche Verluste, daß er einen schnellen Rückzug antreten mußte [1]).

Bei der Erschöpfung Ungarns und der Unzufriedenheit vieler seiner Bewohner würde man dem Könige keinen Vorwurf machen können, wenn er den Krieg gegen die Türken eingestellt und sich auf die Verteidigung beschränkt hätte, um dem Lande Zeit zur Erholung zu gönnen und erst unter besonders günstigen Verhältnissen den Kampf wieder aufzunehmen. Allein Matthias dachte nicht daran, die Waffen ruhen zu lassen, nur wendete er sie nicht mehr gegen die Ungläubigen. Nicht die Verteidigung des christlichen Glaubens und der abendländischen Kultur gegen die wilden Türken sah er fortan als das würdigste Ziel seiner Politik an. Er begann vielmehr jetzt Vergrößerungsplänen im Westen nachzujagen, die auf die Dauer doch nicht zu realisieren waren, während sie ihn hinderten, die Türken in nachhaltiger Weise zu bekämpfen und sein Reich gegen die von Süden her drohenden Gefahren dauernd zu schützen.

Seinem Schwiegervater Georg von Böhmen war er infolge der zweideutigen Haltung, welche dieser seit 1459 eingenommen hatte, längst innerlich entfremdet. Als nun im Februar 1464 seine junge Gemahlin im Wochenbette starb [2]), war auch das äußere Band, das ihn mit demselben verknüpft hatte, abgerissen. Schon im Oktober 1465, wo der Papst Paul II. sich zum Bruche mit Podiebrad entschlossen hatte, bot Matthias jenem seine Unterstützung an, „um die Treulosigkeit der Gottlosen zu zermalmen“ [3]). Der Papst hatte damals von diesem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht, weil dann die Fortsetzung des Türkenkrieges unmöglich gewesen wäre. Als aber König Georg nicht bloß der katholischen Liga sich gewachsen zeigte,

1) Mit den ungarischen Darstellungen bei Thwrocz, lib. IV, cap. 66 und Bonfinius, Dec. IV, lib. 1, p. 427, ist auch die polnische bei Dlugosz, lib. XIII, col. 416 sqq. zu vergleichen.

2) Dlugosz XIII, 328.

3) Katona XV, 135.

sondern auch den Kaiser in Österreich bedrängte, und der Papst sonst nirgends Hilfe fand, da warfen alle ihr Auge auf den König von Ungarn [1]). Im Namen der Liga erschien der Bischof Protas von Olmütz bei demselben, um ihn zum Einschreiten zu bewegen, wobei er von den bischöflichen Räten des Matthias eifrig unterstützt wurde. Gleichzeitig fand sich ein päpstlicher Legat beim Könige ein. Auch der Kaiser, der vom Prinzen Victorin in die Enge getrieben wurde, drängte den König Matthias zur Hilfeleistung und soll ihm dafür ebenso wie der Papst Hoffnung auf die Würde eines römischen Königs gemacht haben [2]). Sie begegneten damit übrigens nur den Wünschen des ungarischen Königs, der schon seit dem Herbste 1466 in seinen diplomatischen Noten einen sehr gereizten Ton gegen Böhmen angeschlagen hatte [3]), als hätte er absichtlich einen Bruch herbeiführen wollen. Obwohl die Unterhandlungen, welche die Türken seit mehreren Jahren mit Ungarn und Venedig über den Abschluß eines Friedens oder längeren Waffenstillstandes führten, bisher noch immer keinen Erfolg gehabt hatten und überhaupt vonseite der Pforte nicht sehr ernstlich gemeint gewesen zu sein scheinen [4]), so ließ sich Matthias doch zum Angriffe auf Podiebrad bewegen, indem er mit Sicherheit erwartete, daß der Sieg ihm die böhmische Königskrone bringen würde. Am 31. März 1468 erklärte er als Bundesgenosse des Kaisers und Beschützer der böhmischen Katholiken dem Georg von Podiebrad den Krieg und rückte unmittelbar darauf

1) Über den folgenden Krieg zwischen K. Matthias und Georg von Podiebrad bis zum Tode des letzteren hat Palacky IV, 2, 500—664 eingehend und auf Grund sorgfältiger Forschung gehandelt, der einen Teil der benutzten Akten später in seinen „Urkundlichen Beiträgen" (F. R. Austr. XX, 523 sqq.) veröffentlicht hat. Über die Haltung Polens siehe Caro V, 1, 294—336.

2) So nach einer 1469 von Matthias an K. Georg, von diesem an Albrecht von Brandenburg gemachten Mitteilung. Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 568.

3) Teleki XI, 164 ff.

4) Notizen darüber seit 1465 in Mon. Hung. I, 351; II, 71. 75. 79. 81.

durch Österreich, wo er sich mit den Truppen des Kaisers unter Grafenecker vereinigte, gegen Znaim vor.

Das Heer des Matthias war nicht sehr groß, indem es nur aus etwa 11 000 Reisigen, darunter viele böhmische und polnische Söldner, und mehreren tausend Fußgängern bestand. Aber es war kampfgeübt und mit großen und kleinen Geschützen und Kriegswagen auf das beste ausgerüstet. König Georg, durch den Aufstand eines großen Teiles seiner Unterthanen gelähmt, vermochte denn auch bald ihm nicht mehr zu widerstehen. Langsam, aber unaufhaltsam machte Matthias Fortschritte. Bis zum Oktober hatte er nach mehreren siegreichen Treffen ganz Mähren bis auf den Spielberg bei Brünn, die Stadt Ungarisch Hradisch und einige kleinere Punkte, in seine Gewalt gebracht. Auch die letzten festen Plätze, welche Georg in Schlesien und der Lausitz noch behauptet hatte, mit Ausnahme von Troppau, waren zur Übergabe gezwungen worden. In Böhmen selbst hatten sich Johann von Rosenberg und die Stadt Budweis der katholischen Liga angeschlossen.

Nachdem die ungarischen Stände im Herbste eine außerordentliche Kriegssteuer bewilligt hatten [1]), nahm Matthias nach Neujahr 1469 den Krieg mit verstärkten Kräften auf. Am 12. Februar überlieferte die Besatzung des Spielbergs, vom Hunger bezwungen, die tapfer verteidigte Festung. Schon am folgenden Tage trat Matthias mit seinem Heere den Zug nach Böhmen selbst an, in der Absicht, zunächst das reiche Bergwerk bei Kuttenberg wegzunehmen, dessen Erträgnis damals, vielleicht allerdings übertrieben, wöchentlich auf 2600 Mark oder 13000 böhmische Gulden geschätzt wurde [2]). In größter Eile rückte er vor, ohne sich mit der Belagerung der Städte Leitomischl, Hohenmauth und Chrudim aufzuhalten. Da aber König Georg ihn bei Časlau mit einem Heere erwartete, das an Reiterei zwar schwächer, aber an Fußvolk dem seinigen bedeutend überlegen war, so schwenkte er nach Süden ab, vielleicht um sich

1) Katona XV, 358.
2) Palacky IV, 2, 523.

nach Iglau zurückzuziehen. Plötzlich sah er sich zwischen den mit tiefem Schnee bedeckten Höhen bei Wilimow von den Böhmen auf allen Seiten eingeschlossen, die Ausgänge durch Verhaue versperrt. Nur durch einen Frieden glaubte er sich noch retten zu können. Er machte daher seinem ehemaligen Schwiegervater Friedensanträge und schloß mit demselben bei einer Zusammenkunft unter vier Augen (um den 27. Februar) ein geheimes Abkommen. Matthias versprach „mit Handschlag, Wort und Ehre", beim Papste es durchzusetzen, daß Georg und die Böhmen den Gebrauch der Kommunion unter beiden Gestalten beibehalten dürften. Er teilte zugleich dem böhmischen Könige die ihm vom Papste und vom Kaiser bezüglich der römischen Königskrone gemachten Versprechungen mit und bat ihn auch um seine Stimme, wogegen er ihm die eroberten Städte und Schlösser wieder zurückstellen wollte. Vorläufig wurde bis zum 3. April ein Waffenstillstand geschlossen, während dessen beide Könige mit ihren Räten in Olmütz zusammenkommen sollten, um einen definitiven Frieden zustande zu bringen.

Die Nachricht von diesen Vorfällen rief bei den Gegnern des böhmischen Königs einen ungeheueren Schrecken hervor. Der päpstliche Legat Lorenz Rovarella, Bischof von Ferrara, der eben auf einem Reichstage in Regensburg vergeblich einen Kriegszug gegen die böhmischen Ketzer durchzusetzen bemüht gewesen war, eilte persönlich nach Olmütz, um eine Aussöhnung des Königs von Ungarn mit Podiebrad zu hintertreiben. Auch die Bischöfe Rudolf von Breslau und Protas von Olmütz, Zdenko von Sternberg und seine Freunde wie Abgeordnete der Breslauer und anderer Städte fanden sich in Olmütz ein, während Georg in Sternberg blieb. Die Unterhandlungen begannen aber erst am 7. April, weswegen man den Waffenstillstand verlängert hatte.

Der päpstliche Legat stellte so übertriebene Forderungen, daß Georg unmöglich darauf eingehen konnte. Dieser sollte mit seinen Hausgenossen zum katholischen Glauben übertreten, den Erzketzer Rokycana ausliefern, den König Matthias zu seinem Sohne annehmen und ihm schon jetzt von allen seinen Unter-

thanen den Treueid schwören lassen. Matthias sollte alles behalten dürfen, was er inne habe, und auch den Erzbischof von Prag und alle Geistlichen einsetzen, um die Ketzerei auszutilgen. Die Mitglieder der katholischen Liga beschlossen schon am 12. April die Wahl des Matthias zum Könige von Böhmen, um ihn fester an sich zu ketten. Sie kamen damit übrigens offenbar nur einem geheimen Wunsche desselben entgegen, da seine Vertrauten den Ligisten dazu geraten hatten. Denn für Matthias war die Krone Böhmens besonders deswegen von Wert, weil er durch den Besitz derselben deutscher Reichsfürst wurde und als solcher mehr Aussicht hatte, das letzte Ziel seiner Wünsche, die römische Königskrone, zu erreichen. Wenn er trotzdem mit der Annahme der Wahl zum Könige von Böhmen zögerte, so geschah es nur, um von den päpstlichen Legaten ein bindendes Versprechen zu erhalten, daß sie ihm von Deutschland 12 000 Mann Hilfstruppen, oder, was ihm noch lieber gewesen wäre, woher immer 200 000 Goldgulden Subsidien verschaffen würden.

So mußten die Unterhandlungen mit Georg notwendig erfolglos bleiben, und es war bloßes Gaukelspiel, wenn sie bis zum 1. Mai fortgesetzt wurden. Es wurde zwar noch eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes bis Neujahr beschlossen. Aber Matthias gab zu, daß er am 3. Mai feierlich zum Könige von Böhmen gewählt wurde, und ließ sich dann in Mähren, Schlesien und von den Lausitzern die Huldigung leisten.

Die Annahme der böhmischen Krone durch Matthias zeigte endlich dem Könige Georg, daß diplomatische Mittel ihm keine Rettung zu bringen vermöchten, und rief ihn zu seiner früheren Thatkraft zurück. Zugleich entschloß er sich, um den Beistand Polens zu gewinnen, vom böhmischen Landtage mit Umgehung seiner eigenen Söhne den Prinzen Wladislaw, ältesten Sohn des Königs Kasimir, zu seinem Nachfolger wählen zu lassen, unter der Bedingung, daß derselbe sich mit seiner Tochter Ludmilla vermähle und seine Söhne im Besitze ihrer Herrschaften lasse. Bei den rechtgläubigen Polen erregte freilich der

Gedanke an die Heirat des Prinzen mit einer Ketzerin großes Entsetzen, und Kasimir schob auch jetzt eine Entscheidung hinaus.

Da Georg sich nun auch durch den in Olmütz geschlossenen Waffenstillstand nicht mehr für gebunden hielt, so begann er Anfangs Juli 1469 auf allen Seiten den Krieg und führte denselben um so glücklicher, als Matthias den größeren Teil seiner Truppen entlassen hatte. Zwar fiel der unbesonnene, hitzige Prinz Victorin schon am 27. Juli bei Wessely an der March in die Hände der Ungarn. Aber in Böhmen wurden die Mitglieder der Liga hart bedrängt, so daß viele, wie die Hasenburg, Rosenberg, Schwamberg u. s. w. sich durch Neutralitätsverträge zu retten suchten. Die Oberlausitz und Schlesien, wo nur Breslau noch immer großen Eifer für den Krieg an den Tag legte, wurden von Böhmen her verwüstet oder gebrandschatzt. In Mähren ward Ende Oktober das auf allen Seiten mit Basteien eingeschlossene Hradisch vom Prinzen Heinrich entsetzt, die Ungarn unter persönlicher Anführung des Matthias in die Flucht getrieben. Selbst die Breslauer sehnten sich endlich nach Frieden, und ihr Bischof, der päpstliche Legat Rudolf, sprach sein Bedauern aus, daß der Papst in dieser Sache schlecht unterrichtet worden sei, und daß man diesen Krieg angefangen habe, dessen Urheber ihre Seele mit schwerer Sünde belastet hätten. Auch der Kaiser, gegen den Georg von Böhmen den Herzog Karl von Burgund auf den deutschen Thron zu bringen suchte, zeigte keine Lust mehr, dem ungarischen Könige zum Besitze von Böhmen zu verhelfen, da er diesen in Verdacht hatte, daß er seine Unterthanen gegen ihn unterstütze, und er durch dessen Übermacht am meisten selbst bedroht worden wäre.

Im Jahre 1470 wurde der Krieg mit neuem Eifer aufgenommen, nachdem Matthias es durchgesetzt hatte, daß der ungarische Reichstag ihm von jedem Thore einen Dukaten, das Fünffache der gewöhnlichen Steuer, bewilligt hatte [1]), während in Böhmen zur Verteidigung des Reiches eine Landwehr eingeführt worden war. Doch auch in diesem Jahre, wo wieder

1) Katona XIV, 418.

das unglückliche Mähren den gewöhnlichen Kriegsschauplatz bildete, erfolgte keine Entscheidung. In einzelnen Treffen waren die Ungarn überlegen. Aber ein verheerender Einfall in Böhmen, den Matthias Ende August über Hohenmauth bis Časlau unternahm, endete mit einem raschen Rückzuge, als ein böhmisches Heer unter Anführung der Königin Johanna herbeieilte. Am Ende des Jahres war der ungarische König ebenso weit von der Eroberung des ganzen böhmischen Reiches entfernt wie am Anfang. Die Unzufriedenheit seiner Anhänger wurde immer größer. Die Breslauer, deren Handelsverkehr gelähmt war, schalten und fluchten über die Geistlichen; die schlesischen Fürsten waren jeden Augenblick zum Abfalle von Matthias bereit. Selbst unter den Ungarn griff die Unzufriedenheit über die Politik ihres Königs immer weiter um sich.

Da Matthias auch einen Bruch mit dem Kaiser fürchten mußte, so machte er Anfangs 1471 seinem Gegner Friedensanträge. Danach sollte Georg bis zu seinem Tode die Regierung in Böhmen behalten, aber von Matthias beerbt werden. Dafür wollte dieser den Prinzen Victorin zum Fürsten von Schlesien oder Mähren machen und zugeben, daß dieser oder einer seiner Brüder ihm auf dem böhmischen Thron folge, wenn er selbst keinen Sohn hinterließe. Sogar der Papst, bei dem namentlich der König von Polen und die Herzoge von Sachsen sich für Georg verwendeten, zeigte sich geneigt, über die böhmische Frage neue Verhandlungen einzuleiten.

Aber gerade als die Aussichten für Georg sich auf allen Seiten günstiger gestalteten, starb derselbe am 22. März 1471 an der Wassersucht, nachdem genau einen Monat früher Rokycana, der erste und einzige erwählte utraquistische Erzbischof, aus dem Leben geschieden war.

Was Georg, dem als Politiker bei aller seiner Schlauheit die Nüchternheit, die klare Berechnung seiner Machtmittel und der Tendenzen der übrigen Fürsten fehlte, auf dem Gipfel seines Glückes angestrebt hatte, Böhmen zu einer der ersten Mächte, sich zum Mittelpunkte des europäischen Staatensystems zu machen, das hatte er freilich nicht erreicht. Sein Können

hatte dem phantastischen Wollen nicht entsprochen. Aber der größte Theil des böhmischen Volkes bewahrte ihm mit Recht ein dankbares Andenken, da er es vor der Überflutung durch beutegierige oder fanatische Kriegerscharen und vor einer gewaltsamen, nicht ohne furchtbare Greuel durchführbaren Vernichtung seines Glaubens bewahrt und seine Selbständigkeit, wenn auch nicht seine Integrität, gerettet hat. Daß er aus dem Leben abberufen wurde, ehe er diese Güter dauernd zu sichern vermochte, war das größte Unglück, das Böhmen unter den damaligen Verhältnissen treffen konnte.

Die Böhmen nahmen jetzt auf ihren vor zwei Jahren gefaßten Beschluß, den Prinzen Wladislaw von Polen als Nachfolger Georgs anzuerkennen, keine Rücksicht, sondern sahen den Thron als erledigt an. Georgs Söhne, von denen übrigens Victorin noch als Gefangener in Ungarn lebte, scheinen die Krone selbst nicht gewünscht zu haben, die sie kaum zu behaupten imstande gewesen wären. Der Herzog Albrecht von Sachsen, Georgs Schwiegersohn, hatte unter den Adeligen der anstoßenden böhmischen Gebiete manche Anhänger, vermochte aber doch nicht durchzudringen. Zugunsten des Königs Matthias warfen die Anhänglichkeit der katholischen Liga und der Besitz des größten Teiles von Mähren, Schlesien und der Lausitz ein bedeutendes Gewicht in die Wagschale. Für ihn wirkte auch Prinz Victorin, den er während des Aufenthaltes desselben in Ungarn durch Versprechungen ganz für sich gewonnen hatte. Man nahm denn auch auf die ungarische Partei soweit Rücksicht, daß der Wahllandtag nicht in Prag, sondern in Kuttenberg abgehalten wurde, wo außer den Anhängern des Matthias auch der Bischof Johann Beckenslaher von Erlau und der siebenbürgische Woywode Nikolaus Csupor als dessen Gesandte sich einfanden. Aber bei den meisten Utraquisten war Matthias, der bisher ihr hartnäckigster und gefährlichster Feind gewesen war, zu verhaßt, als daß sie sich zur Unterwerfung unter dessen Herrschaft hätten entschließen können. Der Landtag wählte am 27. Mai den fünfzehnjährigen Prinzen Wladislaw von Polen, da nicht bloß die nationale

Verwandtschaft für diesen sprach, sondern dessen Vater auch die Unterstützung Böhmens mit seiner ganzen Macht und seine kräftige Verwendung für die Anerkennung der Kompaktaten durch den Papst in Aussicht stellte. Am 22. August wurde Wladislaw durch einen polnischen Bischof in Prag gekrönt, nachdem er die Aufrechthaltung der Kompaktaten und der Freiheiten Böhmens gelobt hatte.

Natürlich dachte Matthias nicht daran, zugunsten des neuen Königs auf seine Ansprüche zu verzichten, nachdem er für den böhmischen Krieg bereits mehr als 2000000 Dukaten aufgewendet hatte. Der päpstliche Legat Rovarella mußte ihn jetzt im Namen des Papstes als König von Böhmen bestätigen. Doch standen die Aussichten anfangs für ihn nicht sehr günstig. Manche frühere Gegner des ketzerischen Georg, namentlich fast alle oberschlesischen Fürsten, schlossen sich dem katholischen Wladislaw an [1]). Matthias erbot sich daher im Sommer 1471, wenn seiner Krönung zum böhmischen Könige keine Schwierigkeiten bereitet würden, den Prinzen Wladislaw an Sohnes Statt anzunehmen und als Nachfolger anzuerkennen und auch selbst eine Tochter des polnischen Königs zur Ehe zu nehmen. Kasimir wies aber diese Anträge zurück, da Matthias um diese Zeit in Gefahr war, nicht bloß Böhmen, sondern auch die Krone von Ungarn zu verlieren.

Die Ungarn wurden immer unzufriedener mit der Politik ihres Königs und mit dessen Kriegen gegen Böhmen, welche ungeheure Summen verschlangen und das Reich wehrlos gegen Süden machten. Schon im Frühsommer 1469 hatte der Woywode Stephan von der Moldau einen Raubzug nach Siebenbürgen unternommen und bald darauf neuerdings zu demselben Zwecke ein Heer dorthin geschickt [2]). Die Türken machten von Bosnien und der Hercegowina her seit 1467 jedes Jahr Einfälle in die angrenzenden ungarischen und venetianischen

1) Über die Ereignisse in Böhmen seit dem Tode des K. Georg siehe Palacky V,1, 3—52. Vgl. Caro V,1, 336—350.

2) Dlugosz XIII, 445. 447.

Gebiete, gegen Sebenico und Zara oder gegen Korbavien und Zengg, wobei nicht bloß das Land verwüstet, sondern auch die Bewohner weggeschleppt wurden [1]). Im Jahre 1469 fand sogar ein dreimaliger Einbruch der türkischen Renner statt. Ende März oder Anfangs April wurde das Gebiet der Grafen von Korbavien und Zengg ausgeplündert [2]). Im Mai drang ein größerer Heerhaufen, der auf 10000 Mann geschätzt ward, durch Kroatien über die Kulpa bis Krain vor. Vom Pfingstsonntage (21. Mai) an, wo die Türken bei Möttling erschienen, verwüsteten sie zwei Wochen lang das Land bis unter die Mauern von Laibach. Die Kirchen und Wohnungen wurden ausgeplündert und verbrannt, Kinder und alte Leute in Stücke gehauen oder aufgespießt, die Erwachsenen in die Sklaverei geführt. Erst als in Krain, wo von jedem Hause ein Mann gestellt werden sollte, ein Heer sich sammelte und die Kroaten ihnen den Rückzug abzuschneiden drohten, zogen sie sich mit Tausenden von Gefangenen nach Bosnien zurück [3]). Ende September kam wieder eine Schar in die Nähe von Agram und wurde nur durch die hochangeschwollene Save am Überschreiten derselben gehindert, während sie am rechten Ufer bis Gurkfeld streifte. Der Adel von Südungarn, der sie verfolgte, erlitt eine Niederlage [4]). Auch im Oktober 1470

1) Darüber nur kurze Notizen in Mon. Hung. Mátyás kir. korából II, 67. 68. 75. 87. 90 (letzteres wohl auch von 1468).

2) Ibid. p. 101.

3) Berichte aus Venedig ibid. p. 117. 122. 127. Unresti Chron. Austr. ap. Hahn, Collectio I, 562. Unrest war damals Pfarrer zu St. Martin am Techelsberge nördlich vom Wörther See. S. über sein Werk Krones im „Archiv f. österr. Gesch.“ XLVIII, 421 ff.

4) Bericht eines Egerer Gesandten aus Wien vom 23. November in F. R. Austr. Dipl. XLII, 482. Unrest, S. 564. Urk. der Bürger von Agram vom 3. Oktober ap. Katona XV, 406, wonach dieser Einfall his diebus, videlicet post festum s. Michaelis arch. proxime praeteritum stattfand. Dlugosz XIII, 454 läßt ein ungeheures Heer der Türken, als schon Schnee und Eis war, bis in die Gegend von Cilli vordringen, was die neueren Historiker mit Unrecht auf den im Mai unternommenen Einfall beziehen.

wurden Siebenbürgen und Kroatien ausgeplündert und verheert und dann noch einmal um Weihnachten die ungarischen Grenzgebiete heimgesucht [1]). Im Jahre 1471 erbauten die Türken zwischen Belgrad und dem ungarischen Teile von Bosnien, um einen geschützten Punkt zur Überschreitung der Save zu gewinnen, die Festung Sabacz, welche die Ungarn vergebens zu erobern oder zu zerstören versuchten [2]). Zugleich begannen dieselben wieder ihre Raubzüge. Nachdem Isabeg, Statthalter von Bosnien, Anfangs Mai das Gebiet bis unter die Mauern von Spalato, Sebenico und Zara ausgeplündert hatte, drang er mit einem Reitercorps Anfangs Juni unvermutet durch Kroatien bis Laibach und Krainburg vor, überschritt dann auch die obere Save, wobei die Türken durch das Sannthal bis vor Cilli kamen, und zog erst beim Anmarsche eines kärntnerischen Hilfscorps nach Bosnien zurück. Auf 30000 wurden die Menschen geschätzt, welche getötet oder in die Sklaverei geführt wurden. Im August drangen die Türken wieder bis in die Gegend von Agram, im November über den Karst bis in die Nähe von Görz vor [3]).

Darf man sich da wundern, wenn selbst patriotisch gesinnte Ungarn es mißbilligten, daß Matthias auch nach dem Tode Georgs von Podiebrad den Kampf um die böhmische Krone noch fortsetzte, während nach der Wahl des Prinzen Wladislaw, der auch auf die Hilfe Polens rechnen konnte, ein Erfolg immer

1) Dlugosz l. c. 461.

2) Bonfinii Dec. IV, l. 2, p. 440.

3) Alle drei Einfälle, vom Juni, August und November, verzeichnet Unrest, S. 574, den ersten wie den Einbruch in Dalmatien auch der mailändische Gesandte Gerard de Collis in Berichten aus Venedig vom 13. Mai, 14. und 18. Juni in Mon. Hung. l. c. II, 219. 224. Dlugosz XIII, 476sq. erwähnt auch alle drei, teilt aber zugleich den ersten in drei, wobei das erste- und zweite Mal je 20000, das dritte Mal 30000 Menschen weggeführt worden wären und die Türken das erste Mal 3 Monate Krain verwüstet hätten. Gegen Ilwof, Die Einfälle der Osmanen in die Steiermark in „Mittheil. d. hist. Ver. f. Steiermark" X, 222ff. glaube ich mich hauptsächlich an den in der Nähe lebenden Unrest halten zu sollen.

unwahrscheinlicher wurde? wenn sie glaubten, Ungarn solle mit den Nachbarn im Westen und Norden sich aussöhnen und seine ganzen Kräfte auf den Schutz des Reiches gegen die furchtbaren Feinde der Christenheit wenden? Da aber nicht zu erwarten war, daß der eigensinnige Hunyady sich zur Aufgebung seiner Pläne entschließen würde, so sollte er gestürzt und an seiner Stelle der zweite Sohn des polnischen Königs, der junge Prinz Kasimir, auf den ungarischen Thron erhoben werden. Von 75 Komitaten sollen nach der Angabe eines Bewunderers des Matthias nur 9, von sämtlichen Prälaten nur der Erzbischof Gabriel von Calocsa, von den hervorragenderen Magnaten nur der Palatin Michael Országh dem Könige unwandelbar treu geblieben sein. Das Haupt der Unzufriedenen war der Graner Erzbischof Johann Vitéz, der nicht bloß es mißbilligte, daß der König zum Zwecke des böhmischen Krieges auch die hohe Geistlichkeit besteuerte, sondern sich persönlich gekränkt fühlte, weil derselbe ihm den Zehnten des reichen Erträgnisses der Münze und andere Einkünfte vorenthielt und ihm seinen neuen Günstling, den Erlauer Bischof Johann Beckenslaher [1]), einen Breslauer von niedriger Herkunft, vorzuziehen begann. Außer ihm werden sein Neffe Johann von Csezmicze, Bischof von Fünfkirchen, der Bischof von Agram und Reinold Rozgonyi als Häupter der Verschwörung genannt.

König Kasimir von Polen war zwar persönlich von übergroßem Ergeize wie von Thatendrang frei. Aber die Aussicht, daß seine Söhne wie in Polen und Böhmen, so auch in Ungarn herrschen sollten, war doch zu verlockend, als daß er nicht endlich auf die Anträge der ungarischen Unzufriedenen hätte eingehen sollen. Auch hatte er das Erbrecht seiner Gemahlin, der Schwester Ladislaus des Nachgebornen, auf die Länder desselben immer festgehalten. Auf das Drängen des Erzbischofs von Gran, des Bischofs von Fünfkirchen und des Reinold Rozgonyi sendete er Anfangs Oktober 1471 seinen

1) So, d. h. Beckenschlager, nicht Beckensloer, wie er immer genannt wird, schreibt Eschenloer, sein Landsmann, den Namen.

Sohn Kasimir mit 12 000 Mann nach Ungarn, wohin auch die Truppen, welche Wladislaw zur Krönung nach Prag begleitet hatten, marschieren sollten. In dem am 20. September erlassenen Manifest, das der Graner Erzbischof verfaßt haben soll, trat Kasimir als Erbe dieses Reiches auf und machte dem Matthias seine Usurpation, die Preisgebung des Landes an die Türken und die Unterdrückung seiner Bewohner zum Vorwurfe.

Allein Matthias hatte durch Graner Domherren früh genug von den Plänen seiner Gegner Nachricht erhalten. Noch im Juli eilte er mit genügender Bedeckung aus Mähren nach Ofen. Hier konzentrierte er alle verfügbaren Truppen und berief dann auf den September einen Reichstag dahin, indem er sich stellte, als wenn er gegen niemanden einen bestimmten Verdacht hegte. Er verstand es, die Verschworenen teils durch politische Konzessionen oder persönliche Gunstbezeugungen und Versprechungen zu gewinnen (Ujlaky ward Titular-König von Bosnien), teils durch sein sicheres Auftreten einzuschüchtern und so die Opposition im Keime zu ersticken.

Als der Prinz Kasimir nach längerem Zögern endlich Anfangs November über Kaschau und Erlau gegen Pest vordrang, war in Ungarn bereits ein vollständiger Umschwung eingetreten. Fast keiner der Großen schloß sich ihm an. Er mußte in Hatvan Halt machen und sich dann in nordwestlicher Richtung nach Oberungarn zurückziehen, wo ihm auf Befehl des Graner Erzbischofs, der auch Verweser des Bistums Neitra war, diese Stadt mit der Burg die Thore öffnete. Er wäre vielleicht selbst in die Hände seines Gegners gefallen, wenn nicht Matthias aus Mißtrauen auf einen Teil seiner Truppen einen ernstlichen Kampf vermieden hätte. Das polnische Heer löste sich auf, indem die deutschen Söldner nach Ablauf ihrer Dienstzeit nachhause zogen. Auch Kasimir verließ am 27. Dezember Neitra, das von der zahlreichen Besatzung nach kurzer Belagerung übergeben ward. Die wenigen festen Plätze, die noch in den Händen der Polen waren, wurden ihnen teilweise schon in den nächsten Monaten wieder entrissen. Dem Johann

Vitéz, der sich in die Burg von Gran eingeschlossen hatte, sicherte der König auf die Verwendung mehrerer geistlicher und weltlicher Großen am 19. Dezember gegen Erneuerung des Treueides und Öffnung seiner Burgen feierlich Verzeihung zu, was ihn nicht hinderte, ihn dann trotzdem einige Zeit gefangen zu halten, nachdem er ihn unter falschem Vorwande nach Ofen gelockt hatte. Als er freigelassen wurde, ward er unter die Aufsicht des Bischofs von Erlau gestellt, eine Demütigung, die der Greis nicht lange überlebte. Denn schon am 8. August 1472 schied er aus dem Leben, worauf der König Johann Beckenslaher zu seinem Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle von Gran ernannte. Auch sein Neffe, der Bischof von Fünfkirchen, der sich nach Agram geflüchtet hatte, starb noch im nämlichen Jahre [1]).

Wenn auch Matthias durch sein eben so kluges wie kräftiges Auftreten die ihm drohende Gefahr glücklich abgewendet hatte, so fand er doch für seinen Krieg gegen Böhmen bei den Ungarn nur geringe Unterstützung und auch die katholische Liga war nicht für eine weitere Fortführung des Kampfes. Anderseits fehlte dem Könige Kasimir und seinem Sohne Wladislaw nicht bloß die notwendige Energie sondern auch das Geld, um die schwierige Lage, in der sich Matthias eine Zeit lang befunden hatte, zu einem entscheidenden Schlage zu benutzen. Da beide Teile gelähmt waren, so gaben sie bereitwillig den Wünschen des neuen Papstes Sixtus IV. Gehör, der, um die christlichen Waffen gegen die Türken wenden zu können, auch zwischen Ungarn und Polen einen Ausgleich zustande zu bringen be-

1) Hauptquelle für diese Vorgänge in Ungarn ist Dlugosz XIII, 464. 470—473. 477 sq. und in zweiter Reihe Eschenloer, Geschichten von Breslau II, 217. 234. 246 ff. und die ungarischen Historiker Thwrocz l. IV, cap. 67, und Bonfinii Dec. IV, l. 3. Vgl. damit das Manifest Kasimirs, die Gesetze des Ofener Reichstags vom 18. Sept. 1471, und die Verträge mit dem Graner Erzbischof ap. Katona XV, 496. 511. 521. 554, wie die Berichte bei Palacky, Gesch. Böhmens V, 1, 57, N. 36, und 59, N. 37. Von neueren Darstellungen s. Teleki IV, 192. 227 sqq. 244 sqq. Feßler-Klein III, 91 ff. Caro V, 1, 350 ff.

müht war. Schon am 31. März 1472 kam eine allgemeine Waffenruhe zustande, die dann bis in den Sommer 1474 dauerte. Wiederholt fanden während dieser Zeit unter Vermittlung des päpstlichen Legaten Marcus Barbo, Patriarchen von Aquileja, Friedensverhandlungen statt, die aber erfolglos blieben, weil Matthias verlangte, daß ihm zum Ersatz für seine großen Kriegskosten alle böhmischen Nebenländer abgetreten oder 1500000 Dukaten gezahlt und er außerdem als Adoptivvater Wladislaws und bis zu seinem Tode auch als Regent in Böhmen anerkannt werden sollte, was weder die Polen noch die Böhmen zugeben wollten.

Als endlich der Krieg wieder ausbrach, fiel Kasimir von Polen Ende September 1474 mit einem Heere von angeblich 60000 Mann und 5000 Kriegswagen in Oberschlesien ein und überschritt bei Krappitz die Oder, um auf dem linken Ufer derselben sich mit seinem Sohne Wladislaw zu vereinigen, der 15—20000 Mann aus Böhmen herbeiführte, und dann durch die Einnahme von Breslau wenigstens für Schlesien die Entscheidung herbeizuführen. König Matthias hatte einschließlich der Besatzungen nur wenig über 6000 Mann und 900 Kriegswagen zur Verfügung, mit denen er sich in einem verschanzten Lager bei Breslau aufgestellt hatte [1]). Aber seine Soldaten waren fast alles kampfgeübte Söldner, er selbst im Kriege erfahren und zum kräftigsten Widerstande entschlossen, während seinen Gegnern ein tüchtiger, angesehener Anführer fehlte. Auch litten die Polen infolge ihrer sinnlosen Verwüstungen und der Niederbrennung hunderter von Ortschaften bald Mangel an Lebensmitteln. Matthias ließ ihnen durch seine leichten Truppen nicht bloß ihre Provianttransporte aus Polen und Böhmen wegnehmen, sondern durch ein Streifcorps unter Stephan Zapolya einen verheerenden Raubzug bis Meseritz und Posen

1) Um sich gegen Angriffe von Norddeutschland her zu sichern, bestätigte er jetzt den 1472 erfolgten Verkauf des Herzogtums Sagan an die Herzoge von Sachsen und erteilte diesen die Belehnung. „Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens“ I, 213ff.

unternehmen, dessen Vorstädte angezündet wurden. Bei der wachsenden Not ging daher Kasimir Anfangs November bereitwillig auf Unterhandlungen ein, welche Zdenko von Sternberg und andere böhmische Herren veranlaßt hatten. Am 15. November kamen die Könige Kasimir und Matthias persönlich im Dorfe Groß-Mochbern vor Breslau zusammen und wenige Tage darauf einigte man sich über den Abschluß eines Waffenstillstandes, der am 8. Dezember unterzeichnet ward und bis zum 25. Mai 1477 dauern sollte.

Es kam später wohl noch zu einzelnen Feindseligkeiten mehr lokaler Natur, aber zu keinem größeren Feldzuge mehr. Am 28. März 1478 wurde zwischen den böhmischen und ungarischen Bevollmächtigten in Brünn ein Friede vereinbart, dem aber Matthias die Anerkennung versagte. Doch schloß er auf etwas veränderter Grundlage am 30. September in Ofen neue Präliminarien ab, die am 21. Juli 1479 bei einer persönlichen Zusammenkunft der Könige Matthias und Wladislaw in Olmütz bestätigt wurden. Nach den Bestimmungen des Ofener Friedens sollte Wladislaw nur im Besitze von Böhmen bleiben, Matthias dagegen außer dem Titel eines Königs von Böhmen auch sämtliche Nebenländer, Mähren, Schlesien und die Lausitz behalten und Wladislaw ihm alles einräumen, was er hier noch besaß. Erst nach dem Tode des Matthias sollte Wladislaw oder sein Nachfolger diese Länder um 400000 Dukaten wieder einlösen dürfen; doch sollten sie ohne Lösegeld an Böhmen zurückfallen, wenn Matthias oder einer seiner Erben und Nachfolger nach dem Tode Wladislaws zu dessen Nachfolger gewählt würde [1]).

So war auch diesmal die Zurückführung Böhmens in den Schoß der katholischen Kirche und die Vernichtung der utraquistischen Ketzerei nicht gelungen, obwohl die Päpste sich nicht

1) Über die Vorgänge in Böhmen und die Beziehungen zu Ungarn seit der Krönung Wladislaws s. Palacky, Gesch. Böhmens V, 1, 53 bis 207. Vgl. Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, 326 ff mit den Noten, und Caro V, 1, 357 ff.

gescheut hatten, zu diesem Zwecke die Wunden wieder aufzureißen, die seit der Beendigung des Husitenkrieges besonders unter der sorgfältigen Pflege Georgs von Podiebrad zu vernarben begonnen hatten. Dem böhmischen Staatswesen selbst war allerdings ein tötlicher Schlag beigebracht worden. Nicht bloß der materielle Wohlstand war durch die zehnjährigen Kämpfe schwer geschädigt, die königliche Macht gelähmt, sondern aller menschlichen Voraussicht nach das böhmische Reich selbst in Trümmer geschlagen, da kaum je ein Herrscher in der Lage war, für die Rücklösung der Nebenländer die ungeheuere Summe von 400 000 Dukaten zu zahlen.

Matthias hatte Ende 1474 den Waffenstillstand mit Böhmen und Polen besonders deswegen geschlossen, um endlich den Wünschen der Ungarn entsprechend alle Kräfte gegen die Türken wenden zu können. Denn auch nach 1471 hatten sie ihre Einfälle in die nordwestlichen Nachbarländer fortgesetzt und dieselben Greuelthaten verübt wie in den vorhergehenden Jahren. Im Sommer 1472 waren sie von Bosnien aus durch Kroatien längs der Save bis Krain, vielleicht sogar bis in die Gegend von Pettau und Marburg, im September bis St. Daniele in Friaul, im November noch einmal bis Görz und Istrien gedrungen [1]). Ende September 1473 erschienen sie unter Isabeg, Krain über Sichelburg und Treffen bei Laibach vorbei in zwei Tagen durchziehend, über den Paß der Kanker unvermutet bei Kappel in Kärnten, setzten über die Drau, raubten, brannten und mordeten in der Umgebung von Klagenfurt bis Feldkirchen und St. Veit und zogen mit tausenden von Gefangenen über Bleiburg, Windischgrätz und Cilli nachhause [2]).

1) Dlugosz XIII, 487. Vgl. Romanin, Storia doc. de Venezia IV, 365. Die Annalen von St. Paul in Kärnten, mitgeteilt von Krones im „Archiv f. österr. Gesch." XLVIII, 510, N. 145 erwähnen einen Einfall in campo Drauensi in limitibus Marchpurge et Pettau um den 29. Juni.

2) Vgl. mit Unrest S. 578 f. die Annalen von St. Paul a. a. O., N. 146, und die Notiz bei Dimitz, Gesch. Krains I, 286, N. 1, der selbst sich freilich zu viel auf Megiser, und solche die ihm folgten, verlassen hat.

Schon Anfangs Juni 1474 drangen die Türken wieder bis in die Gegend von Laibach und ins Sannthal, im Juli über die Save bis Kreuz, Kopreinitz, Warasdin und Pettau vor; im Herbste erfolgten neue Einfälle bis in das Karstgebiet [1]). Die ungarischen Geschichtschreiber jener Zeit, die als ihre Aufgabe nur die Verherrlichung des Königs ansahen, hielten es nicht für der Mühe wert, von dem Elend, das die Türken über Ungarn brachten, Notiz zu nehmen. Aber der damals in der Nähe des Wörther Sees lebende Pfarrer Unrest faßt das Ergebnis der bisherigen Türkenkriege in die kurzen aber um so ergreifenderen Worte zusammen: der Türke hat in Krain wohl den halben Teil, in der Grafschaft Cilli, in Kärnten, am Karst, in Istrien einen großen Teil verbrannt und an Leuten und Gut beraubt, das Krabatenland fast ganz verbrannt und beraubt und das Volk verführt bis auf etliche Städte und Schlösser, die sich noch halten, in dem Sager (Zagorien) den meisten Teil, in der Banschaft im windischen Lande (zwischen Sau und Drau), viel verbrannt und Leute und Gut verführt, in Ungarn, wie man schätzt, den vierten Teil an Leuten und Gut beraubt, in Siebenbürgen einen großen Teil verderbt. In der Banschaft sei oft zehn Meilen weit kein Haus noch Mensch gewesen [2]). Mag diese Schilderung auch vielleicht etwas übertrieben sein, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß seit 1469 nicht bloß Innerösterreich, sondern auch die ungarisch-kroatischen Gebiete furchtbar gelitten hatten.

Dessenungeachtet hätte König Matthias auch jetzt am liebsten gegen die Venetianer die Waffen ergriffen, die doch, seit sie im Jahre 1463 mit ihm ein Bündnis gegen die Türken geschlossen hatten, gegen diese ununterbrochen gekämpft hatten. Nicht bloß 1469 hatte er erklärt, er werde nur dann den

1) Unrest, S. 579. 581 f. Annalen von St. Paul a. a. O., S. 509 f., N. 143. 146, wie das wahrscheinlich in das Jahr 1474 zu setzende Schreiben des Stephan Frangepane, Grafen von Zengg, vom 18. Juli, in Mon. Hung. Mátyás kir. korából. II, 260.

2) Unrest, S. 581 f.

Krieg gegen die Türken wieder aufnehmen, wenn Venedig ihm Dalmatien abtrete [1]); sondern noch im Jahre 1473 hatte er mit dem Herzoge von Mailand, Galeazzo Maria Sforza, ein Bündnis geschlossen, in welchem besonders ein gemeinsamer Krieg gegen Venedig in Aussicht genommen war [2]). Als er aber in diesem Jahre für den Kampf gegen Polen eine Steuer erheben wollte, erklärten ihm seine Barone, daß sie ihm eine solche nur für einen Türkenkrieg bewilligen würden [3]). Es zeigte sich dies um so mehr gerechtfertigt, als Anfangs Februar 1474 der serbische Pascha Alibeg mit einem Schwarme unvermutet bis Großwardein vordrang, diese damals blühende Stadt mit Ausnahme der Burg einnahm, ausplünderte und verbrannte, viele Einwohner mordete und mit reicher Beute und zahlreichen Gefangenen ungefährdet nach Serbien zurückkehrte [4]). Auch im August verheerte eine Schaar von etwa 10000 Türken die Niederungen bis zur weißen Körös und brachte um den 1. September einer ungarischen Abteilung, die sie trotz ihrer Minderzahl angriff, eine Niederlage bei [5]).

Ein im Herbste 1474 in Abwesenheit des Königs gehaltener Reichstag beschloß für die Verteidigung des Landes gegen die Türken von jedem Thore eine Steuer von einem Dukaten zu erheben, bestimmte aber ausdrücklich, daß diese nicht für einen andern Zweck sollte verwendet werden dürfen [6]). Auch der im nächsten Frühjahre vom Könige einberufene Reichstag bewilligte für diesen Zweck die gleiche Steuer, deren Erträgnis man auf eine halbe Million Dukaten schätzte [7]). Wenn den Siebenbürger

1) Dlugosz XIII, 461.

2) Mon. Hung. l. c. II, 251—258.

3) Bericht an den Herzog von Mailand ibid. p. 245.

4) Alte Aufzeichnung ap. Katona XV, 725sqq. und ap. Kovachich, Script. minor. II, 11, und in etwas abweichender Fassung im sogen. Chron. Dubnic., in Hist. Hung. Fontes domestici SS. III, 197sqq. Dlugosz XIII, 540 setzt dies erst in die Zeit der Belagerung von Sabacz, also ins Jahr 1476.

5) Chron. Dubnic., p. 199sq.

6) Katona XV, 738sqq.

7) So ein Bericht an den Herzog von Ferrara aus Ofen vom 18. Juli

Sachsen wegen ihrer Armut gestattet wurde, statt dieser Steuer eine Pauschalsumme von 10000 Dukaten zu entrichten [1]), so ist dies ein Beweis, wie sehr auch ihr Gebiet durch die Einfälle der Türken gelitten haben mußte, da früher gerade sie durch Wohlhabenheit sich hervorgethan hatten.

Die Aussichten für den Krieg waren diesmal günstig. Als nach Neujahr 1475 ein türkisches Heer von angeblich 100000 Mann und 20000 Bauern unter Suleiman Pascha in die Moldau einbrach, um den Woywoden Stephan der Botmäßigkeit des Sultans zu unterwerfen, ließ dieser das ganze Gebiet, durch das die Feinde ziehen mußten, verwüsten und ihnen alle Zufuhren abschneiden, sodaß sie bald in große Not gerieten. Endlich griff sie Stephan, der ein Heer von 40—50000 Mann, unter diesen auch einige tausend Szekler und Ungarn gesammelt hatte, am 10. Januar in der Nähe des Flusses Berlat in einem engen und waldigen Thale, wo sie von ihrer Übermacht, besonders ihrer zahlreichen Reiterei, keinen Gebrauch machen konnten, mit Ungestüm an. Nach harten Kämpfen ergriffen die Türken am Morgen des dritten Tages die Flucht, auf der sie ebenso wie in der Schlacht selbst sehr große Verluste erlitten [2]). Um sich vor der Rache des Sultans zu schützen, bat der Woywode den ungarischen König um seinen Beistand und leistete ihm dafür die Huldigung [3]).

Um die Unterstützung der Walachen zu erhalten, entließ

1475, in Mon. Hung. l. c. II, 272, dagegen ein Schreiben des Bischofs von Breslau an die Görlitzer aus Neisse bei Palacky, Gesch. Böhmens V, 1, 136, N. 96, gar auf 1200000 Dukaten, während ein Bericht an den Herzog von Mailand von 1476 in Mon. Hung., p. 334, meldet, der eine schätze das Erträgnis auf 300000 der andere auf 400000 Dukaten. Die Reichstagsbeschlüsse vom 29. Mai 1475 ap. Kovachich, Suppl. ad Vest. Comit. II, 240 sqq.

1) Teleki XI, 537.

2) Bericht vom 24. Januar aus Torda an den König Matthias und des Woywoden Stephan selbst vom 25. Januar in Mon. Hung. l. c. II, 299—302. Vgl. Dlugosz XIII, 525 sq., nach dem die Schlacht am 17. Januar stattfand.

3) Mon. Hung. l. c. II, 272. Teleki XI, 540.

Matthias den Woywoden Wlad Drakul aus seiner Haft und suchte ihm wieder die Anerkennung seiner früheren Unterthanen zu verschaffen [1]).

Auch in seinem eigenen Lande machte Matthias umfassende Rüstungen, die sich leider bis in den nächsten Winter hinzogen. Erst im Dezember fuhr er mit seinem Heere, einer Flotille von 100 Schiffen und zahlreichen Geschützen die Donau hinab nach Belgrad [2]). Es galt der neu erbauten Festung Sabacz, die den Türken als Ausfallsthor für ihre Raubzüge nach Norden diente. Nach einem tapferen Widerstande von mehr als einem Monate kapitulierte die Besatzung, die von 1300 auf 700 Mann zusammengeschwunden war, am 15. Februar 1476 [3]). Doch setzte Matthias den Angriffskrieg gegen die Ungläubigen auch jetzt nicht weiter fort. Nachdem er rings um Semendria drei feste Türme errichtet hatte, kehrte er nach Ofen zurück.

Um so weniger ruhten die Türken, die von Südwesten wie von Südosten her ihre Angriffe fortsetzten. Dort hatten sie schon im August 1475 durch Kroatien einen Einfall in das Draufeld bei Pettau unternommen, einigen hundert Innerösterreichern, die sie verfolgten, an der Sottla eine empfindliche Schlappe beigebracht und später während des ganzen Oktobers Krain bis an die Grenze Kärntens verwüstet. Im Jahre 1476 unternahmen sie zwei größere Züge nach Nordwesten. Im Juli wüteten sie mit Mord, Raub und Brand in Krain und dem angrenzenden Teile Steiermarks bis gegen Cilli. Am 12. Oktober erschienen die türkischen Renner, etwa 8000 Mann stark, nachdem sie Krain im Fluge durchzogen hatten, von

1) Bericht an den Herzog von Ferrara in Mon. Hung. l. c.

2) Ibid. p. 272. 279sqq. 285. 287. 297. Mon. Habsburg. I, 2, 79, ein Verzeichnis der Geschütze u. s. w., wobei freilich die Angaben über die Zahl der Soldaten sehr übertrieben sind.

3) Bericht des Bischofs von Erlau an den Papst aus dem königlichen Lager vom 15. Februar, in Mon. Hung. l. c. II, 343. Vgl. IV, 317. Wenn Bonfinius, Dec. IV, l. 3, p. 453sq. unter Anführung genauer Details Sabacz erstürmt werden läßt, so ist dies nur ein neuer Beweis für die Unzuverlässigkeit desselben auch noch in dieser Zeit.

Weissenfels her in Tarvis, wendeten sich dann über Arnoldstein gegen Villach, übersetzten die Drau und drangen einerseits am Ossiacher See vorbei ins Gurkthal, anderseits längs des Wörther Sees über Klagenfurt, wo sie zwei Vorstädte verbrannten, bis St. Paul und St. Andrä im Lavantthal vor. Nachdem sie binnen fünf Tagen einen großen Teil von Kärnten ausgeraubt und verheert hatten, zogen sie plündernd und sengend über Windischgrätz, Cilli, Gurkfeld und durch das slavonische Banat nachhause [1]). Sowohl der Kaiser als auch die Stände von Innerösterreich thaten trotz Einhebung hoher Kopfsteuern nichts zur Abwehr der furchtbaren Feinde, gegen welche nur die zahlreichen festen Plätze einigen Schutz boten. Auch der König von Ungarn setzte ihrem Vordringen in dieser Richtung nicht die geringsten Hindernisse entgegen, obwohl auch Kroatien dadurch immer mehr verwüstet und entvölkert wurde.

Mehr Widerstand fanden die Türken im südöstlichen Ungarn. Als Alibeg Ende Juni 1476 mit 4—5000 Reitern von Semendria aus raubend bis in die Gegend von Temesvar vordrang, vereinigten mehrere ungarische Heerführer ihre Streitkräfte, griffen die Feinde in der Gegend von Pozsezsen südöstlich von Weißkirchen an und rieben dieselben großenteils auf [2]).

Im Juli 1476 drang der greise Sultan selbst mit einem sehr zahlreichen Heere, angeblich 90 000 Mann, darunter 9000, die der walachische Woywode Radul Bazarad gestellt hatte, in die Moldau ein. Eine türkische Flotte sollte die Belagerung der Festungen Kilia und Maurocastro (Akjermann) unterstützen, während von Osten her 10 000 Tataren die Moldau angriffen. Diesen brachten die Moldauer bei Maurocastro eine vollständige

1) Unrest, S. 589 ff. 604. 606 ff. Vgl. Ilwof, Einfälle der Osmanen in „Mitth. d. hist. Ver. f. Steierm." X, 237 ff., der aber den „Cholmas Tag" bei Unrest statt für den Colomanstag (13. Oktober) für den Kosmastag (27. September) hält.

2) Bonfinius, Dec. IV, l. 4, p. 455, dessen Behauptung, daß der Kampf jenseits der Donau stattgefunden habe, seiner eigenen Beschreibung widerspricht. Vgl. die Berichte vom 3. Juli und 8. September aus Ofen in Mon. Hung. l. c. II, 317. 325.

Niederlage bei. Gegen die Türken wendete der Woywode Stephan dieselbe Taktik an wie im vorigen Jahre, Wegführung oder Vernichtung der Lebensmittel, Rückzug der Bewohner in die Wälder, Überfall kleinerer türkischer Streifcorps. Doch wurde er in der ersten Hälfte des August unweit Roman in einen ernstlichen Kampf verwickelt und zum Rückzuge gezwungen, worauf die Türken Niemtzu belagerten und bis vor Suczawa und Choczim streiften. Mangel an Lebensmitteln und die infolge dessen im Heere wütenden Krankheiten wie die Nachricht, daß der ungarische Hofrichter Stephan Báthory von Siebenbürgen her mit einer zahlreichen Armee heranrücke, bewogen den Sultan noch im August zu einem eiligen Rückzüge nach Bulgarien. Báthory, Oberanführer der Truppen in Siebenbürgen, drang dann Ende Oktober in die Walachei ein, die gleichzeitig der Woywode von der Moldau angriff, schlug ein walachisch-türkisches Heer von 18 000 Mann bis zur Vernichtung, zwang den Woywoden Radul Bazarad zur Flucht und setzte statt desselben den Wlad Drakul als Herrn ein, nachdem er Bukarest mit dem größten Teile des Landes erobert hatte. Die Siegesbotschaft kam gerade erwünscht vor der Hochzeit des Königs mit Beatrix von Neapel, die mit einem Glanze und einem Aufwande gefeiert wurde, als wenn das Land in vollster Blüte gestanden und nicht unter den Raubzügen der Türken und dem Steuerdrucke geseufzt hätte. Aber schon am Beginn des folgenden Jahres ging nach einer Niederlage die Walachei wieder an die Türken und deren Vasallen Radul verloren; Wlad selbst wurde durch einen Diener hinterlistig ermordet. Auch die vor Semendria errichteten Befestigungen wurden von den Türken wieder genommen [1]).

1) Einigermaßen zusammenhängende Nachrichten über diese Kämpfe in der Moldau und Walachei giebt Dlugosz XIII, 544—549. 551. Doch werden diese durch Berichte in Mon. Hung. l. c. II, 316—326. 335. 339 und IV, 325, vom 3. Juli und 8. September aus Ofen und vom 1. Febr. 1477 an den Herrn von Mailand, vom 7. Aug. 1476 von einem Diener Drakuls, vom 16. August von Stephan Báthory, vom 4. und 8. Dezember vom Könige Matthias, wie durch die Schreiben Bá-

Dessenungeachtet unternahm Matthias nichts mehr zum Schutze seines Reiches gegen die Türken. Wieder begann er, von Haß und Ehrgeiz getrieben, einen Krieg im Westen, der jede nachhaltige Bekämpfung der gefährlichsten Reichsfeinde unmöglich machte, gegen den Kaiser.

Die Ursachen lagen teils in den innern Wirren in den österreichischen Ländern, teils in der Stellung des Kaisers zum böhmischen Thronstreite.

Fünftes Kapitel.

Kaiser Friedrich III. und Matthias von Ungarn.

Nach dem Tode des Erzherzogs Albrecht am 2. Dezember 1463 hatte es den Anschein gehabt, als sollten endlich bessere Zeiten für das unglückliche Österreich herankommen. Kaiser und Stände waren eifrig Hand in Hand gegangen, um Frieden und Sicherheit im zerrütteten Lande wieder herzustellen. Der österreichische Landtag bewilligte Ende 1465 eine bedeutende Summe, um die Ansprüche der Söldnerführer zu befriedigen und die wilden Brüderrotten aus dem Lande zu bringen [1]. Als ein Teil derselben im Frühjahr 1466 von Ungarn her

thorys an die Hermannstädter vom 2. Oktober aus Kronstadt und vom 11. November aus dem Lager bei Bukurest (Teleki XI, 570. 575) ergänzt und teilweise berichtigt. Vgl. auch Unrest, S. 605 f. und 610, und über die Folgen der hohen Steuern in Ungarn Chron. Dubnic., p. 200.

1) Bachmann, Reichsgeschichte I, 532 ff. 609 ff. Die Verhandlungen des Landtags von 1465 jetzt in F. R. Austr. XLIV, 597 ff. Über die Gewaltthaten der „Brüder“ noch im Herbste 1465 s. den Bericht vom 6. Oktober aus Neustadt an die Frankfurter bei Janssen, Reichscorrespondenz II, 245 ff.

wieder in Österreich eindrang und Pütten besetzte, vereinigten sich Österreicher und Ungarn gegen sie und drängten sie nach Mähren, wo der größere Teil vom König Georg in Sold genommen wurde, während die übrigen wieder in Ungarn einbrachen, sich in einem festen Lager bei Kostolan nördlich von Tyrnau festsetzten und die Umgegend brandschatzten und ausplünderten. Von österreichischen Truppen unterstützt schloß sie König Matthias daselbst ein und brachte sie nach fast zweimonatlicher Belagerung durch Abschneidung des Wassers auf das Äußerste, sodaß, als der Versuch, sich durchzuschlagen, nur wenigen gelang, die übrigen sich am 29. Januar 1469 auf Gnade und Ungnade ergaben. Von diesen wurden 200 mit dem Oberanführer aufgehängt, von den übrigen 550 viele im Kerker getötet [1]).

Leider verstand es der Kaiser auch jetzt nicht, in seinen Ländern eine geordnete Regierung herzustellen, durch Energie und kräftige Handhabung der Rechtspflege dem Adel zu imponieren und seine Gläubiger immer rechtzeitig zu befriedigen. Es brachen daher von Zeit zu Zeit immer wieder Unruhen aus, die bei den damaligen unklaren internationalen Verhältnissen leicht auch Kriege mit auswärtigen Fürsten zur Folge hatten.

Als Albrechts VI. früherer Kanzler, Jörg von Stein, nach einem mit dem Kaisrr geschlossenen Vertrage das ihm verpfändete Steier im Jahre 1465 zurückgeben sollte, verweigerte er dies, vielleicht weil ihm das vertragsmäßig ausbedungene Geld nicht zurückbezahlt war, und setzte Ende 1466 der Gewalt Gewalt entgegen. Er fand einen Helfer an Wilhelm von Puchheim, dem die Kaiserlichen das Schloß Rauhenstein bei Baden wegen einer Gewaltthat der Besatzung weggenommen hatten. Die beiden Adeligen, die sich dem König von Böhmen als Diener unterwarfen und von ihm Hilfstruppen erhielten,

1) Palacky IV,1, 522 f. und IV,2, 401. 409 ff. Vgl. den Bericht des Landmarschalls Jörg von Pottendorf, Anführers der österreichischen Hilfstruppen, an die Kaiserin, vom 31. Januar, in F. R. Austr. XLIV, 626.

begannen nun in Oberösterreich einen verheerenden Krieg, unter dem besonders die Klöster und Bauern zu leiden hatten. Nur durch eine große Geldsumme ließ sich Stein endlich zur Ruhe bringen. Da man aber wieder mit der Zahlung derselben Schwierigkeiten machte, so wendete er sich neuerdings an Georg von Böhmen [1]). Daß dieser nun Anfangs 1468 sogar seinen Sohn Victorin einen Einfall in Österreich unternehmen ließ, ist von welthistorischen Folgen gewesen, weil dies den Kaiser bewogen hat, gegen Böhmen den König Matthias von Ungarn zu Hilfe zu rufen.

Selbst in den Erblanden Friedrichs, in den innerösterreichischen Gebieten, nahm die Unzufriedenheit in bedenklichem Maße überhand.

In Triest bildete sich trotz der Begünstigung des dortigen Handels durch den Kaiser eine antiösterreichische Partei, welche die kaiserlichgesinnten im Jahre 1467 aus der Stadt vertrieb. Nach Weihnachten stellten zwar österreichische Truppen den Gehorsam wieder her und die Stadt mußte am 28. Mai 1468 die unbedingte Herrschaft der Herzoge von Österreich anerkennen, was der Kaiser benutzte, um (am 3. August) die Befugnisse seiner Beamten daselbst zu erweitern und sich namentlich das Recht zu sichern, in der Stadt ein oder mehrere Kastelle zu errichten. Das strenge Regiment des Hauptmanns Niklas Lueger führte aber schon im August zu einem Aufstande der untern Volksklassen und zur Vertreibung des Hauptmanns und vieler der österreichischgesinnten. Erst im Jahre darauf, im August 1469 nahm Lueger die Stadt mit Waffengewalt ein, ließ dieselbe plündern und die Hauptschuldigen strenge bestrafen [2]).

Sogar die Steiermark ward von der Bewegung ergriffen. Das Haupt derselben war Andreas Baumkircher, der früher als Feldhauptmann dem Kaiser wiederholt die wichtigsten

1) Kurz, Österreich unter K. Friedrich IV., II, 74 ff. Pritz, Gesch. des Landes ob der Enns II, 150 ff.

2) Krones, Handbuch II, 427 f. und die daselbst, S. 425, angeführten Quellen.

Dienste geleistet hatte, aber jetzt mit demselben zerfiel, vielleicht weil er sich nicht genug belohnt glaubte, vielleicht weil er mit dem Kaiser in finanziellen Fragen nicht ganz ausgeglichen war, vielleicht aber auch nur, weil er dessen Schwäche zur Vergrößerung seiner Güter benutzen wollte. Auch daß er wegen mehrerer Besitzungen in Ungarn zugleich Vasall des Königs Matthias war, konnte leicht Spannungen hervorrufen. Schon Ende 1467, also zur Zeit, wo Oberösterreich durch Jörg von Stein und Wilhem von Puchheim mit Krieg und Verwüstung heimgesucht war, bildete sich auch in der Steiermark ein Bund gegen den Kaiser, dessen Haupt Baumkircher war, an dem aber viele Edelleute teilnahmen, darunter außer Baumkirchers Schwiegersohne Johann von Stubenberg noch ein anderer Stubenberg, ein Lamberg, ein Weispriach, zwei Windischgrätz, Andreas Greißenecker und der auch in Ungarn begüterte Berthold von Ellerbach [1]). Auf eine Anzeige zweier Verbündeter wurden mehrere verhaftet, dann aber durch den Erzbischof von Salzburg, Gesandte des Königs von Ungarn und des Herzogs Sigmund von Tirol und innerösterreichische Adelige im April 1468 ein Ausgleich zustande gebracht, ehe die Bewegung noch recht zum Ausbruche gekommen war. Aber am 2. Februar 1469, während der Kaiser auf einer Wallfahrt nach Rom begriffen war, schlugen Baumkircher, Johann von Stubenberg und einige andere unvermutet los, brachten rasch die Städte Hartberg, Fürstenfeld, Feldbach, Marburg und Windisch-Feistritz und daß Schloß Wildon in ihre Hände und besetzten dann

1) Diese und mehrere andere nennt, allerdings mit sehr entstellten Namen, als colligati con Pankerichier, der als Gesandter des Herzogs von Mailand an den Kaiser geschickte Christoforus Bollatus in Beilage zu einem Schreiben aus Graz vom 13. Juli 1469, aber bei einigen mit dem Beisatze, daß sie sich schon mit dem Kaiser versöhnt haben, und bei Robertus Vindisglacer (Windischgrätzer) und Georgius Clodaner mit der Bemerkung: „questi duij nella persona hano acusato tuti li altri.“ Mon. Hung. Mátyás kir. korából II, 131. Daß Greißenecker „von der Landleut wegen, so mit ihm in Bündnis sind“, bei Sigmund von Tirol war, sagt ein Memoriale vom Jahre 1468 im „Diplomatarium Habsburgense“. F. R. Austr. Dipl. II, 150.

auch das ganze Mürzthal bis in die Nähe von Bruck. In kurzer Zeit war ein großer Teil der Steiermark in der Gewalt der Empörer. Nach der Rückkehr des Kaisers nach Kärnten erließ derselbe ein allgemeines Aufgebot. Am 5. April überfielen die Obersteirer unter Hans Ramung in Mürzzuschlag 1500 Leute Baumkirchers unter dem Böhmen Safran, erschlugen oder verbrannten den größten Teil derselben und nahmen die übrigen gefangen [1]). Dagegen brachte Baumkircher selbst, der vom nordwestlichen Ungarn her neue Verstärkungen erhalten hatte, dem Hauptmann der kaiserlichen Truppen, dem böhmischen Söldnerführer Holub, am 19. Juli bei Fürstenfeld eine empfindliche Niederlage bei und beraubte und verwüstete dann das ganze Land bis unter die Mauern von Graz. Noch bis zum nächsten Sommer dauerte der Krieg, wenn auch mit geringerer Heftigkeit fort. Erst am 30. Juni 1470 kam auf einem Generallandtage der drei innerösterreichischen Länder in Völkermarkt, bei dem der Kaiser selbst gegenwärtig war, nach langen Unterhandlungen mit Baumkircher und seinen Genossen ein Abkommen zustande. Der Kaiser versprach denselben Amnestie und die Zurückstellung der ihnen entrissenen Besitzungen, während sie die eroberten Städte und Schlösser erst nach Bezahlung der Forderungen ihrer Söldner im Betrage von 14000 Goldgulden herausgeben wollten. Da die von den Ständen zu diesem Zwecke bewilligte Kopfsteuer, welche jeder vom Bischofe und Grafen bis hinab zum Bettler in entsprechenden Abstufungen zahlen sollte, sehr lange nicht einging, so verging noch über ein halbes Jahr, bis die Feinde das verwüstete und ausgeplünderte Land vollständig räumten.

Es müssen aber auch dann noch einige Differenzen, vielleicht wegen der an Baumkircher verpfändeten Herrschaften, übrig geblieben sein, zu deren Lösung Baumkircher unter Zusage sichern Geleites nach Graz kam und auch Greißenecker

1) Über dieses Treffen s. außer Unrest, der Hauptquelle für die Baumkircherfehde, S. 561, auch den Bericht in F. R. Austr. Dipl. XLII, 467.

vom Kaiser dahin berufen ward. Sobald letzterer eingetroffen war, ließ der Kaiser am 23. April 1471 die Stadtthore schließen und Baumkircher wie Greißenecker, über dessen eigentliche Schuld uns gar nichts Näheres bekannt ist, verhaften und noch am nämlichen Abend enthaupten, Stubenberg und andere einkerkern [1]). Was immer den Kaiser zu dieser blutigen Gewaltthat bewogen haben mag, eingeschüchtert wurden dadurch die Unzufriedenen nicht. Baumkirchers erwachsener Sohn und einige Freunde desselben griffen neuerdings zu den Waffen und konnten teilweise nur durch Geld zur Ruhe gebracht werden.

Auch auf das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Könige von Ungarn war die Baumkircherfehde nicht ohne Einfluß.

Friedrich hatte im Herbst 1468, ehe er die Reise nach Italien antrat, dem Könige für ein Jahr alle Einkünfte von Österreich unter und ob der Enns verschrieben, wogegen Matthias versprach, während dieser Zeit Österreich gegen alle Angriffe von Böhmen her zu schützen, ohne Zustimmung des Kaisers mit den Feinden keinen Frieden oder Waffenstillstand zu schließen und demselben gegen jeden, der in dessen Ländern einen Aufstand erregen würde, Hilfe zu leisten [2]). Mußte es den Kaiser nun nicht mit Unwillen erfüllen, daß gerade Baumkircher, der wegen seiner ungarischen Besitzungen ein Unterthan des Matthias war, sich an die Spitze der steierischen Empörer stellte, daß der König dem Kampfe ruhig zusah, weitere Zuzüge von Ungarn her nicht hinderte und erst im Juli den Erzbischof von Gran nach Steiermark sandte, um einen Ausgleich

1) Fr. Krones, Andreas Baumkircher. Zur Gesch. der Steiermark 1457—1471. Graz, 1869. (Aus den „Mitth. d. hist. Ver. f. Steiermark", 17. Heft.) Krones, Zeugenverhör über Andreas Baumkirchers Thatenleben und Ende. Wien, 1871. (Aus der „Zeitschrift f. die österr. Gymn." 1871.) Krones, Quellenmäßige Beiträge zur Gesch. d. Steiermark 1462—1471, in „Beitr. z. Kunde steierm. Geschq." XI, 39ff. Krones hat auch die späteren Sagen kritisiert.

2) Kurz, Österreich unter K. Friedrich IV., II, 244.

zu vermitteln [1])? Seiner Natur nach zu Mißtrauen geneigt, hatte Friedrich den ungarischen König geradezu in dem Verdacht, daß er absichtlich die Unterstützung Baumkirchers durch seine Unterthanen dulde, ja sogar daß der Einfall der Türken in Krain mit Zustimmung desselben erfolgt sei, und daß er nach dem bleibenden Besitze Österreichs strebe, dessen Einkünfte ihm zeitweilig überlassen waren [2]). Es ist auch in der That nicht unwahrscheinlich, daß Matthias, ärgerlich über den unbefriedigenden Erfolg im böhmischen Kriege, wovon er die Schuld der lauen Unterstützung vonseite des Kaisers zuschrieb, es nicht ungern gesehen habe, daß diesem durch Baumkircher einige Verlegenheiten bereitet wurden. Es wurde dann zwar noch eine Verlängerung des Bündnisses gegen Georg von Böhmen beschlossen und für Michaelis (29. September) 1469 eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem ungarischen Könige in Wien verabredet. Als aber der Kaiser durch die Scharen Baumkirchers an der Abreise aus Graz verhindert wurde, sah Matthias darin eine böse Absicht und fühlte sich dadurch ebenso beleidigt wie Friedrich durch die Fortsetzung der Feindseligkeiten vonseite Baumkirchers [3]). Nur der päpstliche Legat Rovarella soll den vollständigen Abbruch der Verhandlungen zwischen beiden Monarchen verhindert haben. Matthias schickte den Erzbischof Johann Vitéz von Gran und andere Räte nach Wiener Neustadt, wohin der Kaiser am 25. Oktober 1469 gekommen war. Aber die Forderungen, die er an ihn stellte, waren enorm. Der Kaiser sollte dem Könige auch weiterhin die Zölle und Mauten in Österreich überlassen, auf den Titel eines Königs von Ungarn verzichten, die Kurfürsten und Reichsstädte, wie er früher versprochen, zur Hilfeleistung gegen Böhmen bewegen und dafür sorgen, daß er einen Ersatz für die 400 000

1) Nach Schreiben des K. Matthias vom 21. Juli 1469 bei Palacky, Urkundl. Beiträge, S. 599.

2) Bericht des mailändischen Gesandten aus Graz vom 1. Juli 1469, in Mon. Hung. Mátyás kir. korából II, 125.

3) Ibid., 205. Bericht desselben vom 21. Januar 1470 (nicht 1471) aus Wien. Vgl. Lichnowsky VII, Reg. Nr. 1390. 1393.

Dukaten erhalte, die er bereits für Sold ausgegeben habe [1]). Als der Kaiser sich Anfangs Dezember nach Wien begab, wurden die Verhandlungen durch den Graner Erzbischof, der acht Tage vor Weihnachten dorthin kam, fortgesetzt. Auch jetzt verlangte dieser im Namen seines Herrn vom Kaiser die Ablegung des ungarischen Königstitels und wahrscheinlich als Ersatz für die Kosten des böhmischen Krieges die Herausgabe der ihm verpfändeten ungarischen Grenzgebiete und die Rückzahlung der 80000 Dukaten, die er für die ungarische Königskrone erhalten hatte, weiter einen Ausgleich mit Baumkircher und Amnestie für denselben und endlich, was für den Kaiser das Beleidigendste war, wenn der König nach Wien käme, Einräumung zweier Thore der Stadt, in die er 500 Bewaffnete sollte einführen dürfen. Als der Kaiser auf diese Forderungen nicht eingehen wollte, forderte Matthias seine Gesandten zur augenblicklichen Abreise auf. Da kam es endlich zur Verabredung, daß der König unter sicherem Geleite des Kaisers nach Wien kommen und hier durch die Räte beider eine Vereinbarung zustande gebracht werden, aber von Baumkircher keine Rede sein sollte [2]).

Es zeugt für die Spannung, die zwischen beiden Fürsten herrschte, daß Matthias mit seinen Räten, dem Erzbischofe von Gran, den Bischöfen von Erlau und Fünfkirchen, dem siebenbürgischen Woywoden Niklas Csupor, dem Zipser Grafen Emerich von Zapolya und Reinold Rozgonyi, sich um den 10. Februar 1470 erst dann nach Wien begab, als der Kaiser ihm und den Seinigen für den Aufenthalt, wie für die Heimreise vollkommene Sicherheit zugesagt hatte [3]). Auch konnte es

1) Bericht des Egerer Gesandten vom 23. November 1469 (aus Wien) in F. R. Austr. Dipl. XLII, 481.

2) Bericht des mailändischen Gesandten vom 21. Januar 1470 l. c. Als Grund für die Forderung von 80000 Dukaten giebt dieser an, daß der Kaiser sie dem Könige für den böhmischen Krieg versprochen habe. Doch scheint mir hier die Angabe des Dlugosz XIII, 455 richtiger zu sein.

3) Gegenurkunden des Königs und seiner Räte aus Bruck d. d. 9. Februar 1470 bei Kurz II, 246 f.

der Kaiser nur als eine Kränkung ansehen, daß Matthias auch den Baumkircher als Begleiter mit sich genommen hatte. Wenn derselbe nun auch die Forderungen wegen Rückzahlung der 80000 Dukaten und Herausgabe der ungarischen Grenzgebiete erneuert, ja sogar verlangt hat, daß der Kaiser dem Baumkircher alle weggenomnenen Festen zurückstelle und 4000 Dukaten Schadenersatz zahle, so darf man sich nicht wundern, wenn Friedrich den Wünschen des Königs entgegenzukommen sich sträubte und sich nicht geneigt zeigte, zur Begründung einer festen Verbindung ihm seine einzige Tochter Kunigunde zur Ehe zu geben. Voll Unwillen reiste Matthias endlich eines Morgens ab, ohne vom Kaiser Abschied genommen zu haben [1]). Friedrich dagegen schickte nach Ostern einen Agenten an Kasimir von Polen, um ihm von einer engeren Verbindung mit dem ungarischen Könige abzuraten [2]). Ja auf einer Zusammenkunft, die der Kaiser Ende Juli mit mehreren deutschen Fürsten und den Gesandten des Königs von Polen in Villach hielt, wurde beschlossen, daß Georg von Podiebrad König von Böhmen bleiben sollte [3]). Wohl nur das Streben, Friedrich wenigstens von einer offenen Unterstützung Podiebrads abzuhalten, dürfte den ungarischen König bewogen haben, Baumkircher nicht weiter zu unterstützen und einen Bruch mit dem Kaiser zu vermeiden.

Allein der geheime Krieg zwischen „Vater" und „Sohn" ging ohne Unterbrechung fort. Wenn der Kaiser gerade im Oktober 1471, nachdem zwischen Ungarn und Polen ein offener Bruch erfolgt war, dem Könige Kasimir von dem in siebzehn

1) Dlugosz XIII, 455 ist leider einzige Quelle. Doch wird seine Angabe über die Forderungen des Matthias zugunsten Baumkirchers durch die Entgegnung des Kaisers auf dessen 1473 ihm von jenem gemachten Vorwürfe in Mon. Habsburg. I, 2, 43 (=52) und jene über das Resultat der Zusammenkunft durch Unrest, S. 565, und das Schreiben des Rates von Eger in F. R. Austr. Dipl. XLII, 492 bestätigt.

2) Dlugosz l. c.

3) Palacky IV, 2, 646. Nach der erwähnten Depesche des mailändischen Gesandten vom 21. Januar 1470 hätte der Kaiser sich sogar schon im Herbste des vorigen Jahres einem Abkommen mit Podiebrad geneigt gezeigt.

Jahren nicht gezahlten Heiratsgute seiner Gemahlin Elisabeth 32 000 Dukaten zu entrichten versprach und dann im folgenden Sommer trotz seiner Geldnot, wie es scheint, wirklich auszahlte [1]), so war dies thatsächlich nichts anderes als eine Subsidienzahlung an den gefährlichsten Feind des ungarischen Königs [2]). Friedrich mußte eben wünschen, daß Wladislaw von Polen die böhmische Krone behaupte, da dieser als Sohn einer Tochter Albrechts II. mit den Habsburgern verwandt und seine Herrschaft in Böhmen für Österreich viel weniger gefährlich war, als die Vereinigung jenes Reiches mit Ungarn unter einem so ehrgeizigen und thatkräftigen Fürsten wie Matthias.

Dieser besann sich nun auch nicht, alle Minen gegen den Kaiser springen zu lassen, dessen Lage nur zu günstige Angriffspunkte bot. Denn die vornehmsten österreichischen Adeligen, Heinrich von Liechtenstein-Nikolsdorf, Georg von Pottendorf, Veit von Ebersdorf, Hartnid von Puchheim, Sigmund Eizinger, Gamaret Fronauer und viele andere waren mit demselben wieder zerfallen und erhoben Klage über Beeinträchtigung ihrer Freiheiten und guten Gewohnheiten, während in der That sie sich Übergriffe erlaubt und eigenmächtig Zölle und Mauten zu Wasser und zu Lande erhoben zu haben scheinen [3]). Ihnen hatte sich sogar Friedrichs bisheriger Feldhauptmann Ulrich von Grafeneck angeschlossen, der die ihm zur Befriedigung seiner Forderungen überlassenen Einkünfte auch dann nicht herausgeben wollte, als, wie wenigstens der Kaiser, allerdings nicht mit Recht, behauptete, dadurch die Schuld an ihn gezahlt

1) Chmel, Reg. Frid., no. 6482 und die Quittungen vom 12. Aug. 1472, ibid. 6595 sq. (Orig. im Wiener Hausarchiv). Nach Dlugosz XIII, 492 sq. wären sie freilich selbst im Jahre 1473 noch nicht gezahlt gewesen.

2) Vgl. das Schreiben des K. Matthias an die Brüder Starhemberg vom 11. Oktober 1471 bei Chmel, Materialien II, 311 und das undatierte Rundschreiben desselben bei Eschenloer II, 253 ff., worin er dem Kaiser sogar den Aufstand des Jahres 1471 in Ungarn zur Last legt.

3) Vgl. Chmel, Reg. Frid., no. 6203, und „Materialien“ II, 315 ff.

war, und der sich Rechnung zu legen weigerte [1]). Als Anfangs 1472 die Unzufriedenen sich an den König Matthias wendeten, wies dieser sie nicht zurück, ja er drohte sogar, die durch den unmittelbar darauf geschlossenen Waffenstillstand mit Polen entbehrlich gewordenen Söldner in die Länder des Kaisers zu schicken. Doch erklärte er sich dem päpstlichen Legaten, dem Bischof von Ferrara, gegenüber bereit, die unzufriedenen Österreicher zum Gehorsam zurückzuführen und alles nach dem Willen des Kaisers zu thun, wenn dieser ihm den Titel eines Königs von Böhmen gäbe [2]). Obwohl der Kaiser in einem geheimen Vertrage diese Forderung bewilligte, nahm doch Matthias „als König von Böhmen und oberster Kurfürst“ am 13. Juni die österreichischen Adeligen förmlich in seinen Schutz [3]) und ließ später den Johann Zeleny von Schönau und andere Söldnerführer aus Ungarn in Österreich einbrechen, wo sie Befestigungen errichteten und ihre gewöhnten Räubereien begannen [4]).

Wieder begannen unter Vermittlung des päpstlichen Legaten Verhandlungen, welche im September 1472 zu einem Abkommen führten. Der Kaiser versprach neuerdings dem Könige Matthias den böhmischen Königstitel zu geben, jedoch nicht vor dem 8. November, da man bis dorthin von den in Aussicht genommenen Unterhandlungen zwischen den Königen Matthias, Kasimir und Wladislaw einen Ausgleich in der böhmischen Frage erwartete. Matthias dagegen verpflichtete sich, bis zu jener Zeit die Österreicher unter Zusicherung einer Amnestie zum Gehorsam gegen den Kaiser zurückzuführen und die Scharen Zelenys und die übrigen Banden gegen Geld oder mit Gewalt aus Österreich zu entfernen [5]).

1) Dies ergiebt sich aus Mon. Habsburg. I, 2, 11 f. 65. Vgl. Chmel, Reg. Frid., no. 5978, und dessen „Materialien“ II, 327 ff.

2) Angaben über diese Verhandlungen und Verträge Mon. Habsburg. I, 2, 44 f. (52 f.) 71 f.

3) Ibid. I, 2, 3.

4) Dlugosz XIII, 487. Eschenloer II, 271. Ann. Mellic. M. G. SS. IX, 522.

5) Der Inhalt der in die Hände des päpstlichen Legaten deponierten

Es war nicht Friedrich sondern Matthias, der diese Verträge verletzte. Er that nichts zur Beruhigung Österreichs, blieb im Gegenteil auch fortan mit den Unzufriedenen im besten Einvernehmen. Statt die Söldnerführer, die für die Räumung Österreichs Bedingungen stellten, mit Waffengewalt dazu zu zwingen, bewog er sie durch Geld zur Übergabe ihrer Befestigungen, behielt aber diese selbst in seinen Händen. Nur unter der Bedingung wollte er sie herausgeben, wenn ihm der Kaiser einen Tag und Ort bestimmte, wo er ihn mit Böhmen belehnen würde [1]). Eine Vermittlung, welche die deutschen Kurfürsten im August 1473 versuchten, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Türken zu ermöglichen, blieb ohne Erfolg; es kam nur zu gegenseitigen Vorwürfen und Rechtfertigungsversuchen beider Teile [2]). Der Kaiser erkannte daher auch nicht Matthias, sondern Wladislaw als König von Böhmen an und schloß im März 1474 gegen jenen wie gegen die rebellischen Österreicher ein Bündnis mit diesem und seinem Vater Kasimir von Polen [3]). Um dem ungarischen Könige den Boden für weitere Umtriebe zu entziehen, erklärte er sich Anfangs 1475 geneigt, nach dem Wunsche der Stände Niederösterreichs auch mit Grafenecker und den unzufriedeneu österreichischen Adeligen ein Abkommen zu schließen [4]).

König Matthias war in der nächsten Zeit durch den Krieg gegen die Türken und durch seine Hochzeit in Anspruch genommen. Doch hinderte ihn dies nicht, im August 1476 wenigstens auf diplomatischem Gebiete den Streit mit Friedrich

Urkunden mit vorausgehenden Anträgen und Entwürfen u. s. w. Mon. Habsburg. I,2, 8—25.

1) Mon. Habsburg. I,2, 25—28. 45 ff. (= 53 ff.) 57 ff. 64. 67. Vgl. Chmel, Materialien II, 312 und das Schreiben des K. Matthias an die Österreicher vom 28. Juni 1473 bei Teleki XI, 495.

2) Mon. Habsburg. I,2, 28—66, welche Aktenstücke auch auf frühere Vorgänge manche Streiflichter werfen.

3) Lichnowsky VII, Reg. Nr. 1745 f. 1750. Vgl. Dlugosz XIII, 500 sq.

4) Chmel, Materialien II, 326—332.

wieder aufzunehmen. Er beklagte sich nämlich durch einen eigenen Gesandten, daß die Räte und Vertrauten des Kaisers ihn der Begünstigung der Türken beschuldigten, worauf Friedrich einfach auf die Thatsache hinwies, daß gar nichts geschehe, um den Einbruch derselben durch Kroatien in die kaiserlichen Erblande zu hindern. Bei der Fortsetzung des Notenwechsels [1]) drohte Matthias mit Krieg, wenn der Kaiser, der mit Grafenecker und dessen Freunden neuerdings zerfallen war und gegen dieselben Truppen sammelte, und auch eine päpstliche Bannbulle gegen sie erwirkt hatte, von seinen Schritten gegen dieselben nicht ablieẞe. Auch Grafenecker und Liechtenstein forderte er am 24. Oktober auf, im Kampfe gegen den Kaiser auszuharren und mit diesem keinen Frieden zu schließen. Da der Kaiser sich diesmal nicht abschrecken ließ, sondern Truppen sammelte, mit denen er die Schlösser der Aufständischen angriff, da kündeten ihm mehrere Hauptleute des ungarischen Königs Fehde an. Dagegen erneuerte Wladislaw von Böhmen, dem Matthias auch im Oktober den Waffenstillstand aufgesagt hatte, Anfangs Dezember mit ihm das 1474 geschlossene Bündnis und versprach, ihm längstens in vier Wochen 3 bis 4000 Mann zuhilfe zu schicken, bis Mitte März aber persönlich mit 10000 Mann nach Österreich zu kommen, wo der Kaiser mit einer gleichen Zahl sich anschließen sollte, um zuerst gegen dessen rebellische Unterthanen und dann gegen den König Matthias zu ziehen. Dafür versprach der Kaiser, den König Wladislaw gleich nach seiner Ankunft in Österreich mit Böhmen zu belehnen.

Die kaiserlichen Heerführer, unterstützt von 4000 Böhmen unter Burian von Gutstein, führten diesmal den Krieg nicht ohne Glück. Mehrere Burgen wurden den Aufständischen entrissen, einige Adelige zur Unterwerfung bewogen. Auch Grafenecker mit seinem Sohne Wolf, die Pottendorf und Puchheim schlossen im März 1477 mit dem Kaiser Frieden. Grafenecker verpflichtete sich, dem Kaiser gegen eine Summe von

1) Mon. Habsburg. I, 2, 79 ff.

50000 Dukaten alle seine Besitzungen in Österreich abzutreten und das Land zu verlassen. Als Schiedsrichter hatten beide Parteien den Graner Erzbischof, Johann Beckenslaher anerkannt, der sich im Jahre vorher mit allen seinen reichen Schätzen heimlich nach Österreich begeben hatte, wahrscheinlich aus Mißmut darüber, daß der in seinen Neigungen so häufig wechselnde König seine ganze Gunst einem neuen Liebling zuwendete, dem Minoriten Gabriel Rangoni, einem Italiener, der als päpstlicher Legat nach Ungarn gekommen und von Matthias zum Bischofe von Erlau und zu seinem Kanzler ernannt worden war [1]). Der Erzbischof lieh auch dem Kaiser gegen gute Pfänder 37000 Dukaten, um obige Summe an Grafenecker zahlen zu können.

Nur die Liechtenstein und Ebersdorf mit einigen anderen Adeligen setzten den Kampf noch fort. Der Kaiser ließ Ebersdorf unterhalb Wien belagern. Aber man richtete dagegen nichts aus, obwohl der böhmische König im Frühjahre 1477 dem Kaiser wieder einige tausend Mann zuhilfe schickte. Endlich erschien Wladislaw selbst mit 8000 Mann, worauf ihn der Kaiser am 10. Juni feierlich mit dem Königreiche Böhmen belehnte. Aber auch jetzt war man vor Ebersdorf nicht glücklicher. Mangel an Lebensmitteln und Sold rief besonders unter den Böhmen so große Unzufriedenheit hervor, daß der größte Teil entweder in der Umgend plündernd herumstreifte, oder nachhause zog. Die Belagerung von Ebersdorf wurde daher am 18. Juli aufgehoben, und Wladislaw selbst kehrte am 21. Juli aus Wien heim, gerade in dem Zeitpunkt, als der ungarische König sich selbst zum Angriffe auf den Kaiser entschlossen hatte [2]).

1) Über dessen Einfluß auf den König s. den Bericht des mailändischen Gesandten vom 19. Mai 1476 in Mon. Hung. Mátyás kir. korából II, 310 sq. Im Januar 1476 nennt ihn ein anderer Gesandter „den ersten und geliebtesten" und den „Augapfel des Königs". Ibid. p. 338 sq.

2) Bei dem vollständigen Schweigen aller österreichischen Chronisten über die Kämpfe zwischen dem Kaiser und den aufständischen Adeligen sind wir auf die dürftigen Notizen des Unrest, S. 619 ff., und die noch all-

Schon am 12. Juni hatte Matthias dem Kaiser den Krieg erklärt, indem er ihm vorwarf, daß er sich mit Verletzung der früher ihm gemachten Zusicherungen mit Ketzern und seinen Feinden, den Polen, verbunden und dem Herrn der Ketzer die Belehnung mit Böhmen zu erteilen versprochen habe [1]). Ungarische Scharen machten bereits zur Zeit der Belagerung Ebersdorfs die Gegend zwischen dem Semmering und Wien unsicher [2]), während Matthias selbst in Raab ein größeres Heer sammelte. Venedig, der Bischof von Forlì, päpstlicher Legat, und der Erzbischof von Bari, der als Gesandter Ferdinands von Neapel in Ungarn gewesen war, suchten auch jetzt noch den für die Christenheit so verhängnisvollen Krieg zu verhüten, und der Kaiser zeigte sich nach dem Abzuge der Böhmen natürlich sehr bereit dazu [3]). Aber die Forderungen des ungarischen Königs machten einen Frieden geradezu unmöglich, indem er für den ihm vom Kaiser angeblich bei verschiedenen Gelegenheiten zugefügten Schaden einen Ersatz von nicht weniger als 754000 Dukaten verlangte [4]).

Anfangs August 1477 stand Matthias an der Spitze eines stattlichen Heeres, umgeben von seinen erprobtesten Heerführern, auf österreichischem Boden. Selbst seine Gemahlin und Mutter hatte er mitgenommen, um Zeugen seines Triumphzuges zu sein. In der That konnte der Kaiser nicht wagen, sich ihm im offenen Felde entgegenzustellen, und zog sich noch Ende Juli

gemeineren Angaben ap. Dlugosz XIII, 549 sq. 555. 558 sq. angewiesen. Wichtiger sind die Urkunden in Mon. Habsburg. I, 1, 470 und 499 ff.; 2, 264—308, und bei Chmel, Materialien II, 333—344. Vgl. Palacky V, 1, 141 ff.

1) Die zwei Tage früher wirklich erfolgte Belehnung war ihm natürlich noch nicht bekannt. Das Schreiben des K. Matthias an den Kaiser und dessen Erwiderung in einem Manifest an die Ungarn (deutsch und lateinisch) in Mon. Habsburg. I, 2, 96 ff.

2) Berichte des mailändischen Gesandten aus Schottwien vom 6., aus Neustadt vom 8., aus Wien vom 23. Juli in Mon. Hung. Mátyás kir. korából II, 351 sqq.

3) Ibid. p. 358 sq. Berichte vom 23. und 24. Juli.

4) Mon. Habsburg. I, 2, 111.

nach Krems, später nach Steyer, endlich nach Gmunden zurück. Seine alten Gegner unter den österreichischen Adeligen, die Liechtenstein u. s. w., schlossen sich natürlich dem Könige von Ungarn an. Die Innerösterreicher waren durch ihre eigene Verteidigung in Anspruch genommen, da nicht bloß die Türken am Anfang des Mai einen Raubzug nach dem südwestlichen Krain unternommen und sich einen ganzen Monat daselbst aufgehalten hatten und im Oktober wieder nach Krain und von da ins Venetianische bis Conegliano vordrangen [1]), sondern auch Graf Jörg von Zagorien, der Sohn des Johann Wittowetz, die Steiermark angriff, den Markt Luttenberg niederbrannte, und der Gegend bis Marburg großen Schaden zufügte. Auch das Reich that nichts für den Kaiser.

Matthias brachte denn auch ohne große Anstrengung die meisten Burgen und Ortschaften zwischen der Leitha, dem Semmering und dem Wiener Walde, dann Kloster- und Korneuburg, endlich Tulln und St. Pölten in seine Gewalt und fügte dem Lande großen Schaden zu, indem besonders seine Raizen, die als leichte Reiter verwendet wurden, durch Raub-, Zerstörungs- und Mordlust sich hervorthaten. Aber es fehlte doch viel, daß ihm alles nach Wunsch gegangen wäre. Schon Haimburg, durch dessen Belagerung er seiner Gemahlin ein ihr noch unbekanntes Schauspiel verschaffen wollte, vermochte er nicht einzunehmen. Auch Wien, dessen Belagerung am 14. August begonnen wurde, leistete ihm unter der Leitung des Grafen Haug von Werdenberg erfolgreichen Widerstand, ebenso die Schwesterstädte Krems und Stein, welche Paul Kinizsi und der Böhme Johann Zeleny seit Anfang des Oktober bedrängten. Vor Krems und Stein wie vor Wien erlitten die Ungarn empfindliche Verluste. Wiener Neustadt wurde gar nicht ernstlich bedroht [2]). Zugleich erfuhr Matthias, daß die Türken im

1) Unrest, S. 628 f. Dlugosz XIII, 563. Die Zeit des ersten Einfalls ergiebt sich aus dem Schreiben bei Sinnacher, Beiträge zur Geschichte von Säben und Brixen VI, 602.

2) Die weitläufigsten aber nicht immer verläßlichen Nachrichten über diesen Krieg bringt Bonfinii Dec. IV, lib. 5, p. 463 sqq., kürzere

Oktober neuerdings in Kroatien eingebrochen seien und dort großen Schaden angerichtet haben [1]).

Ein Friede erschien daher dem ungarischen Könige eben so wünschenswert wie dem Kaiser und die Vermittler, besonders der Papst, fanden mit ihren Vorstellungen jetzt bereitwilliges Entgegenkommen. Matthias schickte schon Anfangs Oktober Gesandte an den Kaiser [2]), die am 10. November einen Waffenstillstand und endlich einen Frieden zustande brachten. Am 1. Dezember wurde dieser mit dem Kaiser in Gmunden abgeschlossen und am 18. auch von Matthias in Korneuburg ratifiziert. Friedrich mußte den König mit Böhmen belehnen und allen seinen Unterthanen, welche es mit demselben gehalten hatten, Amnestie erteilen und ihnen alle entzogenen Güter zurückstellen, wogegen aber auch sie fortan dem Kaiser Gehorsam leisten, die eigenmächtig errichteten Befestigungen zerstören und nicht mehr vom Könige in Schutz genommen werden sollten. Weiter sollten sich die Stände von Nieder- und Oberösterreich verpflichten, dem Könige in zwei Jahresraten 100 000 Goldgulden zu zahlen. In einem geheimen Vertrage ward bestimmt, daß der Kaiser den minderjährigen Johann Galeazzo und seine Mutter des Herzogtums Mailand entsetzen, das Reichsvikariat über dasselbe dem Schwager des Königs Matthias, Friedrich von Tarent, verleihen und diesem nach der Besitznahme Mailands seine Tochter Kunigunde zur Ehe geben sollte. Sobald Friedrichs Vater Ferdinand von Neapel diesen Vertrag bestätigt hätte, sollte Matthias auf die von den Öster-

Dlugosz XIII, 560 sqq. Unrest, S. 627 f. Vgl. Linck, Ann. Claraev. II, 250 sqq. und die Notizen im Tagebuch des Wiener Arztes Tichtel in F. R. Austr. SS. I, 4—6, wie die Schreiben ap. Rauch, SS. III, 263 sqq.

1) Unrest, S. 629. Vgl. das Schreiben des K. Matthias vom 18. Oktober bei Teleki XII, 35.

2) Daß Matthias, nicht, wie Bonfini behauptet, Friedrich Friedensanträge gemacht hat, schreibt einer den ungarischen Gesandten, der Bischof Gabriel von Erlau, päpstlicher Legat, am 7. Oktober. Mon. Hung. l. c. II, 360.

reichern aufzubringenden 100000 Gulden zugunsten des Kaisers verzichten [1]).

Kam Mailand an den Schwager des ungarischen Königs, umfaßte das Haus Neapel die italienische Halbinsel von Norden wie von Süden, so nahm auch Matthias selbst eine imponierende Stellung in Europa ein. Als Herr Ungarns und der böhmischen Nebenländer besaß er im Osten dieses Weltteils die ausgedehnteste Herrschaft. Durch seinen Schwager und Schwiegervater wie durch die Gunst des Papstes, der in ihm die Hauptstütze der Christenheit gegen die Ungläubigen erblickte, übte er in Italien einen maßgebenden Einfluß aus, wie anderseits viele deutsche Fürsten, besonders die Wittelsbacher, mit ihm in den engsten Beziehungen standen. Auch mit den Schweizern hatte er in der letzten Zeit Verbindungen angeknüpft, um mit diesen gefürchteten Kriegern ein Bündnis oder wenigstens einen Freundschaftsvertrag zustande zu bringen [2]). Der Kaiser war dann auf allen Seiten von Matthias und seinen Freunden eingeschlossen und an jeder freien Bewegung gehindert. Friedrich hat daher auch nichts gethan, um die Bestimmungen des geheimen Vertrages zur Ausführung zu bringen und sich so selbst die Kehle zuschnüren zu helfen. Im Februar 1479 verzichtete übrigens Matthias ausdrücklich auf dieses Projekt und sagte den Kaiser seines Wortes ledig, wogegen er nun die Zahlung der Kriegsentschädigung verlangte.

Der Kaiser hatte auch während des Jahres 1478 mehrere Landtage gehalten, um über die Zahlung der 100000 Goldgulden zu beraten, und die Stände hatten trotz der Opposition

1) Die Urkunden über den Frieden und dessen Ausführung bei Kurz II, 258. Teleki XII, 37. Mon. Habsburg. I, 2, 117 ff. Über die Zeit der Ratifikation des Friedens durch K. Matthias, die auch vom 1. Dezember datiert worden ist, siehe die richtigen Bemerkungen von Fr. Mayer, Über die Abdankung des Erzbischofs Bernhard von Salzburg und den Ausbruch des dritten Krieges zwischen K. Friedrich und K. Mathias von Ungarn (1477—1481) im „Archiv für österr. Gesch." LV, 192, N. 5.

2) Ph. v. Segesser, Die Beziehungen der Schweizer zu Mathias Corvinus (Luzern 1860), S. 18 ff.

der alten Gegner Friedrichs und des oberösterreichischen Adels verschiedene Steuern bewilligt. Doch war es schwer, in dem verwüsteten und verarmten Lande eine solche Summe aufzubringen.

An eine Heranziehung der innerösterreichischen Länder, welche die österreichischen Stände wünschten, konnte gar nicht gedacht werden. Denn dort, besonders in Kärnten, waren schon seit einiger Zeit die Bauern sehr unzufrieden, daß die Stände sie trotz aller Steuern gegen die Türken nicht zu schützen vermochten. Als nun um Lichtmeß 1478 der kaiserliche Verwalter von Spital von den dortigen Bauern als Jahreszins für den bisher gezahlten Aquilejer Pfenning zwei gemeine Pfenninge verlangte, was nur dem Wertverhältnisse beider entsprach und anderswo schon mehrere Jahre in Übung war, widersetzten sich dieselben und schlossen einen Bund, der sich in wenigen Monaten über den größten Teil von Kärnten, ja sogar in das Ennsthal in Obersteiermark ausbreitete. Die Bauern hatten ihre obersten Bundherren, erhoben Steuern, forderten in drohender Weise auch die andern Stände auf, mit ihren Leuten in den Bund zu treten, und sprachen die Absicht aus, fortan selbst ihre Richter und Pfarrer zu wählen und für sich und nicht mehr für ihre Herren Abgaben zu entrichten. Dem Befehle des Kaisers, den Bund aufzulösen, weigerten sie sich Folge zu leisten. Gerade waren 3000 Bauern bei Goggau unweit Tarvis versammelt, als von Flitsch her über den Paß Predil am 26. Juli ein türkisches Streifcorps in Kärnten einbrach, die Bauern zersprengte und mehrere Wochen lang den größten Teil von Kärnten bis in die abgelegensten Alpenthäler ausplünderte und verwüstete, worauf sie über Cilli nach Bosnien heimzogen. Es war für die Innerösterreicher ein schwacher Trost, daß die türkischen Raubscharen von Peter Zrinyi bei Jaicza überfallen und großenteils aufgerieben wurden. Die Türken wurden dadurch so wenig abgeschreckt, daß sie schon im August 1479 wieder einen Einfall in das südöstliche Steiermark unternahmen, wo sie unter andern Luttenberg einäscherten [1]).

1) Unrest, S. 609. 631—643. Über die Bauernbewegung s. auch

Indessen war doch ein Teil der Kriegsentschädigung an Matthias bereits gezahlt, als ein Streit um das Erzbistum Salzburg einen neuen Bruch veranlaßte [1]).

Zu den am konsequentesten festgehaltenen Tendenzen des Kaisers Friedrich gehört das Streben, die Geistlichkeit seiner Länder von der landesfürstlichen Gewalt abhängig zu machen. Daher hatte er sich schon 1446 vom Papst das Recht erwirkt, für seine Lebenszeit die Kandidaten für die Bistümer Trient, Brixen, Chur, Gurk, Triest und Pedena vorzuschlagen, was von späteren Päpsten auch auf die neu gegründeten Bistümer Wien und Wiener Neustadt ausgedehnt und bis zum Tode des Erzherzogs Maximilian verlängert worden war. Da die Päpste den Wünschen des Kaisers immer auf das bereitwilligste entgegenkamen, so war es ihm gelungen, die meisten Bistümer in seinen Ländern mit ergebenen Persönlichkeiten zu besetzen.

Nur mit dem jetzigen Metropoliten Österreichs, dem Salzburger Erzbischofe Bernhard von Rohr, stand er nicht immer auf dem besten Fuße, und er suchte ihn daher zur Abdankung zu bewegen. Im November 1478, während sich derselbe auf den Wunsch des Kaisers bei diesem in Graz aufhielt, sagte er es auch wirklich zu. Friedrich bestimmte zu seinem Nachfolger den Graner Erzbischof Johann Beckenslaher, der ihm zur Befriedigung Grafeneckers und zur Ausstattung des Erzherzoges Maximilian für die Heirat mit Marie von Burgund bedeutende Geldsummen geliehen hatte. Während der Friedensverhandlungen mit Ungarn im Jahre 1477 hatte der Kaiser dessen Wiedereinsetzung auf den Graner Stuhl verlangt, der König aber dies verweigert, indem er den flüchtigen Erzbischof für

die Urkunden in Mon. Habsburg I,2, 866. 873. 876—878. 881. Über die Türkeneinfälle vgl. Ilwof in „Mitth. d. hist. Ver. f. Steiermark" X, 246 ff. und Fr. v. Krones in „Mitth. d. Instituts f. österr. Geschichtsf." VII, 261 f.

1) Hierüber wie über die Beziehungen zwischen dem Kaiser und K. Matthias bis 1481 s. die erwähnte Abhandlung von Fr. Mayer im „Archiv" LV, 169—246, womit aber wegen der Vorgänge in Innerösterreich Unrest, S. 644 ff., zu vergleichen ist.

einen Rebellen ansah. Friedrich suchte ihm daher Salzburg zu verschaffen [1]), wogegen dieser ihm die Städte Enns und Steier mit den dortigen Ämtern, die ihm für seine Darlehen verpfändet worden waren, zurückstellen und dem Erzbischofe Bernhard eine jährliche Pension zahlen sollte.

Bernhard ließ sich aber von seinem Kapitel, welches durchaus gegen die Abdankung und die Annahme des kaiserlichen Kandidaten war, wieder umstimmen und zog seine Zusage zurück, indem er überhaupt leugnete, ein bindendes Versprechen gegeben zu haben. Um sich gegen Gewaltthaten vonseite des beleidigten Kaisers zu schützen, wendeten sich der Erzbischof und das Kapitel an den König von Ungarn, der eine Beförderung Beckenslahers auf den Stuhl von Salzburg ungern gesehen hätte und Bernhard aufforderte, von seinem Rechte nicht zu weichen. Am 20. September 1479 verpflichtete er sich, da ihm der Erzbischof und das Kapitel „mit Rücksicht auf die von den Türken und anderen drohenden Gefahren“ alle ihre festen Plätze zu öffnen versprochen hätten, die Salzburger Kirche sowohl gegen die Türken als auch gegen „alle anderen ungerechten Angreifer“ zu verteidigen. Auch der Bischof von Seckau, dessen Güter der Kaiser ebenso wie die des Erzbischofs von Salzburg mit Beschlag zu belegen befohlen hatte, nahm seine Zuflucht zum ungarischen König und räumte diesem vier seiner Schlösser ein.

Matthias hatte schon am 8. Oktober den Kaiser gewarnt, den Johann Beckenslaher, seinen Feind, zu unterstützen, und gegen Bernhard Gewalt zu brauchen, da er diesen nicht im Stiche lassen könnte, erwirkte sich aber nun doch von Friedrich die Erlaubnis, seine angeblich gegen die Türken bestimmten Truppen der leichteren Verpflegung wegen durch österreichisches Gebiet ziehen zu lassen. Dies benutzte er nun, um am Ende des Jahres 1479, Pettau, Leibnitz, und andere salzburgische

1) Dies meldet ein Mailänder am 12. November 1478 aus Graz an seinen Herzog, dem er auch über das Abdankungsprojekt Bernhards schreibt, Mon. Hung. l. c. II, 373.

und seckauische Festen mit seinen Besatzungen zu versehen. Und da hatte Matthias noch die Stirne, den Kaiser zu ersuchen, er möge ihm den Durchzug durch seine Länder gestatten, damit er die Venetianer bekriegen könne, mit denen er wegen des Besitzes der Insel Veglia in Streit geraten war, und die Verweigerung dieses Wunsches als genügenden Grund zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu bezeichnen! In den Fasten des folgenden Jahres wurden sogar Friesach, Gmünd, Sachsenburg und andere salzburgische Schlösser von ungarischen Truppen unter Hans Haugwitz von Seibersdorf besetzt. Damit nicht zufrieden, ließ Matthias dem Kaiser selbst Radkersburg und nach längerer Belagerung Fürstenfeld und endlich durch Überfall auch Landstraß wegnehmen.

Damit, wie durch den im Sommer 1480 erfolgten Einbruch des ungarischen Hauptmanns Zeleny in Österreich nördlich von der Donau [1]) war der Friede gebrochen, wenn auch eine Kriegserklärung noch nicht erfolgt war. Doch kam es noch zu keiner entscheidenden Waffenthat.

Der Kaiser, anfangs auch durch einen Grenzkrieg gegen böhmische Adelige gelähmt [2]), vermochte nicht einmal eine genügende Macht zusammenzubringen, um die Ungarn aus Innerösterreich zu vertreiben. Haugwitz und, als dieser im Herbste 1480 in Gefangenschaft geriet, der Böhme Panisko durchzogen ganz Kärnten und die benachbarten Teile von Obersteiermark und brandschatzten die Bewohner und mit ihnen wetteiferten die Söldner des Kaisers. Um den Ruin der Einwohner zu vollenden, drang Anfangs August 1480 wieder ein türkisches Heer durch Krain in Kärnten ein, durchschwärmte nicht bloß einen großen Teil dieses Landes, besonders das Drau-, Gurk- und Lavantthal, sondern auch das ganze Murthal in Steiermark nordwärts bis vor Rottenmann, brannte alle Häuser, Kirchen und unbefestigten Ortschaften nieder und führte die Einwohner, die am Leben gelassen wurden, aus Kärnten allein

1) Chmel, Reg. Frid., no. 7394.
2) Kurz, Österreich unter K. Friedrich II, 140 ff.

angeblich bei 500 Priester, in die Sklaverei ab [1]). Es war ein geringer Erfolg für den Kaiser, daß der Erzbischof Bernhard von Salzburg im November 1481 endlich wirklich abdankte und nun der Erzbischof Johann von Gran als sein Nachfolger anerkannt wurde. Denn wenn die Ungarn bisher im Namen des Salzburger Erzbischofs einen Teil Innerösterreichs besetzt gehalten hatten, so thaten sie dies fortan im eigenen Namen. Auch im Oktober 1483 kamen die Türken wieder bis ins südliche Kärnten. Doch wurden sie diesmal auf der Heimkehr am 29. Oktober von Matthias Gereb, Ban von Kroatien, angegriffen und vollständig aufgerieben, die mitgeführten Gefangenen befreit [2]).

Wie dem Kaiser die Erschöpfung seiner Erblande und die Gleichgiltigkeit des Deutschen Reiches die Aufstellung eines größeren Heeres unmöglich machten, so dem Könige Matthias die Kriege gegen die Türken, welche gegen Norden vollkommen freie Hand erhielten, da sie die Eroberung Albaniens vollendet und am 25. Januar 1479 auch mit Venedig einen vorteilhaften Frieden abgeschlossen hatten.

Im August dieses Jahres, während Matthias aus Olmütz, wo er mit Wladislaw von Böhmen Frieden geschlossen hatte, noch nicht zurückgekehrt war, drang ein zahlreiches türkisches Streifkorps von Südsteiermark her auch nach dem westlichen Ungarn, wenigstens bis Eisenburg vor, von wo es außer großer Beute tausende von Einwohnern wegführte.

Auf der andern Seite fiel ein türkisches Heer von 43000 Mann, durch die Walachen bedeutend verstärkt, noch im nämlichen Herbste in Siebenbürgen ein, das weit und breit ausgeplündert wurde. Als die Türken mit reicher Beute nachhause kehrten, griff sie der Woywode Stephan Báthory mit dem siebenbürgischen Aufgebote am 13. Oktober auf der Ebene Kenyérmezö („Brotfeld") zwischen Broos und Karlsburg an.

1) Unrest, S. 654 f. Krones in „Beitr. z. K. steierm. Geschq." VII, 37 und die Berichte in Mon. Habsburg, I,3, 208. 722—725.

2) Unrest, S. 689. Schreiben des K. Matthias an den Papst vom 6. November 1483. Mon. Hung. IV, 363.

Schon waren die Siebenbürger nach tapferem Kampfe in Gefahr, übermannt zu werden, ein Teil derselben auf dem Rückzuge, Báthory selbst verwundet. Da erschien im Rücken der Feinde Paul Kinizsi, Obergespan von Temesvar und Generalkapitän von Niederungarn, mit neuen Streitkräften. Von zwei Seiten gefaßt, erlitten die Türken eine vollständige Niederlage; der größere Teil ihres Heeres, wie es heißt, wenigstens 30 000 Mann, mit mehreren Anführern bedeckte das Schlachtfeld. Mitten unter den Leichen feierten die Ungarn beim Einbruche der Nacht den teuer erkauften Sieg und hielten ein Gelage mit Gesängen und Tanz, wobei der riesige Kinizsi, der es vom gemeinen Fußsoldaten zum Heerführer gebracht hatte, einen erschlagenen Türken mit den Zähnen erfassend, einen Reihen aufführte! [1])

Diese vernichtende Niederlage der Türken rief unter denselben einen so großen Schrecken hervor, daß sie in der nächsten Zeit keinen Angriff auf Ungarn mehr wagten. Im Gegenteile nahm dieses die Offensive wieder auf.

Im Frühsommer 1480 griffen die ungarischen Feldherren im Bunde mit dem Woywoden Stephan von der Moldau die Walachei an, schlugen ein walachisch-türkisches Heer von 20 000 Mann mit einem Verluste von 8000 Mann, drangen bis zur Donau gegenüber von Nikopolis vor und eroberten einen großen Teil des Landes, ohne dieses freilich dauernd behaupten zu können [2]). Anfangs November übersetzte Kinizsi mit 32 000 Mann bei Rama die Donau, und drang nach einigen glück-

1) Über diese Schlacht bringt Bonfinii Dec. IV, lib. 6, p. 479 sqq. den eingehendsten Bericht, der freilich im einzelnen willkürlich ausgeschmückt ist. Vgl. damit das Schreiben des K. Matthias aus Ofen, 22. Oktober 1479 in Mon. Hung. Mátyás kir. korábol. II, 394 und das sogen. Chron. Dubnic. in Hist. Hung. Font. domest. III, 201 sq. Dlugosz XIII, 586 sq.

2) Nach zwei gleichlautenden Schreiben der Königin Beatrix an ihren Bruder und die Herzogin von Ferrara vom 9. Juli in Mon. Hung. II, 436 sqq. Über neue Kämpfe daselbst im Sommer 1481 s. das Schreiben des Königs Matthias ibid. IV, 360.

lichen Gefechten durch Serbien bis Kruschewatz vor. Nach einer zwölftägigen Verwüstung des Landes kehrte er mit reicher Beute, begleitet von mehr als 50000 Serben und 1000 Türken mit ihren Familien, die auf ungarisches Gebiet übersiedelten, über die Donau zurück. Gleichzeitig fiel Matthias selbst in Bosnien ein. Das ganze Gebiet an der oberen Bosna wurde ausgeplündert und verwüstet, selbst Vrhbosna, das heutige Serajewo, schon damals eine der größten Städte der europäischen Türkei, weggenommen, die Türken wiederholt mit großem Verluste geschlagen. Die Ermüdung seiner Leute, das schlechte Wetter, das Ausbleiben der vom Papste und anderen italienischen Fürsten in Aussicht gestellten Hilfe und sein gespanntes Verhältnis zum Kaiser bewogen ihn aber nach wenigen Wochen zur Rückkehr nach Agram, ohne daß er die eroberten Gebiete zu behaupten versucht hätte [1]). Und doch schien ein Krieg gegen die Osmanen gerade jetzt größeren Erfolg zu versprechen, da der gefürchtete Sultan Muhammed II. Anfangs Mai 1481 starb und zwischen seinen Söhnen Bajesid II. und Dschem ein Kampf um die Herrschaft ausbrach. Dessenungeachtet gab Matthias den Anerbietungen Bajesids Gehör und schloß mit ihm Ende 1483 einen fünfjährigen Waffenstillstand, der dann 1488 auf weitere drei Jahre verlängert wurde.

Zugute ist dieser Waffenstillstand nur den Türken gekommen. Denn gleich nach dem Abschlusse desselben bemächtigten sie sich des Restes der Hercegowina, wodurch die Südgrenze Ungarns noch mehr gefährdet ward, und entrissen dem Woywoden der Moldau Kilia und Akjerman, was diesen bewog, sich statt an Ungarn, wieder an die Polen anzuschließen.

Sobald sich Matthias vor Angriffen vonseite der Türken

1) Schreiben des K. Matthias an den Papst aus Agram vom 14. Dez. 1480 in Mon. Hung. IV, 339, wodurch auch die Zeit dieser Heerzüge sichergestellt wird. Vgl. ibid. p. 347 das Schreiben vom 11. März 1481 und die offenbar falsch datierten Briefe desselben ap. Katona XVI, 282 und 395 (ersterer vollständiger bei Teleki XII, 156) und Bonfinius IV, 5, p. 476 zu 1479.

sicher fühlte, nahm er den Kampf gegen den Kaiser mit größerer Energie auf.

Schon bisher war dieser den ungarischen Feldhauptleuten nicht gewachsen gewesen. Zwar entsetzten der Graner Erzbischof und der böhmische Söldnerführer Wenzel Wlček um Pfingsten 1481, und zwar wahrscheinlich während eines kurzen Waffenstillstandes, das von den Ungarn belagerte Marburg, erlitten aber dann bei einem Einfalle in Ungarn empfindliche Verluste [1]). In Österreich durchstreifte Zeleny schon anfangs 1481 ungestraft das ganze Land von Wien bis über die Enns, alles brandschatzend oder verwüstend [2]). Die weiteren Operationen wurden den Ungarn dadurch erleichtert, daß Johann von Hohenberg (südlich von Lilienfeld) dieselben in seine Burgen aufnahm und daß auch die passauischen Städte in Niederösterreich in die Hände der Ungarn kamen. Denn auch in Passau wollte der Kaiser mit Genehmigung des Papstes einen seiner Günstlinge, den in diplomatischen Geschäften viel verwendeten Kardinal Georg Heßler, auf den bischöflichen Stuhl bringen, während das Kapitel den bairischen Kanzler Georg Mauerkircher wählte und im Herbste 1481 die Städte Sankt Pölten und Mautern, um sie vor dem Kaiser zu schützen, dem Könige von Ungarn verpfändete. Das ganze Gebiet der Traisen kam auf diese Weise in die Gewalt der Feinde, die es übrigens kaum schlimmer trieben als die kaiserlichen Heerführer, mit denen Friedrich um den Sold marktete, und manche Beamte oder Edelleute.

Noch war übrigens der Krieg nicht erklärt und es wurde auch unter Vermittlung teils päpstlicher Legaten teils deutscher Fürsten über die Herstellung des Friedens verhandelt. Matthias beteuerte immer seine Friedensliebe und er mag auch anfangs

1) Unrest, S. 665 f. Die Urkunden über den Waffenstillstand bei Kurz II, 267—271.

2) Kurz II, 157 f. Über die weiteren Ereignisse s. K. Schober, Die Eroberung Niederösterreichs durch Mathias Corvinus in den Jahren 1482—1490. Wien, 1879. (Aus den „Blättern des Vereins für Landeskunde von Niederösterreich“, Jahrg. 1879 und 1880).

mit Rücksicht auf die noch von den Türken drohenden Gefahren einem Abkommen nicht abgeneigt gewesen sein. Leider sind über die von beiden Seiten gestellten Bedingungen nur sehr lückenhafte Nachrichten bekannt. Wenn aber der ungarische König im Herbste 1483 dem päpstlichen Legaten gegenüber sich bereit erklärte, die eroberten Ortschaften in die Hände des Papstes zu geben, der sie dem Kaiser zurückstellen sollte, falls ihm das Deutsche Reich drei Jahre lang 10000 Reiter gegen die Türken gestellt hätte, so klang diese Bedingung wie Spott, da Matthias wohl wußte, daß der deutsche Reichstag sich dazu nie herbeilassen würde. Es scheint aber auch, daß der Kaiser und seine Räte für den Frieden keine Opfer bringen wollten, weil sie sich in großen Illusionen wiegten und glaubten, daß der ungarische König wegen Erschöpfung seiner Kräfte den Krieg nicht mehr lange würde fortführen können [1]).

Und doch hatte Matthias damals bereits persönlich mit großem Erfolge den Kampf begonnen. Schon im Mai 1482 eröffneten die Ungarn die Belagerung des festen Haimburg, des Schlüssels zu Österreich, die der König selbst von Presburg aus leitete. Anfangs wurde ein ungarisches Korps unter Stephan von Zapolya, Erbgrafen der Zips, das die Belagerung decken sollte, durch die Kaiserlichen zwischen Haimburg und Bruck vollständig geschlagen und die Ungarn zur Aufhebung der Belagerung gezwungen. Doch sammelte nun Matthias ein noch größeres Heer, das die Kaiserlichen nicht mehr zu durchbrechen vermochten. Am 5. Oktober [2]) ergab sich daher die durch Hunger aufs äußerste gebrachte Stadt, einige Tage darauf auch die Burg. Von da rückte Matthias bis gegen Wien vor und besetzte mehrere Ortschaften in der Umgebung dieser Stadt, sodaß die Zufuhr in dieselbe sehr erschwert ward.

1) Der interessante Bericht des Legaten, des Bischofs von Città di Castello, ap. Pray IV, 162sq. Katona XVI, 500sqq.

2) Diesen Tag giebt der gleichzeitige Bericht eines Frankfurters an seinen Rat aus Wien bei Janssen, Reichscorrespondenz II, 405ff., den 30. September der spätere Bonfini.

Um nicht hier eingeschlossen zu werden, verließ der Kaiser Anfangs April 1483 die Stadt, die er nicht mehr wiedersehen sollte, und zog sich nach Graz zurück. Wenige Tage darauf ergaben sich auch die Bürger von Klosterneuburg gegen den Willen ihres Rates.

Im Jahre 1483 wurden keine größeren Truppenscharen ins Feld gestellt. Der Kaiser litt immer größeren Geldmangel, je ausgedehntere Gebiete von den Ungarn besetzt oder gebrandschatzt wurden. Seine Unterthanen suchten sich zu helfen, wie es ging, wie denn die Stände von Kärnten 1482 mit dem ungarischen Könige eigenmächtig Frieden schlossen, den sie mit 10000 Goldgulden erkauften, und im Herbst 1483 die Wiener ebenfalls durch Zahlung bedeutender Geldsummen sich die Erlaubnis zur Weinlese erwirkten. Matthias wendete seine Aufmerksamkeit eine Zeitlang den türkischen Angelegenheiten zu und ließ sich vielleicht auch durch die vom Papste eingeleiteten Friedensverhandlungen von größeren Unternehmungen abhalten. Doch eroberte er in diesem Jahre Güns [1]) und andere dem Kaiser versetzte ungarische Ortschaften.

Unmittelbar nach dem Abschluß des Waffenstillstandes mit den Türken nahm Matthias den Krieg gegen den Kaiser mit seiner ganzen Macht auf. Nicht die wenig zahlreichen Truppen des verlassenen Kaisers, sondern nur die tapfere Verteidigung der niederösterreichischen Städte hinderte die Ungarn an raschen Fortschritten. Zuerst wurde am 25. Februar 1484 Bruck an der Leitha von den Ungarn nach längerer Belagerung erstürmt und unter den Einwohnern ein großes Blutbad angerichtet. Korneuburg hielt eine mehr als siebenmonatliche Belagerung aus, und kapitulierte erst am 1. Dezember 1484, als alle Lebensmittel, Salz und Holz aufgezehrt und ein großer Teil der Stadt mit der Burg durch Feuer zerstört war. Dadurch ward Wien noch mehr gefährdet, besonders weil die große Kälte

1) Vor den 25. Januar 1483 „in eigener Person mit großer unserer Arbeit", wie er in Urk. von obigem Tage im Cod. d. patrius I, 371 sagt.

den Ungarn die Überschreitung der festgefrorenen Donau, die Besetzung des Praters und die Wegnahme der Verschanzungen, welche die Brücken deckten, ermöglichte. Von allen Seiten wurde Wien nun eingeschlossen, die Donau durch dreifache Ketten und versenkte Fässer abgesperrt. Der Kaiser, der sich schon im Oktober von Graz nach Linz begeben hatte, that alles, was in seinen geringen Kräften lag, um der Stadt zu helfen, vermochte sie aber nicht zu retten. Die Not, wie es heißt dadurch gesteigert, daß einzelne reiche Bürger viele Lebensmittel aufgespeichert hatten und zu Wucherpreisen verkauften, stieg immer höher. Als infolgedessen die untern Volksklassen eine drohende Haltung einnahmen, beschloß der Rat, in dem der ungarische König schon seit längerer Zeit mehrere Anhänger hatte, die Übergabe der Stadt. Am 1. Juni 1485 hielt der König seinen feierlichen Einzug in Wien, worauf er sich von den Ständen Niederösterreichs die Huldigung leisten ließ.

Nach einander fielen nun die kleineren Städte in die Gewalt des ungarischen Königs, am 27. Juli Tulln, noch früher Pechlarn, dann, nachdem der Krieg einige Zeit mit geringerem Eifer geführt worden war, Anfangs Juli 1486 Stein, im August Zistersdorf und Feldsberg, am 30. September nach längerer Belagerung Laa, am 12. Oktober Retz, am 22. November Eggenburg, später Zwettl [1]). Wiener Neustadt verteidigte der Kommandant Hans von Wulfersdorf, von den treuen Bürgern unterstützt, über ein Jahr gegen das später von Matthias selbst geführte ungarische Heer, 8000 Fußgänger und 20000 Reiter, bis der Hunger auch ihn zwang, am 17. August 1487 die Festung zu übergeben [2]). In Niederösterreich wurden nur wenige Städte, wie Krems, Melk, Ips, Waidhofen und einige Schlösser von den Kaiserlichen behauptet. Auch von Kärnten

1) S. hierüber auch den Bericht des ferraresischen Gesandten beim ungarischen Könige in Mon. Hung. Mátyás kir. korából III, 172. 186. 192. 198. 204. 213. 214. 216.

2) Vgl. die erwähnten Berichte wie die Briefe der Königin Beatrix, des Königs Matthias und des designierten Graner Erzbischofs Hippolyt von Este l. c. 263. 268. 276. 288. 302. 319 sq. 328.

und Steiermark war ein großer Teil in den Händen der Ungarn, die im Juli 1487 von ihrem Lager vor Wiener Neustadt aus auch das Mürzthal bis vor Bruck erobert hatten. Selbst einzelner Punkte in Oberösterreich hatten sie sich bemächtigt. In Wien nahm Matthias mit seiner Gemahlin seinen gewöhnlichen Wohnsitz. Der Kaiser dagegen hatte schon nach dem Falle Wiens seine Erblande verlassen und war, um durch seine persönliche Einwirkung die Fürsten und Städte zur Hilfeleistung zu bewegen, in das Reich gezogen, wo Klöster und Städte seinen Unterhalt bestritten.

Der Gedanke, aus deutschen, böhmischen und ungarischen Gebieten zwischen dem Westen und Osten Europas ein mächtiges Reich zu gründen, ein Gedanke, der einst Rudolf IV. von Österreich vorgeschwebt, den dann Albrecht V. vorübergehend verwirklicht hatte, schien durch die Kraft des stolzen Hunyady zur Ausführung zu kommen.

Aber während das Haus Habsburg im Osten immer mehr bedrängt ward, sodaß es endlich sogar den größten Teil der österreichischen Länder verlor, erwarb es im Westen ein Reich und legte dadurch den Grund zu seiner künftigen europäischen Bedeutung.

Sechstes Kapitel.

Die Erwerbung der burgundischen Länder. — Die Wahl Maximilians I. zum römischen Könige.

Die burgundische Macht hatte sich teils durch glückliche Heiraten teils durch Waffengewalt mit einer solchen Schnelligkeit gebildet, daß sich im späteren Mittelalter hierfür kaum ein Gegenstück findet.

Im Jahre 1363 verlieh der König Johann von Frankreich das von ihm ererbte Herzogtum Burgund seinem jüngsten Sohne Philipp dem Kühnen. Infolge der Vermählung mit Margareta, der einzigen Tochter des Grafen Ludwig von Flandern, erwarb dieser nach dessen Tode im Jahre 1384 alle Besitzungen desselben, die Grafschaften Flandern und Artois, die damit vereinigte, zum deutschen Reiche gehörende Freigrafschaft Burgund (Franche Comté) und die Grafschaften Nevers und Rethel. Von seinen Söhnen folgte bei seinem Tode im Jahre 1404 der ältere, Johann, in den Ländern seines Vaters, sein zweiter, Anton, wurde von der Herzogin Johanna von Brabant und Limburg, einer Schwester seiner Großmutter, bei ihrem Tode im Jahre 1406 zum Erben eingesetzt. Johanna vermittelte auch die Heirat Johanns von Burgund mit Margaretha, einer Tochter des Herzogs Albrecht von Holland, Seeland, Friesland und Hennegau aus dem Hause Wittelsbach, was auch zur Erwerbung dieser Länder Anlaß gab. Denn der holländische Zweig der Wittelsbacher erlosch 1425 mit Margarethas Bruder Johann, der seinen Neffen Philipp von Burgund, den Sohn des 1419 verstorbenen Herzogs Johann, zu seinem Erben ernannt hatte. Freilich war nicht Johann, sondern Jakobäa, die Tochter seines älteren Bruders Wilhelm, als rechtmäßige Herrin der wittelsbachischen Besitzungen in den Niederlanden anerkannt worden und nur unter harten Kämpfen hatte Johann nach und nach den größern Teil derselben in seine Hände gebracht. Auch Philipp von Burgund hatte noch einen mehrjährigen Krieg mit derselben zu führen. Allein im Jahre 1428 sah sie sich gezwungen, ihm die Regierung ihrer Länder zu überlassen, bis sie 1433 vollständig zugunsten desselben abdankte. Im Jahre 1430 gelangte Philipp auch in den Besitz von Brabant und Limburg, nachdem die Söhne seines Oheims Anton kinderlos gestorben waren. Zu diesen ausgedehnten Gebieten erwarb Philipp auch noch in den Jahren 1429 und 1443 Namur und Luxemburg, ersteres durch Kauf vom letzten kinderlosen Grafen, letzteres durch Vertrag mit Elisabeth von Görlitz, Enkelin Karls IV. Außerdem erhielt er vom französischen Könige

für seinen Abfall von den Engländern 1435 die Grafschaften Macon und Auxerre und den größten Teil der Picardie zu beiden Seiten der Somme.

So dehnte sich die Herrschaft Philipps von Burgund von der Nordsee bis an den Jura und in die Nähe der Alpen aus und umfaßte die blühendsten, industriellsten und wohlhabendsten Länder. Obwohl nicht Souverän, sondern Vasall teils des Königs von Frankreich teils des deutschen Reiches stand er bei der damaligen Zersplitterung beider Reiche an Macht über beiden, wie er sich denn auch weigerte, vom Kaiser Sigmund sich mit den Ländern belehnen zu lassen, die er meist gegen die Bestimmungen des Reichslehnrechtes an sich gebracht hatte.

Schon Philipp ging mit dem Plane um, sich zu seiner Macht auch den entsprechenden Titel zu verschaffen, ein neues lothringisches Königreich zu gründen und dann vielleicht seinem Hause auch die Kaiserwürde zu verschaffen.

Die Not, in die König Friedrich durch die Schweizer und Franzosen geriet, bewog ihn 1445 zum Versuche, die Unterstützung des mächtigen Burgunders zu gewinnen. Philipp kam ihm mit großer Bereitwilligkeit entgegen, da ihm gerade damals viel daran gelegen war, sich den Besitz des neuerworbenen Luxemburg zu sichern, auf welches die Böhmen wegen der früheren Zugehörigkeit dieses Herzogtums zu den Ländern ihrer Krone, und Herzog Wilhelm von Sachsen im Namen seiner Gemahlin Anna, Enkelin des Kaisers Sigmund, der Luxemburg als Mitgift verschrieben worden war, Anspruch erhoben. Die Unterhandlungen wurden zuerst durch Friedrichs Bruder Albrecht VI., später aber mit des Königs Räten Ulrich von Cilli und dem Kanzler Kaspar Schlick geführt, der seine Habsucht auch hier in der unverschämtesten Weise an den Tag legte, indem er dem burgundischen Gesandten erklärte, er würde in dieser Sache um so fleißiger sein, wenn er wüßte, um welchen Preis er dem Herzoge dienen sollte.

Philipps Forderungen waren allerdings sehr weitgehend. Elisabeth, des Königs Ladislaus jüngere Schwester, sollte mit seinem Sohne Karl vermählt und dieser alle Ansprüche des

luxemburgischen Hauses auf das Herzogtum Luxemburg abgetreten worden. Weiter sollten alle Länder, welche der Herzog von Burgund innerhalb Deutschlands besaß, zu einem Königreiche erhoben und dem neuen Könige nicht nur alle Rechte, die dem Kaiser in dessen Ländern wie in Ostfriesland zustanden, sondern auch die Lehenshoheit über Geldern, Jülich, Kleve, Berg, Mark, Mörs und Lothringen, kurz über das ganze westliche Deutschland übertragen werden. Als Grenze für das neue Königreich wurde der alte Umfang des lothringischen Reiches zur Zeit der Karolinger vorgeschlagen. Und dafür bot der Herzog nichts als für Friedrich und seinen Mündel Ladislaus die Hand zweier portugiesischer Infantinnen, Nichten seiner Gemahlin! Um diesen Preis wollte denn doch Friedrich die Freundschaft des Burgunders nicht erkaufen. Er war bereit, der Prinzessin Elisabeth eine Mitgift von 70000 Goldgulden zuzusichern und diese auf Luxemburg anzuweisen, aber er wollte zugleich allen andern ihre Ansprüche auf dieses Land vorbehalten. Er erklärte auch seine Geneigtheit, den Herzog zum Könige von Brabant zu machen und ihm als solchem alle seine in Deutschland gelegenen Gebiete zu unterwerfen. Aber er behielt dem Reiche die Lehenshoheit wie alle sonstigen Rechte vor und weigerte sich, ihm andere Länder unterzuordnen, weil er als „Augustus" das Reich zu mehren, nicht zu verkleinern und zu zerreißen verpflichtet sei. Da diese Angebote dem Burgunder nicht wertvoll genug schienen, brach er im Sommer 1448 die Unterhandlungen ab [1].

Ende 1462, wo der Kaiser durch seinen Bruder, wie seine Anhänger im Reiche durch die mit ihm verfeindeten Wittelsbacher, hart bedrängt wurde, warf er wieder sein Auge auf Philipp von Burgund, der sich auch wegen seines scheinbaren Eifers für einen Kreuzzug der Fürsprache des Pabstes erfreute. Wieder erklärte er sich bereit, demselben den Königstitel zu verleihen und das Reichsvikariat in den wälschen Landen jenseits

1) Die Aktenstücke mitgeteilt von Birk in Chmels österreichischem Geschichtsforscher I, 233—271 und in Chmels Materialien I, 165f. 205—208. 240—245. 274. 277. 287.

des Rheines zu übertragen, wie seinen Sohn Maximilian mit Philipps Enkelin Maria zu vermählen. Als aber seine Lage sich etwas besserte, ließ er den Plan wieder fallen, obwohl auch Albrecht von Brandenbung ihn eifrig befürwortete und darauf hinwies, daß dieses Heiratsprojekt zur Vermehrung der Macht des Hauses Österreich führen könnte [1]).

Ohne daß Philipp sein Haupt mit der Königskrone geschmückt gesehen hätte, schied er 1467 aus dem Leben. Aber auch sein Sohn Karl der Kühne, ein ehrgeiziger, tapferer, ja tollkühner, alles überstürzender Fürst, hielt dieselben Ziele fest. Vor allem war er mit Erfolg bemüht, sein Reich durch die Erwerbung der dazwischen liegenden Gebiete zu erweitern und zu arrondieren. Wie er das Bistum Lüttich in Abhängigkeit von sich brachte, so bemächtigte er sich auch des Herzogtums Geldern mit Zütphen, indem er sich des Herzogs Arnold, der von seinem Sohne Adolf gefangen gehalten ward, annahm, ihm 1471 die Freiheit verschaffte und ihn 1473 gegen 300000 Goldgulden zur Abtretung seines Landes bewog.

Im Süden suchte er seine Herrschaft bis zum Oberrhein auszudehnen und auch hier schien er seinen Zweck zu erreichen. Sigmund von Tirol, dem die Eidgenossen nach und nach alle habsburgischen Gebiete südlich am Rhein entrissen hatten, war von diesen wegen der Gewaltthätigkeiten vorländischer Adeliger gegen die ihnen verbündeten Städte Mühlhausen und Schaffhausen 1466 neuerdings bekriegt und am 27. August 1468 im Frieden von Waldshut verpflichtet worden, denselben bis zum 24. Juni des folgenden Jahres 10000 Gulden Kriegsentschädigung zu zahlen oder ihnen dafür mehrere österreichische Gebiete zu überlassen [2]). Teils um das Geld aufzubringen, teils um sich gegen weitere Angriffe der Schweizer sicher zu stellen, wendete sich Sigmund auf den Rat des Kaisers an König Ludwig XI. von Frankreich, mit dem er bisher immer

1) Bachmann, Reichsgeschichte I, 360f. 372f.

2) H. Witte, Der Mühlhauser Krieg. „Jahrbuch für Schweizerische Gesch." XI, 259—332.

in freundschaftlichen Beziehungen gestanden hatte. Dieser wollte sich aber mit den Schweizern umsoweniger verfeinden, als er mit dem Herzoge von Burgund und anderen mächtigen Vasallen ganz zerfallen war. Er ließ daher eine Gesandtschaft, die Sigmund an ihn schickte, ohne Erfolg abziehen und dem Herzoge selbst, der auf der Reise nach Frankreich schon nach Troyes gekommen war, melden, daß er seine Weiterreise nicht wünsche. Nun begab sich Sigmund im März 1469 zu Karl dem Kühnen nach den Niederlanden und entschloß sich sogar, dessen Diener zu werden, wofür dieser ihm seinen Schutz besonders gegen die Eidgenossen zusicherte. Endlich ließ sich Sigmund auch noch bewegen, am 9. Mai dem Herzoge von Burgund um 50000 rheinische Goldgulden die Landgrafschaft Oberelsaß mit dem Sundgau, die Grafschaft Pfirt, die Städte Rheinfelden, Seckingen, Laufenburg und Waldshut, die Grafschaft auf dem Schwarzwald und Schloß und Stadt (Alt-) Breisach zu verpfänden, oder eigentlich zu gestatten, daß der Burgunder diese von Sigmund schon großenteils versetzten Gebiete von den jetzigen Inhabern an sich löse. Thatsächlich kam dies einer gänzlichen Abtretung dieser Länder an den Burgunder gleich, der dadurch sogar auf dem rechten Rheinufer festen Fuß faßte. Denn wenn auch Sigmund sich und seinen Erben das Recht vorbehalten hatte, dieselben um obige Summe unter Zurechnung der Einhaltungskosten zurückzulösen, so war es nicht wahrscheinlich, daß die Herzoge von Österreich, die ohnehin immer in Geldnot waren, die erforderlichen Mittel auf einmal aufbrächten, da Sigmund selbst erklärte, daß schon jetzt die auf diesen Gebieten lastenden Pfandsummen gegen 180000 Gulden betrügen [1]). Nur die Aussicht, die verlorenen

1) Der Bericht Sigmunds an den Kaiser über seine Reise nach Frankreich und Burgund und die Verhandlungen daselbst, noch vom Jahre 1469 (nicht 1470), mitgeteilt von Chmel in Mon. Habsburg. I, 2, 131 ff. und mehrere auf die Verpfändung bezügliche Urkunden in F. R. Austr. Dipl. II, 223 sqq. Weitere verzeichnet Chmel in Mon. Habsburg. I, 1, 3 sqq. und Lichnowsky VII, Reg. Nr. 1349—1355. Vgl. auch G. Krause, Beziehungen zwischen Habsburg und Burgund bis zum

Gebiete in der Schweiz wieder zu gewinnen und an den verhaßten Eidgenossen Rache zu nehmen, konnten Siegmund zu einem solchen Schritte bestimmen.

Auf den vergnügungssüchtigen Herzog Sigmund machten die Pracht und der Reichtum des burgundischen Hofes, an dem er sehr lange verweilte, einen gewaltigen Eindruck. In seinem Geiste stieg wieder der Gedanke auf, die blühenden Länder, die Karl besaß, durch eine Vermählung der einzigen Tochter desselben mit dem Erzherzoge Maximilian an das Haus Österreich zu bringen. Da Karl sich diesem Projekt nicht abgeneigt zeigte, so empfahl es Sigmund dem Kaiser [1]). Da aber dem Herzoge von Burgund unterdessen von Georg von Böhmen, der auch an demselben eine Stütze zu gewinnen suchte, die römische Königswürde angeboten worden war [2]), so glaubte er auch vom Kaiser dasselbe fordern zu dürfen, wenn er die gewünschte Heirat bewilligen sollte. Um diesen günstiger zu stimmen, stellte er ihm auch seine Unterstützung zur Verteidigung gegen die Türken, zur Beruhigung seiner Länder und zur Hebung des Reiches in Aussicht. Sigmund überbrachte diese Anträge des Herzogs im Juli 1470 persönlich dem Kaiser nach Villach.

Welchen Wert aber auch Friedrich auf die Freundschaft des mächtigen Herzogs und auf die Heirat seines Sohnes mit der Erbin desselben legen mochte, so wollte er doch unter keiner Bedingung denselben bei seinen Lebzeiten zum römischen Könige wählen lassen, da er durch denselben sicher vollständig in den Hintergrund gedrängt worden wäre und sein eigener Sohn erst nach dessem Tode die deutsche Krone hätte erlangen können. Auch war die Wahl Karls zum römischen Könige ja gar nicht

Ausgang der Trierer Zusammenkunft im Jahre 1473. Graudenz, 1876 (Diss. von Göttingen), S. 22 ff., K. Rausch, Die burgundische Heirath Maximilians I., S. 16 ff. und H. Witte, Zur Geschichte der Entstehung der Burgunderkriege. H. Sigmunds von Österreich Beziehungen zu den Eidgenossen und zu Karl d. Kühnen 1469—1474 (Hagenau 1885), S. 1 ff.

1) Sigmunds erwähnter Bericht l. c.

2) Palacky IV, 2, 600. Rausch, S. 35 f.

Sache des Kaisers, sondern der Kurfürsten, bei deren Majorität Friedrich auf kein Entgegenkommen in dieser Frage rechnen durfte. Er lehnte daher diesen Punkt unter Hinweisung auf seine Verpflichtungen gegen das Reich und die Kurfürsten kurzweg ab. Dagegen erbot er sich auch jetzt wieder wie im Jahre 1447, eines der Länder des Burgunders zu einem Königreiche zu erheben und alle übrigen Reichslehen desselben damit zu vereinigen, unter der Bedingung, daß dieser vom Reiche die Belehnung empfange und demselben Gehorsam leiste und daß er dem Kaiser und dem Herzoge Sigmund gegen alle Feinde im Reiche und in den Ländern des Hauses Österreich beistehe, namentlich um diesem die Schweizer und Freiburg im Öchtland wieder zu unterwerfen [1]).

Karl lehnte das Angebot, ihn zum Könige zu erheben, gerade so ab, wie früher sein Vater und gab sich zugleich den Anschein, als wenn er auch die römische Königswürde als eine Last ansähe, an die er nur gedacht habe auf das Drängen vieler in der Meinung, daß der Kaiser dies wünsche, und um die Königswürde einst auf seinen Schwiegersohn, den Erzherzog Maximilian, übertragen zu können [2]).

1) K. Friedrichs „Antwort auf die Werbung und das Anbringen der Burgundischen des Heiraths und anderer Sachen halben, so H. Sigmund an sein kaiserlich Gnaden gebracht hat", in Mon. Habsburg. I, 1, 20 bis 24, was dann Sigmund am 26. Sept. 1470 dem Herzoge von Burgund berichtet. Ibid. p. 10—13 = 25—28. Daß Sigmund an den Kaiser nicht, wie Rausch S. 38 und 198 meint, Gesandte geschickt, sondern selbst die ihm von burgundischer Seite „in geschrifft" eingeantworteten Vorschläge an den Kaiser (nach Villach) gebracht habe, steht ausdrücklich in des Kaisers „Antwort" und wird auch bestätigt durch die Berichte bei Janssen, Reichscorrespondenz II, 256, Nr. 412, und bei Gemeiner, Regensb. Chronik III, 470, nach welch letzterem auch burgundische Räte in Villach gewesen wären. Doch scheinen diese schriftlichen Vorschläge des Herzogs von Burgund nach manchen der Ausführungen bei Rausch, S. 197 ff., mit der Instruktion desselben bei Commines ed. Godefroy IV, 392 ff. nicht identisch zu sein, sondern diese ins Jahr 1472 zu gehören.

2) Schreiben an H. Sigmund vom 15. Januar 1471. Mon. Habsb. I, 1, 13.

Die Unterhandlungen über das Heiratsprojekt scheinen dann einige Zeit geruht zu haben. Karls Aufmerksamkeit wurde durch den Sturz seines Schwagers Eduard IV. von England und durch Kämpfe mit dem französischen Könige in Anspruch genommen, sodaß er nun andere Fürsten, deren Unterstützung ihm für den Augenblick notwendig schien, durch die Hand seiner Tochter zu födern suchte. Der Kaiser scheint nach den Forderungen Karls ohnehin keinen großen Eifer mehr dafür gehabt zu haben. Auch Sigmund von Tirol machte im Herbste 1471 einen Versuch, mit den Eidgenossen einen dauernden Frieden zustande zu bringen, da er sich überzeugte, daß Karl sich zu einem Kriege mit denselben nicht bewegen lasse [1]). Als aber das Verhältnis des Kaisers zu seinen Unterthanen und zum Könige von Ungarn immer feindseliger, die Raubzüge der Türken immer gefährlicher wurden und sein Versuch, durch persönliches Erscheinen auf einem Reichstage in Regensburg im Sommer 1471 die deutschen Stände zu seiner Unterstützung zu bewegen, vollständig fehlschlug, da knüpfte er Ende 1472 die Verhandlungen mit dem Herzoge von Burgund wieder an.

Karl war freilich unterdessen in seinen Forderungen nicht mäßiger geworden. Auch bei den Verhandlungen, die seine Gesandten im Sommer 1473 mit dem Kaiser führten, hielt er an dem Verlangen fest, daß dieser schon bei seinen Lebzeiten ihn zum römischen König mache, wie dann auch er nach Friedrichs Tode diese Würde seinem Schwiegersohne Maximilian übertragen würde. Er suchte Friedrich durch den Hinweis zu födern, daß Max durch die Vermählung mit seiner Tochter die größten und schönsten Länder der Christenheit bekommen und das Haus Österreich auf diese Weise mächtiger werden würde als irgend ein anderes Haus der Welt, daß der Kaiser selbst durch den Herzog Gehorsam finden, die Fürsten und Städte im Reiche ihm wieder unterthänig gemacht werden und er

1) Witte, S. 9ff. Vgl. Mandrot, Etude sur les relations de Louis XI., roi de France, avec les cantons Suisses im „Jahrbuch für Schweizer. Gesch." V, 145ff.

größeres Ansehen erlangen würde, als irgend ein Kaiser seit dreihundert Jahren, und daß er auf diese Weise auch in die Lage käme, die Türken zu vertreiben. Nur im äußersten Falle wollte sich Karl mit seiner Ernennung zum ständigen Reichsvikar und mit der Zusicherung der Kurfürsten begnügen, daß sie ihn nach des Kaisers Tode zu dessen Nachfolger wählen würden [1]).

Doch hing die Erfüllung dieser Bedingungen, auch wenn der Kaiser auf dieselben hätte eingehen wollen, nicht von diesem allein, sondern noch mehr von den Kurfürsten ab, und es war sehr zu bezweifeln, daß diese sich herbeilassen würden, den mächtigen und gewaltthätigen Herzog von Burgund zu ihrem künftigen Herrn zu machen. Wohl in der Hoffnung, diesen durch persönliche Verhandlungen zu einer Ermäßigung seiner Forderungen zu bewegen, veranstaltete Friedrich nach dessen Wunsche Ende September 1473 mit ihm eine Zusammenkunft in Trier.

Acht Wochen waren die beiden Fürsten hier beisammen, wobei Karl eine nie gesehene Pracht entfaltete. Vollständige Aufklärung über die Verhandlungen in Trier werden wohl nie zu gewinnen sein, weil sie meist zwischen dem Kaiser und dem Herzoge unter vier Augen oder höchstens unter Beiziehung ihrer vertrautesten Räte geführt und sogar die anwesenden deutschen Fürsten in dieselben nicht eingeweiht wurden. Doch lassen sich wenigstens einige Hauptpunkte derselben feststellen [2]). Anfangs scheint der Herzog seine frühere Forderung wegen der Wahl zum römischen Könige aufrechterhalten, der Kaiser dieselbe ebenso wie vorher verweigert zu haben. Nach einem Monate war man sich gegenseitig nicht einen Schritt näher gekommen,

1) Mon. Habsburg. I, 1, 30—41.

2) Siehe die Zusammenstellung der Berichte bei Fr. Lindner, Die Zusammenkunft K. Friedrich III. mit Karl dem Kühnen im Jahre 1473 zu Trier (Diss. von Greifswalde, 1876), S. 3—30 und 56 ff. Krause, S. 47 ff. Rausch, S. 86 ff. und 207 ff. Am wichtigsten ist jedenfalls das Schreiben des Kurfürsten Albrecht von Brandenburg an Wilhelm von Sachsen vom 13. November 1473 bei Müller, Reichs Tags Theatrum V, 597 und Riedel, C. d. Brand. II, 5, 201.

18*

so daß Karl mit seiner Abreise drohte. Um ihn zu beschwichtigen, belehnte ihn der Kaiser am 4. November mit dem kürzlich erworbenen Herzogtum Geldern und ging auch sonst in seinen Anerbietungen so weit, als er ohne grelle Verletzung der Interessen des Reiches gehen konnte. Wie schon vor drei Jahren erklärte er sich auch jetzt bereit, die Länder, die Karl innerhalb Deutschlands besaß, und Burgund selbst, zu einem in männlicher und weiblicher Linie erblichen Königreiche zu erheben und damit auch Lothringen zu verbinden, das für ein dem Reiche heimgefallenes Lehen angesehen ward, da der im Juli verstorbene Herzog keinen Sohn, sondern nur einen Vetter Namens Renatus hinterlassen hatte. Außerdem wollte er dem Könige die Oberhoheit über die Bistümer Utrecht, Lüttich, Toul und Verdun und einige benachbarte weltliche Gebiete übertragen. Doch hielt er daran fest, daß dieses Königreich mit allen seinen Ländern unter der Lehenshoheit des deutschen Reiches verbleibe, von diesem also nicht getrennt werde. Dagegen sollte Karl seine Tochter mit dem Sohne des Kaisers vermählen. Schon hieß es, daß beide Fürsten auf diese Bedingungen hin sich geeinigt haben, daß Karl des Kaisers oberster Hauptmann werden und ihm sein Leben lang 10000 Reiter gegen seine Feinde stellen, daß er seiner bisherigen Verbindung mit dem Könige von Ungarn entsagen, ihm auch Elsaß als Mitgift seiner Tochter zurückgeben wolle. Schon sahen alle jene Reichsstände, die sich bisher dem Kaiser gegenüber widerspänstig gezeigt hatten, mit Bangen der Zukunft entgegen, wenn dem Kaiser der mächtige Burgunder zur Seite stand.

An der Haltung der Häupter der Reichsstände scheiterte denn auch schließlich die Einigung. Der Kaiser wäre bereit gewesen, alle jene Punkte aus eigener Machtvollkommenheit zu gewähren, und meinte, es sollte da niemand etwas darein reden. Karl dagegen verlangte die Einwilligung der Kurfürsten, ohne die so wichtige Fragen bisher nicht erledigt worden waren. Diese aber waren nicht geneigt, den stolzen Burgunder noch mächtiger zu machen und dessen weite Gebiete dann in die Hände der Habsburger kommen zu lassen. Denn mußte dann nicht

die Bedeutung der Reichsstände, vor allem ihr eigener Einfluß, ganz in den Hintergrund gedrängt werden? Die Räte der abwesenden Kurfürsten erklärten daher, ohne ihre Herren nichts bewilligen zu können, die persönlich anwesenden, die Erzbischöfe von Mainz und Trier, versagten geradezu ihre Zustimmung. Konnte sich daher Karl der Erfüllung der ihm vom Kaiser gemachten Versprechungen nicht sicher fühlen, so zeigte auch er keine Neigung, seine bisherigen Freunde und Bundesgenossen, Matthias von Ungarn und Friedrich von der Pfalz, dessen Bekriegung der Kaiser vor allem wünschte, preiszugeben oder gar bekämpfen zu helfen. Der Kaiser soll auch vom Könige Ludwig von Frankreich, Karls Todfeinde, gegen diesen aufgereizt worden sein. Da so die Aussicht auf eine Einigung immer mehr dahinschwand, so reiste der Kaiser am 25. November vor Tagesanbruch aus Trier ab, ohne sich vom Herzoge auch nur verabschiedet zu haben.

Karl, der schon Vorbereitungen für seine Krönung getroffen hatte, war über das Scheitern seiner Pläne höchlich entrüstet und suchte nun seinen Einfluß am Rheine in Opposition gegen den Kaiser auszubreiten, wozu ihm die Wirren im Kölner Erzstifte Anlaß gaben. Der Erzbischof Ruprecht, ein Bruder Friedrichs von der Pfalz, war wegen seiner willkürlichen Regierung mit seinen Ständen und dem Kapitel vollständig zerfallen, so daß dieses ihn abgesetzt und den Landgrafen Hermann von Hessen zum Administrator gewählt hatte. Da der Kaiser diesen anerkannte, wendete sich Ruprecht an Karl von Burgund, übertrug ihm die Schirmvogtei über das Erzbistum und versprach ihm außerdem für seine Unterstützung eine große Geldentschädigung. Ende Juli 1474 erschien dieser mit einem stattlichen Heere im Erzstifte und begann die Belagerung von Neuß, in das sich Hermann von Hessen selbst zurückgezogen hatte.

Karl kam aber bald in eine sehr schwierige Lage. Neuß widerstand zehn Monate lang allen Stürmen der Burgunder, und unterdessen sammelte sich, nachdem auf einem Reichstage in Augsburg der Krieg gegen Karl beschlossen worden war,

seit dem Dezember 1474 unter der Anführung des Kurfürsten Albrecht von Brandenburg als Feldhauptmanns ein Reichsheer, das wenigstens an Zahl dem burgundischen bedeutend überlegen war [1]).

Schon früher hatte sich am Oberrhein gegen Karl eine gefährliche Bewegung erhoben.

Die stramme, ja drückende Regierung seines Statthalters Peter von Hagenbach [2]) hatte bewirkt, daß die Einwohner der ihm von Sigmund von Tirol verpfändeten Gebiete sich wieder unter die frühere Herrschaft zurücksehnten. Ebenso lebhaft war der Wunsch der Eidgenossen und einiger Reichsstände des südwestlichen Deutschland, die stätig anwachsende Macht des burgundischen Herzogs aus ihrer Nähe zu verdrängen, da dessen unersättlicher Ehrgeiz auch ihre Selbständigkeit bedrohte. Schon Anfangs 1473 hatten die Städte Straßburg, Basel, Kolmar und Schlettstadt, und die Bischöfe von Straßburg und Basel einen Bund unter sich geschlossen, und einen solchen auch mit den Eidgenossen zustande zu bringen gesucht. Diese, auch von Hagenbach vielfach beleidigt, waren nicht bloß dazu bereit, sondern suchten jetzt auch einen Ausgleich mit Österreich herbeizuführen. Da Sigmund von Tirol, vom burgundischen Herzoge immer mit leeren Versprechungen abgespeist, die Hoffnung auf Unterwerfung der Schweizer aufgegeben hatte, so suchte er wenigstens die verpfändeten oberrheinischen Gebiete wieder an sich zu bringen, was ohne das Geld der Reichsstädte und die Waffenhilfe der Eidgenossen unmöglich war. Um diesen Zweck zu erreichen, war er bereit, zugunsten der Schweizer auf alle Gebiete, die sie seinem Hause abgenommen hatten, zu verzichten und mit denselben nicht bloß, wie es bisher immer geschehen war, einen Waffenstillstand auf eine gewisse Anzahl von Jahren, sondern einen dauernden Frieden zu schließen. Da so die

1) Markgraf, De bello Burgund. a Carolo Audace contra archiep. Colon. suscepto. Berol. 1861.

2) H. Witte, Zur Geschichte der burgundischen Herrschaft am Oberrhein 1469—1473, in „Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins" N. F. I, 129 ff.

Interessen aller dieser Parteien in ihrer Richtung gegen Burgund sich begegneten, so kam leicht eine Einigung zwischen ihnen zustande. Am 30. März 1474 wurde unter Vermittelung eines französischen Gesandten zwischen Sigmund im Namen Österreichs und den Schweizern in Konstanz der Friede, die „ewige Richtung", und dann zwischen beiden und den Städten und Bischöfen des Oberrheins auf zehn Jahre ein Bündnis abgeschlossen. Die Städte liehen dem Herzoge die zur Auslösung der Pfandschaften nötige Summe, und sie und die Schweizer versprachen ihre Hilfe gegen Karl, falls dieser die Herausgabe der verpfändeten Gebiete verweigerte. Als dies wirklich der Fall war, erhoben sich, nachdem an einzelnen Orten schon früher Aufstände ausgebrochen waren, die Einwohner überall gegen die „welsche Tyrannei" und nahmen am 11. April auch den Statthalter Hagenbach in Breisach gefangen, der am 9. Mai dem Hasse des Volkes geopfert und enthauptet wurde [1]).

Die Schweizer und ihre Verbündeten griffen sogar die burgundischen Erblande an. Anfangs November 1474 fielen sie in die Franche Comté ein und eroberten nach einem Siege über ein burgundisches Entsatzheer die Stadt Héricourt. Im folgenden Frühjahr erfolgte ein neuer Einbruch. Auch Karls Erbfeind, Ludwig XI. von Frankreich, der mit den Schweizern und am 31. Dezember 1474 auch mit dem Kaiser ein Bündnis schloß, begann nach längerem Zögern im folgenden Mai die Feindseligkeiten und nahm einige Städte in der Picardie weg. Karl selbst wurde vor Neuß, das noch immer sich behauptete, von einem immer mehr anwachsenden Reichsheere bedroht.

Da trat auf einmal eine Wendung ein. Der Papst hatte sich in letzter Zeit ernstliche Mühe gegeben, den Frieden in Mitteleuropa herzustellen, ohne den eine Abwehr der immer weiter vordringenden Türken unmöglich war. Nach dem Bruche

1) K. Dändliker, Ursachen und Vorspiel der Burgunderkriege (Zürich 1876), S. 31 ff. Rausch, S. 97 ff. Witte, Burgunderkriege, S. 29 ff. Für den Reichskrieg gegen Karl von Burgund und den Ausgleich mit dem Kaiser wie die weiteren Ereignisse bis zu Karls Tode siehe Rausch, S. 107—158.

zwischen dem Kaiser und dem Herzoge von Burgund hatte er den Bischof von Forlì nach Deutschland geschickt, um die beiden Fürsten wieder zu versöhnen. Die Vermittelung desselben wurde auch von mehreren Fürsten unterstützt, auch des Kaisers Feldhauptmann Albrecht von Brandenburg war einem Ausgleiche geneigt. Da dem Kaiser selbst mehr daran liegen mußte, den Herzog zu gewinnen als zu vernichten, so kam ein Präliminarfriede zustande, der am 28. Mai 1475 bekannt gemacht wurde. Karl hob die Belagerung von Neuß auf, leistete dem abgesetzten Erzbischofe Ruprecht keine Unterstützung mehr und gab seine Zustimmung zur Vermählung seiner Tochter mit dem Erzherzoge Maximilian. Der Kaiser dagegen scheint ihm stillschweigend den Herzog von Lothringen und die Schweizer preisgegeben zu haben.

Auch mit dem französischen Könige brachte Karl am 13. September eine neunjährige Waffenruhe zustande, dessen Spitze gegen Österreich und die Schweiz gerichtet war, indem dem Herzoge das Recht vorbehalten wurde, Pfirt und Elsaß wieder in seine Gewalt zu bringen und die Eidgenossen zu bekriegen, wenn sie diesen Ländern Hilfe leisteten [1]). Es ging ein Zug tiefer Verlogenheit durch die Welt, und jeder hielt es für erlaubt, selbst seinen Verbündeten in jedem Augenblicke zu verraten.

Von allen Seiten sichergestellt, warf sich der Burgunder jetzt auf Lothringen, das er mit der Hauptstadt Nancy in wenigen Wochen eroberte, und dann auf die Schweizer, welche in diesem Jahre auf Kosten des mit ihm verbündeten Savoyens und savoyardischer Vasallen Eroberungen gemacht und das Gebiet bis zum Genfer See unterworfen hatten. Der Kaiser sah ruhig zu, da Karl endlich am 17. November im Lager vor Nancy Vollmacht zum Abschluß eines definitiven Friedens gab und am 6. Mai 1476 auch erklärte, daß im November die Vermählung seiner Tochter mit dessen Sohne stattfinden sollte. Auch Sigmund von Tirol schloß am 1. Januar einen dreimonatlichen Waffenstillstand.

1) Mandrot, Etude, im „Jahrbuch f. Schweizer. Gesch." VI, 216 f.

Trotzdem sollte Karl an den Schweizern unüberwindliche Gegner finden. Am 2. März 1476 wurde er von den viel schwächeren Eidgenossen bei Grandson und noch entschiedener am 22. Juni bei Murten geschlagen, wo er wenigstens 10000 seiner besten Krieger verlor. Als er hierauf Nancy belagerte, dessen sich der Herzog Renatus wieder bemächtigt hatte, wurde er am 5. Januar 1477 von den Lothringern und schweizerischen Soldtruppen neuerdings besiegt und fand dabei selbst ein tragisches Ende.

Der Kaiser war natürlich bemüht, die vereinbarte Vermählung seines Sohnes mit Karls Tochter und Erbin jetzt zur Ausführung zu bringen und denselben die burgundisch-niederländischen Gebiete zu sichern [1]). Doch mußte er sich vorläufig auf die Absendung von Briefen und Gesandten beschränken, da seine Kräfte durch den Aufstand der österreichischen Adeligen und die drohende Haltung des ungarischen Königs gelähmt waren.

Und doch wäre es dringend notwendig gewesen, seinen Sohn mit Geld und Truppen versehen nach den Niederlanden zu schicken, da dessen Braut von allen Seiten bedrängt wurde. Als Karl der Kühne unter den Streichen seiner Feinde seine Seele ausgehaucht hatte, waren infolge der ewigen Kriege und der Gewaltherrschaft der letzten Herzoge sein Schatz geleert, sein Heer zertrümmert, seine Unterthanen, besonders die Bürger der großen Städte, unzufrieden. Ludwig XI. von Frankreich war entschlossen, diese günstige Gelegenheit zur Erwerbung eines großen Teils der Länder Karls zu benutzen, während er die entfernteren als Köder für deutsche Fürsten bereit hielt, die seine Pläne zu unterstützen bereit wären. Konnte er nicht die Hand Marias für seinen siebenjährigen Sohn Karl erhalten, so wollte er wenigstens die Picardie, Artois und Flandern wie das Herzogtum und die Freigrafschaft Burgund für Frankreich gewinnen, die er als erledigte Kronlehen in Anspruch nahm, obwohl die Franche Comté deutsches Reichslehen, die übrigen Länder aller-

1) Vgl. mit der Darstellung bei Rausch, S. 159ff. auch die Aktenstücke in Mon. Habsburg. I,1, 137 sqq. selbst.

dings französische Lehen, aber nicht erledigt waren, da König Johann von Frankreich, der Vater des Gründers der burgundischen Dynastie, selbst durch seine Herkunft von der Schwester des letzten Herzogs in den Besitz des Herzogtums Burgund gelangt war. Ludwig ließ gleich Truppen in diese Gebiete einrücken und brachte durch Geld, Überredung, List und Gewalt die Picardie, Artois, das Herzogtum Burgund, die Franche Comté und mehrere Städte von Hennegau und Flandern in kurzer Zeit in seine Hände. In den Niederlanden selbst konnte sich Maria nur durch Gewährung weitgehender Freiheiten an die Stände und einige große Städte die Anerkennung verschaffen. Mehrere ihrer Räte, selbst ihr Kanzler Hugonet, arbeiteten im Interesse Frankreichs, während andere, besonders die Bürger von Gent, in die Herzogin drangen, daß sie sich mit dem enterbten Herzoge Adolf von Geldern vermähle.

Maria blieb fest, schrieb aber am 26. März ihrem Bräutigam in dringenden Worten, er möge unverzüglich sich zu ihr begeben; denn sonst müßte sie vielleicht Sachen thun, die sie nimmer thäte, wenn sie nicht dazu gezwungen und von ihm verlassen würde. Auch die Gesandten, der Bischof Georg von Metz und der kaiserliche Protonotar Georg Heßler schrieben am 20. April aus Brügge, der Kaiser möge ja seinen Sohn bald schicken; denn die Länder seien reich, werfen jährlich 1200000 Gulden ab, das Volk treu, aber ungeduldig, einen Herrn zu erhalten. In der That hatten die Gewaltthaten der Franzosen besonders in den vlämischen Gebieten einen so großen Haß gegen dieselben hervorgerufen, daß der Kanzler Hugonet und Graf Humbercourt, die als Gesandte bei Ludwig XI. gewesen waren, am 3. April als Verräter in Gent hingerichtet und an verschiedenen Orten die französisch Gesinnten erschlagen wurden.

Aber erst in der zweiten Hälfte des Mai konnte der Erzherzog Maximilian von Wien abreisen, als der Kaiser zu seiner anständigen Ausrüstung durch Verpfändung von Enns vom Erzbischofe von Gran sich ein Darlehen von 10000 Dukaten verschafft hatte. Nachdem sich Max zunächst noch nach Graz zur

Verabschiedung von seiner Schwester begeben hatte und dann langsam durch Deutschland gereist war, fand am 19. August die Vermählung mit der Herzogin Maria statt, worauf er auch als Mitregent anerkannt wurde.

Maximilian fühlte sich zunächst ganz glücklich. „Ich hab ein schöns, fromms, tugendhaftigs Weib", schreibt er am 8. Dezember seinem Vertrauten Sigmund Prüschenk, „daß ich mich begnügen kann und Gott danke. Sie ist von Leib klein, viel kleiner als die Rosina [1]), und schneeweiß, ein braunes Haar, ein kleins Nasl, ein kleins Häuptl und Antlitz, braune und graue Augen gemischt, schön und lauter, nur das untere Häutel an den Augen ist etwas herabgesenkt, gleich als ob sie geschlafen hätt, doch ist es nicht wohl zu merken; der Mund ist etwas hoch, doch rein und rot, sonst eine viel schönere Jungfrau, als ich all mein Tag bei einer gesehen hab, und fröhlich. Hätten wir hier Fried, wir säßen im Rosengarten" [2]). Das bedauert überhaupt der junge und lebenslustige Fürst am meisten, daß der Krieg mit Frankreich ihn hinderte, seinen Lieblingsvergnügungen, dem Rennen, Stechen, Tanzen und Jagen nachzugehen.

Es wurde zwar am 18. September 1477 ein Waffenstillstand mit Frankreich geschlossen. Aber schon im folgenden Jahre begannen die Franzosen wieder die Feindseligkeiten. Am 7. August 1479 wurden sie in der blutigen Schlacht bei Guinegate unweit Therouenne besiegt, wobei Maximilian selbst mit dem Fußvolke den Ausschlag gab, nachdem die Reiterei bereits die Flucht ergriffen hatte. Doch konnte der Sieg wegen der Parteikämpfe und Unruhen in mehreren niederländischen Provinzen und wegen der Abneigung derselben gegen den Krieg, der ihre materiellen Interessen schädigte, nicht ausgebeutet werden. Zum größten Unglücke starb Maria schon am 27. März

1) Maximilians frühere Geliebte.

2) Maximilians I. vertraulicher Briefwechsel mit Sigmund Prüschenk. Herausgeg. von V. v. Kraus, S. 27 f. Vgl. auch die folgenden Briefe, die auf Maximilians damalige Gesinnungen interessante Streiflichter werfen.

1482 infolge eines Sturzes vom Pferde, nachdem sie ihrem Gemahle drei Kinder geboren hatte, von denen zwei, der bald vierjährige Sohn Philipp und die zweijährige Tochter Margaretha, sie überlebten.

Für Maximilian war dies nicht bloß in persönlicher, sondern auch in politischer Beziehung ein furchtbarer Schlag. Trotz vieler guten Eigenschaften war es ihm bisher nicht gelungen, die Zuneigung der Niederländer zu erwerben, deren Sprache er noch nicht einmal recht verstand. Obwohl seine Gemahlin in ihrem Testamente [1]) ihn zum Vormunde ihrer Kinder und zum Regenten ihrer Länder bestimmt hatte, so setzten die flandrischen Städte, voran die stolzen Genter, doch einen Regentschaftsrat ein, der jedes selbständige Vorgehen des Fürsten unmöglich machte. Aufgestachelt vom französischen Könige knüpften sie sogar eigenmächtig Friedensunterhandlungen an, wozu endlich auch Maximilian seine Zustimmung geben mußte, da gleichzeitig Geldern sich zugunsten seines alten Herzogsgeschlechts zu erheben drohte und auch der Kaiser, vom ungarischen Könige bedrängt, ihm nicht helfen konnte. Am 23. Dezember 1482 wurde der Friede von Arras abgeschlossen. Durch diesen wurden das Herzogtum Burgund und die Picardie stillschweigend an Frankreich überlassen. Artois, die Franche Comté, Macon, Auxerre, Charolais und Bar sur Seine sollte die junge Prinzessin Margarethe als Mitgift erhalten, die bei reiferem Alter den Dauphin heiraten sollte. Doch sollten diese Gebiete, wenn Margaretha keine Kinder erhielte, wieder an ihren Bruder Philipp zurückfallen. Jene Städte, welche in diesen Gebieten von den Franzosen besetzt waren, blieben auch fortan vorläufig in der Gewalt derselben. Wenn Philipp ohne Erben mit Tod abginge, sollte seine Schwester in allen Ländern ihm folgen. Margaretha wurde bald darauf zur Erziehung nach Frankreich gebracht.

Obwohl am 30. August 1483 dem ränkevollen Ludwig XI. Maximilians designierter Schwiegersohn, Karl VIII. auf dem

1) Vom 24. März 1482 bei Lichnowsky VIII, DCCXXXII.

französischen Throne folgte und nun in Frankreich innere Wirren ausbrachen, so dauerten die Intriguen gegen Maximilian doch auch jetzt noch fort. Die Flandrer, welche diesen nicht als Regenten anerkannten und selbst seinen Sohn ihm vorenthielten, wurden von Anna von Beaujeu, der energischen und herrschsüchtigen Schwester des schwächlichen Karl VIII., nicht bloß ermutigt, sondern auch mit Truppen unterstützt. Erst nach längeren Kämpfen vermochte der Erzherzog die flandrischen Städte, zuzuletzt Ende Juni 1485 auch das reiche Gent, zu bezwingen und zur Anerkennung seiner Regierung und zur Auslieferung seines Sohnes zu nötigen. Eine Kriegsentschädigung von 700000 Goldgulden war die Strafe für den bisherigen Ungehorsam.

Obwohl gerade in denselben Tagen sein Vater flüchtig Österreich verlassen hatte und im Reiche die Mittel zur Wiedererlangung desselben zu gewinnen bemüht war und die energische Mitwirkung dazu vor allem Maximilians Pflicht gewesen wäre, so beschloß dieser doch den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen, um an Anna von Beaujeu Rache zu nehmen. Er verband sich mit ihren Gegnern, den Herzogen von Orleans und Bretagne und anderen französischen Großen, um die Regentin aus der Nähe des Königs zu entfernen und die zentralistische Umgestaltung Frankreichs aufzuhalten. Allein seine Verbündeten wurden geschlagen, seine Truppen von den Franzosen besiegt. Neuerdings erhoben sich gegen ihn die mächtigsten Städte Flanderns, die sich über die Begünstigung fremder Räte und Beamten, über die Ausschweifungen der Soldaten, über Verletzung ihrer Privilegien, über Unterlassung der Rechnungslegung beklagten. Als er persönlich sich nach Flandern begab, um die Unzufriedenheit zu beschwichtigen, ward er von den Bürgern von Brügge am 1. Februar 1488 gefangen genommen, mehrere seiner Räte und Anhänger hingerichtet, er selbst am Leben bedroht oder in Gefahr, an Frankreich ausgeliefert zu werden. Erst als unter persönlicher Anführung seines greisen Vaters ein Reichsheer von mehr als 20000 Mann heranzog, erhielt er nach vierthalbmonatlicher strenger Haft seine Freiheit wieder,

nachdem er eidlich den Aufständischen Amnestie zugesichert, ja sogar versprochen hatte, auf die Regierung in Flandern zugunsten eines aus den vornehmsten Adeligen bestehenden Rates, dem auch der Prinz Philipp ausgeliefert werden sollte, ganz zu verzichten und die Union der niederländischen Provinzen und die Stellung derselben unter den Schutz Frankreichs anzuerkennen.

Maximilian selbst scheint auch die Absicht gehabt zu haben, diese ihm abgedrungenen Verpflichtungen zu halten. Aber sein Vater und die bei ihm befindlichen Fürsten glaubten solche Gewaltthaten nicht ungestraft lassen zu dürfen und hielten weder sich noch Maximilian selbst durch einen Vertrag für gebunden, den nur Zwang diktiert und die Todesfurcht beschworen hatte. Unter furchtbaren Verwüstungen drang das Reichsheer, dem auch Max sich anschloß, in Flandern ein, das anderseits durch ein französisches Hilfscorps unterstützt wurde. Nicht bloß die Flandrer behaupteten sich, sondern auch Brabant fiel nach der Heimkehr der meisten Reichstruppen größtenteils in die Hände der Aufständischen. Ohne die verlornen Gebiete bezwungen zu haben, verließ Maximilian am Ende des Jahres 1488, bald nach seinem Vater, die Niederlande, um die Wiedereroberung Österreichs zu versuchen. Auch der von ihm zurückgelassene Generalstatthalter, Herzog Albrecht von Sachsen vermochte trotz seiner Energie und kriegerischen Tüchtigkeit die Flamländer nicht zu unterwerfen.

Da führten die auswärtigen Verhältnisse eine Wendung herbei.

Am 9. September 1488 war Maximilians Bundesgenosse, der Herzog Franz von Bretagne, mit Hinterlassung einer zwölfjährigen Tochter Namens Anna gestorben, nachdem er kurz vorher nach einer durch die Franzosen erlittenen Niederlage sich verpflichtet hatte, seine Tochter nicht ohne Zustimmung des Königs zu vermählen. Jetzt waren die in mehreren Festungen zurückgebliebenen französischen Truppen die Herren im Lande. Aber die meist keltische Bevölkerung war der Herrschaft Frankreichs abgeneigt und auch die benachbarten Mächte suchten einen so bedeutenden Machtzuwachs desselben zu verhindern. Ferdinand

von Aragonien, der den französischen König zur Herausgabe der verpfändeten Grafschaften Roussillon und Cerdagne zwingen wollte, wie Heinrich VII. von England schickten den Bretagnern Hilfstruppen. Unter Vermittlung des ersteren kam auch am 14. Februar 1489 ein Bündnis des letzteren mit Maximilian zustande, welches diesem im Kampfe gegen die Niederländer die Unterstützung Englands verschaffte. Um die gefährliche Koalition zu sprengen, machte Karl VIII. Friedensanträge, auf die Max um so lieber einging, da er seine ganze Macht gegen Ungarn wenden konnte, wenn er im Westen freie Hand erhielt. Nach dem Vertrage, den er am 22. Juli 1489 in Frankfurt zugleich im Namen seines Sohnes Philipp mit dem Könige von Frankreich schloß, sollte dieser die Flandrer zur Unterwerfung bewegen, im Notfalle selbst gegen sie Hilfe leisten, während in dem Streite um das Herzogtum Burgund und einige andere Gebiete auf einer Zusammenkunft beider Fürsten eine Verständigung angestrebt werden sollte. Infolge der Bemühungen französischer Gesandter wie der kriegerischen Erfolge Albrechts von Sachsen schlossen die Flandrer am 30. Oktober 1489 den Vertrag von Montils-les-Tours, durch welchen sie sich zur Unterwerfung in demütigenden Formen, zur Anerkennung der Regentschaft Maximilians und zur Zahlung von 300 000 Goldthalern verpflichteten.

Zu Ende waren die Unruhen in den Niederlanden freilich auch jetzt noch nicht; erst im Jahre 1492 gelang es dem Herzoge Albrecht, den letzten Widerstand zu brechen. Und wieder wurden die Aufständischen von Frankreich aufgehetzt und unterstützt, da der Krieg zwischen diesem und Maximilian nach kurzer Zeit wieder ausbrach.

Nach dem Frankfurter Vertrage hatte Karl VIII. versprochen, der Herzogin Anna die von ihm in der Bretagne eroberten Städte zurückzugeben, wenn ihr Land auch von den Engländern geräumt würde. Doch ist dieser Artikel nicht zur Ausführung gekommen, da Anna nicht wünschen konnte, schutzlos den Franzosen preisgegeben zu werden, und der englische König nicht geneigt war, seine feste Stellung in der Bretagne aufzugeben. Auch der französische König machte Schwierigkeiten.

Da suchte Maximilian den Knoten dadurch zu durchhauen, daß er selbst um die Hand der Herzogin Anna anhielt, die ihm schon durch ihren Vater einmal in Aussicht gestellt worden war. Anna willigte ein und Ende 1490 ließ sich Max durch Prokuration mit ihr vermählen.

Karl VIII., der es für eine Lebensfrage für Frankreich ansah, die Vereinigung der Bretagne mit einem fremden Staate zu verhindern, ließ Truppen in das Land einrücken und brachte durch Gewalt und Geld bald das ganze Land bis auf die Hauptstadt Rennes in seine Hände. Da Max durch die ungarische Angelegenheit und den Willen seines Vaters im Osten zurückgehalten ward und auch die Niederländer seine Gemahlin nicht unterstützten, ja teilweise im Aufstand waren, so sah sich Anna, deren eigene Umgebung bereits vom französischen Könige gewonnen war, endlich gezwungen, das hart bedrängte Rennes am 15. November 1491 zu übergeben. Hatte sie sich anfangs noch die Erlaubnis erwirkt, sich zu ihrem Gemahl zu begeben, so ließ sie sich bald umstimmen und reichte sie dem französischen Könige die Hand, mit dem sie am 6. Dezember die Hochzeit feierte. Die Dispens von ihrer Ehe mit Maximilian hatte der Papst Innocenz VIII. bereits heimlich erteilt.

Max war wütend über die ihm zugefügte doppelte Kränkung, daß sein eigener Schwiegersohn ihm seine Gemahlin und deren Land entrissen hatte, während seine Tochter auch jetzt noch in Frankreich zurückgehalten wurde. Wenn er fortan ein leidenschaftlicher Feind Frankreichs gewesen ist, so hat diese Angelegenheit vielleicht am meisten dazu beigetragen. Und um seine Verlegenheit zu vermehren, entließ Karl VIII. den Sohn des vertriebenen Herzogs von Geldern, der 1487 in französische Gefangenschaft geraten war, im folgenden Frühjahr aus seiner Haft, worauf derselbe von den früheren Unterthanen seines Vaters freudig als Herr anerkannt wurde. Vergebens suchte Max für den Rachekrieg gegen Frankreich die Unterstützung der deutschen Fürsten zu gewinnen; nur in sehr geringem Maße ward ihm dieselbe zuteil. Auch das Bündnis mit England und Spanien half ihm wenig. Heinrich VII., der Einmischung

in die Angelegenheiten des Festlandes abgeneigt, ließ sich schon am 3. November 1492 durch hohe Geldsummen zum Frieden bewegen, und seinem Beispiele folgte am 19. Januar Spanien, als der französische König Roussillon und Cerdagne zurückgab.

Dessenungeachtet führte Max den Krieg glücklich. Von den Niederlanden aus ward durch Überfall die Festung Arras gewonnen und gegen alle Angriffe der Franzosen behauptet. Ende des Jahres 1492 fiel Maximilian selbst mit einem Söldnerheer in die Franche Comté ein, deren Einwohner, der französischen Herrschaft abgeneigt, ihn unterstützten. Siegreich drang er über Besançon bis Salins vor. Am 19. Januar 1493 wurde ein französisches Heer bei Dournon unweit Salins von Friedrich von Kappel geschlagen, worauf fast die ganze Freigrafschaft für die Franzosen verloren ging. Dies machte Karl VIII. einem Frieden geneigt, da er, die Eroberung Neapels planend, sich den Rücken freizumachen suchen mußte. Unter Vermittelung der Eidgenossen wurde am 23. Mai 1493 der Friede von Senlis geschlossen, nach dessen Bestimmungen der französische König an Maximilian seine Tochter Margareta auslieferte und auf die früher als deren Mitgift an Frankreich überlassenen Grafschaften Artois, Franche-Comté und Charolais verzichtete. Die in Artois noch von den Franzosen besetzten Städte Hesdin, Aire und Bethune sollten sie behalten, bis der Erzherzog Philipp nach Vollendung des 20. Lebensjahres dem Könige für die von ihm abhängenden Gebiete den Lehenseid geleistet hätte, ebenso die Grafschaften Macon, Auxerre und Bar an der Seine, bis über deren Zugehörigkeit auf dem Rechtswege entschieden wäre [1]).

So war doch endlich der Besitz fast aller Länder Karls des Kühnen für das Haus Habsburg gesichert, und, was für die Zukunft Europas noch wichtiger war, es war verhindert worden, daß sie an das seit den englischen Kriegen rasch im Innern

1) Über die Beziehungen Maximilians zu Frankreich und die Vorgänge in den Niederlanden seit dem Frieden von Arras s. Ulmann, Kaiser Maximilian I., I, 10—46. 65—75. 84. 115—187.

erstarkende und nach außen um sich greifende Frankreich fielen. Nicht bloß alle jene burgundisch-niederländischen Gebiete, die zum Deutschen Reiche gehörten, waren für dieses wieder gerettet, sondern auch die französischen Vasallenländer Flandern und Artois. Während Deutschland infolge des Schwindens des Gemeinsinns sich immer mehr auflöste und nicht mehr imstande war, seine Grenzen zu schützen, erhob sich wenigstens im Westen, langgestreckt vom Norden bis zum Süden, diese neue habsburgische Macht, die stark genug war, ein weiteres Vorschreiten des französischen Reichsfeindes zu hindern.

Auch dafür war gesorgt, daß die Habsburger sich nicht in direkten Gegensatz zur Reichsgewalt setzen, sondern vielmehr diese unterstützen und verstärken konnten. Obwohl der alte Kaiser Friedrich selbst, um ja von der seinen schwachen Händen entsinkenden Macht nichts einzubüßen, lange Zeit der Wahl eines Nachfolgers bei seinen Lebzeiten widerstrebte, hatte Maximilian doch schon vor sechs Jahren seine Wahl zum römischen Könige durchgesetzt. Alle Kurfürsten mit Ausnahme des Königs von Böhmen, den man sonderbarer Weise, angeblich aus Mangel an Zeit, gar nicht eingeladen, hatten am 16. Februar 1486 dem Erzherzoge ihre Stimme gegeben, manche allerdings nicht, ohne sich bedeutende Versprechungen von diesem machen zu lassen. Auch seinem Vater hatte er, wie es scheint, die Zusicherung gegeben, daß er keine wirkliche Regierungsgewalt in Anspruch nehmen würde [1]).

Friedrich III. zeigte dieses zähe Anklammern an seine bisherigen Befugnisse auch in andern Fragen. Als die Reichsstände gleichzeitig auf dem Reichstage in Frankfurt Vorschläge machten, um dem Kammergerichte, das seit der Zeit König Sigmunds an die Stelle des kaiserlichen Hofgerichts getreten war, dem Kaiser gegenüber eine größere Unabhängigkeit zu verschaffen und die Ausübung einer Kabinetsjustiz unmöglich zu machen, weigerte sich Friedrich entschieden, darauf einzugehen [2]).

1) Ulmann, Die Wahl Maximilians I. „Forsch. z. deutschen Gesch." XXII, 131—158.

2) J. A. Tomaschek, Die höchste Gerichtsbarkeit des deutschen

So lange er lebte, war jeder Versuch einer Reichsreform aussichtslos.

Siebentes Kapitel.

Die Wiedergewinnung Österreichs und die Neubesetzung des ungarischen Thrones.

Die Kurfürsten hatten den allerdings auch persönlich beliebten Erzherzog Maximilian hauptsächlich deswegen zum Könige gewählt, um zur Wiedereroberung der südostdeutschen Herzogtümer, welche auch sie für eine Pflicht des Reiches ansahen, einen angesehenen, jugendlich kräftigen Führer zu erhalten und dafür auch die Mittel der Niederlande zu gewinnen [1]. Allein Max ließ sich zunächst in den Kampf der französischen Großen gegen ihren König und die ihn lenkende Schwester hineinziehen, und wurde dann durch seine Gefangenschaft in Brügge und durch die Bekriegung der Flandrer daran gehindert, den Österreichern zuhilfe zu kommen. Auch die Mittel, welche die deutschen Stände nach langem Feilschen im Juni 1487 dem Kaiser endlich gegen Ungarn zur Aufstellung eines Heeres bewilligten, waren so unbedeutend und die votierten Gelder wurden entweder gar nicht oder so langsam gezahlt, daß der Reichshauptmann Herzog Albrecht von Sachsen [2] nur aus seinen eigenen Mitteln ein Heer von 5000 Mann zusammenbrachte. Da nun

Königs und Reiches im XV. Jahrhundert. „Sitzungsber. d. kais. Akad." XLIX, 521—612. Über die Entstehung des Kammergerichtes vgl. G. Seeliger, Das deutsche Hofmeisteramt im späteren Mittelalter, S. 115 ff.

1) Ulmann in „Forschungen" XXII, 146 f.

2) Vgl. über seine Thätigkeit mit Schober, S. 132 ff. auch R. Strewer, H. Albrecht von Sachsen als Reichsfeldherr gegen die Ungarn 1487. (Greifswald. Diss. 1882.)

auch die Österreicher ihn nur sehr lässig unterstützten, so vermochte er weder Wiener Neustadt zu retten, noch sonst gegen die Ungarn nennenswerte Vorteile zu erringen. Er knüpfte daher zum großen Verdrusse des Kaisers mit dem Könige Matthias Unterhandlungen an und schloß nach einer persönlichen Zusammenkunft mit demselben zu Markersdorf zwischen Melk und St. Pölten am 16. Dezember 1487 an letzterem Orte einen Waffenstillstand bis zum 2. Juni oder wenn der Kaiser sich die schiedsrichterliche Entscheidung des Papstes in seinem Streite mit Matthias gefallen ließe, bis zum 1. September des folgenden Jahres.

Der Waffenstillstand wurde nicht streng eingehalten. Namentlich die Ungarn nahmen auch während desselben mehrere Burgen weg. Da aber der Kaiser vom Reiche keine Unterstützung erhielt und auch König Matthias Ruhe wünschte, teils wegen seiner eigenen bedrängten Finanzlage und seiner zunehmenden Kränklichkeit, teils um seine anderweitigen Pläne zu verfolgen, besonders die Nachfolge seines unehelichen Sohnes durchzusetzen, so wurde der Waffenstillstand wiederholt verlängert. Auch über einen Frieden wurde seit dem Juni 1489 ernstlich verhandelt, und besonders Maximilian suchte einen solchen zustande zu bringen. Er soll bereit gewesen sein, die Herausgabe der in Innerösterreich verlorenen Plätze selbst durch die Verzichtleistung auf ganz Niederösterreich zu erkaufen, während sein Vater sich einem solchen Opfer mit Recht widersetzte. Da nun Matthias für die Zurückstellung aller Eroberungen in den österreichischen Gebieten vor allem die Ausführung des Friedens von 1477 und die Zahlung der dort stipulierten Geldsumme und, wie es scheint, auch noch eine sehr hohe Kriegsentschädigung verlangte, Friedrich aber auch dies verweigerte, weil er, bauend auf die Voraussage seiner Hofastrologen, den baldigen Tod des ungarischen Königs erwartete, so zerschlugen sich die Unterhandlungen, zu deren Führung der mißtrauische Kaiser Ende September selbst nach Linz gekommen war. Nur die Waffenruhe wurde neuerdings verlängert [1]). In der That starb Matthias, vom

1) Mit **Schober**, S. 142ff., ist **Ulmann**, K. Maximilian I.

Schlage gerührt, erst 47 Jahre alt, am 6. April in Wien, und damit war die ganze Lage der Dinge vollständig geändert.

Es war ein hartes Regiment gewesen, das Matthias in seinen Ländern geführt hatte. Um das Geld für sein zahlreiches Söldnerheer [1]) und für seine verschwenderische Hofhaltung [2]) aufzubringen, hatte er von Ungarn wie von seinen übrigen Ländern Jahr für Jahr hohe Steuern erheben müssen, und seine Beamten hatten sich dabei um Recht und Herkommen wenig gekümmert [3]). Die Berichte seines Hofhistoriographen Bonfini über die Trauer aller Stände bei seinem Tode dürfen uns darüber nicht täuschen, daß trotz der Sorge des Königs für die innere Ruhe und das materielle Wohl seiner Unterthanen diese beim Hinscheiden desselben erleichtert aufatmeten.

Das von Matthias gegründete gewaltige Reich würde auch ein kräftiger Nachfolger schwer zu behaupten vermocht haben. Derselbe hinterließ aber weder von seiner ersten noch von seiner zweiten Gemahlin einen legitimen Thronerben, sondern nur einen unehelichen Sohn, Johann Corvinus, den ihm, einem feurigen Verehrer des schönen Geschlechtes, eine Schlesierin im Jahre 1473 geboren hatte [4]).

I, 75 ff. zu vergleichen, der auch die Gesandtschaftsberichte in Mon. Hung. Mátyás kir. korából. IV, benutzt hat.

1) Nach einem Schreiben des K. Matthias an den Kardinalbischof von Erlau vom Jahre 1481 ap. Katona XVI, 313 sqq. erhielt ein schwerbewaffneter Reiter 15 Dukaten, ein leichtbewaffneter oder Hußar 10, ein Büchsenschütze oder leichtbewaffneter Fußgänger 8, ein schwerbewaffneter, der sich Schild und Waffen tragen ließ, das Doppelte für drei Monate (pro qualibet angaria).

2) Darüber handelt eingehend und gründlich Csánki D., I. Mátyás udvara (Matthias I. Hof) in „Századok" 1883, p. 515—581; 617 bis 667; 750—785, wo auch manches über des Königs Einkünfte u. s. w. sich findet.

3) S. hierüber für Österreich Schober a. a. O., S. 129 ff. 151 ff., für Schlesien Grünhagen, Gesch. Schlesiens I, 350 ff., für Ungarn giebt es zahlreiche Schreiben des Königs an seine Städte, worin er einfach die Zahlung einer von ihm bestimmten Summe fordert. Vgl. Csánki, l. c 524 sq.

4) Beim Abschlusse des Heiratsvertrages mit Blanca von Mailand am 25. November 1487 war er etatis annorum quattuordecim et ultra.

Matthias hatte in den letzten Jahren, wo er jede Hoffnung auf eheliche Nachkommenschaft aufgegeben hatte, alles in Bewegung gesetzt, um Johann die Nachfolge zu sichern. Er hatte ihm an seinem Hofe den Rang eines königlichen Prinzen eingeräumt, hatte sich bei feierlichen Gelegenheiten durch ihn vertreten lassen, hatte ihn mit Gütern und Besitzungen überhäuft und ihm ausgedehnte Herrschaften in Ungarn, darunter die Grafschaft Hunyad und die „Herzogtümer" Munkács und Liptau (mit Thurocz und Arva), und die meist durch Waffengewalt oder Einschüchterung erworbenen schlesischen Herzogtümer Troppau, Leobschütz, Loslau, Tost, Beuthen und Kosel verliehen und noch weiter die Anwartschaft auf Glogau und Öls verschafft, hatte ihn 1487 durch Prokuration mit dem Sprossen eines fürstlichen Hauses, nämlich mit Blanca, der Schwester des mailändischen Herzogs Gian Galeazzo vermählt [1]) und war dann im Sommer 1489 auch bemüht gewesen, die ungarischen Großen und Städte zum eidlichen Versprechen zu bewegen, denselben als seinen Nachfolger anzuerkennen. Damals hatte namentlich die Königin Beatrix dagegen gearbeitet, wie sie denn auch ihren Gemahl mit Bitten bestürmte, daß er ihr trotz der Abneigung der Ungarn gegen ein Weiberregiment die Nachfolge verschaffe. Matthias hatte dann die Absicht gehegt, seinem Sohne mit dem Besitze der böhmischen Nebenländer den Titel eines Königs von Böhmen zu übertragen, und nur der Tod scheint ihn an der Ausführung dieses Planes gehindert zu haben [2]).

1) Nicht bloß verlobt, wie die neueren Darsteller annehmen. Der Wortlaut des Ehevertrags läßt darüber keinen Zweifel. Vgl. auch die Urk. von 1493 über die Auflösung ihrer Ehe durch den Papst ap. Theiner, Mon. Hung. II, 540.

2) Bonfinii Dec. IV. l. 7. 8 (ed. Poson. 1744), p. 497. 500. 506. 509. 511. Die Heiratsverträge mit Blanca von Mailand und andere einschlägige Urkunden herausgeg. von Chmel im „Archiv f. österr. Gesch." I, 1, 81 ff. Über die darin erwähnten schlesischen Gebiete s. Grünhagen a. a. O. I, 344 und Palacky V, 1, 309 ff.. Ein Versprechen der Stadt Schäßburg wegen der eventuellen Anerkennung Johanns bei Teleki XII, 456. Vgl. die Berichte ap. Theiner, Mon. Hung. II, 529.

Wäre Johann Corvinus seinem Vater ähnlich gewesen, so wäre er vielleicht trotz seiner unehelichen Geburt und der Abneigung der Königinwitwe imstande gewesen, sich jetzt des ungarischen Thrones zu bemächtigen, da außer andern Schlössern die Königsburg in Ofen und Vissegrád mit der Königskrone und allen Schätzen seines Vaters in seinen Händen, die Festungskommandanten für ihn in Eid und Pflicht genommen, von den Großen immerhin manche für seine Erhebung waren und unter dem niedern Adel sich das Haus Hunyady immer großer Sympathieen erfreut hatte. Aber dieser Jüngling hatte weder die Kraft noch die Klugheit seines Vaters und Großvaters. Bei dem Wahlreichstage, den die Königinwitwe mit einigen Großen für den 17. Mai auf das Feld Rákos bei Pest einberufen hatte [1]), scheint er eine ganz passive Rolle gespielt zu haben, und es zeigte sich bald, daß nicht er, sondern einer der andern Bewerber den Sieg davon tragen würde.

Nach den Bestimmungen des Friedens von 1463 sollte dem Könige Matthias der Kaiser Friedrich oder ein von ihm zu bestimmender Sohn auf dem Throne folgen. König Max, der voraussetzte, daß sein alter Vater zu seinen Gunsten auf die eigenen Rechte verzichten würde, forderte schon am 19. April

1) Über die Wahlverhandlungen bringt die eingehendsten Berichte Bonfinii Dec. IV, l. 9, p. 516 sqq., der seit 1486 selbst am ungarischen Hofe lebte, also hierüber gut unterrichtet sein konnte. In der That wird seine Darstellung durch die Berichte des damals in Ofen weilenden Gesandten des Herzogs von Mailand in Mon. Hung. IV, 161 sqq. und eines ferraresischen Agenten ibid. p. 425 sqq. in den meisten Hauptpunkten bestätigt und vielfach ergänzt. Von besonderer Wichtigkeit sind die Depeschen des ersteren vom 20. und 23. Juni und 12. Juli ibid. 221. 227 u. 237, welche über die Vorgänge auf dem Wahlreichstage zusammenfassende Berichte geben. Daher glaube ich von den Angaben des Ragusaner Mönches Tubero in dessen doch bedeutend später geschriebenen Commentarii ap. Schwandtner II, 118 sqq., der in manchen Punkten mit Bonfini in Widerspruch ist, keinen Gebrauch machen zu dürfen. Fraknói V., II. Ulászló királylyá választása (die Wahl Wladislaw II. zum Könige) in „Századok" 1885, S. 1 ff. 97 ff. 193 ff. hat auch ungedruckte Berichte des päpstlichen Nuntius benutzt, die aber nicht viel Neues zu enthalten scheinen. Vgl. auch Palacky V,1, 335 ff.

von Innsbruck aus die ungarischen Stände auf, ihn als König anzuerkennen. Neben ihm und Johann Corvinus traten zwei Söhne des Königs Kasimir von Polen, Wladislaw von Böhmen und, begünstigt von seinem Vater, dessen jüngerer Bruder Johann Albert als Kandidaten auf, die sich auf die Ansprüche ihrer Mutter, der Schwester des Ladislaus Postumus, stützten, aber auch einer Erhebung durch Wahl nicht entgegen waren.

Die Ungarn nahmen denn auch das Recht in Anspruch, den Thron durch Wahl zu besetzen, auch schon deswegen, um das Königtum nicht zu sehr erstarken zu lassen und ein so energisches Regiment, wie es Matthias geführt hatte, für die Zukunft unmöglich zu machen. Gegen Maximilian wendeten sie daher besonders ein, daß er die Krone „aus Gerechtigkeit“ gesucht habe. Gerade deswegen wollten sie ihn nicht, damit nicht dadurch ihrer „Freiheit“ Abbruch gethan würde.

Bei der großen Zahl der Thronbewerber war den verschiedensten Intriguen und den eigennützigsten Bestrebungen das Thor geöffnet. Um die Freiheit der Wahl zu sichern, hatten einzelne Bischöfe und Magnaten Tausende von bewaffneten Gefolgsleuten mitgebracht, sodaß man, noch ehe alle erschienen waren, die Zahl der Personen auf 9—10000 schätzte.

Da die Großen lange nach dem festgesetzten Tage eintrafen, begann der Reichstag erst am 7. Juni, und zwar mit der Ausarbeitung einer Wahlkapitulation, welche die „Freiheit“ des Reiches, wie sie vor Matthias gewesen war, wieder herstellen sollte. Schon am ersten Tage, wo gar nicht über die Wahl verhandelt wurde, ward von den Vertretern einiger Komitate, angestiftet, wie man glaubte, vom Bischof von Waitzen, einem Bruder des Woywoden Stephan Báthory, in tumultuarischer Weise Albert von Polen zum Könige ausgerufen. Der energische Widerspruch des Woywoden brachte ihre Stimmen allerdings zum Schweigen. Doch hinderte dies Albert nicht, sich fortan als König von Ungarn zu betrachten.

Die meisten und einflußreichsten Bischöfe und Magnaten waren von Anfang an für Wladislaw von Böhmen, dessen Wahl auch einen sonst fast unvermeindlichen Krieg um den Besitz

der böhmischen Nebenländer verhüten konnte. Der durch die Gunst des Matthias so rasch emporgekommene Stephan Zapolya, jetzt Statthalter in Österreich, der doch selbst einst dem Johann Corvinus geschworen hatte, war schon bald nach dem Tode des Matthias für Wladislaw gewonnen worden, da ihm dieser außer anderem versprach, die an Polen verpfändeten Zipser Städte zurückzulösen und ihm als erblichen Grafen der Zips zu verleihen [1]). Auch der Kanzler des verstorbenen Königs, der Mährer Johann Pruiß [2]), Bischof von Großwardein, trat noch vor Beginn des Reichstages offen zur böhmischen Partei über. Er gewann dafür neben andern auch den Bischof von Raab, Thomas Bakacs, indem er ihm die Kanzlerwürde in Aussicht stellte [3]). Die ehrgeizige Witwe des Matthias, die unter allen Umständen Königin von Ungarn bleiben wollte, wenn sie nicht, was sie eine Zeit lang anstrebte, Gemahlin des künftigen Kaisers werden konnte, stellte den Anhängern Wladislaws ihren Einfluß und ihre Schätze zur Verfügung, als man ihr Hoffnung machte, daß dieser ihr die Hand reichen würde. Johann Corvinus selbst ließ sich am 17. Juni bewegen, mit den ungarischen Bischöfen und Magnaten einen Vertrag zu schließen, wodurch er sich verpflichtete, einem durch die Mehrheit der Stände erwählten Könige die Krone zu überliefern und seine schlesischen Herzogtümer mit Ausnahme von Troppau abzutreten, wogegen er zum Könige von Bosnien und zum lebenslänglichen Herzoge von Slavonien ernannt werden sollte und ihm außer dem Besitze der ihm vom Könige Matthias in Ungarn verliehenen Herrschaften und andern Vorteilen auf Lebenszeit die Würde eines Bans von Kroatien und Dalmatien zugesichert ward [4]).

Vier Tage früher waren Lorenz Ujlaky, der Sohn des ver-

1) Urk. vom 8. Mai in Schedius, Zeitschrift f. Ungarn 1804 IV. 317.

2) Der richtige Name war Johann Filipec; der Name Pruiß ist wohl aus seinem Heimatsorte Prosnitz in Mähren korrumpiert. Siehe Palacky V,1, 230, N. 169.

3) Fraknói a. a. O., S. 16, N. 1.

4) Kovachich, Suppl. ad Vest. comit. II, 271.

storbenen Niklas, neben Zapolya der begütertste Magnat Ungarns, der Bischof Sigmund von Fünfkirchen, Sohn eines in Ungarn reich gewordenen deutschen Geldwechslers, und andere Magnaten mit ihren Anhängern, im ganzen 6000 Personen, nach Ofen gekommen. Diese ließen sich durch den Erzbischof Peter Varday von Calocsa für Johann Corvinus gewinnen, bei dem sie am leichtesten ihre Rechnung zu finden hofften.

Wiederholt schien es nun zwischen beiden Parteien zum Kampfe zu kommen. Als es hieß, daß die böhmische Partei die in Mähren stehende schwarze Legion heranzuziehen beabsichtige, die sie durch Geld gewonnen hatte, wollte Johann auf das Betreiben seiner Anhänger am 1. Juli mit allen Schätzen nach dem südlichen Ungarn und Slavonien ziehen, wo sie ihre meisten Besitzungen hatten, um dort neue Streitkräfte zu sammeln. Doch wurde er durch Báthory und Kinizsi am 4. Juli an der Sárviz eingeholt und geschlagen, mehrere der Seinigen getötet oder gefangen, die übrigen zerstreut und seine Schätze erbeutet oder von seinen eigenen Leuten geraubt.

Da er so völlig unschädlich gemacht und die meisten Adeligen aus den Komitaten nach Erschöpfung ihrer Mittel bis auf je zwei Vertreter von Pest nachhause zurückgekehrt waren, proklamierten die Zurückgebliebenen am 15. Juli 1490 Wladislaw von Böhmen als König. Um die Königinwitwe Beatrix zu befriedigen, deren Geld man auch noch fortan brauchte, war am Tage vorher bestimmt worden, daß der König sie zur Gemahlin nehmen sollte [1]. Freilich ist ihr dann gerade auf Wunsch der ungarischen Stände dieses Versprechen schmählich gebrochen, ja sie sogar ihres Wittums beraubt worden.

Nachdem Wladislaw die ihm vorgelegten Bedingungen, welche die königliche Gewalt sehr beschränkten, bestätigt hatte, wurde er am 18. September in Stuhlweissenburg gekrönt und zwar durch den Bischof von Agram, da der damalige Erzbischof Hippolyt von Este, ein Schwestersohn der Königin Beatrix,

1) Fraknói a. a. O., S. 196, und über das weitere Verhalten der Ungarn und des Königs der Beatrix gegenüber S. 205 ff.

welcher der Protektion des Matthias seine Würde verdankte, noch ein Knabe war. Johann Corvinus trug dem Könige die Krone vor, da dieser ihm schon gleich nach seiner Ankunft im Lande den Vereinbarungen Johanns mit den ungarischen Großen entsprechend den Vertrag vom 17. Juni bestätigt hatte und ihm neben seinen Gütern die Würde eines Herzogs von Slavonien und eines Bans von Kroatien verlieh [1]).

Dagegen war ein Kampf mit den beiden andern Prätendenten nicht zu vermeiden.

Albert von Polen brach Ende Juli mit 8000 Mann in Ungarn ein, wo sich unter andern Stephan von Rozgon und Blasius Maghar, einer der gefeiertsten Heerführer des Königs Matthias, ihm anschlossen, und drang rasch bis zur Donau vor. Schon am 8. August stand er vor Pest. Eine persönliche Zusammenkunft der beiden Brüder blieb ohne Ergebnis; als Feinde gingen sie auseinander. Mangel an Lebensmitteln nötigte zunächst Albert, sich bis über die Theiß zurückzuziehen, worauf er einen kurzen Waffenstillstand schloß, um die Unterhandlungen fortzuführen. Doch kam auch jetzt keine Einigung zustande. Mit dem Angebote Wladislaws, zugunsten seines Bruders auf die Nachfolge in Polen zu verzichten und ihm das Herzogtum Glogau zu überlassen, begnügte sich dieser nicht. Zu der von Albert geforderten Abtretung Siebenbürgens oder einer Entschädigung von 300000 Dukaten konnte sich Wladislaw nicht herbeilassen. Während nun dieser die Vermittelung seines Vaters nachsuchte, belagerte Albert Kaschau und verwüstete das nördliche Ungarn bis Großwardein und Erlau, das großenteils eingeäschert wurde [2]).

Noch gefährlicher war König Maximilian. Als die Wahl der ungarischen Stände am 15. Juli gegen ihn entschieden hatte, beschloß er sein Recht mit den Waffen in der Hand geltend zu machen. Die österreichischen Länder wurden zur Stellung von

1) Fraknói, S. 199. 202. 204. 210.

2) Bonfinius IV, 10, p. 527—530. Bericht des mailändischen Gesandten vom 8. Sept. Mon. Hung. IV, 262.

Truppen aufgefordert und Söldner geworben, wozu man sich durch kleine Darlehen und Verpfändungen mühsam die Mittel verschaffte. Eine bedeutendere Summe, nämlich 50000 Gulden, bewilligten nur die Stände Tirols ihrem neuen Landesherrn; doch wurde das Geld sehr langsam flüssig gemacht.

Vor allem suchte Max den Ungarn seine Erblande zu entreißen, was um so leichter gelang, als die Einwohner der ungarischen Herrschaft herzlich satt, ihm dagegen persönlich zugethan waren, sodaß sie ihn unterstützten, wie sie konnten, und ihn überall als Retter empfingen.

Als er um die Mitte des August nach der Eroberung von Hartberg und Voitsberg aus der Steiermark über den Semmering vordrang und nach Wegnahme von Schottwien und Klam vor Wiener Neustadt erschien, öffneten ihm die Bürger am 17. August selbst die Thore der Stadt und nötigten die ungarische Besatzung, sich in die Burg zurückzuziehen. Zwei Tage darauf zog er unter dem Jubel der Bevölkerung in Wien ein, wo die Bürger schon Anfangs Juli eine Schar seiner Landsknechte in die Stadt gelassen hatten. Der ungarische Statthalter Stephan Zapolya hatte sich nach Zurücklassung einer Besatzung in der Burg bereits früher geflüchtet. Die ungarnfreundliche Gesinnung des Rates, der von Maximilian eine Bestrafung für die frühere Haltung befürchten mochte, hatte sich der allgemeinen Strömung gegenüber als machtlos erwiesen. Am 29. ergab sich auch die Burg, als die Mauern durch das schwere Geschütz teilweise zusammengeschossen worden waren und der König alles für den Sturm vorbereitete. Schon früher waren Baden, Tulln und mehrere österreichische Schlösser durch die Leute Maximilians genommen worden. Den Kommandanten von Bruck an der Leitha hatten die Einwohner gefangen genommen und zur Übergabe der Burg genötigt. Klosterneuburg wurde von Maximilian selbst am 9. September erobert, die Burg von Haimburg und Mautern durch die Landsknechte mit Sturm genommen. Andere Städte, wie Stein, St. Pölten ergaben sich freiwillig. Auch manche Adelige suchten jetzt die Gnade des Kaisers zu erhalten. Nur einige Burgen in der

Gegend von Wiener Neustadt und den größten Teil des Landes nördlich von der Donau behaupteten noch die ungarischen Truppen [1]).

Am 4. Oktober brach Maximilian von Wien gegen Ungarn auf und überschritt mit einem Heere von 16—18000 Mann, zum größern Teile süddeutschen Landsknechten, die ungarische Grenze. Mehrere deutsche Reichsfürsten, darunter Georg von Baiern mit 800 Reitern, und dessen Vetter Christoph hatten sich ihm angeschlossen. Bereits waren mehrere ungarische Magnaten aus den südwestlichen Landesteilen, wie die Kanisay und der Tavernicus Nikolaus Hedervárty offen zu ihm übergetreten. Ja auch die hervorragendsten Parteigänger des Johann Corvinus, Ujlaky, der Bischof von Fünfkirchen u. s. w. hatten nach dem Unterliegen ihres Kandidaten Verbindungen mit Maximilian angeknüpft. Jakob Szekely, Befehlshaber der ungarischen Truppen in Innerösterreich, der ebenfalls zu den Anhängern des Corvinus gehörte, hatte mit Maximilian am 17. September einen Waffenstillstand geschlossen, nach dem er die von ihm besetzten Städte und Schlösser Radkersburg, Pettau, Feistritz, Windischgrätz, Lavamünd, Landstraß u. s. w. wie Warasdin und andere Festen vorläufig behalten, aber keine Feindseligkeiten sich erlauben sollte. Von den westungarischen Städten hatten sich einzelne, wie Ödenburg, Güns, Rechnitz bereits früher an die vorausgesendeten Heerführer Maximilians ergaben und nur teilweise Aufschub der Huldigung erwirkt.

Da Wladislaw von Böhmen nicht der Mann war, eine große Energie zu entfalten, und er auch durch den gleichzeitigen

1) Schober, S. 159ff., der aber die Angaben bei Tichtel, S. 54f., teilweise übersehen hat. Ulmann I, 86ff. Daß Max die Feindseligkeiten gegen die Ungarn nicht früher begann, lag aber gewiß nicht, wie dieser annimmt, in dessen vorübergehenden Zwistigkeiten mit seinem Vater, der anfangs auf seine eigenen Ansprüche nicht verzichten wollte, sondern darin, daß er zuerst das Resultat der ungarischen Königswahl abwarten mußte. Vgl. auch die Briefe Florian Waldaufs bei Kraus, Maximilians I. Beziehungen zu Sigmund, S. 26ff.

Angriff seines Bruders, durch den Abfall der Anhänger Corvins und die Lauheit seiner eigenen Wähler gelähmt war, so fand Maximilian nirgends einen ernstlichen Widerstand. Rasch drang er über Eisenstadt und Ödenburg nach Steinamanger vor, das sich am 19. Oktober ergab, überschritt am 23. Oktober die Raab und zog über Rendek nach Veszprim, dessen Bischof Johann Vitéz schon vor der Ankunft des Königs in seinem Bischofssitze demselben gegen die Zusicherung des Bistums Wien seine Schlösser zu öffnen versprochen hatte. Bereits wankte Wladislaws Thron, da nicht bloß dessen Gegner, wie Ujlaky, der Bischof von Fünfkirchen und der Erzbischof von Calocsa, sondern auch der eigennützige Zapolya und andere Große dem Könige Maximilian im geheimen ihren Übertritt in Aussicht stellten, andere offen huldigten, bald auch die Kroaten und Siebenbürger günstige Zusicherungen machten.

Freilich täuschte man sich im königlichen Hauptquartier über die Zuverlässigkeit dieser Herrn nicht. „Ein Ungar ist ein Ungar, dessen Glauben und Treue ganz unstet ist“, schreibt um diese Zeit Maximilians Sekretär an Sigmund von Tirol. Aber gerade weil die geistlichen und weltlichen Großen hauptsächlich von Eigennutz bestimmt wurden, konnte man um so sicherer den Anschluß derselben an Maximilian erwarten, wenn das Kriegsglück diesem hold blieb. Und in der That schien dies der Fall zu sein. Wohl liefen infolge der strengen Kälte manche Landsknechte davon. Aber kein Feind ließ sich im Felde sehen, keine Stadt leistete Widerstand. Stuhlweissenburg, das allein der Aufforderung, sich zu ergeben, keine Folge leistete, ward am 17. November von den böhmischen Söldnern und den deutschen Landsknechten im ersten Anlaufe erstürmt und von der wilden Soldateska 8—900 Bewohner erschlagen, die Stadt geplündert, selbst die Kirchen nicht geschont, bis der König die wilden Krieger zu zügeln vermochte. Mehrere ungarische Große, wie Szekely, Ladislaus Kanisay, Nikolaus Széchy fanden sich jetzt im Lager Maximilians ein. Der Weg nach Ofen, das nur noch wenige Tagmärsche entfernt und ungenügend befestigt war, stand offen, und Max war entschlossen, denselben

rasch anzutreten. Da sagten ihm seine Landsknechte den Gehorsam auf.

Was so oft in der Geschichte Österreichs sich wiederholt, daß finanzielle Verlegenheiten die Ausbeutung der militärischen Erfolge hinderten, geschah auch damals. Schon in Rendek hatte Maximilian mit acht seiner Räte den Landsknechten für die Zahlung ihres Soldes Bürgschaft leisten müssen. Nach der Einnahme Stuhlweissenburgs stieg ihre Unzufriedenheit, vielleicht weil die zuerst in die Stadt eingedrungenen böhmischen Söldner ihnen beim Plündern zuvorgekommen waren. Sie verlangten jetzt einen doppelten Sold, wahrscheinlich als gebräuchlichen „Sturmsold", und Anteil an der Beute. Da der König nicht die Mittel hatte, ihre Forderung zu befriedigen, verlangten sie ihre Entlassung. Alle Versprechungen Maximilians waren nicht imstande, sie zum Weitermarsche zu bewegen. Ohne die Landsknechte fühlte sich aber der König zum Angriffe auf Ofen zu schwach, da nun auch die in Mähren stehende schwarze Legion des Königs Matthias zur Verteidigung heranzog. Es blieb ihm nichts übrig, als der Rückzug nach Österreich, nachdem er in Stuhlweissenburg und den andern eroberten Plätzen genügende Besatzungen zurückgelassen hatte. Am 4. Dezember brach Maximilian von Stuhlweissenburg auf, den 23. kam er nach Wiener Neustadt, dessen Burg unterdessen auch erobert worden war [1]).

Maximilian beabsichtigte im folgenden Sommer einen neuen Feldzug gegen Ungarn zu unternehmen, wofür er die Hilfe der deutschen Reichsstände zu erlangen hoffte. Daß seine Stellung auch nach Antritt des Rückmarsches nicht als hoffnungslos an-

1) Die wichtigsten Quellen für den Feldzug Maximilians in Ungarn sind das Journal de voyage du roy Maximilien en Hongrie und der Bericht des Ritters Michel von Ehenheim im „Archiv f. österr. Geschq." III, 448—457 mit anderen von Firnhaber, ebd. S. 415 ff. abgedruckten Aktenstücken wie die Schreiben des königlichen Sekretärs Florian Waldauf an Erzherzog Sigmund von Tirol bei V. v. Kraus, Maximilians I. Beziehungen zu Sigmund, S. 33 ff. und Bonfinius V, 1, p. 538 sqq. Andere Quellen verzeichnet Ulmann I, 96 ff.

gesehen wurde, beweist der Umstand, daß gerade damals neben andern Ungarn, darunter dem Kommandanten der Burg zu Agram, der reiche Bischof von Fünfkirchen ihm die Huldigung leistete, wofür er demselben zu seinem Bistum noch das Erzbistum Salzburg zu verschaffen versprach [1]).

Bald aber trat eine Änderung der Verhältnisse zu Ungunsten Maximilians ein. Durch seinen Rückzug erhielt Wladislaw freie Hand gegen seinen Bruder Albert, der das von ihm belagerte Kaschau noch immer nicht einzunehmen vermocht hatte. Als nun jener mit einem bedeutenden Heere heranzog, schickte der König Kasimir von Polen Gesandte ins Lager desselben, um zwischen beiden Söhnen eine Aussöhnung zustande zu bringen. Am 20. Februar wurde bei Kaschau der Friede geschlossen, wonach Albert gegen Überlassung der schlesischen Herzogtümer Glogau-Sagan, Tost und Kosel mit Leobschütz, der Städte Jägerndorf und Beuthen und gegen die Anwartschaft auf die Herzogtümer Öls-Wohlau und Troppau seinen Ansprüchen auf Ungarn entsagte, mit der Bestimmung jedoch, daß diese Gebiete ohne weiteres an Wladislaw zurückfallen sollten, wenn Albert König von Polen würde [2]).

Von dieser Seite gesichert, beschlossen die Ungarn die Wiedereroberung der südwestlichen Reichsteile, die in die Hände Maximilians gefallen waren. Durch Verpfändung von Krongütern und königlichen Einkünften verschaffte man sich die Mittel zur Bezahlung der Soldtruppen.

Während Kinizsi das Gebiet zwischen der Drau und dem Platten-See wieder unterwarf, und Johann Corvinus die Besatzung der Burg von Agram, die Szekely vergebens zu entsetzen versuchte, zur Kapitulation zwang, begann Báthory mit dem Hauptheere, dem sich dann auch der König anschloß, in der ersten Hälfte des Juni die Belagerung von Stuhlweissenburg. Da durch den Anmarsch Kinizsis das ungarische Heer

1) „Archiv f. österr. Geschq." III, 432 ff.

2) Bester Abdruck, aber mit Weglassung der nicht auf Schlesien bezüglichen Bestimmungen, in „Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens" I, 39 ff. Vollständig ap. Katona XVII, 155. Pray IV, 219.

auf 40000 Mann anwuchs und jeder Entsatz ausblieb, ergab sich am 29. Juli die Besatzung. Länger, wenigstens bis in den September, hielt sich Veszprim, das die Ungarn nun belagerten. Nicht nur die meisten ungarischen Eroberungen waren so für Maximilian verloren, selbst seine Erblande wurden bedroht; besonders belästigten die ungarischen Besatzungen im nördlichen Österreich die umliegenden Ortschaften [1]).

Der deutsche Reichstag hatte dem Könige nur eine ungenügende Unterstützung bewilligt. Da nun zugleich der Bruch mit Frankreich wegen der Bretagneschen Frage erfolgte und der Kaiser seinem Sohne jede Geldunterstützung verweigerte, gab Maximilian dem Wunsche seines Vaters, der sein Leben in Ruhe beschließen wollte und zwischen beiden Königen einen Frieden herbeizuführen bemüht war, Gehör und ernannte Bevollmächtigte zu Unterhandlungen, die Ende August in Presburg oder Haimburg beginnen sollten. Auch Wladislaw war zu großen Opfern bereit, da auf die Nachricht von seiner schweren Erkrankung, die er sich in den Sümpfen vor Stuhlweissenburg geholt hatte, sein Bruder Albert wegen Nichtausführung einiger Bestimmungen des Friedensschlusses neuerdings die Feindseligkeiten begonnen hatte, und das südliche Ungarn durch Einfälle der Türken heimgesucht wurde.

Am 7. November 1491 wurde in Presburg von den Bevollmächtigten der Friede unterzeichnet und vom Könige Wladislaw am 6. Dezember in Ofen, von Maximilian am 20. Dezember in Innsbruck und vom Kaiser am 14. Januar in Linz ratifiziert.

Die Bedingungen entsprachen fast genau jenen, welche in dem 1463 zwischen Friedrich und dem Könige Matthias geschlossenen Frieden enthalten waren. Wladislaw und seine

1) Für diese Kämpfe ist leider Bonfinius V,2, p. 545 sqq. fast einzige Quelle. Unrest, S. 749 f. ist kurz, Tubero ap. Schwandtner, II, 171 sqq. lückenhaft. Vgl. auch Katona XVII, 181 sqq. Szalay III,2, 28 ff. Die Angabe aber, daß auch Steinamanger von den Ungarn erobert worden sei, wird durch Art. 35 des Friedensvertrages vom 7. November widerlegt.

männlichen legitimen Erben sollten im Besitze des ungarischen Reiches bleiben, aber auch Maximilian den Titel eines Königs von Ungarn führen. Wladislaw und das Reich sind verpflichtet, die alten Verschreibungen (von 1463) wegen der Nachfolge zu bestätigen und zu erneuern, sodaß, falls Wladislaw ohne Söhne oder diese ohne männliche Nachkommen mit Tod abgingen, Ungarn „ipso facto“ auf Maximilian und dessen direkte Leibeserben übergehen sollte. Der König muß daher sobald als möglich einen Reichstag berufen, auf dem die Stände diesen Vertrag annehmen und sich verpflichten sollen, im angegebenen Falle Maximilian, oder wenn er nicht mehr lebte, jenen von seinen männlichen Nachkommen, den sie wählen würden, als legitimen König anzuerkennen. Auch alle Prälaten und die hervorragenderen weltlichen Würdenträger sollen beim Antritte ihres Amtes eidlich die Aufrechthaltung dieser Bestimmung geloben. Wladislaw soll sich bemühen, auch die böhmischen Stände zur Wahl Maximilians oder seiner Erben zu bewegen, wenn er keine Söhne hinterließe. Wie Friedrich nach dem Vertrage von 1463, so soll auch Maximilian im Besitze von Eisenstadt, Güns und andern westungarischen Ortschaften gelassen und die von den Ungarn eroberten Plätze ebenso wie die Städte und Burgen in den österreichischen Ländern zurückgegeben werden, während der römische König die übrigen ungarischen Städte räumen muß. Natürlich sichern beide Teile den Anhängern des andern Amnestie zu. Zum Ersatz für die Kriegskosten muß Wladislaw dem römischen Könige binnen zwei Jahren 100000 ungarische Dukaten zahlen.

Die ungarischen Stände, die Wladislaw auf den 2. Februar 1492 nach Ofen berief, waren über einzelne Bedingungen dieses Friedensschlusses, besonders wohl über die Zusicherung der Thronfolge an die Habsburger, sehr ungehalten. Eine so große Nachgiebigkeit schien jetzt nicht mehr notwendig, da Albert von Polen von Zapolya, der die schwarze Legion, 7000 Böhmen, aus Österreich an sich gezogen hatte, am 1. Januar in der Nähe von Kaschau vollständig besiegt und neuerdings zum Frieden gezwungen worden war. Der Reichskanzler Thomas

Bakacs, Bischof von Raab, und Stephan Báthory, die vornehmsten unter den ungarischen Bevollmächtigten, wurden geradezu als Verräter bezeichnet. Doch gelang es endlich besonders dem Kanzler, die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. Am 7. März erklärten die Bischöfe und übrigen Prälaten, 70 Magnaten im Namen der übrigen Barone, Großen und Adeligen Ungarns und Siebenbürgens, 63 Magnaten im Namen der übrigen Barone und Edeln Kroatiens und Slavoniens und mehrere freie Städte, daß sie den Artikel wegen der eventuellen Nachfolge Maximilians und seiner Erben „auf dem wegen dieser Angelegenheit einberufenen Reichstage in Ofen öffentlich und feierlich angenommen und einzelne denselben in Gegenwart der Gesandten des römischen Königs beschworen haben“ [1]).

Ob das Recht, welches die Habsburger auch jetzt wieder auf Ungarn erhielten, je in Kraft treten würde, hing freilich weniger von einem geschriebenen Vertrage ab, als von der Kraft, mit welcher derselbe einst geltend gemacht werden konnte.

1) Diese wie sämtliche auf den Frieden und dessen Ausführung bezüglichen Urkunden hat Firnhaber 1849 im „Archiv f. österr. Geschq.“ III, 466ff. veröffentlicht. Daraus ergiebt sich, daß die übrigens auch der Darstellung des Bonfinius, p. 549 widersprechende Behauptung der älteren ungarischen Historiker, der Friede sei wohl von einzelnen Großen, aber nicht von den ungarischen Ständen bestätigt worden und es seien, weil der König nicht das Recht gehabt habe, eigenmächtig über die Nachfolge im Reiche Verfügungen zu treffen, die bezüglichen Punkte für Ungarn unverbindlich gewesen, sich nicht halten lasse. Auch später haben Szalay III,2, 41ff. und Feßler-Klein III, 244ff. aus dem Umstande daß der Friede, und zwar, wie ersterer meint, infolge der Weigerung des Komitatsadels, nicht in die Reichstagsakten aufgenommen worden ist, geschlossen, derselbe sei vom Reichstage gar nicht oder „nicht vorschriftsmäßig“ angenommen worden. Allein Friedensschlüsse, zu denen nach dem damaligen ungarischen Staatsrechte die Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich war, wurden in jener Zeit überhaupt nicht in die Reichstags-Akten aufgenommen. Daß übrigens der Artikel wegen der Erbfolge auf dem Reichstage „öffentlich und feierlich“ angenommen worden sei, sagen die Beurkundungen aller Stände, und wir können diese doch nicht alle als Lügner bezeichnen.

Im nämlichen Jahre, wo Maximilian die an Ungarn verlornen Teile der österreichischen Herzogtümer meist wiedergewonnen hat, brachte er auch das seit mehreren Menschenaltern davon getrennte Tirol infolge der Abdankung des Erzherzogs Sigmund in seine Hände.

Achtes Kapitel.

Tirol und die Vorlande in der letzten Zeit des Erzherzogs Sigmund. — Dessen Abdankung. — Tod des Kaisers Friedrich III.

Nach dem Abschlusse der „ewigen Richtung" mit den Eidgenossen im Jahre 1474 erfreuten sich die Länder des Herzogs, oder wie er sich seit 1477 mit Bewilligung des Kaisers nannte, Erzherzogs Sigmund eines gesicherten Friedens, der nach 1461 überhaupt nur durch lokal beschränkte Kriege unterbrochen worden war. Sigmund hatte nie ernste Kämpfe, sondern nur ritterliche Spiele, die Jagd und die Pflege des Schönen geliebt. Wie er den Reizen des schönen Geschlechts nicht widerstehen konnte, so hat er auch die schönen Künste vorzüglich in der zweiten Hälfte seiner Regierung eifrig gefördert [1]).

Besonders das Kunsthandwerk, das in jener Zeit von der eigentlichen Kunst nicht so scharf getrennt war wie heutzutage, hat unter ihm eine außerordentliche Blüte erreicht. Der Bau zahlreicher Schlösser, die nach Sigmunds Namen bezeichnet wurden, und mehrerer Kirchen, boten der Architektur, der

1) D. Schönherr, Die Kunstbestrebungen Erzherzogs Sigmund von Tyrol. „Jahrbuch d. kunsthist. Samml. d. Allerhöchsten Kaiserhauses" I, 182—212.

Plastik und der Malerei Gelegenheit, sich zu entfalten. Die großen Silbermünzen (die Vorbilder der spätern Thaler), die Sigmund, der erste deutsche Fürst, in seiner Münzstätte in Hall prägen ließ, besonders aber die in seiner Zeit geschnittenen Siegelstempel zeigen Korrektheit der Zeichnung und Schönheit der Form. Die landesfürstliche Harnischschlägerei in Mühlau bei Innsbruck erfreute sich eines europäischen Rufes. Nicht bloß deutsche Fürsten, sondern auch die Könige von Neapel und Portugal bezogen daher Harnische, was letzterer sogar als eine besondere Gunst betrachtete. Die schönsten Rüstungen, welche die Amraser Sammlung aus dieser Zeit enthält, stammen aus Mühlau. Daß Goldschmiede und Emailleure am verschwenderischen und galanten Fürsten einen guten Kunden hatten, ist selbstverständlich.

Auch den damaligen humanistischen Dichtern, mit denen besonders sein Sekretär und späterer Rat Doktor Johann Fuchsmagen aus Hall einen regen Verkehr unterhielt, erwies er sich günstig, wofür diese seine zweite Heirat, seine Beziehungen zu Karl von Burgund oder einen Straßenbau besangen oder auch ihm poetische Bettelbriefe schickten [1]). Aber auch ein „Reckenbuch", ein deutsches Heldenbuch, ließ er 1463 für sich abschreiben. Mit ihm wetteiferte in der Wertschätzung der Dichtkunst seine Gemahlin, die feingebildete Eleonore von Schottland, die selbst den französischen Roman „Pontus und Sidonia" ins Deutsche übersetzte und mit Holzschnitten verziert in Augsburg drucken ließ [2]).

Dieses kunstsinnige und schöngeistige Treiben am Hofe zu Innsbruck hatte aber doch auch seine Schattenseiten, indem Sigmund mit seinen Einkünften nicht ausreichte, da die an

1) A. Zingerle, Beiträge z. Gesch. d. Philologie I, 96. 103. 123. 125—138, aus einer Sammlung der an Fuchsmagen geschickten Gedichte verschiedener Humanisten. Über Fuchsmagen selbst s. S. Ruf in „Zeitschrift d. Ferdinandeums f. Tirol" III. F. XXI, 93—119.

2) Schönherr a. a. O., S. 200 f. Vgl. auch Kirchlechner, Aus den Tagen H. Sigmunds des Münzreichen und K. Maximilians I. (Linz, 1884), S. 16 f.

Schwäche grenzende Güte dieses Fürsten von seinen Günstlingen oft in der gewissenlosesten Weise ausgebeutet wurde. Wie dies in den ersten Jahren seiner Regierung durch die Gradner geschehen war, so thaten es im späteren Alter desselben, wo auch seine geistigen Fähigkeiten und seine Willenskraft in bedenklichem Maße abnahmen, andere [1]). Der Vogt Gaudenz von Matsch, Graf von Kirchberg, 1478—1482 Landeshauptmann von Tirol und seit 1486 Obersthofmeister des Erzherzogs, die Grafen Georg von Sargans und Oswald von Thierstein, der erzherzogliche Kanzler Johann Dieggenegg werden neben anderen als diejenigen bezeichnet, welche auf Sigmund den größten Einfluß übten. Besonders berüchtigt war die „Spießin", die Witwe des Ritters Spieß, Hofmeisters der Erzherzogin Eleonore, welche im Bunde mit andern Weibern und im Einverständnis mit manchen Räten des Erzherzogs Teufel bannte und sich von Leuten, die sie in Öfen und Mauern versteckte, als angeblichen Teufeln auf ihre Fragen die verabredeten Antworten geben ließ, was benützt wurde, um Sigmund gegen Personen, die nicht zur Clique gehörten, einzunehmen. Manche wurden auf solche Aussagen hin eingekerkert und gefoltert. Ja man brachte dem Erzherzog sogar den Glauben bei, daß seine eigene Gemahlin Katharina von Sachsen, die er 1484, vier Jahre nach dem Tode der Eleonore von Schottland, geheiratet hatte, ihn vergiften wolle. Dann hieß es auch, daß zweiundsiebzig Personen sich verschworen hätten, um dem Erzherzog zu vergeben und das Land den Schweizern zu überantworten, was der Landeshauptmann Gaudenz von Matsch auch benutzte, um viele foltern und martern zu lassen. Daß diese Hofclique

1) Über die letzte Regierungsperiode und die Abdankung Sigmunds s. P. Justinian Ladurner, Die Vögte von Matsch, in „Zeitschr. des Ferdinandeum" III. F. XVIII, 65 ff. A. Jäger, Der Übergang Tirols u. s. w. von dem Erzh. Sigmund an den röm. K. Maximilian von 1478—1490. „Archiv f. österr. Gesch." LI, 297—448, im wesentlichen wieder abgedruckt in desselben Verf. „Gesch. d. landständischen Verfassung Tirols" II, 2, 300 ff. Vgl. V. v. Kraus, Maximilians I. Beziehungen zu Sigmund von Tirol 1490—1496, S. 5 ff.

ihren Einfluß auf den Erzherzog auch in finanzieller Beziehung ausbeutete, kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen.

Die Geldnot Sigmunds suchten nun besonders die Herzoge Albrecht von Baiern-München und Georg von Baiern-Landshut zu benutzen, um, unterstützt von den Räten desselben, seine Länder an sich zu bringen. Denn Sigmund selbst hatte wohl über vierzig uneheliche Kinder, aber keine legitime Nachkommenschaft, nachdem ein Sohn von Eleonore von Schottland in der Wiege gestorben war. Einerseits halfen ihm die baierischen Herzoge mit Geld aus und ließen sich dafür Gebiete verpfänden oder abtreten. Anderseits suchten sie ihn gegen den Kaiser, seinen nächsten Verwandten und Erben, einzunehmen, indem sie ihm die Überzeugung beibrachten, daß derselbe ihn der Regierung berauben und zu einem Pfründner machen oder gar vergiften wolle. Von 1478—1483 verschrieb Sigmund dem Herzoge Albrecht 216 000 rheinische Goldgulden auf nordtirolische Burgen und Gerichte und auf das Bergwerk in Schwaz, wogegen dieser ihm seinen Beistand versprach, daß er bei der Regierung bleibe [1]). Albrecht übte auf Sigmund einen solchen Einfluß, daß dieser ihm um Neujahr 1487 die in Innsbruck befindliche Tochter des Kaisers, Kunigunde, vermählte. Und dies geschah, obwohl ihr Vater, der anfangs dieser Heirat nicht entgegen gewesen war, wenn Albrecht die Verschreibungen auf tirolische Gebiete zurückstellte, erbittert über die Wegnahme der Reichsstadt Regensburg durch Albrecht seine Zustimmung zurückgezogen hatte, wobei zur Entschuldigung Sigmunds nur angeführt werden kann, daß er wahrscheinlich selbst durch einen gefälschten Brief des Kaisers hintergangen worden ist. Wenige Wochen darauf verschrieb er dem Herzoge Albrecht sogar 1 000 000 Goldgulden [2]) auf Tirol und die

1) Nach dem später zu erwähnenden Schreiben des Kaisers vom 15. August 1487 sind diese Verschreibungen durch die tirolischen Stände rückgängig gemacht worden.

2) So Jäger im „Archiv" LI, 326, N. 2 und Landständ. Verfassung II, 2, 312, N. 2. Nach Lichnowsky VIII, Reg. 923 zwar nur 100 000 Gulden. Aber nach gütiger Mitteilung des Geh. Rates v. Löher enthält

Vorlande, wenn er vor demselben ohne männliche Leibeserben mit Tod abginge, mit der Bestimmung, daß der Herzog obige Länder solange innehaben sollte, bis diese ungeheure Summe von Sigmunds Erben bezahlt würde. Dem Herzoge Georg verkaufte er 1486 um 52000 Gulden die bisher dem Bischofe von Augsburg verpfändete Markgrafschaft Burgau und im Juli 1487 beiden Herzogen um den Spottpreis von 50000 Gulden die gesamten Vorlande mit Ausnahme von Vorarlberg.

Die baierischen Herzoge werden auch beschuldigt, daß sie, um Sigmunds finanzielle Verlegenheiten zu steigern, ihn zum Kriege gegen die Venetianer angestachelt haben, den er kurz vor dem Verkaufe der Vorlande begonnen hatte.

In der That ist es nicht wahrscheinlich, daß der unkriegerische Fürst bloß auf den Wunsch des Bischofs Ulrich von Trient und der Grafen von Arco, die ihre an Venedig verlorenen Besitzungen [1]) wieder zurückgewinnen wollten, sich zum Angriffe auf die mächtige Republik [2]) entschlossen hätte, wenn nicht seine Räte, die ganz von den baierischen Herzogen umstrickt waren, ihn dazu angetrieben hätten.

Streitigkeiten zwischen den Grafen von Arco und den benachbarten venetianischen Unterthanen zum Anlaß nehmend, ließ Sigmund im März 1487 die Bergwerke in Primiero und Valsugana besetzen, welche venetianischen Privaten gehörten, und dann nach vorausgegangener Kriegserklärung am 23. April auf der Bozner Messe 130 venetianische Kaufleute verhaften und ihre Waren konfiszieren. Gleichzeitig griff sein Hofmeister Gaudenz von Matsch mit 8000 Mann Roveredo an und zwang

das Regest Arrodens (die Urkunde selbst ist nicht mehr vorhanden) wie das Original des darauf bezüglichen Vertrages zwischen den Herzogen Albrecht und Georg vom 18. Februar (= Lichnowsky, Nr. 929) im baierischen Reichsarchiv zehenmal hundert tausent guldin reinisch.

1) S. diese Geschichte II, 506. 515. 518.

2) S. für das Folgende Gottfr. Primisser, Der Venezianische Krieg unter dem Erzh. Sigmund 1487, im „Sammler für Gesch. und Statistik von Tirol“ II, 97—280. Vgl. Romanin, Stor. doc. di Venezia IV, 425 sqq.

nach heftiger Beschießung die Stadt und am 30. Mai auch das Schloß zur Übergabe. Der Anführer der Venetianer, Julius Cäsar von Varano da Camerino, der mit einem bedeutenden Heere in der Nähe stand, hatte der Belagerung unthätig zugesehen und wurde daher durch den berühmten Robert von Sanseverino ersetzt. Da dieser auch Verstärkungen mit sich brachte, so hielten sich beide Teile im Felde das Gleichgewicht, obwohl in einem Gefechte bei Ravazzone am 4. Juli der Sohn Sanseverinos in Gefangenschaft geriet und dieser selbst nur durch die Aufopferung seines Sohnes gerettet wurde.

Da zog sich Gaudenz von Matsch aus noch nicht genug aufgeklärten Ursachen, vielleicht wegen Unzufriedenheit seiner Söldner [1]), zurück und löste sein Heer auf, nachdem er in Roveredo eine kleine Besatzung und in Trient den in den Kriegen gegen Karl von Burgund erprobten Friedrich von Kappel mit 3000 Reitern und einigen Fußtruppen zurückgelassen hatte. Infolge dessen fiel Roveredo am 25. Juli wieder in die Hände der Venetianer, worauf Sanseverino das Schloß Stein (Pietra) bei Calliano belagerte, das sein Vorrücken nach Trient hemmte. Hier wurde er durch Friedrich von Kappel mit einer kleinen Reiterschar, den Bürgern von Trient und dem Landsturm der benachbarten Gemeinden am 10. August in sehr ungünstiger Stellung angegriffen und trotz seiner Übermacht vollständig geschlagen. Mehrere tausend Venetianer fanden teils in der Schlacht, teils in den Fluten der Etsch den Tod, unter letzteren auch Sanseverino, dem König Maximilian 1493 im Dome von Trient ein sehr schönes Denkmal errichten ließ [2]).

1) S. die Erörterungen Primissers a. a. O., S. 137 ff. An Bestechung des Matschers durch die Venetianer möchte ich aber mit den Neueren nicht glauben, da dieser fortan noch mehr als früher in Geldverlegenheiten ist (s. Ladurner a. a. O., S. 107 ff.) und in dieser Beziehung weder von den tirolischen Ständen noch vom Kaiser ein Vorwurf gegen ihn erhoben worden ist.

2) Eine Abbildung des steinernen Sargdeckels mit dem überlebensgroßen Bilde des Feldherrn in Hochrelief, ein Werk des „Steinmetz" Lukas Maurus, bei Schönherr a. a. O., S. 193.

Kappel war zu schwach, um diesen glänzenden Sieg verfolgen zu können, da auch sein kleines Heer nicht unbedeutende Verluste erlitten hatte und er wegen der Abneigung der tirolischen Stände gegen den Krieg keine Verstärkung erhielt. Beide Teile beschränkten sich auf die gegenseitige Verwüstung der Grenzgebiete. Die Bemühungen des Papstes, an den sich Venedig, und des Kaisers Friedrich, an den sich die Stände von Tirol gewendet hatten, führten dann nach langen Verhandlungen am 13. November zum Abschlusse eines Friedens, wonach die gegenseitigen Eroberungen zurückgegeben und die venetianischen Kaufleute für ihre Waren entschädigt werden sollten.

Die eigenmächtige Veräußerung der Vorlande, wozu Sigmund nach den österreichischen Familienverträgen gar nicht das Recht hatte, und die Gefahr, daß auch Tirol an Baiern verloren gehe, bewog den Kaiser, sich an mehrere Städte und wahrscheinlich auch an andere Personen dieses Landes zu wenden und sie zum Festhalten am Hause Österreich aufzufordern. Als nun am 16. August 1487 ein Landtag in Hall zusammentrat, erhoben die Stände die lautesten Klagen über die ganze Wirtschaft am Hofe Sigmunds, über das Treiben seiner Umgebung, über die Verletzung der Landesrechte, über die Einkerkerung und Folterung Unschuldiger, über das unerhörte Verbot, gegen das Regiment und deren Vertreter etwas zu sagen, besonders aber über den leichtsinnig begonnenen und für die materiellen Interessen des Landes und seines Fürsten so nachteiligen Krieg gegen Venedig. Entschieden wurde die Entfernung und Bestrafung der ungetreuen Regenten und die Ersetzung derselben durch andere verlangt. Das Auftreten der Stände erhielt eine Stütze durch ein während der Verhandlungen eintreffendes Schreiben des Kaisers [1]), der sie förmlich dazu aufforderte.

Der im Grunde sehr gutmütige Erzherzog gab dem Verlangen der Stände nach und ersetzte seine bisherigen Räte und

1) Aus Nürnberg vom 15. August. Also kann es nicht, wie Jäger sagt, vor den Verhandlungen eingetroffen sein. Auch ist dem Kaiser die Eröffnung des Landtages schon bekannt.

Hofbeamten durch andere, die er aus einer ihm vom Landtage vorgelegten Liste wählte.

Noch viel weiter gehende Konzessionen machte Sigmund im November auf einem Landtage in Meran, bei dem auch Vertreter der Vorlande und Gesandte des Kaisers und des Königs Maximilian anwesend waren. Er überließ den Ständen auf drei Jahre die ganze Verwaltung seiner Gebiete, wogegen dieselben die Ordnung der zerrütteten finanziellen Verhältnisse, die Entschädigung der Venetianer und die Tilgung seiner Schulden übernahmen. Der Erzherzog wurde auf ein Einkommen von wöchentlich 200 Gulden beschränkt, sein Hofstaat sehr reduziert und er ganz von einem durch die Stände Tirols und der Vorlande gewählten Rat abhängig gemacht, ohne dessen Wissen und Willen er auch nicht die geringste Verfügung treffen durfte. Er gestattete endlich, daß seine Unterthanen schon jetzt für den Fall seines Ablebens ohne männliche Nachkommen dem Kaiser und seinem Sohne die Huldigung leisteten, und sprach ihnen, falls er eine seiner Herrschaften dem Hause Österreich zu entfremden suchte, das Recht zu, sofort ein anderes Mitglied desselben zum Landesfürsten zu nehmen.

Am Anfange des folgenden Jahres kam der Kaiser selbst nach Innsbruck. Wie er überhaupt in diesen Jahren, wo er offenbar von tüchtigen Räten umgeben war, sich viel thätiger zeigte als früher, so legte er in der tirolischen Frage eine ganz ungewöhnliche Rührigkeit und Energie an den Tag. Am 8. Januar 1488 wurden Sigmunds frühere Räte und deren Genossen in die Reichsacht erklärt, und dann der Erzherzog auch bewogen, die im Jahre vorher in Form einer testamentarischen Verfügung zugunsten Albrechts von Baiern gemachte Verschreibung von 1000000 Gulden zu widerrufen. Um die baierischen Herzoge zur Rückgängigmachung des Verkaufs von Burgau und der übrigen Vorlande zu bewegen, suchte der Kaiser auf dieselben durch den schwäbischen Bund einen Druck auszuüben, der gerade um diese Zeit auf Betreiben seines Rates, des Grafen Haug von Werdenberg, von den durch die Vergrößerungsgelüste der Wittelsbacher in ihrer Selbständigkeit be-

drohten Prälaten, Grafen, Herren, Rittern und Reichsstädten Schwabens gegründet wurde und dem auch Erzherzog Sigmund beitreten mußte[1]). Vom Bunde, der durch den Anschluß benachbarter Fürsten zu einer bedeutenden Macht wurde, mit Krieg bedroht, gab Herzog Georg 1489 gegen Rückzahlung der Kaufsumme Burgau heraus und entsagte seinen Ansprüchen auf die Vorlande. Mit dem Herzoge Albrecht von Baiern, dem der Kaiser wegen der Vermählung mit seiner Tochter und der Wegnahme Regensburgs auf das heftigste zürnte, und den er im Januar 1492 sogar in die Acht erklärte, brachte der König Max erst im Mai dieses Jahres einen Ausgleich zustande, wobei derselbe Regensburg herausgeben und auf die ihm vom Erzherzoge Sigmund verschriebenen Geldsummen verzichten mußte.

Unterdessen war in Tirol eine entscheidende Wendung eingetreten.

Der Erzherzog Sigmund wollte sich die Landesordnung von 1487, durch die er aller Regierungsgeschäfte entkleidet und sein Hofstaat so sehr verkleinert worden war, auf die Dauer nicht gefallen lassen, obwohl 1489 sein Wochengeld auf das Doppelte erhöht wurde. Der Erzherzog wurde von Abneigung gegen die ihm an die Seite gegebenen Räte, die Räte von Mißtrauen gegen den Fürsten erfüllt, sodaß sie selbst den freien Verkehr desselben mit ihren Gegnern zu hindern suchten. Immer mehr erweiterte sich die Kluft zwischen beiden. Als Anfangs März 1490 im Auftrage des Kaisers der König Maximilian zur Herbeiführung eines Ausgleichs in Innsbruck erschien, erhoben beide Teile vor den versammelten Ständen die heftigsten Anklagen und Beschuldigungen gegen einander. Da gab Sigmund am 16. März die unerwartetete Erklärung ab, daß er zugunsten seines Vetters Maximilian auf die Regierung seiner Länder verzichte. Doch hatte ihm dieser jährlich 52000 Gulden, das Dritthalbfache dessen, was er zuletzt von den Ständen

1) Vgl. mit P. Schweizer, Vorgeschichte und Gründung des Schwäbischen Bundes, S. 87ff., auch Ulmann, K. Maximilian I., I, 55ff.

bezogen hatte, und das Recht, überall im Lande zu jagen und zu fischen, zugesichert. Von Maximilian auf das aufmerksamste behandelt, aber ohne jeden Einfluß auf den Gang der Ereignisse, hat dieser beim Volke sehr beliebte Fürst noch sechs Jahre verlebt. Am 4. März 1496 sank er im 69. Lebensjahre ins Grab.

So erlebte der alte Kaiser Friedrich noch die Erhöhung seines Hauses zur späteren Größe. Oft in Gefahr, von den Kurfürsten des Thrones entsetzt zu werden, 1485 aus seinen eigenen Ländern flüchtig, Jahre lang ohne die notwendigsten Mittel herumziehend, sah er endlich seine Länder wieder erobert, Tirol mit den übrigen Besitzungen des Hauses vereinigt und dadurch auch die verderblichen Länderteilungen beseitigt, sah seinen Sohn als Regenten der ausgedehnten und blühenden Niederlande und als Nachfolger auf dem Kaiserthrone und konnte endlich hoffen, daß seine Nachkommen auch noch in den Besitz von Ungarn kommen würden. Es war ein Umschwung, wie man ihn selten erlebt, den aber freilich auch nicht Friedrichs Kraft, sondern eine höhere Fügung herbeigeführt hat.

Die letzten Jahre seines Lebens seit dem Herbste 1489 brachte Friedrich in Linz zu, nach der Sitte der Zeit sich viel mit Alchymie und Astrologie beschäftigend, aber noch immer eifersüchtig seine Regierungsrechte wahrend. Endlich machte die Natur dem greisen Kaiser gegenüber seine Rechte geltend. Er wurde schwächer und schwächer, seine Zehen starben ihm ab, bald griff der Brand der Alten noch weiter um sich. Der Arzt hoffte ihn durch Abnahme eines Schenkels retten zu können, und sein Zustand besserte sich auch ein wenig. Da verdarb sich der durch Alter und Leiden erschöpfte Fürst, der immer eine sehr große Vorliebe für rohes Obst gehabt hatte, dadurch, daß er am 14. August 1493, einem Fasttage, noch ehe er etwas Warmes zu sich genommen hatte, acht Melonen verzehrte und Wasser darauf trank, was einen heftigen Durchfall zur Folge hatte. Fünf Tage darauf, am 19. August nahm ihn in einem Alter von 78 Jahren der Tod hinweg [1]), nachdem

1) Über Friedrichs Beschäftigungen in seiner letzten Lebenszeit und

er achtundfünfzig Jahre in seinen Erblanden, mehr als dreiundfünfzig in Deutschland regiert hatte.

seine Leiden s. J. Grünbeck, Hist. Frid. et Maximiliani in Chmels österr. Geschichtsforscher I, 72 ff. und Cuspinian, De Caesaribus (ed. 1601), p. 412. Einige Notizen auch bei V. v. Kraus, Maximilians vertraulicher Briefwechsel mit Prüschenk, S. 83 ff.

Sechstes Buch.

Österreichs Erhebung zur europäischen Großmacht.

Erstes Kapitel.

Maximilians I. Charakter und Machtverhältnisse.

Maximilian I., der nun in einem Alter von 34 Jahren selbständig die Regierung antrat, war eine der glänzendsten Erscheinungen seiner Zeit und wenn auch nicht die bedeutendste, so doch die populärste Persönlichkeit des habsburgischen Hauses. Mit hervorragenden körperlichen und geistigen Eigenschaften war er geziert, obwohl er sich als Kind nur sehr langsam entwickelt hatte [1]). Sein von einer Adlernase überragtes Gesicht war nicht gerade schön, aber einnehmend, sein Körper kräftig, wohlgebaut und allen Anstrengungen und Strapazen gewachsen. Er kannte kein größeres Vergnügen als die Jagd auf Gemsen,

1) Von Zeitgenossen bringen Charakteristiken Vincenzo Quirini in seinem 1507 an den Senat von Venedig erstatteten Gesandtschaftsbericht bei Albèri, Relazioni degli ambasciatori Veneti I. 6, 26 sq. Grünbeck, Hist. Maximiliani in Chmels Österr. Geschichtsforscher I, 78 ff. Cuspinianus, De Caesaribus (Maximilianus), p. 485 sqq. (ed. 1601). Auch der „Weißkunig" und der „Teuerdank" mit Melchior Pfinzings Schlüssel zu letzterem in dessen Ausgabe von C. Haltaus, S. 184 ff. geben wertvolle Beiträge. Von Charakteristiken neuerer Historiker s. jene von Ranke in dessen „Gesch. d. romanischen und germanischen Völker" (2. Aufl.), S. 70 ff. und „Deutsche Gesch." I, 234 ff. Klüpfel, K. Maximilian I., S. 5 f. 72 ff. u. 195 ff. Janssen, Gesch. d. deutschen Volkes I[9], 515 ff. Krones, Handbuch II, 601 ff. Gothein, Politische und religiöse Volksbewegungen vor der Reformation, S. 52 ff. H. Ulmann, K. Maximilian I., I, 189 ff.

Steinböcke, Wildschweine oder Bären, obwohl man damals bei der Unvollkommenheit der Feuerwaffen die Tiere nicht von sicherer Stelle aus erlegen konnte, sondern ihnen auf Lanzenwurfweite nahe kommen oder mit dem Schwerte den Kampf gegen sie aufnehmen mußte. Wiederholt ist sein Leben dabei n Gefahr gekommen, wenn er sich etwa plötzlich einem Bären oder Eber gegenüber befand, oder wenn auf den Bergen Tirols herabrollende Steine ihn zu zerschmettern oder eine Lawine ihn mit sich in die Tiefe zu reißen drohte, oder als auf der Martinswand bei Zirl, wo er sich verstiegen, im Gestein alle Zacken des Steigeisens seines hinteren Fußes bis auf einen einzigen brachen und er sich schließlich nur durch seine Geschicklichkeit und die Unterstützung seines Jägers zu retten vermochte [1]. Maximilian empfiehlt übrigens seinen Nachkommen die Jagd auch deswegen, weil sie dem Fürsten Gelegenheit biete, mit seinen Unterthanen in Berührung zu kommen, deren Wünsche kennen zu lernen, ihren Beschwerden abzuhelfen [2]. Das machte ihn ja beim Volke so populär, daß er sich gern unter dasselbe mischte, an den Festen und Unterhaltungen desselben, an Tänzen und Schießübungen teilnahm, daß er mit Bauern und Handwerkern ebenso gut zu verkehren verstand, wie mit Fürsten und vornehmen Damen. Neben der Jagd liebte er besonders die Turniere, worin er die stärksten Ritter überwand. Aber nicht nur in allen ritterlichen Übungen war er Meister, auch im ernsten Kampfe stellte er seinen Mann. In der Schlacht kämpfte er allen voran, stürzte sich in das dichteste Handgemenge, nahm es mit mehreren Feinden zugleich auf. Schon dies zeigt, daß er mehr Ritter als Feldherr gewesen ist. Jedoch hätte er einen vortrefflichen Kriegsminister abgegeben. Für

1) K. Kirchlechner, Über Maximilian als Jäger und im bes. über das Abenteuer des Kaisers auf der Martinswand. „Jahres-Bericht der k. k. Ober-Realschule in Linz“, 1885, wo auch über die Ausbildung der daran sich knüpfenden Sage gehandelt ist.

2) Siehe K. Maximilians I. geheimes Jagdbuch, herausgegeben von Karajan (Wien, 1858), S. 24, wo interessante Bemerkungen über die Jagd, die Ausrüstung dazu u. s. w. sich finden.

militärische Angelegenheiten hatte er ein hervorragendes organisatorisches Talent, wobei er für das Große ebensoviel Sinn und Verständnis zeigte wie für das Kleine. Die Landsknechte [1]), durch welche der Ruf deutscher kriegerischer Tüchtigkeit wieder zu Ehren gebracht wurde, sind teilweise seine Schöpfung, mehrere Gattungen von Belagerungs- und Feldgeschützen sein Werk. Und wie Max überhaupt von seinem phlegmatischen Vater vollständig verschieden war und das feurige südländische Blut seiner Mutter sich in ihm geltend machte, so zeigte er für die verschiedensten Dinge, auch für die geistigen Bestrebungen, Interesse. Es hatte keine nachteiligen Folgen gehabt, daß auch dem Kaisersohne von seinem Lehrer Peter Engelbrecht, dem späteren Bischofe von Wiener Neustadt, die Feinheiten des Lateinischen und der Dialektik mit Schlägen eingebleut worden waren [2]). Die Künste und Wissenschaften fanden an ihm einen warmen Gönner, wie er denn auch selbst auf verschiedenen Gebieten schriftstellerisch thätig war [3]) und, unterstützt von einem vortrefflichen Gedächtnisse, acht Sprachen, außer Deutsch und Lateinisch auch Französisch, Italienisch, Spanisch, Vlämisch, Englisch und Windisch verstand, in den vier ersten auch gewandt und elegant sich ausdrückte [4]). Auch für Staatsangelegenheiten hatte er Verständnis und Interesse, sodaß einer seiner vertrautesten Räte sich einmal darüber beklagt, daß „Se. Majestät alles selbst angeben, durchsehen und korrigieren will“ [5]). Sein

1) S. über diese das hübsche Büchlein von H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Kriegsbilder aus der Zeit der Landsknechte. Stuttgart, 1883.

2) Cuspinian l. c., p. 485.

3) Nach einer Aufzeichnung in der Wiener Hofbibliothek hat er folgende Bücher selbst gemacht: „Grab, Ehren, Weise Kunig, Teuerdank, Freydank, Triumphwagen, Stammchronik, der Stamm, Artalerey, die sieben Lust-Gezirk, Wappenbuch, Stallbuch, Platnerey, Jägerey, Valknerey, Kücherey, Kellnerey, Fischerey, Gärtnerey, Baumeisterey, Moralität, Andacht St. Jürgen.“ Lambecius, Bibl. Caes. Vindob., lib. II, 969.

4) Grünbeck in Chmels Österr. Geschichtsforscher I, 93. Vgl. „Weißkunig“, S. 74. 138—145.

5) Cyprian von Sarnthein an Paul von Liechtenstein 3. April 1509, bei Kraus, Maximilians I. vertraulicher Briefwechsel, S. 121.

ganzes Leben ging überhaupt in Wirken und Schaffen auf. Nie konnte er müßig sein; selbst auf der Jagd und beim Essen gab er seinen Räten Aufträge oder diktierte seinen Schreibern.

Zugleich war Maximilian als Regent der österreichischen Länder in einer weit günstigeren Lage als seine letzten Vorgänger. Nach langer Trennung waren sie unter ihm zum erstenmale wieder vereinigt worden und zu diesen waren durch seine Heirat mit Maria von Burgund auch noch die Niederlande gekommen. Fast der ganze Süden und Westen Deutschlands, ein Länderkomplex von mehr als 3000 Quadrat-Meilen war in Maximilians Händen, was ihm auch als deutschem Könige ein ganz anderes Gewicht geben mußte, als wenn er der Herr eines einzelnen Fürstentums gewesen wäre.

Wenn Maximilian dessen ungeachtet als König nicht so viel geleistet hat, als man erwarten durfte, so lag der Grund in erster Linie in den Verhältnissen, welche dadurch bestimmt wurden, daß seine Regierung in die Zeit des Überganges vom Mittelalter in die Neuzeit fällt, ja was die staatlichen Zustände betrifft, schon mehr der letzteren angehört.

Was das Mittelalter in politischer Beziehung besonders von der Neuzeit unterscheidet, ist das Vorwalten der Formen des Lehenwesens und korporativer Gestaltungen, die der Macht der Regierungen sehr enge Schranken setzten. Gegen Ende des Mittelalters war nun aber das Streben der Fürsten fast überall dahin gerichtet, ihre Gewalt zu vergrößern, Adel und Städte, wo diese früher eine selbständigere Stellung eingenommen hatten, in größere Abhängigkeit von der Krone zu bringen, die Rechte der Landstände zu beschränken und an die Stelle des Lehensverbandes die Verwaltung durch landesfürstliche Beamte zu setzen.

Das Maß, in welchem dies den einzelnen Fürsten gelang, war auch für die äußere Machtstellung entscheidend, vorzüglich infolge der Umgestaltung des Kriegswesens. Schon im 14. Jahrhundert hatte in den Kämpfen der Schweizer und der niederländischen und deutschen Städte das Fußvolk gegenüber den schwergerüsteten, bepanzerten Ritterheeren wieder größere Be-

deutung erlangt. Besonders durch Žižka war das Fußvolk noch mehr ausgebildet worden. Da nach dem Ende der Hussitenkämpfe die unbeschäftigten böhmischen Krieger scharenweise in den Dienst fremder Fürsten traten und auch die Söhne der Schweizerberge sich gern als Söldner anwerben ließen, so verbreitete sich diese Form der Kriegführung über den größten Teil von Europa. Die Wichtigkeit des Fußvolks wurde noch erhöht durch die Erfindung des Schießpulvers und die Verwendung desselben im Kriege. Hatte man dasselbe seit dem dritten Jahrzehnt des vierzehnten Jahrhunderts gewöhnlich nur für schwere Geschütze zur Belagerung von Städten und Schlössern verwendet, so begann man gegen das Ende des fünfzehnten Jahrhunderts auch das Fußvolk teilweise mit Handfeuerwaffen zu versehen, und damit war das Übergewicht desselben entschieden. Denn der tödlichen Kugel erlag auch der schwerbepanzerte Ritter schon in einer Entfernung, wo sein Schwert und seine Lanze noch ganz unwirksam waren, und die Schlachten wurden daher bald nicht mehr durch die Ritter, sondern durch die Infanterie entschieden. Nicht so sehr die persönliche Tapferkeit des einzelnen, als die Zahl und Übung der Krieger gaben fortan den Ausschlag. Je geübter ein Schütze war, desto sicherer traf er seinen Mann, und auch die nicht mit Schießgewehren, sondern mit Hellebarden oder langen Spießen bewaffneten Fußgänger, die in geschlossenen Vierecken kämpften, waren ohne eine gewisse Ausbildung wenig brauchbar. Geübte Truppen hatten deswegen immer das Übergewicht gegenüber rasch zusammengerafften Milizen. Daher entstanden jetzt stehende Heere, die anfangs zwar wenig zahlreich waren, aber immer mehr anwuchsen. Neben den ständig unterhaltenen Soldaten gab es auch noch sehr viele andere Leute, die aus dem Kriege ein Gewerbe machten und jedem dienten, der sie gut zahlte. Stehende Heere oder Geld zur Anwerbung von Söldnern wurden fortan für die Machtverhältnisse der Staaten die maßgebenden Faktoren.

Dies war auch die Ursache, daß unter den europäischen Staaten gegen Ende des 15. Jahrhunderts Frankreich entschieden der mächtigste wurde.

Das französische Königtum war aus den schweren Kriegen mit England sehr gekräftigt hervorgegangen. Um die Unabhängigkeit des Landes, als deren Repräsentant der König erschien, zu retten, scharten sich alle um den Monarchen und gewährten ihm bereitwillig die Mittel, die zur Behauptung der Selbständigkeit Frankreichs notwendig waren. Im Jahre 1439 bewilligten die Stände dem Könige die Erhebung einer allgemeinen Abgabe nicht bloß in seinen unmittelbaren Gebieten, sondern auch von den Unterthanen der Großen. Dieselbe sollte allerdings zunächst nur für die Besoldung der Truppen während des Krieges bestimmt sein. Aber sie blieb auch nach dem Frieden und bildete den Anfang einer regelmäßigen Besteuerung. Auf diese Weise konnte ein besoldetes stehendes Heer geschaffen werden, das zwar nicht groß war, aber einen festen Kern für die übrigen Truppenteile bildete. Zugleich erhielt den König dadurch die Mittel zur Anwerbung von Schweizern, der besten Fußtruppen jener Zeit, die sich der König 1474, wo Frankreich und die Eidgenossen gegen Karl von Burgund gemeinsame Interessen hatten, durch einen dauernden Vertrag sicherte. Da zugleich die meisten großen Kronlehen durch das Absterben ihrer Besitzer fast gleichzeitig wieder an die Krone zurückfielen, so wurden die Kräfte der ganzen Nation dem Könige zur Verfügung gestellt, der auch in ihrer Verwendung so gut wie unbeschränkt war, weil die Generalstände nicht mehr berufen wurden, die Provinzialstände aber auf innere Angelegenheiten beschränkt waren.

In einer ganz anderen Lage befand sich Maximilian. In seinen Erblanden gab es weder ein stehendes Heer noch eine regelmäßige Besteuerung aller Unterthanen. Er mußte seine Kriege entweder mit Milizen führen, die gewöhnlich nicht außer Landes dienten und langsam zusammenzubringen und weniger tüchtig waren als geübte Soldaten, oder mit Söldnern, die viel Geld kosteten. Aber wenn man von den Erträgnissen der teilweise verpfändeten Bergwerke, Mauten und Domänen und einigen indirekten Steuern absieht, konnte Max keine Abgaben erheben ohne Bewilligung der Landstände. Gerade

in den reichsten Provinzen, den Niederlanden, hatten die Stände eine solche Macht, daß ohne ihre Zustimmung nichts durchgeführt werden konnte. Diesen waren aber die Interessen, die Max in andern Ländern, etwa in Italien oder gegen die Türken verfocht, ganz fremd, sodaß sie nur selten, gewöhnlich nur soweit es zur Deckung der Niederlande selbst notwendig war, Abgaben für Kriegszwecke bewilligten. Seit dem Herbste 1494 stand zudem nicht mehr Maximilian selbst, sondern sein nun mit 16 Jahren für volljährig erklärter Sohn Philipp an der Spitze der niederländischen Regierung, bei der bald partikularistische Tendenzen und Abneigung gegen Max sich geltend machten. In Deutschland endlich war die Macht des Königs seit einem Jahrhunderte immer mehr zusammengeschwunden. Selbst wenn der Reichstag einmal geneigt war, etwas zu bewilligen, so geschah es bei dem schleppenden Geschäftsgange meistens nicht früh genug, und die bewilligten Mittel waren nur langsam flüssig zu machen oder gingen auch gar nicht ein.

Bei der Beschränktheit der finanziellen Mittel, die dem Könige zur Verfügung standen [1]), wirkte es doppelt nachteilig, daß derselbe nicht zu sparen verstand. Nicht daß er für sich große oder kostspielige Bedürfnisse gehabt hätte; er hat nur für Kunst und Wissenschaft bedeutendere Ausgaben gemacht. Dagegen gab er anderen mit vollen Händen, indem er glaubte, daß Sparsamkeit eine mit der Würde des Kaisers unvereinbare Eigenschaft sei. Freilich hat gerade dies nicht wenig dazu bei-

1) Ulmann I, 838 ff. berechnet die regelmäßigen Einnahmen aus den Erblanden mit Einschluß der Erträgnisse der Bergwerke nach den Angaben Quirinis, Machiavellis und anderen Anhaltspunkten auf ungefähr 600000 Gulden jährlich. Allein nach den Erhebungen der Räte Erzherzog Sigmunds warfen die tirolischen Bergwerke, denen jene der anderen Länder bei weitem nicht gleichkamen, im Jahre 1478 nur 79440, die gesamten Einnahmen Tirols 104082 rhein. Gulden ab (Jäger, Landständische Verf. Tirols II, 2, 283). Ich würde daher nach den von Ulmann sonst angeführten Daten die regelmäßigen Einkünfte von den Erblanden auf höchstens 400000 rhein. Gulden taxieren, von denen nach einer Verfügung des Königs vom Jahre 1499 100000 Gulden für den Hofstaat bestimmt wurden.

getragen, ihn populär zu machen. Aber auf seine Finanzen konnte es nur zerrüttend wirken.

Noch schädlicher waren andere Eigenschaften seines Charakters. Schon ein venetianischer Gesandter, der längere Zeit bei ihm in Deutschland war, hebt es als einen Fehler Maximilians hervor, daß er bei allem Reichtum an politischen Ideen sie nicht rechtzeitig auszuführen verstanden habe. Nachdem er schon einen Plan gefaßt, hätten sich seinem Geiste neue Wege gezeigt, die ihm besser schienen, diese seien wieder von neuen, anscheinend zweckentsprechenderen, verdrängt worden, und so sei er von Plan zu Plan gesprungen, und die Gelegenheit zur Ausführung ihm entschlüpft [1]). Der tiefere Grund der Inkonsequenz, die man Maximilian nicht mit Unrecht zum Vorwurfe macht, lag aber doch darin, daß er die Mittel zur Erreichung seiner politischen Zwecke zu wenig in Anschlag zu bringen verstand. Daher faßte er bald einen Plan ins Auge, der wenigstens mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu erreichen war, bald verfolgte er zu viele Zwecke auf einmal. Er stürmt anfangs rasch dem Ziele entgegen, aber mitten im glücklichen Vordringen gehen ihm die Kräfte aus, und er muß sich ohne Erfolg zurückziehen. Ein anderesmal versiegen ihm gar die Hilfsquellen schon, ehe er zur Ausführung schreiten kann. Daher kommt es, daß gerade jene Pläne, die nur durch Konsequenz in der Durchführung und durch zweckmäßige Verteilung der Mittel auf die ganze Zeit der Unternehmung gelingen konnten, meist scheiterten; und es unterliegt keinem Zweifel, daß eine kalte, alle Verhältnisse genau berechnende Natur unter den damaligen Verhältnissen mehr erreicht haben würde, als der ritterliche, sanguinische Maximilian, von dem der König Ferdinand von Aragonien einmal sagte, daß er, wenn er sich eine Sache gedacht habe, auch schon glaube, daß sie gethan sei [2]).

1) Quirini a. a. O., S. 27.

2) Nach Depesche Fr. Corners an den Senat von Venedig vom 19. März 1508 bei de Leva, Storia docum. di Carlo V. I, 102.

Zweites Kapitel.

Die Versuche einer deutschen Reichsreform.

Die wichtigste Frage beim Beginne der Regierung Maximilians I. war jedenfalls die, ob es gelingen würde, dem Deutschen Reiche eine Organisation zu geben, welche es befähigte, dem Könige zur Behauptung der Machtstellung nach außen und der Ruhe im Innern die notwendigen Hilfskräfte zu liefern.

Es hatten sich in Deutschland nach und nach Zustände entwickelt, die allen Begriffen eines geordneten Staatswesens Hohn sprachen. Es war weder durch gesetzliche Bestimmungen noch durch Gewohnheitsrecht festgestellt, wer die oberste Reichsgewalt zu üben habe, ob der König allein, ob die Kurfürsten, die seit Wenzel und Sigmund immer größere Bedeutung beansprucht und teilweise auch erlangt hatten, oder ob der Reichstag mit dem Könige. Es war zweifelhaft, wer auf dem Reichstage zu erscheinen berechtigt sei, ob nur die Kurfürsten und Fürsten, oder auch Vertreter der Reichsstädte, die erst in den letzten Jahren Friedrichs III. regelmäßig zu denselben zugezogen, aber von den Fürsten nicht als gleichberechtigter Faktor angesehen wurden. Auf den Reichstagen selbst entschied nicht die Mehrheit, sei es der Stimmen, sei es der Kurien; nur durch Zustimmung aller konnte ein Beschluß zustande kommen, und niemand war da, der die Ausführung erzwungen hätte. Die Wirkungen solcher Zustände wurden nach und nach auch dem blödesten Auge sichtbar. Während Frankreich, Spanien und England sich immer mehr konsolidierten, und selbst Ungarn und Polen sich auf Kosten ihrer Nachbarn zu vergrößern vermochten, bot Deutschland das Bild des tiefsten Verfalls. Man vermochte weder im Innern Fehden und Kriege zu verhindern und den Landfrieden aufrecht zu erhalten, noch das Ansehen des Reiches

nach Außen zu wahren und den Verlust mancher Grenzlandschaften wie Westpreußens und vorübergehend auch Österreichs zu verhüten.

Schon seit längerer Zeit waren von Berufenen und Unberufenen verschiedene Pläne einer Reichsreform auf das Tapet gebracht worden, und auch jetzt waren über die Notwendigkeit einer solchen König und Stände einig. Aber über die Art der Ausführung gingen ihre Ansichten aus einander. Die Fürsten, besonders die Kurfürsten, wollten nicht bloß von ihren bisherigen Befugnissen nichts aufgeben, sie wünschten eine solche Organisation der staatlichen Verhältnisse, welche die ganze Reichsregierung in ihre Hände gebracht hätte. Maximilian dagegen hielt eine weitere Beschränkung der ohnehin geringen kaiserlichen Gewalt von vorneherein für unthunlich und strebte nach solchen Einrichtungen, welche ihm die Mittel lieferten, um zur Erreichung seiner Ziele ein Heer zu unterhalten. Sein Hauptzweck war eine energische Politik nach außen, er wollte die reichen Kräfte des deutschen Volkes auf große nationale Ziele lenken, durch Erfolge nach außen auch im Innern das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit heben. Dagegen hatten die Kurfürsten für die auswärtigen Fragen weder Sinn noch Verständnis; sie wollten vor allem die innern Angelegenheiten in ihrem Sinne ordnen und kamen dadurch notwendig in Konflikt mit dem Könige, der es für das Wichtigste ansah, die Macht des Reiches nach außen zu wahren und dadurch auch sich und seinem Hause eine maßgebende Stellung in Europa zu sichern. Die öffentliche Meinung war übrigens entschieden auf Seite Maximilians, der es meisterhaft verstand, durch Wort und Schrift auf das Volk zu wirken [1]). Nicht bloß die Humanisten, die sich mit den Ideen des altrömischen Kaisertums erfüllt hatten, wollten an der Spitze der mächtigen Nation einen starken Kaiser und die Fürsten ihm untergeordnet [2]). Auch die

1) Siehe Gothein a. a. O., S. 54 ff.

2) K. Hagen, Zur politischen Geschichte Deutschlands, S. 175 ff. Janssen, Gesch. des deutschen Volkes I⁹, 111. 252 f. 519 ff. 537.

untern Volksklassen sahen in Max „den von der Vorsehung auserwählten Kämpfer gegen die deutschen Erbfeinde, Türken und Franzosen" und wünschten zugleich, daß er sich an ihre Spitze stelle und alle andern Gewalten, Fürsten und Adel wie Prälaten vernichte [1]). In diesen auseinandergehenden Zielen des Kaisers und der Fürsten liegt die Hauptursache, daß auch jetzt die Reformbewegung nicht zu einer Einigung Deutschlands und zu einer wesentlichen Kräftigung der Reichsgewalt führte.

Indessen wurden doch einzelne Resultate erzielt.

Nachdem Maximilian schon seit seiner Wahl zum Könige mit den Reichsständen über verschiedene Fragen verhandelt und Konzessionen in Aussicht gestellt hatte, legte der Führer derselben, der Kurfürst Berthold von Mainz, auf dem ersten Reichstage, den der König nach dem Tode seines Vaters in Worms hielt, im April 1495 ihren Reformplan vor. Derselbe umfaßte drei Punkte, ein unabhängiges Reichsgericht zur Aufrechthaltung des Friedens im Innern, ein Reichsregiment oder einen Reichsrat zur Führung der Regierungsgeschäfte und eine allgemeine Reichssteuer. Von der Annahme dieser Forderungen machten die Stände die Unterstützung des Königs in seinen auswärtigen Unternehmungen, gegen die Türken und die in Italien eingedrungenen Franzosen, abhängig.

Über drei Monate wurde zwischen dem Könige, der die ohnehin geringen königlichen Rechte nicht noch weiter beschränken lassen wollte, und den Ständen darüber verhandelt, ehe man sich zu einigen vermochte. Es wurde nun nicht mehr wie früher auf eine bestimmte Anzahl von Jahren, sondern ein ewiger Landfriede eingeführt und allen, auch den Fürsten, jede Fehde wie die Unterstützung von Landfriedensbrechern bei Strafe der Reichsacht untersagt. Damit jeder sein Recht fände, wurde statt des früheren kaiserlichen Hof- oder Kammergerichtes, das der Person des Königs folgte, ein Reichskammergericht mit einem ständigen Sitze (zunächst in Frankfurt) eingeführt, welchem

1) Geiger, Renaissance und Humanismus, S. 344 f. Janssen I, 539, N. 2; II, 406 ff.

selbst die Befugnis zuerkannt wurde, die Acht zu verhängen. Um es vom Kaiser ganz unabhängig zu machen, sollte dieser nur den Präsidenten ernennen dürfen, auf die Bestellung der sechzehn Mitglieder aber gar keinen Einfluß haben, indem sechs von den Kurfürsten ernannt, zehn von den Ständen, und zwar acht aus Vertretern der Fürsten, zwei aus den Städten gewählt werden sollten. Für dieses Entgegenkommen des Königs, dessen richterliche Gewalt dadurch sehr beschränkt ward, bewilligten ihm die Stände auf vier Jahre den sogenannten gemeinen Pfennig, eine Abgabe, die halb Vermögens- oder Einkommensteuer, halb Kopfsteuer war. Alle Personen, die über fünfzehn Jahre zählten, sollten von einem Vermögen von 500 Gulden oder von 50 Gulden Rente einen halben rheinischen Gulden, von 1000 Gulden einen ganzen Gulden entrichten; 24 Personen, die weniger als 500 Gulden besäßen, sollten zusammen einen Gulden zahlen. Fürsten und andere Reichsstände sollten sich selbst anschlagen. Bei aller Unvollkommenheit war die Einführung dieser allgemeinen Reichssteuer ein großer Fortschritt, weil der Grundsatz anerkannt war, daß alle die Pflicht hätten, zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reiches beizutragen, und weil mit der Anschauung gebrochen war, daß die Zahlung einer Steuer gegen die „deutsche Freiheit“ sei.

Die Verfügung über das Erträgnis des gemeinen Pfennigs hätte nach dem ursprünglichen Projekte der Stände das Reichsregiment erhalten sollen, welches in ähnlicher Weise wie das Reichskammergericht zusammengesetzt werden sollte. Aber nicht bloß die Verwendung der Reichseinkünfte, auch die Aufrechthaltung des Friedens, die Vollziehung der Urteile des Kammergerichtes, die Verteidigung des Reiches gegen auswärtige Feinde, die Anwerbung und Bezahlung der Söldner, die Anstellung der Kriegshauptleute mit Ausnahme des Oberanführers, kurz die ganze Reichsregierung war dem Reichsregimente zugedacht. Die Gewalt des Königs, der ebenso wenig wie ein Fürst ohne Zustimmung dieses Regiments einen Krieg anfangen oder ein Bündnis schließen durfte und nur die oberste Kriegführung und

einige Ehrenrechte behielt, sollte vollständig beseitigt werden zugunsten eines Reichsrates, der mit Ausnahme des Präsidenten von den Ständen gewählt, nach der Art seiner Zusammensetzung wie nach anderen Bestimmungen aber ganz von den Kurfürsten abhängig geworden wäre. Es war nichts anderes beabsichtigt als eine Abschaffung der Monarchie auf gesetzlichem Wege, und die Ersetzung derselben durch eine Fürstenaristokratie, die ihren Beruf und ihre Befähigung dazu bisher noch in keiner Weise dokumentiert hatte.

Man wird es Maximilian nicht zum Vorwurfe machen dürfen, wenn er der Einführung dieses Regiments sich widersetzte, wenn er sich nicht freiwillig in die Stellung eines venetianischen Dogen hinabdrängen ließ. In diesem Punkte gaben die Stände nach. Die Forderung des Reichsregiments ward fallen gelassen, dafür aber bestimmt, daß der Reichstag jährlich zusammentreten und die Entscheidung der dem Reichsrate zugedachten Angelegenheiten ihm vorbehalten werden sollte [1]).

Es kam nun alles darauf an, ob die neuen Einrichtungen auch feste Wurzeln zu schlagen und sich zu entwickeln vermochten.

Da zeigte sich nun allerdings, wie schwer es war, für Deutschland einheitliche Institutionen zu schaffen und denselben die allgemeine Anerkennung zu sichern. Mehrere Fürsten und Stände, selbst einzelne Kurfürsten, erklärten sich gegen das Kammergericht, das ihre eigene Gerichtsgewalt beschränkte. Bald ging dasselbe sogar wieder ein, da der König den Präsidenten für andere Geschäfte verwendete und die Beisitzer, die aus den Einkünften des Reiches bezahlt werden sollten, aus Mangel an solchen keine Besoldung erhielten. Denn am meisten Widerstand fand die beschlossene Reichssteuer. Der Adel, der unglücklicher Weise auf den Reichstagen gar nicht vertreten war,

1) S. über den Reichstag in Worms und die demselben vorhergehenden Verhandlungen seit 1486 Ulmann I, 292—390. Vgl. Ranke, Deutsche Gesch. I, 65 ff. Janssen I, 522 ff. V. v. Kraus, Das Nürnberger Reichsregiment, S. 40 ff.

verweigerte die Entrichtung des gemeinen Pfennigs, weil er nur zum Kriegsdienste verpflichtet sei. Auch in vielen fürstlichen Gebieten ging nichts ein, teils weil, wie in Baiern, die Landstände Schwierigkeiten machten, teils weil die Fürsten selbst keinen Ernst zeigten. Selbst in den Niederlanden, wo Maximilians Sohn regierte, wurde nichts gezahlt. Man hatte dem Könige in Worms 150000 Gulden bewilligt und ihm gestattet, in dieser Höhe ein Darlehen aufzunehmen, das aus den Erträgnissen des gemeinen Pfennigs zurückgezahlt werden sollte. Aber fast niemand wollte auf diese unsichere Hypothek hin ein Geld leihen, und in der That waren nach zwei Jahren erst 14000 Gulden eingegangen [1]). Um die Stände opferwilliger zu stimmen, ließ sich Maximilian im Jahre 1500 die Einführung des Reichsregiments gefallen, obwohl er sich bewußt war, daß dies einer Abdankung gleichkam. Als aber das Regiment gleich eine der bisherigen gerade entgegengesetzte auswärtige Politik verfolgte, die auch für das Reich weder ehrenvoll noch vorteilhaft war, brachte er dasselbe wieder zu Falle, und die Kluft zwischen ihm und den Ständen ward eine so tiefe, daß eine Katastrophe drohte und man von der Absetzung des Königs sprach. Doch gewann Maximilian gerade in der nächst folgenden Zeit an Ansehen und Einfluß, und es kam 1505 auch zur Wiedereinführung des Kammergerichts. Um den Urteilen desselben auch die Ausführung zu sichern, wurde im Jahre 1512 auf Antrag des Kaisers das Reich in zehn Kreise geteilt, in jedem ein Hauptmann mit beigeordneten Räten ernannt, und alle Einwohner des Kreises verpflichtet, denselben bei der Aufrechthaltung des Landfriedens zu unterstützen. Die burgundisch-niederländischen Gebiete bildeten den neunten, die österreichischen Erblande den zehnten Kreis [2]). Die Idee einer

1) Über die Ausführung der Wormser Beschlüsse und die folgenden Reichstage bis 1498 s. Ulmann I, 390—403; 522—602. Vgl. Ranke I, 78 ff.

2) Dagegen wurde Böhmen mit seinen Nebenländern in die Kreisverfassung gar nicht einbezogen, wie man denn auch den König weder 1486 zur Königswahl noch zu den Reichstagen berief, so daß dieses Reich aus dem deutschen Staatsverbande so gut wie ausgeschieden war.

allgemeinen Reichssteuer wurde freilich für immer zu Grabe getragen, und das Prinzip der Selbständigkeit der Territorien erhielt definitiv den Sieg über das der Reichseinheit. Als ein Reichstag in Köln im Jahre 1505 dem Könige eine Unterstützung gegen Ungarn bewilligte, wurden die Truppen nach einer Matrikel auf die einzelnen Territorien verteilt, und von da an ist dies bei Bewilligungen von Reichssteuern immer der Fall gewesen.

Drittes Kapitel.

Maximilians I. Rivalität mit Frankreich. — Kämpfe mit den Schweizern. — Der baierische Erbfolgekrieg.

Als Maximilian I. nach dem Tode seines Vaters die Regierung Deutschlands und der österreichischen Erblande übernahm, hatte er die langen Kämpfe mit Frankreich gerade durch den Frieden von Senlis beendet. Aber die Feindschaft zwischen Frankreich und Burgund, die Maximilian von seinem Schwiegervater geerbt hatte, war zu tief gewurzelt und im Gegensatze der Interessen begründet, als daß nicht auch fortan eine Spannung hätte bleiben sollen. Auch wenn nicht einzelne Fragen erst künftiger Entscheidung überlassen worden wären, hätte Maximilian auf Frankreich ein wachsames Auge haben müssen, das so wenig aufrichtig seinen Ansprüchen auf einen Teil der burgundisch-niederländischen Gebiete entsagt hatte, als er auf die an Frankreich verlornen Gebiete derselben.

Verschärft wurde der Gegensatz noch durch die Stellung beider Könige zur apenninischen Halbinsel.

Italien gehörte seit dem Ende des 14. Jahrhunderts nur noch dem Namen nach zum Reiche, und die Macht des Königs

äußerte sich höchstens noch in einzelnen Standeserhöhungen. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts war es soweit gekommen, daß Friedrich III. seinen Römerzug nicht mehr als Herrscher unternehmen konnte, sondern sich dafür wie für eine spätere Reise von den einzelnen Herren und Kommunen Geleitsbriefe ausstellen ließ. Als im Jahre 1447 das Geschlecht der Visconti mit dem Herzoge Philipp Maria erlosch, riß trotz des Widerspruches des deutschen Königs, von dem Mailand zu Lehen ging, der Gemahl seiner natürlichen Tochter, der tapfere Condottiere Franz Sforza, dieses Herzogtum an sich. Der König konnte nichts dagegen thun und begnügte sich in seiner Weise damit, daß er allen Bemühungen Sforzas, von ihm die Belehnung zu erhalten, einen passiven Widerstand entgegensetzte.

Den Einfluß, welchen das Reich verlor, suchte das emporstrebende Frankreich an sich zu bringen.

Zwei Seitenlinien des französischen Königshauses hatten ja nicht unbegründete Ansprüche auf italienische Fürstentümer, die Anjous auf Neapel, der Herzog Ludwig von Orleans auf Mailand, da seine Großmutter Valentine eine Schwester des Herzogs Philipp, des letzten Visconti, gewesen war, während die Sforza nur von einer unehelichen Tochter desselben abstammten. Frankreich selbst faßte vorübergehend auf der apenninischen Halbinsel festen Fuß, indem das von innern und äußern Gefahren bedrohte Genua sich 1458 dem mächtigen Nachbarstaate unterwarf. Als diese Stadt nach wenigen Jahren das fremde Joch wieder abschüttelte, ließ sich Ende 1463 Franz Sforza vom französischen Könige damit belehnen, obwohl Genua noch unter Karl IV. die deutsche Oberherrschaft anerkannt hatte. Das verschaffte ja überhaupt dem französischen Könige in Italien einen überwiegenden Einfluß, daß alle dortigen Mächte, auch die dem Namen nach mit einander verbündeten, von gegenseitigem Mißtrauen erfüllt, gegen einander intriguierten und um die Gunst Frankreichs buhlten. Obwohl Ludwig XI. alle belog und betrog, wurde doch in den letzten Jahren seiner Regierung „sein Hof der Wallfahrtsort für die hilfsbedürftigen italienischen Mächte und sein Thron der Gnadenstuhl, vor

welchem die Gesandten Italiens, klagende und bittende, nie fehlten" [1]). Wie ein Damoklesschwert hing die französische Intervention über Italien, welche die dortigen Regierungen selbst herbeizurufen sich nicht scheuten, wenn sie durch ihre Nachbarn bedrängt wurden. Schon 1484 hatte Venedig die Franzosen zur Geltendmachung der Ansprüche auf Neapel und Mailand aufgerufen [2]). Damals hatte dies keine weiteren Folgen gehabt, weil Frankreich nach dem Tode Ludwigs XI. durch innere Kämpfe gelähmt und durch offene und versteckte Feindseligkeiten gegen Maximilian als Regenten der Niederlande in Anspruch genommen wurde. Anders war es, als eine solche Einladung an den jungen, ehrgeizigen Karl VIII. zu einer Zeit erging, wo er seine Gegner im Innern niedergeworfen oder versöhnt und durch den Abschluß des Friedens mit Maximilian, England und Spanien sich den Rücken gedeckt hatte und wo er zugleich von neapolitanischen Emigranten ununterbrochen aufgereizt wurde, die durch das Erlöschen der Anjous auf ihn übergegangenen Ansprüche auf Unteritalien geltend zu machen.

Der Ruf ging diesmal von Mailand aus. Galeazzo, der durch seine Ausschweifungen und seine Grausamkeit berüchtigte Sohn Franz Sforzas, war 1476 dem Hasse seiner Gegner zum Opfer gefallen und sein achtjähriger Sohn Gian Galeazzo unter der vormundschaftlichen Regierung seiner Mutter Bona als Herzog anerkannt worden. Aber schon 1480 wurde diese durch Ludovico Moro, des Ermordeten Bruder verdrängt, der die Gewalt auch dann noch in den Händen behielt, als sein Mündel volljährig geworden war. Da dieser mit einer Enkelin des Königs Ferdinand von Neapel vermählt war, fürchtete er von diesem angegriffen zu werden und suchte sich eine rechtliche und materielle Stütze am Auslande zu verschaffen. Jene sollte ihm der römische König, diese Frankreich bieten. Dem französischen Könige stellte er seine Unterstützung bei einem Angriffe

1) B. Buser, Die Beziehungen der Mediceer zu Frankreich während der Jahre 1434—1494, S. 221, wo überhaupt diese Verhältnisse am klarsten dargelegt sind.

2) Buser, S. 239 f.

auf Neapel in Aussicht, für den auch schon im Sommer 1493 die Rüstungen begonnen wurden [1]). Maximilian suchte er dadurch zu bewegen, ihn mit Mailand zu belehnen, daß er ihm die Hand seiner Nichte Blanca, der ehemaligen Braut Johanns Corvinus, und eine reiche Mitgift anbot. Schon am 24. Juni 1493 wurde der Ehevertrag abgeschlossen. Maximilian versprach, nach dem Tode seines Vaters dem Ludovico die Belehnung mit dem Herzogtum Mailand zu erteilen. Dieser sicherte seiner Nichte eine Mitgift von 300 000 Dukaten zu. Am 9. März 1494 feierte der König in Hall in Tirol das Beilager mit Blanca, die freilich seine erste Gemahlin nicht zu ersetzen vermochte und seinem Herzen je länger desto ferner getreten ist [2]).

Es wäre wohl Aufgabe Maximilians gewesen, nach der Übernahme der Regierung in Deutschland die Festsetzung der Franzosen in Italien zu hindern und dieser Halbinsel wenigstens die Unabhängigkeit zu sichern, wenn sich schon die deutsche Herrschaft nicht mehr herstellen ließ. Aber Charakter und Interessen weisen ihn nach einer andern Richtung hin. Die Vernichtung der immer gefährlicher werdenden türkischen Macht, die Wiedereroberung Konstantinopels, die Vereinigung der Krone Ostroms mit jener des abendländischen Kaisertums, das war der Traum des schwärmerischen Jünglings gewesen, das galt auch dem gereiften Manne als die schönste Aufgabe eines christlichen Helden. Und nicht bloß ideale Motive bestimmten Maximilian zur Ausführung dieses Planes, als er selbständiger Herrscher geworden war. Wenn nicht Ungarn, auf das er nach dem Frieden von 1491 eventuelle Erbansprüche hatte, ja wenn nicht seine eigenen Erblande durch die Horden der Ungläubigen überflutet und ganz zugrunde gerichtet werden sollten, so mußte man durch eine kräftige Offensive starke Dämme gegen sie aufführen, man durfte sich nicht darauf beschränken,

1) Über die Politik Ludovico Sforzas in den Jahren 1493 und 1494 s. Romanin, Storia doc. di Venezia V, 9 sqq.

2) Ulmann I, 218 ff.

hinter den Mauern einiger fester Plätze sich gegen die eingedrungenen Ungläubigen zu schützen. Und daß man sich wegen einiger Jahre der Ruhe nicht dem Gefühle der Sicherheit hingeben dürfe, zeigte sich gerade um diese Zeit, indem der Sultan im Jahre 1492 nach dem Ablaufe des Waffenstillstandes die ungarischen Grenzfestungen angreifen und im Jahre darauf Siebenbürgen verheeren ließ und im August 1493 Jakub Pascha von Bosnien her durch Kroatien in Steiermark einfiel und die Gegenden um Cilli und Pettau verwüstete und ausplünderte. Als Maximilian im Oktober mit Truppen heranzog, waren die Türken mit ihrer Beute bereits nachhause gezogen. Der günstige Ausgang dieses Raubzuges ermutigte die Türken schon im Herbste des folgenden Jahres zu einem neuen Einfalle in die steierisch-krainerischen Grenzgebiete [1]).

Schon im Jahre 1493 machte Maximilian dem ungarischen Könige Vorschläge, deren Kern darin bestand, daß er an der Spitze der Ungarn den Krieg gegen die Türken führen, das Deutsche Reich, der Papst, Venedig und andere Mächte zur Stellung von Hilfstruppen oder zur Zahlung von Subsidien bewogen werden sollten. Auch die Vermählung mit Blanca von Mailand hing mit diesen Plänen zusammen. Ihre Aussteuer sollte die Mittel für den Türkenkrieg bieten, ihr Oheim auch sonst das Unternehmen fördern. So wichtig schien dem römischen Könige der Krieg gegen die Ungläubigen, daß er sich auch durch den bevorstehenden Angriff der Franzosen auf Neapel nicht von demselben abhalten lassen wollte, wenn er auch durch diplomatische Mittel den Bruch zwischen Karl VIII. und dem Könige von Neapel zu verhüten suchte [2]).

1) Ilwof, Die Einfälle der Osmanen, in „Mitth. d. hist. Ver. für Steiermark“ XI, 207 ff.

2) Über die Pläne Maximilians betreffend den Türkenkrieg s. Ulmann I, 203—218. 232 f. Wenn aber derselbe S. 269 ff. behauptet, daß Max die Eroberung Neapels geduldet habe, weil ihm dafür französische Unterstützung zur Beraubung Venedigs in Aussicht gestellt worden sei, so fehlt es für die Absicht eines Angriffs auf Venedig vonseite Maximilians an jedem Beweise, wie Bachmann in „Götting. gel. Anz.“ 1885, S. 335 ff., mit Recht betont hat.

Da kamen aus Italien Nachrichten, gegen die Maximilian unmöglich gleichgültig bleiben konnte.

Anfangs September 1494 war Karl VIII. von Frankreich mit einem zahlreichen Heere, bei dem sich sehr viele Schweizer und deutsche Soldknechte befanden, in Oberitalien erschienen und dann, nachdem er einige Zeit durch Krankheit aufgehalten worden war, gegen Süden vorgedrungen. Von seinen Gegnern wurde Piero von Medicis, nachdem er zu spät seine Gunst gesucht, vom Volke vertrieben, der Papst Alexander VI. eingeschüchtert und zur Flucht in die Engelsburg genötigt. Florenz wie der Papst wurden gezwungen, seinen Truppen die wichtigsten Plätze einzuräumen. Bei seiner Annäherung stürzte auch der Thron der Aragonesen zusammen. König Ferdinand II., zu dessen Gunsten sein verhaßter Vater Alfons nach kurzer Regierung der Krone entsagt hatte, floh auf die Insel Ischia, seine Städte und Burgen ergaben sich den Franzosen, die am 22. Februar 1495 in die Hauptstadt ihren Einzug hielten. Im größten Teile von Italien spielte der französische König den Herrn. Von Neapel aus wollte Karl, in dessen schwächlichem Körper eine ehrgeizige Seele wohnte, das türkische Reich angreifen, die Ungläubigen aus Europa vertreiben, sein Haupt mit der Krone von Konstantinopel, wenn möglich auch von Jerusalem, schmücken. Man schrieb ihm zugleich, wenn auch mit Unrecht, die Absicht zu, den Papst zur Verleihung der abendländischen Kaiserkrone an ihn zu nötigen oder auch denselben abzusetzen und mit Hilfe eines Konzils eine Reform der Kirche einzuführen [1]).

Dadurch fühlten sich aber nicht nur die italienischen, sondern auch manche ausländische Mächte gefährdet.

Ludovico Moro, der nicht am wenigsten das Erscheinen des französischen Königs veranlaßt hatte, ward bald durch das

1) Über die Vorgänge in Italien s. im allgemeinen Ranke, Geschichten der romanischen und germanischen Völker (S. W. XXXIII. XXXIV), Havemann, Gesch. der italienisch-französischen Kriege von 1494—1515, die freilich im Einzelnen vielfach nicht mehr genügen. Vgl. auch Romanin l. c. und Gregorovius, Gesch. d. Stadt Rom VII, 342 ff.

herrische Auftreten desselben und durch die Festsetzung des Herzogs von Orleans in Asti für seine eigene Existenz besorgt. Ferdinand von Aragonien fürchtete, daß Karl VIII. die Ansprüche der Anjous nicht bloß auf Neapel, sondern auch auf Sizilien zur Geltung bringen wolle. Auch glaubte er, wenn schon die unechte Linie des aragonischen Hauses aus Neapel verdrängt werden sollte, bessere Ansprüche auf dieses Reich zu haben als der König von Frankreich. Venedig sah mit Besorgnis das bisherige Gleichgewicht zwischen den Staaten Italiens zerstört. Auch der König Maximilian erinnerte sich jetzt doch, daß Oberitalien und Toskana einst zum Reiche gehört hatten. Schon Anfangs November, als eben die ersten Franzosen die Apenninen überschritten hatten, suchte er mit Venedig über die italienischen Angelegenheiten Unterhandlungen anzuknüpfen. Als der Doge sich dazu bereit zeigte, schickte er im Januar von den Niederlanden aus Gesandte an die Signoria, um eine enge Verbindung mit derselben zustande zu bringen. Er wollte vor allem, um etwaige Absichten des französischen Königs auf die abendländische Kaiserwürde zu durchkreuzen, in den nächsten Fasten selbst den Römerzug unternehmen und vom Papste sich krönen zu lassen, wozu Venedig ihm den Durchzug durch sein Gebiet gestatten sollte. Er ließ der Republik aber auch den Antrag machen, als Herr der österreichischen Erblande mit ihr auf fünfundzwanzig Jahre ein Bündnis zu schließen, nach welchem jeder Teil den andern mit 10000 Mann unterstützen sollte.

In Venedig sammelten sich nach und nach die Gesandten aller antifranzösischen Mächte. Doch war es nicht leicht, die verschiedenen Interessen und Bestrebungen unter einen Hut zu bringen. Lodovico Moro wollte ein Eingreifen Maximilians in die Verhältnisse Italiens ebenso wenig wie die Festsetzung der Franzosen; die Deutschen, sagte er den venetianischen Gesandten, würden wenig besser sein als jene. Er riet, man solle die Könige von Rom und Spanien durch Zahlung von Subsidien zum Angriffe auf Frankreich selbst bewegen und dadurch Karl zum Rückzuge aus Italien zwingen, ein Plan, den

auch Maximilian vorübergehend gehegt hat. Dieser war anderseits anfangs gegen die Aufnahme Lodovicos in die Liga, weil die öffentliche Meinung demselben den im Oktober eingetretenen Tod seines Neffen Gian Galeazzo, des Bruders der Königin Blanca, zur Last legte. Erst die Nachricht von der Eroberung der Stadt Neapel und des ganzen Königreiches brachte die Unterhandlungen zum Abschluß.

Am 31. März 1495 wurde die „heilige Liga" unterzeichnet. Die Teilnehmer waren der Papst, König Max, Ferdinand und Isabella von Spanien, Venedig und Mailand, die sich auf fünfundzwanzig Jahre zur Aufrechthaltung der Ruhe in Italien, der Würde des päpstlichen Stuhles und der Rechte des römischen Reiches verbanden und gegen Angriffe anderer Mächte sich ihre Besitzungen garantierten. Jedes Glied sollte 12000 Mann, der Papst die Hälfte stellen. Dieser wie Mailand und Venedig verpflichteten sich, dem Könige Max bei seinem Römerzuge den Durchgang zu gestatten, letztere, ihm auch Truppen zu stellen. Ist der Vertrag, soweit er für die Öffentlichkeit bestimmt war, durchaus defensiver Natur, so haben geheime Artikel wahrscheinlich als Zweck die Vertreibung der Franzosen aus Italien hingestellt [1]).

Um nicht von seinem eigenen Reiche abgeschnitten zu werden, trat Karl VIII., die Hälfte seines Heeres zur Behauptung Neapels zurücklassend, am 20. Mai den Rückzug nach Oberitalien an, wo der Herzog von Orleans in der ersten Hälfte des Juni durch die Wegnahme Novaras die Feindseligkeiten gegen den Herzog von Mailand begann. Ungehindert gelangte der König durch die Päſſe des Apennin, drängte das ihm entgegenstehende mailändisch-venetianische Heer durch die Schlacht bei Fornovo am Taro (am 6. Juli) zur Seite und kam, wenn auch nicht ohne bedeutende Verluste, glücklich nach Asti.

1) Dies scheint, da die Existenz geheimer Artikel durch Sanuto feststeht, fast selbstverständlich, wenn auch die von Guicciardini angegebenen Details falsch sind, wie Ulmann I, 287 ff. dargethan hat. Über die vorausgegangenen Unterhandlungen s. ebd. S. 273 ff., und dazu Bachmann a. a. O.

Unterdessen hatten die mailändischen und venetianischen Truppen, durch ungefähr 7000 Deutsche, die Maximilian schickte, verstärkt, die Belagerung von Novara begonnen, zu dessen Entsatz der französische König viel zu schwach war. Aber gerade als die durch Hunger und Krankheiten aufs äußerste gebrachte Besatzung die Stadt übergab, erschienen zur Unterstützung des Herzogs von Orleans 20000 schweizerische Söldner in Oberitalien. Dadurch erschreckt schloß der Herzog von Mailand am 9. Oktober den Separatfrieden von Vercelli, wonach er zwar dem Namen nach Mitglied der Liga bleiben durfte, aber dem französischen Könige bei jedem Angriffe auf Neapel den Durchzug zu gestatten und Hilfe zu leisten versprach, während dagegen der König den Herzog von Orleans gegen Mailand nicht unterstützen sollte.

Zur Zeit, wo die feindlichen Scharen sich in Oberitalien gegenüberstanden, hatte Ferdinand von Neapel, unterstützt von spanischen Truppen und einer venetianischen Flotille, den Kampf um sein Erbreich begonnen. Schon am 7. Juli kam die Hauptstadt infolge einer Erhebung der Einwohner in seine Hände, im Oktober fiel auch die Citadelle. Als dann päpstliche Truppen und gegen Abtretung mehrerer apulischer Hafenstädte auch ein venetianisches Corps ihm zuhilfe kam, wurden die Franzosen immer mehr eingeengt. Aber noch behaupteten diese ausgedehnte Gebiete, und das Erscheinen von Verstärkungen aus der Heimat würde bald wieder einen Umschwung bewirkt haben.

In der That begann Karl nach seiner Rückkehr über die Alpen neue Rüstungen und schloß mit schweizerischen Kantonen Verträge, die ihm die Arme der besten Soldtruppen jener Zeit sicherten. Das Festhalten der Herzogin von Savoyen, der Markgrafen von Montferrat und Saluzzo wie des Freistaates Florenz an der Verbindung mit Frankreich und der Besitz einiger Städte und Burgen in Mittelitalien hätten dem Könige eine neue Unternehmung gegen Neapel sehr erleichtert.

Am meisten hatte eine solche Ludovico Moro zu fürchten, der die Bedingungen des Friedens nicht aufrichtig erfüllt hatte und für den die Ansprüche des Herzogs von Orleans auf Mai-

land eine stete Gefahr bildeten. Auch Venedig mußte die Franzosen von der Lombardei noch mehr als von Unteritalien fern zu halten suchen. Beide Mächte luden daher im Frühjahr 1496 den römischen König ein, persönlich einen Zug nach Italien zu unternehmen.

Niemand hätte lieber in die Verhältnisse der apenninischen Halbinsel eingegriffen als der feurige, thatenlustige Maximilian. Aber im verflossenen Jahre hatten die Reichsstände ihm jede Unterstützung verweigert, bis die Entscheidung in Italien gefallen war. Nur mit den Mitteln seiner Erblande hatte er einige tausend Mann ausrüsten können. Endlich hatte man ihm den gemeinen Pfennig bewilligt. Doch wurde derselbe nicht gezahlt, und nicht einmal ein Anlehen konnte er daraufhin erhalten. Wenn er nicht den Vorgängen in Italien ganz gleichgültig zusehen wollte, so blieb ihm nichts übrig, als mit den ihm von seinen reicheren Bundesgenossen angebotenen Subsidien ein Heer aufzustellen. Zur Unterhaltung von 6000 Mann auf die Dauer von drei Monaten wollten Mailand und Venedig je 30000 Dukaten zahlen und außerdem einige tausend Schweizer in Sold nehmen. Wenn die Reichsstände, die der König auf Anfangs August nach Lindau berief, nur einige Unterstützung gewährten, so konnte in Verbindung mit den Truppen Mailands, Venedigs, des Papstes, Neapels und Spaniens den Franzosen eine imposante Macht entgegengestellt werden. Kein Wunder, daß der sanguinische Maximilian von diesem Kriege nicht bloß die Vernichtung der französischen Partei in Italien, sondern auch eine dauernde Schwächung Frankreichs selbst durch Losreißung mehrerer Grenzprovinzen erwartete!

Allein die Reichsstände, die gegen jede Einmischung des Königs in die Verhältnisse Italiens waren, zeigten sich oppositioneller als je. Zugleich schlug die Stimmung in Venedig vollständig um, als es schien, daß der französische König wegen der Erschöpfung seiner finanziellen Mittel und seiner Vergnügungssucht wenigstens vorläufig den Gedanken eines Zuges nach Italien fallen gelassen habe. Am liebsten hätte jetzt die

Signoria den deutschen König ganz aus Italien ferngehalten, da er sie nur hindern konnte, ihren Vergrößerungsplänen nachzujagen. Da sich dies erfolglos zeigte, versagte sie ihm wenigstens das von ihm begehrte Darlehen und zögerte sogar mit der Auszahlung der versprochenen Subsidien. Nur durch Vorschüsse der Fugger und ähnliche Mittel konnte sich Max einiges Geld verschaffen.

So kam es, daß dieser nach einer Zusammenkunft mit dem Herzoge von Mailand am 16. August 1496 mit nur geringer Begleitung von Mals her die Alpen überstieg und daß mit allen später eingetroffenen Verstärkungen seine Truppen sich nur auf etwa 4000 Mann beliefen. Sein Plan ging dahin, an der Spitze der Truppen der Verbündeten Asti wegzunehmen, das, dem Herzoge von Orleans gehörig und von französischen Truppen besetzt, ein Pfahl im Fleische des Herzogs von Mailand war, dann Montferrat, Saluzzo und Savoyen zum Anschluß an die Liga zu nötigen und so den Franzosen die Alpenpässe zu versperren. Der Plan mußte fallen gelassen werden, weil Venedig gegen jede Unternehmung war, welche die Macht und Sicherheit des Herzogs von Mailand vermehrte. Man beschloß, dafür einen Feldzug nach Mittelitalien zu unternehmen, Pisa, das beim Einbruch der Franzosen von Florenz abgefallen war, zu unterstützen und durch Einnahme von Livorno zu kräftigen, Florenz selbst zur Aufgebung des französischen Bündnisses zu zwingen. Aber auch hierzu leistete Venedig nur zögernd und nur ungenügende Hilfe. Da zugleich auch Oberitalien gegen die in Asti liegenden Franzosen besetzt bleiben mußte, so waren die Kräfte, die Max gegen Florenz zur Verfügung hatte, in keiner Weise ausreichend. Die Belagerung von Livorno mißlang infolge der geringen Truppenzahl, der herbstlichen Stürme und Regengüsse und des Eintreffens einiger französischer Kriegsschiffe. Ohne etwas ausgerichtet zu haben, kam Max um Weihnachten nach Tirol zurück, um noch einmal den Versuch zu machen, durch seine persönliche Einwirkung die Reichsstände zum Kampfe gegen Frankreich hinzureißen [1]).

1) Über den Feldzug Maximilians nach Italien und die damit zu-

Aber wenn dieselben schon unzufrieden gewesen waren, daß Maximilian ohne ihre Zustimmung den italienischen Krieg begonnen hatte, so war durch den ruhm- und erfolglosen Ausgang desselben ihre Neigung zur Unterstützung des Königs nicht größer geworden. Daß Karl VIII. Italien sich selbst überließ, daß er den Verlust der letzten daselbst noch behaupteten Städte hinnahm, ohne ernstliche Gegenmaßregeln zu treffen, schien die Gleichgültigkeit der deutschen Fürsten und Städte zu rechtfertigen.

Ohne noch etwas gegen Italien unternommen zu haben, starb Karl VIII. von Frankreich am 7. April 1498 im Alter von erst achtundzwanzig Jahren, ohne Hinterlassung von Erben, und es folgte ihm sein Vetter Ludwig von Orleans, der nicht bloß die Ansprüche auf Neapel aufrechthielt, sondern auch durch Annahme des Titels eines Herzogs von Mailand noch weitergehende Absichten an den Tag legte. Anderseits forderte Maximilian vom neuen Könige die Herausgabe des Herzogtums Burgund und ließ, obwohl ihm seine Verbündeten ihre Unterstützung verweigerten, im Sommer 1498 7000 Mann einen Einfall in Frankreich unternehmen. Da aber das Reich nichts für ihn that und sein eigener Sohn sich mit Frankreich in Unterhandlungen einließ und dann gegen Herausgabe der von den Franzosen in Artois besetzten Städte für die Lebensdauer Ludwigs XII. ausdrücklich seine Ansprüche auf das Herzogtum Burgund ruhen zu lassen versprach, so schloß auch er einen Waffenstillstand und zog seine Truppen zurück. Treulos brachen nun die Franzosen in die Franche Comté ein und nahmen mehrere Ortschaften weg. Zornglühend trieb sie Maximilian wieder hinaus, ging aber dann, von allen Seiten sich verlassen sehend, eine sechsmonatliche Waffenruhe ein.

Trotz dieser Haltung seines Sohnes stürzte sich nun der König in einen Krieg gegen den Herzog von Geldern, dessen

sammenhängenden Ereignisse s. Ulmann I, 404—521, der freilich in seiner Beurteilung des Königs hier fast noch schwarzgalliger ist als gewöhnlich.

Erfolg doch nur den Niederlanden zugute gekommen sein würde [1]). Dieser noch dazu resultatlose Angriff auf Geldern war um so unbesonnener, als gerade jetzt Maximilian alle seine Kräfte hätte beisammenhalten sollen. Denn nicht nur war mit Frankreich noch kein Friede geschlossen, sondern es war auch ein Krieg gegen die Schweiz unvermeidlich geworden.

So lange die dortigen Landgemeinden und Städte unter der Herrschaft Österreichs gestanden hatten, war ihr ganzes Streben dahin gegangen, unmittelbar unter das Reich zu kommen. Als aber die Eidgenossen endlich ihr Ziel erreicht und die Reichsunmittelbarkeit erlangt hatten, da zeigte es sich, daß sie unter dem Reiche eben nichts als den Schatten der damaligen Zentralgewalt verstanden hatten, welche jedes Glied thun ließ, was es wollte, daß sie aber, sobald ihnen das Reich als wirkliche Macht entgegentrat, auch von diesem nichts mehr wissen wollten, sondern völlige Unabhängigkeit anstrebten. Was Deutschland sich erst durch Einführung des ewigen Landfriedens und des Kammergerichtes zu verschaffen bemüht war, Ruhe im Innern und Rechtssicherheit, das hatten ja die Schweizer schon längst. Die Burgunderkriege hatten ihnen auch eine angesehene Stellung unter den Mächten Europas verschafft und das Selbstbewußtsein derselben außerordentlich gehoben. Da so die Verbindung mit dem Reiche ihnen keinen Vorteil brachte, die Zahlung des gemeinen Pfennigs ihnen vielmehr Opfer auferlegt hätte, weigerten sie sich auch, die Beschlüsse des Reichstags von Worms anzuerkennen. Urteile des Kammergerichts sahen sie als Angriffe auf ihre Freiheit an, ja sie forderten die Exemtion von demselben nicht bloß für die eidgenössischen Kantone, sondern auch für die mit diesen nur verbündeten Städte, wie das im Herzen Schwabens gelegene Rottweil. Wie wenig sie sich noch als Angehörige des Deutschen Reiches fühlten, zeigten ihre enge Verbindung mit Frankreich, das an einzelne einflußreiche Persönlichkeiten wie an ganze Kantone regelmäßige Pensionen zahlte, und die vertragsmäßige Stellung von Söldnern zu dessen Heeren,

1) Ulmann I, 583—632.

während dem deutschen Könige ähnliche Ansuchen konsequent abgeschlagen wurden. Wenn Deutschland die Selbständigkeit der Schweiz nicht freiwillig anerkennen wollte, blieb nichts übrig als der Krieg, der auch schon im Jahre 1497 auszubrechen drohte.

Maximilian hätte denselben gerne vermieden und machte trotz der Unzufriedenheit Bertholds von Mainz, des Führers der Reichsstände, den Schweizern einige Konzessionen. Er hätte sich begnügt, wenn diese ihm wenigstens in der auswärtigen Politik nicht feindlich entgegengetreten wären, wenn sie ihre kriegslustigen Söhne gegen Sold in seine Dienste hätten treten lassen. Aber das französische Geld und die besonders in den demokratischen Kantonen trotz der ewigen Richtung von 1474 noch immer lebendige Antipathie gegen Österreich trugen den Sieg davon.

So war der Bruch unvermeidlich. Die Stimmung wurde noch mehr verbittert durch den Gegensatz zwischen den schweizerischen Bauern und den schwäbischen Adeligen, welche jene durch Schmähungen kränkendster Art reizten, wo sie nur konnten.

Den nächsten Anlaß zum Kriege gaben aber die Verhältnisse Graubündens. Da sich die Grafengewalt der Herzoge von Österreich als Besitzer der tirolischen Grafschaft Vintschgau bis Pontalt (oberhalb Zernetz) im Engadin erstreckte, anderseits der Bischof von Chur viele Besitzungen im Vintschgau bis hinab nach Meran hatte, so kreuzten sich die Rechte und Ansprüche beider in einer Weise, daß die Streitigkeiten fast nie aufhörten. In letzter Zeit hatte Österreich seine Stellung dadurch verstärkt, daß es durch Kauf vom Grafen von Montfort und vom Vogte von Matsch die zehn Gerichte in Prättigau, Davos und den anstoßenden Gebieten erworben hatte, während anderseits die durch die Bildung von drei Bünden gekräftigten Bewohner der Gegenden am obern Rhein und obern Inn ein weiteres Vorrücken der Macht Österreichs nicht mehr dulden wollten. Gerade um die Zeit, wo zwischen Deutschland und der Schweiz das Kriegsfeuer sich jeden Augenblick zu entzünden drohte, waren zwischen Tirol und dem Bischofe von Chur neue

Streitigkeiten ausgebrochen, zu deren Beilegung die tirolische Landesregierung wenig guten Willen zeigte. Des Bischofs nahmen sich die Bündner an, freilich nicht aus Liebe zu diesem, sondern aus Abneigung gegen Österreich, und um sich gegen dieses eine kräftige Stütze zu sichern, schlossen sie einen Bund mit den Eidgenossen. Infolge dessen ließ die tirolische Regierung Ende 1498 die Grenzpunkte in Verteidigungszustand setzen und befahl der waffenfähigen Mannschaft, sich zum Ausrücken bereit zu halten, da man einen Angriff der Bündner und Schweizer befürchtete.

Noch einmal machte man einen Versuch, den Bruch zu vermeiden. Am 10. Januar 1499 fand in Feldkirch eine Zusammenkunft der Parteien statt, und es ward daselbst eine zweimonatliche Waffenruhe verabredet. Aber durch die Schuld der österreichischen Beamten wurden die Bündner wie die tirolischen Kriegsleute im Vintschgau nicht davon benachrichtigt. Als nun letztere zur Verstärkung ihrer Stellung das an der Grenze gelegene Frauenkloster Münster besetzten, wurden sie von den Bündnern wieder hinausgeworfen. Diese forderten jetzt die Eidgenossen, die tirolische Regierung den schwäbischen Bund zur Hilfeleistung auf. Um daß Äußerste zu verhüten, entschloß sich der Bischof von Chur zu großen Konzessionen. Am 2. Februar schlossen er und der Anführer der Bündner bei Glurns mit dem tirolischen Landeshauptmann Leonhard von Völs und dem Feldhauptmann Sigmund von Welsberg einen Vertrag, der für Österreich sehr günstig war. Schon zogen auf beiden Seiten die Truppen ab.

Es ist sehr zweifelhaft, ob die tirolische Regierung diesen Vertrag, dessen Abschluß sie dem Landeshauptmann in strengem Tone zum Vorwurfe machte, zur Ausführung gebracht hätte. Die Entscheidung brachten die Vorfälle im Rheinthal. Durch die übermütigen Neckereien der schwäbischen Bundestruppen gereizt, zündeten die Schweizer am 6. Februar einige Häuser an, worauf die Schwaben den Luziensteig und das Städtchen Maienfeld wegnahmen. Infolge dessen brachen auf der ganzen Linie vom Vintschgau bis Basel die Feindseligkeiten aus, und

es wurde der Krieg mit furchtbarer Wildheit geführt. Überall wurde geraubt und gebrannt, die Einwohner halbnackt in die Winterkälte hinausgetrieben. Doch waren die Schweizer infolge ihrer einheitlicheren Leitung und der Abhärtung wie der größeren Disziplin ihrer Krieger ihren Gegnern bei weitem überlegen. Der König war anfangs fern in den Niederlanden. Der schwäbische Bund, dessen Glieder die Lasten des Krieges möglichst von sich abzuwälzen suchten und um möglichst billiges Handgeld untaugliche Knechte anwarben, verzettelte zudem seine Truppen längs der weiten Grenze und verzichtete auf jede kriegerische Initiative, sodaß die Schweizer die Zeit wie die Orte des Angriffs frei wählen konnten.

Auf allen Punkten waren die Schweizer siegreich. Schon am 11. Februar nahmen sie den Luziensteig wieder ein und trieben dann ihre Gegner, alles ausplündernd und zerstörend, bei Feldkirch vorbei bis zum Bodensee, wo sie ihnen am 20. Februar in einem Treffen bei Hard schwere Verluste beibrachten. Ganz Vorarlberg bis auf die festen Städte wurde gezwungen, den Eidgenossen zu huldigen. Am 22. März liefen 2500 Landsknechte, die ins Solothurnsche eingefallen waren, vor 800—1000 Schweizern nach kurzem Kampfe am Bruderholz (südlich von Basel) feige davon. Ein schwäbisches Bundesheer von etwa 5000 Mann unter dem Grafen von Fürstenberg wurde am 11. April, als es beutebeladen und teilweise betrunken von einem glücklichen Streifzuge nach Constanz zurückkehrte, von 1500—2000 Schweizern am Schwaderloh südwestlich von dieser Stadt überfallen, das ganze Geschütz ihm abgenommen und das feige Fußvolk nur durch die Reiterei vor Vernichtung bewahrt. Umgekehrt fielen die in Tirol stehenden Heerhaufen Ende März ins Engadin ein, zündeten die Dörfer an, töteten viele Bewohner und führten mehrere tausend Stück Vieh weg, worauf die Schweizer auch zur Räumung Vorarlbergs genötigt wurden. Gegen weitere Angriffe suchten sich die bei Frastenz lagernden deutschen Truppen durch starke Verschanzungen zu decken, welche am Fuße des die Straße von Baduz nach Feldkirch wie die Ebene zwischen Feldkirch und

Frastenz flankierenden Berges angelegt und mit 1500 Schwazer Bergknappen, dem „stählernen Haufen", besetzt wurden. Eine Abteilung des schweizerischen Heeres, das in einer Stärke von 10000 Mann am 20. April von Baduz her vordrang, umging die Schanze über den steilen Berg her, sodaß die Besatzung in die Mitte genommen und überwältigt ward. Hierauf ward auch die Hauptmacht bei Frastenz angegriffen und nach mehrstündigem Kampfe geschlagen. 3000 Mann sollen die Deutschen hier verloren haben.

Erst jetzt kam der König aus Geldern nach Oberdeutschland, bemüht, auch das Reich zur thätigen Teilnahme am Kriege zu bewegen, der doch teilweise durch das Streben, die Schweizer zur Anerkennung der Reichsgesetze zu bewegen, hervorgerufen worden war. Aber die wenigsten Fürsten und Städte kümmerten sich um die Mahnungen des Königs, da ja der Krieg nur Österreich angehe. Auch der schwäbische Bund war zu keinen größern Opfern zu bewegen. Besonders litt Maximilian durch Mangel an Geld, ohne das keine Soldaten aufzutreiben, die angeworbenen nicht unter der Fahne zu halten waren. Mit Mühe brachte er 7000 Mann zusammen, mit denen er über den Arlberg zog, wahrscheinlich um in Verbindung mit den im Vintschgau stehenden Truppen, etwa 8000 Mann, von dort aus die Eroberung Graubündens zu versuchen.

Ehe er aber dort anlangte, war die Lage vollständig geändert. Nach der Mitte des Mai sammelten sich im Münsterthale 6300 Graubündner mit der Absicht, von hier nach Vintschgau einzubrechen. Da die Tiroler nahe am Ausgange des Thales an der Calva, wo die Berge dasselbe am meisten einengen, eine ausgedehnte und starke Schanze angelegt hatten, so suchten sie dieselbe wie bei Frastenz durch ein Umgehungsmanöver in die Hände zu bringen. In der Nacht vom 21. auf den 22. Mai zogen 2000 Bündner über den am linken Ufer des Rambaches sich erhebenden Berg und kamen am Morgen auf verschiedenen Wegen auf die Ebene zwischen Laatsch und Schleiß. Statt mit seinen in der Nähe stehenden Truppen über die ermüdeten und zerstreuten Feinde herzufallen, scheint

der unfähige Oberanführer der Österreicher, der Schwabe Ulrich von Habsberg, völlig unthätig geblieben zu sein, bis dieselben sich gesammelt hatten und nun ihrerseits den Kampf gegen die am untern Rambach an der Marenger Brücke stehenden Österreicher begannen. Hart genug war derselbe, und die Umgehungskolonne wäre wahrscheinlich aufgerieben worden, wenn die aus den tirolischen Adeligen bestehende Reiterei eingegriffen und dieselbe im Rücken gefaßt hätte. Nach fünfstündigem Ringen gelang es endlich der Hauptmacht der Bündner, die Schanze zu erobern und dann die Österreicher an der Marenger Brücke, die nun von zwei Seiten umfaßt wurden, zu überwältigen. 4000—5000 Mann an Toten und Gefangenen, wie die Geschütze und das Hauptbanner verloren die Österreicher [1]), deren Überreste in panischem Schrecken bis Meran flohen. Aber auch die Graubündner hatten viele Leute eingebüßt und verfolgten den Sieg nicht. Nach der Ausplünderung und Niederbrennung aller Ortschaften von Mals bis Schlanders traten sie den Rückzug an.

Als sieben Tage nach der Schlacht der König nach Vintschgau kam, fand er keinen Feind mehr. Anderseits aber konnte an die Eroberung Graubündens bei der Demoralisierung der Trümmer des tirolischen Heeres nicht mehr gedacht werden. Schon der Mangel an Lebensmitteln hätte die Ansammlung größerer Scharen unmöglich gemacht. Die armen Gebirgsthäler vermögen ja in gewöhnlichen Zeiten ihre Bewohner ohne Zufuhr von außen nicht zu ernähren. Jetzt waren zu beiden Seiten der Grenze alle Vorräte aufgezehrt oder vernichtet. Als der Geschichtschreiber Willibald Pirkheimer, der als Anführer des Nürnberger Kontingents im königlichen Heere war, einen Zug nach dem Wormser Joch unternahm, um eine von Mailand hergeschickte Proviantladung in Empfang zu nehmen, fand er auf dem Marsche bei einem abgebrannten Dorfe zwei alte Weiber, welche eine Herde von 400 Kindern, bleich und

1) Nach dem Bericht des tirolischen Landeshauptmanns im „Anzeiger f. Schweiz. Gesch." N. F. I, 181, freilich nur 2000 Mann.

abgemagert, hinaus auf die Wiese führten, um mit Kräutern ihren Hunger zu stillen. Die Väter, erklärten ihm die Weiber, seien im Kriege gefallen, die Mütter aus Hunger und Elend umgekommen, sie erwarte ein ähnliches Schicksal. Auch eine österreichische Truppenschar, die unter dem Truchsessen Johann von Waldburg über die Berge einen Zug nach Oberengadin unternahm, mußte nach Anzündung aller Dörfer bis hinauf nach Samaden den Rückzug antreten, da die Feinde nirgends stand hielten, aber der Hunger mit allen seinen Schrecken sich einstellte.

Maximilian ging daher wieder über den Arlberg zurück, um noch einmal den Versuch zu machen, die Reichsstände, besonders den schwäbischen Bund, zu größeren Opfern hinzureißen und zu einem energischen Angriff auf die Schweizer zu bewegen. Aber überall traf er auf Entmutigung und Mangel an Opferwilligkeit. Besonders nachdem im Westen Graf Heinrich von Fürstenberg, der mit 15 bis 16 000 Mann das Schloß Dorneck an der Birs belagerte, infolge seiner sträflichen Sorglosigkeit am 22. Juli von den Schweizern überfallen und getötet, sein Heer geschlagen worden war, wollte niemand mehr von der Fortsetzung des Krieges etwas wissen. Notgedrungen gab Max seine Zustimmung zu Unterhandlungen mit den Schweizern, die trotz französischer Intriguen unter Vermittlung des Herzogs von Mailand am 22. September 1499 zum Frieden von Basel führten. Die von beiden Teilen gemachten Eroberungen wurden herausgegeben, sodaß Österreich wieder in den Besitz des Prättigau kam. Indem aber auch sonst der Zustand vor dem Kriege hergestellt und zugleich alle beim Kammergerichte gegen die Schweiz anhängigen Prozesse durch den Krieg niedergeschlagen wurden, ward die Eidgenossenschaft thatsächlich ganz unabhängig vom Reiche, um das sie sich auch in ihrer auswärtigen Politik nicht im geringsten mehr kümmerte [1]).

1) Über diesen Krieg und dessen Vorgeschichte s. besonders Tr. Probst, Die Beziehungen der schweizer. Eidgenossenschaft zum deutschen Reiche in

Niemand hatte zunächst von diesem Kriege zwischen Deutschland und der Schweiz größeren Vorteil als Frankreich. Es war Ludwig XII. gleich nach seiner Thronbesteigung gelungen, den Ring seiner Gegner vollständig zu sprengen. Schon am 14. Juli 1498 schloß Heinrich VII. von England, der 1496 auch der heiligen Liga beigetreten war, mit Frankreich Frieden. Dessen Beispiele folgte am 5. August Ferdinand von Aragonien, obwohl er mit dem Hause Habsburg durch doppelte Bande der Verwandtschaft vereinigt war, da nach den Anfangs 1495 getroffenen Verabredungen seine zweite Tochter Johanna am 21. Oktober 1496 den Erzherzog Philipp und im Frühjahr darauf sein Sohn, der Kronprinz Don Juan, dessen Schwester Margareta geheiratet hatte, die freilich schon am 4. Oktober wieder Witwe geworden war. Venedig, mit Ludovico Moro, welcher der Republik den Besitz Pisas nicht gönnen wollte, vollständig zerfallen, bot dem Könige Ludwig sogar ein Bündnis an, und dasselbe that der Papst Alexander VI., der mit französischer Unterstützung seinem natürlichen Sohne, dem berüchtigten Cesare Borgia, ein Fürstentum verschaffen wollte. So blieben von allen Gegnern Frankreichs nur noch der König Maximilian und der Herzog von Mailand, der vollständig isoliert war, als jener in den Krieg mit den Schweizern verwickelt und dadurch an einer Unterstützung Ludovicos gehindert ward.

Jetzt war der Entschluß des französischen Königs gefaßt. Während er sich durch Geld und Versprechungen auch für die nächsten zehn Jahre das Recht der Söldnerwerbung in der Schweiz sicherte, schloß er am 9. Februar 1499 einen Bund mit Venedig, das ihm gegen Überlassung Cremonas und des Gebietes im Osten der Adda seine Unterstützung zur Eroberung Mailands zusicherte. Vergebens hetzte Lodovico den Venetianern die Türken auf den Hals; er konnte seinem Schicksale nicht mehr entrinnen. Der Krieg zwischen dem Könige Max und

den Jahren 1486—1499, im „Archiv f. Schweiz. Gesch." XV, 67—181. A. Jäger, Der Engedeiner Krieg im Jahre 1499, in „N. Zeitschr. des Ferdinandeums für Tirol" u. s. w. IV, 1—227. Ulmann a. a. O. I, 647—799.

den Eidgenossen hinderten nicht bloß den ersteren an der Unterstützung des Herzogs, sondern machte es diesem auch unmöglich, in der Schweiz Truppen zu werben. Da er durch den zunehmenden Steuerdruck sich auch seine Unterthanen entfremdet hatte, so brach beim Angriffe des französischen Heeres seine Herrschaft wie ein Kartenhaus zusammen. Am 6. September 1499 zogen die Franzosen in Mailand ein, nachdem Lodovico vier Tage vorher seine Hauptstadt verlassen und sich mit seiner Familie und seinen Schätzen nach Tirol geflüchtet hatte. Als er dann am Anfang des folgenden Jahres mit Hilfe schweizerischer und deutscher Söldner sein Land zurückerobern wollte und, unterstützt durch die Abneigung der Mailänder gegen die drückende Herrschaft der Franzosen, bereits den größten Teil desselben in seine Gewalt gebracht hatte, fiel er, von den Schweizern verraten, am 10. April 1500 in die Hände der Feinde, die ihn als Gefangenen nach Frankreich abführten.

Am nämlichen Tage eröffnete Maximilian den Reichstag in Augsburg, auf dem er noch einmal versuchen wollte, die Stände zu einer ausgiebigen Hilfeleistung gegen Frankreich zu bewegen, dessen König die Herrschaft über Italien und die Kaiserkrone an sich reißen und die österreichischen Erblande und das Reich selbst bedrohen würde. Berthold von Mainz, auch jetzt der Führer der Reichsstände, benutzte diese Stimmung Maximilians, um ihn zur Genehmigung des Reichsregimentes zu bewegen, das unter dem Vorsitze des Königs oder seines Stellvertreters über Fragen der auswärtigen und inneren Politik, über militärische und finanzielle Angelegenheiten entscheiden und durch die Art seiner Zusammensetzung dem Einflusse des Königs entrückt und wesentlich von den Fürsten, besonders den Kurfürsten, abhängig sein sollte. Max stimmte zu, weil ihm die Stände dafür die Einführung einer bleibenden Reichskriegsverfassung mit einer eigentümlichen Kombinierung von Aushebung und Besteuerung in Aussicht stellten, von der er sich ein Heer von 30000 Mann und die Mittel zu ihrer Bezahlung versprach.

Doch nur zu bald zeigte es sich, daß man ihn auch dies-

mal wieder genarrt habe. Die schönen Beschlüsse über die Aufstellung eines Reichsheeres blieben auf dem Papiere. Dagegen schlug das Reichsregiment, dessen Seele wieder der Erzbischof von Mainz war, eine der bisherigen Politik des Königs diametral entgegengesetzte Richtung ein, schloß mit dem französischen Könige einen Waffenstillstand, ohne auch nur die italienischen Vasallen einzuschließen, stellte demselben die Belehnung mit Mailand in Aussicht und gab dem französischen Gesandten, der Maximilian durch den Vorwurf der Bestechlichkeit in frecher Weise beleidigte, ein Zeugnis seines Wohlverhaltens mit [1]). Darf man sich da wundern, wenn nun auch Maximilian um das Regiment, für das auch viele Reichsstände sehr geringes Interesse zeigten, sich nicht mehr kümmerte, wenn er endlich selbst mit dem französischen Könige, dem er bei der Gleichgültigkeit der deutschen Stände doch nichts anzuhaben vermochte, sich auszugleichen bereit war, um wenigstens auch die Vorteile davon für sich zu ernten?

Die Friedensliebe der niederländischen Regierung und die Beziehungen des Erzherzogs Philipp zu Spanien spielten dabei eine wichtige Rolle.

Als im Herbst 1496 der Sohn Maximilians die zweite Tochter Ferdinands von Aragonien und Isabellas von Castilien geheiratet hatte, konnte niemand vermuten, daß dies zu einer Erwerbung Spaniens durch das Haus Habsburg führen würde, da die Prinzessin Johanna einen Bruder und eine ältere Schwester hatte. Allein in kürzester Zeit starben alle hinweg, welche dem Erbrechte derselben vorangingen, im Oktober 1497 der Kronprinz Don Juan, dessen Gemahlin sich in gesegneten Umständen befand, aber dann ein totes Kind zur Welt brachte, 1498 die älteste Infantin Isabella, die Gemahlin des Königs von Portugal, und im Juli 1500 auch deren Sohn Miguel. Da nun die Gemahlin Philipps die Erbin der vereinigten castilisch-aragonischen Länder geworden war und derselbe dieses Recht

1) Ranke, Deutsche Geschichte I, 93 ff. Janssen, Gesch. d. deutschen Volkes I, 533. B. v. Kraus, Das Nürnberger Reichsregiment, S. 51 ff.

feierlich anerkannt sehen wollte, so mußte er auf die Wünsche seines Schwiegervaters größere Rücksicht nehmen. Ferdinand von Aragonien suchte aber im Sommer 1500 mit dem französischen Könige über eine Teilung Neapels sich zu einigen und hatte alle Aussicht, sein Ziel zu erreichen, in welchem Falle ein Angriff Maximilians auf Frankreich oder die damit vereinigten Herzogtümer Mailand oder Burgund auch seine Pläne hätte vereiteln können.

Es entsprach den Interessen Ferdinands von Aragonien ebenso sehr wie seiner eigenen Abneigung gegen einen Krieg mit Frankreich, wenn Philipp gleichzeitig mit dem Reichsregimente einen Frieden zwischen seinem Vater und Ludwig XII. zustande zu bringen suchte. Den Anschauungen jener Zeit entsprechend sollte eine Heirat den festen Kitt für die neue Verbindung abgeben und einen Ausgleich der entgegenstehenden Ansprüche der Häuser Orleans und Habsburg-Burgund ermöglichen. Philipps kürzlich geborener Sohn Karl sollte mit Ludwigs Tochter Claudia vermählt werden, diese ihrem Vater und ihrer Mutter [1]), wenn sie keine Söhne hätten, in allen Besitzungen nachfolgen, so daß sie wenigstens Mailand und die Bretagne erhalten mußte. Um mit Maximilian, der schon im April 1501 im Prinzip seine Zustimmung gab, alle Einzelheiten ins Reine zu bringen, begab sich Ludwigs vertrautester Rat, der Kardinal von Amboise, zu demselben nach Trient, wo am 13. Oktober ein Vertrag abgeschlossen ward, der bestimmt schien, die rivalisierenden Häuser Österreich und Frankreich auf das engste zu verbinden. Beide Könige schlossen für alle Zeiten Frieden und Bündnis und garantierten sich gegenseitig ihre Besitzungen. Maximilians Enkel Karl sollte nach erreichter Mannbarkeit Ludwigs Tochter, der gegenwärtige oder künftige Dauphin eine Schwester Karls heiraten. Maximilian versprach, den französischen König mit Mailand zu belehnen, Ludwig gelobte, dafür 80000 Kronen zu zahlen, die Nachfolge Philipps in Spanien und die Maxi-

1) Es war dies Anna von Bretagne, die nach dem Tode Karls VIII. dessen Nachfolger geheiratet hatte.

milians in Ungarn und Böhmen, wie dessen Römerzug und Türkenkrieg zu unterstützen und sich in die Angelegenheiten des Reiches nicht einzumischen.

Man konnte unschwer einsehen, daß der Vertrag von beiden Seiten wenig aufrichtig gemeint und nur bestimmt sei, augenblickliche Zwecke zu erreichen. Die französischen Versprechungen waren alle mit solchen Klauseln umgeben, daß es dem Könige leicht war, ohne offene Verletzung des Vertrages ihrer Erfüllung sich zu entziehen. Auch bewog er den Erzherzog Philipp, welcher durch Frankreich nach Spanien reiste, schon am 13. Dezember die Modifikation einiger Artikel zuzugeben. Max war wohl bereit, Ludwig und dessen Söhne, deren es noch keinen gab, mit Mailand zu belehnen, aber nicht auch die Vererbung dieses Landes auf dessen weibliche Nachkommen zu gestatten, da er fest überzeugt war, daß es zur Heirat Claudias mit seinem Enkel nie kommen würde. Der französische König und seine Diplomaten hetzten dann gegen Max bei der Signoria von Venedig, schürten bei den deutschen Kurfürsten, die mit ihrem Könige ganz zerfallen waren, ja sich mit Gedanken, ihn abzusetzen, getragen haben sollen. Der Trientner Friedens- und Freundschaftsbund war thatsächlich zerrissen.

Doch wurde er noch einmal notdürftig zusammengeflickt. Der französische König hatte im Sommer 1501, sobald er den Rücken gegen Deutschland gedeckt sah, im Bunde mit Spanien Neapel angegriffen und fast ohne Widerstand erobert, da der König auf einen Angriff von zwei Seiten nicht gefaßt war. Aber schon im folgenden Jahre brach zwischen den Eroberern selbst wegen der Teilung des Landes ein Krieg aus, in welchem die Spanier, denen auch Maximilian Truppen zuschickte, endlich das Übergewicht über die Franzosen erhielten und diese Anfangs 1504 vollständig aus dem Königreiche vertrieben wurden.

Wie unter solchen Verhältnissen dem französischen Könige viel daran lag, daß ein Bündnis Ferdinands von Aragonien mit Maximilian und ein Angriff beider auf Mailand verhindert werde, so machte der Ausbruch des baierischen Erbfolgekrieges es letzterem wünschenswert, daß Ludwig XII. seine Verbindungen

mit der deutschen Opposition aufgebe. Auch sein Sohn Philipp von Burgund hatte sich enger dem französischen Könige angeschlossen, als er mit seinem Schwiegervater aus verschiedenen Gründen zerfallen war. Philipp vermittelte eine neue Verbindung zwischen seinem Vater und dem Könige von Frankreich, deren Ergebnis die Verträge von Blois am 22. September 1504 waren. Maximilian versprach jetzt, Ludwig XII. binnen drei Monaten mit Mailand zu belehnen, und zwar für sich selbst und seine Söhne oder in Ermangelung von solchen für seine Tochter Claudia gemeinschaftlich mit ihrem Bräutigam Karl. Ludwig gelobte, sich nicht in die Angelegenheiten des Deutschen Reiches einzumischen. Beide verpflichteten sich, mit Ferdinand von Aragonien über Neapel keinen Separatvertrag zu schließen, stellten aber demselben den Beitritt zu ihrem Bündnisse frei, wenn er seinen Anteil an Neapel seinem Enkel Karl und die Verwaltung desselben dem Erzherzoge Philipp abträte, worauf auch Ludwig sein Recht auf die Hälfte Neapels auf seine Tochter übertragen würde. Falls Ludwig XII. ohne Sohn stürbe, so sollten die Herzogtümer Bretagne, Burgund und Mailand (mit Asti und Genua) an Philipp zugunsten Karls und Claudias fallen, letztere beiden Herzogtümer auch dann, wenn die Heirat dieser beiden durch Frankreichs Schuld unterbliebe.

Da diese Verträge nur durch vorübergehende politische Konstellationen veranlaßt und vonseite des französischen Königs, wie Maximilian wohl einsah, auch gar nicht ernstlich gemeint waren, so kamen sie ebenso wenig zur Ausführung wie die verwandten Verträge von Trient. Kaum hatte der Kardinal von Amboise im April 1505 in Hagenau im Namen seines Königs von Max die Belehnung mit Mailand erhalten und die Verträge beschworen, so widerrief Ludwig mit Dispens desselben Kardinals zunächst im geheimen die Vermählung seiner Tochter mit dem Erzherzoge Karl und verlobte sie mit seinem Vetter, dem Thronfolger Franz von Angoulême, was dann im Mai des folgenden Jahres auf einer Ständeversammlung auch öffentlich geschah. Denn eine Vereinigung der Habsburger mit Spanien gegen

Frankreich war jetzt nicht mehr zu fürchten, da Pilipp mit seinem Schwiegervater um die Regierung von Castilien stritt, welche die Königin Isabella auf ihrem Totenbette im November 1504 nicht ihrer schwermütigen Tochter Johanna oder deren Gemahle, sondern ihrem Gatten übertragen hatte, sodaß Ferdinand sogar mit Frankreich ein Bündnis schloß [1]).

Für Maximilian hatte diese Verbindung mit dem Könige von Frankreich immerhin einen großen Vorteil, indem dieser dadurch gehindert ward, ihm in den deutschen Angelegenheiten, namentlich im baierischen Erbfolgekriege Schwierigkeiten zu bereiten.

Am 1. Dezember 1503 war Georg der Reiche von Baiern-Landshut mit Hinterlassung einer Tochter, Elisabeth, gestorben. Obwohl nach den baierischen Familienverträgen dessen Gebiete an den Herzog Albrecht IV. von Baiern-München und dessen Bruder Wolfgang hätten fallen sollen, hatte er doch in einem geheimen Testamente seine Länder wie seine Schätze seiner Tochter vermacht, die er 1499 mit Ruprecht, dem dritten Sohn des Kurfürsten Philipp von der Pfalz, vermählte. Ruprecht brachte auch beim Tode seines Schwiegervaters die Schlösser von Landshut und Burghausen in seine Gewalt, während die Stände ihm wie Albrecht die Huldigung verweigerten und den König baten, die Entscheidung des Streites in seine Hand zu nehmen.

Recht und Politik forderten Maximilian auf, sich zugunsten des Herzogs Albrecht auszusprechen. Denn dieser war sein Schwager, während das pfälzische Haus seit einem halben Jahrhundert dem Kaiser Opposition gemacht hatte und auch der Kurfürst Philipp immer, selbst zur Zeit der Reichskriege, mit

1) Über die Beziehungen Maximilians zu Frankreich von 1501 bis 1506, wofür Le Glay, Négociations diplom. entre la France et l'Autriche, T. I, p. 19 sqq., wichtiges Material veröffentlicht hat, siehe Lanz, Einleitung zum 1. B. der Mon. Habsburgica, 2. Abtl., S. 60 ff. de Leva, Storia docum. di Carlo V. in correlazione all' Italia I, 70 sqq. P. Schweizer, Die Verträge von Blois, in „Forschungen zur deutschen Gesch." XIX, 1 ff., und für die Jahre 1501 und 1502 V. v. Kraus, S. 154 ff.



Frankreich die engsten Verbindungen unterhalten hatte. Er erteilte denn auch schon am 9. Dezember dem Herzoge Albrecht die Belehnung und forderte die Landschaft zur Huldigung auf. Doch suchte er auch sein „Interesse“, wie er sich ausdrückte, zu wahren und einige baierische Gebietsteile an sich zu bringen, die ihm zur Abrundung der österreichischen Länder besonders wichtig schienen. Auch war er bereit, um einen friedlichen Ausgleich zu ermöglichen, dem Pfälzer ein Drittel der Besitzungen seines Schwiegervaters zu verschaffen. Dieser wies aber die Vorschläge des Königs, vor allem die von demselben geforderten Abtretungen, zurück. Ehe noch eine rechtliche Entscheidung gefällt war, gab die energische Herzogin Elisabeth durch die Wegnahme der Stadt Landshut am 17. April 1504 das Zeichen zum Ausbruche des Krieges.

Albrecht IV. wurde nicht bloß vom Könige, sondern auch vom schwäbischen Bunde und mehreren alten Gegnern der Pfalz unterstützt. Ruprecht hatte fast nur seinen Vater für sich; doch boten ihm die Schätze seines Schwiegervaters die Mittel, zahlreiche böhmische Söldner und deutsche Landsknechte zu werben. In Baiern, in der Oberpfalz und in den Rheingegenden wurde gekämpft und dabei die heimgesuchten Gebiete vollständig ausgeplündert, viele Ortschaften niedergebrannt. König Maximilian bemächtigte sich zuerst ohne Mühe der an den pfälzischen Kurfürsten verpfändeten Reichslandvogtei von Hagenau und der Ortenau und nahm diese für Österreich in Besitz. Der Kurfürst von der Pfalz beschränkte sich wesentlich auf die Verteidigung seiner Gebiete. In Baiern dagegen zeigte sich die pfälzische Partei ihren Gegnern vollständig gewachsen, obwohl Ruprecht selbst schon am 20. August von der Ruhr hinweggerafft wurde. Um hier eine Entscheidung herbeizuführen, zog Max im August vom Rheine an die Donau, vereinigte sich mit dem Herzoge Albrecht, dem Markgrafen Friedrich von Ansbach und Baireut, dem Herzoge Erich von Braunschweig, seinem Schwager, mit schwäbischen Kreistruppen und dem Kriegsvolke der Nürnberger und warf sich damit einem böhmischen Söldnerheere von 3000 Fußgängern und 900 Reitern entgegen, das

über Cham nach Baiern marschierte. Am 12. September kam es bei Wenzenbach nordöstlich von Regensburg zur Schlacht. Die böhmischen Fußgänger, die hinter großen, mit Ketten und eisernen Klammern verbundenen Setzschilden auf einer Anhöhe aufgestellt waren, hielten sich sehr wacker und standen wie die Mauern, obwohl die Feinde ihnen an Zahl doppelt überlegen waren. Maximilian selbst, der an der Spitze eines Reiterhaufens sie angriff, wurde durch eine mit Haken versehene Lanze vom Pferde gerissen und wäre vielleicht verloren gewesen, wenn ihn nicht Erich von Braunschweig mit eigener Lebensgefahr gerettet hätte. Endlich aber wurden die Reihen der Böhmen zersprengt, wenigstens 1500 getötet, mehr als 700 gefangen, aber von Maximilian in ritterlicher Weise großenteils nachhause entlassen.

Von hier zog Maximilian gegen Kufstein, dessen Pfleger Hans Pienzenauer ebenso wie der von Rattenberg ihm bereits im Juni gehuldigt hatte und dafür in seinem Amte bestätigt worden, aber im August beim Erscheinen einer pfälzischen Heeresabteilung auf die Seite Ruprechts übergetreten war. Auch jetzt, wo der König am 3. Oktober mit einem Heere von wenigstens 5—6000 Mann, meist Tirolern und Vorarlbergern, vor Kufstein erschien, wies Pienzenauer, vertrauend auf die Festigkeit der Wälle und Mauern, die Aufforderung zur Unterwerfung zurück. Einer seiner Unterbefehlshaber, Wamolt, der eine Schar von 200 Böhmen kommandierte, stellte zwar nach dreitägiger Beschießung der Stadt die Übergabe derselben die Aussicht. Da aber die Geschütze der Belagerer in den ersten Tagen keine große Wirkung hervorgebracht hatten, so wurde er schließlich seinem Worte untreu, was den König so erzürnte, daß er erklärte, wenn noch einmal jemand von einem Vertrage rede, so werde er ihm ins Angesicht schlagen, das ihm das Blut herabrinne. Max setzte daher mit größerem Eifer als anfangs die Beschießung fort und den ungeheueren Steinkugeln, welche seine jetzt in Thätigkeit gesetzten vier „Hauptstuck“ schleuderten, hielten auch die stärksten Mauern nicht stand. Als schon mehrere Türme zusammengeschossen und alles zum Sturme vorbereitet war, ergab sich am 12. Oktober die Besatzung der

Stadt, welcher der König trotz seiner früheren Äußerung Leben und Eigentum zusicherte.

Die Entrüstung Maximilians erhielt aber neue Nahrung, als Pienzenauer, der jetzt die Übergabe des Felsenschlosses in Aussicht stellte, wenn binnen vier Wochen kein Entsatz käme, sich nicht mit einer Frist von 14 Tagen begnügte und die ihm gewährte Waffenruhe von anderthalb Tagen zur stärkeren Befestigung des Schlosses benutzte. Durch die Riesengeschütze, die Maximilian von Innsbruck kommen ließ, wurde dasselbe aber in wenigen Tagen so zusammengeschossen, daß Pienzenauer und seine Leute mit flehenden Worten und gefalteten Händen um Gnade baten. Der erbitterte König wies aber jetzt die Kapitulation zurück, entschlossen, die Festung mit Sturm zu nehmen und die ganze Besatzung über die Klinge springen zu lassen. Diese suchte sich am Morgen des 17. Oktober durch einen geheimen Ausgang zu retten, wurde aber ergriffen und auf Befehl Maximilians dem Henker übergeben. Schon waren Pienzenauer, Wamolt und 18 andere enthauptet, als es den Bitten Erichs von Braunschweig, des Fürsten von Anhalt und anderer Vornehmer gelang, den 26 übrigen Schonung zu erwirken [1]).

Noch mehrere Monate zog sich der verheerende Krieg hin, bis endlich im Februar 1505 ein Waffenstillstand geschlossen wurde. Am 30. Juli diktierte der König auf einem Reichstage in Köln den mürbe gewordenen Parteien die Friedensbedingungen. Für die Söhne des verstorbenen Pfalzgrafen sollte aus Neu-

1) Neben J. Würdinger, Kriegsgeschichte von Bayern von 1347 bis 1506 II, 174—279, der am gründlichsten über den baierischen Erbfolgekrieg gehandelt hat, s. speziell über die Belagerung von Kufstein die Berichte des kölnischen Ratssekretärs Slebusch vom 5., 12. und 17. Okt. aus der Nähe von Kufstein bei Höhlbaum, Mitth. aus dem Stadtarchiv von Köln XI, 32 ff. und die Schreiben aus dem Lager vor Kufstein an den Kanzler Sarnthein vom 10. und 11. Okt., und K. Maximilians an seine Gemahlin vom 18. Okt., die O. Redlich im 9. B. der „Mitth. des Instituts“ veröffentlichen wird und mir schon jetzt gütigst mitgeteilt hat. Dadurch werden die Erzählungen Späterer oder ferner Stehender vielfach berichtigt.

burg und aus den meisten baierischen Besitzungen nördlich von der Donau ein neues Fürstentum, die sogenannte junge Pfalz gebildet werden, die übrigen Besitzungen des Herzogs Georg an Albrecht IV. und dessen Bruder fallen. Maximilian erhielt für sein „Interesse“ außer einigen kleineren Gebieten von der Pfalz die Landvogtei Hagenau und die Ortenau, von Baiern die schwäbischen Grafschaften und Herrschaften Kirchberg, Weissenhorn und Marstetten, die sich an die Markgrafschaft Burgau anschlossen, Neuburg am Inn und die Städte und Herrschaften Kufstein, Kitzbühel und Rattenberg mit dem baierischen Teile des Zillerthales. Durch letztere, die zu Tirol geschlagen wurden, erhielt Tirol gegen Nordosten eine gesicherte Grenze, wie es kurz vorher durch das Pusterthal im Osten arrondiert worden war. Denn am 12. April 1500 war Leonhard, der letzte der Grafen von Görz, in Lienz gestorben, worauf Maximilian zahlreichen früheren Erbverträgen entsprechend dessen Gebiete, die Grafschaft Görz mit Gradisca und Idria, ausgedehnte Besitzungen in Kärnten, die Stadt Lienz und das Pusterthal bis zur Mühlbacher Klause, soweit es nicht den Hochstiftern Brixen oder Freising gehörte, in Besitz nahm. Da das Pusterthal und Lienz mit Tirol vereinigt wurden, so erhielt dieses in wenigen Jahren gegen Osten seine jetzige Ausdehnung, wenn man davon absieht, daß die salzburgischen Besitzungen im Brixenthal, Zillerthal und Windisch-Matrai noch in das heutige Tirol hereinragten.

Der glückliche Ausgang des baierischen Erbfolgekrieges mußte auch Maximilians Ansehen im Reiche heben, besonders da im Dezember 1504 auch sein hervorragendster Gegner unter den Fürsten, der Erzbischof Berthold von Mainz, gestorben und durch den Markgrafen Jakob von Baden, einen Verwandten des Königs, ersetzt worden war. Den Plan, für seinen Sohn Philipp aus Tirol ein Kurfürstentum zu machen, setzte er zwar nicht durch. Dagegen bewilligte ihm der Reichstag in Köln, dem er bezüglich der Herstellung des Reichskammergerichtes entgegenkam, auf ein ganzes Jahr 4000 Mann, um die Ungarn zur Achtung des von ihnen gebrochenen Erbfolgevertrages von 1491 zu nötigen.

Maximilian hatte gehofft, mit den ihm in Köln bewilligten Mitteln im günstigen Falle auch seinen lange verzögerten Römerzug unternehmen zu können. Sein Sohn, der Anfangs 1506 nach Castilien zog, um seine Rechte auf die Regierung dieses Reiches geltend zu machen, sollte ihn dabei von der See her unterstützen. Philipp ward auch von den Castilianern als Herr anerkannt und nötigte seinen Schwiegervater zur Aufgebung seiner Ansprüche. Aber schon am 25. September wurde er von einem hitzigen Fieber hinweggerafft, worauf sich die Castilianer doch den König Ferdinand, Frankreichs Bundesgenossen, als Regenten für Philipps älteren Sohn, den sechsjährigen Erzherzog Karl, gefallen ließen. Auch Venedig hielt an seiner Verbindung mit Frankreich fest und verweigerte Maximilian den Durchzug nach Rom, wenn er nicht, wie sein Vater, ohne Begleitung eines Heeres käme [1]). Dieser konnte daher nicht hoffen, ohne ausgiebige Unterstützung des Reiches an Frankreich für den Bruch der Verträge von Blois und Hagenau Rache zu nehmen und demselben die Herzogtümer Burgund und Mailand zu entreißen, die nach den in Blois selbst getroffenen Verabredungen an seinen Enkel Karl fallen sollten.

Er berief daher auf das Frühjahr 1507 einen Reichstag nach Constanz, der auch sehr zahlreich besucht wurde. Mit feurigen Worten schilderte Maximilian den Ständen die vom Könige von Frankreich drohenden Gefahren und die Absicht desselben, die deutsche Nation für immer der Kaiserwürde zu berauben, und forderte dieselben zu einträchtigem Handeln und zu schneller Bewilligung von Geld und Volk auf, damit er imstande wäre, die Kaiserkrone zu empfangen, die Franzosen aus Mailand zu vertreiben und überhaupt die verlorenen Reichsgebiete wieder zurückzuerobern. Er forderte 10000 Mann zu Roß und 20000 zu Fuß und meinte, daß dies keine Schwierigkeiten bieten könne, da 60000 reisige Pferde und zehnmal hunderttausend Fußknechte in deutschen Landen wären.

Wenn Maximilian so hohe Forderungen stellte, so that

1) Romanin V, 177sqq.

er dies freilich wahrscheinlich in der Überzeugung, daß er dieselben in jedem Falle ohne bedeutende Abstriche nicht durchsetzen würde. In der That bewilligten ihm die Reichsstände nach dreimonatlichen Verhandlungen auf ein halbes Jahr nur 3000 Reiter und 9000 Mann zu Fuß oder für letztere eine Summe von 120000 Gulden. Auch wollten sie von einem Kriege gegen Frankreich ohne vorhergehende Verhandlungen nichts wissen und setzten es durch, daß eine Gesandtschaft an den König Ludwig geschickt wurde, um dessen Absichten gegenüber dem Reiche zu erforschen. Max war übrigens auch so in der rosigsten Laune. Er hoffte mit den Truppen aus den österreichischen und den burgundischen Ländern ein Heer von 30000 Mann zusammenzubringen, mit dem er um so mehr ausrichten zu können glaubte, als er Aussicht hatte, diesmal die Schweizer nicht in den Reihen seiner Gegner, sondern unter seinen Fahnen kämpfen zu sehen. Denn eine Gesandtschaft derselben, die in Constanz erschien, erklärte ihre Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, daß die Kaiserkrone nicht in andere als in deutsche Hände komme. Da der König sich bereit zeigte, die Eidgenossenschaft vom Kammergericht und von den sonstigen Pflichten gegen das Reich zu befreien, so versprachen sie, als „Verwandte" des Reichs in dessen Sold 6000 Mann zu stellen, damit Maximilian die Kaiserkrone erlange. Schon nahm dieser in seiner sanguinischen Stimmung weitere großartige Unternehmungen in Aussicht. Nach dem Empfang der Kaiserkrone und der Ordnung der Verhältnisse Italiens wie Burgunds wollte er, wie er den Ständen erklärte, persönlich einen Zug gegen die Ungläubigen unternehmen [1]).

Aber nur zu bald sollte er aus seinen schönen Träumen aufgeweckt werden! Bei den Schweizern trug auch diesmal das französische Geld über das deutsche Nationalgefühl den Sieg

1) Über die Verhandlungen in Konstanz sind die vollständigsten Nachrichten bei Janssen, Reichscorrespondenz II, 700—741, worauf ich auch für die späteren Reichstage verweise. Vgl. auch die sonstigen daselbst citierten Quellen.

davon. Schon Ende Juli konnte ein französischer Gesandter dem Vizekönig von Mailand aus Zürich melden, daß dieselben dem Könige zur Verteidigung dieses Herzogtums so viele Truppen stellen würden, als derselbe wünschte [1]). Auch die Reichsstände zeigten bei Ausführung der Constanzer Beschlüsse ihre gewohnte Saumseligkeit. Ihre Kontingente, die am 16. Oktober in Constanz sein sollten, trafen meist entweder später oder gar nicht beim Könige ein. Die Niederlande, wo im Namen des jungen Karl für Maximilian seine kluge Tochter Margareta, Witwe des Herzogs von Savoyen, die Regierung führte, vermochte sich selbst kaum des Herzogs von Geldern zu erwehren, der im geheimen von Frankreich unterstützt wurde. Auch die Stände seiner Erblande, die Maximilian übrigens erst auf den 2. Februar 1508 berief, waren weit davon entfernt, die Wünsche desselben im vollen Umfange zu erfüllen. Der Landtag in Linz bewilligte für den Römerzug statt der geforderten 1500 zu Roß und zu Fuß nur 400 Fußknechte auf drei Monate [2]), andere wahrscheinlich vor dem Ausbruche des Krieges mit Venedig gar nichts. Nur der tirolische Landtag, der schon 1506 für den Römerzug 50000 Gulden votiert hatte, bewilligte Anfangs 1507 für denselben Zweck 1000, und wenn ein Krieg entstände, 5000, ja im Fall der Not 10000 Mann [3]).

So war das Heer Maximilians, das sich Anfangs 1508 in Südtirol sammelte, groß genug, um das Mißtrauen Venedigs wachzurufen, das ihn auch jetzt nur mit geringer Be-

1) de Leva I, 100.

2) Pritz, Gesch. des Landes ob der Enns II, 200. Gefordert hatte der König von Österreich unter der Enns 3000, von Steiermark mit der Grafschaft Cilli 2300, von Österreich ob der Enns 1500, Kärnten 1500, Krain mit Görz 1500, also von den sogen. niederösterreichischen Ländern 9800 Mann. Krones, Landtagswesen der Steiermark, in „Beitr. zur Kunde steierm. Geschichtsq." II, 106. Vgl. ebd. VI, 83, wonach ein steirischer Landtag in Marburg kurz vor dem 1. März 16000 Gulden „wider die Venediger", mit denen also wohl der Krieg schon ausgebrochen war, bewilligt hat.

3) Brandis, Landeshauptleute, S. 388 ff. Sinnacher, Beiträge VII, 109.

gleitung durch seine Gebiete ziehen lassen wollte, aber wie er selbst fürchtete, zu klein, um den Widerstand der Republik brechen und sich den Durchzug erzwingen zu können.

Unter solchen Verhältnissen entschloß sich Maximilian zu einem Schritte, der doch eigentlich einen Bruch mit der mittelalterlichen Kaiseridee darstellte. Am 4. Februar 1508 ließ er im Dome zu Trient in Gegenwart der dort anwesenden Fürsten und Großen des Reiches nach vorausgegangenen kirchlichen Feierlichkeiten durch seinen Rat Matthäus Lang, Bischof von Gurk, verkünden, daß er den Titel eines „erwählten römischen Kaisers" angenommen habe [1]). Damit sprach er aus, daß das Recht auf die Kaiserwürde schon durch die Wahl zum römischen Könige erworben werde, der Papst also auch nicht das Recht habe, dieselbe von Deutschland zu trennen und sie etwa dem Könige von Frankreich zu übertragen. Fortan haben auch die römisch-deutschen Könige den Kaisertitel gleich nach der Krönung in Aachen angenommen, und nur Karl V. hat sich überhaupt noch vom Papste krönen lassen. Doch hat der Papst Julius II. gegen dieses Vorgehen Maximilians um so weniger Einwendung erhoben, als derselbe sein Recht, ihn zum Kaiser zu krönen, ausdrücklich anerkannte. Denn einen Römerzug Maximilians, namentlich an der Spitze eines Heeres, hatte auch er zu hintertreiben gesucht [2]) und er war froh, wenn derselbe sich mit obigem Auswege zufriedenstellte.

1) Berichte von Augenzeugen aus den nächsten Tagen, in „Forsch. z. deutschen Gesch." I, 71, und bei Janssen, Reichscorrespondenz II, 742. Über die falsche Darstellung Fuggers s. Ranke, Deutsche Gesch. I^4, 346ff.

2) M. Brosch P. Julius II., S. 138ff.

Viertes Kapitel.

Der neunjährige Krieg gegen Venedig.

Um den Franzosen das Herzogtum Mailand zu entreißen und um die wirklichen oder vermeintlichen Absichten Ludwigs XII. auf die Kaiserkrone für immer zu vereiteln, war Maximilian um Neujahr 1508 über die Alpen gezogen, ein Krieg mit Venedig entstand daraus. War der Kaiser der Signoria schon seit ihrer zweideutigen Haltung im Jahre 1496 abgeneigt, so erbitterte ihn die hartnäckige Verweigerung des Durchzugs durch ihr Gebiet so sehr, daß er sich trotz seiner feindseligen Stellung zu Frankreich in den Kampf gegen die mächtige Republik stürzte.

Schon am Tage nach den Feierlichkeiten in Trient schickte er von Valsugana aus 2000 Fußknechte über die Berge in das Gebiet von Vicenza, wo sie die Sette Comuni und eine Reihe anderer Ortschaften besetzten. Gleichzeitig drang der Markgraf Friedrich von Brandenburg im Etschlande gegen Roveredo vor. Auf dem östlichen Kriegsschauplatze, wo Erich von Braunschweig das Oberkommando erhielt, eroberte Sixt Trautson mit 1300 Fußknechten Ampezzo und das Thal Cadore, worauf man sich zum Angriffe auf das Schloß Peutelstein anschickte, das den Zugang von Toblach im Pusterthal her versperrte. Obwohl der Markgraf von Brandenburg infolge des Widerstandes von Roveredo und der starken Besetzung der Pässe im Etschthale mit seinen schwachen Streitkräften nicht weiter vorzubringen vermochte, und die Sette Comuni nach wenigen Tagen wieder hatten geräumt werden müssen, sah der Kaiser in seinem unverwüstlichen Optimismus bereits die stolze Signoria besiegt zu seinen Füßen liegen. „Die Venetianer", schreibt er am 1. März dem Kurfürsten von Sachsen, „malen ihren Löwen mit zwei Füßen im Meere, den dritten auf dem platten Land,

den vierten im Gebirge. Wir haben den Fuß im Gebirge beinahe ganz gewonnen, es fehlt nur noch an einer Klaue, die wir mit Gottes Hilfe in acht Tagen haben wollen; dann denken wir den Fuß auf dem platten Lande auch zu erobern" [1]).

Aber schon in den nächsten Tagen trat ein vollständiger Umschwung ein. Während die Reichstruppen nach Ablauf ihrer halbjährigen Dienstzeit nachhause zogen und die Stände der meisten Erblande mit ihren Bewilligungen kargten, stellten die Venetianer, die auch von den Franzosen unterstützt wurden, zahlreiche Heere ins Feld, mit denen sie auf allen Punkten zur Offensive übergingen.

In Cadore wurde Trautson, der einige hundert Mann Verstärkungen erhalten hatte, aber es an den notwendigen Vorsichtsmaßregeln fehlen ließ, vom venetianischen General Bartolomeo d'Alviano am 2. März unvermutet angegriffen und er selbst mit dem größten Teile der Seinigen, fast 1800 Mann, nach tapferem Widerstande getötet, bei 500 gefangen. Hundert Deutsche waren von den im venetianischen Heere befindlichen Albanesen enthauptet worden, weil diesen für jeden eingelieferten Kopf ein Dukaten versprochen worden war. Von da wendete sich d'Alviano im April gegen die österreichischen Besitzungen in Friaul, nahm Cormons weg, worauf sich Pordenone freiwillig ergab, eroberte Görz, dessen Castell Andreas von Liechtenstein aus Mangel an Pulver übergeben mußte, dann Duino und Wippach, zwang am 6. Mai Triest, das gleichzeitig von der venetianischen Flotte angegriffen ward, durch ein mehrtägiges Bombardement zur Ergebung, überschritt Anfangs Juni den Karst, nahm Adelsberg und bedrohte Laibach. In der zweiten Hälfte des Mai eroberten die Venetianer auch den größten Teil des österreichischen Istrien mit Pisino, während das damals auch zu Österreich gehörige Fiume (St. Veit am Flaum) durch die Flotte besetzt ward. Unthätig hatten die innerösterreichischen Länder den Fortschritten der Venetianer zugesehen,

1) Bei Ranke, Deutsche Gesch. I, 119.

sodaß auch Erich von Braunschweig sich zu schwach fühlte, diesen im offenen Felde entgegenzutreten.

Der Kaiser selbst war schon in der ersten Hälfte des März auf die Nachricht, daß die Schweizer ihren Versprechungen untreu geworden seien, ja bei einem Angriffe auf den französischen König diesem Hilfe leisten würden, aus Tirol in das Reich gezogen, um den schwäbischen Bund und die Kurfürsten um ihre Unterstützung anzugehen. Aber der erstere blieb unthätig, die letzteren forderten die Einberufung eines Reichstages.

Da war es von großer Bedeutung, daß wenigstens die Tiroler sich den Feinden wie eine unerschütterliche Mauer entgegenstellten. Durch Aufbietung der ganzen waffenfähigen Mannschaft des Pusterthales deckten sie dieses gegen Einfälle von Ampezzo und über den Kreuzberg her. Ein Landtag, der am 18. Mai in Bozen zusammentrat, beschloß, daß das Land auf drei Monate 10000 Mann stellen und außerdem jeder ein Drittel seines Silbergeschirres oder eine entsprechende Geldsumme vorstrecken solle, um damit einige Tausend Schweizer oder Graubündner oder Leute aus den Bodensee- und Schwarzwaldgegenden anzuwerben [1]). Diese Maßregeln waren um so dringender, als der Kaiser seine Erblande ganz verlassen zu haben schien und auf die wiederholten Bitten und Vorstellungen seiner Statthalter und Regenten in Innsbruck nicht einmal eine Antwort gab [2]). Die Rüstungen der Tiroler mußten auf die Venetianer um so größeren Eindruck machen, als ihr Heer gerade in Tirol eine empfindliche Schlappe erlitt. Denn als der hier kommandierende Graf Pitigliano nach langem Zögern endlich das Schloß Pietra unterhalb Calliano belagerte, das den Weg nach Trient versperrte, hielt die Besatzung nicht nur tapfer stand, obwohl die Mauern halb zusammengeschossen waren, sondern tötete am Abend des 18. Mai bei einem Ausfalle die vene-

1) Aus einem gleichzeitigen Drucke im „Tiroler Almanach auf das Jahr 1803", S. 59—84.

2) Ihr Schreiben vom 6. Juni bei Chmel, Urkunden, Briefe und Actenstücke zur Gesch. Maximilians und seiner Zeit (Bibliothek d. Liter. Vereins, X. B.), S. 300.

tianischen Geschützmeister, nahm ein Geschütz weg und vernagelte ein anderes, sodaß sich der Anführer der Venetianer zur Aufhebung der Belagerung entschloß.

Zu weiteren Feindseligkeiten ist es nicht mehr gekommen, da am 6. Juni unter Vermittlung des Bischofs von Trient zwischen den Räten des Kaisers und den Bevollmächtigten Venedigs im Kloster St. Maria zwischen Riva und Arco ein dreijähriger Waffenstillstand abgeschlossen wurde, der die Venetianer im Besitze aller ihrer Eroberungen ließ mit Ausnahme von Adelsberg, das erst nach dessen Unterzeichnung erobert worden war [1]).

Daß der Kaiser nach diesem unrühmlichen und verlustvollen Kriege Venedig mehr als je haßte, ist natürlich. Daß er aber schon nach einem halben Jahre Aussicht erhielt, der stolzen Republik alle Beleidigungen mit Wucherzinsen heimzuzahlen, war die Folge einiger politischer Fehler derselben und ihrer früheren Vergrößerungssucht. Was Venedig auf dem Festlande besaß, hatte es seit dem 14. Jahrhundert auf Kosten des römischen Reiches, Mailands, des Kirchenstaates, Neapels, Ungarns erworben, nicht einen Nachbarn gab es, der nicht in seinem Gebiete von demselben verkürzt worden wäre. Keiner empfand dies tiefer als der Papst Julius II. (della Rovere), der sich die Herstellung des Kirchenstaates im vollen Umfange zur Aufgabe gesetzt und nach der Bezwingung der letzten Herren in demselben dieses Ziel erreicht hätte, wäre ihm nicht Venedig im Wege gestanden, das sich nach dem Sturze Cesare Borgia's

1) Über den Krieg von 1508 bringt die detailliertesten Nachrichten, so weit die Vorfälle in Venedig bekannt wurden, Marino Sanuto, Diarii (edd. Fulin, Stefani etc.) VII, 275—567. Vgl. Romanin V, 184 sqq. Egger, Gesch. Tirols II, 32 ff. und die Aktenstücke bei Gößler, Chronica der Kriegshändel ... K. Maximiliani durch Herrn Erichen Hertzog zu Braunschweig ... im Jahre 1508 geführt (Frankfurt 1566), bei Chmel, S. 290 ff., Janssen a. a. O., S. 742 ff., und Th. Mairhofer, Tirols Anteil am Venedigischen Krieg (Programm d. Gymn. zu Brixen 1852), S. 5 ff. in den Anmerkungen (während der Text nur ein Abdruck der Chronik Kirchmairs ist, die dann in F. R. Austr. SS. I, 419 sqq. erschien).

der Städte Faenza und Rimini wie schon früher Ravennas bemächtigt hatte. Seit er den päpstlichen Stuhl bestiegen hatte, war die Gründung einer umfassenden Koalition gegen Venedig einer seiner Lieblingsgedanken.

Schon im September 1504 beim Abschlusse der Verträge von Blois war auch ein Bündnis zwischen dem Papste, Ludwig XII. und Maximilian gegen Venedig unterzeichnet und eine Teilung ihres Gebietes in Aussicht genommen worden; doch war es damals wenigstens dem französischen Könige nicht ernst damit gewesen. Im Sommer 1507 schickte der Papst den Kardinal von Santa Croce, Bernardino Carvajal, nach Deutschland, um zwischen Maximilian und Ludwig XII. Frieden herzustellen, der die notwendige Voraussetzung für eine Koalition gegen Venedig war. Damals war bei Max die Abneigung gegen Frankreich und der Wunsch, demselben Mailand zu entreißen, noch zu stark, als daß er auf den Wunsch des Papstes eingegangen wäre. Als er sich aber Anfangs Februar 1508 zum Kriege gegen Venedig entschloß, schickte er selbst einen Agenten an den französischen König und gab ihm einen fertigen Vertragsentwurf mit, dessen Artikel der päpstliche Legat mit einigen Räten des Kaisers und den Gesandten des Königs von Aragonien vereinbart hatte. Danach wollte der Kaiser gegen Zahlung von 100000 Goldkronen Ludwig XII. neuerdings mit Mailand belehnen und auf die Vermählung der Prinzessin Claudia mit seinem Enkel verzichten. Die Hauptsache war aber der Vorschlag eines Angriffs- und Verteidigungsbündnisses gegen Venedig, von dessen Besitzungen der Kaiser Roveredo, Friaul, Treviso, Padua, Vicenza und Brescia mit Valcamonica, der französische König die übrigen ehemals mailändischen Gebiete erhalten sollte. Dem Papste und den Königen von Ungarn und Aragonien sollte der Eintritt in diese Liga zur Wiedergewinnung der ihnen von Venedig entzogenen Besitzungen freigestellt bleiben [1]. Noch brüstete sich der franzö-

1) Brosch, P. Julius II., S. 154ff. und 338ff. die Anmerkungen 33—36. Der Entwurf war dem kaiserlichen Agenten von seinem Haus-

fische König mit seiner Vertragstreue und erklärte, ohne Venedig nie einen Vergleich eingehen zu wollen. Als aber dieses dann mit dem Kaiser einen dreijährigen Waffenstillstand unterzeichnete und in diesen wohl Frankreich, aber nicht, wie der König wünschte, auch den Herzog von Geldern einschloß, sodaß dieser den Angriffen Maximilians preisgegeben war, da wechselte Ludwig XII. plötzlich seine bisherige Politik und suchte nun selbst ein Bündnis mit dem Kaiser.

In Cambray, wo Ludwigs allmächtiger Minister, der Kardinal von Amboise, mit Maximilians Tochter Margareta und dessen vertrautestem Rate, dem Bischofe Matthäus Lang, im Beisein eines spanischen und englischen Gesandten, eine Zusammenkunft hielt, wurde am 10. Dezember ein geheimer Bund abgeschlossen, dessen Hauptzweck eine vollständige Aufteilung der Festlandsbesitzungen Venedigs war. Der zur Veröffentlichung bestimmte Friedensvertrag zwischen dem Kaiser und Frankreich war nur Nebensache, obwohl er insofern von Wichtigkeit war, als er die Verträge von Blois und Hagenau mit Weglassung der Heirat zwischen Karl und Claudia erneuerte, die Belehnung des französischen Königs und seiner männlichen und weiblichen Nachkommen mit Mailand und dafür die Zahlung von 100000 Goldthalern festsetzte und die Entscheidung des Streites mit dem Herzoge von Geldern, für den einstweilen ein einjähriger Waffenstillstand verabredet ward, einem Schiedsgerichte übertrug. Dieser Friede war die Vorbedingung für die Liga gegen Venedig, an der der Papst, der Kaiser und die Könige von Frankreich und Aragonien teilnehmen sollten, um die Gebiete wieder zu gewinnen, welche die Republik ihnen entrissen hatte. Danach sollten an den Papst die Städte der Romagna, an den König von Aragonien die von Venedig besetzten Hafenstädte in Apulien, an den Kaiser Roveredo, Verona, Padua, Vicenza, Treviso und Friaul mit den Besitzungen des Patriarchates Aquileja wie die im letzten Kriege dem Hause Österreich ent-

herrn, einem Freunde Venedigs, während er schlief, gestohlen und abgeschrieben und dem venetianischen Gesandten eingehändigt worden!

rissenen Gebiete, an den König von Frankreich Brescia, Bergamo, Crema und Cremona mit Zugehör kommen. Der Krieg sollte am 1. April begonnen und von allen so lange fortgesetzt werden, bis der angegebene Zweck erreicht wäre. Um dem Kaiser, der 40 Tage später losschlagen durfte, einen anständigen Vorwand zum Bruche des dreijährigen Waffenstillstandes zu bieten, sollte der Papst denselben auffordern, als Beschützer der Kirche dieser zur Wiedergewinnung ihrer Besitzungen Beistand zu leisten. Dem Herzoge von Savoyen zur Eroberung des Königreichs Cypern, dem Herzoge von Ferrara und dem Markgrafen von Mantua zur Erlangung der ihnen durch Venedig entzogenen Gebiete wurde der Beitritt zur Liga freigestellt. Auch der König von Ungarn sollte aufgefordert werden, sich derselben anzuschließen und den Venetianern die Besitzungen abzunehmen, die sie von seinem Reiche unrechtmäßig in Besitz hätten. Um den beabsichtigten Raubkrieg mit dem Schein des Rechtes zu umhüllen, sollte der Papst Bann und Interdikt gegen den Dogen und die Signoria von Venedig und alle ihre Unterthanen und Länder aussprechen und die Verbündeten auffordern, ihm den weltlichen Arm zu leihen [1]).

Es war scheinbar ein großer Erfolg vonseite des Kaisers, daß es ihm gelungen war, Frankreich von Venedig zu trennen und dieses vollständig zu isolieren, und daß er so Aussicht erhielt, nicht bloß die im letzten Jahre verlorenen Gebiete, sondern auch das ganze Land bis zum Po und zum Mincio in seine Hände zu bringen. Im Grunde wird man aber doch den Abschluß dieser Liga als einen großen politischen Fehler Maximilians bezeichnen müssen. Denn er half dem französischen Könige die letzte Macht in Oberitalien vernichten, welche demselben noch einigermaßen das Gleichgewicht gehalten hatte, und unterstützte so selbst die Begründung des französischen Übergewichtes auf der apenninischen Halbinsel. Denn darüber

1) Die Verträge (lateinisch) bei Dumont, Corps diplom. IV,1, 109 sqq. und in französischer Übersetzung bei Le Glay, Négociations I, 225 sqq. Vgl. dazu Lanz, S. 93 ff.

konnte er sich doch bei aller Überschätzung seiner Kräfte kaum täuschen, daß sein Einfluß nicht weit über seine unmittelbaren Besitzungen hinausreichen, und von dem Frankreichs weit überflügelt werden würde. Und wenn es dann, da jedes Duumvirat zur Einheit hindrängt, zwischen ihm und Frankreich um die Herrschaft in Italien zum Kampfe kam, so hätte er einsehen sollen, daß seine Hilfsmittel denen seines Rivalen schwerlich gewachsen sein würden.

Noch schlimmer freilich als die Teilnahme Maximilians an der Liga selbst war die Art und Weise, wie der Krieg von seiner Seite geführt wurde. Denn wieder stürzte er sich in den Kampf, ohne sich früher versichert zu haben, daß ihm die notwendigen Kräfte zur Verfügung stehen würden, und als er dann ins Feld rücken wollte, zeigte es sich, daß seine Hoffnungen großenteils auf Sand gebaut waren.

Der deutsche Reichstag, den der Kaiser am 22. April 1509 persönlich eröffnete, verweigerte mit nie dagewesener Einstimmigkeit jede Unterstützung, weil man der Kriege, welche dem Reiche bisher mehr Schande als Ehre und Vorteil gebracht hatten, überhaupt müde und besonders ein Angriff auf Venedig schon wegen der Handelsstörungen nichts weniger als populär war.

Auch die Erblande bewilligten viel weniger, als der Kaiser erwartete. Eine Versammlung von Vertretern der sogenannten niederösterreichischen Länder (Österreich unter und ob der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain), die während des Februar und Anfangs März im Beisein von Delegierten aus dem Elsaß in Salzburg tagte, weigerte sich entschieden, auf die Forderungen des Kaisers einzugehen, wonach von 100 Pfund Grundrente auf sechs Monate ein Reisiger (schwerer Reiter) und vier Fußknechte gestellt werden sollten. Nur einen Reisigen und zwei Fußgänger von 200 Pfund Rente bewilligten sie [1]) und zwar nur auf vier Monate. Auch sollten ihre Truppen nicht früher

1) Das machte nach Angabe der Vertreter des Landes ob der Enns vom Jahre 1518 im „Archiv für österr. Geschq." XIII, 268, für ihr Land 120 Pferde und 240 Fußknechte, für Österreich unter der Enns 350 Pferde und doppelt so viele Fußknechte.

in das venetianische Gebiet einrücken, als bis der Kaiser persönlich den Feldzug eröffnet hätte [1]). Der Kaiser machte dann noch wenigstens bei den Ständen des Landes unter der Enns einen Versuch, sie zur Bewilligung von einem Reisigen und vier Fußgängern auf sechs Monate zu bewegen oder, wenn ihnen das zu beschwerlich wäre, sie dahin zu bringen, daß im ganzen 2000 Reiter und 4000 Fußknechte gestellt und von diesen 1000 Reiter und 1000 Fußgänger durch die fünf niederösterreichischen Herzogtümer, 500 Reiter und 1000 Fußknechte von den oberen Landen (Tirol und den Vorlanden) ausgerüstet und zu diesen noch 500 Husaren und 2000 Böhmen geworben werden sollten. Allein die Stände lehnten jede weiter gehende Forderung ab [2]). Denn soweit ging damals der Patriotismus nie, daß die Stände, auch wenn es einen Kampf gegen einen gefährlichen auswärtigen Feind galt, ohne weiteres auf die Wünsche des Landesfürsten eingegangen wären und die Rücksicht auf ihre Privatinteressen dem Wohle und der Ehre des Vaterlandes nachgesetzt hätten. Der tirolische Landtag, der in der zweiten Hälfte des Januar in Bozen versammelt war, zeigte sich opferwilliger, aber nur um das eigene Land zu verteidigen. Anfangs verweigerte derselbe mit Hinweisung auf die Erschöpfung infolge des vorjährigen Krieges jede Unterstützung. Erst als die Vertreter der tirolischen Regierung die Erklärung abgaben, daß sie fortan ohne Wissen und Willen der Landschaft keinen Krieg anfangen würden, bewilligten die Stände 5000, wenn diese nicht genügten, 10000, und im Notfalle sogar 20000 Mann [3]). Gegen die Absicht des Kaisers, den

1) Dimitz, Gesch. Krains II, 11f. Vgl. Schönherr, Der Krieg K. Maximilians I. mit Venedig 1509 (Wien, 1876, aus dem „Organ der militär-wissenschaftlichen Vereine"), S. 5f.

2) S. die Aktenstücke im „Archiv f. österr. Geschq." XIII, 321—333.

3) Die Mitteilung über die hier gefaßten Beschlüsse aus einer Geschichte der tirolischen Landtage, im „Archiv f. Süddeutschland" I, 293ff., und daraus bei A. Jäger, Gesch. der landständ. Verf. II,2, 455f., erhält erst ihr wahres Licht wie anderseits ihre Bestätigung durch die Berichte bei M. Sanuto VII, 722. 735. 740. 742. 745.

tirolischen Landtag auf die Mitte des April noch einmal zu berufen und von demselben die Stellung von 6000 Fußgängern und 200 Reitern auf vier Monate zu verlangen, sprach sich der Marschall der Regierung, Paul von Liechtenstein, von vornherein aus. Denn nach den großen Opfern, welche das Land im vorigen Kriege gebracht, würden sich die Stände ohne guten Grund und ohne Aussicht auf kräftige Mitwirkung von anderen Seiten nicht leicht mehr in einen Krieg gegen die Venetianer stürzen lassen [1]).

Um wenigstens einige tausend Söldner anwerben und Proviant wie das notwendige Kriegsmaterial beistellen zu können, mußte der Kaiser sich durch Verpfändung von Zöllen, Bergwerken und anderen Einnahmsquellen Geld zu verschaffen suchen [2]).

Dessenungeachtet hatten die Kaiserlichen anfangs große Erfolge, weil sie nur die Lorbeeren von den Waffenthaten der Franzosen zu pflücken brauchten.

Die Venetianer, welche schon im Dezember die ersten Nachrichten über die gegen sie abgeschlossene Liga erhalten [3]) und infolge dessen eifrig gerüstet hatten, schickten ihr Hauptheer, 2000 Reiter und 20000 Fußgänger, nach der Lombardei, indem sie mit Recht den König von Frankreich für ihren gefährlichsten Gegner ansahen. Aber infolge des schlechten Zusammenwirkens ihrer beiden Feldherren, des feurigen Alviano und des zaghaften Grafen Pitigliano, wurde die Hälfte desselben am 14. Mai bei Agnadello geschlagen und fast aufgerieben, Alviano selbst gefangen, während die andere Hälfte, demoralisiert, einen

1) Schreiben aus Innsbruck vom 7. April 1509 bei Chmel, Urkunden, Briefe u. s. w., S. 314.

2) Schönherr, S. 10f.

3) Romanin V, 189 sqq., auf dessen gründliche Forschungen neben den reichhaltigen Berichten bei Sanuto, T. VIII und IX, bezüglich alles dessen, was Venedig betrifft, verwiesen werden kann. Für den Krieg mit dem Kaiser im Jahre 1509 s. außer Sanuto und Romanin auch Schönherr, S. 38ff., wie die Notizen in Schreiben K. Maximilians bei Le Glay, Correspondence I, 152. 159. 162. 176. 182. 190.

übereilten Rückzug antrat. Mit einem Schlage stürzte nun die Herrschaft Venedigs über das Festland zusammen. Die wichtigsten Städte der Lombardei ergaben sich ohne Widerstand den Franzosen. Verona schloß vor dem Grafen Pitigliano die Thore. Die Städte der Romagna und die apulischen Häfen räumte die Signoria freiwillig, um den Papst und Ferdinand von Aragonien von den Feinden abzuziehen. Auch dem Kaiser bot die Republik die Rückstellung der im letzten Jahre eroberten Gebiete, die Anerkennung der Lehenshoheit des Reiches über ihre Besitzungen in Oberitalien und die Zahlung eines jährlichen Zinses für dieselben an. Doch gewährte dieser dem venetianischen Gesandten Giustiniano als einem Exkommunizierten nicht einmal die Erlaubnis, sich zu ihm zu begeben [1]).

In der That konnte Maximilian hoffen, durch den Krieg viel größere Erfolge zu erringen. Als seine Truppen, etwa 15000 Mann stark, am 1. Juni von Trient aus ihre Operationen begannen, fanden sie zunächst gar keinen Feind vor sich. Roveredo ergab sich ohne Widerstand dem Kaiser, Riva mit den umliegenden Ortschaften dem Bischofe von Trient. Die Bürger von Verona öffneten dem kaiserlichen Gesandten beim französischen Könige, Andrea da Burgo, die Thore ihrer Stadt, ehe noch das kaiserliche Heer durch die Veroneser Clause bis zu ihren Mauern vorgedrungen war. Dasselbe thaten die Bürger von Vicenza und Padua. Nur durch große Begünstigungen wurde der Abfall Trevisos verhindert. Im Osten wurden durch die Mannschaften, welche die niederösterreichischen Länder gestellt hatten, Görz, Triest, Duino, Mitterburg, Fiume und andere im letzten Jahre verlorene Ortschaften besetzt, welche die Venetianer, teils um den Kaiser zu versöhnen, teils um ihre Kräfte zu konzentrieren, freiwillig räumten. Auch von den Städten im Gebirge ergaben sich Bassano und Feltre schon Anfangs Juni den Kaiserlichen. Als dann Maximilian

1) Romanin V, 218 sq. 219. Vgl. Sanuto VIII, 290. 295. 299. 309. 317. 318. 435. Daraus ergiebt sich von selbst, daß weder die angebliche Rede Giustinians, noch die Antwort des Kaisers echt sind.

selbst, dem nun auch der tirolische Landtag Truppen gegen die Venetianer bewilligt hatte, Anfangs Juli mit einigen tausend Mann durch Valsugana nach Feltre vordrang, wurde von hier aus die Stadt Belluno gewonnen, dessen Kastell durch den Kaiser nach wenigen Tagen ebenfalls zur Ergebung bewogen ward. Da auch Serravalle den Kaiserlichen die Thore öffnete, war der Rücken vollständig gedeckt, wenn Maximilian, wie es hieß, die Belagerung von Treviso unternahm, der einzigen größeren Stadt, welche die Venetianer auf dem Festlande noch besaßen. Er hatte zu diesem Zwecke bereits schwere Geschütze von Innsbruck über den Brenner und dann auf der Etsch nach Verona bringen lassen [1]) und dem Herzoge Erich von Braunschweig, dem „obristen Feldhauptmann seiner niederösterreichischen Lande", der an der Ostgrenze von Friaul stand, Auftrag gegeben, sich mit ihm zu vereinigen [2]), als plötzlich eine vollständige Wendung eintrat.

Während viele Städte in der Zeit der höchsten Gefahr das Banner der stolzen Republik mutlos verließen, zeichnete sich die Landbevölkerung durch unwandelbare Treue gegen ihre Herrschaft aus und nahm gegen die Feinde eine sehr feindselige Haltung ein. Die Bauern rotteten sich zusammen, beunruhigten die Kaiserlichen, schnitten ihre Verbindungen ab, zerstörten die Brücken und überfielen auch kleinere Abteilungen derselben. Die strengste Behandlung derselben, die Verbrennung der Ortschaften und die Niedermetzelung der mit den Waffen Ergriffenen, brachte keine bleibende Wirkung hervor. Da ein bedeutender Teil des ohnehin nicht zahlreichen Heeres durch die Bekämpfung und Beobachtung der Bauern in Anspruch genommen wurde, so hatte der Kaiser nicht einmal Truppen genug, um die gewonnenen Städte mit hinreichenden Besatzungen zu versehen.

1) Sanuto VIII, 528.

2) Aus Marostica vom 14. Juli, im Innsbrucker Statthaltereiarchiv Max. I, 44. Der Auszug bei Schönherr, S. 43, ist ungenau und unrichtig motiviert. Auch sind Feltre und Belluno nicht durch Erich von Braunschweig erobert worden, sondern schon früher in den Händen der Kaiserlichen gewesen.

Diese Haltung der Landbevölkerung wie die oft an den Tag tretende Anhänglichkeit der untern Volksklassen in den verlornen Städten, die Schwäche der Kaiserlichen, die Lauheit des französischen Königs, welcher nach Gewinnung der lombardischen Gebiete Venedigs, einer Zusammenkunft mit dem Kaiser ausweichend, sich vom Kriegsschauplatze zurückzog, und die Hoffnung, den Papst und Ferdinand von Aragonien von der Liga abziehen zu können, machten der venetianischen Regierung wieder Mut. Gerade als der Kaiser die Vorbereitungen zur Belagerung von Treviso traf, gingen ihre Truppen zur Offensive über. Schon am Morgen des 17. Juli bemächtigte sich der Provveditore Andrea Gritti durch Überfall des schwachbesetzten Padua. Wenige Tage darauf fielen Serravalle, Feltre und Belluno, wo nur die Burg von den Kaiserlichen behauptet ward, in die Hände der venetianischen Truppen, die überall von der Bevölkerung unterstützt wurden.

Um Padua wieder zu gewinnen, zog der Kaiser vor der Mitte des August selbst vor diese Stadt. Er vereinigte unter seinen Fahnen nach und nach ungefähr 22000 Mann, darunter auch 3000 französische Reiter (500 Lanzen) und spanische und italienische Hilfstruppen. Als endlich sein schweres Geschütz angekommen war, begann er am 15. September die Belagerung, die er persönlich leitete. Doch war Padua, wo Pitigliano das Kommando übernommen hatte, von mehr als 14000 Mann besetzt, sodaß man die Stadt nicht einmal von allen Seiten einzuschließen vermochte. Ein Versuch, Padua durch Ableitung des Bacchilione zur Ergebung zu zwingen, wurde durch einen erfolgreichen Ausfall vereitelt. Die Angriffe auf die Stadt scheiterten teils infolge des Widerstandes der starken Besatzung, die auch von den Einwohnern eifrig unterstützt wurde, teils infolge der Verräterei einzelner Hauptleute, welche die Venetianer von allen beabsichtigten Unternehmungen unterrichteten. Wohl wurde am 20. September eine Bastion mit Sturm genommen. Aber die jetzt auffliegenden Minen, welche die Venetianer gelegt hatten, und das Feuer der Besatzung nötigten die Kaiserlichen, die bei 500 Mann verloren, die Schanze wieder zu

räumen. Nachdem am 29. September noch ein weiterer Sturm, der den Angreifenden 1000 Mann kostete, mißlungen war, hob der Kaiser die Belagerung auf [1]) und kehrte Ende Oktober nach Tirol zurück. Selbst der größte Teil seines Heeres löste sich auf, da seine Geldmittel vollständig erschöpft waren. Daher gingen auch Vicenza, Bassano, Feltre und Belluno, kurz mit Ausnahme von Verona, dessen Besatzung auch durch Franzosen und Spanier verstärkt war, alle wichtigeren Plätze im Laufe des Novembers an die Venetianer verloren. Auf dem östlichen Kriegsschauplatze, wo Erich von Braunschweig das Oberkommando führte, standen die Sachen für den Kaiser noch schlimmer, da die Aufgebote der niederösterreichischen Länder wenig leisteten und nach Ablauf ihrer Dienstzeit wieder heimzogen, eine weitere spärliche Bewilligung aber erst im Oktober erfolgte [2]). Nachdem Ende Juli Cividale vergebens angegriffen worden war, blieben die Kaiserlichen längere Zeit ganz unthätig. Erst zwei Monate darauf entrissen sie den Venetianern zwei Burgen auf dem Karst, welche dieselben noch seit dem vorigen Sommer behauptet hatten, von denen aber die eine bald wieder verloren ging. Fiume wurde am 2. Oktober durch die venetianische Flotte unter Trevisano erobert und nach vollständiger Ausplünderung und Verübung aller möglichen Greuelthaten gänzlich niedergebrannt [3]).

An der Möglichkeit verzweifelnd, die ihm durch den Vertrag von Cambray zugesprochenen Gebiete mit eigenen Kräften ge-

1) S. hierüber auch das interessante Werk von Gloria, Padova dopo la lega stretta in Cambrai (Padova, 1863).

2) Die Stände von Kärnten bewilligten auf zwei Monate 200 (!) Mann, die von Steiermark 12000 Pfund. Schönherr, S. 48f. Krones in „Beitr. z. K. steierm. Geschq." VI, 83f. Von den Österreichern und Krainern wird man es dann wohl auch für wahrscheinlich halten dürfen.

3) Über diese Vorgänge auf diesem Kriegsschauplatze vgl. mit Sanuto auch die Selbstbiographie Sigmunds von Herberstein in „F. R. Austr. SS." I, 73sqq. und die Schreiben des Bischofs von Laibach und Erichs von Braunschweig an den Kaiser vom 3. und 6. Okt., bei Chmel a. a. O. S. 320ff.

winnen zu können, ja in Gefahr, neue Verluste zu erleiden, warf sich der Kaiser ganz dem Könige von Frankreich in die Arme, obwohl dieser ihn nur soweit unterstützte, als notwendig war, um seine Aussöhnung mit Venedig zu verhüten und durch die Fortdauer des Kampfes seine Kräfte für lange Zeit lahm zu legen. Bereitwillig ging Maximilian auf einen ihm vom Könige schon im Sommer gemachten Vorschlag ein, den Krieg bis zur vollständigen Vernichtung Venedigs fortzusetzen. Zunächst kam es ihm aber darauf an, wenigstens die Gebiete in seine Gewalt zu bringen, die ihm in Cambray zugesichert worden waren. Um den französischen König zu bewegen, entweder im eigenen Solde ihm 1200 Lanzen und 8000 Fußgänger mit entsprechender Artillerie zu senden, oder ihn mit 600 Lanzen und einem Darlehen von 100000 Kronen zu unterstützen, wollte er ihm alle in Italien zu machenden Eroberungen außerhalb des Gebietes von Verona als Pfand überlassen, bis mit den Einkünften von denselben die Kriegskosten oder das Darlehen getilgt wären. Ja er bot sogar dem Könige den Oberbefehl im Kriege gegen Venedig an, selbst wenn er persönlich beim Heere anwesend wäre. Auch den König Ferdinand suchte der Kaiser auf Drängen Ludwigs XII. dadurch bei der Liga festzuhalten, daß er denselben als Regenten in Castilien anerkannte, bis sein Enkel Karl zwanzig Jahre alt geworden wäre [1]).

Um aber auch selbst mit einem seiner Stellung entsprechenden Heere im Felde erscheinen zu können, wendete sich Maximilian wieder an die Stände seiner Erblande und an den deutschen Reichstag, den er auf den 13. Januar 1510 nach Augsburg berief.

Eine kräftige Unterstützung des Kaisers wäre jetzt wirklich im Interesse Deutschlands gewesen. Denn das kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß es für dieses unter allen Umständen von großer Wichtigkeit war, eine beherrschende Stellung am

1) Über die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Frankreich, wie K. Ferdinand seit Oktober 1509 s. Le Glay, Négociations I, 260 sqq. Vgl. Lanz, S. 104 ff.

Südabhange der Alpen innezuhaben, um so mehr jetzt, wo Gefahr war, daß das schöne Italien und das für das Leben der Völker noch immer maßgebende Papsttum in Abhängigkeit von Frankreich kämen. Leider gingen aber die Hoffnungen Maximilians auch jetzt nicht in Erfüllung, und für die Mißerfolge Deutschlands fällt doch viel weniger dem Kaiser als den Fürsten und Städten die Schuld zu. Mochte Maximilian sich auch leichtsinnig, ohne genügende Vorbereitung in Kriege stürzen, so hatte er doch ein richtiges Gefühl für die Größe des Reiches, während die Stände sich nur durch nackten Egoismus, durch die Scheu vor jedem kleinen Opfer leiten ließen. Vergebens wies der Kaiser darauf hin, daß er die Grenzen des Reiches erweitert, Burgund und die Niederlande für dasselbe wiedergewonnen, durch seine Erbverträge mit Ungarn dem Reiche einen Schild gegen die Ungläubigen verschafft habe. Die Stände hatten für alles nur taube Ohren, wenn sie auch die Verweigerung der vom Kaiser verlangten Hilfe in der Höhe der Constanzer Beschlüsse mit höflichen Redensarten versüßten. Nach langem Markten bewilligten sie endlich im Mai, da auch der französische Gesandte sich warm dafür verwendete', 1800 Reiter und 6000 Fußgänger auf ein halbes Jahr. Doch machte der Kaiser auch diesmal die Erfahrung, daß zwischen Beschluß und Ausführung eine weite Kluft sei. Nur der geringere Teil der bewilligten Soldaten wurde wirklich gestellt.

Von den Erblanden zeigte nur Tirol, das beim Kriege gegen Venedig in erster Linie interessiert, aber auch am meisten in materieller Beziehung geschädigt war, noch immer große Opferwilligkeit. Ein Landtag in Bozen bewilligte im Dezember 1509 auf weitere neun Monate 4590 Mann [1]). Die Delegierten der niederösterreichischen Länder, die der Kaiser im Jahre 1510 auch nach Augsburg berufen hatte, schon längst mit der inneren Politik des Kaisers, wie mit der Fortsetzung des Krieges unzufrieden [2]), forderten vor allem Abhilfe zahlreicher

1) **Brandis**, Gesch. d. Landeshauptleute, S. 403 ff.

2) subditi nostri . . . incipiunt murmurare, schreibt der Kaiser selbst am 16. Nov. 1509 bei **Le Glay**, Négociations I, 284.

Beschwerden, die besonders die Verwaltung betrafen. Erst als der Kaiser ihren Wünschen teilweise nachgab [1]), zeigten sich auch die Stände entgegenkommender und ließen sich zu einer Steuer herbei, um auf vier Monate Truppen gegen die Venetianer zu unterhalten [2]).

War so die Hilfe, die der Kaiser vom Reiche und seinen Erblanden erhielt, weder bedeutend noch rechtzeitig auf dem Kriegsschauplatze, so scheiterten auch die wiederholten Bemühungen, Ungarn zum Anschlusse an die Liga und zum Angriffe auf Dalmatien zu bewegen [3]). Die Leiter des ungarischen Staates wollten zwar die Not Venedigs benutzen, um von diesem die freiwillige Überlassung Dalmatiens oder wenigstens eine Erhöhung der Subsidien von jährlichen 30000 Dukaten zu erlangen, welche die Republik seit 1504 dem Könige zugesichert hatte. Um aber diesen Zweck durch einen Krieg zu erreichen, fehlte es dem Könige an Kraft und noch mehr an Geld, dem Adel an Opferwilligkeit. Ein durch die Magnaten und Delegierte des niederen Adels am 5. Juli 1510 gefaßter Beschluß, daß der König zur Wiedereroberung Dalmatiens einen Feldzug unternehme, wurde von einsichtigen Politikern von vornherein nicht ernst genommen, und um sich durch Drohungen zu großen Opfern bestimmen zu lassen, waren die venetianischen Staatsmänner viel zu schlau und zu zähe.

So war Maximilian 1510 in einer noch viel ungünstigeren Stellung als im Jahre vorher und hielt es daher für besser,

1) Die Augsburger Libelle vom 10. April 1510 betreffen teilweise alle fünf niederösterreichischen Länder, teilweise die einzelnen. Vgl. darüber Adler, Die Organisation der Centralverwaltung unter K. Maximilian I., S. 276 ff.

2) Wenigstens wissen wir dies vom steirischen Landtag, der am 21. April 1510 28000 Pfund bewilligte, die auf Pfingsten (20. Mai) in Graz eingezahlt werden sollten. Krones, Vorarbeiten, in „Beitr. z. K. steierm. Geschq." III, 103 und VI, 84.

3) Eingehend handelt darüber besonders auf Grund der venetianischen Gesandtschaftsberichte W. Fraknói, Ungarn und die Liga von Cambray 1509—1511. Budapest, 1883.

sich persönlich vom Kriegsschauplatze fern zu halten. Um eine größere Macht ins Feld stellen zu können, suchte er noch einmal den französischen König zur Gewährung eines Darlehens zu bewegen. Aber die Sache zerschlug sich, weil Ludwig als Pfand Verona, den Schlüssel zum nordöstlichen Italien forderte, während der Kaiser diese Stadt, die einzige von militärischer Bedeutung, die er südlich von den Alpen noch behauptete, denn doch nicht aus den Händen geben wollte [1]). Mehr als je war er von den Franzosen abhängig. Nur mit ihrer Hilfe vermochte der Führer der Kaiserlichen, Graf Rudolf von Anhalt, im Mai von Verona aus wieder die Offensive zu ergreifen. Doch waren die Venetianer anfangs im Nachteil. Nachdem sie Vicenza freiwillig geräumt hatten, verloren sie bis zum Juli teils an die Franzosen, teils an die Deutschen auch das Polesine di Rovigo, Legnago, Monselice, Marostica, Cittadella, Bassano, Feltre, Belluno und andere Plätze.

Da trat ein plötzlicher Umschwung der Verhältnisse ein, indem Venedig am Papste einen energischen Bundesgenossen fand.

Julius II. war zwar nicht immer der feurige italienische Patriot gewesen, als der er manchmal geschildert wird. Als Kardinal Julian della Rovere hatte er, erfüllt von Haß gegen den Papst Alexander VI., durch sein Zureden neben Ludovico Moro am meisten dahin gearbeitet, daß Karl VIII. die Alpen überstieg, hatte auch später noch lange zur französischen Partei gezählt und nicht wenig dazu beigetragen, daß die Liga zur Vernichtung Venedigs geschlossen wurde, welche Frankreichs Übergewicht in Italien noch fester begründen mußte. Als er aber das von ihm dabei angestrebte Ziel, die Wiedergewinnung der ehemals zum Kirchenstaate gehörenden Städte und die Demütigung der stolzen Venetianer erreicht hatte, änderte er seine Politik, absolvierte am 24. Februar 1510 die Regierung und die Bewohner der Republik vom Banne und pflanzte die

1) Depesche des Andrea da Burgo aus Blois, 6. Juli 1510 bei Le Glay, Négoc. I, 347. Vgl. die Nachschrift S. 353.

Fahne der Unabhängigkeit Italiens, der Vertreibung der „Barbaren", auf. Den Anfang wollte er mit dem französischen Könige machen, der ihm auch in kirchlichen Fragen entgegen war und von ihm für den gefährlichsten Feind angesehen wurde. War dieser für Italien unschädlich gemacht, so konnte man mit dem Kaiser, von dem Julius II. eine sehr geringschätzige Meinung hatte [1]), leicht fertig werden. Vorläufig suchte er denselben zu einem Bündnisse gegen Frankreich zu bewegen, für das er auch die Könige von England und Spanien zu gewinnen bemüht war. Die meisten Hoffnungen baute er aber auf die starken Arme der Schweizer, welche eben mit Frankreich wegen nicht erfüllter Forderungen zerfallen waren. Der Bischof Matthäus Schinner von Sitten brachte es in der That dahin, daß die Eidgenossen am 26. Februar 1510 gegen ein Jahrgeld von 12000 Gulden mit dem Papste auf fünf Jahre ein Bündnis schlossen und demselben 6000 Söldner zu liefern versprachen.

Ehe der Papst noch des Gelingens seiner diplomatischen Bemühungen sicher war, begann er die Feindseligkeiten gegen Frankreich. Im Juli 1510 zogen päpstliche Truppen und venetianische Kriegsschiffe gegen Genua, um diese Stadt zum Abfalle vom französischen Könige zu bewegen. Bald darauf sprach der Papst den Bann gegen den Herzog von Ferrara, einen Anhänger Frankreichs und der Liga gegen Venedig, aus und schickte Truppen gegen die Lombardei, während sich von Norden her die vom Papste in den Sold genommenen Schweizer näherten. Der französische Statthalter von Mailand, Chaumont, sah sich infolge dessen genötigt, mit dem größten Teile seiner Truppen aus dem östlichen Italien nach der Lombardei zurückzukehren, wodurch es den Venetianern, obwohl sie den

1) infantem nudum nannte er ihn einem venetianischen Gesandten gegenüber. Sanuto X, 79. Über die diplomatische und kriegerische Thätigkeit P. Julius' II. s. Brosch, S. 195 ff. Über die allgemeinen Wandlungen der Politik und die diplomatischen Beziehungen der europäischen Mächte nach 1509 verweise ich auf die gedrängte, aber gründliche Darstellung von Lanz, Einleitung, S. 107 ff.

Krieg ohne Energie führten, möglich ward, die in diesem Jahre verlornen Plätze mit Ausnahme von Legnago wieder in ihre Gewalt zu bringen.

Dagegen scheiterten die Absichten des Papstes vollständig. Das Unternehmen auf Genua mißlang. Die Schweizer, die im September, gegen 10000 Mann stark, bis vor Como gekommen waren, erhielten infolge der Gegenwirkungen des Kaisers und des Königs von Frankreich Befehl zur Heimkehr und leisteten diesem auch Folge, da sie Mangel an Lebensmitteln litten. Von den andern Mächten aber, auf die der Papst gerechnet hatte, schloß England mit Frankreich einen Freundschaftsvertrag, Ferdinand von Aragonien blieb auffeite des Kaisers, dem er im Sommer einige Truppen zur Behauptung Veronas gesendet hatte, Maximilian selbst war weiter als je entfernt, mit Venedig Frieden zu schließen und sich, dem Wunsche des Papstes entsprechend, an die Spitze der Liga gegen Frankreich zu stellen. Sein Haß gegen die Republik ließ ihn sogar die Rücksichten auf das Wohl der Christenheit beiseite setzen, indem er Anfangs Juni 1510 von Augsburg aus einen Agenten an den Pascha von Bosnien schickte, um die Pforte zum Angriffe auf die Besitzungen Venedigs im Oriente, besonders auf die albanesischen und dalmatinischen Küstenstädte zu bewegen [1]).

Der französische König aber ging mit geistlichen und weltlichen Waffen gegen den Papst vor. Auf den September 1510 berief er die Prälaten seines Reiches zu einer Synode nach Tours, wo sich dieselben für einen Angriff auf den Papst zur Abwehr seiner Übergriffe und für die Einberufung eines allgemeinen Konzils zur Reform der Kirche und zur Abstellung der in derselben herrschenden Mißbräuche aussprachen. Dann ließ er durch seine italienische Armee den Papst angreifen, der

1) Brosch, S. 197 f., mit den Noten 7—11 S. 347 f. Vgl. Romanin V, 252 sq. Venedig selbst hatte freilich schon im September 1509 die Unterstützung des Sultans zu erlangen gesucht. Romanin V, 233 sq.

trotz seines Alters und seiner kirchlichen Würde selbst ins Feld gezogen war.

Um den Kaiser, seinen einzigen Bundesgenossen, an seiner Seite festzuhalten, erneuerte er am 17. November 1510 in Blois mit ihm den Vertrag von Cambray und versprach ihm nicht bloß zur Eroberung der in diesem ihm zugesicherten Städte im nächsten Jahre 1200 Lanzen und 8000 Mann Fußvolk zu senden, sondern ihm auch als Herzog von Mailand zum Römerzuge und zum Empfange der Kaiserkrone seinen Beistand zu gewähren [1]). So groß und geachtet, erklärte er, wolle er ihn machen, wie seit Karl dem Großen kein Kaiser mehr gewesen. Da aber Ferdinand von Spanien nur unter der Bedingung seine weitere Unterstützung zur Ausführung des Vertrages von Cambray zusagte, daß der Kaiser die Kirche nicht bekämpfe, so bewog dieser den König von Frankreich, die Zustimmung dazu zu geben, daß unter seiner Vermittlung auf einem Kongreß in Mantua eine Ausgleichung zwischen diesem und dem Papste angestrebt werde. Falls der Papst sich hartnäckig zeigte, sollten freilich der Kaiser und König Ferdinand zur Ausführung der Beschlüsse von Tours, also auch zur Einberufung eines gegen den Papst gerichteten Konzils mitwirken. Ein solches konnte für Julius II. um so gefährlicher werden, als er durch sein weltliches Treiben und sein kriegerisches Auftreten in weiten Kreisen Anstoß erregte und fünf Kardinäle, darunter solche von großem Ansehen, ihn verlassen und sich unter französischen Schutz nach Mailand begeben hatten.

Um die Mitte des März 1511 kamen die Gesandten des Kaisers, Frankreichs, Spaniens und Englands in Mantua zusammen. Maximilian hatte einen seiner gewiegtesten Diplomaten, den Gurker Bischof Matthäus Lang geschickt, dessen Bemühungen im Sinne seines Herrn dahin gerichtet waren, den Papst wieder mit Frankreich zu versöhnen, dadurch Venedig zu isolieren und die Liga von Cambray im früheren Umfange,

1) So schreibt wenigstens der Kaiser am 27. Januar 1511 an den Rat von Frankfurt. Janssen, Reichscorrespondenz II, 827.

vielleicht noch durch England verstärkt, wieder herzustellen. Umgekehrt suchten der Papst und Venedig den Bischof und durch diesen den Kaiser zu gewinnen, um dann mit vereinten Kräften über die Franzosen herfallen zu können. Die Unterhandlungen, die später Lang mit dem Papste selbst in Bologna führte, konnten freilich unmöglich zu einem Ergebnisse führen, da die Ziele und Wünsche der verschiedenen Mächte zu weit auseinander gingen. Venedig wollte nicht bloß nichts von dem bisher noch behaupteten Gebiete abtreten, sondern den Kaiser gegen Zahlung eines jährlichen Lehenszinses auch zur Abtretung Veronas bewegen. Lang dagegen forderte im Namen seines Herrn von Venedig die Herausgabe aller Besitzungen in Oberitalien mit Ausnahme von Padua und Treviso, die es vom Reiche zu Lehen nehmen und für die es einen jährlichen Zins von 100 000 Dukaten entrichten sollte, außerdem noch eine einmalige Zahlung von wenigstens 200 000 Dukaten. Der Papst kam diesen Forderungen soweit entgegen, daß er wohl nie die Zustimmung der Signoria erlangt haben würde. Er versprach, es bewirken zu wollen, daß Venedig Friaul an den Patriarchen von Aquileja, die übrigen Besitzungen auf der Terra firma außer Padua und Treviso an den Kaiser abtrete, diese beiden Städte aber vom Reiche zu Lehen nehme. Dem Bischofe selbst bot er den Kardinalshut, die Würde eines Legaten in Deutschland, das Patriarchat von Aquileja und andere einträgliche Benefizien an. Die Venetianer versprachen demselben nach Abschluß des Friedens 10 000 rheinische Gulden und kirchliche Pfründen mit einem jährlichen Erträgnisse von 4000 Dukaten oder einen Gehalt in der gleichen Höhe. Aber auch die lockendsten Anerbietungen vermochten den Bischof seiner Überzeugung nicht untreu zu machen. Andererseits war der Papst nicht zu bewegen, sich von Venedig zu trennen und von der Bekriegung des Herzogs von Ferrara abzulassen. Im Gegenteile schleuderte er gerade jetzt den Bann gegen die Behörden aller lombardischen Städte, weil sie den König von Frankreich in seinen kirchenfeindlichen Bestrebungen unterstützten, und indirekt gegen den König selbst. Lang, der als Stellvertreter des Kaisers mit

ungeheurem Selbstbewußtsein, „wie ein König“, in Bologna aufgetreten war, brach daher Ende April die Verhandlungenab [1]).

Die fünf Kardinäle, die vom Papste abgefallen waren, beriefen nun auf den 1. September ein allgemeines Konzil nach Pisa, zu dem sie Julius II. selbst einluden. Zugleich rückte das französische Heer unter dem Marschall Trivulzio in den Kirchenstaat ein, zwang den Papst zur Flucht aus Bologna, bemächtigte sich dieser wichtigen Stadt und zersprengte die päpstlich-venetianischen Truppen, welche dieselbe hätten verteidigen sollen.

Hätte der Kaiser in Italien eine schlagfähige Armee gehabt, so würde auch er jetzt auf Erfolge haben hoffen können. Aber dieser hatte wieder die Mittel zur Kriegführung nicht aufgebracht und mußte die wichtigste Zeit unthätig in Innsbruck zubringen, wo er sich mit Jagen auf den Bergen unterhielt [2]). Unter solchen Verhältnissen glaubte er Anträge der venetianischen Regierung, welche die Anknüpfung von Friedensverhandlungen wünschte, nicht schroff abweisen zu sollen. Das Angebot, das ihm gemacht wurde, war freilich weder sehr vorteilhaft noch ehrenvoll, indem der Besitzzustand wie vor dem Kriege wieder hergestellt werden, also der Kaiser das wichtige Verona und die andern bisher noch behaupteten venetianischen Ortschaften herausgeben und seine Waffen gegen seinen bisherigen Bundesgenossen, den König von Frankreich, wenden sollte. Dafür wollte Venedig 500000 rheinische Gulden zahlen, die ehemals zum Reiche gehörigen Gebiete vom Kaiser zu Lehen nehmen und einen jährlichen Zins dafür entrichten und versprach demselben zugleich seine Unterstützung wie jene des Papstes und der Könige von Aragonien, Portugal und England zur Eroberung des Herzogtums Mailand. Auch jetzt wollte die Signoria

1) M. Sanuto XIII, 127. 147. 160. 351. Coccinius, De bello Maximiliani cum Venetis ap. Freher-Struve II, 542. Lettres de Louis XII. II, 96. 139. Vgl. Romanin V, 256. Brosch, S. 220 und 353, N. 46—48.

2) Gattinara an Margareta von Österreich 20. Juli 1511 bei Le Glay, Négociations I, 422.

wieder den Bischof von Gurk durch Erneuerung der ihm schon in Bologna gemachten Anerbietungen für die Herbeiführung des Friedens zu interessieren suchen [1]). Später zeigten sich die Venetianer zwar zur Verzichtleistung auf Verona bereit. Doch wurden die Verhandlungen, die im August in Toblach geführt wurden, nach einem Monate abgebrochen, da der Kaiser den König von Frankreich nicht im Stiche lassen, Venedig diesen nicht in den Frieden einschließen wollte und sich nicht auch zur Abtretung von Vicenza herbeiließ [2]).

Unterdessen hatte der Kaiser doch einige Tausend Mann besonders aus Tirol zusammengebracht, welche in Verbindung mit den französischen Hilfsvölkern unter la Palisse Anfangs August von Verona aus die Offensive gegen die Venetianer ergriffen. Da diese ihre Kräfte in Padua und Treviso konzentrierten, deren Behauptung sie für das Wichtigste ansahen, so fielen die meisten Städte zwischen der Etsch und der Piave, darunter Vicenza, Feltre und Belluno, ohne Widerstand in die Hände der Verbündeten. Auf die Nachricht, das Friaul von den Venetianern fast gar nicht besetzt sei, wendeten sich nun die Kaiserlichen, etwa 8000 Mann stark, unter dem Oberkommissär Christoph, Bischof von Laibach, und dem obersten Feldhauptmann Jörg von Liechtenstein, um die Mitte des September nach Osten, besetzte Conegliano, Sacile, Pordenone und andere Städte, brachten Udine zur Übergabe und eroberten die Festung Gradisca. Nach der Unterwerfung Friauls, wo nur vereinzelte Plätze wie Osopo für Venedig sich hielten, kehrten die Kaiserlichen Anfangs Oktober wieder an die Piave zurück, um vereint mit den Franzosen Treviso anzugreifen. Aber die Belagerung unterblieb, sei es, weil man sich zu schwach fühlte, sei es, weil die Franzosen mit den Kaiserlichen auf schlechtem Fuße standen, oder weil der französische König seine Hilfstruppen bei der vorgerückten Jahreszeit nach der Lombardei zurückrief.

1) Romanin V, 259 sq.

2) Le Glay, Négociations I, 438. Vgl. 431. 433. Sanuto XII, 304. 330. 337. 351. 376. 379. 385. 398. 399. 401. 404. 437.

Da nun auch das kaiserliche Heer sich auflöste, so eroberten die Venetianer Vicenza, Feltre, Belluno und Friaul, mit Ausnahme des tapfer verteidigten Gradisca, in wenigen Wochen wieder zurück [1]). Bleibenden Wert hatte es nur, daß Leonhard von Völs, Landeshauptmann von Tirol, nachdem ein Landtag in Brixen neuerdings 5000 Mann auf vier Monate bewilligt hatte, im Herbste die Bergfesten Kofel (Covelo) an der Brenta und Peutelstein in Ampezzo, letztere unter Mitwirkung des Kaisers selbst, zur Übergabe zwang [2]).

Während Venedig im Felde den Kaiserlichen und Franzosen standhielt, war der Papst auf diplomatischem und kirchlichem Gebiete thätig. Um das Konzil zu Pisa unschädlich zu machen, berief er selbst am 18. Juli 1511 auf den April des folgenden Jahres eine allgemeine Kirchenversammlung nach dem Lateran, um die Reform der Kirche in die Hand zu nehmen. Schon Ende Juni machte ihm der König Ferdinand von Aragonien, welcher in der Befestigung des französischen Übergewichtes in Italien auch eine Gefahr für sich erkannte, den Antrag, ihm zur Eroberung Bolognas Hilfe zu leisten. Anfangs August waren die Unterhandlungen so weit gediehen, daß eine Liga gegen Frankreich zwischen dem Papste, Spanien, England und Venedig dem Abschlusse nahe war. Da verfiel Julius II. am 17. August in eine schwere Krankheit, und schon nach wenigen Tagen hielt man ihn für verloren; ja er wurde sogar einmal für tot gehalten. Er genas zwar dann wieder; aber es hieß, er könne unmöglich mehr lange leben.

1) Vgl. mit den Berichten bei Sanuto: Coccinius, 546 sqq., den Brief der Führer der Kaiserlichen aus Colloredo bei Udine vom 21. September bei Chmel, S. 333, und jenen des Girolamo Savorgnano vom gleichen Tage aus Osopo, im „Arch. stor.“. Nuova serie II, 2, p. 24, wie das Ausschreiben des Kaisers selbst aus Toblach, 8. Oktober 1511, in „N. Zeitschr. d. Ferdinandeum“ VIII, 151.

2) Brandis, Landeshauptleute, S. 422 ff. Vgl. die urkundlichen Notizen bei Fl. Orgler, Leonhard Colonna Freiherr v. Völs, S. 14 f. (Programm der Gymn. in Bozen 1859) und Sanuto XII, 548. 550. 551. 562; XIII, 157. 161. 166. 171. 182. 184. 192.

Damals tauchte in Maximilian, der am 31. Dezember Witwer geworden war, der abenteuerliche Plan auf, selbst Papst zu werden, oder, wenn Julius II. mit dem Leben davon käme, wenigstens die Ernennung zum Koadjutor desselben durchzusetzen. Sein Vertrauter, Bischof Lang, sollte nach Rom gehen, um die Sache zu betreiben. Zur Bestechung der Kardinäle und anderer einflußreicher Personen wollte er 300000 Dukaten aufwenden, die sein Rat Paul von Liechtenstein gegen Verpfändung von vier Truhen mit kaiserlichen Kleinodien von den Fuggern zu erhalten suchen sollte. Er rechnete außer auf seine Dukaten auf die Hilfe der Römer, besonders der Colonna und Orsini, die keinen französisch oder spanisch gesinnten Papst wollten, wie auf die Unterstützung des Königs Ferdinand, der sich mit diesem Plane unter der Bedingung einverstanden erklärt hatte, daß Maximilian auf die Kaiserwürde zugunsten des Enkels beider, des Erzherzogs Karl, verzichte. Nicht ohne Ironie schreibt Maximilian seiner Tochter Margareta, er würde Priester und dann Heiliger werden und sie würde nach seinem Tode ihn als solchen verehren müssen [1]). In Wirklichkeit mochte es freilich dem Kaiser weniger um den Ruf der Heiligkeit und um die dreifache Krone zu thun sein als um die Gelegenheit, Herr des

1) Die Schreiben K. Maximilians an Paul von Liechtenstein aus Brixen vom 16. September, bei Goldast, Polit. Reichshändel (Frankfurt, 1614), S. 428 (wo der authentische deutsche Text ist, von dem die lateinische Übersetzung in den „Lettres du roi Louis XII." III, 325 vielfach, und zwar wesentlich abweicht), und an die Herzogin Margareta vom 18. September bei Le Glay II, 37. A. Jäger, Über K. Maximilians Verhältnis zum Papstthum („Sitzungsber. d. kais. Akad." XII. B.) hat zwar nachzuweisen gesucht, daß die Ausdrücke in diesen Briefen allegorisch gemeint seien und daß der Kaiser damit nur seinen Plan andeuten wolle, einen ihm ergebenen Mann auf den päpstlichen Stuhl zu bringen. Allein sie sind zu bestimmt, als daß eine solche Auslegung zulässig wäre. S. dagegen auch Lanz, Einleitung, S. 118; W. Böhm, Hat K. Maximilian I. im J. 1511 Papst werden wollen? (Berlin, 1873) und Brosch, P. Julius II., S. 335, N. 17, der einen Beleg dafür bringt, daß noch im Dezember zwischen K. Ferdinand und dem Kaiser darüber verhandelt worden ist.

Kirchenstaates zu werden und so in Italien festen Fuß zu fassen, nachdem alle seine sonstigen Versuche mißlungen waren. Der ganze Plan zerplatzte aber wie eine glänzende Seifenblase, da Julius II. vollständig genas und nur mit noch größerer Energie gegen seine Feinde, besonders den König von Frankreich vorging.

Am 24. Oktober schleuderte der Papst den Bann gegen die schismatischen Kardinäle, welche das Konzil nach Pisa berufen hatten. Dasselbe wurde zwar trotzdem am 1. November eröffnet, aber, da sich der Kaiser ganz gleichgültig gegen dasselbe verhielt, nur von wenigen Prälaten besucht, die von Frankreich abhängig waren, und mußte wegen der drohenden Haltung des pisanischen Volkes schon nach wenigen Tagen nach Mailand verlegt werden.

Am 5. Oktober wurde in Rom die zwischen dem Papste, Ferdinand von Aragonien und Venedig abgeschlossene „Heilige Liga" feierlich bekannt gemacht. Als ihr Zweck ward die Wiedereroberung Bolognas und die Herstellung der Integrität des Kirchenstaates angegeben. Dem Kaiser und dem König von England wurde der Beitritt offen gehalten. Noch mehr rechnete man auf die Unterstützung der Schweizer, welche, vom französischen Könige in letzter Zeit vernachlässigt und gekränkt worden waren und sich daher durch das Geld des Papstes und das Zureden des zum Kardinal ernannten Schinner gegen denselben gewinnen ließen.

Anfangs waren die Franzosen der heiligen Liga gegenüber bei weitem im Vorteil. Ihr jugendlicher, aber tüchtiger Führer Gaston von Foix, Ludwigs XII. Schwestersohn, erstürmte im Februar 1512 Brescia, dessen sich die Venetianer mithilfe der Bewohner bemächtigt hatten, und brachte am Ostersonntage (11. April) dem spanisch-päpstlichen Heere bei Ravenna eine vollständige Niederlage bei.

Aber der Tod des heldenmütigen Führers hatte die Folge, daß die Franzosen diesen Sieg gar nicht benutzten, und in kurzer Zeit trat ein gänzlicher Umschwung ein, wozu die Haltung des Kaisers nicht wenig beigetragen hat.

Der Ausgang des Feldzugs von 1511 hatte Maximilian überzeugt, daß die Unterstützung Frankreichs weder ausgiebig noch anhaltend genug sein würde, um ihn in den Besitz der Städte zu bringen, welche ihm der Vertrag zu Cambray zugesprochen hatte. Er trat daher, ohne daß er sich noch von Frankreich trennen wollte, in immer engere Beziehungen zum Papste, der ihm einen günstigen Frieden mit Venedig in Aussicht stellte. Um dem französischen Könige den letzten Bundesgenossen zu entziehen, sollte die Republik dem Kaiser Verona und Vicenza überlassen. Da die Signoria trotz der Drohungen des Papstes und des Königs Ferdinand jede Gebietsabtretung verweigerte, setzte jener es wenigstens durch, daß am 6. April zwischen dem Kaiser und Venedig ein zehnmonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen wurde, wofür letzteres 40000 Dukaten zahlte [1]). Damit hatte der Kaiser den entscheidenden Schritt gethan. Er schloß sich noch nicht der heiligen Liga an und blieb äußerlich sogar noch Frankreichs Verbündeter. Aber er nahm eine Haltung ein, welche diesem nachteilig, jener günstig war. Er gestattete nämlich den Schweizern, die, 18000 Mann stark, dem Papste zuhilfe ziehen wollten, ihren Weg durch Tirol nach Verona zu nehmen, so daß sie sich Ende Mai mit den Venetianern vereinigen und auf diese Weise mit Artillerie und Reiterei versehen werden konnten [2]). Und in diesem entscheidenden Augenblicke, wo eine große Macht sich gegen die Lombardei und die Romagna in Bewegung setzte, gab der Kaiser den im französischen Solde stehenden Landsknechten, mehreren tausend Mann, meistens Tirolern und Schwaben, die in Brescia und bei Ravenna wesentlich zum Erfolge beigetragen hatten, den strengsten Befehl, das französische Heer zu verlassen. Auf eine Verstärkung aus der Heimat durften die französischen Feldherren auch nicht rechnen, ja, sie mußten noch einen Teil der schweren Reiterei dorthin senden, weil Heinrich VIII. von Eng-

1) „Lettres de Louis XII" III, 217. Sanuto, XIV, 96. Vgl. Brosch, S. 249.

2) Vgl. auch W. Gisi, Der Antheil der Eidgenossen an der europäischen Politik in den Jahren 1512—1516, S. 42ff.

land mit dem Könige Ferdinand, seinem Schwiegervater, ein Bündnis geschlossen und einen gemeinsamen Angriff auf das südliche Frankreich verabredet hatte.

Unter solchen Verhältnissen wagten die Franzosen gar keinen Versuch, den Ligisten in Italien Widerstand zu leisten. Die Romagna wie das Herzogtum Mailand räumten sie bis auf wenige Punkte freiwillig, und hinter ihnen stürzte alles zusammen, was sich an Frankreich angelehnt hatte. Genua erhob sich und wählte einen Dogen. Florenz wurde durch die Spanier überwältigt und wieder den Medici übergeben. In Mailand wurde durch die Schweizer im Einverständnis mit dem Papste der junge Maximilian Sforza, der Sohn Ludovico Moros, als Herzog eingesetzt, obwohl der Kaiser und Ferdinand von Aragonien die Übertragung dieses Landes an ihren Enkel, den Erzherzog Karl, gewünscht hätten. Und während das französische Banner in Italien in den Staub sank, verlor auch der König von Navarra, ein Bundesgenosse Ludwigs XII., sein Reich an die Spanier. Das Übergewicht Frankreichs, vor kurzem noch so drohend, schien vollkommen gebrochen, in Italien der Einfluß Spaniens und der Schweizer überwiegend.

Der Kaiser war bei allen diesen Vorgängen unthätiger Zuschauer gewesen. Er hätte zwar guten Grund gehabt, offen gegen Frankreich aufzutreten, weil der König den Herzog von Geldern, der schon vor längerer Zeit den Krieg in den Niederlanden wieder begonnen hatte, mit Geld unterstützte. Aber seine Kassen waren leer, seine Einkünfte verpfändet, seine Erblande erschöpft und zu keinen nennenswerten Bewilligungen mehr zu bewegen [1]), der deutsche Reichstag, den er auf Ostern 1512 nach Trier berufen hatte und später nach Köln verlegte, gegen seine Forderungen taub.

Bei der Schwäche seiner eigenen Kräfte mußte Maximilian sich um fremde Stützen umsehen. Es waren dies einerseits

1) S. bezüglich der innerösterreichischen Länder Krones in „Beitr. zu K. steierm. Geschq." VI, 86 f., und Dimitz II, 16 f., bezüglich Tirols A. Jäger II, 2, 470 ff.

Heinrich VIII. von England, mit dem seine Tochter Margareta schon lange über ein Separatbündnis verhandelte [1]), anderseits der Papst, dem sehr viel daran lag, den Kaiser zur Anerkennung des lateranensischen Konzils zu bewegen, und der an demselben zugleich ein Gegengewicht gegen den immer mehr um sich greifenden Einfluß des spanischen Königs auf der italienischen Halbinsel zu erhalten suchte. Es war dem Papste sehr erwünscht, daß Anfangs November 1512 Matthäus Lang als Bevollmächtigter des Kaisers nach Rom kam. Um diesen zu gewinnen, machte er dessen Forderungen den Venetianern gegenüber vollständig zu den seinigen. Diese sollten zugunsten des Kaisers auf Verona und Vicenza Verzicht leisten und für die Belehnung mit Padua und Treviso 250 000 Dukaten zahlen und einen jährlichen Lehenzins von 30 000 Dukaten entrichten. Da dieselben auch jetzt dieses Verlangen abschlugen und umgekehrt die Herausgabe von Verona verlangten, wofür sie dem Kaiser lebenslänglich eine Summe Geldes jährlich zahlen wollten, so unterzeichnete der Papst am 19. November 1512 ein Bündnis mit dem Kaiser und versprach ihm gegen die Anerkennung des lateranensischen Konzils, mit weltlichen und kirchlichen Waffen gegen Venedig einzuschreiten, wenn dieses den erwähnten Forderungen nicht nachgäbe [2]). Es war eine der letzten wichtigeren Handlungen Julius' II., der am 21. Februar 1513 aus dem Leben schied und auf dem päpstlichen Throne den Kardinal Johann von Medici als Papst Leo X. zum Nachfolger hatte.

Die natürliche Folge dieses päpstlich-kaiserlichen Bündnisses war, daß das bedrohte Venedig den Lockungen des französischen

1) Zu dem hierüber schon von Le Glay, Correspondence, veröffentlichtem Briefwechsel zwischen dem Kaiser und seiner Tochter hat Brewer, Lettres and papers, foreign and domestic of the reign of Henry VIII., Vol. I, die Berichte der englischen Gesandten am Hofe Margaretas mitgeteilt.

2) Vgl. Romanin V, 277 sqq. Brosch, S. 264 ff. Der Bischof von Gurk hatte auch diesmal die ihm vom Papste angebotene Kardinalswürde mit Rücksicht auf den Dienst des Kaisers abgelehnt. Bericht Hannarts aus Rom vom 23. November, bei Le Glay, Négoc. I, 515.

Königs, der ihm alle früheren Besitzungen in der Lombardei mit Einschluß von Cremona in Aussicht stellte, Gehör gab und am 23. März 1513 in Blois mit demselben eine Allianz schloß. Wenige Tage darauf kamen auch die Unterhandlungen zwischen Heinrich VIII. und dem Kaiser zum Abschlusse. So standen jetzt Frankreich und Venedig gegen den Kaiser, Spanien, England, den Papst, den Herzog von Mailand und dessen eifrigste Beschützer, die Schweizer, denen derselbe für seine Einsetzung die Gebiete des Tessin überlassen und eine große Summe Geldes gezahlt hatte, wie er auch ruhig zusah, als die Graubündner das Veltlin mit Chiavenna in Besitz nahmen. Die Überlegenheit der Gegner Frankreichs schien außer Zweifel, und diese Überzeugung fand ihren Ausdruck in dem am 5. April abgeschlossenen Bunde zwischen dem Kaiser und England. Denn als Ziel desselben wurde die Wiedereroberung aller französischen Gebiete hingestellt, welche früher einem der verbündeten Fürsten gehört hatten, also aller Länder, die einst im Besitze der Herzoge von Burgund oder der Könige von England gewesen waren. Zu diesem Zwecke sollten auch Spanien und der Papst mitwirken und keiner der Verbündeten ohne Zustimmung der übrigen die Waffen niederlegen dürfen. Vom Norden, vom Osten und vom Süden sollte Frankreich angegriffen und nicht bloß geschwächt, sondern vollständig zerstückelt werden.

Doch krankte auch diese Koalition an dem gewöhnlichen Übel einer solchen, daß ihre Mitglieder von verschiedenen Interessen geleitet und teilweise von Eifersucht gegen einander erfüllt waren. Es gelang nicht einmal, alle durch einen gemeinsamen Bundesvertrag zu vereinigen, und nur durch Einzelverträge waren dieselben mit einander verknüpft. Ja Ferdinand von Spanien, der an den Pyrenäen Ruhe haben und seine Verbündeten nicht zu mächtig werden lassen wollte, schloß sogar am 1. April mit Frankreich für die Dauer eines Jahres Waffenstillstand, der nur für Italien nicht verbindend sein sollte.

So konnten ungeachtet der großen Zahl der Feinde die Franzosen die Offensive beginnen. Verstärkt durch zahlreiche deutsche Landsknechte, die trotz des Verbotes des Kaisers in

den Dienst des Königs traten, zogen dieselben im Mai 1513 gegen Mailand. Der Angriff versprach leichten Erfolg, da der Herzog infolge seiner Schwäche und der Habsucht und Gewaltthätigkeit seiner Besitzer die Anhänglichkeit seiner Unterthanen verloren hatte und von Osten her ein venetianisches Heer unter Alviano gegen die Adda zog, während die Spanier unthätig zusahen. In kurzer Zeit war fast das ganze Herzogtum mit der Hauptstadt in den Händen der Feinde, Maximilian Sforza selbst in Novara eingeschlossen, jener Stadt, die schon für seinen Vater so verhängnisvoll geworden war. Am 6. Juni aber wurde das französische Heer in der Nähe dieser Stadt durch die Schweizer gänzlich geschlagen und zum Rückzuge über die Alpen gezwungen, worauf auch Alviano wieder über die Etsch zurückging.

Nun wendeten sich die Waffen der Verbündeten gegen Frankreich selbst. Ende Juni drang der englische König mit einem stattlichen Heere, bei dem auch viele niederländische und deutsche Söldner waren, von Calais aus in Frankreich ein und belagerte die Festung Therouenne in der Grafschaft Artois. Obwohl der Kaiser, der nach den Niederlanden kam, wegen der Neutralität derselben kein Heer zur Verfügung hatte, litt es ihn nicht, dem Kampfe unthätig zuzusehen. Schon im Februar hatte er dem englischen Könige, der ihn um die Überlassung zweier Heerführer gebeten, melden lassen, er selbst wolle Chef und Hauptmann der englischen Armee sein [1]). Jetzt fand er sich in eigener Person mit zweihundert Reitern im englischen Lager ein und stellte seinem Verbündeten seine Kriegserfahrung zur Verfügung. Unter seiner Anführung siegten die Engländer am 16. August über die Franzosen, welche Therouenne zu entsetzen versuchten, bei Guinegate, wo er vor 34 Jahren die ersten Lorbeeren um seine jugendlichen Schläfe gewunden hatte. Die Folge dieser glänzenden Schlacht, der „Sporenschlacht", wie man sie nannte, weil die Franzosen sich mehr der Sporen als der Schwerter bedient hatten, war die Kapi-

1) Le Glay, Correspondance II, 95.

tulation der belagerten Festung. Am 9. September wurde dann Frankreichs Verbündeter Jakob IV. von Schottland, der mit einem zahlreichen Heere in England eingefallen war, bei Flodden geschlagen und mit 8000 Mann getötet. Gleichzeitig waren, dem Wunsche des Kaisers Folge gebend, 30000 Schweizer, durch kaiserliche Truppen, besonders Artillerie und Reiterei, unter dem Herzoge Ulrich von Württemberg verstärkt, nach Burgund vorgedrungen und hatten sich zur Belagerung der schlecht befestigten Hauptstadt Dijon angeschickt. Von zwei überlegenen Heeren war Frankreich bedroht.

Dessenungeachtet ging dieser gefährliche Sturm fast ohne Schaden vorüber. Der Gouverneur von Dijon, la Tremouille, bestach einen Teil der schweizerischen Hauptleute und bewog die Eidgenossen am 13. September zu einem Frieden, indem er die Verzichtleistung Frankreichs auf Mailand und die Zahlung von 400000 Kronen versprach. Der König verweigerte die Bestätigung dieses Vertrages, und die Schweizer waren geprellt; aber der Zweck, den Abzug derselben aus Frankreich zu bewirken, war erreicht. Ebenso zog der König von England nachhause, nachdem er den Franzosen noch Tournay entrissen hatte.

Der Krieg gegen Venedig brachte ebenso wenig wirkliche Erfolge, obwohl die Verbündeten diesmal im Felde überlegen waren. Wie ein Angriff Alvianos auf Verona mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen ward, so vermochte Cardona, der Vizekönig von Neapel, dem sich die Kaiserlichen unter Georg von Freundsberg und anderen Führern anschlossen, Padua nicht zu nehmen. Daß er dann bis Mestre und Malghera vordrang, diese Ortschaften und die schönen Landhäuser der venetianischen Nobili niederbrennen und mehrere Kanonenschüsse gegen Venedig abfeuern ließ, machte einigen Eindruck, war aber militärisch von keiner Bedeutung. Im Gegenteil wurde er auf seinem Rückzuge gegen Verona durch Alviano sehr in die Enge getrieben und wäre zu einem gefährlichen Rückzuge durch die Gebirgsthäler gezwungen worden, hätte er nicht am 7. Oktober bei Motta nordöstlich von Vicenza nach verzweifeltem Kampfe

über die nachsetzenden Venetianer einen glänzenden Sieg erfochten [1]) und sich dadurch für die nächste Zeit Ruhe verschafft.

Nur in Friaul wurde auch während des Winters fortgekämpft. Der Graf Christoph Frangepane bemächtigte sich am 13. Dezember durch Verrat der Seestadt Marano, die für den Handel Venedigs mit Friaul von Wichtigkeit war, entsetzte diesen Platz, als die Venetianer seine Wiedereroberung versuchten, brachte neuerdings Friaul mit Udine und Cividale in seine Gewalt und eröffnete sich durch die Wegnahme von Chiusa die Verbindung mit Kärnten. Nur in der Bergfeste Osopo behauptete sich Girolamo Savorgnano anderthalb Monate gegen ein furchtbares Artilleriefeuer und wiederholte Stürme, bis am 30. März 1514 Alviano die Kaiserlichen zur Aufhebung der Belagerung zwang und dieselben zerstreute [2]). Nun ging auch Friaul bis auf Gradisca und Marano für den Kaiser wieder verloren. Letzteres wurde von den Venetianern belagert und Frangepane bei einem Ausfalle gefangen. Aber zunächst gelang es dem Hans von Auersberg, den der Kaiser mit Truppen aus Innerösterreich der Stadt zuhilfe schickte, dieselbe zu verproviantieren. Als die Feinde die Belagerung fortsetzten, brachte ihnen Graf Niklas von Salm, der Hauptmann mit der eisernen Hand, wie ihn die Venetianer nannten, am 12. Juli eine gänzliche Niederlage bei, nahm ihren Anführer Vetturi gefangen und erbeutete ihr ganzes Geschütz.

War Frankreich im Jahre 1513 ohne wesentliche Verluste aus dem Kriege hervorgegangen, so schien im folgenden Jahre die Lage gefährlicher zu werden. Am 17. Oktober 1513 wurde in Lille zwischen dem Kaiser, England und Spanien ein Vertrag geschlossen, wonach alle drei Mächte im künftigen Sommer

1) Eine Darstellung des ganzen Zugs nach dem an den Kaiser gelangten Berichte von dessen Sekretär bei Le Glay, Négoc. I, 552 sqq. Vgl. Ranke, S. 315 f. Romanin V, 187 sqq.

2) Von diesen Kämpfen liefern ein lebendiges Bild die Briefe Savorgnanos im Arch. stor., N. serie II, 2, 28—59. Vgl. auch Herbersteins Selbstbiographie in F. R. Austr. SS. I, 79 f.

den Kampf gegen Frankreich wieder aufnehmen, der Kaiser zur Aufstellung einer Armee von 10 000 Mann an der Nordgrenze Frankreichs von England 200 000 Goldkronen erhalten und König Ferdinand zur Eroberung Guyennes für England mitwirken sollte. Um das Bündnis zu befestigen, sollte die schon längst in Aussicht genommene Heirat des Erzherzogs Karl mit der Schwester des englischen Königs, Maria, im nächsten Mai vollzogen und dieser für den Fall, daß Heinrich VIII. ohne Kinder stürbe, das Erbrecht in England vom Parlamente zugesichert werden [1]).

König Ferdinand hatte aber auch jetzt nicht im Sinne, den Verpflichtungen nachzukommen, die sein Vertreter in Lille eingegangen hatte. Er war in seinem eigenen Interesse der konsequenteste Vertreter der europäischen Gleichgewichtspolitik. Er wollte die Franzosen von Italien fernhalten. Aber er wollte auch den Kaiser und den Erzherzog Karl nicht zu mächtig werden lassen, da er fürchtete, dieser könnte seine Ansprüche auf die Regierung Castiliens geltend machen und Neapel an sich zu bringen suchen. Er bot daher beritwillig dem französischen Könige die Hand, welcher die gegen ihn geschlossene Liga zu zerreißen bemüht war. Um dieses Ziel zu erreichen, machte Ludwig XII. dem Papste Konzessionen auf kirchlichem Gebiete und gab sich den Anschein, auf das ohnehin verlorene Herzogtum Mailand Verzicht leisten zu wollen. In einem am 1. Dezember zwischen Ludwig und Ferdinand geschlossenen Vertrage wurde bestimmt, daß des ersteren jüngere Tochter Renata einen der beiden Enkel Ferdinands heiraten, Mailand mit Genua ihr zur Mitgift gegeben, mit gemeinsamen Kräften erobert und bis zur Vermählung in die Hände des Königs Ferdinand gegeben werden sollte. Dem Kaiser und dem Könige von England,

1) Brewer I, 685. 699. Vgl. Ranke, S. 317. Die folgenden kaleidoskopartigen Wandlungen der gegenseitigen Stellung der europäischen Mächte bis 1518 hat Lanz, S. 139—212, sorgfältig und eingehend dargelegt, und an ihn hat sich de Leva I, 174 sqq. fast überall, oft wörtlich, angeschlossen. Vgl. auch Brewer I, lvi ff. Hier können natürlich nur die Hauptpunkte hervorgehoben werden.

letzterem aber nur gegen die Herausgabe von Tournay, war der Beitritt freigestellt.

Aber gerade gegen diese beiden war der Vertrag gerichtet. Heiratete einer der beiden Enkel Maximilians die Prinzessin Renata, so mußte entweder auf den lang gehegten Plan einer Vermählung des Erzherzogs Ferdinand mit der Tochter des Königs von Ungarn und Böhmen verzichtet, oder es mußte der Ehevertrag zwischen dem Erzherzoge Karl und der Schwester des englischen Königs gebrochen worden. Des Kaisers Tochter Margareta warnte auch wiederholt ihren Vater, er möge Frankreich und dem Könige Ferdinand nicht zu viel trauen, und möge nicht seinen aufrichtigsten und leistungsfähigsten Bundesgenossen, Heinrich von England, von sich stoßen. Maximilian ließ sich auch diesmal ködern, besonders da Ludwig XII. auf Ferdinands Vorschlag nach dem Tode seiner Gemahlin des Kaisers Enkelin Eleonora zu heiraten versprach. Er rechnete auf die Geschicklichkeit des Königs Ferdinand und auf dessen Einfluß auf seinen Schwiegersohn Heinrich VIII. wie auf die Schwäche dieses Fürsten und gab nicht nur selbst dem spanischen Könige seine Vollmacht zum Abschluß eines einjährigen Waffenstillstandes mit Frankreich, sondern verbürgte sich auch dafür, daß Heinrich diesen Verträgen, die am 13. März 1514 in Orleans unterzeichnet wurden, beitreten würde.

Die natürliche Folge davon war, daß sich der englische König vom Kaiser trennte und dem Könige von Frankreich anschloß, der gar nicht daran dachte, die dem Kaiser gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu halten. Am 7. August wurden in London die Verträge unterzeichnet, nach denen Ludwig XII. Heinrichs VIII. Schwester Maria heiraten sollte und beide Könige sich nicht bloß ihre gegenwärtigen Besitzungen garantierten, sondern sich auch zur Eroberung jener, die ihnen rechtlich gehörten, Hilfe zusicherten.

Wie sehr hatte sich die Lage seit einem Jahre zu Frankreichs Gunsten geändert! Mit England war es verbündet, gegen Spanien wenigstens noch für einige Zeit gesichert. Der Papst Leo X., der seinem Bruder und seinem Neffen ein Reich in

Italien verschaffen wollte, schwankte zwischen den verschiedenen Großmächten hin und her, da er nicht wußte, durch wessen Unterstützung er diesen Zweck am leichtesten erreichen könnte. Venedig, das der Papst wieder einmal zur Abtretung Veronas und Vicenzas an den Kaiser zu bewegen suchte, beschloß geradezu, den König von Frankreich zu einem neuen Zuge nach Italien zu ermuntern und ihm dafür seine Hilfe zu versprechen. Ludwig XII. zog daher bereits seine Truppen zusammen, um sie nach Ablauf des Waffenstillstandes mit Spanien und dem Kaiser über die Alpen zu senden, als ihn am 1. Januar 1515 der Tod hinwegraffte.

Sein Neffe und Nachfolger, der junge und ehrgeizige Franz von Angoulême, führte den Plan desselben nur mit noch größerer Energie aus. Es hinderte ihn nicht, daß der Papst, der Kaiser und Ferdinand von Spanien unter Einbeziehung der Schweizer und des Herzogs von Mailand am 3. Februar in Rom ein Bündnis schlossen; denn im entscheidenden Augenblicke blieben dieselben doch unthätig. Im August 1515 zog Franz I. mit einem so stattlichen Heere, wie Frankreich noch keines über die Alpen gesendet, nach Italien, besiegte, im entscheidenden Augenblicke durch die eintreffende venetianische Reiterei unterstützt, nach harten Kämpfen, die vom Abende des 13. bis zum Nachmittage des 14. September dauerten, die Schweizer bei Marignano (Melegnano), nahm Mailand ein und führte den Herzog Maximilian als Gefangenen nach Frankreich, wo er gegen Verzichtleistung auf seine Ansprüche als französischer Pensionär sein Leben beschloß. Die Schweizer, die bei Marignano ungeheure Verluste erlitten hatten und unter einander uneinig waren, gaben es nun auf, die Rolle einer Großmacht zu spielen; der größere Teil der Kantone schloß gegen hohes Geld Frieden mit Frankreich. Auch der Papst, der die Unterhandlungen mit Franz I. nie abgebrochen hatte, traf jetzt mit demselben ein Abkommen. Man trug sich sogar mit Plänen zur Eroberung Neapels.

Um so fester glaubten jetzt die übrigen Mächte zusammenhalten zu sollen. Am 19. Oktober schloß Heinrich VIII. von

England, der vom französischen Könige durch die Einmischung in die Verhältnisse Schottlands beleidigt worden war, mit Ferdinand von Spanien ein gegenseitiges Schutzbündnis. Zugleich war derselbe bereit, hohe Subsidien zur Aufbringung eines schweizerischen Söldnerheeres zu zahlen, welches, vom Kaiser mit Reiterei und Artillerie versehen, die Franzosen aus Mailand vertreiben sollte. Ein gewandter Agent, Dr. Pace [1]), wurde im Herbste 1515 abgesendet, um die Schweizer vom Anschlusse an Frankreich abzuhalten und zur Ausführung der Wünsche Englands zu bewegen.

Das englische Geld that seine Wirkung. Im Februar 1516 setzten sich 17000 Mann aus jenen Schweizerkantonen, die noch in feindseliger Stellung gegen Frankreich verharrten, durch Graubünden und das Etschthal nach Verona in Bewegung, um sich mit den Kaiserlichen zu vereinigen. Da auch die Stände Tirols und der schwäbische Bund dem Kaiser einiges Geld bewilligt hatten, so stand diesem jetzt ein Heer von wenigstens 30000 Mann zur Verfügung, und er stellte sich an die Spitze desselben.

Am 11. März brach Maximilian von Verona auf, erzwang sich bei Peschiera den Übergang über den Mincio, nötigte die Venetianer und Franzosen zur Aufhebung der Belagerung von Brescia, welches nach der früheren Räumung Italiens durch die Franzosen in seine Hände gekommen war, überschritt den Oglio und am Ostersonntage, den 23. März, bei Caravaggio auch die Adda und erschien am Tage darauf in der Nähe von Mailand, in das sich die Franzosen unter dem Herzoge von Bourbon zurückgezogen hatten. Ein rascher Angriff auf diese Stadt schien das Schicksal der Franzosen, die ihm

1) Seine Berichte wie jene des schon lange beim Kaiser beglaubigten Robert Wingfield, die Brewer, Letters and papers I,1, 281 sqq. mitgeteilt hat, bilden eine der wichtigsten Quellen für die folgenden Ereignisse. Vgl. auch die Einleitung dazu, XLIV ff., und den im wesentlichen sich darauf stützenden Essay von Pauli, Diplomatie im Jahre 1516, in „Histor. Zeitschrift“ XIV, 269 ff., wie Gisi a. a. O., S. 200 ff.

bisher nirgends einen ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen gewagt hatten, zu besiegeln.

Da erklärte der Kaiser auf einmal, daß er sich zurückziehen müsse. Er begründete diesen unerwarteten Schritt mit der Schwierigkeit der Verpflegung, da ihm der Feind an Reiterei überlegen sei, und mit der Mißstimmung seiner Truppen, denen man wegen des Ausbleibens der englischen Subsidien ihren Sold nicht zahlen konnte. Auch erhielt gerade im entscheidenden Augenblicke Bourbon Verstärkungen, besonders aus den französisch gesinnten Kantonen der Schweiz. Auf eine höhnende Einladung des Herzogs, zu ihm nach Mailand zu kommen und mit ihm zu trinken, forderte er zwar denselben zum Kampfe heraus und rückte am 26. April vor Mailand, wo er sein Heer in Schlachtordnung aufstellte. Als aber Bourbon sich innerhalb der Mauern hielt und die Niederbrennung der Vorstädte von Mailand zeigte, daß er entschlossen sei, diese Stadt auf das äußerste zu verteidigen, da ließ sich der Kaiser nicht mehr halten und trat mit seiner Reiterei und Artillerie den Rückzug in nordöstlicher Richtung an [1]). Schon am 3. April stand er am Oglio südlich am Lago d'Iseo. In Lovere [2]) am Nordende dieses Sees wäre er von den Seinigen, die ihn einen „Apfelkönig", einen „Strohkönig" u. s. w. schalten, beinahe erschlagen worden. Endlich nur noch von einigen Hundert tirolischen Kriegsknechten begleitet, gelangte er um die Mitte des April aus Val Camonica durch tiefen Schnee über den Paß Tonale

1) Wir haben leider keine verläßlichen Nachrichten, die uns über die Motive des Kaisers genügend aufklärten. Die englischen Gesandten Pace und Wingfield, welche im kaiserlichen Lager waren und uns (bei Brewer II, 1, lxx ff. und 489) über die äußerlichen Vorgänge berichten, kannten dieselben selbst nicht und konnten nur mitteilen, was der Kaiser erklärte. Vgl. auch l. c., p. 543, no. 1885.

2) Dies ist ohne Zweifel das „Lorsers" bei Kirchmair in „F. R. Austr. SS." I, 437, jedenfalls nicht Lavis nördlich von Trient, wie Torre d'Oglio nicht an der Mündung dieses Flusses liegen kann und Terzilas, von wo aus der Kaiser am 16. und 18. April schreibt, nicht nordöstlich von Trient liegt, sondern Terzolas auf dem Sulzberg zwischen Malé und Caldes ist.

nach dem Sulz- und Nonsberg und von da an die Etsch. Sein in Italien zurückgelassenes Heer löste sich größtenteils auf, indem die Schweizer nachhause zogen.

Der militärische Ruf wie das Ansehen des Kaisers hatten durch den Ausgang dieses Feldzuges einen schweren Schlag erlitten, und nur zu bald machten sich die Wirkungen fühlbar. Schon am 26. Mai wurde die Besatzung von Brescia durch die Venetianer und Franzosen zur Übergabe dieser Stadt gezwungen, worauf dieselben die Belagerung Veronas unternahmen. Doch wurde diese Festung infolge der Unterstützung, die sie von Tirol her erhielt, gegen wiederholte Angriffe glücklich behauptet.

Der Zug gegen Mailand war das letzte aktive Eingreifen des Kaisers in die italienischen Angelegenheiten gewesen. Fortan wandelte er die Bahn, die ihm die Räte seines Enkels vorzeichneten.

Schon um Neujahr 1515 hatte Maximilian dem Drängen der Niederländer nachgeben und den Erzherzog Karl aus seiner Vormundschaft entlassen müssen. Doch ließ sich dieser auch fortan von fremden Leuten lenken, besonders von seinem früheren Hofmeister Wilhelm von Croy, Herrn von Chièvres. Die niederländischen Räte wollten aber vor allem Ruhe haben, namentlich vor Frankreich, das ihrem Lande am gefährlichsten war, und suchten daher gleich mit demselben unter wenig günstigen Bedingungen ein Freundschaftsbündnis zustande zu bringen, so sehr der Kaiser es auch mißbilligte. Auch als dem Erzherzoge Karl nach dem Tode seines mütterlichen Großvaters Ferdinand am 23. Januar 1516 die spanische Monarchie mit Neapel, Sicilien und Sardinien zufiel, blieb die Politik seiner Räte dieselbe, obwohl Franz I. durch Unterstützung des Herzogs von Geldern und des vertriebenen Königs von Navarra wie durch die Vorbereitungen zu einem Angriffe auf Neapel seine wahre Gesinnung deutlich genug an den Tag legte. Der Vertrag, den die Bevollmächtigten beider Könige am 13. August 1516 in Noyon schlossen, war für Karl in keiner Weise günstig. Denn seine Verlobung mit Louise, der erst ein Jahr alten

Tochter des französischen Königs, welcher dieser seine Ansprüche auf Neapel abtreten wollte, verdammte ihn auf lange Jahre zur Ehelosigkeit und stellte seine Rechte auf Neapel in Frage. Zugleich wurde hier verabredet, daß der Kaiser Verona binnen zwei Monaten gegen eine Summe von 200000 Dukaten an Venedig zurückgeben sollte.

Maximilian war nun freilich mit dieser Bestimmung, welche ihn des letzten festen Punktes in Italien beraubte, durchaus nicht einverstanden [1]), und suchte von England zur Fortsetzung des Krieges weitere Subsidien zu erhalten. Da aber die Schweizer am 29. November mit Frankreich den ewigen Frieden schlossen, der ihnen jede Unterstützung der Feinde desselben untersagte, so unterzeichnete Karl, eine ihm vom Kaiser erteilte Vollmacht in einigen Punkten überschreitend, im Namen desselben am 3. Dezember den Vertrag von Brüssel, wonach auch dieser gegen die angegebene Summe in die Abtretung Veronas willigte und mit Venedig einen Waffenstillstand auf anderthalb Jahre schloß. Der Kaiser, dem jetzt selbst die Stände Tirols die nachgesuchten Subsidien verweigerten [2]), fügte sich, setzte aber einem definitiven Frieden mit Venedig noch immer Hindernisse entgegen. Nur zur Verlängerung des Waffenstillstandes auf weitere fünf Jahre ließ er sich am 31. Juli 1518 bewegen.

Wenn Maximilian dahin gestrebt hatte, den Einfluß des Kaisers in Italien herzustellen und einen Teil der Halbinsel wieder unter seine unmittelbare Herrschaft zu bringen, so war

1) Wenn R. Pauli, Diplomatie des Jahres 1516, in „Hist. Zeitschrift" XIV, 283 ff., die Ansicht vertritt, daß dies nur „Possenspiel", „Spiegelfechterei" gewesen sei, so hat er Beweise dafür nicht beigebracht, so wenig wie für seine Vermutung (S. 279), daß geheime Anträge des Feindes den Rückzug Maximilians von Mailand veranlaßt hätten. Er geht ebenso wie Brewer in der „Préface" zum 2. B., der sich aber vorsichtiger äußert, von der nach der Darstellung Baumgartens doch nicht mehr haltbaren Voraussetzung aus, daß Maximilian und die Räte seines Enkels unter einer Decke gespielt hätten.

2) Brandis, Landeshauptleute, S. 435 ff.

dieser Plan vollständig gescheitert. Im Süden Italiens herrschten auch fortan die Spanier, im Norden waren die Franzosen übermächtig, und nur das Deutsche Reich blieb von diesem Lande, das in früheren Jahrhunderten so enge mit ihm verbunden gewesen war, gänzlich ausgeschlossen. Daß es so gekommen war, hatten doch nicht am wenigsten die deutschen Reichsstände verschuldet, welche nach dem Jahre 1507 sich den Vorgängen in Italien gegenüber völlig gleichgültig verhalten hatten. Ohne daß der Kaiser dies von Anfang an beabsichtigt hatte, endete der neunjährige Krieg mit Venedig nur mit einer Vergrößerung der österreichischen Erblande. Außer ein paar Plätzen in Friaul blieben dem Kaiser die Eroberungen, die er innerhalb der Alpen gemacht hatte, nämlich die Festungen Covelo und Peutelstein mit Ampezzo, die Städte Roveredo und Riva, welch letzteres dem Bischofe von Trient überlassen ward, die sogenannten vier Vikariate Ala, Avio, Mori und Brentonico und die Ortschaften Nago und Torbole am Gardasee. Diese Gebiete wurden unter dem Namen der welschen Konfinien mit Tirol vereinigt, welches dadurch auch im Süden eine den natürlichen Verhältnissen entsprechende, militärisch haltbare Grenze bekam. Freilich war dieser Gewinn durch einen vieljährigen Krieg, der trotz aller Opfer, die Tirol gebracht [1]), die Verpfändung eines großen Teils der Kammergüter und die Anhäufung einer ungeheuren Schuldenlast [2]) notwendig gemacht hatte, sehr teuer erkauft worden.

Glücklicher als bei seinen italienischen Plänen war Maximilian bei seinem Streben, seinem Hause auf irgendeine Weise die Nachfolge in Ungarn und in Böhmen zu sichern.

1) Die tirolischen Stände behaupteten 1517, daß sich ihre Leistungen in den Kriegen seit 1499 auf 2000000 Gulden belaufen. A. Jäger II,2, 489. Dagegen treten freilich die Bewilligungen der andern Erbländer sehr zurück!

2) Nach Brandis, Gesch. der Landeshauptleute von Tirol, S. 454, der sich offenbar auf amtliche Quellen stützt, betrugen im Jahre 1518 die Schulden des Kaisers an die Kaufleute allein 512741 Mark Silber, 132412 Zentner Kupfer und 330310 Gulden an barem Gelde.

Fünftes Kapitel.

Böhmen und Ungarn unter Wladislaw II. und dessen Beziehungen zu Maximilian I. — Verhandlungen über die deutsche Königswahl.

Die Ungarn hatten nach dem Tode des Königs Matthias im Jahre 1490 unter den verschiedenen Kandidaten gerade jenen auf den Thron gehoben, der am wenigsten im Rufe der Tüchtigkeit stand.

Wladislaw II. hatte sich während einer neunzehnjährigen Regierung in Böhmen als einen König ohne geistige Fähigkeiten, ohne festen Willen und ohne Kraft bewiesen, der die Parteien thun ließ, was sie wollten [1]). Nur in religiösen Fragen zeigte der König manchmal einen eigenen Willen, indem er die Katholiken und die gemäßigten Utraquisten bei der Besetzung der staatlichen und städtischen Ämter begünstigte und calixtinische Geistliche, die ihrer Überzeugung auf der Kanzel in gar zu schroffer Form Ausdruck gaben, verhaften und in den Kerker werfen ließ. Da auch einige Mitglieder des katholischen Herrenbundes, als sie ihre während des Krieges verlornen Güter in Böhmen wieder zurückerhielten, die utraquistischen Geistlichen aus denselben vertrieben, so nahm die Aufregung unter den Husiten immer mehr zu. Auf einem Landtage im Mai 1481 weigerte sich die utraquistische Majorität geradezu, die königlichen Propositionen in Beratung zu ziehen, so lange ihren religiösen Beschwerden nicht abgeholfen wäre. Gegen den König wurden heftige Klagen erhoben, daß er die bei seiner Wahl eingegangenen Bedingungen nicht erfüllt, namentlich für die Einsetzung eines utraquistischen Erzbischofs nicht gesorgt habe.

1) Ich verweise für die Zustände Böhmens unter Wladislaw II. auf Palacky, der in den beiden Abteilungen des 5. Bandes seiner „Geschichte Böhmens" diese Periode mit großer Ausführlichkeit behandelt hat.

Im Jahre 1482 verbanden sich einige Städte des Saazer wie Städte und Adelige des Königgrätzer Kreises zu gegenseitigem Schutze wider alle Bedrückung vonseiten des Königs und der katholischen Herren, und von diesen Punkten aus verbreitete sich die Bewegung über das ganze Land. Auf mehreren Zusammenkünften beschlossen die Utraquisten, gegen jede Beeinträchtigung ihres Glaubens einander Beistand zu leisten.

Da die Häupter der Prager Städte, die der König aus den gemäßigtesten Utraquisten genommen hatte, bei allen diesen Vorgängen eine laue Gesinnung zeigten und sich von diesen Beschlüssen fern hielten, so brach am 24. September 1483, während der König wegen der Pest sich in Trebitsch aufhielt, gegen sie ein wütender Aufstand los [1]). Auf ein durch einen utraquistischen Geistlichen vom Turme der Teinkirche gegebenes Glockenzeichen stürmten bewaffnete Volkshaufen nach dem Rathause der Altstadt, schlugen den Richter und mehrere Ratsherren tot und warfen die Leichname zu den Fenstern hinab. Dasselbe geschah sieben Ratsherren in der Neustadt, die teilweise noch lebend zu den Fenstern hinabgestürzt wurden. Zwei Tage darauf wurden die Bürgermeister der Alt- und Neustadt wie der Kleinseite und sechs Schöppen enthauptet, nachdem man ihnen auf der Folter das Geständnis abgepreßt hatte, daß sie den Plan gehabt hätten, über ihre Gegner herzufallen, 80 derselben zu ermorden und alle utraquistischen Priester aus der Stadt zu verjagen. Auch die Klöster wurden überfallen, Kelche und Monstranzen, Meßgewänder und Bücher geraubt, die Mönche vertrieben, der Abt von Wyschehrad ertränkt. Daran schloß sich eine Hetze gegen die Juden, denen man nicht einen Nagel an der Wand ließ. Auch die Deutschen, bei dritthalb hundert, wie es heißt, wurden ausgeplündert, bei Wasser und Brot eingesperrt, einige sogar dem Hungertode preisgegeben, dann alle Gegner des Kelches aus Prag verbannt. Sogar

1) Vgl. über diesen mit Palacky V,1, 250ff. die von Bachmann in „Mitth. des Vereins f. Gesch. d. Deutschen" XIX, 253 ff. mitgeteilte „Passio Pragensium" mit den vorangeschickten Erörterungen.

das Prager Schloß wurde vom zaghaften Burggrafen den Aufrührern übergeben. Der König mußte alle diese Greuelthaten ungestraft lassen, da die Mehrheit der Stände mit den Pragern sympathisierte und jede Unterstützung gegen dieselben verweigerte. Ja Wladislaw wurde nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt durch einen fanatischen Prager sogar persönlich geschmäht und bedroht, so daß er fortan seine Residenz auf dem Hradschin aufschlug.

Doch scheint gerade das Übermaß der Glaubenswut die Kraft desselben erschöpft zu haben. Auf einem Landtage, der im März 1485 in Kuttenberg versammelt war, kam es zu einem Ausgleiche zwischen den Katholiken und Utraquisten, der 31 Jahre in Kraft bleiben sollte. Die Kompaktaten sollten nach ihrem Wortlaute Geltung behalten, beide Religionsparteien gleichberechtigt neben einander leben, auch die Unterthanen derselben ihres Glaubens wegen nicht beeinträchtigt werden. Die Geistlichen sollten sich auf die Predigt des Wortes Gottes und die Sorge für die Moral beschränken, aber nicht gegen Andersgläubige eifern. Von kleineren Reibungen abgesehen ist der religiöse Friede fortan lange in Böhmen nicht mehr gestört worden.

Obwohl wiederholte Versuche der Utraquisten, auch mit Rom eine Einigung zustande zu bringen, an der Unnachgiebigkeit der Päpste scheiterten, so bildete doch von dieser Zeit an nicht mehr die Verschiedenheit des Glaubens, sondern der Gegensatz der Interessen zwischen den verschiedenen Ständen den Grund einer tiefgehenden Spaltung des böhmischen Volkes. Die Herren wollten die Schwächung des Bürgertums, die eine Folge der husitischen Bewegung gewesen war, endlich zur dauernden Gründung ihrer Herrschaft ausnützen. Indem sie sich im Jahre 1487 mit den Rittern über die Besetzung des Prager Landrechtes, des obersten böhmischen Gerichtshofes, verständigten und denselben 8 von 23 Stellen überließen, fanden sie bei ihren Bestrebungen auch an den Rittern Verbündete, welche während den Glaubensstreitigkeiten mit den Städten Hand in Hand gegangen waren. Schon im Jahre 1479, gleich nach der

Herstellung des Friedens mit Ungarn, hatte der Adel die ersten Versuche in dieser Richtung gemacht und er ruhte nicht, bis er seine Ziele wenigstens teilweise erreicht hatte.

Die Bauern wurden 1487 gesetzlich der Freizügigkeit beraubt und, da sie infolge der Ausdehnung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit auf dieselben jedes Rechtsschutzes entbehrten, ohne Rücksicht auf ihre bisherigen Leistungen mit willkürlichen Abgaben und Fronden belastet, so daß viele derselben, wie ein böhmischer Rechtsgelehrter jener Zeit schreibt, ihre Güter verließen und sich als Räuber, Mörder und Brandstifter dem Verbrechen ergaben, oder sich gegen ihre Herren erhoben und bewaffnet in die Berge zogen. Nicht einmal Heiden und Türken, bemerkt derselbe, lassen sich solche Widerrechtlichkeit zuschulden kommen wie die böhmischen Adeligen. Fortan schmachtete der Bauernstand in Böhmen und Mähren mit wenigen Ausnahmen in den Fesseln der drückendsten Leibeigenschaft [1]).

Ebenso wenig wie um die Rechte der Bauern kümmerten sich die böhmischen Herren um die Privilegien der Städte. In ihren rechtlichen wie in ihren materiellen Interessen wurden diese beeinträchtigt. Obwohl diesen z. B. die ausschließliche Befugnis zugesprochen war, innerhalb der städtischen Bannmeile Bier zu brauen, begannen nun auch die Adeligen, in der Nähe der Städte Brauereien anzulegen und den Bürgern den Verkauf des Bieres auf ihren Gütern zu verbieten. Die Könige hätten nicht das Recht gehabt, die Rechte des Adels zu beschränken, urteilte das Landrecht 1493 auf eine Klage der Stadt Chrudim über Verletzung ihrer Privilegien. Auch die städtische Gerichtsbarkeit wurde durch das in den Händen des Adels befindliche Landrecht eingeschränkt. Zugleich begann dieser die politische Stellung des Bürgertums zu untergraben. Schon im Jahre 1479 stellten die Herren die Forderung auf, „daß

1) Bezüglich Mährens vgl. J. A. Tomaschek, Recht und Verfassung der Markgrafschaft Mähren im XV. Jahrhundert, S. 49—79, der sich mit Recht entschieden gegen Palackys unhistorische Annahme ausspricht, daß Hörigkeit und Leibeigenschaft den böhmischen Ländern früher fremd und Folge des Einflusses deutscher Zustände gewesen seien.

Bürger an den allgemeinen Landtagen, wo die Barone und Ritter zusammenkommen, um über das allgemeine Wohl und die Rechte des Landes zu beraten, keinen Teil haben sollten". Da der König selbst unter dem Einflusse seiner adeligen Räte im Jahre 1484 sich gegen die Behauptung der Städte aussprach, daß sie nicht verpflichtet seien, wo sie nicht mitgeraten hätten, so fühlte sich der Adel um so mehr angespornt, in diesem Streben nicht nachzulassen. In der auf einem Landtage des Jahres 1500 von den Herren und Rittern beschlossenen sogenannten Wladislawschen Landesordnung wurde das Recht zu Änderungen derselben ausschließlich den Herren und Rittern zugesprochen und erklärt, daß die Städte nur dann mitzuwirken hätten, wenn es sich um ihre eigenen Angelegenheiten handelte. Die Proteste und Vorstellungen der Städte halfen nichts. Es wurde vom Adel sogar behauptet, daß die Städte kein freier Stand seien, weil sie der königlichen Kammer zinspflichtig seien; sowie die Herren zu keinen Beschlüssen die Zustimmung ihrer Unterthanen brauchten, so noch weniger der König die seiner Städte, die ihm in allem zum Gehorsam verpflichtet seien und einfach dem nachkommen müssen, was die Herren und Ritter mit dem Könige für Recht erklären. Auch Wladislaw stellte sich in dem Streite der Stände auf die Seite des Adels, bestätigte die Landesordnung und entschied in den meisten Punkten gegen die Städte. Nur bei der Wahl des Königs, bei Steuerbewilligungen und der Aussendung eines Heeres sprach er ihnen ein Stimmrecht zu. Erst im Jahre 1508, als die Städte unter sich ein Bündnis geschlossen hatten und sich nicht einschüchtern ließen, gab der Adel in diesem Punkte nach und erklärte, daß die Städte als dritter Stand zu den Beratungen auf den Landtagen beigezogen werden sollten.

Wie die Rechte der Städte so sollte auch die Gewalt des Königs zugunsten des Adels beschränkt werden. Im Jahre 1497 wurde derselbe dahin gebracht, daß er dem Heimfallsrechte, dem Rechte der Krone auf die Güter der ohne Nachkommen oder nahe Seitenverwandte verstorbenen Adeligen, auf ewige Zeiten entsagte. Ein Landtag des Jahres 1499 bestimmte, daß der

König Landesämter nur mit Zustimmung des Herren- und Ritterstandes sollte vergeben dürfen. Im Jahre 1508 erklärte der König selbst, daß er die Landesämter nach dem Rate der obersten Beamten und seiner Räte, die Stellen der Gerichtsbeisitzer nach dem Rate der übrigen besetzen sollte. 1499 verpflichtete sich Wladislaw auch in feierlicher Weise, daß weder er noch seine Nachfolger das Recht haben sollten, ohne die Zustimmung des ganzen Landes Schlösser oder Güter in Böhmen oder den damit vereinigten Ländern zu verschenken, zu verkaufen oder zu verpfänden. Da Wladislaw seit seiner Wahl zum Könige von Ungarn meist außer Landes lebte und nur noch selten nach Böhmen kam, so konnte sich die Herrschaft des Adels in diesem Reiche ungehemmt befestigen.

Natürlich zeigte sich die Exklusivität des böhmischen Adels auch in anderen Verfügungen. Nach unten wie nach außen suchten sich die Herren abzuschließen. Einem Ausländer sollte niemand seine Güter ohne Bewilligung des Königs abtreten dürfen, dieser aber nur mit Zustimmung des Landtages seine Genehmigung erteilen. Wer dagegen handelte, sollte ehrlos sein und aus dem Lande verwiesen, das Gut dem Ausländer weggenommen und zum allgemeinen Besten konfisziert werden. Es entsprang teilweise demselben Geiste und nicht bloß dem Streben nach größerer Deutlichkeit, wenn in Mähren 1480, in Böhmen 1495 „für ewige Zeiten“ beschlossen wurde, daß alle Eintragungen in die Landtafel und in die damit in Verbindung stehenden Bücher nur noch in čechischer Sprache sollten stattfinden dürfen.

Die unbeschränkte Herrschaft einer ausschließlich čechischen Aristokratie mit einem machtlosen König an der Spitze und mit gefügigen Bürgern und geknechteten Bauern unter sich, das war das Ideal der böhmischen Adeligen gewesen, und dieses Ideal hatten sie im Verlaufe der Regierung Wladislaws II. fast vollständig realisiert.

Den Ungarn war die Schwäche Wladislaws natürlich nicht unbekannt gewesen, als sie ihn nach dem Tode des Königs Matthias auf ihren Thron beriefen, ja gerade sie dürfte ein

Hauptgrund gewesen sein, daß sie ihn den anderen Kandidaten vorzogen. Denn in welchem Geiste sie die Regierung fortan geleitet sehen wollten, zeigt die Wahlkapitulation, die Wladislaw am 31. Juli 1490 nach Überschreitung der Grenze bestätigen mußte. Er versprach alle Einwohner Ungarns bei ihren alten Rechten und Freiheiten zu erhalten, und unter keinem Vorwande zum Schaden derselben irgendwelche Neuerungen einzuführen, „wie das König Matthias gethan hatte", die durch diesen eingeführten aber wieder abzuschaffen. Namentlich wollte er nie die Steuer von einem Gulden (Dukaten) verlangen, sondern sich mit den regelmäßigen Einkünften der königlichen Kammer begnügen und die durch Matthias und dessen Gemahlin auf unrechtmäßigem Wege in Besitz genommenen Güter den früheren Eigentümern wieder zurückstellen. Er gelobte, größtenteils in Ungarn zu residieren, nur Ungarn zu seinen Räten und Beamten zu nehmen, nur Inländern die kirchlichen Würden wie die staatlichen Ämter zu übertragen und Besitzungen zu verleihen und nie hemmend in die Rechtspflege einzugreifen oder jemandem an seiner Person oder seinem Vermögen zu schaden. Er verpflichtete sich endlich, alles zu genehmigen und zu bestätigen, was die Prälaten und Barone bis zu seiner Krönung „für die Freiheit und die Ruhe des Reiches" beschlossen hätten [1]).

Auf dem Reichstage, den Wladislaw zur Bestätigung des Friedens mit Österreich auf den 2. Februar 1492 nach Ofen berufen hatte, schritt die Reaktion gegen das Regierungssystem des Königs Matthias noch weiter vorwärts. Alle Neuerungen, die derselbe auf dem Gebiete des Heer- und Steuerwesens eingeführt hatte, wurden auf Verlangen der Stände wieder abgeschafft und der Zustand wieder hergestellt, wie er unter den Königen Sigmund und Albrecht gewesen war. Statt der allgemeinen Grenzzölle wurde wieder der Dreißigste mit den zahlreichen Befreiungen von demselben, statt der erhöhten Grundsteuer in Ungarn der alte „Kammergewinn" von $^1/_5$ Dukaten

1) Corpus jur. Hungar. I, 255, auch ap. Katona XVII, 46.

von jedem Bauernhofe, in Siebenbürgen der Fünfzigste, in Slavonien die Marderfellsteuer eingeführt. Zugleich wurde ausdrücklich bestimmt, daß der König nicht das Recht habe, zu einem Kriege außerhalb des Reiches ein Aufgebot zu erlassen. Auch bei einem Angriffe auf Ungarn selbst sollten die Prälaten und Adeligen nur dann aufgerufen werden dürfen, wenn die Söldner des Königs und die Reichswürdenträger den Feinden nicht gewachsen wären. Die Reichsbarone oder ersten Würdenträger, die Herzoge Johann Corvinus und Lorenz von Ujlak, Stephan Zapolya, Erbgraf der Zips, die Grafen von Pösing und St. Georgen, von Corbavien und die Frangepane sollten ihr eigenes Banderium haben, von denen jedes aus 200 schwerbewaffneten und 200 leichtbewaffneten Reitern oder Husaren, ein halbes Banderium aus 200 Reitern bestehen sollte. Die Übrigen sollten von 20 Bauernhöfen [1]) einen gut gerüsteten Reiter, von den Edelleuten mit nur einem Gute ohne Hörige je 10 einen Reiter stellen. Zugleich wurde die Gewalt des Königs dadurch beschränkt, daß er ohne Zustimmung seiner Barone und Prälaten nur 100 Bauern sollte verschenken dürfen. Bezüglich des Palatins, „der dem Könige gegenüber den Reichsbewohnern und den Reichsbewohnern gegenüber dem Könige Recht zu verschaffen hat", wurde bestimmt, daß ihn der König nur nach dem Rate der Prälaten und Barone und mit Zustimmung der Adeligen ernennen sollte [2]). Jetzt erhielt diese Würde Stephan von Zapolya.

Wladislaw II. war nicht der Mann, den Verfall der königlichen Macht in Ungarn aufzuhalten. Die verschiedensten Berichte stimmen darin überein, daß er von seltener Gutmütigkeit war, aber nicht die Eigenschaften besaß, die dem ungarischen

1) Nach einem Reichstagsbeschlusse von 1498, § 16, nur noch von 36 Höfen.

2) Corp. jur. Hung. I, 257, auch ap. Katona XVII, 339 sqq. Von den 108 Artikeln, von denen übrigens manche besonders auf dem Gebiete der Justizpflege auch wirkliche Verbesserungen enthielten, kommen für die oben angeführten Bestimmungen die §§ 9, 18—21, 26, 27 und 33 in Betracht.

Adel imponiert hätten. Der König ist ein schöner Mann, bemerkt ein venetianischer Gesandter, der drei Jahre am ungarischen Hofe zugebracht hat [1]), von großer Gestalt, fromm und religiös, hat, wie man sagt, nie Umgang mit einem Weibe gepflogen, wird nie zornig, sagt nie Böses über jemanden, glaubt nicht daran, wenn ihm über jemanden Ungünstiges berichtet wird, betet viel, hört täglich drei Messen; aber im übrigen ist er wie eine Statue, da er wenig spricht. Er giebt allen Audienz, hat nie jemanden hinrichten lassen, aber findet wenig Gehorsam. Er war so schweigsam, schildert ihn der böhmische Ritter Dubrawsky oder Dubravius, der spätere Olmützer Bischof, der ihn auch noch persönlich gekannt hat [2]), daß er von den meisten das stumme Götzenbild genannt wurde, das nichts sprechen könne als bene oder dobže (gut). Denn er hatte die Gewohnheit, den Ungarn, deren Sprache er nicht kannte, lateinisch bene, den Böhmen aber dobže zu antworten. Es ist daher kein Wunder, daß durch diese zwei Worte seine beiden Reiche sehr gelitten haben, indem dadurch die königlichen Städte, Burgen, Zölle und andere Einkünfte verloren gegangen sind. So kam es, daß er von Mähren gar nichts, von Böhmen nur sehr wenig [3]) einnahm und daß er in Ungarn, einem so reichen Lande, wiederholt so in Not war, daß weder Lebensmittel noch Wein vorhanden war. Ich selbst, bemerkt Dubravius, habe in Ofen gesehen, wie Hoflakaien mit leeren Flaschen in das Haus des Bischofs Georg von Fünfkirchen liefen, um für das Mittagsmahl des Königs Wein zu erhalten [4]). Besonders mit Zu-

1) Relation des Seb. Giustinian von 1503 in den Diarien des Marino Sanuto, ed. Stefani, Fulin etc. III, 858—863. Bei Wenzel, der im XIV., XXIV. und XXV. B. des „Magyar történelmi tár" alle auf Ungarn bezüglichen Berichte aus M. Sanuto bis 1526 zusammengestellt hat, ist der Text gerade hier (XXIV, 72) lückenhaft.

2) Dubravii Hist. Boh., lib. XXXII, am Schlusse.

3) Nach der erwähnten Relation Giustinians 5000 Dukaten, von Mähren nichts.

4) Weitere Belege für diese Angabe bei Neustadt, Ungarns Verfall am Beginn des XVI. Jahrhunderts. „Ungar. Revue" 1885, S. 398.

nahme von Alter und Kränklichkeit wurde er träge, gleichgültig gegen das Seinige und verschwenderisch, nicht aus freiem Willen, sondern durch die Zudringlichkeit derjenigen, die ihn mit ungerechten Bitten bestürmten und die er nur auf diese Weise loswerden konnte. Auch ein böhmischer Edelmann von hohem Ansehen und großer Einsicht, Wilhelm von Pernstein, hat über Wladislaw dessen Sohne geschrieben: „Der verstorbene König hat sich durch seine Güte in diesen Königreichen vielfach geschadet; denn wer ausdauernd etwas von Sr. Gn. verlangte, erhielt alles" [1]).

Gerade die letzte Eigenschaft Wladislaws wurde von den eigennützigen Großen in der gewissenlosesten Weise ausgebeutet. Nicht nur ließen sie sich Gehalte zahlen, die für jene Zeit unverhältnismäßig hoch waren, wie denn z. B. Stephan Zapolya als Palatin jährlich 6000, als Hüter der Krone und der Burg von Vissegrád 1000, für die Hut der Burg Saros 2000 Dukaten bezog, Johann Corvinus als Ban von Kroatien einen Gehalt von 10000, der Woywode von Siebenbürgen, der auch die Verpflichtung hatte, 200 Mann zu unterhalten, von 12000, der Schatzmeister von 4000 Dukaten hatte. Die Magnaten und Prälaten, der Palatin voran, erwirkten auch, wenn eine allgemeine Reichssteuer beschlossen ward, vom Könige für ihre Unterthanen und Diener Befreiung von derselben, und ließen sich trotzdem, falls sie etwa einmal bei einer besonderen Feierlichkeit größeren Aufwand machten, vom Könige zur Vergütung bedeutende Summen zahlen oder auch unter anderen Vorwänden Geschenke machen. Kein Wunder, daß die Einkünfte nie ausreichten, daß man den Kommandanten der Grenzfestungen den Sold für ihre Soldaten nicht schicken konnte, daß selbst Stallknechte und Kutscher jahrelang auf ihren Lohn warten mußten, und daß trotzdem der König sich genötigt sah, schon im Jahre 1494 mit Zustimmung der Magnaten von jedem Bauerngute eine Steuer von einem Dukaten ein-

1) Bei Palacky V, 1, 342. Vgl. ebd. V, 2, 339, N. 252, ein ähnliches Schreiben Heinrichs von Rosenberg.

zufordern, was in der letzten Zeit des Königs Matthias Regel gewesen, aber in Wladislaws Wahlkapitulation ausdrücklich verboten worden war. Da die vornehmsten Prälaten und Magnaten ihre Leute befreien ließen oder die Steuer sonst nicht zahlten, und ihr Beispiel auch bei vielen Edelleuten Nachahmung fand, so brachte die Steuer freilich statt ungefähr 200000 Dukaten nur die Hälfte dieser Summe ein, wozu dann noch die Gelder kommen, die man nach einem willkürlichen Ansatze den Städten, den Siebenbürger Sachsen und den Juden auferlegte [1]). Da dies bei weitem nicht genügte, um die Bedürfnisse des Staates und Hofes zu befriedigen, so verlangte man schon im Jahre 1495 vom Reichstage die Bewilligung der gleichen Steuer.

Der zunehmende Druck der Steuern, welche die geistlichen und weltlichen Großen nicht zahlten oder auch für sich einhoben, rief eine große Erbitterung des niederen Adels gegen die Hofpartei hervor, deren Häupter der Palatin Stephan Zapolya, der Kanzler Thomas Bakacs, ein ränkesüchtiger Egoist, der sich aus niederem Stande zum Bischofe von Raab, dann von Erlau und endlich zum Erzbischofe von Gran aufschwang, und einige andere Bischöfe waren. Schon auf dem Reichstage von 1495 kam dieser Gegensatz zum Ausbruche. Die Adeligen

1) Sehr interessante Aufschlüsse über die Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1494 und 1495 giebt das Registrum omnium proventuum regalium . . . . per rev. dom. . . . . episcopum Quinqueecclesiensem thesaurarium regie majestatis . . . . perceptorum, das Engel in seiner Geschichte der ungarischen Nebenländer (Fortsetzung der Allgem. Welthistorie, 49. Teil, I, 17—181) veröffentlicht hat. Vgl. die von Kovachich, Suppl. ad Vestigia comit. II, 305—321 mitgeteilten Voranschläge von 1504 und einem andern Jahr besonders die Ausgaben für die Hut der Grenzgebiete und Festungen betreffend. Giustinian giebt in seiner Relation von 1503 die regelmäßigen Einnahmen des Königs (ohne die Thorsteuer) gewiß zu hoch auf 220000 Dukaten an, darunter von Salzbergwerken 50000, von drei Gold- oder Silberbergwerken 39000. In der letzten Zeit Wladislaws waren die Einnahmen nach der Relation Surianos vom Jahre 1516 (Magyar történelmi tár XXV, 53) sehr bedeutend gesunken, wenn auch die Gesamtsumme, 141000 Dukaten, nach den Einzelangaben zu klein ist.

weigerten sich, eine höhere Steuer zu zahlen, als in der Wahlkapitulation Wladislaws festgesetzt worden war, donnerten gegen die Großen, welche die Steuergelder in ihren Sack steckten und die Freiheiten des Adels beeinträchtigten, und verlangten Reformen. Die Magnaten ergriffen den schlauen Ausweg, daß sie zwei Bischöfe und die Protonotare mit der Ausarbeitung neuer Gesetze beauftragten, was so lange Zeit in Anspruch nahm, daß die meisten Adeligen, welche die Kosten des Aufenthaltes in Ofen nicht mehr zu bestreiten vermochten, die Hauptstadt verließen. Die zurückbleibenden, teilweise von den Großen bestochen, ließen sich dann leicht zur Bewilligung der verlangten Steuer bewegen, worauf der Reichstag auf den Oktober vertagt wurde [1]).

Als nach seinem Wiederzusammentritt im Jahre 1496 der Adel neuerdings seine Klagen über den Steuerdruck erhob und behauptete, man habe in sechs Jahren schon 1 800 000 Dukaten gezahlt, opferte man dem Hasse desselben den Schatzmeister Sigismund Ernst, Bischof von Fünfkirchen, und dessen Unterschatzmeister Dombay. Beide wurden von einer Kommission des Unterschleifes schuldig erklärt, ersterer zu einer Geldstrafe von 400 000 Dukaten verurteilt, Dombay, der nicht in der Lage war, durch eine hohe Summe sich loszukaufen, in den Kerker geworfen [2]).

Daß die unbotmäßigen Magnaten die Schwäche des Königs zu Übergriffen und Gewaltthaten benutzten, daß jede Sicherheit verschwand, kann nicht Wunder nehmen. Aber daß Stephan

1) Bonfinii Dec. V, l. 5, p. 572 sq.

2) Mit dieser Nachricht schließt leider das Werk des Bonfinius, der für die ersten Jahre Wladislaws II. reichhaltige und im ganzen verläßliche Nachrichten hat. Das früher erwähnte Registrum proventuum regalium giebt übrigens keine Anhaltspunkte für die Behauptung, daß größere Summen veruntreut worden seien. Aber wie bestechlich der Bischof von Fünfkirchen und Thomas Bakacs waren, ergiebt sich aus der Klage des Johann Corvinus von 1498, im Cod. dipl. patrius IV, 439, daß er diesen beiden Bischöfen an Pretiosen und Herrschaften mehr als 100 000 Dukaten gegeben habe, damit sie ihn im Besitze der Woywodenwürde über Kroatien und Slavonien immer zu erhalten versprachen.

Zapolya, der als Palatin nach dem Könige der oberste Hüter des Rechtes war, es seinen Standesgenossen in dieser Beziehung noch zuvorthat und dem Johann Corvinus außer andern Gütern durch eine förmliche Belagerung eine Burg entriß [1]), zeugt doch von einem besonderen Verfall der moralischen und politischen Anschauungen. Um die Befehle des Königs kümmerte er sich so wenig wie andere. Daß Wladislaw sich einmal ermannte und gegen den stolzen Lorenz von Ujlak, welcher den Bischöfen des südlichen Ungarns Burgen und Güter weggenommen hatte, wie gegen dessen Genossen Lorenz Kishorváthy und den Johanniterprior von Vrana im Jahre 1494 einen förmlichen Feldzug unternahm, ihm die meisten seiner Burgen wegnahm und ihn zur Unterwerfuug zwang, war eine Ausnahme und wird dadurch erklärt, daß Ujlaky sich gegen ihn immer besonders widerspenstig gezeigt hatte und ihn einen Ochsen zu nennen pflegte, und daß er von den zahlreichen und mächtigen Feinden desselben angestachelt und eifrig unterstützt wurde. Und schließlich gab er ihm doch seine Güter unter der nach dem Gesetze selbstverständlichen Bedingung zurück, daß sie, wenn er ohne Kinder mit Tod abginge, an den Staat fallen sollten [2]).

Bei dem zunehmenden Verfalle Ungarns war es ein Glück, daß auf dem türkischen Throne seit 1481 der ruheliebende Bajesid II. saß, der bei seinen Kämpfen mit den asiatischen Fürsten und teilweise auch mit Venedig nicht auch noch einen schweren Kampf mit Ungarn führen wollte.

Als der noch von Matthias geschlossene Waffenstillstand im Jahre 1491 sein Ende erreichte, unternahmen allerdings die Statthalter der türkischen Grenzprovinzen räuberische Einfälle in die benachbarten ungarischen Gebiete, einerseits ins Banat, wo sie Temesvar verbrannten, anderseits nach Kroatien, von wo eine Schar nach Mitte des September nach dem südöst-

1) Bonfinii Dec. V, l. 3, p. 557sq.

2) Ibid. l. 4, p. 566 sqq. Tubero ap. Schwandtner II, 203. Vgl. Giustinians Relation a. a. O.

lichen Krain bis in die Nähe von Laibach vordrang. Doch wurde diese Abteilung von den krainerischen Bauern unter Anführung einiger Edelleute überfallen und großenteils erschlagen. Auch die in Kroatien eingedrungenen erlitten an der Unna eine Niederlage und verloren an Toten und Gefangenen bei 3000 Mann [1]).

Im Jahre 1492 beabsichtigte der Sultan selbst mit einem großen Heere Ungarn anzugreifen. Als er aber erfuhr, daß der Thronkampf durch die Friedensschlüsse mit Maximilian und Albert von Polen beendet und daß umfassende Verteidigungsmaßregeln getroffen worden seien, zog er wieder nachhause.

Die Verteidigung der südöstlichen Grenzgebiete leitete mit Erfolg hauptsächlich Paul Kinizsi, „Graf von Temesvar und Generalhauptmann von Niederungarn", der mit den Türken in Beziehung auf wilde Grausamkeit wetteiferte. Er ließ türkische Gefangene an Mühlräder binden oder schinden, andere bei langsamem Feuer braten oder mit auf den Rücken gebundenen Händen den Schweinen zum Fraße vorwerfen [2]). Kinizsi beraubte sich übrigens selbst der besten Krieger, indem er die in Szegedin lagernde schwarze Legion, welche sich wegen Nichtzahlung des Soldes verschiedene Gewaltthaten zuschulden kommen ließ, im August 1492 mit Soldaten und rasch gesammelten Bauern und Bürgern unvermutet überfiel und nach vergeblicher Gegenwehr zur Ergebung zwang, worauf das Corps aufgelöst und in verschiedene Truppenabteilungen gesteckt wurde, soweit die Böhmen nicht vorzogen, das Land zu verlassen und nach Österreich und Mähren zu ziehen [3]).

Während nun im Sommer des folgenden Jahres der ungarische Kanzler mit dem Könige Maximilian, der seine Unterstützung gegen die Türken anbot, über die Bedingungen eines Bundesvertrages unterhandelte und man sich darüber stritt, welcher von beiden Teilen den Oberbefehl erhalten

1) Bonfinii Dec. V, l. 2, p. 547. 550. Unresti Chron. Austr., p. 750sq. Vgl. Dimitz, Gesch. Krains I, 295f.

2) Bonfinius l. c., p. 551, und lib. 3, p. 552—554.

3) Bonfinius l. c., p. 553sq. Tubero, p. 184sqq.

sollte [1]), fiel Jakub Pascha von Bosnien her mit 8000 Mann durch Kroatien in Südsteiermark ein und plünderte die Gegend von Cilli bis gegen Marburg vollständig aus. Als er, da deutsche Truppen sich gegen ihn sammelten, mit Beute und Gefangenen beladen nachhause zog, verlegte ihm der Ban von Kroatien, Emerich Derencsényi, an der Spitze der Kroaten bei Udbina im Gebiete von Corbavien den Weg, wurde aber von den besser bewaffneten Türken vollständig geschlagen. 5700 Christen, darunter der Sohn und Bruder des Bans, ein Graf Frangepane, ein Graf von Corbavien und andere Edelleute bedeckten das Schlachtfeld, Derencsényi selbst mit einem andern Frangepane war unter den Gefangenen [2]). Als König Maximilian in der zweiten Hälfte des Oktober mit einem Heere nach Steiermark kam, war die nächste Gefahr vorüber, und er begnügte sich mit einer stärkeren Besetzung der Grenzgebiete, von wo aus im Notfalle auch den Kroaten Hilfe geleistet werden sollte.

Wie wenig dies aber ausreichte, wie ungeeignet überhaupt die schwerfälligen deutschen Krieger zum Schutze des offenen Landes gegen die raschen türkischen Reiter waren, zeigte sich schon im Herbste des folgenden Jahres, wo die wilden Horden nach Überschreitung der untern Save neuerdings Slavonien, Kroatien

1) Ulmann, K. Maximilian I, 207 ff.

2) Tubero, p. 200. Bonfinii Dec. V, lib. 3, p. 554 sqq., nach welchem Jakub Pascha durch Bernardin Frangepane gerufen worden wäre, dem der Ban nach Wegnahme mehrerer Schlösser auch Brebir entreißen wollte, was aber nicht ganz wahrscheinlich ist, da in diesem Falle Jakub Pascha schwerlich Kroatien ruhig durchzogen und sich nach Steiermark gewendet hätte. Auch der Tag, den Bonfin für die Schlacht bei Udbina angiebt, 9. September, kann nicht richtig sein, wenn K. Maximilian schon am 8. September in Tirol von der Niederlage der Christen Nachricht hat, wie sich aus Lichnowsky VIII, Reg. Nr. 1981, ergiebt. Vgl. auch die Schreiben das. Nr. 1980. 1994. 2000 und Unrest, p. 793 sq. Bezüglich des Ortes halte ich mich an Tubero, da mit diesem Seadeddin bei Hammer (2. Aufl.) I, 642 übereinstimmt. Bonfin nennt das Gebiet von Modrus. Daß die große Niederlage, welche die Türken 1493 bei Villach erlitten haben sollen, eine Erfindung Megisers ist, braucht wohl nicht weiter auseinander gesetzt zu werden.

und die anstoßenden Gebiete von Krain und Steiermark bis Cilli und Pettau durchschwärmten, viele Ortschaften niederbrannten und zahlreiche Bewohner, darunter den Prior des Klosters Seitz hinwegschleppten, ohne daß die Besatzungen der benachbarten Städte und Burgen ihre Gewaltthaten zu hindern vermochten [1]).

Auch vonseite der Ungarn war nichts zur Abwehr geschehen. Doch unternahm Kinizsi, obwohl ihn ein Schlagfluß bereits der Sprache beraubt hatte, mit dem siebenbürgischen Woywoden Drágfy im Oktober 1494 mit 14000 Reitern einen Streifzug nach Serbien, durchstreifte zwei Wochen lang, ohne Widerstand zu finden, das Land bis zu den Bergen, verbrannte die Vorstädte von Semendria und brachte reiche Beute an Menschen und Vieh nachhause. Die von ihm beantragte Belagerung von Semendria unterblieb schon wegen des Todes des alten Haudegens [2]). Doch scheint immerhin dieser Zug auf den Sultan nicht ohne Eindruck geblieben zu sein, indem er im folgenden Jahre eine zehnjährige Waffenruhe anbot. Dieselbe wurde auf drei Jahre abgeschlossen [3]), wobei die Pforte sich verpflichtete, alle Streifzüge in ungarische Gebiete und durch diese in die österreichischen Länder zu unterlassen.

Diese Bedingung wurde freilich nicht eingehalten und auch während des Waffenstillstandes die ungarischen Grenzgebiete ebenso wie Krain und andere benachbarte Länder durch kleinere Reiterscharen verheert und ausgeplündert [4]). Da auch Polen durch Türken und Tataren mit gleicher Wut heimgesucht ward, so schloß Wladislaw mit seinem Bruder, dem Könige Albert, am 20. Juli 1498 ein Bündnis, das am 16. April des folgenden Jahres erneuert ward und namentlich jeden Separat-

1) Unrest, p. 794 sq. Vgl. Bonfinii Dec. V, l. 4, p. 563.

2) Bonfinius l. c., p. 564 sq. Über einen im Frühjahr unternommenen glücklichen Streifzug nach Serbien s. ibid. l. 3, p. 559.

3) Ibid. l. 5, p. 571.

4) S. die Klagen K. Wladislaws in der Instruktion für den 1498 (?) an den Sultan abgeschickten Gesandten ap. Katona XVIII, 39—53.

frieden untersagte. Doch hinderte dies die Ungarn nicht, kurz darauf den Waffenstillstand mit der Pforte neuerdings zu verlängern [1]) und ruhig zuzusehen, wie die Türken, nachdem sie nun den Krieg gegen Venedig begonnen hatten, im Herbste 1499 durch Kroatien in Friaul einfielen.

Im Orient hart bedrängt, im Besitze der dalmatinischen Küstenstädte gefährdet, suchte die venetianische Regierung den König von Ungarn zu einem Angriffe auf die Türken zu bewegen. Ihre Bemühungen wurden auch durch den Papst Alexander VI. unterstützt, welcher die Ungarn durch die Aussicht auf eine Koalition fast aller christlichen Mächte zu ermutigen bestrebt war. Während die ungarischen Prälaten gegen den Krieg waren, von dem sie nur Steuern erwarteten, zeigten sich die weltlichen Großen einem solchen an sich nicht abgeneigt. Aber bei der Lage ihrer Finanzen glaubten auch sie ohne bedeutende Subsidien einen solchen nicht führen zu können. Mit den Versprechungen des Papstes, der dem Könige die Erträgnisse des Jubiläumsablasses, der Zehnten von den ungarischen Kirchengütern und einer Kreuzzugssteuer anbot, wollten sie sich nicht begnügen, weil die Einnahmen davon zu unsicher schienen oder nur auf ihre Schultern gefallen wären. „In Ungarn ist das Jubiläum wenig geschätzt“, schrieben die venetianischen Gesandten [2]). Venedig selbst suchte von den Forderungen Ungarns möglichst viel herunterzuhandeln. Es dauerte daher über ein Jahr, bis man zu einem Ergebnisse kam, obwohl der Graner Erzbischof Thomas, „der zweite König“, wie ihn die venetianischen Gesandten nennen [3]), diese eifrig unterstützte, um durch Verwendung der Signoria den Kardinalshut zu erlangen. Erst am 13. Mai 1501 wurde zwischen dem

1) Auf zwei Jahre nach Tubero, p. 236, was mit einer Bemerkung Giustinians bei Sanuto III, 1177 und 1315, daß derselbe mit dem 24. Februar 1501 zu Ende gehe, freilich nicht ganz übereinstimmt. Die Zeit des Abschlusses läßt sich nicht genau angeben, da die Nachrichten, die Sanuto registriert, sich widersprechen.

2) Sanuto III, 702, di Hongaria 22. August 1500.

3) Sanuto III, 239.

Papste, Venedig und dem Könige Wladislaw ein Bündnis abgeschlossen. Der Papst versprach für die Dauer des Krieges jährlich 40 000, Venedig 100 000 Dukaten zu zahlen und die Türken zur See anzugreifen, während die Ungarn den Kampf zu Lande führen sollten [1]).

Die Streitkräfte, welche Ungarn an der Grenze von Bosnien und Serbien aufstellte, waren freilich trotz dieser Subsidien nicht bedeutend, und man dachte auch an keinen ernstlichen Eroberungskrieg, obwohl die Verhältnisse nicht ungünstig gewesen wären, da die Hauptmacht der Türken im Peloponnes stand, wo sie den Venetianern mehrere Küstenstädte entrissen hatte. Es waren nur Raubzüge im großen Stile, die man unternahm. Josa von Som, Kinizsis Nachfolger im Kommando in Niederungarn, drang im Oktober 1501, um einen Einfall der Türken zu rächen, mit ungefähr 14 000 Mann von Belgrad aus in Serbien ein, plünderte und verbrannte die spärlichen Dörfer, pfählte und röstete die Einwohner, schlug ein paar türkische Heerhaufen, die sich ihm entgegenstellten, und nahm 1000 Mann gefangen [2]). Umgekehrt wurde ein türkisches Corps, das in Kroatien einfiel, vom dortigen Woywoden Johann Corvinus besiegt [3]). Im folgenden Sommer begann der Sohn des Iskender Pascha, Statthalters in Bosnien, mit 10 000 Mann die Belagerung von Jaicza, wurde aber von Johann Tarczai, der unter dem Schutze von 4500 Mann die Festung zu verproviantieren suchte, am 2. und 3. Juli mit einem Verluste von 1000 Toten und 400 Gefangenen ge-

1) Die Verhandlungen nach den bei Sanuto III, 235. 239. 287. 316. 356. 365. 371. 375. 381. 398. 400. 469. 509. 512. 566. 586. 596. 701. 791. 867. 868. 881. 929. 957. 980—984. 985. 1009. 1055. 1102. 1158. 1177. 1207. 1245. 1315. 1320. 1452 sq. 1478—1480. 1535—1538. 1549—1551. 1599. 1603. 1611. 1621 und IV, 41 gesammelten Depeschen di Hongaria etc. Vgl. Giustinians Relation a. a. O.

2) Nach Schreiben Giustinians vom 13. und 24. Oktober und vom 13. und 19. November bei Sanuto IV, 172. 179 und 187, und Giustinians Relation von 1503.

3) Sanuto IV, 177.

schlagen [1]). Im Herbste 1502 eroberte Graf Peter von Pösing, Woywode von Siebenbürgen, Widdin und soll bis unter die Mauern von Nikopolis vorgedrungen sein. Doch wurde nicht einmal Widdin zu behaupten gesucht, obwohl dies eine Vormauer für das Zewriner Banat gebildet hätte [2]). Anderseits griff Josa von Som Bosnien von Nordosten her an, während Corvin mit seinen Truppen in Jaicza stand. Vereint hatten sie ein Heer von 20000 Mann. Bei der Schwäche der in diesem Lande befindlichen türkischen Truppen erwartete man große Erfolge und war mit Recht sehr enttäuscht, daß Som sich auf den Wiederaufbau einiger von den Türken zerstörten Burgen beschränkte [3]).

So gering indessen auch die Energie war, mit der die Ungarn den Krieg führten, so hatte ihr Eingreifen doch die Folge gehabt, daß der Sultan, da auch sein Verhältnis zu Persien ein sehr gespanntes ward und die Flotten der christlichen Seemächte die Küsten des Ägäischen Meeres beunruhigten, schon im Sommer 1502 Friedensanträge machte. Sowohl Venedig als auch Ungarn gingen auf die Verhandlungen ein. Während aber ersteres einen dauernden Frieden schloß, ließ sich Ungarn nur zu einem Waffenstillstand auf sieben Jahre herbei, der Anfangs 1503 vereinbart und am 20. August vom Könige

1) Ibid. IV, 284 nach Bericht vom 9. Juli, bestätigt durch einen Bericht vom gleichen Tage (aber fälschlich von 1503) bei Palacky V, 2, 60, N. 36. Es ist dies offenbar derselbe Sieg, den Istvánfi, Hist. de rebus Hung., l. IV, p. 30, dem Johann Corvinus zuschreibt und den die neueren Historiker ins Jahr 1500 verlegen, wo ja der Waffenstillstand noch fortdauerte. Es ist überhaupt ein Fehler, wenn man Istvánfi, der ein volles Jahrhundert später geschrieben hat und auch mit seinen Vorlagen sehr willkürlich verfahren ist, für diese Zeit als verläßliche Quelle benützt.

2) Sanuto IV, 373, nach Briefen aus Ofen vom 8. bis 11. Okt. Das Vordringen bis Nikopolis berichtet Istvánfi, der aber allem Anscheine nach irrig auch bei dieser Expedition den Johann Corvinus beteiligt sein läßt.

3) Dürftige Notizen bei Sanuto IV, 449. 471 sq. 493. 494. 502. 563. 570 619, von 1502, Nov. 15. bis 1503, Januar 9. Vgl. Giustinians Relation von 1503.

Wladislaw ratifiziert ward [1]). Nicht bloß die Woywoden der Walachei und Moldau und die Stadt Ragusa, über die Ungarn trotz ihrer Tributpflichtigkeit an die Pforte noch immer die Oberhoheit beanspruchte, sondern alle christlichen Mächte, die ihren Beitritt erklären wollten, wurden in den Vertrag eingeschlossen. Den Türken wurde ausdrücklich untersagt, durch Ungarn in andere christliche Länder Einfälle zu unternehmen.

Obwohl Ungarn diesen Krieg, wenn auch ohne große Erfolge, so doch im ganzen mit Ehren geführt hatte, so waren doch die Folgen keine günstigen. Trotz der Subsidien Venedigs und des Papstes hatte der König zur Bestreitung der Kosten manche seiner Einkünfte verpfänden müssen [2]) welche die Finanznot in der nächsten Zeit noch vergrößerten. Wladislaw trug diesen Verhältnissen zu wenig Rechnung; und wenn er auch persönlich ohne große Bedürfnisse war, da er nur ein leidenschaftlicher Liebhaber der Jagd gewesen zu sein scheint, so warf er für seine Gemahlin Anna von Candale, eine Verwandte des französischen Königs, die er 1502 geheiratet hatte, das Geld mit vollen Händen weg. Wenn er unmittelbar nach dem Kriege derselben in Genua ein Halsband um 6000 Dukaten kaufen ließ und ihr wenig später wieder Kleinodien im Werte von mehr als 20000 Dukaten schenkte [3]), so ließ sich dies um so weniger rechtfertigen, als man in der Kasse stäte Ebbe hatte und die Venetianer, die auch nach Beendigung des Krieges an Ungarn jährlich eine Unterstützung von 30000 Dukaten zahlten, immer um Vorschüsse bestürmen mußte. Auch entsprach es gewiß nicht der Würde des Staates, daß die Königin der Republik, deren Tochter sie sich mit Vorliebe nannte, den Wunsch nach einer jährlichen Provision aussprechen ließ [4]).

Der König verlor bei den kriegerischen Ungarn auch deswegen alle Achtung, weil er während des letzten Türkenkrieges

1) Vollständig in „Magyar történelmi tár“ XXIV, 81.

2) Giustinians Relation von 1503.

3) Sanuto V, 195 und 1052 zu 1503, Oktober 23., und 1504, März 28., nach Berichten der Geschäftsträger Venedigs in Ungarn.

4) Ibid. V, 823 zu 1504, Februar 7.

nie zu bewegen gewesen war, sich selbst an die Spitze eines Heeres zu stellen. Im Gegensatze zu Wladislaw strahlte nun das Bild des Königs Matthias in erhöhtem Glanze. Man scheute sich auch gar nicht, dies den König fühlen zu lassen, alle Übelstände ihm allein, und nicht seinen Ratgebern zur Last zu legen. Es war der höchste Grad von Rücksichtslosigkeit, wenn der Reichstag im Oktober 1505 seine Beschlüsse [1]) mit den Worten einleitete, daß der gegenwärtige Verfall Ungarns davon herkomme, weil es oft von fremden Königen regiert worden sei, die nur auf ihre Privatinteressen bedacht, sich immer mehr der Unthätigkeit und der Ruhe als dem Kriege hingegeben haben. Die eingestreute Bemerkung, daß Wladislaw die Ungarn nicht nur gnädig und nach ihren Freiheiten regiere, ja manche derselben erneuert habe, konnte dem Stachel, der in diesen Worten lag, seine Schärfe nicht nehmen. Infolge dessen faßten die Stände einstimmig den Beschluß, daß sie, falls Wladislaw oder ein späterer König ohne männliche Erben mit Tod abginge, nie einen Ausländer, sondern nur einen Ungarn zum Könige wählen und jeden fremden Fürsten, der dieses Reich, oder einen Teil desselben an sich zu reißen suchte, einhellig Widerstand leisten würden.

Die nächste Veranlassung zu diesem Beschlusse war ohne Zweifel Wladislaws schlechter Gesundheitszustand. Schon am 10. Januar 1504 war er während des Essens von einem leichten Schlaganfalle getroffen worden, der ihm vorübergehend die rechte Seite und Zunge gelähmt hatte. Die Anfälle hatten sich im Juni und im Oktober 1504 erneuert [2]). Starb der König, dem seine Gemahlin bisher nur eine Tochter Namens Anna geboren hatte, ohne männliche Nachkommen, so fiel Ungarn nach dem Presburger Frieden von 1491 an Maximilian von Österreich. Aber wie diese Bestimmung schon beim Abschlusse des Friedens in Ungarn einen ungeheuren Sturm

1) ap. Katona XVIII, 425—435.

2) Sanuto V, 766—769. 828—830; VI, 36. 83, nach Berichten des venetianischen Geschäftsträgers, und vom Oktober nach Berichten aus Capodistria und Veglia.

hervorgerufen hatte, so hatten sich die Stände kurz darauf entschlossen gezeigt, sich um dieselbe gar nicht zu kümmern. Bereits im Jahre 1498 hatte der Reichstag den Beschluß gefaßt, daß, wenn der König ohne Erben stürbe, kein fremder Gesandter zu den Verhandlungen über die Neuwahl zugelassen werden sollte [1]), und damit die Absicht angedeutet, alle Ausländer vom Throne fernzuhalten. Jetzt gab es zwar unter den weltlichen Großen keinen, der durch seine Stellung und sein Ansehen von vornherein zur Herrschaft berufen erschienen wäre, da der Woywode Stephan Báthory 1492, der Palatin Stephan Zapolya 1499, Johann Corvinus im Oktober 1504 gestorben waren. Aber Zapolya hatte von seiner Gemahlin, der Herzogin Hedwig von Teschen, als Erben seines Namens und seiner Reichtümer zwei Söhne, Johann und Georg hinterlassen, von denen der ältere, obwohl noch kaum vollständig erwachsen, angetrieben von seiner ehrgeizigen Mutter [2]), seine Augen auf die Krone des heiligen Stephan zu richten begann, die keinem Ungarn mehr unerreichbar schien, seit der Sohn Johann Hunyadys sie getragen hatte. Seine Bestrebungen wurden von denjenigen, welche gegen die Herrschaft Maximilians wie überhaupt jedes Ausländers waren, wenn nicht veranlaßt, jedenfalls unterstützt. Schon Anfangs Juni 1505, wo ein Reichstag gehalten wurde, scheint Johann Zapolya verlangt zu haben, daß ihm die zweijährige Prinzessin Anna zur Ehe gegeben und er als Nachfolger Wladislaws auf dem Throne anerkannt werde. Da aber der König, beeinflußt von seiner energischen Gemahlin, die nicht einen Emporkömmling, sondern einen der Enkel des deutschen Königs zum Schwiegersohn haben wollte, diese Forderung abschlug, so kam es zwischen Zapolya und der Königin zu einem offenen Zerwürfnisse, und man befürchtete sogar Wladislaws Vertreibung [3]).

1) Artikel 45 ap. Katona XVIII, 137.

2) Dies sagt Sigmund von Herberstein in seiner Selbstbiographie in „F. R. Austr. SS." I, 103. Zapolyas Alter giebt der venetianische Gesandte Suriano 1516 auf 28 Jahre, dessen Nachfolger Bon 1519 auf 34 Jahre an. Magyar történelmi tár XXV, 55. 154. Vgl. Mon. Hung. Dipl. V, 140.

3) Dies wird bei der an den deutschen Reichstag gestellten Forderung

Dazu ist es nun allerdings nicht gekommen. Denn auf die Nachricht von den Vorgängen in Ungarn verlangte König Maximilian vom deutschen Reichstage, der damals in Köln versammelt war, Unterstützung, um Wladislaw und seiner Gemahlin beizustehen und seine eigenen Rechte auf die Nachfolge in Ungarn aufrecht zu erhalten. In der That bewilligten ihm diesmal die Stände auf ein Jahr 4000 Mann. Da auch in Böhmen zur Unterstützung des Königs das Landesaufgebot einberufen und Rüstungen unternommen wurden, so hielt es Zapolya für klug, vorläufig seine Pläne zu vertagen und durch Vermittelung des polnischen Prinzen Sigismund, des Bruders Wladislaws, eine Aussöhnung mit der Königin zu suchen. Wie wenig er aber daran dachte, seinen ehrgeizigen Bestrebungen für immer zu entsagen, zeigen die offenbar zu seinen Gunsten im folgenden Oktober gegen die Wahl eines Ausländers gefaßten Beschlüsse des ungarischen Reichstages, bei welchem er selbst mit 2000 Reitern erschienen war [1]). Der Erzbischof Thomas von Gran, der schon mit Stephan Zapolya befreundet gewesen und von diesem zum Mitvormund seiner Kinder eingesetzt worden war, der Palatin Emerich Perényi und

K. Maximilians (bei Janssen, Reichscorrespondenz II, 689f.) behauptet, und daß es nicht aus der Luft gegriffen war, beweist das zugunsten Wladislaws in Böhmen erlassene Aufgebot (Palacky V,2, 117). Der Bruch Zapolyas mit der Königin ergiebt sich aus dem Schreiben des böhmischen Kanzlers vom 15. Juli 1505 bei Palacky a. a. O., N. 80, über die Wiederaussöhnung. Daß Zapolya vor Ludwigs Geburt die Hand der Prinzessin Anna zu erlangen suchte, aber die Königin gegen diese Mesalliance war, sagt der gleichzeitige Ragusaner Tubero ap. Schwandtner II, 335, und ist auch an sich wahrscheinlich. Daß im Juni 1505 ein ungarischer Reichstag abgehalten ward, ergiebt sich aus der allerdings gar zu lakonischen Notiz des Sanuto VI, 188 zum 19. Juni di Hongaria: certa dissension fra quelli signori e diete si fa. Ebd. p. 193 zum 19. Juli, di Hongaria, più lettere Di le discordie di fioli fo dil conte palatino (des Stephan Zapolya). Einen genauen Einblick in den Gang der Ereignisse erhält man allerdings beim Mangel eines gleichzeitigen ungarischen Historikers nicht.

1) Sanuto VI, 252, di Hongaria zum 4. November.

andere Große scheinen damals noch seine Pläne unterstützt zu haben [1]).

Allein Wladislaw war mit den Tendenzen der nationalen Partei durchaus nicht einverstanden und suchte sie zu vereiteln. Schon um die Mitte des Dezember ist ein ungarischer Gesandter beim Könige Maximilian in Linz, der mit ihm in vertraulichster Weise unterhandelt [2]). Mit einer neuen ungarischen Gesandtschaft schloß Maximilian am 20. März 1506 in Wiener Neustadt einen Vertrag, wonach sein zweiter Enkel Ferdinand mit Wladislaws Tochter Anna und das damals von der ungarischen Königin, die guter Hoffnung war, zu erwartende Kind, falls es ein Knabe wäre, mit seiner Enkelin Maria vermählt werden sollte. Dieser Vertrag, der Zapolyas ehrgeizige Pläne für immer zerstören sollte, wurde schon am 27. März in Ofen vom Könige Wladislaw und seiner Gemahlin Anna bestätigt und dem römischen Könige für den Fall des Todes Wladislaws die Vormundschaft und der Schutz der Kinder desselben übertragen [3]).

Es ist leider völlig unbekannt, was Maximilian bewogen hat, trotz des freundschaftlichen Entgegenkommens des Königs Wladislaws, der mit ihm selbst gegen den Willen seiner Großen in Ödenburg eine Zusammenkunft halten wollte, Anfangs Mai durch seine Leute die Feindseligkeiten beginnen und die ungarischen Grenzgebiete verwüsten zu lassen. Es war jedenfalls eine sehr unkluge Politik, wenn er nur an den ungarischen Großen für die Beschlüsse des letzten Reichstages Rache nehmen wollte. Denn wenn Wladislaw nicht die Entrüstung und den Haß aller Ungarn gegen sich heraufbeschwören wollte, konnte er unmöglich diesem Kampfe ruhig zusehen. Obwohl Maximilian gleichzeitig Gesandte nach Ofen schickte, welche die Erklärung abgaben, daß er auch fortan ein Bruder des ungarischen Königs sein wolle

1) Szalay III,2, 120f. Vgl. S. 88, N. und S. 97.

2) Nach Schreiben des venetianischen Gesandten bei Sanuto VI, 276.

3) Kollar, Auctar. dipl. ad Ursini Velii hist. de bello Pannon., p. 324sq. extr., auch ap. Katona XVIII, 439sqq.

und nichts anderes verlange, als daß die Ungarn ihre eidlichen Verpflichtungen ihm gegenüber hielten, so wurde doch am 7. Mai der Krieg erklärt und die Aufstellung eines Heeres unter Anführung des Bischofs von Fünfkirchen, Georg Szakmáry, angeordnet [1]).

Es zeigte sich aber jetzt klar, daß die Ungarn wohl stark in Worten, aber nicht geneigt waren, für die Verteidigung der Unabhängigkeit ihres Reiches Opfer zu bringen. Es scheinen nicht so viele Truppen zusammengekommen zu sein, daß man sich den Deutschen hätte entgegenstellen können. Eisenstadt, Ödenburg und Presburg fielen in die Hände der Truppen Maximilians. Die kroatischen Grafen Johann Frangepane und Johann von Corbavien wie Johann von Kanisa traten zu demselben über. Durch die Niederbrennung einiger österreichischer oder steirischer Dörfer [2]) wurden diese Erfolge nicht aufgewogen.

Doch waren die Verhandlungen auch nach dem Ausbruche der Feindseligkeiten nie ganz abgebrochen worden. Auf einem ungarischen Reichstage, den der König nach Stuhlweissenburg einberufen hatte, standen sich zwar bezüglich der Frage, ob man beim Mangel eines männlichen Thronerben Maximilian oder Zapolya als König anerkennen sollte, die Meinungen der Prälaten und Barone schroff gegenüber. Am Ende gaben aber doch auch die Stände den von Wladislaw an Maximilian geschickten Gesandten am 24. Juni unbedingte Vollmacht zum Abschlusse eines Friedens. Dieser wurde am 19. Juli in Wien unterzeichnet und vom Könige Wladislaw am 5. August bestätigt. Der römische König hat darin sich und seinen Erben alle Rechte auf Ungarn ausdrücklich vorbehalten, während die ungarischen Bevollmächtigten die Anerkennung derselben abgelehnt zu haben scheinen, da sie nur die Haltung jener Artikel

1) Sanuto VI, 342 sq. Vgl. 332 (zum 30. April). 336. 338. 340 (zum 18. Mai) und die Schreiben bei Szalay III,2, 123 ff. und bei Palacky V,2, 120.

2) Sanuto VI, 370. 375 di Elemannia. Vgl. den Friedensvertrag.

versprachen, welche mit Übereinstimmung beider Teile gemeinschaftlich abgefaßt worden wären [1]).

Doch schien gerade diese Frage ihre Bedeutung verloren zu haben, da am 2. Juli dem ungarischen Könige ein Prinz geboren worden war, welcher nach dem Fürsten, unter dem Ungarn die größte Ausdehnung gehabt hatte, den Namen Ludwig erhielt [2]). Die Königin Anna starb aber am 26. Juli an einem Wochenbettfieber, das man ungeschickterweise durch einen Aderlaß zu beseitigen gesucht hatte.

Maximilian suchte seinen Nachkommen den Besitz der Länder Wladislaws auch unter den durch Ludwigs Geburt geänderten Verhältnissen zu sichern. Er fand auch beim Könige Wladislaw bereitwilliges Entgegenkommen, da dieser ebenfalls eine Familienverbindung mit dem kaiserlichen Hause jeder andern vorzog und sich für den Fall eines Türkenkrieges die Unterstützung Österreichs und Deutschlands sichern wollte. Im Jahre 1507 wurde den schon im Jahre vorher geschlossenen Verträgen entsprechend in bindender Form eine Doppelheirat zwischen den Nachkommen beider Könige verabredet. Einer von Maximilians Enkeln, Karl und Ferdinand, jener nämlich, der zum Nachfolger im Erzherzogtum Österreich, in der Grafschaft Tirol und in den dazu gehörenden Fürstentümern und Provinzen bestimmt werden würde, sollte die ungarische Prinzessin Anna, deren Bruder Ludwig aber Maximilians jüngste Enkelin Katharina oder, wenn sie früher mit Tod abginge, deren Schwester Maria heiraten [3]).

1) Die Friedensurkunden und die vorausgehenden Vollmachten bei Katona XVIII, 444—457. Vgl. Sanuto VI, 346 sq. 349. 356. 357. 370. 375 sq. 380.

2) Sanuto VI, 375 sq. und 388, nach Berichten des venetianischen Geschäftsträgers. Daß der Prinz noch nicht vollkommen ausgebildet gewesen und deswegen in die Häute frisch geschlachteter Tiere gelegt worden sei, berichtet keine ältere Quelle.

3) Die Urkunde K. Wladislaws vom 12. November 1507 bei Katona XVIII, 522. Vgl. bei Sanuto VII, 136 sq. den Bericht vom 18. August aus Ungarn über die Absendung eines Gesandten (wahrscheinlich des früheren Großwardeiner Bischofs Pruiß, der in den Franziskaner Orden getreten war) an K. Maximilian in dieser Angelegenheit.

Wie gewaltig aber die Gegenströmung zugunsten Zapolyas in Ungarn noch immer war, sieht man daraus, daß dieser vom Reichstage des Jahres 1507 neben dem Palatin zum Generalkapitän des Reiches ernannt und mit wichtigen Geschäften beauftragt ward [1]), daß er drei Jahre später vom Könige das Amt eines Woywoden von Siebenbürgen erhielt und daß Wladislaw auch die Vermählung seines Bruders Sigismund, Königs von Polen, mit Johanns Schwester Barbara unterstützte, obwohl dies die Hoffnungen des ehrgeizigen Mannes noch mehr steigern mußte.

Auch traten bald Ereignisse ein, welche das Ansehen Zapolyas bei den Ungarn außerordentlich vermehrten.

Der im Jahre 1510 zu Ende gehende Waffenstillstand mit der Pforte konnte bei der Friedensliebe Bajesids II. wiederholt verlängert werden [2]). Anders gestaltete sich die Lage, als dieser Sultan im Frühjahre 1512 durch seinen kriegerischen Sohn Selim I., einen leidenschaftlichen Feind der Christen, gestürzt ward. Zwar war auch dieser nicht gerade gegen die Verlängerung der Waffenruhe, da er anfangs mit seinen Brüdern, dann mit dem Schah von Persien zu kämpfen hatte und endlich den Krieg gegen die Mameluken begann, um ihnen Syrien und Ägypten zu entreißen. Aber die Unterhandlungen zwischen Ungarn und dem Sultan zogen sich jahrelang hin, und unterdessen nahmen die Paschas der Grenzprovinzen die gewohnten Raubzüge wieder auf, die von ungarischen Generalen nach Kräften abgewehrt und erwidert wurden.

Schon im Herbst 1512 nahmen die Türken den Ungarn drei Burgen, wahrscheinlich in Bosnien, weg, erlitten dagegen durch Stephan Báthory, Grafen von Temes und Befehlshaber in Niederungarn, bei Belgrad eine Schlappe; einen mit acht Pferden bespannten Wagen voll Türkenköpfen schickte Báthory an den König. Auch im folgenden Jahre dauerten die

1) Katona l. c. 485sqq.

2) Wir haben darüber nur venetianische Berichte bei Sanuto X, 22. 130. 760. 851; XI, 44. 45. 164. 673; XII, 240. 586; XIII, 197.

Angriffe der Türken noch fort; mehrere Burgen in Kroatien und im dalmatinischen Binnenlande wurden von ihnen erobert, bis gegen Agram und Temesvar das Land ausgeraubt und verwüstet [1]). Erst ein Sieg, den Peter Beriszló, Bischof von Veszprim und Vizeban von Kroatien, am 16. August 1513 bei Kostainicza an der Unna erfocht, wo die Türken 3000 Tote und Gefangene verloren, wie ein gleichzeitig von Zapolya gegen den Willen des Königs unternommener Zug bis unter die Mauern von Semendria verschafften den Ungarn für einige Zeit Ruhe. Aber die Unterhandlungen über den Abschluß eines dauernden Waffenstillstandes hatten noch immer nicht zu einem Ergebnisse geführt, und man war in Ungarn in großer Angst, daß die gewaltigen Rüstungen des Sultans gegen dieses Reich gerichtet seien und daß Selim im Jahre 1514 einen Zug bis Pest und Ofen beabsichtige.

Da kam im März 1514 der Kardinalerzbischof von Gran Thomas Bakacs, der wegen des lateranensischen Konzils in Rom gewesen war, nach Ungarn zurück, versehen mit einer Bulle des Papstes Leo X., die ihn auf drei Jahre zum Zwecke eines Krieges gegen die Türken zum Legaten in Ungarn und ganz Osteuropa ernannte [2]). Trotz des Abratens der hervorragendsten Magnaten ließ er in Ungarn das Kreuz gegen die Ungläubigen predigen.

Dieser Aufruf hatte besonders bei den Bauern, welche mit dem zunehmenden Verfall der königlichen Gewalt von den Großen immer mehr bedrückt wurden [3]), ganz unerwartete Wirkungen. In solchen Massen strömten dieselben an verschiedenen Orten, besonders in Ofen und Pest zusammen, daß den Herren offenbar vor ihnen bange wurde. Jene verlangten, daß man ihnen Anführer gebe und der Adel sie beim Kampfe gegen die

1) Sanuto XIV, 272. 549; XV, 346. 408; XVI, 57. 241. 261. 291. 326. 409. 475. Für die folgende Zeit die Auszüge aus Sanuto im „Magyar történ. tár“ XXIV, 240sqq.

2) Vom 15. Juli 1513 ap. Theiner, Vet. Mon. Hung. II, 594.

3) Manches darüber bei Neustadt, Ungarns Verfall am Beginn des XVI. Jahrhunderts. „Ungar. Revue“ 1885, S. 388ff.

Türken unterstütze. Da aber unterdessen ein Schreiben des Sultans Selim eingetroffen war, daß er die mit seinem Vater abgeschlossene Waffenruhe halten wolle [1]), so erklärte der Kardinal auf das Drängen der Magnaten den Kreuzfahrern, nachdem man sie unter einem guten Vorwande aus Ofen und Pest entfernt hatte, daß man ihre Dienste nicht mehr brauche und daß sie nachhause ziehen sollten. Die Kreuzfahrer (kurocok), durch einige in ihren Reihen befindliche Priester und Mönche mit großem Glaubenseifer erfüllt, wollten indessen von einem Frieden mit den Ungläubigen nichts wissen. Da ihnen zugleich die Bischöfe und Magnaten eine für die Heimreise erbetene Geldunterstützung verweigerten, so begannen die zügellosen Haufen auf den Gütern der Adeligen zu rauben und verübten verschiedene Gewaltthaten. So ging dieser Kreuzzug um die Mitte des Mai in einen furchtbaren Bauernkrieg über. Denn nachdem einmal der Boden des Gesetzes verlassen war, kannten die rohen Banden, unter denen sich auch viele heruntergekommene Edelleute befanden, für ihre wilden Leidenschaften keine Schranken mehr. Die Adelssitze wurden ausgeplündert und niedergebrannt, viele Herren auf Pfähle gesteckt, Frauen und Töchter geschändet.

Der von den Bauern gewählte Anführer Georg Dozsa, ein Székler, der sich kurz vorher bei Belgrad durch einen glücklichen Zweikampf mit einem Türken einen Namen gemacht hatte, strebte eine vollständige Vernichtung der Adelsherrschaft an. „Fürst und oberster Hauptmann des gesegneten Volkes der Kreuzfahrer, nur des Königs von Ungarn und nicht der Herren Untergebener" nennt er sich in einem Schreiben. In alle Dörfer und Städte sendete er einen blutigen Pfahl und drohte allen Bewohnern mit dem Tode und dem Verluste ihrer Güter, wenn sie sich ihm nicht anschlössen. In der That soll die Zahl der Aufständischen auf wenigstens 60000 Mann gestiegen sein. Die Gefahr und Angst des Königs und der bei

1) Sanuto in „Magyar történelmi tár" XXIV, 249 nach Bericht des venetianischen Gesandten vom ... April.

ihm in der Ofener Burg befindlichen Prälaten und Magnaten war um so größer, als das Gesindel in Ofen und Pest mit den Bauern sympathisierte. Nach allen Teilen Ungarns wie nach den böhmischen Ländern ergingen Wladislaws Hilferufe.

Dozsa, der seine Haufen auch militärisch zu organisieren verstand, hatte sich schon im Mai gegen Stephan Báthory, den Befehlshaber in Niederungarn, gewendet, denselben besiegt und zur Flucht über die Maros gezwungen, die Stadt Csanád eingenommen, den dortigen Bischof Nikolaus Csáky pfählen und mehrere hervorragende Adelige, die in seine Hände fielen, hinrichten lassen. Von da wendete er sich nach Temesvar, wohin Báthory sich zurückgezogen hatte, und belagerte diesen im dortigen Schlosse, welches wegen der stäten Türkengefahr sehr stark befestigt worden war.

Während Dozsa nun mehrere Wochen vor Temesvar lag, zog ein Haufe von 3000 Mann am Ende des Juni gegen Pest, um sich dieser Stadt zu bemächtigen. Doch wurde derselbe von Johann Bornemisza, dem Befehlshaber der Ofener Burg, mit 1000 Mann angegriffen und vollständig aufgerieben, 400 Mann getötet, der Rest meist gefangen. Von diesen wurde der größte Teil nachhause entlassen, nachdem die Bauern die Erklärung abgegeben hatten, daß sie nur durch Zwang in diese Gesellschaft gekommen seien, 16 Hauptschuldige aber am folgenden Tage gepfählt.

Ungefähr einen Monat darauf kam auch der Woywode Johann Zapolya mit 22000 Mann aus Siebenbürgen dem belagerten Temesvar zuhilfe. Als er im Angesichte der Feinde stand, ließ er verkünden, daß alle, die sich von ihrem Führer trennten, geschont werden würden. Wurde schon dadurch Unsicherheit in die Reihen der Bauern gebracht, so ward entscheidend, daß Dozsa selbst bei einer Rekognoszierung von Peter Petrovics verwundet und gefangen wurde. Das Heer löste sich auf, ein Teil stürzte sich in die regellose Flucht, die anderen wurden niedergehauen oder gefangen.

Zapolya schändete seinen Sieg durch barbarische Grausamkeit, die sich selbst durch die vorhergehenden Greuelthaten der

Bauern nicht genügend rechtfertigen ließ. Auf seinen Befehl wurde der verwundete Dozsa an einen glühend gemachten Sessel gebunden, mit glühenden Zangen gezwickt, mit einer glühenden eisernen Krone gekrönt und dann mehrere von seinen Leuten, die man lange hatte hungern lassen, gezwungen, vom Fleische ihres noch lebenden Anführers zu essen. Endlich ward dieser enthauptet und gevierteilt, das Haupt nach Szegedin, die übrigen Teile seines Leibes nach anderen Städten geschickt. Auch von seinen Leuten wurden viele hingerichtet.

In ähnlicher Weise verfuhr man in Ofen besonders gegen gefangene Geistliche. Ein Priester wurde gevierteilt, ein Mönch gebraten, am Tage darauf ein Geistlicher gepfählt, ein zweiter gerädert, ein dritter gevierteilt.

Noch stand außer einigen kleineren Haufen ein Priester Namens Lorenz Mészáros im Felde, dessen Heer man auf 16000 Köpfe schätzte. Auch dieses wurde durch die Truppen Zapolyas aufgerieben, Lorenz selbst aber, den man als den Hauptanstifter der von Dozsa verübten Greuelthaten bezeichnete, scheint sich durch die Flucht gerettet zu haben, ist wenigstens nie in die rächenden Hände seiner Gegner gefallen. 40000, nach anderen gar 70000 Menschen, darunter 400 Edelleuten hat dieser Krieg das Leben gekostet [1]).

1) Für die Geschichte dieses Bauernkrieges haben sich die ungarischen Historiker hauptsächlich an Istvánfi gehalten, der allerdings den zusammenhängendsten und detailliertesten Bericht giebt, aber, da er mehrere Menschenalter später schrieb, doch nur Glauben verdienen kann, wo er sich auf ältere Berichte stützt. Manche Angaben, z. B. daß bei Temesvar eine förmliche Schlacht geliefert worden sei, stehen mit allen anderen Berichten in Widerspruch. Von den Zeitgenossen ist Cuspinianus, Diarium de congressu Maximiliani etc. im Anhange zur Ausgabe de Caesaribus von 1601, p. 497, nur kurz, Tubero ap. Schwandtner II, 329 sqq. zeigt sich infolge seiner räumlichen Entfernung ebenso wie der beispiellos ungebildete Georg Sirm. Mon. Hung. SS. I, 55 sqq., mangelhaft unterrichtet. Auch der von Sanuto zum 27. Februar 1515 aufgenommene Bericht des Janus Vitalis Panormitanus aus Rom („Magyar történelmi tár" XXIV, 295 sqq.) hat nur ungenaue Nachrichten. Die 1519 verfaßte Stauromachia des Stephanus Taurinus (Stieröchsel) ap. Engel, Mon. Ungrica, p. 118—184, ist das Werk

Der Adel benutzte diesen Aufstand der Bauern, um unter dem bequemen Vorwande einer gerechten Strafe alle Verfügungen, welche in früherer Zeit von einzelnen Königen zur Verbesserung der Lage derselben getroffen worden waren, zurückzunehmen und den ganzen Stand in die härteste Leibeigenschaft herabzudrücken. Nach den Beschlüssen, welche der auf den 18. Oktober berufene Reichstag faßte [1]), sollten nicht bloß alle Anführer und die Anstifter der Bewegung wie alle, welche Mordthaten begangen oder Frauen und Jungfrauen entehrt hätten, noch nachträglich hingerichtet, und die am Aufstande Beteiligten zur Vergütung alles angerichteten Schadens und zur Zahlung des Wergeldes für die erschlagenen Edelleute angehalten werden, sondern alle Bauern für immer der Freizügigkeit beraubt und ihren Grundherren unterworfen sein. Jeder Bauer sollte seinem Herrn einen Tag in der Woche Frondienste leisten, von allen Feldfrüchten und vom Weine den Zehnten entrichten und außer den bisherigen Abgaben jährlich einen Dukaten zahlen und zwölf Hühner, zwei Gänse und je zehn zusammen ein gemästetes Schwein liefern. Jedem Bauern, bei dem man fortan eine Büchse fände, sollte die rechte Hand abgehauen, kein Mann von bäuerlicher Herkunft vom Könige auf einen bischöflichen Stuhl erhoben werden, widrigenfalls niemand verpflichtet wäre, ihm einen Zehnten zu entrichten.

Die Adelsherrschaft wurde dadurch noch mehr befestigt, daß

eines Humanisten, der dem poetischen Zwecke die geschichtliche Treue geopfert hat. Am verläßlichsten sind die von Palacky, Gesch. Böhmens V, 2, 300 ff. und 311 f. mitgeteilten Schreiben des böhmischen Kanzlers Sternberg, des Königs Wladislaw und Lews von Rožmital, wie der Bericht des alten böhmischen Annalisten, dann der von Sanuto zum 2. September 1514 eingereichte Brief eines Nicolo de Zuanne an Christofal Morosini aus Ofen („Mag. tört. tár" l. c. 277—280). Vgl. auch (ibid. 289) einen Bericht aus Laurana, die Berichte des ungarischen Gesandten in Ofen, der am 13. Mai noch nichts von Unruhen meldet, vom 29. Juli und 14. August, bei Sanuto (ibid. p. 261. 276) wie die Urkunden ap. Katona XVIII, 720. 726—729, und in „Századok" 1872, S. 439—446.

1) Katona XVIII, 729 sqq. Auch im Corp. Jur. Hungar. I, 325.

gerade in dieser Zeit Stephan Verböczy, Protonotar des Judex Curiä, den Entwurf eines Gesetzbuches vollendete, dessen Abfassung er infolge eines Reichstagsbeschlusses vom Jahre 1507 übernommen hatte. Verböczy brachte den Wust der bisherigen Gesetze und Gewohnheiten in ein gewisses System, und da sein Werk [1]), ungeachtet es von Mängeln nicht frei war, einem dringenden Bedürfnisse abhalf und vom Könige am Schlusse des Reichstages von 1514 bestätigt, wenn auch dann nicht besiegelt und publiziert ward, so hat es über drei Jahrhunderte gesetzliche Anerkennung gefunden. Damit hatten aber auch alle damaligen politischen und sozialen Vorrechte der Adeligen für immer eine dauernde gesetzliche Grundlage erhalten.

Am meisten aber hatte Zapolya gewonnen, den man nach der Niederwerfung der Bauern als „Befreier des Reiches“ bezeichnete [2]). Hatte dieser ehrgeizige Mann schon füher nach der Krone gestrebt, so glaubte er jetzt, wo er von der Volksgunst getragen war, noch eher auf dieselbe sich Hoffnung machen zu dürfen, wenn dem betagten Könige vielleicht auch sein schwächlicher Sohn bald in das Grab nachfolgte.

Doch fehlte es auch nicht an hervorragenden Männern, welche den Plänen des Woywoden entgegenarbeiten. An der Spitze derselben standen der Palatin Emerich Perényi und der Kanzler Georg Szakmáry, Bischof von Fünfkirchen, der neben dem Primas auf den König den größten Einfluß hatte. Als Gegner Zapolyas arbeiteten sie naturgemäß im Interesse des Kaisers und für den Abschluß der im Jahre 1507 verabredeten Doppelheirat zwischen dem Hause der Jagellonen und den Habsburgern, durch die sie auch am besten für ihre eigenen Interessen sorgten. Denn wenn Wladislaw, wie man voraussehen konnte, vor der Erreichung der Volljährigkeit seines Sohnes starb und der Kaiser als Vormund und Regent in dessen

1) Tripartitum opus juris consuetudinarii incliti regni Hungariae betitelt.

2) vien chiamato liberator regni berichtet der venetianische Gesandte bei Sanuto zum 12. September („Mag. történ. tár“ XXIV, 282).

Reichen anerkannt wurde, so konnte die thatsächliche Ausübung der obersten Gewalt ihnen nicht entgehen, da es dem Kaiser unmöglich war, sich dauernd in Ungarn aufzuhalten [1]).

Seit dem Jahre 1510 hatte Maximilian mit dem Könige Wladislaw über die Ausführung der Heiratsangelegenheit eifrig unterhandelt. Nicht weniger als zehnmal ist sein Gesandter Cuspinian, der Superintendent der Wiener Universität, vom Jahre 1510 bis zum Ausbruche des Bauernkrieges am ungarischen Hofe gewesen [2]). Einige Zeit scheint Wladislaws Bruder Sigismund, König von Polen, den Wünschen des Kaisers entgegengearbeitet zu haben. Denn dieser hatte das Deutschordensland Preußen von der Lehenshoheit Polens zu befreien gesucht, und eine weitere Machtvergrößerung des Hauses Habsburg war schon aus diesem Grunde gegen das Interesse Polens. Auch war es natürlich, daß Sigismund die Krone Ungarns nach dem Erlöschen der dort regierenden Linie der Jagellonen am liebsten auf dem Haupte seines Schwagers Zapolya gesehen hätte, wenn es nicht vielleicht gelang, dieselbe seinem eigenen Hause zu verschaffen.

Um die Kräfte des polnischen Krieges lahm zu legen, suchte der Kaiser eine Koalition zum Schutze des deutschen Ordens zustande zu bringen und verbündete sich im Jahre 1514 gegen Polen namentlich mit dem russischen Großfürsten Wasilji III., der seit 1512 mit Polen im Kriege war [3]). Die Wegnahme der Festung Smolensk durch die Russen erschreckte Sigismund trotz eines bald darauf erfochtenen glänzenden Sieges so sehr, daß er wenigstens den Kaiser von Feindseligkeiten abzuhalten suchte, und er wurde in dieser Gesinnung bestärkt durch seinen

1) Vgl. über die Parteiverhältnisse in Ungarn das Schreiben, welches wahrscheinlich der Erzbischof von Calocsa, Gregor Frangepane, ein Anhänger Zapolyas, im Jahre 1512 an den polnischen Unterkanzler Szydlowiecki gerichtet hat, in Acta Tomic. III, 297 sqq.

2) Nach den Angaben in seinem Tagebuche „F. R. Austr. SS." I, 403 sqq.

3) S. Fiedler, Die Allianz zwischen Maximilian I. und Wasilji Ivanovič in „Sitzungsber. d. kais. Akad." XLIII, 183 ff.

Kanzler Szydlowiecki und den Vizekanzler Tomicki, welche ihre Würden den Empfehlungen des Königs Wladislaw, also der Verwendung des Hofkanzlers Szalmáry, des Hauptes der kaiserlichen Partei in Ungarn, verdankten, während Zapolya gegen Tomicki gearbeitet hatte. Im November 1514 trafen Cuspinian und Szydlowiecki in Ofen eine Übereinkunft, daß im Februar des folgenden Jahres die Könige von Ungarn und Polen in Presburg, der Kaiser in Haimburg sich einfinden und dann über den Ort einer Zusammenkunft sich einigen sollten.

Wladislaw und Sigismund erschienen denn auch Ende des März 1515 in Presburg. Dagegen blieb der Kaiser, vielleicht durch andere Geschäfte festgehalten, vielleicht auch aus Mangel an Geld, ruhig in Augsburg und kam erst am 10. Juli nach Wien, als sein Gesandter der Kardinal Matthäus Lang bereits die wichtigsten Fragen erledigt hatte. Der Einladung Maximilians Folge leistend, begaben sich auch die Könige Sigismund und Wladislaw mit seinen Kindern am 17. Juli nach Wien, wo der Kaiser seine zahlreichen Gäste durch die glänzendsten Feste [1]) ebenso wie durch seine bezaubernde Liebenswürdigkeit entzückte.

Hier wurden am 22. Juli die Verträge unterzeichnet, welche das österreichische und das böhmisch-ungarische Herrscherhaus auf das innigste mit einander verknüpften. Der ungarische Kronprinz Ludwig wurde mit des Kaisers Enkelin Maria und der Kaiser selbst mit der ungarischen Prinzessin Anna vermählt [2]), doch früher ausgesprochen, daß diese Ehe Maximilians mit Anna ungültig sein sollte, wenn einer seiner Enkel, Ferdinand oder Karl, binnen einem Jahre die Ehe einginge. Vollzogen sollten die Ehen erst werden, wenn die Gatten ein ent-

1) Der englische Gesandte Wingfield, der in seinen Depeschen eingehende Schilderungen liefert, schätzt die Kosten auf 200000 Goldgulden! Brewer, Lettres and papers II, 1, 202, no. 766.

2) celebrata et firmata sunt sponsalia per verba matrimonialia et de praesenti, also nicht eine bloße Verlobung, wie die neueren Geschichtschreiber annehmen.

sprechendes Alter erreicht hätten. Es geschah dies im Jahre 1521, nachdem schon im März 1516 der Erzherzog Ferdinand die Vollmacht ausgestellt hatte, die Ehe mit der Prinzessin Anna durch Prokuration abzuschließen. Um den ungarischen Kronprinzen noch enger mit dem Hause Habsburg zu verbinden, nahm ihn der Kaiser am 20. Juli an Sohnes Statt an, ernannte ihn zum Reichsvikar und übertrug auch die Kaiserwürde auf denselben, indem er die Kurfürsten aufforderte, nach seinem Tode denselben zu seinem Nachfolger zu wählen. Ernst hat Maximilian dieses Versprechen freilich nicht genommen. Denn er wußte wohl, daß die Kurfürsten sich um diesen Wunsch wenig kümmern und auch Ludwig als Reichsvikar sich nicht gefallen lassen würden. Auch hat ihn dieser Schritt nicht abgehalten, selbst mit allem Eifer für die Wahl seines älteren Enkels zu wirken. Auch die Adoption Ludwigs war eine leere Formalität, da zugleich ausgesprochen wurde, daß dadurch dem Erbrechte der Erzherzoge Karl und Ferdinand und ihrer Schwestern nicht geschadet werden sollte. Das Ganze war nichts als eine glänzende Seifenblase, wie sie Maximilian öfters vor den Augen eitler Männer aufsteigen ließ, ohne freilich immer den entsprechenden Eindruck hervorzubringen [1]).

Dagegen hat Maximilian durch die Wiener Verträge doch große Vorteile erzielt. Blieb der ungarische Kronprinz am Leben, und erhielt er Nachkommen, so saß in der Ofner Königsburg eine Dynastie, welche mit der habsburgischen sehr nahe verwandt war, und aller Voraussicht nach für lange Zeit mit dieser befreundet blieb. Starb er ohne Erben, so konnte während seiner Lebenszeit seine Gemahlin die Gelegenheit wahrnehmen, die österreichische Partei zu verstärken und zu organi-

1) Über die Wiener Verträge und die vorhergehenden Verhandlungen seit 1511 s. X. Liske, Der Congreß zu Wien im Jahre 1515. „Forsch. zur deutschen Gesch." VII, 463—558. Vgl. H. Ulmann, Maximilian I. in dem Conflicte zwischen dem deutschen Orden in Preußen und Polen, bes. in den Jahren 1513—1515, ebd. XVIII, 89 ff., und Liske, Der Wiener Congreß von 1515 und die Politik Maximilians I. gegenüber Preußen und Polen, ebd. S. 445 ff.

sieren, damit dann der Nachfolge des Hauses Habsburg keine Hindernisse entgegengesetzt würden. Dabei war es von Wichtigkeit, daß Ludwigs einzige Schwester mit dem Erzherzoge Ferdinand vermählt war, da jene beim kinderlosen Ableben ihres Bruders in Böhmen die rechtmäßige Thronfolgerin war, während ihr Erbrecht in Ungarn den Ansprüchen der Habsburger, die sich auf die Friedensschlüsse von 1491 und 1506 stützten, nicht bloß nicht entgegenstand, sondern dieselben verstärkte. Es war schon dadurch viel erreicht, daß Anna jetzt zur weiteren Erziehung in die Hände des Kaisers überliefert und damit jede Möglichkeit, sie mit Zapolya oder einem anderen Gegner des Hauses Habsburg zu vermählen, für immer abgeschnitten ward.

Daher hatten denn auch die meisten Magnaten, welche im Gegensatz zur Mehrzahl der Bischöfe Anhänger Zapolyas waren, in Preßburg alles in Bewegung gesetzt, um den Abschluß der Heiratsverträge mit dem Hause Habsburg zu hintertreiben. Der Woywode selbst hatte sich trotz wiederholter Einladung geweigert, am Kongresse teilzunehmen. Er unternahm unterdessen eigenmächtig einen Angriff auf eine türkische Grenzburg zwischen Belgrad und Semendria, indem er hoffte, als Überwinder der Ungläubigen zurückzukehren und dann, getragen von der Gunst des ungarischen Adels, seine Forderungen auch dem Könige gegenüber durchsetzen zu können. Aber nicht den Lorbeerkranz des Siegers gewann er, sondern er erlitt nicht ohne eigene Schuld eine schmähliche Niederlage [1]) und versetzte dadurch seinem Ansehen einen Schlag, von dem er sich längere Zeit nicht mehr erholte. Daher erhob sich jetzt in Ungarn gegen die Wiener Verträge nicht die geringste Opposition [2]), und als Wladislaw II. am 13. März 1516 starb, wurde von ihm den schon in Wien getroffenen Verabredungen entsprechend,

1) Tubero ap. Schwandtner II, 335. Georg. Sirm., p. 71 sqq. Vgl. Sanuto in „Mag. tört. tár" XXV, 13, nach Bericht des venetianischen Gesandten in Ungarn vom 14. Mai, wonach Zapolyas Niederlage am Anfange dieses Monats stattgefunden haben muß.

2) S. Liske in „Forsch." VII, 550 ff., der namentlich auch das Märchen Istvánfis von der Opposition des Palatins widerlegt.

der Kaiser neben Sigismund von Polen als Obervormund des zehnjährigen Königs Ludwig bestellt.

Wie Maximilian durch die Wiener Verträge seinen Nachkommen Aussicht auf den Besitz von Ungarn und Böhmen verschafft hatte, so suchte er auch seinem älteren Enkel Karl von Spanien die Nachfolge auf den Kaiserthron zu sichern. Unmöglich konnte er sich dieser Frage gegenüber noch länger gleichgültig verhalten, nachdem Franz I. von Frankreich im Frühjahre 1517 mit einzelnen deutschen Kurfürsten Verhandlungen angeknüpft und ihnen große Summen und andere Vorteile in Aussicht gestellt hatte, um für den Fall der Erledigung der Kaiserwürde ihre Stimme zu erhalten, und demselben noch im nämlichen Jahre von den Erzbischöfen von Trier und Mainz, dem Markgrafen von Brandenburg und dem Rheinpfalzgrafen mehr oder weniger bindende Zusicherungen gemacht worden waren [1]).

Im Sommer 1518 auf einem Reichstage in Augsburg suchte Maximilian durch persönliche Einwirkung auf die Kurfürsten dieselben seinen Wünschen geneigt zu machen. Freilich blieb nichts übrig, als die Versprechungen, welche Frankreich gemacht hatte, noch zu überbieten. Den Kurfürsten von Brandenburg gewann der Kaiser dadurch, daß er dem Erbprinzen die Hand seiner Enkelin Katharina und eine Mitgift von 400000 Goldgulden zusicherte. Dessen Bruder Albrecht, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, dem der Kaiser gerade die Kardinalswürde verschafft hatte, sollte 52000 und eine Pension von 8000 Goldgulden, der Kurfürst von der Pfalz 100000 und

1) S. darüber wie über die folgenden Bemühungen K. Maximilians und Karls selbst Mignet, Une élection à l'empire „Revue des deux mondes“ 1854 V, 209 sqq. G. de Leva, Stor. doc. di Carlo V. I, 280 sqq. Droysen, Geschichte der Preußischen Politik II, 2, 98 ff. R. Rösler, Die Kaiserwahl Karls V., S. 26 ff. C. v. Höfler, Carls I. (V.), Königs von Aragon und Castilien, Wahl zum römischen Könige. Wien 1873 (aus dem „Sitzungsber. d. kais. Akad.“, 70. Bd.). Baumgarten, Die Politik Leos X. in dem Wahlkampf der Jahre 1518 und 1519. „Forsch. zur Deutschen Gesch.“ XXIII, 521 ff. Baumgarten, Gesch. Karls V. I, 107 ff.

eine Pension von jährlich 6000 Goldgulden, der Erzbischof von Köln 20000 und jährlich 6000 Goldgulden erhalten. Auch für die Räte einzelner Kurfürsten wurde das Geld nicht gespart. Am 27. August erhielt dann Maximilian von den Kurfürsten von Mainz, Köln, Pfalz und Brandenburg und den Gesandten des Königs Sigismund von Polen als Vormünder des böhmischen Königs das urkundliche Versprechen, daß sie Karl von Spanien zum römischen Könige wählen würden. Nur zwei Kurfürsten hatten sich dieser Zusicherung nicht angeschlossen, der Erzbischof von Trier, weil er die Erhebung des französischen Königs wünschte, und der Kurfürst von Sachsen, der bis zur Wahl selbst freie Hand behalten wollte. Die Mehrheit schien gesichert, und man glaubte, spätestens im Januar in Frankfurt die Wahl Karls vornehmen zu können.

Indessen waren aber doch noch verschiedene Schwierigkeiten zu beseitigen. Daß Karl die ungeheueren Summen zur Erkaufung der Kurfürsten und ihrer Räte, die sich im ganzen auf 550000 Goldgulden beliefen, in dem durch viele Kriege erschöpften Spanien nicht so bald aufbrachte, war noch das wenigste. Schwerer wog die von seinen Gegnern erhobene Einwendung, daß nach dem bisherigen Herkommen ein römischer König nur gewählt werden konnte, wenn nicht schon ein solcher vorhanden war, also wenn Maximilian die Kaiserkrone empfangen hatte, und daß durch eine Bulle Clemens IV. die Vereinigung Neapels als eines päpstlichen Lehens mit dem Kaiserreiche ausdrücklich untersagt worden war. Nur der Papst konnte von diesem Verbote dispensieren, nur er Maximilian zur Kaiserkrone verhelfen, die er, da dieser nicht nach Rom ziehen konnte, nach Trient senden und hier demselben durch zwei Kardinäle aufsetzen lassen sollte. Dazu war aber Leo X. nicht zu bewegen. So sehr er auch die Übergriffe des mächtigen Frankreich fürchtete, so bangte es ihm doch noch mehr vor Karl von Spanien, wenn dieser zu seinen ausgedehnten Reichen auch noch die Kaiserwürde erhielt. Besonders aber glaubte er für seinen heißgeliebten Neffen Lorenzo mehr Gewinn an Geld und Besitzungen vom französischen als vom spanischen Könige

herausschlagen zu können. Daher ließ er dem Kaiser schöne Worte geben, verweigerte aber die Erfüllung der Wünsche desselben und schloß sich immer enger dem Könige von Frankreich an.

Während der französische König die Verzögerung einer Entscheidung zur Anknüpfung neuer Verhandlungen mit den deutschen Kurfürsten benutzte, fand Maximilian ein unerwartetes Ende. Von Augsburg war derselbe im Herbst 1518 nach Tirol gereist, wo die Wirte von Innsbruck sein Hofgesinde nicht aufnehmen wollten, weil die Regierung ihnen die Kosten eines früheren Aufenthaltes des Kaisers, 24000 Gulden, noch nicht bezahlt hatte. Diese Schmach regte den Kaiser so auf, daß er von einem ernstlichen Unwohlsein befallen wurde. Trotzdem reiste er teils zu Schiff auf dem Inn, teils in einer Sänfte getragen, im November weiter nach Österreich, kam aber nur bis Wels, da sein Zustand sich immer mehr verschlimmerte. Hier ward der früher so kräftige Kaiser in einem Alter von noch nicht einmal sechzig Jahren am Morgen des 12. Januar 1519 vom Tode hinweggerafft [1]).

Sechstes Kapitel.

Maximilians I. organisatorische Thätigkeit.

Niemand wird behaupten wollen, daß Maximilians I. auswärtige Politik immer eine den Verhältnissen entsprechende und erfolgreiche gewesen ist, obwohl sie in ihrer Gesamtwirkung sehr

1) Über den Auftritt in Innsbruck als Anlaß der Erkrankung siehe Kirchmair in „F. R. Austr. SS." I, 441. Vgl. S. v. Herberstein ibid., p. 141. Auch Cuspinian, De Caesaribus, p. 491, der die letzten Lebenstage des Kaisers genau schildert, bemerkt: Maximilianus in Oeniponte cum suis agens, in iram commotus, febrim incidit occultam.

viel zur Entstehung der späteren Großmachtstellung Österreichs beigetragen hat. Aber außer Zweifel steht es, daß sich dieser Fürst um die Organisation der Verwaltung der österreichischen Erblande, die dann vielfach als Muster für die Einrichtungen in den andern deutschen Territorien gedient hat, große und bleibende Verdienste erworben habe [1]).

Auf diesem Gebiete waren auch Reformen am notwendigsten, da die bisherigen Einrichtungen infolge der Änderung der Verhältnisse und der Ausdehnung der Besitzungen Maximilians in keiner Weise mehr genügten.

So lange die Auffassung des früheren Mittelalters vorwaltete, daß die wichtigste Pflicht der Staatsgewalt die Wahrung des Rechtes und die Sorge für die Erhaltung des Friedens sei, war es allerdings nicht schwer, mit wenigen Kräften selbst mehrere Länder zu regieren. Denn die Aufgabe des Fürsten und der ihm zur Seite stehenden Räte war es nur, die obersten Beamten zu ernennen, für den Schutz des Landes gegen auswärtige Feinde und für die Sicherung des Landfriedens im Innern zu sorgen und zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Erhaltung des Hofstaates die notwendigen Mittel aufzubringen, welche noch in der Regel aus den Erträgnissen der Kammergüter und der Regalien flossen. Zur Erledigung der Geschäfte, mit denen sich der Fürst selbst mehr oder weniger abgab, genügte daher außer seinen häufig wechselnden Räten ein einziges

1) Seit dem Erscheinen meiner akademischen Rede: „Geschichte der österreichischen Verwaltungsorganisation bis zum Ausgange des achtzehnten Jahrhunderts" (Innsbruck 1884) ist das umfangreiche Werk von S. Adler, Die Organisation der Centralverwaltung unter K. Maximilian I. (Leipzig 1886), erschienen, in dem ein außerordentlich reiches Material über diesen Gegenstand mitgeteilt, aber unzweckmäßig angeordnet worden ist. Über Fehler im einzelnen s. die (sehr scharfen) Rezensionen von G. v. Below in Zarnckes „Literar. Centralbl." 1886, Sp. 1076 ff. und in v. Sybels „Hist. Zeitschr." LVII, 285 ff. Vgl. auch Th. Fellner, Zur Gesch. der österr. Centralverwaltung (1493—1848) in „Mitth. des Instit. für österr. Geschichtsforschung" VIII, 258 ff., der eine sehr klare Übersicht über die organisatorische Thätigkeit Maximilians und einige Zusätze zu Adlers Buch liefert, und Ulmann I, 822 ff.

Zentralbureau mit einem Kanzler und einigen Beamten. Der Schwerpunkt der Verwaltung, die sich aber fast ausschließlich auf die Finanzen und die Rechtspflege bezog, lag in den einzelnen Ländern und in den autonomen Städten.

Mit dem Beginne der neueren Zeit änderten sich aber die Anschauungen über die Aufgaben der Staatsgewalt. Nicht mehr bloß für die Pflege des Rechtes und für die Herbeischaffung der dem Fürsten notwendigen Geldmittel, sondern auch für das materielle und geistige Wohl der Unterthanen sollte dieselbe sorgen. Auch das Eindringen des römischen Rechtes, welches das altdeutsche mündliche Verfahren nach und nach verdrängte, und zugleich den Grundsatz der Berufung von den niederen Gerichten an ein höheres, ja an den Landesherrn, zur Geltung brachte, hatte eine Vermehrung der Beamten und der Kanzleiarbeiten zur Folge und steigerte namentlich die Geschäfte am Hofe. Indem die Vasallenheere immer mehr durch Söldner ersetzt wurden und auch für die Ausrüstung der Truppen mit Geschütz und anderen Feuerwaffen, für die Beistellung von Pulver und Kugeln, Proviant und Fuhrwerk in umfassendem Maße Vorsorge getroffen werden mußte, erwuchsen der Regierung neue Arbeiten und Lasten. Für die gesteigerten Anforderungen, welche jetzt an die Staatsgewalt gestellt wurden, reichten die regelmäßigen Einkünfte von den fürstlichen Domänen und den Regalien, besonders im Falle eines Krieges, bei weitem nicht mehr aus. Es blieb nichts übrig, als sich an die Stände zu wenden, die nach langem Feilschen entweder außerordentliche Steuern bewilligten oder auch für eine gewisse Zeit, meist einige Monate, ein eigenes ständisches Truppencorps stellten. Dafür nahmen sie aber auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung in Anspruch, und es ward notwendig, die Befugnisse der ständischen und landesfürstlichen Beamten gegenseitig abzugrenzen.

Maximilian war zu verständig, um nicht einzusehen, daß die bisherigen Einrichtungen unter den veränderten Verhältnissen nicht mehr ausreichten. Auch hatte er in den Niederlanden ein ausgebildetes Verwaltungssystem kennen gelernt, dessen Vorzüge gegenüber den Zuständen in den österreichischen

Ländern ihm nicht entgehen konnten. Vor allem aber war er entschlossen, sich ernstlich um das Reich zu kümmern, nicht aber, wie sein Vater gethan hatte, den Dingen daselbst einfach ihren Lauf zu lassen und nur in einzelnen Fällen seinen Willen zur Geltung zu bringen. Dafür war die notwendige Voraussetzung ein längeres Verweilen in Deutschland, eine manchmal vielleicht jahrelang dauernde Abwesenheit aus seinen Erbländern, in denen nun für eine bleibende Stellvertretung gesorgt werden mußte. Als Muster für seine organisatorische Thätigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung dienten ihm die Einrichtungen der Niederlande, teilweise aber auch jene von Tirol, welche in dieser Zeit viel vollkommener waren als jene in den andern österreichischen Gebieten. Freilich darf man nicht glauben, daß der König mit einem fertigen Plane an seine Aufgabe herangetreten sei und diesen während seiner ganzen Regierung konsequent festgehalten habe. Das jeweilige Bedürfnis hat seine Maßregeln veranlaßt, und wiederholt hat er früher getroffene Einrichtungen abgeändert oder ganz fallen gelassen. Aber es ist doch falsch, wenn man gesagt hat, er sei über ein fortwährendes Experimentieren nicht hinausgekommen [1]). Die Grundgedanken seiner Reformen, Ersetzung des Feudalstaates durch den Beamtenstaat, Errichtung ständiger Regierungskollegien, welche auch in Abwesenheit des Landesfürsten die Geschäfte leiteten, und Kräftigung der Staatsgewalt, hat er nie aufgegeben und manche seiner Einrichtungen haben seine Regierung überdauert und, vielleicht mit einigen Abänderungen, Jahrhunderte lang die Grundlage für die Verwaltung Österreichs gebildet.

Die österreichischen Erblande zerfielen infolge der früheren Länderteilungen in zwei Gruppen, in die niederösterreichische, bestehend aus den fünf Herzogtümern Österreich unter und Österreich ob der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain, und in die oberösterreichische, zu der Tirol und die Vorlande in Schwaben und Elsaß gehörten. Als ihm sein Vetter Erzherzog Sigmund im Jahre 1490 die letzteren Gebiete abtrat,

1) Ulmann I, 823.

mußte er wegen des Krieges mit Ungarn Innsbruck bald wieder verlassen. Er übertrug nun, an die bisherigen tirolischen Einrichtungen sich anlehnend, die Regierung einem Kollegium von zwölf „Statthaltern und Räten“, welche zunächst während seiner Abwesenheit die politische Verwaltung und die Justizpflege übernehmen sollten. Für die Finanzangelegenheiten und das Rechnungswesen bestellte er am Anfange des Jahres 1491 vier eigene Räte oder Anwälte mit den notwendigen Hilfsbeamten, für die sich im Jahre 1495 zuerst der Name Raitkammer (Rechnungskammer) findet. In ähnlicher Weise setzte er nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1493, da er sich nach dem Reiche begeben mußte, für die Dauer seiner Abwesenheit über die fünf niederösterreichischen Länder ein „Regiment“, bestehend aus einem Hauptmann und sechs Statthaltern und Räten oder Regenten, ein, um alle Geschäfte zu erledigen, die ihm als Landesfürsten zuständen. Die politische und Finanzverwaltung, die oberste Justizpflege und die Sorge für den Landfrieden, selbst das Recht, Lehen zu verleihen, wurden denselben übertragen. Im folgenden Jahre wird auch für die niederösterreichischen Länder eine „Schatz-“ oder Rechnungskammer erwähnt, hat also auch hier eine Trennung des Finanzwesens von der politischen Verwaltung und der Justiz stattgefunden, wie dies in den Niederlanden schon seit langem der Fall war.

Die Überzeugung, daß es dem Könige nicht möglich sei, neben der Sorge für die auswärtige Politik und die Geschäfte des Reiches sich auch um die Details der Verwaltung in seinen Erblanden zu kümmern, führte dahin, daß die beiden Regimenter in Innsbruck und Wien, die anfangs nur für die Dauer der Abwesenheit Maximilians eingesetzt worden waren, einen ständigen Charakter erhielten.

In Tirol, wo 1498 das Regiment neu organisiert wurde, geschah dies Ende des Jahres 1499. Dem Regiment, das aus einem Landhofmeister, einem Marschall, einem Kanzler und fünf „Statthaltern und Regenten“ zusammengesetzt war [1]),

1) Landhofmeister war bis zu K. Maximilians Tode Michael von Wolkenstein, Marschall Paul von Liechtenstein und nach dessen 1513 er-

stand auch fortan in Tirol und den Vorlanden die Ausübung der landesfürstlichen Rechte, die Verwaltung, oberste Justizpflege, Militär- und Polizeigewalt und die Verleihung der Erblehen zu. Jedem Unterthan sollte es freistehen, sich um Rat und Beistand an das Regiment zu wenden. Als oberster Gerichtshof für Eigen, Lehen, Bergwerke und anderes sollte dasselbe alle Vierteljahre in Innsbruck Sitzungen halten. Die Raitkammer für die Finanzverwaltung und die Kontrolle des Rechnungswesens stand dem Regiment im allgemeinen als selbständige Behörde gegenüber, wenn auch in gewissen Fällen eine Berufung von derselben an dieses gestattet war. Die Kanzlei war für beide Kollegien gemeinsam.

Das Behördenwesen in den niederösterreichischen Ländern erhielt seine dauernde Organisation in den Jahren 1501 und 1502 und zwar nach dem Muster des tirolischen. Auch hier wurde bleibend ein Regiment mit dem Sitze in Linz, bestehend aus einem obersten Hauptmann und Statthaltern und Räten, für die Regierungsgeschäfte, eine Raitkammer in Wien und eine eigene österreichische Kanzlei eingerichtet. Doch wurde dem niederösterreichischen Regimente die Ausübung der dem Landesfürsten zustehenden Justizhoheit nicht übertragen, sondern als Appellations- und Lehengericht ein eigenes Hof- (seit 1502 Kammergericht) in Wiener Neustadt eingesetzt.

Indem die niederösterreichischen Herzogtümer unter gemeinsame Behörden gestellt wurden, ward auch in staatsrechtlicher Beziehung eine engere Verbindung zwischen ihnen herbeigeführt. Wiederholt haben in den späteren Jahren der Regierung Maximilians gemeinsame Ausschußlandtage stattgefunden, wo Delegierte der Stände aller fünf Länder Beratungen pflogen.

Während übrigens die oberösterreichischen Behörden fortan ohne wesentliche Störung und ohne Anfeindung vonseite der

folgten Tode Georg von Firmian, Kanzler Oswald von Hausen und von 1501 an Cyprian von Northeim oder Serntein (Sarnthein), zugleich Vorstand der Hofkanzlei. Liechtenstein und Sarnthein waren neben M. Lang des Kaisers einflußreichste Räte.

Stände weiter fungierten, erhob sich in den niederösterreichischen Ländern eine lebhafte Opposition dagegen. Partikularistische und politische Gründe waren dabei im Spiele. Die Stände der Steiermark und wahrscheinlich auch anderer Provinzen beklagten sich, daß die Prozesse und andere Angelegenheiten außer Landes entschieden würden. Man erhob Beschwerde über das Kammergericht in Wiener Neustadt, das von allen Unterthanen Klagen und von den Entscheidungen anderer Gerichte Appellationen annahm, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch die Landesfreiheiten verletzt, die richterlichen Befugnisse des Landmarschalls oder Landeshauptmanns über die Mitglieder des Herrn- und Ritterstandes eingeschränkt oder ignoriert wurden. Auch gegen die unzweckmäßige örtliche Trennung der obersten Behörden wurden Vorstellungen erhoben. Ein Ausschußlandtag in Mürzzuschlag im November 1508 verlangte nicht bloß die Beseitigung des verhaßten Kammergerichts, sondern auch die Einsetzung eines neuen, ständischen Regiments, in das jedes der fünf Länder zwei Vertreter schicken sollte. Bei Verweigerung dieser Forderung erklärten die Abgeordneten für den damaligen Krieg gegen Venedig keine Subsidien bewilligen zu wollen. Auf den Ausschußlandtagen in Salzburg im Februar 1509 und in Augsburg im Frühjahr 1510 wurden diese Beschwerden und Wünsche neuerdings vorgebracht.

Unter dem Drucke der auswärtigen Verhältnisse sah sich der Kaiser gezwungen, einen Schritt zurückzuweichen und den ständischen Forderungen wenigstens teilweise nachzugeben. Wie er mit Rücksicht auf den bevorstehenden Krieg gegen Venedig anfangs 1509 das oberöstereichische Regiment für die nächsten drei Jahre durch vier ständische Vertreter verstärkt hatte, so machte er im April 1510 den Niederösterreichern ebenfalls die Konzession, daß in das Regiment auch Vertreter der Stände aufgenommen oder wenigstens bei der Zusammensetzung die einzelnen Länder berücksichtigt werden sollten. Doch wies er das Verlangen, daß das Regiment bei Erledigung einer Stelle sich selbst sollte ergänzen dürfen, unbedingt zurück. Er behielt sich selbst die Ernennung vor, wenn auch das neue Mitglied

aus demselben Lande und demselben Stande genommen werden sollte, dem das frühere angehört hatte [1]). Diesem neuen Regimente, das nun auf Wunsch des Landes unter der Ems von Linz nach Wien verlegt ward, wurden jetzt auch richterliche Befugnisse übertragen und das Kammergericht in Wiener Neustadt, dessen Kompetenz schon in den vorausgehenden Jahren mehrfach eingeschränkt worden war, ganz aufgehoben. Wie in Oberösterreich waren fortan auch in Niederösterreich das Regiment und die Raitkammer die obersten Regierungsbehörden und ersteres auch in der Zusammensetzung dem Regimente in Innsbruck ähnlich gemacht, indem es ebenfalls aus je einem Landhofmeister [2]), Marschall, Kanzler und einer Anzahl von Statthaltern und Räten bestand.

Über den beiden Flügeln, welche Maximilian für die Verwaltung seiner Erblande schon bald nach seinem Regierungsantritte aufgeführt hatte, sollte sich nach seinem ursprünglichen Plane auch ein einheitlicher Oberbau erheben und zwar sollte derselbe sowohl für das Reich, wie für die Erblande bestimmt sein. Doch hat der König für die Organisation der obersten Zentralverwaltung weder mit gleicher Konsequenz noch mit gleichem Erfolge gewirkt wie für die Ordnung der Landesverwaltung.

Im Februar 1498 erfolgte die Errichtung eines Hofrates, welcher dem Hoflager des Königs folgen und diesem zur Seite als oberster Gerichtshof und oberste Regierungsbehörde für das Reich wie für die Erblande fungieren sollte. Er sollte aus

1) Aus dieser von Adler, S. 279, angeführten Bestimmung ergiebt sich doch wohl, was er leugnet, daß auf die verschiedenen Länder Rücksicht genommen werden sollte und der Kaiser auf das Recht der freien Ernennung der Mitglieder des Regiments verzichtet hat. Auch Fellner a. a. O., S. 264, nimmt eine Verstärkung des Regiments durch ständische Vertreter an.

2) Dieser Titel findet sich für den früheren obersten Hauptmann seit 1514. Das Amt bekleidete Wolfgang von Polheim, der 1512 starb; seit 1514 Georg von Rottal; das eines Marschalls Hans von Puchheim, Verwalter des Kanzleramts war Dr. Johann Schneidpöck.

einem Statthalter (dem Herzoge Friedrich von Sachsen), einem Hofmeister (Georg von Baiern), einem Hofkanzler (Dr. Stürzel) und mehreren Regenten bestehen, durch Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen und nach der Bestimmung des Königs für alle Händel, Sachen und Geschäfte kompetent sein, „die künftig vom heiligen Reiche deutscher Nation, gemeiner Christenheit oder von unsern erblichen Fürstentümern und Landen herfließen, ferner für Sachen, welche den Hof und dessen Verwandte betreffen." Alle Angelegenheiten, welche früher der König allein oder mit beliebig beigezogenen Räten entschieden hatte, wurden also jetzt einem ständigen Kollegium zugewiesen. Für die Entscheidungen der Landesregierungen bildete der Hofrat die letzte Instanz.

Gleichzeitig wurde, ebenfalls am Hofe, als oberste Finanzbehörde eine Hofkammer eingesetzt, die aus Melchior von Meckau, Bischofe von Brixen, als Vorsitzenden und vier anderen Statthaltern und zwei Schatzmeistern, einem für das Reich und einem für die Erblande, bestand. Dieselbe sollte die oberste Aufsicht über die Finanzverwaltung und deren Organe führen, die Ausgaben anweisen und die Überschüsse von den Einnahmen aus den Erblanden und dem Reiche in Empfang nehmen. Die Kontrolle über die Rechnungen wurde indessen der Schatzkammer oder Raitkammer in Innsbruck zugewiesen, wo sich auch die Buchhaltung und das Archiv [1]) befanden, da diese Stadt wegen ihrer Lage in der Mitte der österreichischen Erblande am meisten als Sitz ständiger Zentralbehörden geeignet war. Doch wurde der Hofkammer eine gewisse Oberaufsicht vorbehalten.

Wie gegen die gemeinsamen Regierungen der österreichischen Ländergruppen vonseite der Stände der Einzelländer Opposition gemacht wurde, so gegen die Zentralbehörden am Hofe vonseite des Reiches. Und hier zeigte Maximilian weniger Widerstandskraft als dort. Schon im September 1498 gab

1) S. auch D. Schönherr, Die Archive in Tirol, in „Mitth. der Centralcommission" N. F. X, 63 f.

er auf die Vorstellungen des Reichserzkanzlers, des Erzbischofs von Mainz, zu, daß Aktenstücke, welche er als deutscher König ausstellen ließe, nicht vom Hofkanzler, sondern in der Reichskanzlei ausgefertigt werden sollten [1]). Das im Jahre 1500 eingesetzte Reichsregiment entzog dann allen 1498 errichteten Zentralbehörden, besonders dem Hofrate den festen Boden. Der König gab zunächst jede Hoffnung auf eine gedeihliche Wirksamkeit im Reiche auf und ging mit um so größerem Eifer an die Organisation der Verwaltung seiner Erblande, in denen er jetzt mit Recht den Schwerpunkt seiner Macht erkannte. Aber auch nach der Beseitigung des Reichsregiments griff er nicht mehr auf die Einrichtungen des Jahres 1498 zurück. Wir finden zwar auch später noch einen Hofrat. Aber es fehlt ihm eine feste Organisation, ein bestimmter Sitz und eine genaue Abgrenzung seiner Befugnisse. Der König trifft unter Beiziehung beliebiger Räte seine Entscheidungen. Auch die Hofkammer verliert ihre ursprüngliche Bedeutung, nicht am wenigsten infolge des Eingreifens des Kaisers in ihre Befugnisse, indem er es nicht unterlassen konnte, unabhängig von ihr Geldanweisungen zu machen. Gerade auf dem Gebiete der finanziellen Zentralverwaltung finden sich das größte Schwanken, die meisten Veränderungen.

Erst nach der Beendigung des venetianischen Krieges wurde das Werk der Reform wieder aufgenommen. Und dabei ist es beachtenswert, daß Maximilian die ins Auge gefaßten Einrichtungen nicht mehr durch einfache landesfürstliche Dekrete, sondern durch eine Vereinbarung mit den Ständen ins Leben zu rufen beabsichtigte und daß er nicht an die einzelnen Länder oder Ländergruppen sich wendete, sondern eine Versammlung von Vertretern aus allen Erblanden berief. Wäre auf dieser Grundlage fortgebaut worden, so würde sich schon im 16. Jahrhundert eine gemeinsame Verfassung für alle österreichischen Länder entwickelt haben.

1) E. Rosenthal, Die Behördenorganisation K. Ferdinands I. „Archiv f. österr. Gesch." LXIX, 94 f.

Auf den 16. November 1517 berief der Kaiser Delegierte der Stände aus den verschiedenen Ländern nach Donauwörth, während gleichzeitig ein deutscher Reichstag in Augsburg abgehalten werden sollte. Die Abgeordneten sollten beraten über einen großen Kriegsplan gegen die Türken, wonach alle christlichen Mächte gegen dieselben zu Felde ziehen und der Kampf im dritten Jahre mit der Eroberung Konstantinopels beendet werden sollte, über den Abschluß eines Friedens mit Venedig oder, wenn dieser nicht zustande käme, über die notwendigen Rüstungen zur Fortführung des Krieges, über gegenseitige Unterstützung der österreichischen Länder, falls eines derselben durch eine benachbarte Macht angegriffen würde, über die Einsetzung eines Hofrates als oberster Behörde und guter Landesregierungen, und endlich, was wohl ein Hauptzweck bei der Einberufung der Versammlung gewesen war, über die Bewilligung von Geldmitteln zur Einlösung der verpfändeten Kammergüter und landesfürstlichen Einkünfte, wie zur Erhaltung des Hofstaates und der Regierungsbehörden. Um die Abgeordneten diesen Forderungen geneigter zu machen, wurde ihnen freigestellt, auch ihrerseits Wünsche und Beschwerden vorzubringen [1]).

Infolge der Vorstellungen der tirolischen Stände und des Nichterscheinens der deutschen Reichsstände in Augsburg wurden aber die Ausschüsse nach Innsbruck berufen, wo um die Mitte des Januar 1518 die Versammlung durch die kaiserlichen Kommissäre eröffnet wurde und im März auch der Kaiser sich einfand. Es waren 70 Delegierte erschienen, nämlich 35 aus den niederösterreichischen Herzogtümern, 8 aus Tirol, 5 aus den verschiedenen görzischen Gebieten und 22 aus den zahlreichen Herrschaften in Schwaben und Elsaß. Doch fanden

1) Die Vorlagen wie die Verhandlungen hat einer der Delegierten, der Prälat Georg von Klosterneuburg, aufgezeichnet und Zeibig im „Archiv f. österr. Geschichtsq.“ XIII, 203—316 in weitläufigen Auszügen mitgeteilt. Vgl. auch Brandis, Landeshauptleute von Tirol, S. 439 bis 494, wo die Innsbrucker Libelle vom Mai 1518 vollständig abgedruckt sind.

nur einzelne gemeinsame Sitzungen statt. Gewöhnlich verhandelten die Ausschüsse der einzelnen Länder oder Ländergruppen für sich allein und verkehrten mit den übrigen schriftlich, wie dies auch zwischen den Delegierten und den Kommissären des Kaisers in der Regel der Fall war. In einem Ausnahmsfalle erscheint der Landeshauptmann von Tirol, Leonhard von Völs, als Wortführer der Versammlung [1]).

Die Ausschüsse der Stände vertraten mit allem Nachdrucke eine Friedenspolitik. Sie sprachen sich nicht bloß entschieden gegen eine Erneuerung des Kampfes mit Venedig aus, sondern sie stellten auch die Forderung, daß der Kaiser fortan ohne Wissen und Willen der Erblande keinen Angriffskrieg beginne. Nur unter der Voraussetzung, daß der Friede nicht gestört würde, bewilligte der Ausschußlandtag dem Kaiser in vier Jahresraten 400000 Gulden, von denen Österreich unter und ob der Enns 120000, Steiermark, Kärnten und Krain 100000, Tirol mit den Hochstiftern Brixen und Trient 120000, die Vorlande 60000 übernahmen. Ein Drittel sollte dem Kaiser zur leichteren Bestreitung der Kosten der Hofhaltung und der Regierung übergeben, zwei Drittel von den ständischen Verordneten zur Auslösung der den Kaufleuten in Versatz gegebenen Silber- und Kupfervorräte und zur Rücklösung der verpfändeten Kammergüter verwendet werden.

Auch auf den Wunsch des Kaisers, daß Vereinbarungen zur gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Länder im Falle eines Angriffs getroffen werden möchten, gingen die Ausschüsse ein, aber zunächst nur auf fünf Jahre. Soweit war das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller habsburgischen Erblande auch jetzt noch nicht erstarkt, daß die Bedrohung eines Landes auch von den andern als eine Gefährdung gefühlt, die Abwehr mit vereinten Kräften als etwas Selbstverständliches angesehen worden wäre. Auch war die Militärmacht, welche sich die ober- und die niederösterreichischen Länder

1) Zeibig a. a. O., S. 297. Vgl. S. 270.

gegenseitig zusicherten, nur eine sehr geringe, nur 1000 gerüstete Pferde oder 500 Pferde und monatlich 5000 rheinische Gulden. Etwas größer waren die Streitkräfte, mit denen sich die niederösterreichischen Länder im Falle eines Einfalls gegenseitig beistehen sollten.

Umfassende Maßregeln für die Landesverteidigung und zwar ohne zeitliche Beschränkung waren nur in Tirol schon im Jahre 1511 unter der Einwirkung des venetianischen Krieges durch das sogenannte elfjährige Landlibell zwischen dem Kaiser und den Ständen vereinbart worden. Danach sollten bei einem feindlichen Angriffe je nach der Größe der Gefahr 1000 bis 5000, 5000 bis 10000, 10000 bis 15000, 15000 bis 20000 Mann aufgeboten werden. Bei einem Anschlage von 5000 Mann sollten 1800 Mann durch die Hochstifter Brixen und Trient, die Prälaten und den Adel, 2400 Mann durch die Städte und Gerichte Tirols, 500 Mann durch die Herrschaft Lienz und das Pusterthal, 300 Mann durch die ehemals baierischen Städte und Gerichte Rattenberg, Kufstein und Kitzbühel gestellt werden und der Kaiser diesen 5- bis 600 Reisige zu Pferd beigeben, auch die Geschütze und die Munition liefern und einem Reisigen monatlich fünf, einem Fußknechte zwei Gulden Sold zahlen. Bei einem plötzlichen Einfalle der Feinde sollte in den zunächst bedrohten Gebieten der Landsturm aufgeboten werden [1]). Es ist dieses Landlibell die Grundlage für alle tirolischen Zuzugsordnungen bis zum Beginne dieses Jahrhunderts geblieben.

Auf dem Ausschußlandtage von 1518, dessen Verhandlungen sich bis in den Mai hinzogen, einigte sich Maximilian mit den Delegierten auch über eine Reihe organisatorischer Maßregeln. Die bisherigen Regimenter für Nieder- und Oberösterreich [2]) blieben bestehen, doch sollte der Sitz des ersteren auf Wunsch der Innerösterreicher probeweise für ein

1) Brandis, Landeshauptleute, S. 412—422.

2) Unter dem Innsbrucker Regimente stand mit beschränkteren Vollmachten ein Regiment in Ensisheim für die westlichen Vorlande.

Jahr nach Bruck an der Mur verlegt werden. Der Forderung der Niederösterreicher, daß ihr Regiment mit Eingeborenen besetzt werden sollte, gab der Kaiser nur teilweise nach; er behielt sich das Recht vor, auch einige „Ausländer" zu Mitgliedern zu ernennen. Dagegen machte er bei der Errichtung eines Hofrates, der die oberste Behörde für politische, Justiz- und finanzielle Angelegenheiten bilden sollte, den partikularischen Bestrebungen weitgehende Zugeständnisse. Von den achtzehn Mitgliedern desselben sollten fünf (Adelige und Doktoren) aus dem Reiche, fünf von Niederösterreich (aus jedem Herzogtum eines), zwei aus Tirol und zwei aus den vorderösterreichischen Landen genommen werden und alles ehrbare, verständige und geborne „Landleute" sein. Die Ernennung dieser Hofräte wie der Mitglieder des Regiments wollte der Kaiser für jetzt mit Willen und Wissen der Ausschüsse vornehmen. Diesen sollte der Kaiser dann noch einen Hofmeister, Marschall, Kanzler und Schatzmeister beigeben. Der Hofkanzler war für das Reich wie für die Erblande gemeinsam. Der Hofrat sollte alle Sachen in voller Sitzung verhandeln. Nur „geheime und große Sachen", also diplomatische Angelegenheiten, durfte der Kaiser selbst oder mit Beiziehung bloß einiger Hofräte erledigen, worin sich die Keime des späteren geheimen Rates zeigen.

Die Ausschüsse hatten verlangt, daß die Angelegenheiten der Erblande bloß von den ober- und niederösterreichischen Hofräten entschieden werden sollten. Doch wies der Kaiser die Ausschließung der Hofräte aus dem Reiche von der Verhandlung über österreichische Angelegenheiten ab; „denn", bemerkte er, „Österreich gehört doch auch zum Reich". Ebenso wenig genehmigte er für die Verwaltung des Kammergutes die Einsetzung einer eigenen Hofkammer mit einem ständigen Sitze in den Erblanden und die Errichtung einer eigenen Raitkammer für die niederösterreichischen Herzogtümer. Die Geschäfte der Hofkammer wurden dem Schatzmeister zugewiesen, welcher Mitglied des Hofrates war. Die Einnahmen aus den verschiedenen Ländern sollten an den Kammermeister oder

Einnehmer-General abgeliefert werden. Die Prüfung aller Rechnungen verblieb der Raitkammer in Innsbruck, welche nur durch Niederösterreicher verstärkt werden sollte.

Die Beschlüsse des Innsbrucker Ausschußlandtages sind in wichtigen Punkten nicht zur Ausführung gekommen. Namentlich der Hofrat war noch nicht konstituiert, als der Kaiser durch den Tod seiner Wirksamkeit entrückt ward.

Siebentes Kapitel.

K. Maximilian I. als Förderer der Wissenschaften und Künste.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Monarch, der so viel und teilweise so verschiedene Länder zu regieren hatte, der mit seinen Plänen alle Reiche der abendländischen Christenheit umfaßte und mehr als die Hälfte seiner Regierungszeit in schwere Kriege verwickelt war, noch Lust und Muße fand, sich um Künste und Wissenschaften zu kümmern und mit den hervorragendsten Vertretern derselben einen lebhaften Verkehr zu unterhalten. Und doch spielte Maximilian I. nicht bloß deren Gönner, sondern er liebte es, mit Gelehrten und Künstlern zu verkehren, er ging mit Verständnis auf ihre Bestrebungen ein, stellte ihnen würdige Aufgaben und freute sich der Erzeugnisse ihres Geistes.

Eine neue Zeit war auch auf dem Gebiete der Wissenschaften und Künste angebrochen und wirkte namentlich auch umgestaltend auf die Universitäten, in denen sich doch das geistige Leben noch vorzüglich konzentrierte.

Die Universitäten des Mittelalters waren vorherrschend kirchliche Anstalten, die es sich zur besonderen Aufgabe setzten,

dem Klerus eine höhere Bildung zu verschaffen und ihn zu befähigen, die Kirche, ihre Lehren und Einrichtungen durch Wort und Schrift zu verteidigen. Als ihren Hauptzweck sahen sie es daher an, die Schüler durch Übung in der Logik und Dialektik zu tüchtigen Kämpfern heranzubilden. Nicht die Vermehrung der Schätze der Wissenschaft, sondern die geschickte Verwendung der bisherigen strebte man an. Ja, bei den überwiegend dialektischen Übungen beschränkte man sich absichtlich auf einen sehr engen Kreis, um den Stoff um so vollständiger zu beherrschen [1]. In der artistischen (philosophischen) Fakultät, welche, wie unser Gymnasium die Vorbereitung für das Studium in den anderen Fakultäten bildete, wurden die sieben sogenannten freien Künste gelehrt, im ersten Jahrgange (dem Trivium) neben der lateinischen Grammatik und Rhetorik (mit Poetik) hauptsächlich Logik als Teil der Dialektik, im zweiten (dem Quadrivium), die übrigen Teile der Dialektik (Physik, Ethik, Metaphysik), Arithmetik und Geometrie, Musik und Astronomie, und zwar die philosophischen und naturwissenschaftlichen Fächer vorzüglich auf Grund entstellter Übersetzungen des Aristoteles und der Schriften seiner Erklärer. In der juridischen Fakultät beschäftigte man sich anfangs fast nur mit kanonischem, erst später auch mit römischem Rechte, wofür es in Wien noch gar keine Lehrkanzel gab. Für die Vorträge in der medizinischen Fakultät bildeten die Werke des Galenus, Hippokrates und Avicenna mit ihren Erklärern die Grundlage. Doch fanden in Wien seit 1433 auch ziemlich regelmäßige anatomische Demonstrationen statt [2]. Die Theologie zerfiel in die heilige Schrift und deren Erklärung und in die scholastische Theologie oder Dogmatik [3]. In allen

1) S. hierüber mit besonderer Rücksicht auf Wien R. Kink, Gesch. der kaiserl. Universtität zu Wien I, 74 ff.

2) Vorübergehend schon 1404 durch acht Tage. Kink I, 172. Aschbach, Gesch. der Wiener Universität im ersten Jahrhundert ihres Bestehens, S. 324 f.

3) Paulsen, Gesch. des gelehrten Unterrichts vom Ausgange des Mittelalters, S. 14 ff. Kink I, 85 ff. Aschbach, S. 85 ff.

Zweigen war aber die Hauptsache nicht der Vortrag, sondern die Disputationen, die bei dem beschränkten Umfange des Wissens immer mehr in haarspaltende Subtilitäten ausarteten. Das ganze geistige Leben verdorrte, die Universitätsstudien gingen in leeren Formelkram unter und wurden zu einem reinen Handwerke.

Doch schon seit langer Zeit bereitete sich dagegen eine Reaktion vor.

Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, seitdem Petrarca die eigene Begeisterung für die Schriftsteller Roms auch in den Herzen anderer zu entflammen gewußt, hatte das Studium der römischen, später auch der griechischen Klassiker in Italien eine immer mehr wachsende Ausdehnung erlangt. Mit jugendlichem Eifer versenkten sich die hervorragendsten Geister in die Werke der alten Dichter und Philosophen, Redner und Geschichtschreiber, in denen sie eine ganz neue Welt fanden, spürten die verstaubten Handschriften in den Klosterbibliotheken auf, schrieben sie ab, bis die Erfindung der Buchdruckerkunst ihre weitere Verbreitung ermöglichte, studierten und erklärten sie und suchten dieselben nach Inhalt und Form sich anzueignen und mit mehr oder weniger Glück nachzuahmen. Diese Humanisten Italiens, die nichts höher schätzten als die Form, sahen mit Verachtung oder wenigstens gleichgültig herab auf alles, was bisher im Leben und an den Hochschulen am meisten gegolten hatte und als höchste Weisheit verehrt worden war. Die Streitlustigeren begannen einen leidenschaftlichen Kampf gegen die bisherige Lehrmethode, gegen die Scholastik in der Theologie und Philosophie, gegen die abstruse Gelehrsamkeit der Juristen und spotteten besonders „über die barbarischen Kunstausdrücke ihrer Gegner, ihre rohe, verderbte Sprache, ihre unfruchtbare Dialektik, ihre verschrobenen Sophismen, ihre albernen Disputationen" [1]). Ihr Sieg war entschieden, als

1) G. Voigt, Die Wiederbelebung des classischen Altertums (2. Aufl.) II, 458.

sich auch Fürsten und Häupter der Republiken, Kardinäle und Päpste in die Reihe ihrer Gönner stellten.

Auch im Norden der Alpen fand der Humanismus nach und nach Verbreitung, als zahlreiche Vertreter desselben während der Konzilien von Konstanz und Basel jahrelang in Deutschland sich aufgehalten, Aeneas Sylvius Piccolomini eine einflußreiche Stellung unter den Kanzleibeamten und Räten des Kaisers Friedrich III. eingenommen hatte. Einer der Juristen am kaiserlichen Hofe, Johann Hinderbach, später (1465—1486) Bischof von Trient, hat als Teil einer Fortsetzung der von Aeneas verfaßten Geschichte Friedrichs III. eine Schilderung des im Jahre 1462 ausgebrochenen Krieges des Kaisers mit seinem Bruder Albrecht geliefert und dabei auch dessen Stil und Darstellungsweise nachzuahmen gesucht. Auch an der Wiener Universität, über deren Professoren doch Aeneas die Lauge seines Spottes ergießt [1]), las der berühmte Mathematiker und Astronom Georg von Peuerbach zwischen 1454 und 1460 über Virgils Aeneide, über Juvenals Satiren und über die Gedichte des Horaz, dessen Schüler Johann Müller von Königsberg (Regiomontanus) 1461 über Virgils Eklogen, andere um dieselbe Zeit über Schriften Ciceros, über Terenz und Lucan. Allein Peuerbach starb schon 1461, Müller verließ gleich darauf Wien, und erst von 1471 an wurden durch Bernhard Perger aus Stanz und andere wieder häufigere Vorlesungen über römische Schriftsteller gehalten, nicht ohne daß die „Älteren“ das Emporkommen der „Jüngeren“ zu hindern gesucht hätten [2]). Inzwischen geriet aber die vor kurzem noch so blühende Universität infolge der steten Kriege, häufiger ansteckender Krankheiten und der ungarischen Occupation in immer tieferen Verfall, ja drohte sogar sich aufzulösen. Während im Jahre 1451 nicht weniger als 771 (darunter 404 Rheinländer und Süddeutsche) und noch 1470 564 Studenten neu immatrikuliert worden waren, sank die Zahl der

1) In der oben, S. 162, citierten Schilderung der Stadt Wien.

2) Kink I, 178 ff. Aschbach, S. 353 f.

Immatrikulationen 1483 auf 42, 1484 auf 18 herab [1]). Auch von den Professoren zogen beim Ausbleiben der Schüler ja sogar des Gehaltes viele fort. Das wissenschaftliche Leben hatte fast aufgehört.

Erst mit der Regierung Maximilians I. begann für die Wiener Universität eine neue Periode, die Zeit des Humanismus [2]).

Es war von entscheidenden Folgen, daß nach der Wiedergewinnung Wiens der bisherige Magister Bernhard Perger, der schon früher für die Hebung der klassischen Studien in Wien thätig gewesen war, zum Superintendenten oder Kurator der Universität ernannt wurde und das unbedingte Vertrauen des Königs erwarb. Ihn unterstützten bei seinen Bemühungen zugunsten der Hochschule der kaiserliche Rat Johann Fuchsmagen aus Hall in Tirol und Maximilians Protonotar Johann Krachenberger aus Passau.

Maximilian kam den Tendenzen seiner Räte mit feinem Sinn und jugendlichem Eifer entgegen und suchte der Wiener Universität die frühere hervorragende Stellung wieder zu verschaffen und sie der veränderten Zeitrichtung gemäß umzugestalten. Er führte zuerst das Studium des römischen Rechtes ein, wofür zwei Professoren angestellt wurden, und gründete auch neue Lehrkanzeln für Mathematik, Poetik und Rhetorik. Aus

1) Kink I, 145 N. Auch 1482 hatte die Gesamtzahl der Scholaren kaum 200 betragen. Aschbach, Die Wiener Universität und ihre Humanisten (Gesch. der Wiener Universität, 2. Bd.), S. 7, N. 1. Über die Berechnung der Gesamtzahl aus der Zahl der neu Immatrikulierten siehe Paulsen, Die Gründung der deutschen Universitäten im Mittelalter, in „Hist. Zeitschr." XLV, 289 ff., der den früheren Annahmen über sehr hohe Zahlen mit Recht entgegentritt, wenn auch er vielleicht die Zahlen etwas zu niedrig angenommen hat. Zu hoch ist jedenfalls die Behauptung in Bonfinii Dec. IV, l. 5, daß die Zahl der Studenten in Wien hie und da 7000 betragen habe.

2) S. über diese Zeit Kink I, 192 ff. Aschbach II, 41 ff. und darin auch die Biographieen der einzelnen Humanisten. Vgl. auch den hübschen Aufsatz von A. Horawitz, Der Humanismus in Wien. „Hist. Taschenbuch", VI. Folge II, 137—200, und die entsprechenden Artikel in der „Allgem. deutschen Biographie".

Deutschland und Italien wurden angesehene Professoren für Wien gewonnen, z. B. schon 1493 für römisches Recht der Venetianer Hieronymus Balbi, damals Professor in Padua, übrigens das Urbild eines frivolen, aufgeblasenen und streitsüchtigen Humanisten, dessen unruhiger Geist es auch in Wien nicht lange aushielt, für Theologie einige Jahre darauf der Minorit Johann Ricuzzi aus Camerino (daher Camers genannt). Aus Ingolstadt wurden 1497 die Mathematiker Johann Stabius, ein geborner Oberösterreicher, und Andreas Stiborius und der berühmte Dichter und Humanist Konrad Pickel, genannt Celtes, berufen, der die Lehrkanzel für Poetik und Rhetorik erhielt. Die humanistische Richtung wurde gegenüber der bisher fast ausschließlich herrschenden Scholastik in jeder Weise begünstigt, so daß die Universität, die immer mehr zur Staatsanstalt wurde, den bisherigen Charakter einer geistlichen Korporation verlor und die artistische Fakultät, die bisher nur als Vorbereitungsanstalt besonders für die Theologie gedient hatte, eine selbständige Stellung erhielt. Über lateinische Schriftsteller wurden jetzt regelmäßige Vorlesungen gehalten und der Besuch der humanistischen Vorträge für die Erlangung des Magistergrades an der artistischen Fakultät obligatorisch gemacht. Durch Angelus Cospus aus Bologna wurden auch griechische Schriftsteller gelesen und erklärt. Die klassischen Studien blühten immer mehr auf, und besonders herrschte eine rege Thätigkeit für die Herausgeber der alten Schriftsteller. Ausonius, Claudian, Horaz, Ovid, Persius, Plautus von den Dichtern, Florus, Justin, Sallust, des Tacitus Germania, Übersetzungen des Diodor und Zonaras von den Historikern, verschiedene Werke Ciceros wurden in Wien herausgegeben, wobei Cuspinian, Ricutius und der Schweizer Joachim von Watt (Vadianus), von 1510—1518 Professor in Wien, eine besondere Thätigkeit entwickelten.

Bei weitem der hervorragendste als Lehrer und Gelehrter war Konrad Celtes, dessen früher so unstäte Natur erst in Wien sich heimisch fühlte, der aber leider schon 1508, noch nicht einmal 50 Jahre alt, ein frühes Ende fand. Er war

ein eleganter lateinischer Schriftsteller und Dichter (der erste Deutsche, der 1487 vom Kaiser zum Dichter gekrönt worden ist) und was damals in Deutschland noch selten war, auch des Griechischen und Hebräischen kundig. Aber er war zugleich ein Mann von allgemeiner Bildung, der nicht bloß auf die Form, sondern auch auf die Realien Gewicht legte und sich für die Vergangenheit des deutschen Volkes interessierte. Er veröffentlichte daher neben römischen Schriftstellern wie Apulejus, Ausonius, Tragödien des Seneca und der Germania des Tacitus, auch die lateinischen Komödien und historischen Gedichte der Gandersheimer Nonne Hrotswit aus der Zeit Ottos I. und das lateinische Epos des Guntherus Ligurinus über die Thaten Friedrich Barbarossas, das man mit Unrecht lange Zeit ihm selbst zugeschrieben hat. Auf seinen Forschungsreisen am Rhein fand er das sogenannte Itinerarium Antonini, das uns auf zwölf Blättern ein Bild der Straßenzüge des römischen Reiches im dritten Jahrhundert mit den daran gelegenen Städten, Lagerplätzen u. s. w. bietet, wurde aber durch die Kosten des Stiches und durch den Tod an der Herausgabe desselben verhindert [1]). Seine Vorlesungen in Wien erstreckten sich auch auf die älteste Geschichte Deutschlands im Anschluß an die Germania des Tacitus und auf andere Teile der deutschen und allgemeinen Geschichte. Celtes war auch der erste Leiter der vom Kaiser Max gegründeten Wiener Hofbibliothek. Um die humanistischen und mathematisch-physikalischen Studien zu heben, setzte er 1501 bei seinem Gönner Maximilian die Errichtung eines eigenen Seminars, das Collegium poetarum et mathematicorum, an der Universität durch, an dem er Vorstand der humanistischen, sein Freund Stabius Leiter der mathematischen Abteilung ward, das aber 1508 wieder einging. Celtes war auch die Seele der Sodalitas litteraria Danubiana, einer Art von Privatakademie

1) Er vermachte es daher seinem Freunde Peutinger in Augsburg (daher tabula Peutingeriana). Später gelangte es in den Besitz der Herzoge von Savoyen und kam endlich durch den Prinzen Eugen auf die Wiener Hofbibliothek.

zur Förderung der humanistischen Studien, die er 1490 auf einer seiner Wanderungen in Ofen gegründet hatte, aber 1497 nach Wien verpflanzte. Deutsche und Italiener, Ungarn, Böhmen und Polen waren Mitglieder, der Veszprimer Bischof Johann Vitéz, zugleich Administrator des Wiener Bistums, und nach dessen Tode im Jahre 1499 Krachenberger (Gracchus Pierius) Präsident. Nach Celtes' Tode löste auch diese Gesellschaft sich auf.

Neben Celtes war der bedeutendste unter den Wiener Humanisten Johann Spießhaimer, genannt Cuspinian, ein geborner Schweinfurter, der schon als Jüngling von 18 Jahren im Jahre 1491 in Wien, ohne Professor zu sein, über lateinische Klassiker las und 1493 vom Könige Maximilian zum Dichter gekrönt wurde. Er ward nun Professor und 1501 an Pergers Stelle Superintendent der Universität und wirkte als solcher auf eine größere Berücksichtigung der Realien hin, wie er denn auch selbst als Herausgeber römischer und mittelalterlicher Geschichtsquellen und als Geschichtschreiber thätig gewesen ist. Der Kaiser, dessen besonderer Gunst sich Cuspinian erfreute, verwendete ihn sehr oft zu diplomatischen Geschäften besonders zu den Unterhandlungen mit Ungarn.

Durch die warme Fürsorge des Kaisers erreichte die Wiener Universität in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts nicht bloß eine neue Periode wissenschaftlicher Blüte, sondern auch des äußeren Ansehens. In den Jahren 1515—1517 ließen sich jährlich über 600 Studenten neu immatrikulieren [1]), welche Zahl damals keine der deutschen Universitäten auch nur annähernd erreicht hat. Dabei betrug die Zahl der Ausländer wenigstens drei Viertel aller Hörer. Besonders die Westdeutschen und Schweizer suchten mit Vorliebe Wien auf; wenigstens die Hälfte der Studierenden gehörte ihnen an. Selbst die be-

1) So nach Kink I, 226, N. Nach Aschbach II, 125 betrug der neue Zuwachs in den beiden ersten Decennien des 16. Jahrhunderts jährlich gar 600 bis 800 Studierende. Über die anderen deutschen Universitäten s. die Zusammenstellungen bei Paulsen a. a. O., S. 293 ff.

rühmte Pariser Universität, meinte der Humanist Glareanus, stehe hinter der in Wien zurück [1]).

In vorteilhaftem Gegensatze zu den italienischen Humanisten, aber mit Celtes, Cuspinian und anderen Humanisten Deutschlands übereinstimmend, hatte Maximilian auch Sinn für die Vergangenheit des eigenen Volkes. Ein glänzender Beweis hierfür ist das in seinem Auftrage geschriebene sogenannte Amraser Heldenbuch, in dem die „besten volkstümlichen und höfischen Gedichte der mittelhochdeutschen Zeit" gesammelt worden sind. Dadurch allein ist neben manchen anderen poetischen Erzeugnissen eines der großen deutschen Volksepen, die Gudrun, vor dem Untergange bewahrt worden.

Die mittelhochdeutschen Epen haben auch teilweise als Muster gedient für den „Teuerdank", welcher die vom Kaiser auf der Jagd, im Kriege u. s. w. zu verschiedenen Zeiten bestandenen Abenteuer schildert und zwar in Form einer Allegorie, indem diese Gefahren dem Helden Teuerdank (Maximilian) auf seiner Brautfahrt zur Königin Ehrenreich, der Tochter des Königs Ruhmreich (Karl von Burgund) durch Ehrenreichs Hauptleute „Fürwittig" (jugendlicher Übermut und Leichtsinn), „Unfalo" (unglückliche Zufälle) und „Neidelhart" (Neid seiner Feinde) bereitet werden. Der Plan dieses umfangreichen, aber recht einförmigen und trockenen, moralisierenden Gedichtes ist vom Kaiser selbst entworfen und, wie es scheint, die meisten Gesänge auch ursprünglich von ihm ausgeführt worden. Dasselbe ist dann von Maximilians Sekretär und Rate Melchior Pfinzing, Propst in Nürnberg, vollendet und, nicht zu seinem Vorteile, auch umgearbeitet worden [2]).

Stellt der „Teuerdank" die Thaten des kühnen Jägers und Ritters in poetischem Gewande dar, so sollte dessen Abstammung, Ausbildung in den verschiedensten Wissenschaften und Fertigkeiten, Vermählung und kriegerische Unternehmungen in einem prosai-

1) Kink I, 227 N.

2) S. die Untersuchungen v. C. Haltaus in der Einleitung zu seiner Ausgabe des Theuerdank (1836).

schen Lebensbilde, dem „Weißkunig", geschildert werden. Die Ausführung wurde Maximilians Geheimschreiber Max Treytz-Saurwein, einem Tiroler, übertragen, der sich für die Vorgeschichte an schriftliche Quellen, für die Kriege seit 1478 an Mitteilungen des Kaisers selbst hielt, die ihm derselbe zu verschiedenen Zeiten bruchstückweise diktiert hat. Die Vorliebe Maximilians für die allegorische Einkleidung spricht sich auch in diesem Werke aus, indem die einzelnen Personen meist nicht mit Namen genannt, sondern mit Farben unterschieden sind, wie etwa bei ritterlichen Spielen die Helden durch die Farben ihres Gewandes kenntlich gemacht wurden. Selbst die geographischen und chronologischen Bestimmungen sind im Hauptteile des Weißkunig weggelassen, der auch nie vollendet worden ist, weil der große Kreuzzug gegen die Ungläubigen, der den Abschluß der Thätigkeit Maximilians bilden sollte, nie unternommen werden konnte [1]).

Aber nicht bloß das Andenken seiner eigenen Thaten wollte Maximilian der Nachwelt überliefern, auch die Geschichte seines Geschlechtes und seiner Länder wie die Vergangenheit des Deutschen Reiches und Volkes suchte er aufhellen zu lassen. Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß er zur historischen Forschung eine ähnliche Stellung eingenommen habe wie in unserem Jahrhundert der Freiherr von Stein oder der König Maximilian II. von Baiern [2]). Durch verschiedene Gelehrte, besonders den Mathematiker und Geographen Johann Stabius, den er zu seinem Historiographen ernannte, und dessen Ge-

1) Der Weißkunig blieb auch bis zum Jahre 1775 ungedruckt. Jetzt wird er mit den alten Holzschnitten neu herausgegeben im „Jahrbuch der kunsthistor. Sammlungen des allerhöchsten Kaiserhauses", VI B. S. über das Werk R. v. Liliencron im „Hist. Taschenbuch", 5. Folge III, 321 ff., und über Treytz-Saurwein die Untersuchungen von D. Schönherr, im „Archiv f. österr. Gesch." XLVIII, 355 ff.

2) A. Horawitz, Nationale Geschichtschreibung im sechszehnten Jahrhunderte. „Hist. Zeitschr." XXV, 67 ff. Über die Verdienste K. Maximilians um die nationale Geschichtschreibung s. auch v. Wegele, Gesch. der Deutschen Historiographie, S. 91 ff.

hilfen, seinen Kaplan Ladislaus Suntheim aus Ravensburg, einen Zögling der Wiener Universität, und Jakob Mennel oder Manlius in Freiburg, einen geborenen Bregenzer, ließ er in den Klöstern, Bibliotheken und Archiven Deutschlands, Frankreichs und Italiens Forschungen anstellen, um alte Chroniken und Urkunden aufzusuchen und die Quellen zu verzeichnen, die wichtigeren abzuschreiben [1]). Noch auf dem Todbette ließ sich der Kaiser in schlaflosen Nächten durch Manlius Abschnitte aus der österreichischen Geschichte vorlesen [2]). Dabei war der Verkehr, den Maximilian mit den Gelehrten unterhielt, ein durchaus vertraulicher und ungezwungener. „Der Kaiser", sagt der Franzose Froissart, „nennt sie nicht bloß seine Freunde, sondern er behandelt sie auch als solche. Es giebt gewiß keinen zweiten Herrscher, der sich so willig belehren ließe von denen, die mehr gelernt haben als er, und der selbst so reichen Geistes ist, daß er schon durch seine Fragen belehrt" [3]). Besonders nahe standen ihm der Nürnberger Patrizier Willibald Pirkheimer, der Mittelpunkt eines ausgedehnten Kreises von Humanisten und Künstlern und selbst ein eleganter Geschichtschreiber, und der Augsburger Konrad Peutinger, den der Kaiser nicht bloß in politischen Angelegenheiten oft verwendete, sondern auch in wissenschaftlichen Fragen häufig zu Rate zog und mit der Überwachung vieler seiner künstlerischen Unternehmungen betraute [4]).

Denn vor allem als Förderer der Kunst hat sich Maximilian große Verdienste und einen gefeierten Namen erworben.

Die Kunst sollte nach den Ideen des Kaisers vorzüglich

1) Aschbach II, 366 ff., 377 ff. Über Manlius siehe auch Laschitzer im „Jahrb. der kunsthist. Samml. d. allerh. Kaiserhauses" IV, 79 ff.

2) Laschitzer, S. 85. Vgl. Cuspinianus, De Caesaribus, p. 491.

3) Bei Janssen I, 134.

4) Herberger, C. Peutinger in seinem Verhältnisse zum K. Maximilian I. (Augsburg 1851). Vgl. Geiger, Renaissance und Humanismus, S. 369—382.

seiner Verherrlichung dienen und dabei mit der Poesie, der Wissenschaft und dem Leben Hand in Hand gehen. Auf diese Weise „entstanden illustrierte Prachtwerke, die, soweit sie nach des Kaisers Absichten vollendet wurden, für alle Zeiten als typographische und künstlerische Meisterwerke dastehen werden" [1]).

Die erste Ausgabe des „Teuerdank", die 1517 erschien, ist mit nicht weniger als 118 Holzschnitten geziert, wofür Hans Schäufelein und andere Meister nach den eigenen Ideen des Kaisers die Zeichnungen geliefert haben. Dasselbe sollte mit dem „Weißkunig" geschehen, für dessen Illustration besonders Hans Burgkmair thätig gewesen ist.

Bereits 1511 war eine illustrierte „Genealogie" der Vorfahren Maximilians mit Zeichnungen von Burgkmair erschienen. Daran schloß sich eine Sammlung der Heiligen, von denen man annahm, daß sie zu den Habsburgern in irgendeiner verwandtschaftlichen Beziehung ständen, mit Text von Manlius und Zeichnungen von Leonhard Beck, der auch für den Teuerdank und Weißkunig thätig gewesen ist. Ein besonderes Prachtwerk sollte der „Triumphzug" oder „Triumphwagen" Maximilians werden, welcher von diesem selbst in allen Details erfunden, von Treytz-Saurwein redigiert und von Albrecht Dürer entworfen worden ist, worauf die Skizzen zur Vervielfältigung durch den Holzschnitt auf nicht weniger als 137 Tafeln [2]) an verschiedene Künstler, namentlich an Dürer und Burgkmair gegeben worden sind. Einer ähnlichen Idee verdankt auch die „Ehrenpforte" ihre Entstehung, ebenfalls ein Werk Dürers, das nach den damaligen Vorstellungen von einem Triumphbogen der römischen Kaiserzeit Darstellungen aus der Geschichte Maximilians mit erläuternden Versen von Stabius und in der Mitte den Stammbaum des Hauses Österreich enthält, an dessen oberstem Ende Maximilian selbst, umschwebt von Sieges-

1) R. Muther, K. Maximilian I. als Kunstfreund. „Grenzboten" 1884, I, 134.

2) Nach einer von Schönherr im „Jahrb. der kunsthist. Samml. d. allerh. Kaiserhauses" II,2, LXXXIX, no. 1366 mitgeteilten Notiz sollte der Triumphwagen eigentlich aus 210 „Formen" bestehen.

göttinnen, thront. Es ist „das Großartigste, was jemals für den Holzschnitt geschaffen wurde". Setzt man die Abdrücke der 92 Holzstöcke zusammen, so mißt das Blatt nicht weniger als 10½ Fuß in der Höhe, 9 in der Breite. Wie manche andere künstlerische Unternehmung ist leider auch die „Ehrenpforte" bei Maximilians Tode noch nicht vollendet gewesen [1]).

Ein Kaiser, der keine ständige Residenz hatte, sondern ruhelos von Stadt zu Stadt zog oder im Felde lag, konnte nicht daran denken, einen glänzenden Palast zu bauen und mit Statuen und Bildern zu schmücken. Aber er wollte wenigstens Proben von der Hand der damaligen hervorragendsten deutschen Maler besitzen „und zwar in einem Buche, das er tagtäglich in der Hand führte und das zu seinem intimsten Gebrauche bestimmt war, in seinem Gebetbuche [2])", deren Gebete und Psalmen er wahrscheinlich selbst ausgewählt und geordnet, teilweise vielleicht auch verfaßt hat. Die breiten Pergamentränder ließ er mit Zeichnungen von Albrecht Dürer, Lukas Kranach, Hans Burgkmair, Baldung Grien, Altdorfer und Dürers Bruder Hans mit Zeichnungen verzieren, von welchen besonders jene Dürers von großem künstlerischen Werte sind.

Aber wenn auch bei seinen Lebzeiten seine eigentliche Heimat der Steigbügel, der Sattel seine Residenz war, wie ein geistvoller Kunsthistoriker sich ausdrückt [3]), so wollte er doch nach seinem Tode in einem seiner würdigen Grabdenkmale ruhen.

Spätestens um das Jahr 1505 faßte Maximilian den Plan, sich ein großartiges Mausoleum zu errichten. So weit

1) Mit der von Muther a. a. O., S. 133 ff. und 185 ff. gegebenen Skizze vgl. M. Thausing, Dürer (2. Aufl.) II, 114 ff. und die neuen prachtvollen Ausgaben im „Jahrb. d. kunsthist. Samml. d. allerh. Kaiserhauses" I, IV—VI, mit Untersuchungen von Schestag über den „Triumph", Laschitzer über die „Heiligen", Chmelarz über die „Ehrenpforte" und A. Schultz über den „Weißkunig".

2) Muther a. a. O., S. 131. Vgl. Thausing II, 127 ff. und Chmelarz im „Jahrb. d. kunsthist. Samml." III, 88 ff., über die zweite in Besançon aufbewahrte Hälfte, die das Münchner Exemplar ergänzt, aber leider auch einige Lücken hat.

3) Thausing II, 114.

die noch erhaltenen Angaben einen Schluß gestatten, sollte des Kaisers ehernes Bild in knieender Stellung die Mitte einnehmen und dasselbe zunächst von kleineren Bildern der Heiligen aus dem Hause Habsburg, in weiterer Entfernung aber von den mehr als lebensgroßen vergoldeten Erzstatuen der Ahnen Maximilians und einiger Lieblingshelden desselben (Theodorich, Arthur oder Artus, Karl dem Großen und Gottfried von Bouillon) umgeben werden. Sein Hofmaler Gilg Seßlschreiber aus München arbeitete seit 1505 an den Zeichnungen zu den Grabbildern, wobei Maximilian selbst mit dem Künstler die Details besprach und Korrekturen anordnete. Zugleich wurde im Sommer 1508, nachdem sich Unterhandlungen mit Peter Vischer, Nürnbergs berühmtestem Erzgießer, wahrscheinlich zerschlagen hatten, ebenfalls aus Nürnberg Stephan Godl mit mehreren Gesellen berufen, der in Mühlau bei Innsbruck, dem Sitze der berühmten und jetzt unter der Leitung Seusenhofers nach mehr aufblühenden Harnischschlägerei, eine Kunstschule für Erzgießerei errichten und in derselben besonders Tiroler heranbilden sollte. Indessen vergingen trotz des Drängens des Kaisers viele Jahre, bis das Werk wesentlich gefördert ward. Seßlschreiber, der nicht bloß die Zeichnungen lieferte, sondern mit den ihm beigegebenen Leuten auch das Modellieren, Gießen und Ziselieren der großen Statuen besorgte, scheint eine echte Künstlernatur gewesen zu sein und viel versprochen, aber wenig gearbeitet zu haben. Auch scheint der Bau einer neuen Gießhütte, manchmal auch die Schwierigkeit, während des venetianischen Krieges die notwendigen Mittel zu liefern, ihn aufgehalten zu haben. Bis zum Jahre 1513 war erst eine der großen Statuen gegossen, andere in Vorbereitung und auch später ging die Sache trotz aller Versprechungen Seßlschreibers nur langsam vorwärts. Als er endlich im Sommer 1518 vom Kaiser des Dienstes enthoben wurde, waren von 28 großen Statuen erst zwölf teils im Gusse mehr oder weniger vollendet teils wenigstens modelliert. Von den kleineren Statuen hatte Godl bis zu dieser Zeit 19 gegossen, und es wurde ihm nun auch der Guß der großen übertragen.

Wahrscheinlich ward der Kaiser durch das langsame Vorschreiten des Gusses in Mühlau bewogen, dazwischen auch an anderen Orten arbeiten zu lassen. Im Jahre 1513 lieferte Peter Vischer die Statuen Arthurs und Theodorichs, die an künstlerischem Wert alle anderen weit überragen, obwohl auch die noch ganz oder teilweise von Seßlschreiber herrührenden zu den hervorragendsten Leistungen der deutschen Kunst dieser Zeit gehören. Auch in Augsburg wurden unter Peutingers Leitung vom Bildhauer Jörg Muschgat und den Erzgießern Hans und Laux Zotman 32 eherne Brustbilder für das Grabmal des Kaisers angefertigt, die aber vollständig verloren sind [1]).

Denn leider hat der frühe Tod des Kaisers auch die Ausführung dieses Werkes verhindert. Erst nach langer Unterbrechung wurde dasselbe durch Maximilians Enkel König Ferdinand wieder aufgenommen und mit manchen Abänderungen vollendet und dann in Innsbruck aufgestellt, obwohl Maximilian selbst seinem Testamente gemäß in Wiener Neustadt beigesetzt worden war. Von allen künstlerischen Unternehmungen Maximilians ist sein Grabdenkmal das bedeutendste, und es wird auch in den spätesten Geschlechtern das Andenken eines Fürsten lebendig erhalten, der wie kein anderer in jenem Jahrhundert die deutsche Kunst mit Liebe und Verständnis gepflegt und gefördert hat.

1) Über die Geschichte dieses Denkmals bis zum Jahre 1519 haben erst die Forschungen D. Schönherrs im „Archiv f. Gesch. und Altertumskunde Tirols" I, 1—60, Licht verbreitet. Vgl. damit jetzt auch dessen „Urkunden und Regesten aus dem k. k. Statthalterei-Archiv in Innsbruck", im Jahrb. d. kunsthist. Samml.", II. B., 2. Abteilung. S. auch Lübke, Geschichte der Plastik, S. 665 f. 672 ff.

Achtes Kapitel.

Die Kaiserwahl von 1519 und die Erbteilung zwischen Karl V. und Ferdinand I.

Ob das Haus Habsburg nach dem Tode Maximilians I. die Kaiserwürde zu behaupten vermöchte und ob die Erblande mit dem spanisch-niederländischen Reiche Karls verbunden würden oder als selbständiger Staatskörper innerhalb des Deutschen Kaiserreiches fortbeständen, das war die Frage, von deren Lösung die künftige Entwickelung Österreichs abhing.

Nach dem seit der Erhebung des Hauses Habsburg in Österreich geltenden Gewohnheitsrechte waren die Erblande immer als Gesamtbesitz betrachtet worden, und es konnte daher keinem Zweifel unterliegen, daß dieselben an beide Enkel Maximilians fallen mußten, wenn auch Karl als der ältere die oberste Gewalt beanspruchen durfte. Indessen lag es gewiß nahe, dieselben an Ferdinand allein zu überlassen, da Karl bereits der Erbe der Königreiche Castilien, Aragonien, Neapel, der Inseln Sicilien und Sardinien, der burgundisch-niederländischen Gebiete und der neu entdeckten Länder in Amerika war, deren Ausdehnung sich noch gar nicht ermessen ließ. Der Plan, die österreichischen Erblande dem Erzherzoge Ferdinand zu übertragen, wurde offenbar schon beim Abschlusse der Heiratsverträge mit Ungarn in den Jahren 1506 und 1507 ernstlich ins Auge gefaßt, wenn auch nie eine ausdrückliche Verfügung getroffen worden ist. Auf dem Ausschußlandtage in Innsbruck im Jahre 1518 baten die Delegierten den Kaiser, er möge die Erbschaftsangelegenheiten seiner Enkel bezüglich der Erblande noch bei Lebzeiten ordnen, damit nicht nach seinem Tode Streitigkeiten entständen, auch möge Ferdinand in die österreichischen Länder gebracht werden. Der Kaiser erwiderte, er habe mit Karl darüber verhandelt, aber ohne Erfolg, da dieser

die Sache bis zu Ferdinands Volljährigkeit verschieben wolle, damit er versichert sei, daß derselbe die getroffene Vereinbarung auch halten würde [1]). So war bei Maximilians Tode die Frage noch nicht entschieden, und derselbe setzte in seinem Testamente vom 6. Januar 1519 [2]) seine beiden Enkel zu Erben ein.

Den österreichischen Ländern waren beide bisher vollständig fremd geblieben und fern von ihrem Großvater herangewachsen. Karl verlebte seine ganze Jugendzeit in den Niederlanden; Niederländer waren seine Erzieher, das Vlämische seine Muttersprache, während er Deutsch auch als Kaiser nie vollständig gelernt hat. Ferdinand war in Spanien, wo er am 10. März 1503 das Licht der Welt erblickte, unter den Augen seines mütterlichen Großvaters Ferdinand von Aragonien erzogen worden, und er verließ dieses Land erst, als er schon fast erwachsen war. Gewiß ist dies nicht ohne Einfluß auf die Entwickelung seines Charakters geblieben; hier ist ihm die streng religiöse Richtung eingeprägt worden. Doch ist diese bei ihm, der von Natur aus zur Milde und Mäßigung neigte, nie in Fanatismus ausgeartet, und sein zwar nicht genialer aber klarer Geist hat es ihm möglich gemacht, sich auch in die deutschen Verhältnisse hineinzufinden.

Ferdinand war der Liebling seines mütterlichen Großvaters gewesen, und man hat wohl geglaubt, daß dieser ihn mit Übergehung seines älteren Enkels zum Erben einsetzen würde. Auch später waren Karl und dessen niederländische Räte von Mißtrauen gegen Ferdinand erfüllt und fürchteten, daß unzufriedene spanische Große ihn seinem Bruder als Regenten des Reiches entgegenstellen könnten. Als Karl im Herbste 1517 sich nach Spanien begab, um selbst die Regierung dieses Landes zu übernehmen, wurde Ferdinand sehr argwöhnisch behandelt und endlich im Frühjahr 1518 nach den Niederlanden geschickt, wo er unter der Aufsicht seiner Tante Margareta lebte.

1) „Archiv f. österr. Gesch. XIII, 229 (Art. 11), 274.

2) Vollständig bei Bucholtz, Geschichte der Regierung Ferdinand I. I, 476 ff.

Auch bei der neuen Kaiserwahl [1]) traten sich die Interessen beider Brüder entgegen.

Der Versprechungen, welche die Mehrzahl der deutschen Kurfürsten auf dem Reichstage in Augsburg zugunsten Karls von Spanien gegeben hatten, hielten sie sich durch den Tod des Kaisers entbunden. Das Ausbieten ihrer Stimmen, das Markten der Bewerber um dieselben begann von neuem.

Die Zahl der Kandidaten war eine so große, wie sie nie gewesen, da das Ansehen der Kaiserwürde infolge der umfassenden Thätigkeit Maximilians in letzter Zeit doch sehr gestiegen war und man namentlich erkannte, daß sie einem mächtigen Fürsten einen nicht zu unterschätzenden Rechtstitel für die verschiedensten Ansprüche bieten konnte. Nicht bloß Karl von Spanien und Franz I. von Frankreich traten offen als Bewerber auf. Auch die Räte Ludwigs von Ungarn beschlossen, die Versprechungen, welche der Kaiser demselben im Jahre 1515 gemacht hatte, geltend zu machen und zu verlangen, daß jener als Maximilians Nachfolger anerkannt werde. Ebenso schickte Heinrich VIII. von England im Mai einen Gesandten nach Deutschland, um die Stimmen der Kurfürsten für sich zu gewinnen. Nicht minder trug sich der Kurfürst Joachim von Brandenburg mit der Hoffnung, sein Haupt mit der Kaiserkrone geschmückt zu sehen.

Doch hatten Ludwig von Ungarn, der noch nicht einmal volljährig war, und Heinrich von England von vornherein keine Aussicht auf den Thron. Joachim von Brandenburg genoß persönlich kein großes Ansehen, und es sprach gegen ihn wie gegen alle deutschen Fürsten der Umstand, daß keiner als

1) S. darüber außer den S. 448 angeführten Werken und Abhandlungen von Mignet, Droysen, de Leva, Rösler, Höfler und Baumgarten noch Lanz, Einleitung S. 216 ff. Ranke, Deutsche Gesch. 1^{4}, 240 ff. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes I^{9}, 580 ff. Liske, Des polnischen Hofes Verhältnis zur Wahl K. Karls V. in „Histor. Zeitschr." XVI, 46 ff. und die Abhandlungen und Mitteilungen von R. Pauli, Liske, Rezek, Baumgarten und Neustadt in „Forsch. z. deutschen Gesch." I. VIII. IX. XVIII. XXXIII. und XXV. Bd.

mächtig genug galt, um das Ansehen des Reiches nach außen zu wahren und im Innern Frieden und Ordnung aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde lehnte auch Friedrich von Sachsen, der sonst vielleicht Aussicht auf die Krone gehabt hätte, jede Wahl ab.

Viele Anhänger des Hauses Österreich hätten die Wahl des Erzherzogs Ferdinand gewünscht, der im Rufe stand, mehr Geist zu besitzen als sein langsam sich entwickelnder Bruder, und sich ganz der Regierung Deutschlands widmen konnte. Selbst die Regentin der Niederlande, Maximilians kluge Tochter Margareta und deren Räte sprachen sich in einem Schreiben an Karl vom 20. Februar dahin aus, daß dieser in die Wahl seines Bruders willigen möchte, wenn es den französischen Umtrieben gelänge, ihm die Kurfürsten abwendig zu machen. Aber Ferdinand war noch ohne eigenen Länderbesitz und hätte ohne die Gunst seines Bruders weder die Hand nach der Krone ausstrecken noch sie mit Würde tragen können. Karl war sehr entrüstet über die ihm von seiner Tante gemachte Zumutung, auf die Krone zu verzichten. Er wolle, antwortete er ihr, dieselbe erringen, es koste, was es wolle. Die Wahl Ferdinands würde nur den Franzosen nützen, welche, wenn ihr König nicht durchzusetzen wäre, einen dritten als Kandidaten aufzustellen, Ferdinand von seinem Bruder zu trennen, die Macht des Hauses Habsburg zu vernichten wünschten. Seinem Bruder versprach er, gleich nach Erledigung der Wahlangelegenheit sich mit der Teilung der Erbschaft ihres Großvaters zu beschäftigen und sich dabei ihm gegenüber als Bruder zu benehmen; er möge ja entgegengesetzten Einflüsterungen kein Gehör schenken.

So kamen doch nur zwei Bewerber ernstlich in Betracht, Karl von Spanien und Franz I. von Frankreich.

Dem französischen Könige war es unerträglich, daß Karl, der wegen einiger burgundischniederländischer Gebiete sein Vasall war, die höchste weltliche Würde der Christenheit und damit den Vorrang ihm gegenüber erlangen sollte. Aber auch das Interesse Frankreichs verlangte, daß Karl, dessen Besitzungen dieses schon jetzt von Norden und Süden umfaßten, nicht auch

noch die Herrschaft über Deutschland erlange. Daher setzte Franz alle Mittel in Bewegung, um seinem Rivalen den Rang abzulaufen und seine eigene Wahl zu erwirken. Drei Millionen Goldthaler, nach jetzigem Gelde 160 Millionen Francs, äußerte er, wolle er verwenden, um zum Ziele zu kommen. Da auch der Papst Leo X., obwohl er eigentlich die Wahl eines weniger mächtigen Fürsten für das vorteilhafteste gehalten hätte, im Interesse seiner Familie seinen Einfluß zugunsten des französischen Königs anwendete, und diesem Vollmacht gab, für seine Wahl den Erzbischöfen von Trier und Köln den Kardinalshut, dem von Mainz die Würde eines päpstlichen Legaten in Deutschland in Aussicht stellen, so schien eine Zeit lang wirklich die Mehrheit der Wähler für den französischen König zu sein. Auf die Stimmen der Kurfürsten von Brandenburg, Trier und Pfalz konnte er sicher, auf die von Mainz und Köln, vielleicht auch Böhmen, wahrscheinlich rechnen. Um für den Fall einer zwiespaltigen Wahl seine Gegner rasch niederwerfen zu können, stellte er ein Heer an der Ostgrenze seines Reiches auf und ließ auch in Deutschland selbst durch mehrere erkaufte Fürsten Truppen werben.

Aber gerade dies hat ihm nicht wenig geschadet. Der gewaltthätige Herzog Ulrich von Württemberg, der mit dem von Frankreich geschickten Gelde ein Heer zusammengebracht und die Reichsstadt Reutlingen überfallen und unterworfen hatte, wurde wegen dieses Landfriedensbruches vom schwäbischen Bunde aus seinem Lande getrieben, und das Bundesheer nahm dann eine Aufstellung in der Nähe von Frankfurt, angeblich um die Freiheit der Wahl zu sichern, in der That aber um auf die Kurfürsten einen Druck zugunsten Karls auszuüben. Der Adel und die Bürger, bei denen Maximilian so populär gewesen war, übertrugen ihre Liebe auch auf dessen Enkel und die Abneigung gegen die Wahl eines Ausländers, besonders der Haß gegen Frankreich äußerte sich in den Rheingegenden in sehr kräftiger Weise. Man glaubte, die Kurfürsten würden erschlagen werden, wenn sie den französischen König wählten. Da nun auch die Bevollmächtigten Karls es an Geld und Versprechungen

nicht fehlen ließen und die Kurfürsten vom ehrgeizigen und herrschsüchtigen Franzosenkönige die Unterdrückung der „deutschen Freiheit", von Karl aber, der oft aus Deutschland abwesend sein mußte, die Förderung ihrer eigenen Macht und die Errichtung des lange angestrebten Reichsregiments erwarteten, so gestalteten sich die Aussichten für Karl immer günstiger. Die Kurfürsten von Trier und Brandenburg standen mit ihren Sympathieen für Frankreich schließlich ganz isoliert. Auch der Papst ließ, als er die Unmöglichkeit erkannte, die Wahl Karls zu hindern, den früher dagegen erhobenen Protest fallen. Am 28. Juni vereinten sich alle Stimmen auf Karl von Spanien.

Doch hatten die Kurfürsten ihre Vorrechte zu sichern und zu erweitern versucht durch eine vom neuen Könige auszustellende Verschreibung [1]), durch welche dieser namentlich versprechen mußte, ein aus Deutschen bestehendes Reichsregiment unter Beiziehung einiger Kurfürsten und Fürsten einzusetzen und ohne Zustimmung der Stände oder wenigstens der Kurfürsten mit keinem fremden Staate ein Bündnis zu schließen und im Namen des Reiches keinen Krieg anzufangen, also auch in Beziehung auf die auswärtige Politik sich Schranken setzen zu lassen. Es war das erstemal, daß der neugewählte König eine Wahlkapitulation beschwören mußte, was von da an Regel geblieben ist.

Der Besitz Württembergs, dessen sich der schwäbische Bund im Frühjahr bemächtigt hatte, erwies sich für die vielköpfige Körperschaft bald als eine Last. Man hatte anfangs die Absicht gehabt, dasselbe Ulrichs unmündigem Sohne Christoph zu überlassen, für den namentlich dessen Oheime, die Herzoge von Baiern, sich verwendeten. Es zeigte sich aber bald, daß das infolge der Mißwirtschaft Ulrichs erschöpfte und verschuldete Land nicht imstande sein würde, dem Bunde die hohen Kriegskosten zu vergüten. Da nun Ulrich um die Mitte des August neuerdings einen Versuch machte, sein Herzogtum zurückzuerobern,

1) S. über diese und deren Genesis O. Waltz in „Forsch. z. deutschen Gesch." X, 213 ff.

so griff im Bunde die Ansicht, daß nur ein mächtiger Fürst dasselbe gegen weitere Angriffe zu behaupten vermöge, immer weiter um sich. Da wurde es den kaiserlichen Kommissarien, deren Seele der Niederländer Max von Zevenberghen war, nicht schwer, den Bund für die Abtretung des Landes an Österreich zu gewinnen. Am 6. Februar 1520 wurde der Vertrag geschlossen, durch welchen der Bund Württemberg gegen Ersatz der Kriegskosten in der Höhe von 210000 Gulden an Karl V. als Erzherzog von Österreich und seine Erben überließ. Der Kaiser bedachte sich zwar lange, dieses Abkommen zu genehmigen, da er ohnehin in der größten finanziellen Bedrängnis war und mehrere Kurfürsten sich für Ulrich verwendeten. Da aber dieser selbst auf Unterhandlungen nicht einging, so wurde der Vertrag doch endlich ratifiziert [1]). Die zerstreuten österreichischen Besitzungen in den Vorlanden wurden durch die Erwerbung Württembergs zu einer kompakten Masse vereinigt, gegen welche die zahlreichen kleinen Reichsstände Schwabens vollständig in den Hintergrund traten und durch welche auch die Eidgenossen in Schach gehalten werden konnten.

Je mehr aber die Besitzungen des Hauses Habsburg sich vergrößerten, um so deutlicher stellte sich die Unmöglichkeit heraus, daß Karl allein die Regierung derselben in den Händen behielte. Denn die Sorge für die Behauptung des kaiserlichen Ansehens, die Regierung Spaniens, wo im Sommer 1520 ein sehr gefährlicher Aufstand ausbrach, der Niederlande und Italiens wie die Rivalität mit Frankreich mußten diesen immer in Westeuropa festhalten, während die Lage der österreichischen Erbländer dringend die Gegenwart eines eigenen Regenten erforderte. Hier waren nämlich sehr gefährliche Unruhen ausgebrochen, welche die Gewalt des Landesfürsten ernstlich bedrohten [2]).

1) J. Wille, Die Übergabe des Herzogtums Württemberg an Karl V. „Forsch. z. deutschen Gesch.“ XXI, 521 ff.

2) Am gründlichsten handelt darüber V. v. Kraus, Zur Geschichte Österreichs unter Ferdinand I. 1519—1522. Ein Bild ständischer Parteikämpfe (Wien 1873). Vgl. damit Dimitz, Gesch. Krains II, 67 ff.

Der Kaiser Max hatte in einem Zusatze zu seinem Testamente bestimmt, daß bis zu weiteren Verfügungen seiner Enkel die Mitglieder der Regimenter und die übrigen Beamten ihre Stellen behalten sollten. Das niederösterreichische Regiment, dessen hervorragendste Mitglieder Georg von Rottal als oberster Hauptmann, Dr. Johann Schneidpöck als Kanzler, Lorenz Saurer als Vizedom und der Bischof von Wien, Georg von Slatkonia, waren, hatte sich aber bei den Ständen und den Wiener Bürgern sehr unbeliebt gemacht; Willkürherrschaft, Eigennutz, Bestechlichkeit, selbst Landesverrat wurden den Mitgliedern desselben vorgeworfen. Als nun, vom Regimente berufen, am 28. Januar der Landtag Österreichs unter der Enns in Wien zusammentrat, bildete sich gleich eine lebhafte Opposition gegen die Fortdauer der Gewalt desselben. Obwohl die Regierung sich bereit erklärte, bis zur Ankunft der Landesfürsten sich durch einen ständischen Beirat zu verstärken, verweigerte ihr doch die Mehrheit der Herren und Ritter unbedingt die Anerkennung. Diese Partei nahm bis zum Empfang der Huldigung durch die neuen Landesfürsten die Regierung für die Stände in Anspruch, der Huldigung aber, erklärte sie, müsse die Bestätigung der Landesfreiheiten durch den Fürsten vorangehen.

Die Stimmung der Bevölkerung Wiens verhalf dieser Partei zum Siege, obwohl der Bürgermeister Kirchhofer und der Stadtrat dem Regiment bereits den Eid der Treue geschworen hatten. Noch vor dem Zusammentritte des Landtags hatte die städtische Opposition unter Führung des Universitätsprofessors Martin Siebenbürger, genannt Capinius, eines angesehenen Rechtsanwaltes, es durchgesetzt, daß der Stadtrat durch 53 „Genannte“ oder Mitglieder des großen Bürgerausschusses verstärkt wurde. Als nun die Stände, welche sich über die Anerkennung des Regiments nicht einigen konnten, den sonderbaren Beschluß faßten, die Entscheidung dieser Frage dem Rate und der Gemeinde der Stadt Wien zu übertragen, da sprachen sich die „Genannten“ entschieden im Sinne der Opposition aus, und endlich wurde auch der Bürgermeister, der sogar

am Leben bedroht ward, gezwungen, sich gegen das Regiment zu erklären. Da sich die Vertreter der übrigen Städte im Landtage nach dem Beispiele Wiens richteten, so hatten jetzt die Gegner des Regiments die Majorität, zu der am Ende selbst der Landmarschall Kaspar von Wolkersdorf übertrat.

Der Landtag errichtete jetzt eine neue Landesordnung und setzte ein ständisches Regiment ein, bestehend aus 64 Mitgliedern, 16 aus jedem Stande, von denen der vierte Teil als „Landräte" mit dem Landmarschall, Untermarschall und Landschreiber ständig die Regierung führen sollte. Diese Landräte, unter denen die Herren Michael Eizinger von Eizing und Hanns von Puchheim, Doktor Siebenbürger und dessen Gesinnungsgenosse Hanns Rinner, ehemals Stadtrichter und Bürgermeister von Wien, die hervorragendsten waren, rissen nun die ganze Regierung an sich, besetzten die Stellen mit ihren Anhängern, bemächtigten sich der landesfürstlichen Einkünfte und ließen sogar, als gäbe es keinen Landesfürsten mehr, eigene Münzen prägen. Die Mitglieder des alten Regiments fanden nirgendsmehr Gehorsam und mußten sich nach Wiener Neustadt in Sicherheit bringen.

In den anderen niederösterreichischen Ländern, Steiermark, Kärnten, Krain und Österreich ob der Ens, erlaubten sich die Stände keine offenen Eingriffe in die Befugnisse des Landesfürsten. Aber alle Landtage ignorierten doch das bisherige Regiment vollständig und übertrugen die Verwaltung einem ständischen Ausschusse.

Nur in Tirol ging der Landtag wie später der von diesem bestellte ständische Ausschuß mit dem dortigen Regimente einträchtig Hand in Hand, und man traf eine Reihe zweckmäßiger Maßregeln zum Schutze des Landes nach außen. Aber hier geriet bald das Landvolk in Aufruhr infolge des großen Schadens, welchen das vom Kaiser Max sorgfältig gehegte Wild an den Feldern der Bauern angerichtet hatte. Trotz der Verordnungen der Stände fielen alt und jung, Männer und Weiber über das verhaßte Rot- und Schwarzwild her. Die Bauern erklärten, der Kaiser habe ihnen auf seinem Tod-

bette das Wild vermacht; auch hätten sie jetzt keinen Landesfürsten, da Karl aus Spanien nicht in diese Lande kommen würde; demnach hätte auch das Regiment keine Gewalt mehr. Vergebens suchten Abgeordnete des ständischen Ausschusses die Bauern zu beschwichtigen; sie mußten froh sein, daß sie selbst mit dem Leben davon kamen. Als einmal die Bande der Ordnung gelöst waren, griff die Anarchie immer weiter um sich. Es gab keinen Gehorsam mehr, klagt der damalige Hofrichter des Klosters Neustift. „Auf Straßen und bei den Städten wurden die Leute erstochen, erwürgt und erschlagen, und niemand war mit dem andern in Frieden. Die Edeln trauten den Bauern, die Bauern den Pfaffen und Handwerkern nicht. Es war ganz keine Ordnung. Endlich schlugen sich die Gerichtsleute allenthalben zusammen und machten Bündnisse mehr als je." Bis in den Sommer 1520 dauerten die Zusammenrottungen der Bauern fort, und erst die Nachricht von der Ankunft des Kaisers in den Niederlanden wirkte abkühlend auf die erregten Gemüter [1]).

Auch in den meisten niederösterreichischen Ländern gestalteten sich die Verhältnisse günstiger für die Regierung. Nicht bloß die Stände der innerösterreichischen Herzogtümer und Österreichs ob der Enns hatten in den ersten Monaten des Jahres 1520 den vom Kaiser ernannten Kommissären die Huldigung geleistet. Auch im Lande unter der Enns verlor die Opposition immer mehr an Boden und sah sich endlich fast nur auf die Stadt Wien beschränkt. Aber es stellte sich doch auch immer deutlicher heraus, daß sich Österreich nicht als Annex

1) Kirchmairs Denkwürdigkeiten, seit 1519 gleichzeitig aufgezeichnet, in „F. R. Austr. SS." I, 441 ff. Diese hat offenbar Dr. Angerer von Angerburg in seinem 1526 verfaßten „Hoch Stüfft Brixner-Neustüfft und deren benachbarthen orthen sonderbarn Zuefähl und Begebenheiten von a. 1507—1525", aus denen Th. Mairhofer im „Progr. d. Gymn. zu Brixen", 1862, Stücke in moderner Umformung mitgeteilt hat, großenteils wörtlich abgeschrieben und nur mit einigen Zusätzen vermehrt. Nach ihm hat die Zahl der 1520 Erschlagenen 2900 betragen. Vgl. auch Brandis, Gesch. der Landeshauptleute, S. 501 ff. Sinnacher, Beiträge VII, 171 ff. Egger, Gesch. Tirols II, 80 ff.

der spanischniederländischen Monarchie regieren lasse. Was konnte übrigens auch der unmittelbare Besitz der österreichischen Länder für Karls V. Weltstellung für einen Wert haben, da durch den Kaiser Max die landesfürstlichen Einkünfte aus denselben, Bergwerke, Salinen, Zölle und Gerichte, großenteils verpfändet worden waren [1]) und daher kaum die notwendigsten Ausgaben davon gedeckt werden konnten? Auch konnte der Erzherzog Ferdinand doch nicht ohne eigenen Landbesitz gelassen werden, wenn man die Eheverträge mit dem böhmisch-ungarischen Königshause zur Ausführung bringen wollte. Denn daß nicht Karl selbst die Prinzessin Anna heiraten konnte, wie dessen Bevollmächtigter Andrea da Burgo den Ungarn während der Verhandlungen über die Kaiserwahl versprochen hatte, unterlag keinem Zweifel. War er ja mit der Tochter des Königs von Frankreich verlobt, den er bei seiner gegenwärtigen schwierigen Lage durch einen Bruch des Eheversprechens sich nicht zum offenen Feinde machen durfte, und bestürmten ihn auch die Könige von Portugal und England mit Anträgen zugunsten ihrer Töchter.

Karl V. gab daher auf das Drängen der ungarischen Gesandten am 7. November 1520 die Erklärung ab, daß er selbst verhindert sei, die Prinzessin Anna zur Gemahlin zu nehmen, und daher einverstanden sei, daß sein Bruder die bereits abgeschlossene Ehe vollziehe. Zugleich erbot er sich, diesem zu seinem Unterhalte die fünf unteren österreichischen Herzogtümer (Österreich unter und ob der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain) zu übergeben und diese zu einem Königreiche zu erheben. Wenn aber Ferdinand es vorzöge, durch Kommissäre seine Ansprüche untersuchen zu lassen, so erklärte Karl sich auch dazu bereit. Auf Grund dieses Anerbietens kam auf dem Wormser Reichstage am 28. April 1521 ein Vertrag zwischen beiden Brüdern zustande, der indessen jedem das Recht wahrte,

1) „Alle oder fast alle Renten und Einkünfte unserer Länder sind verpfändet", klagt Ferdinand in einer Instruktion für den an K. Karl geschickten Gesandten vom November 1522 bei Baumgarten II, 198. Bezüglich der Einkünfte Tirols s. Kirchmair, S. 443.

wenn er sich verkürzt glaubte, eine neue Erbteilung zu verlangen [1]).

Ferdinand begab sich daher von Worms unmittelbar nach den österreichischen Herzogtümern, feierte am 26. Mai in Linz seine Hochzeit mit Anna von Ungarn und Böhmen und empfing persönlich die Huldigung seiner Unterthanen. Schon jetzt, als es sich um die Errichtung einer neuen Regierung für Niederösterreich handelte, konnte man sehen, daß ein strammeres Regiment eingeführt werden, daß die gemütliche Art und Weise, mit der früher zwischen Fürsten und Ständen verhandelt worden war, einem anderen Tone Platz machen würde.

Am Ende des Jahres begab sich der Erzherzog nach den Niederlanden, um von seinem Bruder eine günstigere Regelung der Erbschaftsfrage zu erwirken. Denn gegen die früheren Verträge hatten die Stände von Krain und Kärnten sehr ernstliche Vorstellungen erhoben, da infolge derselben die österreichischen Besitzungen in Friaul, Triest, die Grafschaft Görz mit allen früher damit verbundenen Gebieten, die windische Mark und die kärntnerische Grafschaft Ortenburg zum Anteile Karls geschlagen, also von jenen beiden Herzogtümern ausgedehnte Gebiete, die durch ihre Lage auf das engste mit ihnen verbunden waren, getrennt und zu den Besitzungen eines fremden Fürsten geschlagen worden wären. Karl V. trat nun in der That seinem Bruder auch diese Gebiete ab. Ja durch den Brüsseler Vertrag vom 7. Februar 1522 überließ er ihm aus „aufrichtiger brüderlicher Liebe" außerdem auch Tirol mit Vorarlberg, der Markgrafschaft Burgau, der Landvogtei in Schwaben und den Grafschaften Hohenburg, Nellenburg und alle sonstigen Besitzungen in Schwaben. Weiter übertrug er ihm das Elsaß mit dem Sundgau und der Landvogtei Hagenau wie den Breisgau, aber nur auf Lebenszeit, indem nach Ferdinands Tode diese Länder an den Kaiser oder jenen seiner Erben, der Burgund innehätte, zurückfallen sollten. Endlich

1) Diese und die folgenden Teilungsverträge im Auszuge bei Bucholtz I, 154 ff.

trat er für einige Einkünfte, die Ferdinand von Aragonien seinem jüngeren Enkel in Spanien vermacht hatte, diesem auch noch das Herzogthum Württemberg ab. Doch sollte dieser Vertrag sechs Jahre geheim gehalten werden, so daß Ferdinand in Tirol und den Vorlanden die Regierung zunächst nur als Karls Statthalter führte. Da ihm dies manche Schwierigkeiten bereitete, so übertrug ihm der Kaiser im Jahre 1525 Tirol offen. Im Jahre 1540 hat Karl dann auch auf den Rückfall des Elsasses und der damit verbundenen Gebiete verzichtet.

Durch die Verträge von Worms und Brüssel wurden die weiten Besitzungen des Hauses Habsburg wieder getrennt und zwei Linien, die spanische und die österreichischdeutsche, gebildet. Jene übernahm es, die Machtstellung des Hauses in Westeuropa zu behaupten, besonders Frankreichs Um-sich-greifen zu hindern. Diese erhielt vorzüglich nach der Erwerbung Ungarns die Aufgabe, das christliche Abendland, namentlich das Deutsche Reich, gegen die vom Südosten heranstürmenden Türken zu verteidigen. Indem bei diesem Abkommen die Niederlande nicht der deutschen sondern der spanischen Linie überlassen wurden, ist allerdings ihre Trennung von Deutschland vorbereitet worden. Wenn man indessen bedenkt, daß Frankreich nach dem Verluste Mailands gerade nach Norden und Osten sein Gebiet vorzuschieben suchte, daß aber die deutsche Linie unmöglich imstande gewesen wäre, zur Zeit der höchsten Macht der Türken auch den Kampf gegen die Franzosen mit Erfolg zu bestehen, so wird man zugeben müssen, daß diese Art der Teilung auch den Interessen Österreichs und Deutschlands entsprochen hat.

Erst im Juni 1522 kam Erzherzog Ferdinand wieder nach Österreich zurück. Daß er sich, ohne Wien zu berühren, nach Neustadt begab, mußten die Häupter der ständischen Bewegung von 1519 als ein schlimmes Vorzeichen ansehen. Er setzte nun zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen dem alten Regimente und dessen Gegnern einen Gerichtshof von zwölf Personen ein, fast ausschließlich Fremde, welche beiden Teilen fern gestanden, aber freilich auch mit den Rechtsverhältnissen Österreichs nicht vertraut waren.

Am 10. Juli begann der Gerichtshof die Verhandlungen. Der Erzherzog selbst führte dabei den Vorsitz, obwohl er der deutschen Sprache noch nicht recht mächtig war [1]). Am 23. wurde das Urteil verkündet. Es ward ausgesprochen, daß das Regiment vermöge des Testamentes Kaiser Maximilians wie früherer Anordnungen vollkommen berechtigt gewesen sei, die Verwaltung zu führen; dagegen habe es dessen Gegnern nicht zugestanden, Versammlungen zu berufen, die Regierung zu entsetzen und eine neue Ordnung aufzurichten. Es wurde der Ständepartei namentlich zum Verbrechen angerechnet, daß sie auf die landesfürstlichen Einkünfte ihre Hand gelegt, die Beamten in ihren Eid genommen, Münzen geschlagen und den Blutbann verliehen hatte, und wurden deswegen alle für straffällig erklärt. Der Erzherzog sah nun zwar den Ständemitgliedern die Strafe nach, behielt sich aber vor, gegen die Urheber der Rebellion einzuschreiten. Sogleich wurden Eizinger, Puchheim, Siebenbürger und Rinner und acht andere Wiener Bürger verhaftet und ihnen der Prozeß gemacht. Eizinger und Puchheim wurden am 9., Siebenbürger, Rinner und vier Wiener Bürger am 11. August in Neustadt öffentlich enthauptet. Sie starben als die Vertreter einer Idee, die sich überlebt hatte, als die Vorkämpfer des partikularistischen Ständewesens, das sich über ein Jahrhundert lang der landesfürstlichen Gewalt als gleichberechtigt, ja als übergeordnet, an die Seite gestellt hatte, aber einem energischen und durch einen mächtigen Rückhalt gedeckten Vertreter des modernen Absolutismus gegenüber beim ersten Zusammenstoße zerschellte.

Auch die Freiheiten der Stadt Wien wurden zugunsten der Gewalt des Landesfürsten beschnitten, ihre bisherige Autonomie vernichtet, die Verwaltung derselben der Aufsicht des Staates unterworfen [2]).

Entfremdete dieses strenge Vorgehen gegen die angesehensten Mitglieder der ständischen Partei dem Erzherzoge Ferdinand

1) S. Baumgarten II, 195, N.

2) K. Weiß, Geschichtsq. der Stadt Wien. 1. Abteil.: J. A. Tomaschek, Die Rechte und Freiheiten der Stadt Wien I, LXX ff.

die Gemüter eines großen Teiles der Österreicher, so war die Stimmung in Tirol, wohin sich derselbe im Frühjahr 1523 begab, keine bessere. Er stand damals unbedingt unter dem Einflusse seines Schatzmeisters Gabriel Salamanca, eines Spaniers, dessen Herrschaft man um so schwerer ertrug, als er weder die Sprache noch die Verhältnisse des Landes kannte und es nicht verschmähte, für seine eigene Kasse zu sorgen. Auch wurde die Stellung Ferdinands dadurch erschwert, daß er nicht als Landesfürst, sondern nur als Karls Statthalter auftreten konnte. Doch setzte man es durch, daß der Landtag dem Erzherzoge zur Einlösung der verpfändeten Kammergüter 145 000 Gulden und seiner Gemahlin 5000 Gulden bewilligte, Summen, wie sie selbst der populäre Kaiser Max nie erlangt hatte. Denn der Trienter Bischof Bernhard von Cles der seiner finanziellen Not durch ein einträgliches Hofamt abzuhelfen strebte, und der von Brixen, Sebastian Sprentz, der am Fürsten eine Stütze gegen sein Kapitel und den ihm abgeneigten hohen Adel suchte, stellten sich unbedingt auf die Seite Ferdinands. Auch die Mitglieder der Regierung glaubten nur durch unbedingtes Entgegenkommen gegen die Wünsche des Hofes den Besitz ihrer Ämter und Pfandschaften retten zu können, und sie zogen ihre zahlreichen Freunde unter dem Adel mit sich, während der mit ihnen zerfallene Landeshauptmann Leonhard von Völs ebenfalls die Gunst des Erzherzogs und seines Günstlings zu erlangen bemüht war. Als aber der größere Teil der Mitglieder der Regierung dann doch beseitigt, selbst Nichttiroler für dieselbe ernannt und die Finanzverwaltung ganz von Salamanca abhängig gemacht ward, herrschte unter dem Adel große Unzufriedenheit. Besonders aber murrten die unteren Volksklassen über den Einfluß eines Fremden und den zunehmenden Steuerdruck. Man fürchtete, wenn nicht bald Abhilfe getroffen würde, „so möchte wohl Schweiz Tirols Herr und Meister werden", und selbst der Kaiser hielt es auf die Berichte seiner Agenten hin für notwendig, auf die Beseitigung Salamancas hinzuwirken [1]).

1) Baumgarten II, 320. 334, durch den alles, was Kirchmair,

Die Abneigung gegen diesen Spanier ist auf den Ausbruch des Bauernaufstandes, der im Jahre 1525 auch Tirol wie andere österreichische Länder ergriff, nicht ohne Einfluß gewesen.

Neuntes Kapitel.

Die Anfänge des Protestantismus in den österreichischen Ländern und die Bauernaufstände.

Es wäre ein großer Irrtum, wenn man glaubte, Aufstände der Bauern in Deutschland seien eine Frucht der Reformation gewesen. Sie reichen bis in die Zeit der Kriege gegen die Hussiten zurück, deren Lehren auch bei den ohnehin von Abneigung gegen die reichen Geistlichen erfüllten deutschen Bauern vielfach Anklang fanden. Seit dem Beginne des letzten Viertels des 15. Jahrhunderts entsteht bald in diesem, bald in jenem Teile des Reiches eine aufrührerische Bewegung unter den Bauern, ein „Bundschuh", wie man dieselben nach ihrem Symbole, dem bäuerlichen Riemenschuh, nannte [1]). Auch die österreichischen Länder waren nicht unberührt geblieben, wenn auch die Ursachen lokaler Natur sein mochten. Wie im Jahre 1478 die Unzufriedenheit über Steuerdruck und Türkennot eine Erhebung der Bauern in Kärnten und im steirischen Ennsthal hervorgerufen hatte [2]), so hatten ähnliche Ursachen im Jahre 1515 einen Bauernkrieg in Inneröstereich zur Folge [3]). Die

S. 459 ff., über den Haß der Tiroler gegen Salamanca sagt, bestätigt und ergänzt wird. Vgl. auch Brandis, Landeshauptleute, S. 536 ff.

1) S. über diese Aufstände und Verschwörungen und deren (teilweisen) Zusammenhang mit dem Hussitismus Janssen II[14], 895 ff.

2) S. oben, S. 255.

3) Am gründlichsten handelt über ihn Fr. M. Mayer im „Archiv f. österr. Gesch." LXV, 55—136.

Steuern, welche die Stände dem Kaiser Maximilian zu seinem Kriege gegen Venedig bewilligten, zahlten sie in der Regel nicht selbst, sondern wälzten sie auf ihre Hintersassen ab. Auch für sich fordern viele Grundherren, deren Einkünfte selbst durch die Türkeneinfälle geschmälert worden waren, von ihren Bauern erhöhte Leistungen an Geld, Naturalien und Roboten oder trieben die bisherigen wenigstens mit größerer Strenge ein. Die Bauern, ohnehin infolge der ungünstigen politischen Verhältnisse in übler Lage, wollten aber neue Lasten nicht übernehmen, sondern bestanden auf ihrem „alten Rechte“ (stara pravda).

Den Anlaß zur Erhebung boten die Gewaltthaten Georgs von Thurn, der von seinen Bauern in der Gottschee (im Februar oder Anfangs März 1515) erschossen wurde. In kurzer Zeit verbreitete sich die Bewegung über ganz Krain. Überall rotteten sich die Bauern zusammen und verbanden sich eidlich zum Kampfe für ihr „altes Recht“. Vergebens forderte der Kaiser, der einer an ihn nach Augsburg gesendeten Deputation die Aufrechterhaltung der alten Rechtsverhältnisse versprach, die Bauern zur Niederlegung der Waffen und zur Auflösung ihres Bundes auf. Vielmehr begannen sie nach der Mitte des Mai den offenen Kampf. Mehrere Schlösser wurden erobert und ausgeplündert, teilweise auch zerstört, einige Edelleute getötet. Bald schlugen die Wellen der Bewegung über die Grenzen Krains hinaus. Südsteiermark bis hinauf nach Graz und Gleisdorf, wie die südlichen und östlichen Thäler Kärntens wurden davon ergriffen. Selbst einzelne kleinere Städte und Märkte sympathisierten mit den Bauern. Die Bemühungen kaiserlicher Kommissäre und ständischer Abgeordneter, die Aufständischen zur Ruhe zu bringen, waren erfolglos. Es blieb kein anderes Mittel als die Anwendung der Gewalt. Doch genügte eine geringe Mannschaft, 350 Mann ständischer Truppen und 300 vom Kaiser gesendete Fußknechte unter dem Landesverweser von Kärnten, Veit Welzer, und dem steirischen Landeshauptmann Sigmund von Dietrichstein, um in der zweiten Hälfte des Juni die Bauernhaufen in den verschiedenen Gegen-

den Kärntens zu zersprengen und zur Unterwerfung zu zwingen. Die gefangenen Anführer wurden am nächst besten Baume aufgehängt. In Steiermark brachte der von den innerösterreichischen Ländern gewählte Feldhauptmann Georg von Herberstein, ein erprobter Kriegsmann, an der Spitze von 1500 Mann zu Roß und zu Fuß Anfangs Juli den Bauern eine blutige Niederlage bei Cilli bei, überschritt dann bei Reichenburg die Save und unterwarf auch die Bauern Krains. Bis Ende August war der Aufstand überall unterdrückt. Hinrichtung der Rädelsführer, Geldstrafen gegen die Aufständischen und Erhöhung der Grundgiebigkeiten um einige „Bund-Pfennige" sollten die Bauern für immer von dem Gedanken an eine Erhebung gegen ihre Herren und die Errichtung von Bünden abschrecken. Dagegen fand der Wunsch des Kaisers, die Ursachen der Unzufriedenheit der Bauern durch eine Untersuchung ihrer Lage und eine Regulierung und Ermäßigung ihrer Leistungen zu beseitigen, bei den Ständen keinen Anklang.

Man wird nicht behaupten können, daß der Grund der Bauernaufstände in Deutschland überall die gedrückte Lage gewesen sei, wie dies in den innerösterreichischen Ländern, die durch häufige Türkeneinfälle und Steuerdruck erschöpft waren, ohne Zweifel der Fall gewesen ist. Denn die Verhältnisse der deutschen Bauern waren damals in materieller wie in rechtlicher Beziehung im allgemeinen viel günstiger als in den folgenden Jahrhunderten. Auch die Hörigen hatten, wie die Hofrechte oder Weistümer zeigen, bestimmte Rechte, Freizügigkeit, Selbstverwaltung und eigene Gerichtsbarkeit in weniger wichtigen Angelegenheiten. Wie gut es den Bauern am Ende des 15. und am Anfange des 16. Jahrhunderts in materieller Beziehung erging, sieht man daraus, daß in vielen Gegenden Deutschlands täglich zweimal Fleisch auf den Tisch kam und sogar dem Gesinde und den gut gezahlten Taglöhnern häufig Wein gereicht wurde [1]).

1) Zahlreiche Belege bei Janssen I, 307. 314ff. Auch Gothein, Die Lage des Bauernstandes am Ende des Mittelalters, vornehmlich in

Aber die Abgaben und Leistungen, die auf den Bauern lasteten, waren doch recht zahlreich und oft drückend [1]), und gerade um diese Zeit trat eine Verschlimmerung ihrer Lage ein. Infolge des kolossalen Luxus und der Ausbeutung des Volkes durch die großen Handelsgesellschaften, welche die Preise auch notwendiger Gegenstände ungeheuer in die Höhe trieben, gerieten viele Bauern wie die Handwerker in den Städten in Schulden. Auch das Um-sich-greifen des römischen Rechts, das ganz andere soziale und politische Zustände zur Voraussetzung hatte, wirkte ungünstig auf die Lage des Bauernstandes ein, indem die in jenem gebildeten Beamten die Hörigkeit in die Leibeigenschaft überzuführen, den Anteil der Hof- und Markgenossen an Wald und Weide zu beseitigen, die Selbstverwaltung abzuschaffen suchten. Auch war eine Vermehrung der Steuern unvermeidlich, da infolge der gesteigerten Anforderungen und des Sinkens des Geldwertes die Fürsten und Grundherren mit ihren bisherigen Einnahmen nicht mehr ausreichten. Eine Vergrößerung der bisherigen Abgaben und Leistungen wollten sich aber die Bauern um so weniger gefallen lassen, als sie damals noch allgemein bewaffnet waren und die großen Erfolge der demokratischen Elemente in der Schweiz auch ihr Selbstbewußtsein gesteigert hatten. Es erwachten sogar unter den Bauern Ideen, welche auf die Beseitigung jedes Unterthanenverbandes, auf die Abschaffung jeder Herrschaft als der des Kaisers und Papstes hinausgingen. Nur daß die Erhebung der Bauern in den verschiedenen Teilen des Reiches bisher nicht gleichzeitig erfolgt war, hatte ihnen ihre Gefährlichkeit genommen, ihre Unterdrückung erleichtert. Aber ein auf alle zugleich wirkender Anlaß mußte fast notwendig eine allgemeine Revolution hervorrufen.

Diesen Anlaß bot die religiöse Bewegung, welche zunächst durch Luther hervorgerufen und durch die Mißstände in der

Südwestdeutschland, „Westdeutsche Zeitschr." IV, 1 ff. meint, daß nicht die wirtschaftlichen Zustände die Bauernaufstände verursacht haben.

1) Eingehende Untersuchungen bezüglich Österreichs bei J. Czerny, Der erste Bauernaufstand in Oberösterreich 1525, S. 1—51.

Kirche und die darüber in Deutschland herrschende Unzufriedenheit ermöglicht worden ist.

Seitdem das Konzil von Basel mit geringem Geschick und noch geringerem Erfolg eine Reform der kirchlichen Zustände angestrebt hatte, waren diese nicht besser, sondern eher schlechter geworden. „Die Verleihung mehrerer Pfründen an eine und dieselbe Person; die Übertragung der höheren Würden nur an die Hoch- und Höchstgeborenen, die Gier nach Vermehrung kirchlichen Besitzes; die Ausnutzung des deutschen Volkes durch die ungemessenen Geldanforderungen des römischen Hofes; den ärgerlichen Lebenswandel eines großen Teiles des Welt- und Ordensklerus; die Üppigkeit und Schwelgerei an den Höfen so mancher geistlicher Fürsten; gewinnützige Ausnutzung des Heiligen; äußerliche Frömmigkeit und handwerksmäßige Verrichtung kirchlicher Übungen" bezeichnet auch ein streng kirchlicher Geschichtsschreiber [1]) als die schweren Schäden, an denen die damalige Kirche krankte.

Daß auch die österreichischen Länder davon nicht frei waren, zeigen die Klagen, welche auf dem Ausschußlandtage in Innsbruck im März 1518 die weltlichen Delegierten ohne Widerspruch vonseite der Geistlichen über die kirchlichen Zustände erhoben [2]) und die vorzüglich in der Habsucht und Sittenlosigkeit des Klerus wurzelten. Obwohl die deutsche Kirche die reichste der Welt war und man berechnete, daß ein Drittel des ganzen Grundeigentums sich in ihren Händen befinde [3]), so suchten doch deren Glieder ihren Besitz noch immer zu vermehren. Geistliche, die von der römischen Kurie oder einem Fürsten begünstigt wurden, häuften Pfründe auf Pfründe, Stifter und Klöster suchten sich die besten Pfarreien zu inkorporieren. Die Inhaber guter Pfründen, die vor allem darauf sahen, „wie viel sie in Absentia tragen", versteigerten dieselben und gaben

1) Janssen II, 6.

2) Nach den Aufzeichnungen des Prälaten von Klosterneuburg im „Archiv f. österr. Geschq." XIII, 247—251.

3) Janssen I, 601.

den Pfarrern kleine Besoldung, hielten auch nicht die hinreichende Anzahl von Hilfsgeistlichen, sodaß die immer mehr anwachsenden Stiftmessen [1]) nicht gehalten werden konnten und man sich von der Verpflichtung, die gestifteten Messen zu lesen, durch Radierungen in den Kirchenbüchern freimachte.

Wenn bei den höheren Geistlichen Gelderwerb der einzig maßgebende Gesichtspunkt war, so darf man sich nicht wundern, wenn es bei ihren meist schlecht bezahlten Vikaren nicht anders war und sie ihr Amt als Einnahmsquelle ausbeuteten. „An einigen Orten (klagen die Delegierten) verlangen die Priester für das Seelgeräte (Beerdigung u. s. w.) eines Mannes einen Sterbeochsen, einer Frau eine Sterbekuh, auch dann, wenn nicht mehr Vieh auf den Gütern ist, oder aber einen ansehnlichen Geldbetrag, den sie im Laufe der Zeit fort und fort gesteigert haben; sonst berauben sie diese Personen des geweihten Erdreiches". „Die Priester nehmen Geld für die Sünd, erlauben den offenbaren Ehebruch gegen Empfang von Geld und Zins, so sie darauf schlagen, und geben damit zu der Sünde Ursach, absolvieren auch die Totschläger von Geldes wegen und strafen die Sünde im Säckel." Früher aus guten Willen gestattete Sammlungen suchten die Geistlichen in eine bleibende Abgabe von Wein, Getreide, Käse und Fleisch zu verwandeln. An manchen Orten unterfingen sich die Priester auch, Weinschänken zu halten, „wodurch in ihren Häusern viel Rumor und manchmal Totschläge vorfallen".

Daß das äußere Auftreten und das sittliche Verhalten solcher Priester zu Tadel Anlaß gab, ist wohl selbstverständlich und wird auch ausdrücklich bezeugt. Die Delegierten behaupten, daß dieselben zu nicht geringem Ärgernisse des gemeinen Mannes unehrbare und unpriesterliche Kleidung und selbst den Laien verbotene Wehr trugen und sogar mit Büchsen bewaffnet das

1) Eine einzige adelige Dame stiftete 1473 zu ihrem Seelgeräte 1000 Seelenmessen; die Zahl der gestifteten Messen stieg in St. Florian zu Ende des 15. Jahrhunderts über 1700, darunter für ein Glied der Familie Starhemberg allein 365. A. Czerny, Aus dem geistlichen Geschäftsleben in Oberösterreich im fünfzehnten Jahrhundert, S. 52.

Sakrament zu den Kranken brachten, daß sie rauften und einander schlugen und verletzten, daß sie verdächtige Dienstboten hielten und offen mit ihren Dirnen zuhause saßen, „als wenn diese ihre gegebenen Weiber wären".

Mit diesen Klagen über die Habsucht und Sittenlosigkeit der Geistlichen stimmen Äußerungen des Erzbischofs von Salzburg und seiner Suffragane vollkommen überein [1]).

Unter solchen Verhältnissen darf man sich nicht wundern, daß die Angriffe, welche zahlreiche Humanisten jener Zeit gegen die Kirche und deren Vertreter und Lehren richteten, einen so empfänglichen Boden fanden und daß das Auftreten Luthers von so gewaltigen Folgen begleitet war. Unter anderen Umständen würde das Anschlagen der 95 Thesen gegen einzelne Mißbräuche bei Verkündigung des päpstlichen Ablasses (am 31. Oktober 1517) und die daran sich knüpfende Polemik wohl Streitigkeiten unter den Theologen, aber keine tiefer gehende Bewegung im Volke hervorgerufen haben. Damals aber, wo das Ansehen des Klerus erschüttert, die Entrüstung über die Ausbeutung Deutschlands durch die römische Curie in weite Kreise verbreitet war, fanden die leidenschaftlichen Angriffe Luthers gegen den Papst, die Curie und die privilegierte Stellung der Geistlichen allgemeinen Beifall und sehr viele gerade der edelsten und gebildetsten Männer Deutschlands wendeten ihm ihre Sympathieen zu, weil sie infolge dessen eine Reform der kirchlichen Zustände erwarteten.

Auch in den österreichischen Ländern fand Luther zahlreiche Anhänger.

Anfangs setzte sich der Verbreitung seiner Lehren niemand ernstlich entgegen, da der Erzherzog Ferdinand erst im Jahre 1521 nach den Erblanden kam, ein Teil der Regenten aber

1) Czerny, Der erste Bauernaufstand, S. 64 ff. Auch der Erzherzog Ferdinand sagt in einer Instruktion für einen an seinen Bruder geschickten Gesandten im Jahre 1524, die lutherische Bewegung sei hauptsächlich dadurch entstanden, quod fere universus ecclesiasticus ordo referat magis carnem et seculum quam spiritum et religionem. „Arch. f. österr. Geschq." I,2, 111.

selbst zum Luthertum hinneigte. Kirchenfeindliche Bücher wurden z. B. in Wien lange ungehindert gedruckt und verbreitet. Als die theologische Fakultät dagegen Schritte thun wollte, fand sie weder bei der Stadt noch beim Wiener Bischofe Georg Slatkonia irgendwelche Unterstützung. Nicht einmal die Bekanntmachung der päpstlichen Bulle, welche die Lehren Luthers verdammte, konnte die Fakultät durchsetzen, da Rektor und Statthalter entschieden dagegen waren. Wie konnte man übrigens von den Laien ein energisches Auftreten gegen das Luthertum erwarten, wenn der Bischof ruhig zusah, wie bis zum Jahre 1524 selbst in der Burgkapelle ketzerische Lehren gepredigt wurden, und es gestattete, daß Paul Speratus, ehemals Domprediger in Würzburg, dann in Salzburg, der öffentlich mit seiner Frau sich zeigte, im Januar 1522 die Kanzel in der Stephanskirche bestieg und gegen die Klostergelübde und für die Priesterehe und die Rechtfertigung durch den Glauben allein predigte? Erst als Slatkonia starb und im November 1523 Johann von Revellis Bischof von Wien ward, wurden auf Befehl des Erzherzogs Ferdinand strengere Maßregeln ergriffen. Mehrere Geistliche wurden eingekerkert, ein Wiener Bürger, Kaspar Tauber, der sich weigerte, seine Ansichten zu widerrufen, am 17. September 1524 hingerichtet [1]).

Dessenungeachtet griff das Luthertum immer weiter um sich, da zahlreiche Geistliche, besonders Barfüßermönche, dasselbe begierig ergriffen und verbreiteten und auch die angesehensten Adeligen sich demselben anschlossen. Schon 1521 hatte der Landeshauptmann des Landes ob der Enns, der reiche Wolfgang Jörger, seinen ältesten Sohn an den sächsischen Hof nach Wittenberg geschickt, um ihn von Luther unterrichten zu lassen. Im Juni 1525 stellten sogar die Stände Oberösterreichs an den Erzherzog die Bitte, er möge gestatten, daß das Evangelium „lauter und ohne Zusatz" gepredigt werde [2]).

1) Kink I,1, 237ff. und I,2, 120ff. Th. Wiedemann, Gesch. der Reformation und Gegenreformation im Lande unter der Enns I, 10—44.

2) Cerny, Der erste Bauernaufstand, S. 53ff., mit näheren Angaben über die Ausbreitung des Protestantismus in Oberösterreich.

Etwas langsamer verbreitete sich das Luthertum wahrscheinlich in den innerösterreichischen Herzogtümern, die geringeren Verkehr mit Nord- und Mitteldeutschland hatten. Aber an Bekennern fehlte es demselben auch hier nicht. Bezüglich Krains klagt der Bischof von Laibach, im Oktober 1525, daß Prediger widerwärtige Sachen auf die Kanzel brächten und daß die unter dem Erzpriester des Patriarchen von Aquileja stehenden Geistlichen kürzlich die Messe nicht mehr in der bisherigen Form gelesen hätten [1]).

Um so zahlreichere Anhänger fanden die neuen Lehren verhältnismäßig früh in Tirol.

Schon im Jahre 1521 kam Dr. Jakob Strauß aus Basel, einer der ersten Verehrer Luthers, von Berchtesgaden her ins Innthal und predigte zuerst in Schwaz und dann seit dem Juni in Hall unter ungeheuerem Zulaufe von Bürgern und Bauern, sodaß ihm die Kirche im Frauenkloster zu Hall zu klein ward und er in der großen Pfarrkirche und bei schönem Wetter oft auch im Freien seine Lehren verkündete. Den Vorladungen des Bischofs von Brixen und dessen Befehle, das Predigen zu unterlassen, leistete er keine Folge, weil der Stadtrat und die Bürger von Hall auf seiner Seite standen und auch das Regiment in Innsbruck den Wünschen des Bischofs nicht entgegenkam. Erst als dieser im April 1522 der Regierung anzeigte, daß er sich an den Kaiser gewendet habe, setzte diese beim Rate von Hall die Entlassung des Predigers durch. Aber schon im September wurde Urban Regius, ehemals Professor in Ingolstadt, dann Domprediger in Augsburg, als Prediger angestellt, der in gleichem Geiste wirkte. Nach einem Jahre mußte freilich auch er weichen. Aber der Same, den diese beiden Männer ausgestreut, ist gewiß nicht aller auf unfruchtbares Erdreich gefallen. Gerade in Hall wurden 1523 lutherische Bücher und Schriften öffentlich verkauft und gekauft [2]).

1) Dimitz II, 194 f.

2) S. Ruf, Dr. Jacob Strauß und Dr. Urban Regius. „Archiv für Gesch. Tirols" II, 67 ff. Vgl. denselben a. a. O. III. 354, und

Auch unter den einheimischen Kloster- und Weltgeistlichen fanden die Lehren Luthers vielfach Beifall. Im Jahre 1523 wurde ein Chorherr von Innichen eingekerkert, weil er in der Umgegend und im Thale Villgratten lutherische Traktätlein und Artikel verbreitet hatte [1]). Im Frühjahre 1524 sah sich die Regierung in Innsbruck veranlaßt, eine Kommission in das Cistercienserkloster Stams zu schicken, wo ein Weltpriester in seinen Predigten für lutherische Anschauungen Propaganda machte und auch bei den Mönchen Beifall fand. In fast allen Zellen fanden die Kommissäre lutherische Schriften. Sechs Ordenspriester weigerten sich entschieden, ihren Glauben abzuschwören; „Luther ist noch nicht überwunden", erklärten sie. Zum Schutze der Geistlichen erschienen nicht bloß die Gotteshausleute in Waffen, sondern auch die Bauern der umliegenden Gerichte, ohne indessen diesmal zu Thätlichkeiten zu schreiten [2]). Um dieselbe Zeit predigten in Schwaz, dem Sitze zahlreicher Bergknappen, zwei Franziskanermönche, die aus dem dortigen Kloster ausgetreten waren und, wie es hieß, selbst als Arbeiter eintreten wollten. Auch Weltgeistliche waren an manchen Orten im gleichen Sinne thätig [3]). Selbst ein Schneidergeselle aus Nieder-Vintl predigte in Brixen auf offenem Platze „wider die christliche Ordnung, geistliche und weltliche Obrigkeit und gemeine Priesterschaft" [4]).

Dieses Auftreten eines Laien hängt wahrscheinlich mit der Verbreitung wiedertäuferischer Ansichten zusammen, die auch in Tirol früh Anhänger fanden. Schon im Jahre 1524 wurden in Innsbruck drei Männer hingerichtet, von denen einer „bei 400 Seelen in solch verdammten Irrtum verführt gehabt" [5]).

Fr. Waldner, Dr. Jakob Strauß in Hall und seine Predigt am grünen Donnerstag 1522. „Zeitschr. d. Ferdinandeum", 3. Folge XXVI, 3 ff.

1) Sinnacher, Beiträge VII, 194 f.

2) Schönherr, Das Lutherthum im Kloster Stams. „Arch. f. Gesch. Tirols" II, 82 ff.

3) S. Ruf a. a. O. III, 355.

4) Sinnacher, Beiträge VII, 195.

5) Brandis, Landeshauptleute, S. 541.

Die Lehren Luthers, welche durch wandernde Prediger und zahllose Flugschriften in populärem Tone überall hin verbreitet wurden, konnten unter den unteren Volksklassen nur umwälzend wirken. Schon die systematische Untergrabung der Achtung vor den bisher am festesten begründeten Autoritäten mußte auch das Ansehen jener Gewalten untergraben, die nicht direkt angegriffen wurden. Wenn man den Bauern die evangelische Freiheit predigte, so faßten sie den Begriff der Freiheit allgemein und dehnten ihn auch auf die staatlichen und sozialen Verhältnisse aus. Wenn man ihnen die Menschensatzungen als Teufelswerk hinstellte, so begannen sie zu untersuchen, ob denn die Leibeigenschaft und die verschiedenen Abgaben und Leistungen in der Bibel begründet seien. Nachdem man dem Volke unzähligemale erklärt hatte, daß die Kirche sich nur vom Schweiße des Volkes gemästet habe, zog dieses den Schluß, daß es erlaubt sei, das ihm Abgepreßte wieder an sich zu ziehen und die Kirchengüter zu plündern und für sich in Anspruch zu nehmen. Bei der allgemeinen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und der gewaltigen Gährung, die schon lange im Volke besonders unter den Bauern herrschte, darf man sich nicht wundern, wenn endlich die Spannung auf gewaltsame Weise sich Luft machte.

Schon im Jahre 1524 rotteten sich die Bauern in einigen Herrschaften des südlichen Schwaben zusammen und verweigerten ihren Herrn die bisherigen Dienste und Abgaben. Im Februar 1525 erhoben sich die Allgäuer Bauern, aufgereizt von zahlreichen Predigern, und gleichzeitig die Bauern am Bodensee. In einigen Wochen verbreitete sich der Aufstand mit allen seinen Greueln über das nördliche Schwaben, Franken und Thüringen bis Sachsen, anderseits längs des Rheins abwärts bis Koblenz und in die Nähe von Trier. Zahlreiche Städte, in denen die unteren Volksklassen das Übergewicht hatten, schlossen sich den Bauern an. Auch die städtischen Obrigkeiten sympathisierten mehrfach mit der Bewegung, soweit sie gegen den Klerus und die hergebrachten kirchlichen Zustände gerichtet war.

Die Wogen, welche der Sturm in Schwaben aufgewühlt, schlugen auch nach den Thälern Tirols hinüber, wo das Volk schon seit längerer Zeit in großer Erregung war und verschiedene Gewaltthaten begangen hatte, sodaß in Brixen allein binnen drei Wochen 47 Personen deswegen hingerichtet wurden. Am 10. Mai 1525 befreiten die Bauern der Brixner Gegend den Peter Paßler, einen Pusterthaler, der wegen Landfriedensbruchs zum Tode geführt wurde. In der Nacht des 11. Mai drangen die wilden Scharen, angefeuert von den Bürgern Brixens, in diese Stadt ein, plünderten und verwüsteten die Häuser der dortigen Geistlichen und Adeligen, zogen hierauf, 5000 Mann stark, nach dem Kloster Neustift und raubten es vollständig aus, sodaß es einen Schaden von 25 000 Gulden erlitt. Zu ihrem Obersten wählten sie nun den Michael Gaißmayr, eines Knappen Sohn von Sterzing, der früher Schreiber des Landeshauptmanns, hierauf Sekretär des Bischofs von Brixen gewesen war und die radikalsten politischen und sozialen Ansichten vertrat.

„Nun“, bemerkt der damalige Hofrichter in Neustift, „ging im ganzen Land das Plündern der Pfaffen an. Es gab keinen noch so armen Priester, er mußte das Seine verlieren. Danach überfielen sie viele Edelleute und verderbten deren viele; denn niemand konnte sich so schnell zur Wehr richten.“ Von Brixen aus verbreitete sich der Aufstand einerseits nach dem westlichen Pusterthal, wo das Nonnenkloster Sonnenburg ausgeplündert ward, anderseits den Eisack abwärts in die Gegend von Bozen, von da die Etsch hinauf über Meran bis ins Vintschgau und sogar hinüber nach dem Nons- und Sulzberg und hinab in die Umgebung von Trient. Mehrere Klöster und zahlreiche Pfarrhäuser, auch einige Schlösser wurden ausgeraubt und verwüstet, im Kloster Steinach bei Meran mehrere Nonnen ermordet. Im Ober-Innthale wurde das Kloster Stams ausgeplündert. In der Gegend von Innsbruck und Hall fanden Zusammenrottungen der Bauern statt. Der verhaßte Salamanca hatte sich rechtzeitig nach Bayern geflüchtet [1]).

1) S. im allgemeinen Egger II, 90ff., und dazu besonders Kirch-

Der Aufstand in Tirol war auch für die Salzburger das Signal zum Losschlagen. Um den Auffahrtstag (25. Mai) erhoben sich die Bergknappen in der Gastein und die Bauern im Pinzgau, dem tirolischen Brixenthal und anderen Thälern „zur Beschützung des Evangeliums“, rückten nach Salzburg, wo die untern Volksklassen sich ihnen anschlossen, und belagerten den schon früher unbeliebten Erzbischof, den Kardinal Matthäus Lang, auf der Feste Hohensalzburg, um ihn zur Abdankung zu zwingen [1]).

Aus dem Salzburgischen griff die Flamme der Empörung auch nach dem Lande ob der Enns hinüber. Am 1. Juni ergriffen die Bewohner von St. Georgen im Attergau die Waffen, und von da aus verbreitete sich die Bewegung auch nach den benachbarten Herrschaften. Wenn es auch hier zu keinen schwereren Ausschreitungen oder gar zu Blutvergießen kam und die Bauern den Weg der Verhandlungen einschlugen und durch eine Deputation an den in Innsbruck weilenden Erzherzog eine Abhilfe ihrer Beschwerden durchzusetzen suchten, so wurden doch überall den Grundherren die Abgaben und Roboten verweigert [2]). In Aussee und in der Gegend zwischen Wien und Neustadt waren die Bauern schon im Mai in Gährung [3]). Nach der Erhebung der Salzburger griff die Empörung unter den Bauern und Bergknappen Obersteiermarks noch weiter um sich.

Eine allgemeine Umwälzung schien wie in Deutschland so auch in den österreichischen Ländern bevorzustehen und beim Mangel stehender Heere war es schwer, den Aufstand niederzuwerfen. Fast wehrlos saß der Erzherzog Ferdinand in Innsbruck, überall von Gefahren umringt.

mair, S. 466. 470 ff. Angerer im „Programm von Brixen“ 1862, S. 14 ff. (mit den Noten). Brandis, S. 544 ff. Sinnacher VII, 205 ff. P. Justinian Ladurner, Der Bauernrebell im Nons- und Sulzberge. „Archiv f. Gesch. Tirols“ IV, 85 ff. Ruf, ebd. III, 353 ff.

1) G. A. Pichler, Salzburg's Landes-Gesch., S. 311.

2) Czerny, S. 75 ff.

3) Bericht des niederösterr. Hofrats an Erzh. Ferdinand vom 22. Mai im „Notizenblatt der kais. Akad.“ 1859, S. 68. Bericht S. v. Dietrichstein im „Archiv. f. österr. Geschq. XVII, 136.

Dessenungeachtet verlor derselbe den Mut nicht, und nach wenigen Monaten hatten sich die dunklen Gewitterwolken zerstreut, wenn auch noch in einzelnen Gegenden der Donner rollte.

Es war von großer, vielleicht entscheidender Wichtigkeit, daß in jenem Lande, wo die Bauern am wehrhaftesten waren, und von den Terrainverhältnissen am meisten begünstigt worden wären, sich sehr viele am Aufstande gar nicht beteiligt und auch die anderen nach wenigen Tagen wieder einigermaßen beruhigt hatten. Die tirolischen Bauern konnten sich nicht über den Druck der Herren beklagen, da die meisten ihre Güter als freies Eigen besaßen. Auch hatten sie hier eine Vertretung auf dem Landtage, sie waren gewöhnt, diesen als das Forum zu betrachten, dem die Entscheidung der Landesangelegenheiten zukomme. Als der Erzherzog die Einberufung eines Landtages versprach, hörten wenigstens die offenen Gewaltthaten fast überall auf, und die Gerichte gingen an die Beratung ihrer Bitten und Beschwerden, die der Regierung überreicht wurden.

Die Bauern der Meraner Gegend beriefen zu diesem Zwecke trotz des Verbotes des Erzherzogs je zwei Abgeordnete aller Städte und Gerichte, aus deren Beratungen ein geradezu revolutionäres Programm hervorging. In 106 Artikeln wurde eine vollständige Umgestaltung der politischen, religiösen und sozialen Verhältnisse Tirols in Aussicht genommen. An die Spitze wurde die Forderung gestellt, daß die Grafschaft Tirol mit ihren Bistümern, Klöstern, Schlössern und Gerichten nur dem Landesfürsten gehören, alle Einkünfte derselben diesem überantwortet werden, dagegen aber auch der Erzherzog ohne Bewilligung des Landes nichts verpfänden oder verschenken sollte. Die Bistümer und Klöster, bis auf höchstens drei mit einer beschränkten Zahl von Mönchen, vor allem die Bettelklöster, sollten aufgehoben, in jedem Gerichte nur ein Pfarrer beibehalten werden, die Priester das Wort Gottes und das Evangelium ohne Zusatz (wie Luther lehrte) verkünden [1]) und sich

1) Auch in der „Supplication" der innthalischen Gerichte Tauer, Rettenberg, Sonnenburg u. s. w. (bei Rapp, Über das vaterländische

ehrbar und standesgemäß aufführen, kein Geistlicher mehr als eine Pfründe besitzen und persönlich dieselbe versehen, die Städte und Gerichte das Recht haben, ihren Pfarrer selbst zu wählen und zu entsetzen, alle Stolgebühren abgeschafft, Vermächtnisse an Geistliche verboten, von dem Überflusse der reichen Pfarreien und Pfründen in jeder Stadt und jedem Gerichte ein Spital gegründet und Hausarme unterstützt werden.

In politischer Beziehung verlangten sie Besetzung der Regierung in Innsbruck mit verständigen, ehrlichen Landleuten, die den Landesbrauch kennen, nicht mit fremden Geistlichen oder Doktoren, Gleichheit aller vor Gericht, beschleunigtes Verfahren, Aufhebung der Asyle, Wahl der Gerichtsbeamten durch die Gemeinden, Abschaffung aller örtlichen Statuten und Gebräuche und Einführung eines gleichen Rechtes für das ganze Land und alle Stände, wie gleicher Maße und Gewichte, Freigebung der Jagd und Fischerei, Verbot der großen Handelsgesellschaften und des Verkaufes und Wuchers, endlich vollständige Aufhebung der Leibeigenschaft, der Roboten und mancher anderer Leistungen und Abgaben [1]).

Diese Meraner Artikel sollten die Grundlage für die Beratungen des Landtages bilden, der am 12. Juni in Innsbruck eröffnet wurde. Die Verhandlungen drohten sehr stürmisch zu werden. Die Vertreter der Bauern, teilweise der radikalsten Richtung angehörend, gaben anfangs den Ton an. Die Geistlichen wurden von vornherein von der Teilnahme ausgeschlossen. Der Adel, ohnehin entmutigt, wurde nur zugelassen unter der Bedingung, daß er in allen billigen Sachen zu den Bauern halte. Von der Abstimmung nach Ständen sah man ganz ab, und es wurde das Einkammersystem eingeführt.

Der Landtag machte in der That die von der Meraner Versammlung aufgestellten Forderungen zu seinen eigenen und

Statutenwesen. „Beiträge zur Geschichte 2c. Tirols" V, 189 ff., vgl. 29) wurde diese Forderung in den Vordergrund gestellt.

1) Jörg, Deutschland in der Revolutions-Periode von 1522—1526, S. 537 ff.

legte sie durch seinen Sprecher, den Bürgermeister von Innsbruck, dem Erzherzoge vor. Dieser zeigte aber trotz seiner Jugend und seiner bedrängten Lage eine große Festigkeit. In seiner Antwort machte er darauf aufmerksam, daß er nur Gubernator von Tirol sei und ohne Wissen des Kaisers keine neuen Statuten machen könne, daß die, allerdings notwendige, Reformierung des geistlichen Standes nicht Sache eines Fürsten, sondern aller christlichen Herrscher sei, daß die geforderte Säkularisierung der Bistümer Brixen und Trient ohne Zustimmung des Reichsoberhauptes unmöglich, die Einziehung der Kirchengüter eine Rechtsverletzung, also auch gegen das Evangelium sei, die Wegnahme der Güter ausländischer Kirchen auch einen Krieg heraufbeschwören könne. Da nun unterdessen die Heere der deutschen Bauern von den Fürsten und dem schwäbischen Bunde nach einander geschlagen und meist aufgerieben worden waren, so erhielt auch auf dem tirolischen Landtage die gemäßigtere Partei das Übergewicht. Anderseits machte der Erzherzog den Bauern, für deren Wünsche sich nicht bloß die Bürger, sondern in manchen Dingen auch die Adeligen aussprachen, in politischer und religiöser Beziehung nicht unwesentliche Zugeständnisse. Er nahm am 21. Juli die weltliche Verwaltung des Hochstiftes Brixen „bis auf eines gemeinen Konziliums oder des heiligen Reiches Reformation“ in seine Hände [1]) und genehmigte eine neue Landesordnung, das „fünfundzwanzigjährige Landlibell“, in welcher auf die Forderungen der Bauern mehrfach Rücksicht genommen wurde. Manche bisherige Abgaben an die Grundherren wurden abgeschafft oder vermindert, alle Roboten, die nicht wenigstens fünfzig Jahre bestanden hätten, sollten aufgehoben, Bauerngüter, deren Überbürdung durch eine gerichtliche Untersuchung festgestellt würde, erleichtert werden. Auch der Wunsch nach Einführung gleicher Maße und Gewichte wurde erfüllt [2]). In einer provi-

1) Bucholtz IX, 642 ff.

2) Eine systematische Zusammenstellung des Inhalts dieser Tiroler Landesordnung von 1526 (in welchem Jahre sie gedruckt ward) bei Rapp

sorisch „bis auf ein gemeines Konzil oder Erläuterung des Reiches“ eingeführten „Ordnung des geistlichen Standes“ wurde unter andern verfügt, daß die Geistlichen in weltlichen Angelegenheiten der weltlichen Gerichtsbarkeit unterworfen, alle Pfarrer und Kapläne vom Landesfürsten, welchem die Obrigkeiten, Städte und Gerichte zwei oder drei geeignete Persönlichkeiten vorzuschlagen hätten, ernannt und, wenn sie sich ungebührlich aufführten, auch wieder abgesetzt werden sollten [1]).

Allen, welche die Landesordnung annähmen, wurde Amnestie versprochen, wenn sie fortan ruhig blieben und für den angerichteten Schaden Ersatz leisteten. Dagegen sollten neue Aufstände mit Gewalt unterdrückt und strenge bestraft werden.

Aber nur die Wälschtiroler, die Bauern der Umgebung von Trient, in Valsugana und auf dem Nons- und Sulzberg, setzten die Feindseligkeiten gegen den Bischof von Trient und den Adel fort. Erst eine Reihe blutiger Schlappen, die sie im Laufe des September erlitten, bewog sie zur Niederlegung der Waffen, zur Zahlung von Geldbußen und zur Auslieferung der Rädelsführer, die dann, meist in der grausamsten Weise, hingerichtet wurden [2]). Deutschtirol war durch die größere Besonnenheit der Bewohner und durch die kluge Nachgiebigkeit des Landesfürsten vor den Greueln bewahrt worden, von welchen in den meisten Teilen Deutschlands die Erhebung und Niederwerfung der Bauern begleitet war.

Mit der Beruhigung Tirols war der Aufstand in Salzburg und den anstoßenden Ländern isoliert und damit die größte Gefahr von Österreich abgewendet.

Ein Teil des salzburgischen Bauernheeres, bei 4000 Mann, unter Michael Grueber hatte noch am frühen Morgen des 3. Juli den steirischen Landeshauptmann Sigmund von Dietrichstein, der mit einigen hundert Mann ständischer Truppen und böhmischer Söldner, von Leoben ausmarschierend, Mautern,

a. a. O., S. 33 ff., und Oberweis in Haimerls „Vierteljahrsschrift f. Rechts- und Staatswiss.“ XVIII, B. Sep.-Abdruck: Wien 1866.

1) „Archiv f. Süddeutschland“ I, 305 ff. Oberweis a. a. O. II, 41 ff.

2) Egger II, 110.

Rottenmann und das steirische Ennsthal unterworfen hatte, in Schladming überfallen und mit mehreren Edelleuten und einem Teile der Böhmen gefangen genommen, während die deutschen Knechte meist zu den Feinden übergetreten waren. Dietrichstein wurde durch seine ehemaligen Soldknechte, die ihm ritterliches Gefängnis zugesagt hatten, vor der Gefahr errettet, von den wütenden Bauern gespießt zu werden. Die gefangenen Böhmen und Husaren dagegen wurden auf dem Platze in Schladming enthauptet [1]).

Die Erhebung der Salzburger hatten die Herzoge Wilhelm und Ludwig von Baiern zu benutzen gesucht, um entweder im Einvernehmen mit den Aufständischen das Erzstift zu säkularisieren oder wenigstens den bedrängten Erzbischof zu bewegen, ihren jüngsten Bruder Ernst, Verweser des Bistums Passau, zum Koadjutor zu ernennen. Bei der Wichtigkeit, welche dieses Erzbistum für Österreich hatte, in dem ein großer Teil seiner Besitzungen lag, konnte der Erzherzog Ferdinand diesen Umtrieben wie dem Aufstande gegenüber nicht gleichgültig sein. Er gab sich redliche Mühe, zwischen dem Erzbischofe und seinen Unterthanen eine Aussöhnung zustande zu bringen, und setzte es wenigstens durch, daß am 7. Juli die Feindseligkeiten vorläufig aufhörten. Allen Unterhandlungen wurde aber ein Ende gemacht, als der schwäbische Bund nach der Vernichtung des Aufstandes im südwestlichen Deutschland auf Betreiben des baierischen Kanzlers Leonhard Eck im August 4000 Mann unter Georg von Freundsberg gegen Salzburg schickte. Doch vermochte man die starkbefestigte Stadt nicht zu nehmen und die Aufständischen erhielten in den letzten Tagen des August sehr günstige Bedingungen. Die Landschaft mußte 14000 Gulden zahlen und sich dem schwäbischen Bunde auf Gnade und Ungnade ergeben, erhielt aber zugleich die Zusicherung vollständiger Amnestie [2]).

1) Dietrichsteins eigener Bericht im „Archiv f. österr. Geschq." XVII, 135—148.

2) Pichler, S. 315 ff. Jörg, S. 548 ff. W. Vogt, Die bayerische Politik im Bauernkrieg, S. 292 ff.

Vom Ende des Juli bis zum Ende des September wurden auch die oberösterreichischen Landgemeinden ohne Blutvergießen zur Ruhe gebracht. Hinrichtungen fanden in diesem Lande, wo auch die Bauern ihre Hände von Blut rein gehalten hatten, nur ganz vereinzelt statt. Selbst die Rädelsführer kamen meist mit einer Geldbuße davon, welche in geringerem Maße auch die übrigen traf, die an bewaffneten Versammlungen oder am Bauernbunde teilgenommen, oder den Herrschaften die Abgaben verweigert hatten. Einer summarischen Bestrafung aller Bauern ohne Rücksicht auf den Grad ihrer Verschuldung, wie sie die niederösterreichische Regierung beabsichtigt hatte, waren die Stände des Landes ob der Enns selbst mit Entschiedenheit und Erfolg entgegengetreten [1]).

Mit ungemeiner Strenge ging man gegen die Aufständischen in der Steiermark vor. Graf Niklas Salm, Anführer der ständischen Truppen Innerösterreichs und der landesfürstlichen Söldner, brannte Anfangs Oktober nicht bloß dem Befehle des Wiener Hofrates entsprechend Schladming vollständig nieder, sondern plünderte und verbrannte auch die umliegenden Ortschaften, äscherte Johnsbach südöstlich von Admont ein, wo Versammlungen der Aufwiegler stattgefunden hatten, brandschatzte Eisenerz und ließ die Rädelsführer, die in seine Hände fielen, hinrichten und ihre Häuser zerstören [2]).

Die Härte, mit der man hier wie in vielen andern Gebieten Deutschlands gegen die Rebellen ohne Rücksicht auf den Grad ihrer Verschuldung verfuhr, hat übrigens dazu beigetragen, daß im nächsten Jahre an manchen Orten neue Ausbrüche erfolgten. Wie der Kardinalerzbischof von Salzburg schreibt, hielten sich „viele hundert verloffene Knechte und Buben von Schladming und andern Landen, die sich sonst nirgends sicher wissen", im Pinzgau und andern Gerichten im Gebirge auf [3]), wo sie natürlich nicht unterließen, die Bauern aufzuwiegeln.

1) Czerny, S. 141—187.

2) Seine Berichte von Oberleitner mitgeteilt im „Notizenblatt d. kais. Akad." 1859, S. 87 ff.

3) Jörg, S. 644. 645.

Andererseits plante der radikale Michel Gaißmayr mit den Flüchtlingen aus Schwaben und Tirol, die sich in die Schweiz gerettet hatten, wie mit den Bewohnern von Davos und Prättigau einen Einfall in Tirol und die Gegenden am Bodensee. Selbst mit den Franzosen und Venetianern trat er in Verbindung. Die Umtriebe Gaißmayrs wurden von der Regierung in Innsbruck entdeckt, und sein Bruder Hans infolge dessen gevierteilt. Im Pinzgau dagegen erhoben sich die Bauern Ende März 1526 wirklich, bewogen auch die Bewohner der Seitenthäler und die Pongauer zum Anschluß, nahmen das Brixenthal ein und belagerten Rastadt. Erst als Truppen des Schwäbischen Bundes von Norden, Österreicher unter Niklas von Salm von Steiermark her vordrangen, wurde Ende Juni Rastadt entsetzt, die Bauern zerstreut und unterworfen, die Hauptleute und Rädelsführer hingerichtet. Gaißmayr, der den Salzburgern zuhilfe gekommen war, zog Anfangs Juli mit 1600 Bauern und Landsknechten über den Tauern nach Pusterthal, vermochte aber weder Bruneck noch die Mühlbacher Klause zu nehmen und floh dann vor den verfolgenden Truppen über die Berge ins Venetianische, wo er mit offenen Armen aufgenommen ward. Er setzte seine Umtriebe gegen Österreich fort, bis er von einem Meuchelmörder, der den auf seinen Kopf gesetzten Preis verdienen wollte, 1532 ermordet wurde [1]).

Es war höchste Zeit, daß die Ruhe in den österreichischen Erblanden hergestellt und die Kräfte des Erzherzogs Ferdinand verfügbar wurden. Denn schon im August 1526 erfolgte in Ungarn die Katastrophe, welche demselben den Weg zum Throne von Böhmen und Ungarn bahnte.

1) Pichler, S. 334ff. Egger II, 117ff.

Zehntes Kapitel.

Böhmen und Ugnarn unter K. Ludwig II. — Des Königs Ende.

Hatte schon unter dem Könige Wladislaw in Böhmen der Adel die Herrschaft in den Händen gehabt, so mußte die Minderjährigkeit seines Sohnes Ludwig diesen Zustand nur noch mehr befestigen. Die Regierung wurde hauptsächlich von den Landesbeamten geführt, unter denen der Oberstburggraf Zdenko Lew von Rosental oder Rožmital [1]) durch seinen Einfluß und bald auch durch seinen Reichtum hervorragte. Aber Ordnung und Ruhe vermochten sie nicht herzustellen. Die Streitigkeiten zwischen dem Adel und dem Bürgertum dauerten auch jetzt noch fort, da jener die Rechte und die materiellen Interessen der Städte zu beschränken suchte und die zahllosen Raubritter gegen diese in Schutz nahm. Als endlich die ständischen Zwistigkeiten einigermaßen in den Hintergrund traten, begannen infolge des Eindringens des Luthertums religiöse Kämpfe. Die königichen Güter und Einkünfte schwanden immer mehr zusammen, weil die hochadeligen Beamten, besonders der eigennützige Lew von Rosental, sie als Pfand für die von ihnen aufgerechneten Forderungen in Besitz nahmen und die Erträgnisse der Steuern, die vom Landtage wiederholt bewilligt wurden, nicht zur Abzahlung der Schulden verwendeten, sondern in ihre schmutzigen Taschen steckten. Wie wenig man sich um den König noch kümmerte, zeigte am deutlichsten der Umstand, daß Landtagsbeschlüsse, ohne daß man dessen Genehmigung auch nur nachgesucht hätte, in die Landtafel eingetragen und damit als allgemein bindende Gesetze erklärt wurden. Als endlich König

1) Die erstere Form kommt in den deutschen, letztere in den čechischen Aktenstücken vor. Ich glaube die deutsche Form gebrauchen zu sollen.

Ludwig selbst die Regierung übernahm und sich im März 1522 nach Böhmen begab, führte das nur eine vorübergehende Änderung der Verhältnisse herbei. Zwar wurden im Februar 1523 die bisherigen Landesbeamten zum Rücktritte gezwungen und durch Männer ersetzt, die einer Kräftigung der königlichen Gewalt nicht abgeneigt waren. Als aber der König bald darauf wieder nach Ungarn zurückkehrte, trat fast alles wieder in das alte Geleise zurück. Die beschlossene Reform der Landesordnung unterblieb. Lew von Rosental, für den Sigismund von Polen und die katholische Partei wirkten, erhielt schon nach zwei Jahren wieder das Amt des Oberstburggrafen von Prag und damit den maßgebendsten Einfluß, da der Landesverweser Herzog Karl von Münsterberg, ein Enkel Georgs von Podiebrad, zwar ein ehrenhafter, aber energieloser und ruheliebender Mann war [1]). Es entsprach nur den thatsächlichen Verhältnissen, wenn die Großen zu Ludwig und seinem Vater wiederholt die Äußerung gethan haben sollen: „Du bist unser König, wir sind deine Herren" [2]).

Blieben indessen in Böhmen infolge der gesunderen Entwickelung in früherer Zeit wenigstens die äußeren Formen der staatlichen Ordnung bestehen, so drohten sich in Ungarn geradezu anarchische Zustände zu entwickeln.

König Wladislaw hatte auf seinem Totenbette die Erziehung seines Sohnes dem Markgraf Georg von Brandenburg, seinem Neffen, und dem Befehlshaber der Ofener Burg, Johann Bornemisza, unter der Oberaufsicht des Graner Erzbischofs Thomas Bakacs übertragen [3]), zu Obervormündern aber den Kaiser und den König Sigismund von Polen, seinen Bruder, ernannt. Um letztere Verfügung kümmerte sich aber der ungarische Reichstag, der am Anfang des Mai 1516 gehalten wurde, nicht im

1) Detaillierte Darstellung bei Palacky V, 2, 345—543.

2) Schreiben aus Böhmen vom Jahre 1526 im „Archiv für österr. Geschq." XI, 4.

3) Schreiben des Markgrafen Georg an seinen Bruder (Kasimir) mitgeteilt von Neustadt in „Ungar. Revue" 1884, S. 38ff., und des venetianischen Gesandten Suriano vom 24. März, in „Magyar tört. tár" XXV, 43.

geringsten. Ohne sich mit den Obervormündern ins Einvernehmen zu setzen, wurde eine Regentschaft eingesetzt, bestehend aus sieben Baronen und fünf Prälaten, und aus sechzehn adeligen Beisitzern, von welch letzteren immer die Hälfte sechs Monate am Hofe anwesend sein sollte, ohne übrigens zunächst einen Einfluß erlangen zu können. Unter den weltlichen Räten waren der Palatin Perényi, der Herzog Lorenz Ujlaky und Zapolyas Bruder Georg, unter den Prälaten die beiden Erzbischöfe von Gran und Calocsa und die Bischöfe von Fünfkirchen und Waitzen, Georg Szakmáry und Ladislaus Szalkay, von denen ersterem auch die Würde eines Kanzlers, letzterem das Amt eines Schatzmeisters übertragen wurde [1]). Die Gesandten des Kaisers und des Königs von Polen wurden mit höflichen Redensarten abgespeist, aber ihnen im folgenden Jahre doch ausdrücklich bemerkt, daß nach der ungarischen Verfassung kein Ausländer an der Regierung beteiligt sein dürfe [2]).

Allein gerade die einflußreichsten der von den Ungarn ernannten Regenten waren auch nicht die Männer, welche imstande gewesen wären, den Verfall Ungarns aufzuhalten. Der Kardinalerzbischof Bakacs scharrte Geld zusammen, um für seine Brudersöhne, die von ihrem Geburtsorte den Namen Erdödy annahmen, Herrschaften zu kaufen [3]). Der Bischof Szakmáry von Fünfkirchen, ein Schneidersohn von Kaschau, war nicht weniger habsüchtig und trank sich auch gern einen Rausch an, was ihm freilich in den Augen seiner Landsleute, die nachmittags häufig betrunken waren, durchaus nicht schadete,

1) Bericht Surianos vom 14. Mai, l. c., p. 46 sqq. Vgl. dessen Finalrelation ibid., p. 56 sq. Einen gleichzeitigen ungarischen Geschichtschreiber von einiger Bedeutung hat es damals leider nicht gegeben; die späteren, denen man gewöhnlich folgt, erweisen sich als unzuverlässig.

2) Acta Tomiciana IV, 118. Cuspinianus, De Caesaribus, p. 490, und dessen Tagebuch in F. R. Austr. SS. I, 408 sqq. Bericht des venetianischen Gesandten Bon vom 15. Juli 1517, in Magyar. tört. tár XXV, 77.

3) Der Inhalt seines Testamentes ap. Katona XIX, 212 sqq.

so daß trotzdem im Reiche das geschah, was er wollte [1]). Der Markgraf von Brandenburg, welcher durch seine Vermählung mit der Witwe des Johann Corvinus ausgedehnte Besitzungen in Ungarn erworben hatte, war ein vergnügungssüchtiger Herr, der trotz der elenden Finanzzustände auch den König auf die gleiche Bahn leitete [2]).

Den Magnaten, besonders dem Woywoden von Siebenbürgen und dem Palatin, war am meisten Bornemisza verhaßt, vielleicht weil er nicht ihrem Kreise angehörte, vielleicht auch, weil er wirklich auf das Wohl des Königs und Reiches sah [3]). Ihm suchten sie vor allem die Hut der Ofener Burg zu entziehen, um den König in ihre Hände zu bringen. Zapolya suchte dies schon im Herbste 1517 zu erreichen, indem er mit 2000 Mann nach Ofen zog [4]). Auf einem Reichstage, der auf Georgi (24. April) 1518 einberufen war, wollte die Partei Zapolyas wegen der Jugend des Königs die Wahl eines Gubernators durchsetzen, indem sie hoffte, daß ihr Haupt zu dieser Würde erhoben werden würde. Durch die Gesandten des Kaisers und des Königs von Polen wurde die Ausführung dieses Planes vereitelt, ebenso wie die Absicht des päpstlichen Nuntius Nikolaus von Schönberg, eines Predigermönches, die Ungarn zu bestimmen, daß sie sich zur Führung eines Türkenkrieges die Ernennung eines Hauptmannes durch den Papst gefallen ließen [5]). Doch errang die Oppositionspartei noch im Herbste des nämlichen Jahres auf einem Reichstage in Bács

1) Relation Bons vom Jahre 1519, in „Magyar. tört. tár“ XXV, 153 sqq.

2) Dies wird man auch nach seiner Verteidigung durch L. Neustadt, Markgraf Georg von Brandenburg als Erzieher am ungarischen Hofe (Breslau 1883) zugeben müssen, wenn auch viele Vorwürfe unbegründet sind.

3) Ein interessantes Schreiben von ihm an den König von Polen mit Klagen über die Zustände Ungarns in „Acta Tomic“. IV, 114 sqq.

4) S. sein Schreiben an Báthory vom 31. März 1518 ap. Katona XIX, 69. Vgl. Neustadt, S. 52 ff.

5) Herberstein, der selbst unter den kaiserlichen Gesandten war, in seiner Selbstbiographie. F. R. Austr. SS. I, 133 sqq.

einen wichtigen Erfolg. Es wurde die Einsetzung eines neuen Regierungsrates beschlossen, dessen Zusammensetzung fast durchaus Zapolya günstig war. Denn unter den vier Magnaten war er selbst und neben ihm der Palatin und Stephan Báthory, die bisher mit ihm Hand in Hand gegangen waren. Unter den vier aus dem Prälatenstande Gewählten waren neben Bakacs und Szakmáry der Erzbischof von Calocsa und der Bischof von Siebenbürgen, die schon lange seine Anhänger gewesen waren. Um den Vertretern des niedern Adels, unter dem Zapolya die meisten Verehrer hatte, das Übergewicht zu sichern, wurde die Zahl derselben auf sechzehn erhöht und bestimmt, daß, wie von ihnen, so auch von den Magnaten und Prälaten immer nur die Hälfte anwesend sein und diese nicht das Recht haben sollten, ohne jene einen Beschluß zu fassen. Die Ordnung der zerrütteten Finanzen, die Einlösung der verpfändeten Staatsgüter mittelst der bewilligten Steuern, eine bessere Verwaltung wurde den neuen Regenten zur Pflicht gemacht [1]).

Aber schon nach wenigen Monaten wurden dieselben beseitigt.

Nach dem Tode Maximilians beschlossen die Räte des ungarischen Königs, nicht nur für ihren Herren um die Kaiserkrone sich zu bewerben, sondern auch dessen Schwester Anna, die Braut des Erzherzogs Ferdinand, nach Ungarn zurückzurufen. Da dies einen vollständigen Bruch mit dem Hause Habsburg zur Folge haben mußte, und Zapolya sich neuerdings auf die Hand der Prinzessin Anna Hoffnung machen durfte, so näherte sich dieser seinen bisherigen Gegnern und erwies denselben die Gefälligkeit, daß er in die Ausschließung der dem niedern Adel angehörigen Regentschaftsmitglieder aus dem königlichen Rate einwilligte. Doch nur zu bald trat eine Wendung ein. Die Ungarn fanden weder bei Venedig und dem Papste,

1) Die Beschlüsse dieses Reichstags ap. Katona XIX, 97 sqq. Vgl. den Bericht Bons vom 3. November und dessen Finalrelation im „Mag. tört. tár XXV, 112. 152.

die sie um die Unterstützung bei der Kaiserwahl angingen, irgendein Entgegenkommen, noch konnten sie sich Hoffnung auf die Stimmen der Kurfürsten machen. Die Überzeugung von der Unmöglichkeit, gegenüber dem Hause Habsburg einen Erfolg zu erringen, wie die Bestechung der Bischöfe Szakmáry von Fünfkirchen und Szalkay von Waitzen durch den kaiserlichen Gesandten Cuspinian führte der österreichischen Partei, von der früher mit Ausnahme Georgs von Brandenburg und Bornemiszas alle [1]) sich abgewendet hatten, die meisten Magnaten wieder zu. Zapolya sah nicht bloß seine hochfliegenden Projekte neuerdings vereitelt, sondern er erlebte auch noch die Kränkung, daß bei der Besetzung der erledigten Palatinswürde Ende Mai 1519 nicht er, sondern Stephan Báthory gewählt wurde [2]). Der Bruch zwischen der Hofpartei, der nun auch Báthory beitrat, und Zapolya war ein unheilbarer.

Übrigens gewann Ungarn zunächst gleich wenig, mochte die eine oder die andere Partei das Übergewicht erhalten. Denn allen Magnaten, Geistlichen wie Laien, mit sehr wenigen Ausnahmen war das Pflichtgefühl gegenüber dem Staate ganz abhanden gekommen, fast alle schienen zu glauben, daß derselbe nur dazu da sei, ihnen die Mittel zur Befriedigung ihrer Genußsucht zu liefern. Jeder würde es für Beschränktheit gehalten haben, wenn er die Gelegenheit, einen Griff in die Staatskasse zu thun, nicht benutzt hätte, was natürlich die Folge hatte, daß dieselbe immer leer war, besonders da die Bergwerke, die ergiebigsten Einnahmsquelle, an die Thurzó und die mit ihnen verwandten Fugger verpfändet waren. Aber auch andere Gelegenheiten, sich zu bereichern, wurden nicht verschmäht. Philipp More, der 1521 statt des zum Primas ernannten Georg Szakmáry das Bistum Fünfkirchen erhielt, hatte eine diplo-

1) Szakmáry schon seit dem Wiener Kongresse 1515, weil ihn der Kaiser dem Graner Erzbischofe gegenüber vernachlässigt hatte. Bericht Surianos l. c. 55.

2) Liske, Zwei Beiträge zur Wahlgeschichte K. Karls V., in „Forsch. zur deutschen Gesch." VIII, 166—171, hat diese Verhältnisse gewiß richtiger aufgefaßt als die ungarischen Historiker.

matische Mission nach Venedig zum Einkaufe großer Warenvorräte benutzt, die er dann mit großem Profit in Ungarn verkaufte. Auch Ladislaus Szalkay, Bischof von Waitzen, dann von Erlau, der 1519 Kanzler wurde, hielt es mit seiner Doppelwürde für vereinbar, gewinnreiche Handelsgeschäfte zu treiben. Das Geld wurde dann von den Großen in üppigen Gelagen durchgebracht, bei denen sich auch die erbittersten Feinde zusammenfanden, oder für teuere Pferde und prächtig gekleidetes Gefolge ausgegeben. Und während die Magnaten im Überflusse lebten, verfiel der Staat und litt der König am notwendigsten Mangel, so daß man manchmal einige Dukaten aufleihen mußte, um die Kosten seiner Mahlzeit bestreiten zu können [1]).

Bei dem Verfall des ganzen Staatswesens und dem vollständigen Mangel an Patriotismus bei den alles leitenden Magnaten brauchte es nur eines kräftigen Stoßes von außen, um das Reich zum Wanken zu bringen. Was die Einsichtigeren schon lange befürchteten, trat nur zu bald ein.

Die Türken hatten in den letzten zwei Menschenaltern ihre Waffen statt nach Norden nach dem Süden gewendet, sie hatten unter harten Kämpfen die griechische Halbinsel mit Albanien, die meisten Inseln des Ägäischen Meeres, die Reste von Klein-

1) S. die Schilderungen der Zustände Ungarns in dieser Zeit in den Schlußrelationen der venetianischen Gesandten Bon von 1519 und Orio von 1523, und einem Berichte Massaros, des Sekretärs des letzteren, in Magyar tört. tár, p. 151—157. 278—296. 298—304 (letztere auch mitgeteilt von Fr. Firnhaber in „Quellen und Forschungen z. vaterl. Gesch.", S. 73—85.) Bei der Beurteilung der einzelnen Personen darf man diesen Venetianern freilich nicht blindlings vertrauen, da der Umstand, ob dieselben Freunde oder Gegner Venedigs gewesen sind, nicht ohne Einfluß darauf gewesen ist. Aber ihre allgemeinen Schilderungen werden auch durch Herbersteins Selbstbiographie, S. 135, die Mitteilungen des österreichischen Gesandten Andrea da Burgo, das Schreiben des Hanns Schweinpeckh, eines deutschen Edelmanns im Gefolge der Königin Maria, bei Stögmann, Über die Briefe des Andrea da Burgo, „Sitz.-Ber. d. kais. Akad." XXIV, 166. 224. (Der hier erwähnte „parlawyss" ist ohne Zweifel Bornemisza) und durch die unten angeführten Berichte der päpstlichen Nuntien bestätigt.

asien, das nördliche Mesopotamien und einen Teil von Armenien erobert und endlich im Jahre 1517 auch noch das Reich der Mameluken in Syrien und Ägypten gestürzt und dadurch ihre Herrschaft erweitert und befestigt. Im September 1520 folgte auf Selim I. sein Sohn Suleiman I., einer der tüchtigsten unter den vielen tüchtigen Sultanen, die seit zwei Jahrhunderten über die Türken geherrscht hatten.

Selim, der nach der Einnahme Ägyptens zunächst den Johannitern die Insel Rhodus entreißen wollte, hatte noch im Frühjahr 1519 mit Ungarn einen dreijährigen Waffenstillstand geschlossen [1]). Der neue Sultan hielt sich zwar nicht daran gebunden. Da aber in Syrien ein Aufstand ausbrach und Suleiman auch einen Angriff des Schahs von Persien befürchtete, so schickte er nach Ungarn einen Gesandten, um wegen der Verlängerung der Waffenruhe zu verhandeln. Die Räte des Königs Ludwig hätten um so rascher darauf eingehen sollen, da Ungarn zur Führung eines gefährlichen Krieges nie weniger vorbereitet und auch vom Auslande keine ernstliche Unterstützung zu erwarten war. Hatte jenes ja nicht einmal die Wegnahme der bisher noch südlich von der Save behaupteten Festen Srebrnik und Sokol und mehrerer kroatischer Schlösser durch die Paschas der türkischen Grenzprovinzen zu verhindern gewußt! Da aber die ungarischen Großen hofften, unter dem Vorwande eines Krieges gegen die Türken bei der venetianischen Regierung leichter die Auszahlung einer alten Forderung ihres Königs durchsetzen zu können, so suchten sie den Abschluß der Verhandlungen mit dem Sultan bis zur Erledigung dieser Angelegenheit hinauszuziehen [2]) und hielten den türkischen Gesandten zurück.

Unterdessen hatte Suleiman die Verhältnisse in Asien geordnet und beschloß nun vor allem, Ungarn unschädlich zu machen und sich zunächst der Festungen an der Save zu be-

1) Theiner, Mon. Hung. II, 626.

2) So stellt die Sache Massaro a. a. O., dar. Daß der Sultan von Ungarn einen jährlichen Tribut gefordert habe, sagt derselbe nicht.

mächtigen. Im Juni 1521 rückte er mit 100000 Mann, unter denen freilich nur 30000 wirkliche Soldaten waren, und zahlreichen Geschützen an die ungarische Grenze und begann die Belagerung von Sabacz und Belgrad. Diese waren trotz der stäten Kriegsgefahr greulich vernachlässigt. Sabacz hatte nur 100, Belgrad, Ungarns Hauptbollwerk gegen die Türken, nur 700, oder gar nur 400 Mann Besatzung; beiden fehlte es an Munition, Belgrad sogar an größeren Kanonen, da die dortigen Geschütze im Jahre 1515 bei der unglücklichen Expedition Zapolyas verloren und bis jetzt noch nicht einmal durch andere ersetzt worden waren.

Obwohl man in Ungarn glaubte, daß der Sultan geradenwegs auf Ofen marschieren und das ganze Reich seiner Herrschaft unterwerfen wolle, geschah doch auch jetzt sehr wenig zur ernstlichen Abwehr der Feinde. Der König bot den Adel und die Magnaten auf, ersuchte auch die Stände der böhmischen Länder um Hilfe und stellte den übrigen Fürsten Europas die drohende Gefahr vor. Aber nur der Erzherzog Ferdinand schickte auf Bitten seiner Gemahlin 3000 Fußgänger. Die böhmischen Landesbeamten schoben die Einberufung des Landtages solange hinaus, daß die bewilligten Truppen zu spät kamen. Die Ungarn selbst ließen sich mehr von Eifersucht, Eigennutz und Bequemlichkeit als von der Liebe zum Vaterlande leiten. Zapolya, der unbeweglich in Siebenbürgen blieb, wurde sogar beschuldigt, daß er den Untergang des Reiches und den Fall seines Herren wünsche, um dann mit Hilfe seiner Leute jenes wieder aufzurichten und sich zum Könige zu machen [1]). Ludwig II. hatte sich trotz seiner Jugend am 15. Juli persönlich ins Lager zu Tétény südlich von Ofen begeben. Aber am 8. August hatten sich erst 4000 Mann bei ihm eingefunden. Auch als sich das Heer später sehr bedeutend vergrößerte, wollte man nichts gegen die Türken unternehmen. So fiel Sabacz

1) Massaro a. a. O. (bei Firnhaber, S. 81, in M. tört. tár XXV, 288), der sonst dem Woywoden als einem Freunde Venedigs günstig ist. Vgl. die Bemerkung Lews von Rosental in seinem Schreiben vom 28. September bei Palacky V, 2, 437.

trotz tapferer Verteidigung der kleinen Besatzung unter Simon Logody, die zuletzt, als die Stadt nicht mehr zu halten war, bei einem Ausfalle den Heldentod fand. So sah man ruhig zu, wie Semlin, Szalankamen und andere Ortschaften Syrmiens eingenommen und größtenteils eingeäschert wurden. So unternahm man auch nicht den geringsten Versuch, Belgrad Rettung zu bringen, so daß die dortigen Befehlshaber, Blasius Oláh und Johann Both, zuerst die Stadt räumen und endlich, als durch eine Mine ein Stück der Burgmauer zum Falle gebracht war, dem Drängen der serbischen Einwohner nachgebend, am 28. August nach fast fünfzigtägigem Widerstande auch die Citadelle übergeben mußten [1]).

Noch einmal zog sich Suleiman, der durch Kämpfe und Krankheiten sehr viele Leute verloren hatte, zurück, um den Johannitern die Insel Rhodus zu entreißen, was ihm auch 1522 gelang, aber 100 000 Mann kostete. Noch einmal war den Ungarn und den übrigen christlichen Staaten Europas Zeit zu umfassenden Rüstungen gelassen, um gegen die von den Türken drohende Gefahr umfassende Schutzmaßregeln zu treffen.

Aber im Abendlande brach gerade 1521 ein erbitterter Krieg zwischen dem Kaiser und Franz I. von Frankreich aus, der, als er am 24. Februar 1525 bei Pavia in die Gefangenschaft geriet, sich sogar mit der Bitte um Hilfe an den Sultan wendete. Der König Sigismund von Polen, der Oheim des ungarischen Königs, war selbst durch den Kampf mit Türken und Tataren in Anspruch genommen. Die Deutschen berieten auf mehreren Reichstagen über die Türkenhilfe. Der Kaiser erklärte sich damit einverstanden, daß die ihm für den Römerzug bewilligten 24 000 Mann zum Schutze Ungarns gegen die

1) Ich habe mich auch hier an die gleichzeitigen Berichte: die Briefe des Königs Ludwig an Sigismund von Polen in Acta Tomic. V, 388. 389. 392. 401, das Schreiben Massaros a. a. O., S. 76 f. und an Tubero ap. Schwandtner II, 370 sqq. gehalten, da man nicht weiß, ob Istvanfi, der letzteren ausgeschrieben hat, für seine Erweiterungen verläßliche Quellen gehabt hat. Vgl. auch Cuspinianus, De Caesaribus, p. 490.

Ungläubigen verwendet würden. Aber das Ergebnis war, daß der Reichstag 1522 dem Erzherzog Ferdinand auf drei Monate 3000 Landsknechte bewilligte, um die kroatischen Grenzplätze zu besetzen, die eine Vormauer für das im Frühjahr 1522 von den Türken heimgesuchte Krain wie für Steiermark bildeten [1]). Der Erzherzog selbst versprach bei einer Konferenz mit dem Könige Ludwig und dessen Räten im Herbste 1523 für den nächsten Sommer die Stellung von 21 000 Mann zu einem Feldzuge gegen die Türken, wogegen die Ungarn und Böhmen mit 60 000 Mann ins Feld rücken sollten. Aber der Erzherzog, dem übrigens die Aufbringung und Erhaltung einer solchen Macht ebenfalls kaum möglich gewesen wäre, drückt seinem Bruder gegenüber die Befürchtung aus, die Versprechungen der Ungarn würden bei den dortigen Zuständen nur Rauch sein und jenes Reich und dann auch seine Länder verloren gehen [2]).

In der That ging der Auflösungsprozeß in Ungarn gerade in den nächsten Jahren noch rascher vorwärts [3]).

Unter dem ersten Eindrucke des Verlustes von Belgrad votierte der Reichstag von Geistlichen und Adeligen, Bürgern und Bauern Steuern in einer Höhe, daß man damit ein ungeheueres Heer gegen die Türken hätte erhalten können. Als

1) Janssen II, 257 ff. 262 ff. 328. Baumgarten II, 184 ff. 212 ff.

2) Schreiben an den Kaiser vom 18. Dezember 1523 in „Quellen und Forschungen“, S. 104.

3) S. darüber besonders die Berichte des venetianischen Geschäftsträgers Vincenzo Guidoto vom Dezember 1523 bis in den Sommer 1525 und dessen Finalrelation mit anderen Aktenstücken mitgeteilt von Firnhaber a. a. O., S. 105—138, und in Mag. tört. tár XXV, wie die Berichte des päpstlichen Legaten Kardinal Campeggio und des Gesandten Baron von Burgio vom August 1524 bis nach der Schlacht bei Mohács: „Relationes oratorum pontificiorum“ als 2. Serie der „Mon. Vaticana hist. regni Hung. illustr.“, wie die Verarbeitung dieses und anderweitigen Materials von W. Fraknói, Ungarn vor der Schlacht bei Mohács. Aus dem Ungarischen von J. H. Schwicker (Budapest 1886).

aber das Feuer der Begeisterung und des Patriotismus verraucht war, wurden diese Abgaben, die in der That fast unerschwinglich gewesen wären, entweder gar nicht gezahlt, oder verschwanden in den Taschen der Einnehmer. Man beschloß Gesetze zur Organisierung der Wehrkraft und zur Beseitigung mancher Mißbräuche in der Verwaltung. Aber trotz aller Strafbestimmungen führte man sie nicht aus. Die Kluft zwischen dem niedern Adel, der von den besten Gesinnungen erfüllt, aber ein unbewußtes Werkzeug in den Händen Zapolyas und seiner Freunde war, und zwischen den Magnaten und Bischöfen wurde immer größer und der König nicht imstande, sich beide Parteien unterzuordnen.

Denn Ludwig II., der Ende 1521 dem Namen nach selbst die Regierung übernahm, war in mancher Beziehung nur zu sehr seinem Vater ähnlich. Er war fast ebenso gutmütig und unselbständig wie dieser und konnte niemandem etwas abschlagen, war auch von seinen Erziehern in die Regierungsgeschäfte gar nicht eingeweiht worden. Die Königin, Maria von Österreich, mit der er im Januar 1522 seine Hochzeit feierte und die auf ihren Gemahl sehr großen Einfluß erlangte, hatte zwar einen viel männlicheren Geist als dieser. Aber sie war doch noch zu jung und unerfahren, um den Staat leiten zu können. Auch war das junge Herrscherpaar, der König infolge seiner Erziehung, die Königin infolge ihres lebhaften Naturells, recht vergnügungssüchtig, liebte Schmausereien, Tänze, Turniere und andere Unterhaltungen, die Geld kosteten und von ernsteren Beschäftigungen abzogen. Da mit Maria auch manche Deutsche an den Hof gekommen waren und jetzt außer Georg von Brandenburg auch der kaiserliche Gesandte, zuerst Andrea da Burgo, dann seit 1523 der weniger uneigennützige Johann Schnaitpeckh, beim Könige und der Königin viel galt, so wurde der Haß der Ungarn gegen die Deutschen noch mehr gesteigert. Der Markgraf wurde auch endlich in den Hindergrund gedrängt durch den Kanzler Ladislaus Szalkay, den Sohn eines Schusters, der nach dem Tode Szakmárys im Frühjahr 1524 Erzbischof von Gran ward, obwohl er sich bisher noch nicht

einmal zum Priester hatte weihen lassen. Szalkay benutzte den Haß der Ungarn gegen das auch in Ungarn, besonders bei den Deutschen, um sich greifende Luthertum, dem Georg zuneigte, um diesem den festen Boden unter den Füßen wegzuziehen. Er bildete nun, nachdem er auch Schnaitpeckh in sein Interesse gezogen hatte, mit dem Judex Curiä Ambrosius Sárkány und dem Erlauer Bischof Paul Várday, die ihm unbedingt ergeben waren, ein Triumvirat, „das Gnaden, Recht, Ehren und Bistümer verkaufte" und Ungarn thatsächlich beherrschte [1]).

Als Ludwig nach mehr als einjähriger Abwesenheit in Böhmen im April 1523 nach Ungarn zurückkam, erhob der Reichstag, auf dem die Anhänger Zapolyas das Übergewicht hatten, gegen den Palatin Stephan Báthory und dessen Bruder Andreas wegen Unterschlagung von Geldern, Prägung schlechter Münzen, Einverständnisses mit den Türken die heftigsten Anklagen, die gewiß falsch oder wenigstens übertrieben waren, und verlangte vom König dessen Absetzung, widrigenfalls er mit Verweigerung jeder Kriegshilfe drohte. Es blieb demselben nichts übrig, als Báthory vorübergehend seiner Würde zu entsetzen, ohne einen anderen an dessen Stelle wählen zu lassen.

Im Jahre 1524 wagte der König den Reichstag gar nicht einzuberufen, worauf Zapolya und einige andere Große sich mit dem Plane trugen, eigenmächtig einen solchen zu veranlassen, um durch diesen dem Könige einen Gubernator an die Seite zu geben, alle Deutschen vom Hofe zu verjagen und der Geldverschwendung ein Ende zu machen. Schon fanden in verschiedenen Komitaten Privatversammlungen statt. Um diesen Umtrieben die Spitze abzubrechen, schrieb endlich doch der König einen Reichstag auf den 8. September nach Ofen aus. Gleichzeitig forderte er aber heimlich den böhmischen Landtag auf,

1) Die eingehendste Darlegung in der Depesche des päpstlichen Nuntius Antonius da Burgio vom 13. April 1525 l. c. p. 158sqq. Vgl. die Relationen der venetianischen Gesandten bei Firnhaber, S. 73f. 80. 135.

ihm 5—6000 Mann zuhilfe zu schicken, was dann in Ungarn einen großen Sturm hervorrief. Die Opposition donnerte gegen den Eigennutz und die Willkür der Magnaten und den Einfluß der Fremden und war auch darüber entrüstet, daß Stephan Báthory in die Würde eines Palatins wieder eingesetzt wurde. Die Hofpartei machte es Zapolya und dem Temeser Grafen Peter Perényi zum Vorwurfe, daß sie es unterlassen hatten die von den Türken bedrängte Festung Severin zu entsetzen, die als das letzte Bollwerk des Reiches an der untern Donau angesehen worden war. Ihre Absetzung unterblieb nur in der Erwartung, daß sie selbst ihre Ämter niederlegten, was aber nur Perényi that.

Zum Reichstage des Jahres 1525 fanden sich die Adeligen am 10. Mai bewaffnet auf dem Rákos ein. Sie tobten gegen den Palatin, der den Verlust Belgrads verschuldet, gegen den Primas, der die Ausführung der früheren Reichstagsbeschlüsse hintertrieben habe und als Sohn eines Schusters den Adel hasse, gegen die schlechte Münze, gegen den Schatzmeister Emerich Szerencsés, einen getauften Juden, gegen die deutschen Höflinge. Binnen fünf Tagen sollten diese vertrieben, der Gesandte des Kaisers und Venedigs, als einer mit den Türken befreundeten Macht, entfernt, Szerencsés verbrannt, der Staatsrat umgestaltet und durch Mitglieder des Adels ergänzt werden. Eine Deputation von 60 Mitgliedern verlangte vom Könige die Erfüllung dieser Forderungen. Als dieser teilweise eine ausweichende Antwort gab, beschlossen sie, daß der ganze Adel, die Reicheren persönlich, von den Unbemittelteren Vertreter, bei Strafe des Landesverrates am 24. Juni bewaffnet in Hatvan, nordöstlich von Pest, sich einfinden sollte, um für die Interessen des Reiches zu sorgen.

Vergebens verbanden sich nun die Bischöfe und die vornehmsten Magnaten zur gegenseitigen Unterstützung. Vergebens untersagte der König die Hatvaner Versammlung. Es zeigte sich bald, daß die Bewegung nicht aufzuhalten sein würde.

Da faßte der schlaue Graner Erzbischof den Plan, den Sturm, der ihn nicht am wenigsten bedrohte, dadurch von sich

abzulenken, daß er den Hof bewog, mit Zapolya und der Adelspartei sich zu vertragen und denselben die anderen Gegner zu opfern. Er gewann für diesen Gedanken zunächst die Königin, die bei der steigenden Not des Reiches ernster wurde und maßgebenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte zu erlangen suchte, und durch diese auch ihren unselbständigen Gemahl. Er einigte sich dann mit Zapolya und dem geistigen Haupte der Adelspartei, Stephan Verböczy, indem er diesem Einführung von Reformen, jenem materielle Vorteile, namentlich die Güter des reichen Ujlaky zusagte, welche demselben einst zugesichert, aber nach Ujlakys kinderlosem Tode, als der Krone heimgefallen, von der Regierung vorenthalten worden waren. Zugleich suchte man auf die Stimmung des Adels dadurch einzuwirken, daß der Hof einen Teil seiner deutschen Beamten entließ und den kaiserlichen Gesandten und Georg von Brandenburg aus dem Lande schickte.

Trotz der Warnungen der Magnaten begab sich nun der König mit den obersten Würdenträgern und deren Gefolge, bei 3000 Mann, am 2. Juli nach Hatvan, wo 7000 bewaffnete Adelige sich eingefunden hatten. Der König wurde mit Ehrfurcht empfangen. Dagegen verlangte Verböczy als Wortführer des Adels die Entfernung der ungetreuen Räte, die an allen Übeln schuld seien, und deren Ersetzung durch Patrioten und die Versammlung zollte seinen Worten stürmischen Beifall. Báthory und Sárkány, die sich zu rechtfertigen versuchten, wurden mit Geschrei und Vorwürfen empfangen, so daß sie in der Nacht aus Hatvan entflohen. Vergebens erklärte es der König für eine Ungerechtigkeit, daß man jemandem ohne Untersuchung und Rechtsspruch sein Amt entziehe. Der Adel blieb bei seiner Forderung, rief Verböczy als Palatin aus und verteilte zugleich die anderen Reichsämter unter die ihm sympathischesten Magnaten. Diesen Eingriff in die Rechte der Krone wies zwar der König zurück. Dagegen bestätigte er die Wahl Verböczys zum Palatin und versprach auch eine neue Besetzung der Landesämter, die Aufnahme von Mitgliedern des niedern Adels in den Staatsrat und die Erfüllung anderer Wünsche der Versammlung.

Der Adel und mit ihm Zapolya, der an Macht und Einfluß selbst den König übertraf, hatten ihren Zweck erreicht, die Verwaltung des Reiches lag in den Händen der „Patrioten".

Allein der neue Palatin war ein kenntnisreicher Jurist und gewandter Volksredner, aber keine Persönlichkeit von Thatkraft und staatsmännischen Fähigkeiten. Für die Besserung der finanziellen Lage und für die Sicherung des Reiches gegen die Türken geschah jetzt noch weniger als früher. Von der Steuer, welche die Hatvaner Versammlung bewilligt hatte, wurde nicht einmal die Hälfte eingezahlt. Der König, der schon sein Silberzeug an die Juden verpfändet hatte, konnte kaum die notwendigsten Bedürfnisse seiner Tafel decken und bekam mit Mühe einige Gulden zu leihen.

Die Grenzfestungen wurden vernachlässigt; die Besatzungstruppen und die Tschaikisten, welche die untere Donau bewachten, liefen teilweise davon, weil sie nie einen Sold erhielten; von den Kommandanten entsagte einer nach dem andern seiner Stellung, um nicht für den sicheren Verlust des ihm anvertrauten Platzes büßen zu müssen. Der König und die Staatsräte machten sich gegenseitig Vorwürfe und schoben einander die Verantwortlichkeit für die traurigen Zustände des Reiches zu.

Der Haß der Parteien war durch die Vorgänge in Hatvan nur noch gesteigert worden. Schon in der ersten Sitzung des neuen Staatsrates (am 11. Juli 1525) hatte Báthory, der sich noch immer als rechtmäßigen Palatin betrachtete, seinen Platz zur Rechten des Königs wieder einzunehmen gesucht. Verböczy behauptete zunächst seine Stellung und suchte sich durch eine enge Verbindung mit Zapolya, dem Graner Erzbischof und dem neuen Schatzmeister Johann Dóczy zu stärken. Andererseits schloß auch Báthory mit befreundeten Magnaten und vornehmen Edelleuten eine Konföderation, die schon Ende Juli aus zweihundert Mitgliedern bestand. Der charakterlose und selbstsüchtige Erzbischof von Gran stand auch mit dieser Partei in geheimen Beziehungen. Auch der König wartete nur

auf eine Gelegenheit, um die Verfügungen, die ihm in Hatvan abgezwungen worden waren, wieder umzustoßen. Als ihm die Partei Báthorys durch den früheren Schatzmeister Alexius Thurzó die Wiederherstellung der königlichen Gewalt im früheren Umfange in Aussicht stellte, schloß er sich, auch von der Königin dazu ermuntert, unbedingt derselben an und verband sich mit ihr zum Sturze des gegenwärtigen Systems.

Die Konföderierten [1]) suchten den mittleren Adel, der auf den überwiegenden Einfluß des Kleinadels eifersüchtig war, für sich zu gewinnen und nahmen auch viele vermögenslose Edelleute in ihren Dienst, um sich beim künftigen Reichstage das Übergewicht zu sichern. Mit zahlreichem bewaffneten Gefolge von Adeligen und Bauern, Báthory allein mit 500 Reitern, kamen die Magnaten am 24. April 1526 nach Ofen. Paul Artándi, früher eines der Häupter der Adelspartei, der seiner Gesinnung untreu geworden, war ihr Wortführer.

Auch um Verböczy hatten sich viele Freunde und Gesinnungsgenossen geschart. Aber der mächtigste Mann dieser Partei, Johann Zapolya, ließ ihn im Stich und blieb dem Reichstage fern, weil der oberste Gerichtshof unter Verböczys Vorsitze in der Streitsache wegen der Güter Ujlakys gegen ihn zugunsten der Krone entschieden hatte.

Das Verlangen Báthorys, daß ihm die ungesetzlicherweise entzogene Würde des Palatins wieder zurückgestellt werde, wurde vom Reichstage mit Beifall aufgenommen. Verböczy gab daher sein Amt in die Hände des Königs zurück und floh, für sein Leben fürchtend, mit seinem Schwiegervater und Parteigenossen, Michael Zoby, bei Nacht aus Ofen auf sein Gut im Sohler Komitat. Aber damit begnügten sich der Hof und die siegreichen Magnaten nicht. Der König erklärte Verböczy als Verführer des Volkes für abgesetzt. Der Reichstag sprach über ihn und Zoby als Hochverräter und Friedensstörer die Acht

1) Man nannte sie die kalandos, weil sie in der Regel am 1. jedes Monats (calendae) ihre Zusammenkünfte hielten. Übrigens heißt kalandos auch Abenteurer.

aus und verfügte die Einziehung ihrer Güter. Báthory erhielt wieder die Palatinswürde, und es ward verfügt, daß diese fortan lebenslänglich sein sollte. Die Beschlüsse der Hatvaner Versammlung wurden für ungültig erklärt und dem Könige in Beziehung auf die Verwaltung, die Ernennung seiner Räte und Beamten und die Sorge für die Landesverteidigung unbeschränkte Gewalt zugesprochen. Doch geschah dies nicht aus einem tieferen politischen Prinzip, sondern, wie der Sprecher der Stände dem Könige ausdrücklich erklärte, um beim Eintreten eines Unglücks die Verantwortung von sich abwälzen zu können. Auch durften die Magnaten nicht fürchten, daß ihr Einfluß dabei zu kurz käme. Von einem Könige, der Angesichts des drohenden Untergangs des Reiches ruhig bis Mittag schlief, war nicht zu erwarten, daß er eine autokratische Herrschaft einführen würde.

Während Ungarn von inneren Parteikämpfen zerrissen wurde, hatte Suleiman die Lücken, welche der Kampf um Rhodus in die Reihen seines Heeres gerissen, ausgefüllt und den Aufstand des Statthalters von Ägypten niedergeschlagen. Die ungarische Regierung hatte es versäumt, diese Zeit ebenso wie Polen zum Abschlusse eines längeren Waffenstillstandes zu benutzen, den der Sultan angeboten hatte, obwohl ihm freilich damit nicht ernst gewesen ist. Ende März 1526 erhielt man von verschiedenen Seiten die sichersten Nachrichten, daß Suleiman in diesem Jahre einen Feldzug gegen Ungarn unternehmen werde. Aber man horchte immer wieder gläubig auf jedes Gerücht, das hoffen ließ, daß man von einem Angriffe verschont bleiben würde. Auch als die Meldung kam, daß der Sultan am 23. April von Konstantinopel gegen Norden aufgebrochen sei, wurden noch keine ernstlichen Gegenmaßregeln ergriffen. Der Staatsrat, der, wenn der König ausgeschlafen hatte, nachmittags sich versammelte, ging am Abend auseinander, ohne etwas beschlossen zu haben. Die Steuerrückstände waren nicht einzutreiben, das Kirchensilber, wovon die Hälfte für den heiligen Krieg verwendet werden sollte, wurde den königlichen Kommissären nur nach langem Sträuben überliefert und konnte

nicht schnell in bares Geld verwandelt werden. Es fehlte daher an allem, an Schiffen, an Geschützen, an Lebensmitteln, vor allem an Geld, um Truppen anzuwerben und die notwendigen Anschaffungen zu machen. Die Vorschüsse, welche der zum Schatzmeister ernannte Alexius Thurzó aus seinen Privatmitteln machte, reichten in keiner Weise aus.

Die auswärtigen Mächte blieben gegen alle Gesuche des ungarischen Königs um Unterstützung taub. Ferdinand von Österreich, der die Sache Ungarns als seine eigene ansehen mußte, war durch die Aufstände der Bauern verhindert, ein größeres Heer für Ungarn aufzustellen. Nur der Papst, der schon früher den Ungarn einiges Geld geschickt hatte, sendete neuerdings 50000 Dukaten, die der Nuntius Baron Burgio zur Anwerbung von Truppen verwendete.

Die Böhmen wurden dringend um Beistand ersucht. Aber Lew von Rosental, nur an sein Privatinteresse denkend, schob die Berufung des Landtags, ohne den er nichts thun lassen wollte, bis in den Juli hinaus und brach auch dann so spät auf und marschierte so langsam, daß er zu spät kam [1]).

Auch in Ungarn folgte man dem Aufrufe des Königs, welcher einer alten Sitte gemäß in allen Komitaten ein blutiges Schwert herumtragen ließ, nur langsam oder gar nicht. Die Adeligen erklärten, wenn der König nicht selbst ins Feld zöge, hätten sie keine Verpflichtung, auszurücken. Die kroatischen Großen, die Zrinyi, die Frangepane, die Grafen von Corbavien u. s. w., hatten die Hoffnung, von Ungarn Hilfe gegen die Türken zu erhalten, bereits seit Jahren aufgegeben und waren in immer engere Verbindung mit dem Erzherzoge Ferdinand getreten, der ihnen im Interesse seiner eigenen Länder ihre Schlösser verteidigen half. Im Februar 1526 hatten die Stände Kroatiens ihr Land förmlich unter den Schutz des Erzherzogs gestellt. Im Einverständnisse mit der österreichischen Regierung beschlossen jetzt die Kroaten trotz des Widerspruchs des Niklas Jurisich, sich auf die Verteidigung ihrer Heimat

1) Palacky V, 2, 569 ff.

zu beschränken und dem Aufgebote des Königs keine Folge zu leisten.

Obwohl das türkische Heer auf dem Marsche von Thracien an die Donau infolge heftiger Regengüsse nur langsam vorwärts kam und der Sultan erst am 2. Juli in Belgrad eintraf, so hatte man in Ungarn noch immer nicht so viele Truppen aufgebracht, daß man den Feinden den Übergang über die Save hätte streitig machen können. Wären diese rasch gegen Ofen marschiert, so würden sie sich des Reiches ohne ernstlichen Widerstand bemächtigt haben. Doch war ein kühnes Vordringen damals den Türken fremd. Der Großwesir Ibrahim und der Pascha von Belgrad griffen zunächst am 9. Juli mit der Vorhut, 35—40000 Mann, das befestigte Peterwardein an, das eine Besatzung von 1000 Fußsoldaten, die Hälfte päpstliche Soldtruppen, hatte. Diese Schar, unter Führung des Georg Alapi, verteidigte diesen Platz mit äußerster Tapferkeit, schlug mehrere Stürme ab und hielt sich selbst noch, als schon ein Teil der Mauern zusammengeschossen war. Erst als am 28. Juli auffliegende Minen eine neue breite Bresche geöffnet hatten, gelang der Sturm. Die ganze Besatzung bis auf 90 Mann, die sich in einen festen Turm zurückgezogen hatten und freien Abzug erhielten, fand den Heldentod.

Durch die tapfere Verteidigung Peterwardeins hatte Ungarn eine neue Gnadenfrist erhalten. Aber sie ward nicht mit solchem Eifer benutzt, wie die Gefahr es erfordert hätte. Als der König, dem Drängen des Adels nachgebend, am 20. Juli aus Ofen nach Süden aufbrach, begleiteten ihn nicht einmal 4000 Mann. Auch jetzt fanden sich die Magnaten und Bischöfe mit ihren Banderien und die Adeligen aus den Komitaten sehr langsam in Tolna ein, das zum Sammelplatze des Heeres bestimmt war. Der König wollte einen Teil seiner Streitkräfte unter Anführung des Palatins Báthory gegen Essek schicken, um den Türken den Übergang über die Drau zu wehren. Aber die Großen und die Adeligen erklärten, nach ihren Privilegien seien sie nur mit dem Könige selbst gegen

den Feind zu ziehen verpflichtet. Damit sie nicht ihre eigene Feigheit durch den König decken könnten, wie derselbe ihnen ins Gesicht sagte, befahl dieser am 14. August selbst den Aufbruch gegen die Drau.

Schon stand man in der Nähe des Feindes, und man hatte weder ein beträchtliches Heer noch einen Oberfeldherrn. Graf Niklas Salm, der sich in den Kriegen Österreichs gegen Venedig und die Bauern hervorgethan, hatte unter Hinweisung auf seine schwache Gesundheit abgelehnt. Graf Christoph Frangepane, der im Juni 1525 mit 6- bis 7000 Mann das von den Türken schon aufs äußerste gebrachte Jaicza entsetzt und verproviantiert hatte, aber dann, weil er keine Belohnung erhielt, nach einem heftigen Auftritte mit dem Graner Erzbischof den Hof verlassen hatte, war dem an ihm ergangenen Rufe ebenso wenig gefolgt. Von den Ungarn war der Palatin kränklich und unbeliebt, Zapolya noch fern, da er infolge widersprechender Befehle lange nicht gewußt hatte, ob er zum Könige ziehen oder durch die Walachei in Bulgarien einbrechen sollte. Jetzt wurde Paul Tomory zum Obergeneral bestellt, der sich einst als tapferen und tüchtigen Führer im kleinen Kriege bewiesen hatte, dann in den Minoritenorden getreten war und seit 1523 als Erzbischof von Calocsa mit Eifer und Umsicht die Verteidigung des südlichen Ungarn gegen die Türken geleitet hatte, aber freilich ohne Erfahrung zur Führung eines größeren Heeres war. Georg Zapolya wurde ihm an die Seite gegeben, bis dessen Bruder, der Woywode von Siebenbürgen, ankäme.

Tomory eilte nun mit etwa 10000 Reitern gegen die Drau, um den Übergang der Feinde über diesen Fluß zu hindern, erhielt aber bald die Nachricht, daß ein bedeutender Teil derselben diesen bereits bei Essek überschritten habe. Der König und seine Räte waren nun der Meinung, man solle sich nach Ofen oder einem andern festen Platze zurückziehen, bis Zapolya mit den Siebenbürgern, Christoph Frangepane mit den endlich in Bewegung gesetzten Kroaten und die Truppen, die von den böhmischen Ländern her auf dem Marsche waren,

angekommen wären. Aber die adeligen Krieger, denen Tomory die Frage vorlegte, als wenn man nicht im Angesichte eines übermächtigen Feindes, sondern auf dem Rákos gewesen wäre, verachteten in ihrem Übermute die Türken, deren Heer großenteils aus unkriegerischem und unbewaffnetem Gesindel bestehe, schimpften über die feigen Pfaffen und verlangten, daß der König sie in die Schlacht führe. Selbst Tomory wurde von diesem übergroßen Selbstvertrauen angesteckt, obwohl er auf die Frage des Königs zugab, daß der Sultan wenigstens 70000 tüchtige Soldaten und 300 Geschütze bei sich habe, die Ungarn aber nur 20000 Mann hätten, unter denen auch eine Schar Böhmen unter dem Grafen Schlick und 4000 vom päpstlichen Nuntius geworbene Mährer und Polen waren. Da ein Wortführer der Soldaten neuerdings gegen die Verschiebung des Kampfes sich aussprach und ein Rückzug bei der Nähe des Feindes und der großen Zahl seiner schnellen Reiterei auch nicht ohne Gefahr schien, so beschloß man, in der Ebene südlich von Mohács stehen zu bleiben und eine Schlacht zu wagen.

In den nächsten Tagen kamen noch verschiedene Verstärkungen namentlich aus Slavonien unter dem Ban Franz Batthyányi und dem Agramer Bischofe Simon Erdödy, auch 9 Kanonen, die aus Wien gesendet worden waren. Aber auch jetzt betrug die Zahl der Ungarn höchstens 28000 Mann [1]). Trotzdem wurden alle Vorsichtsmaßregeln unterlassen, auch kein Versuch gemacht, den Aufmarsch des türkischen Heeres zu stören.

Am Nachmittag des 29. August griff der Sultan die Ungarn an, nachdem er sie schon mehrere Stunden durch einen Teil

1) Der damalige Kanzler Stephan Brodarics, Bischof von Syrmien, der für die Vorgänge seit dem Aufbruche aus Ofen, die Schlacht bei Mohács und die nächstfolgenden Ereignisse unsere wichtigste Quelle ist (abgedruckt als Anhang zu Bonfinius in dessen Hanauer Ausgabe von 1606 und auch bei Katona XIX, 616sqq. zu den betreffenden Abschnitten) sagt 24000 bis 25000 Mann. Aber seine Angaben über die Zahl der in den letzten Tagen eintreffenden Truppen ergiebt obige Zahl, wenn die Ungarn schon früher 20000 Mann stark waren.

seiner Reiterei beunruhigt hatte. Anfangs warfen die Ungarn die Feinde zurück, und kühn drangen sie in deren Reihen ein, bis sie unmittelbar vor den Geschützen standen. Der Wirkung derselben und der Überzahl der Feinde, die von allen Seiten auf sie eindrangen, vermochten sie nicht lange standzuhalten. Nach anderthalb Stunden war ihr Heer vernichtet. Der größte Teil, darunter die Erzbischöfe von Gran und Calocsa, fünf Bischöfe, Georg Zapolya, Johann Drághfy, der gegenwärtige, und Ambros Sárkány, der frühere Oberstlandrichter und mehrere andere Magnaten, 500 vornehme und sehr viele geringere Edelleute bedeckten das Schlachtfeld. 1500 Gefangene ließ der Sultan am folgenden Tage enthaupten. Nur einige tausend Mann retteten sich durch die Flucht. Auch der König war glücklich entkommen. Aber beim Übersetzen eines sonst unbedeutenden, damals aber stark angeschwollenen Baches überschlug sich sein Pferd und begrub ihn im Sumpfe, aus dem der schwer bewaffnete und abgemattete Fürst sich nicht mehr zu retten vermochte.

Nach der Vernichtung des ungarischen Heeres lag Ungarn wehrlos zu Suleimans Füßen. Zwar stand Zapolya mit 15000 bis 20000 Mann [1]) bei Szegedin. Aber wie er seinen Marsch von Siebenbürgen her keineswegs so beschleunigt hatte, wie der König ihm befohlen, so sah er auch jetzt den Geschicken seines Vaterlandes unthätig zu. Für die Beschuldigung, daß er schon früher mit dem Sultan geheime Einverständnisse unterhalten habe, fehlt es zwar an jedem stichhaltigen Beweise. Doch zeigte es sich, daß er wohl den Ehrgeiz aber nicht die Kraft und den Mut habe, Ungarn vom Untergange zu retten.

Ohne den geringsten Widerstand drang Suleiman nach Ofen vor, das die Königin und die reicheren Bürger mit ihrer

1) So viel betrug die Streitmacht Zapolyas nach einem Schreiben Ferdinands I. an seine Tante Margareta vom 24. November (Mon. Hung. hist. Diplom. I, 46). Die gewöhnlich angegebene Zahl 40000 ist jedenfalls übertrieben.

besten Habe verlassen hatten. An die Verteidigung der Stadt oder wenigstens der Burg dachte niemand. Am 10. September zog der Sultan in Ungarns Hauptstadt ein, die einige Tage darauf von seinen Horden großenteils eingeäschert wurde. Auch die übrigen Ortschaften von der Drau bis zum Plattensee und bis gegen Raab, mit Ausnahme einiger Plätze, wie der Burgen von Fünfkirchen, Gran und Vissegrád und der Städte Stuhlweissenburg, Totis und Komorn wurden ausgeraubt und verbrannt, zahllose Menschen erschlagen. Später traf das Gebiet zwischen Pest und der Theiß dasselbe Los. Auf 200 000 schätzt der damalige Reichskanzler, Bischof Brodarics die Zahl der Personen, die in Ungarn hingeschlachtet oder als Sklaven hinweggeführt worden sind. Der ganze Feldzug erhielt überhaupt den Charakter eines bloßen Raubzuges, da Suleiman, der auf die Nachricht von Aufständen in Kleinasien und wegen der Nähe des Winters Ende September den Rückzug antrat, in Ofen und den andern eroberten Plätzen außerhalb Syrmiens nicht einmal Besatzungen zurückließ. Auf die Entscheidung der ungarischen Erbfolgefrage nahm der Sultan gar keinen Einfluß.

Elftes Kapitel.

Die Wahl Ferdinands von Österreich zum Könige von Böhmen und Ungarn.

Der Erzherzog Ferdinand war gerade im Begriffe, seinem Bruder gegen den Papst, Venedig und andere italienische Staaten, wie gegen den König von Frankreich von Tirol aus eine ansehnliche Truppenmacht zuhilfe zu führen, als am 9. September die sichere Nachricht vom Tode seines Schwagers,

des Königs Ludwig von Böhmen und Ungarn, eintraf. Dies gab seiner Politik, die sich bisher hauptsächlich für die Vorgänge im südlichen und westlichen Europa interessiert hatte, eine ganz neue Richtung. Jetzt sah er es für seine Aufgabe an, die Ideen zu verwirklichen, für welche schon sein Großvater und Urgroßvater den Boden sorgfältig vorbereitet hatten, und die Ansprüche seines Hauses auf die verwaisten Reiche geltend zu machen. Denn, wenn er auch anfangs über die in früherer Zeit geschlossenen Verträge im einzelnen nicht genau unterrichtet war, so hegte er doch die sichere Überzeugung, daß sein eigenes Recht oder das seiner Gemahlin Anna, der Schwester Ludwigs, so fest begründet sei, daß es nicht ernstlich angefochten werden könne.

Bezüglich Böhmens [1]) stützte Ferdinand das Recht seiner Gemahlin auf die Abstammung derselben vom vorletzten Könige Wladislaw, sein eigenes auf die verschiedenen Erbverträge, welche die Habsburger mit den böhmischen Herrschern geschlossen hatten. Auf letzteren Punkt legte er indessen bald selbst kein großes Gewicht mehr, da man trotz alles Nachforschens nur die Urkunden über die in den Jahren 1364 und 1366 zwischen den Häusern Habsburg und Luxemburg abgeschlossene Erbverbrüderung fand. Diese konnten aber unmöglich für die Erbfolge nach dem Erlöschen des Mannsstammes der böhmischen Jagellonen maßgebend sein. Im Gegenteil hatten die Habs-

1) Fast gleichzeitig erschienen über die böhmische Königswahl die Arbeiten von O. Gluth, Die Wahl Ferdinands I. zum König von Böhmen 1526, in „Mitth. d. Vereins f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen" XV, 198—230 und 271—302, und A. Rezek, Gesch. der Regierung Ferdinands I. in Böhmen. I. Ferdinands I. Wahl und Regierungsantritt (Prag 1878), die beide auch schon das Material benutzen konnten, das dann Gindely, Die böhmischen Landtagsverhandlungen und Landtagsbeschlüsse vom Jahre 1526 bis auf die Neuzeit, 1. Bd., 1877 (leider teilweise nur čechisch) herausgegeben hat. Gluth hat die entscheidenden Gesichtspunkte, besonders staatsrechtlicher Natur, klarer hervorgehoben, schließt aber mit der Wahl selbst, während Rezek auch noch die Verhandlungen bis nach der Krönung und die Anerkennung Ferdinands in den Nebenländern schildert.

burger selbst stillschweigend auf ihre früher erworbenen Ansprüche verzichtet, indem sie die von den Böhmen nach dem Tode des Ladislaus Postumus gewählten Könige Georg und Wladislaw anerkannten. Nur in allgemeinen Ausdrücken hat der Erzherzog auch später noch auf die „Verträge" hingewiesen.

Um so entschiedener dagegen hielt Ferdinand am Erbrechte seiner Gemahlin fest, welches in der That nach den böhmischen Staatsgrundgesetzen gar nicht angefochten werden konnte. Denn die mit Zustimmung der böhmischen Großen getroffene Verfügung Karls IV. von 1348 wie die goldene Bulle von 1356 hatten ja das Wahlrecht der Böhmen ausdrücklich auf den Fall beschränkt, daß vom königlichen Stamme auch kein weiblicher Sprößling mehr vorhanden wäre, und dieses Gesetz war, wenn auch wiederholt verletzt, doch nie aufgehoben worden. Auch hatte der König Wladislaw noch im Jahre 1510 durch einen Majestätsbrief seine Tochter Anna, die jetzige Gemahlin Ferdinands von Österreich, als rechte und legitime Erbin von Böhmen erklärt, wenn sein Sohn Ludwig ohne Erben mit Tod abginge.

Aus dem Erbrechte seiner Gemahlin glaubte der Erzherzog nach dem Herkommen aber auch ein Recht für sich selbst ableiten zu dürfen, da Johann von Luxemburg und Albrecht V. von Österreich infolge ihrer Vermählung mit böhmischen Prinzessinnen Könige von Böhmen geworden waren. Eine feierliche Gesandtschaft, welche er in der zweiten Hälfte des September nach Böhmen schicken wollte, sollte daher dem Landesverweser Karl von Münsterberg erklären, daß Land und Leute nach Erbrecht wie nach dem Inhalt einiger Verträge an den Erzherzog und dessen Gemahlin gefallen seien und daß es diesem zustehe, dieselben für sich und seine Gemahlin in seine Hände zu bringen, zu regieren und zu beschirmen. Ja um seiner Überzeugung deutlich Ausdruck zu geben, beabsichtigte Ferdinand sogar die Annahme des böhmischen Königstitels, ein Plan, dessen Ausführung von den verhängnisvollsten Folgen hätte sein können.

Denn bei den meisten maßgebenden Persönlichkeiten in Böhmen herrschte die Ansicht, daß im Falle des Erlöschens der männlichen Linie des Herrscherhauses die Stände das Recht hätten, eine freie Wahl vorzunehmen, wie dies auch 1458 und 1471 geschehen war. Im Falle einer Wahl konnte man ja auch dem neuen Könige beliebige Bedingungen vorschreiben, man konnte die Übermacht der Stände, oder eigentlich des hohen Adels, gesetzlich begründen und den Zuständen, wie sie sich unter den beiden letzten Königen thatsächlich entwickelt hatten, eine verfassungsmäßige Grundlage verschaffen. Der hervorragendste Vertreter der ständischen Partei war der Oberstburggraf von Prag, Zdenko Lew von Rosental oder Rožmital, ein herrschsüchtiger und eigennütziger Mann und starrer Aristokrat, der aber trotzdem nicht bloß auf den hohen Adel, sondern auch auf einen Teil der Ritter und Städte, besonders Prag, einen bedeutenden Einfluß ausübte. Eine Versammlung der obersten Landesbeamten, welche der Landesverweser auf die Nachricht vom Tode des Königs nach Prag berief und der auch einige andere Herren und Ritter beiwohnten, beschloß um die Mitte des September, auf den 5. Oktober den Landtag zur Königswahl einzuberufen. Bezüglich der Person des zu Wählenden standen sich schon hier zwei Parteien gegenüber. Die einen wollten keinen einheimischen, ihnen gleichen Herrn, die anderen keinen der böhmischen Sprache Unkundigen zum Könige, und in jeder Partei wurden wieder mehrere Kandidaten genannt. Gegen Ferdinand machte man besonders seine spanische Abkunft geltend, seine Unkenntnis der böhmischen Sprache und Landesordnung, die beim Antritte seiner Regierung in Österreich an den Tag gelegte Strenge und seine absolutistischen Tendenzen wie die Gefahr, daß unter ihm seine Schwester, die bei der böhmischen Aristokratie wenig beliebt war, sich wieder in die Regierungsgeschäfte einmischen würde. Man unterließ auch nicht, wohl besonders mit Rücksicht auf die Bestrebungen des Erzherzogs Ferdinand, in der Einladung zum Landtage auf den Artikel der Landesordnung hinzuweisen, wonach jeder verpflichtet war, gegen den zu Felde zu ziehen, welcher sich mit

Gewalt in den Besitz des Königsreiches setzen wollte. Ja, man ordnete schon jetzt die Kriegsbereitschaft an, falls jemand „gegen die Ordnung, die Rechte und die Freiheit des Landes in dasselbe einfiele, um es zu beherrschen".

Mehrere Fürsten gaben sich auch Mühe, ihre Wahl zum böhmischen Könige durchzusetzen, besonders Sigismund von Polen, der sich auf seine Verwandtschaft mit den letzten Königen stützte, der Sohn des Kurfürsten Johann von Sachsen und die Herzoge Wilhelm und Ludwig von Baiern, deren Kandidatur besonders durch die Herren von Riesenberg-Schwihau und von Schwamberg und, soweit sie dazu diente, die des Erzherzogs Ferdinand zu erschweren, auch durch Lew von Rosental unterstützt wurde. Außerdem wurden, allerdings meist ohne stichhaltigen Grund, der König von Frankreich, der Herzog Georg von Sachsen, der Sohn des Kurfürsten von Brandenburg, der Herzog Karl von Münsterberg und Lew von Rosental als Kandidaten genannt.

Für den Erzherzog Ferdinand waren anfangs nur der oberste Kanzler Adam von Neuhaus, Rosentals Schwiegersohn aber sein politischer Gegner, und die mächtigen Herren von Rosenberg, welche mit dem Oberstburggrafen wegen eines Erbschaftsprozesses zerfallen waren. Es bedurfte daher großer Klugheit und Gewandtheit, um die Anerkennung oder auch nur die Wahl desselben durchzusetzen. Seine Anhänger, denen sich bald auch die Herren von Schlick, die Pflug von Rabenstein und einige andere anschlossen, rieten daher auch den Gesandten, welche Ferdinand zum Landtage nach Böhmen geschickt hatte, sie möchten bei ihrer Werbung das Hauptgewicht nicht auf das Erbrecht und die Verträge legen, sondern diese nur nebenbei erwähnen und die Liebe und nachbarliche Zuneigung des Erzherzogs in den Vordergrund stellen. Da die Gesandten von ihrem Herrn lange keine weiteren Instruktionen erhielten, so setzten sie die Verhandlungen auf eigene Verantwortlichkeit, aber mit großer Geschicklichkeit fort. Doch stand ihren Bemühungen der Mangel an genügenden Vollmachten hindernd im Wege, da die baierischen Agenten Zahlung der hohen Landesschulden

und bedeutende Summen für verschiedene Adelige, besonders Rosental, in Aussicht stellten und alle schwankenden Elemente durch den Anschluß an die österreichische Partei wenigstens nicht schlechter gestellt sein wollten als durch die Wahl eines Herzogs von Baiern.

Als am 6. Oktober der Landtag zusammentrat, standen nur noch zwei Kandidaturen ernstlich aufrecht, die Ferdinands von Österreich und die der Wittelsbacher; alle anderen Bewerber hatten keine nennenswerten Anhänger gefunden. Lew von Rosental hätte am liebsten die Wahl eines Königs vertagt und einen Gubernator wählen lassen, indem er hoffte, daß diese Würde ihm zufallen und ihm dadurch der Weg zum Throne gebahnt werden würde.

Erzherzog Ferdinand hatte vor den Herzogen von Baiern vorzüglich das voraus, daß er bereits eine feierliche Gesandtschaft in Prag hatte, während jene mit der Absendung einer solchen zu lange gezögert hatten. Die österreichischen Gesandten brachten schon in der ersten eigentlichen Sitzung des Landtags, am 8. Oktober, ihre Werbung vor, wobei sie ihre Instruktionen, welche nicht die „Wahl", sondern die „Annahme" Ferdinands forderten, mit den ihnen erteilten Ratschlägen möglichst zu vereinigen suchten. Ihr Sprecher, Hans von Starhemberg, erinnerte daran, daß nach Ludwigs Tode kein näherer Verwandter und Erbe seiner Königreiche und Gebiete vorhanden sei als der Erzherzog und seine Gemahlin mit Rücksicht auf die Verträge, Schwägerschaft und nächste Blutsverwandtschaft; dieselben hofften daher billig, vor anderen Zutritt zu diesem Königreiche zu haben. Der Erzherzog sei aber überzeugt, daß, wenn er auch nicht die nächste Verwandte der letzten Könige zur Gemahlin hätte, die Stände doch die besondere Liebe und Zuneigung desselben, wie weiland Kaiser Maximilians, die Nachbarschaft der Länder, dessen königliche Abstammung und die im Falle der Not von seinem Bruder, dem Kaiser, zu erwartende Hilfe bedenken würden. Daher, schloß Starhemberg, sei es des Erzherzogs und seiner Gemahlin fleißiges Ansinnen, Bitten und Begehren, daß die Stände sie zu rechten Herren,

König und Königin, sich gefallen lassen und annehmen möchten. Dagegen erbieten auch diese sich, die Regierung so zu führen, daß jeder bei seinen Rechten und die Krone bei ihren Ehren bleibe, alle Stände und Personen bei ihren Freiheiten zu schirmen und die Staatsschulden mit Beirat der Stände ohne Beschwerung der Landschaft zu bezahlen.

Während die österreichischen Gesandten in erster Linie auch jetzt das Erbrecht Ferdinands und seiner Gemahlin betont und das Wort „Wahl" sorgfältig vermieden hatten, beschlossen die Stände auf Antrag des Oberstlandschreibers vor allem ihre Landesprivilegien prüfen zu lassen. Es bot dies auch Gelegenheit, eine Entscheidung hinauszuschieben, was sowohl der baierischen Partei erwünscht war, weil noch immer keine feierliche Gesandtschaft angekommen war, als auch dem Oberstburggrafen, der die Wahl so lange zu verzögern suchte, bis die meist auf österreichischer Seite stehenden Ritter und städtischen Abgeordneten wegen der Kosten, die ein längerer Aufenthalt in Prag erforderte, den Landtag verlassen hätten.

Diese Absicht wurde zwar vom Kanzler und den übrigen Anhängern Ferdinands, denen sich auch die vorgeschrittenen Utraquisten und die böhmischen Brüder anschlossen, vereitelt. Aber inbezug auf die Rechtsfrage zeigte sich der Landtag den Anschauungen Ferdinands nicht günstig. Ein von ihm gewählter Ausschuß sprach sich am 12. Oktober dahin aus, daß die Stände den König frei wählen könnten. Denn die Gemahlin Ferdinands sei des Erbrechtes verlustig geworden, weil sie schon bei Lebzeiten ihres Vaters ausgestattet und dann verheiratet worden sei [1]); Ludwig habe weder männliche noch weibliche Nachkommen

1) Wenn Rezek, S. 53f., diesen Ausspruch mit Hinweisung auf das slavische Privatrecht rechtfertigt, so kann ich mich ihm nicht anschließen, da ich auch zu den „Klüglern" gehöre, „die da meinen, solche Bestimmungen des Privatrechtes ließen sich nicht auf das Staatsrecht übertragen". Jedenfalls hätten sich die Stände dann nicht auf die Urkunde von 1348 berufen dürfen. Daß sie selbst die Schwäche ihrer Rechtsanschauung fühlten, beweist der Umstand, daß sie nach der Wahl Ferdinands bei diesem auf eine „Erläuterung" der Urkunde Karls IV. in ihrem Sinne hinarbeiteten.

hinterlassen; jedes Erbrecht gehe aber nur vor sich und nicht zurück d. h. gehe nur auf direkte Nachkommen nicht auf Seitenverwandte über. In diesem Sinne wurde auch die Urkunde von 1348 gedeutet, obwohl diese ganz allgemein von weiblichen Gliedern des regierenden Hauses spricht. Daß der Ausschuß nebenbei die Phrase einfließen ließ, er wolle niemandem etwas ab- oder zusprechen, änderte nichts an der schwer wiegenden Thatsache, daß den Ständen für diesmal das Recht der freien Königswahl zuerkannt wurde. Der Landtag schloß sich stillschweigend den Ausführungen des Ausschusses an.

Die österreichischen Gesandten verkannten die Tragweite dieses Beschlusses nicht, nahmen aber mit großer Gewandtheit Stellung zu demselben. Schon am folgenden Tage erschienen sie im Landtage und gaben die Erklärung ab, sie hätten geglaubt, daß keine freie Wahl notwendig wäre und daß die Stände auf ihr Ansuchen den Erzherzog und seine Gemahlin zu Königen annehmen würden. Wenn aber dies nicht geschehe, so sprachen sie, „ihres gnädigen Herrn Recht vorbehalten", die Hoffnung aus, daß die Stände mit Rücksicht auf die übrigen für Ferdinand sprechenden Gründe denselben vor anderen zu dieser Krone kommen lassen würden. Zugleich unterließen sie nichts, um die böhmischen Großen einzeln zu gewinnen. Besonders Johann Mrakschy von Naskau, Pfleger von Drosendorf, der gewandteste und rührigste von allen, entfaltete eine außerordentliche Thätigkeit.

Während sich nun der Landtag über eine Reihe von Artikeln einigte, die man dem zu wählenden Könige zur Sanktion vorlegen wollte, aber dann ohne weiteres als Gesetz in die Landtafel eintragen ließ, kam endlich auch die baierische Gesandtschaft an, die sich in offizieller Form um die Wahl eines der beiden Herzoge bewarb. Jetzt hatte auch die baierische Partei, die bisher der Vornahme der Wahl mit allen Mitteln entgegengearbeitet hatte, kein Interesse mehr, eine Entscheidung hinauszuschieben.

Am 20. Oktober wurde vom Landtage ein Ausschuß von 24 Mitgliedern, je acht aus jedem Stande, gewählt, um eine

Vorwahl zu treffen und den am tauglichsten Befundenen den Ständen vorzuschlagen. Es war entscheidend, daß es noch im letzten Augenblicke gelang, den noch immer einflußreichen Lew von Rosental durch verschiedene Zusicherungen besonders finanzieller Natur für den Erzherzog zu gewinnen, gegen dessen Wahl nun in der Kommission niemand mehr Schwierigkeiten erhob. Um im Landtage selbst auf keinen Widerspruch zu stoßen und Erörterungen zu vermeiden, welche besonders für jene unangenehm hätten sein können, die wie Lew ihre Partei gewechselt hatten, stellte der Ausschuß den Antrag, daß jene Person, über die er sich geeinigt hätte, als König ausgerufen werden sollte. Nachdem der Landtag zugestimmt hatte, wurde Erzherzog Ferdinand am 23. Oktober vom Ausschusse einstimmig gewählt und am folgenden Tage zur großen Überraschung der baierischen Gesandten, die noch bis zum letzten Augenblick auf einen günstigen Ausgang gehofft hatten, als König proklamiert.

Ende November ging eine böhmische Gesandtschaft, aus je sechs Vertretern der drei Stände bestehend, nach Wien ab, um dem Erzherzoge seine Wahl zum Könige zu melden und ihm die vom Landtage beschlossenen Artikel zur Bestätigung vorlegen.

Es waren einzelne sehr weitgehende Forderungen, welche die Stände darin aufgestellt hatten. Es sollte z. B. bei Lebzeiten des Königs niemand, auch nicht sein Erbe, zum Nachfolger gewählt, der König nie gekrönt werden, ehe er den Krönungs-Eid geleistet und den Ständen ihre Rechte und Freiheiten bestätigt hätte. Kein Landesbeamter sollte ohne rechtliche Erkenntnis der übrigen Beamten, Landesrechtsbeisitzer und königlichen Räte seines Amtes entsetzt werden. Der König sollte seinen Hof für gewöhnlich in Böhmen haben, wenn er aber zeitweilig das Land verlassen müßte, die Regierung nur Eingeborenen, und zwar nur nach Rat des böhmischen Landtags, anvertraut werden. In böhmischen Angelegenheiten sollte der König nur böhmische Räte oder solche aus den Nebenländern zuziehen, zu Ausfertigungen derselben sich nur der böhmischen Kanzlei bedienen und die Ämter in Böhmen und den dazu ge-

hörigen Ländern ausschließlich mit geborenen Böhmen besetzen. Gegen die beiden Glaubensbekenntnisse der Katholiken und Utraquisten sollte sich der König nach den zwischen den Ständen getroffenen Vereinbarungen gleich gerecht verhalten.

Auch dies genügte den Ständen noch nicht. Die Deputierten sollten auch noch die Ausstellung eigener Majestätsbriefe erwirken, daß Ferdinand die böhmischen Nebenländer als König von Böhmen regieren und gegen die Ansprüche Ungarns sichern würde, und daß die Stände ihn aus freiem Willen gemäß ihren Freiheiten, nicht aber infolge einer Verpflichtung zum Könige gewählt hätten. Auch die goldene Bulle Karls IV. über die Königswahl sollte der König im Sinne der Stände dahin erläutern, daß nur männliche Nachkommen oder eine unverheiratete Tochter des letzten Königs ein Erbrecht hätte.

Ferdinand sah wohl ein, wie gefährlich einige der vom Landtage aufgestellten Artikel, namentlich das Verbot der Wahl und Krönung eines Königs bei Lebzeiten des regierenden Fürsten und die Beschränkung des Landesherrn in Beziehung auf die Entfernung der einmal ernannten Beamten, für die Gewalt der Krone werden könnten. Letzteres mußte den Einfluß der Herren, die gegenwärtig im Besitze der Landesämter waren, verewigen, ersteres dem Landtage Gelegenheit geben, bei jeder neuen Königswahl dem Erben des Verstorbenen neue Bedingungen vorzuschreiben und die Macht der Stände auf Kosten des Königs zu erweitern. Er gab zwar ohne Anstand die Erklärung ab, daß die Stände ihn freiwillig zum Könige gewählt hätten, und stellte die gewünschte Versicherung wegen der Zugehörigkeit der Nebenländer zur böhmischen Krone aus. Aber weder zur verlangten Erläuterung der goldenen Bulle Karls IV. noch zur Bestätigung der einzelnen vom Landtage angenommenen Artikel ließ er sich herbei. Da infolge dessen die Deputation mit ihrer Abreise drohte, sah er sich doch genötigt, eine wenigstens teilweise entgegenkommende Haltung einzunehmen, um nicht noch im letzten Augenblicke die Krone zu verlieren. In einer Urkunde vom 13. Dezember versprach er, den Prager Kompaktaten volle Gültigkeit zu verschaffen und auch mit dem Papste

über deren Bestätigung zu verhandeln, die böhmischen Stände bei ihren Rechten und Freiheiten zu schützen, Ausländer weder zu Landes- oder Hofämtern, noch zu geistlichen oder städtischen Würden zuzulassen oder mit solchen die böhmischen Schlösser und Städte zu besetzen, auch keine zur böhmischen Krone gehörigen Länder oder Güter derselben zu entfremden. Dies waren Punkte, die schon König Wladislaw bei seiner Wahl bewilligt und später auch dessen Sohn bestätigt hatte. Dagegen lehnte Ferdinand die Bestätigung des neuen Gesetzentwurfes auch jetzt ab und ließ den Deputierten durch den Trientner Bischof Bernhard von Cles erklären, daß er über die Nachlassung einzelner Artikel, die ihm beschwerlich, dem Königreiche und den Ständen aber ohne Nutzen seien, nach seiner Ankunft in Böhmen mit dem Landtage verhandeln werde.

Die Unzufriedenheit, welche diese Festigkeit Ferdinands bei den böhmischen Oligarchen hervorrief, wollten die Anhänger Baierns, denen sich auch Lew von Rosental vorübergehend wieder anschloß, zur Hinausschiebung der Krönung benutzen, um für weitere Umtriebe Zeit zu gewinnen. Der baierische Kanzler Leonhard Eck reichte bereitwillig seine Hand dazu und sprach sogar die Hoffnung aus, daß, wenn der Papst und die Venetianer über den Kaiser den Sieg erlangten, nicht bloß dieser aus Italien verdrängt, sondern auch der Erzherzog aus den deutschen Ländern verjagt werden könnte [1]). Doch vereitelte Ferdinand diese Pläne durch seine schnelle Reise nach Prag, wo er am 24. Februar 1527 zum Könige gekrönt würde.

Vor und nach der Krönung unterhandelte der König mit den böhmischen Ständen über die Zurücknahme oder Modifikation einiger jener Forderungen, die sie in der Wahlkapitulation gestellt hatten. Da es auch unter den Böhmen eine Partei gab, welche gegen eine weitere Schwächung der königlichen Gewalt war, und andere Große durch Nachgiebigkeit die Gunst des neuen Herrschers gewinnen wollten, so hatten die Be-

1) Böhmische Landtagsverhandlungen I, 191—195.

mühungen Ferdinands gerade in den wichtigsten Punkten Erfolg. Die Stände gaben die Erklärung ab, daß, wenn der König einen volljährigen Erben hätte, dieser auch bei Lebzeiten seines Vaters gekrönt werden könne. Bei der Ersetzung untauglicher Landesbeamten sollte der König nicht an die Zustimmung, sondern nur an die Einholung des Rates der übrigen Beamten, Räte und Landrechtsbeisitzer gebunden sein. Auch bezüglich der Forderung, daß zur Entscheidung böhmischer Angelegenheiten nur böhmische Räte beigezogen werden sollten, gingen die Stände auf die Anschauungen des Königs ein, der dies als unzweckmäßig bezeichnete, weil viele Angelegenheiten, wie die Verwaltung der Bergwerke und Regalien und der Finanzen überhaupt, in Böhmen und den anderen Ländern ganz gleicher Natur wären und daher auch am besten gemeinschaftlich verwaltet würden, wobei oft auch Fremde guten Rat erteilen könnten. Gegen den Einfluß fremder Räte in finanziellen Angelegenheiten wurde keine weitere Einwendung erhoben.

War Ferdinand trotz der Ansprüche seiner Gemahlin thatsächlich doch nur durch Wahl König von Böhmen geworden, so kam in den Nebenländern, welche auch über die Ausschließung ihrer Vertreter von der Königswahl sehr unzufrieden waren, eine ganz andere Anschauung zur Geltung. Die Stände von Mähren gaben schon Anfangs November die Erklärung ab, daß die Königin Anna eine rechte und geborene Erbin der Markgrafschaft sei, weil sie ihrem Vater und dessen Erben den Eid der Unterthänigkeit geleistet hätten, und daß sie daher die Königin und nach ihr deren Gemahl als Herrn annehmen. Auch die Stände von Schlesien nahmen Anfangs Dezember beide Majestäten zu Erbkönig und Königin an. Ähnlich lautete die Äußerung der Stände der Lausitz [1]).

Daß Ferdinand, wenn auch nur durch die Wahl der Stände, in Böhmen so rasch und auf friedlichem Wege zur Krone ge-

1) Die Akten über die Vorgänge in den Nebenländern in „Die böhmischen Landtagsverhandlungen“ I, 89—118. Vgl. Rezek, S. 72ff.

langte, war von größter Bedeutung. Einmal handelte es sich bei der böhmischen Königswahl um die ganze Stellung des Hauses Habsburg in Deutschland. Wäre namentlich einer der Herzoge von Baiern gewählt worden, welche damals die Hauptvertreter der antikaiserlichen Fürstenpolitik waren, so wäre der Einfluß der Habsburger auf das höchste bedroht gewesen, wahrscheinlich hätte sich in Zukunft auch die Kaiserwürde nicht behaupten lassen. Ohne die Kräfte Böhmens hätte Ferdinand aber auch seine Wahl zum ungarischen Könige schwerlich durchzusetzen vermocht, mit Böhmen wäre wahrscheinlich auch Ungarn verloren gewesen. In Prag wurden also damals nicht bloß die Geschicke Österreichs, sondern auch die Europas entschieden.

Viel größere Schwierigkeiten machte die Geltendmachung der Ansprüche des Hauses Habsburg auf Ungarn [1]), obwohl dieselben unbestreitbar waren.

Über die rechtliche Grundlage derselben war sich der Erzherzog Ferdinand anfangs freilich auch hier nicht klar. Er glaubte infolge seiner Vermählung mit der Tochter des Königs Wladislaw II. zu einer einfachen Besitzergreifung des ungarischen Reiches schreiten zu können. Aber wenn auch die Anjous als weibliche Seitenverwandte der Arpaden auf den ungarischen Thron gekommen und dann die Töchter Ludwigs I. und Sigmunds wie deren Gatten als Herrscher anerkannt worden waren,

1) Das sehr ins Detail gehende gründliche Werk von Jászay P., A magyar nemzet napjai a mohácsi vész után (Die Tage der ungarischen Nation nach dem Verderben bei Mohács, Pest 1846), auf welchem die Darstellung der Ereignisse bis zum Beginn des Jahres 1527 bei den neueren ungarischen Historikern, wie Graf Mailáth, Gesch. der Magyaren, 2. Aufl. III, 1 ff. Feßler-Klein III, 399 ff. u. s. w., im wesentlichen beruht, war mir leider nicht zugänglich. Ich stütze mich hauptsächlich einerseits auf die von Fraknói V., Monumenta comitialia regni Hungariae 1. T. herausgegebenen Aktenstücke und auf dessen wertvolle Einleitungen dazu, anderseits auf die Darstellung von St. Smolka, Ferdinand I. Bemühungen um die Krone von Ungarn, Wien 1878 (Arch. f. österr. Gesch. LVII, 1—172), der das schon von Jászay benützte Wiener Staatsarchiv noch sorgfältiger ausgebeutet und das gedruckte Material sehr fleißig benützt hat.

so hatte doch der ungarische Reichstag nach dem Tode Ladislaus des Nachgeborenen ein Erbrecht der Schwestern derselben nicht mehr anerkannt und einen König gewählt. In Ungarn gab es auch kein Reichsgesetz, auf das sich Ferdinand zugunsten seiner Gemahlin hätte berufen können. Im Gegenteile hatten die zwischen Österreich und Ungarn in den Jahren 1463 und 1491 geschlossenen Verträge die weiblichen Glieder geradezu von der Erbfolge ausgeschlossen, indem sie den Habsburgern schon beim Mangel männlicher Nachkommen des Königs die Nachfolge zusicherten. Diese Verträge mußte Ferdinand für das Maßgebende ansehen. Denn wenn auch die Bestimmungen des Friedens von 1463 durch die späteren Kriege zwischen Matthias und dem Kaiser Friedrich beseitigt sein mochten, so sprach doch auch der Presburger Friede von 1491, der 1506 erneuert worden war, den Nachkommen des Kaisers Max, welchen von ihnen die Stände wählen würden, ein Recht auf die ungarische Krone zu.

Aber die Rechtsfrage war für den Gang der Ereignisse in Ungarn ebenso wenig entscheidend wie in Böhmen. Auch in Ungarn beanspruchte man allgemein für die Stände das Recht, einen neuen König zu wählen. Die zugunsten der Habsburger sprechende Bestimmung des Friedens von Presburg, erklärte man, sei ohne Rechtskraft, weil die Stände dazu nicht ihre Zustimmung gegeben hätten. Der Erzherzog konnte leider diese Behauptung nicht widerlegen, da die wichtigste Urkunde, welche die Annahme dieses Vertragsartikels durch die ungarischen Landstände enthielt, 1493 vom Könige Maximilian dem Rate von Augsburg zur Aufbewahrung übergeben worden und vollständig in Vergessenheit geraten war [1]). Ferdinand sah auch bald ein, daß nicht Gründe des Rechtes, sondern nur materielle Mittel zum Ziele führen könnten, und er bedachte sich auch nicht, dieselben anzuwenden.

Die zwei Parteien, welche sich unter den beiden letzten Königen gebildet hatten, die Hofpartei oder die Partei der

1) Firnhaber im „Arch. f. K. österr. Geschichtsq." III, 381 f.

Magnaten, und die Oppositionspartei unter Führung Zapolyas, bestanden auch jetzt noch fort. Jene, deren vornehmstes Glied jetzt der Palatin Stephan Báthory war, schloß sich an die verwitwete Königin Maria, die Schwester Ferdinands, an, die sich vor den Türken nach Presburg geflüchtet hatte. Die Gegenpartei hielt schon um die Mitte des Oktober eine Versammlung in Tokaj, einer Besitzung Zapolyas, wohin der Erlauer Bischof Paul Várday Magnaten, Adelige und Vertreter der Städte aus den näher liegenden Landesteilen berufen hatte. Die Zahl der Erschienenen war nicht groß; von den Bischöfen war nur Paul von Erlau, von den Magnaten außer Zapolya der Temeser Graf Peter Perényi, Befehlshaber in Niederungarn, der Reichsschatzmeister Johann Dóczy und einige andere, von städtischen Vertretern nur solche aus Oberungarn oder vielleicht gar nur die von Kaschau anwesend [1]), aber mehrere Adelige, die sich schon in früheren Parteikämpfen als eifrige Anhänger Zapolyas bewiesen hatten. Die Wahl des Woywoden, der nach der Vernichtung des königlichen Heeres mit seinen Truppen thatsächlich Herr von Ungarn war, obwohl er zur Verteidigung desselben nicht das Geringste gethan hatte, stand bei den meisten Mitgliedern der Versammlung wohl von vornherein fest, und es bedurfte nicht der Beredsamkeit Verböczys, um die Gemüter für diesen Plan zu gewinnen. Man glaubte, daß sich durch dessen Vermählung mit der Königinwitwe Maria auch ein Ausgleich mit Ferdinand erzielen lassen würde. Aber Zapolya förmlich zum Könige auszurufen, wagte man doch nicht, da der größte Teil des Reiches in Tokaj gar nicht vertreten war und die Versammlung doch eigentlich nur einen privaten Charakter hatte. Die Anwesenden beriefen daher zum

1) Daß im Einladungsschreiben zum Reichstag vom 17. Oktober in Mon. comitialia I, 10, der nach Aufzählung der Magnaten und Adeligen noch beigefügte Passus: „ceterique universi nobiles et pociores superiorum et inferiorum parcium regni, item oratores nobilium Siculorum et Saxonum regni Transsylvani necnon Cassoviensis et aliarum liberarum civitatum parcium superiorum" nicht wörtlich zu nehmen sei, ist mir nicht zweifelhaft.

Zwecke der Königswahl auf den 5. November einen Reichstag nach Stuhlweissenburg, indem zugleich erklärt ward, daß alle Nichterscheinenden als Landesverräter bestraft werden würden.

Daß die Zwischenzeit eifrig benutzt wurde, um für Zapolya neue Anhänger zu gewinnen und alles, was zugunsten desselben sprechen konnte, in das günstigste Licht zu stellen, ist selbstverständlich. Dessen ungeachtet war der Reichstag in Stuhlweissenburg nicht sehr zahlreich besucht. Selbst Adelige waren nur aus den benachbarten Komitaten, und auch diese nicht in großer Zahl gekommen. Nur von den Bischöfen war der größere Teil anwesend. Die Magnaten tagten in der Stadt, die Adeligen außerhalb derselben. Man betonte in beiden Versammlungen vor allem den Beschluß des ungarischen Reichstages vom Jahre 1505, daß nie mehr ein Ausländer, sondern nur ein geborener Ungar zum Könige gewählt werden sollte. Am meisten trat aber die Abneigung gegen die Deutschen zutage. Das Ergebnis stand von vornherein fest. Am 10. November wurde Johann Zapolya als König ausgerufen. Einer der Gesandten Ferdinands von Österreich, der in der Versammlung des Adels zu reden versuchte, wurde schon nach den ersten Worten von Verböczy, der auch hier die erste Rolle spielte, unterbrochen. Die aufgeregten Adeligen drangen mit den Waffen auf ihn ein; er mußte froh sein, daß er mit dem Leben davon kam.

Am folgenden Tage fand die Krönung statt. Da die beiden Erzbischöfe von Gran und Calocsa bei Mohács den Tod gefunden hatten, so wurde sie vom ältesten der anwesenden Bischöfe, Stephan Podmaniczky von Neitra, vorgenommen. Vom Könige wurde dann Paul Várday zum Erzbischofe von Gran, Verböczy zum Kanzler, Perényi, der neben Zapolya Kronhüter gewesen war, zum Woywoden von Siebenbürgen ernannt. Die Herrschaft Zapolyas schien fest begründet. Siebenbürgen und fast ganz Ungarn mit der Hauptstadt Ofen waren in seinen Händen. Auch die Stimmung der europäischen Mächte war ihm günstig, da der größte Teil derselben damals

mit dem Kaiser verfeindet war. Von den Königen von Frankreich und England, vom Papste, von den Venetianern und von den Herzogen von Baiern wurde er als König anerkannt; von Frankreich und Baiern erhielt er Ermunterungen oder gar Hilfsversprechungen [1]).

Dessenungeachtet gab Ferdinand, der unterdessen bereits zum Könige von Böhmen gewählt worden war, auch in Ungarn seine Sache nicht verloren. Seine Hauptstütze war seine Schwester Maria, die ohne Rücksicht auf ihr eigenes Interesse, nur das Wohl ihres Hauses ins Auge fassend, in jeder Weise für ihn thätig war und auch Zapolyas Antrag, sie zu heiraten, entschieden zurückwies. Sie war es auch, welche die Unterhandlungen mit den ungarischen Großen vorzüglich leitete. Aber die Zahl ihrer Anhänger war anfangs nicht groß, da gerade die Reihen der Hofpartei durch die Katastrophe von Mohács stark gelichtet worden waren. Doch war es von großer Wichtigkeit, daß der Palatin Stephan Báthory auch jetzt der österreichischen Partei sich anschloß, weil er nach der ungarischen Verfassung der Stellvertreter des Königs war und nur er das Recht hatte, in gesetzlicher Weise einen Reichstag einzuberufen.

Als Zapolya und seine Freunde die ungarischen Stände nach Stuhlweissenburg geladen hatten, schrieben auch die Königin und der Palatin um den 19. Oktober einen Reichstag auf den 25. November nach Komorn aus. Das Einberufungsschreiben wurde auf den 9. Oktober zurückdatiert [2]), um es als früher erlassen darzustellen als die Ladung Zapolyas. Doch war in demselben als Gegenstand der Beratung nicht die Königswahl sondern nur das Wohl und die Verteidigung des Reiches bezeichnet, weil Ferdinand den Anschauungen der Wiener Hofräte entsprechend nach der Wahl Zapolyas noch entschiedener als früher daran festhalten zu müssen glaubte, daß er ein Recht

1) Smolka, S. 117 ff. Feßler-Klein III, 413 ff. Vgl. Janssen III, 13 ff. (13. Aufl.).

2) Dies kann nach den Darlegungen Smolkas, S. 74 ff., der das zuerst erkannt hat, keinem Zweifel unterliegen.

auf den ungarischen Thron habe, und er daher den Ständen ein Wahlrecht nicht zuerkennen wollte.

Der Reichstag trat übrigens nicht in Komorn zusammen, das unterdessen in Zapolyas Hände gefallen war, sondern in Presburg und zwar erst im Dezember.

Unterdessen wurde alles gethan, um die Zahl der Anhänger Ferdinands zu vergrößern. Dieser versprach allen, die durch den Beitritt zur österreichischen Partei Verluste erleiden würden, spätestens binnen zwei Jahren Ersatz derselben und sagte ihnen auch zu, daß er sie bei der Vergebung geistlicher und weltlicher Ämter anderen vorziehen würde. Mehreren Herren, vor allem dem Palatin und dem Ban von Kroatien, Franz Batthyányi, wurden auch bedeutende Geldzahlungen in Aussicht gestellt, teilweise freilich für die Verpflichtung, im Dienste Ferdinands Truppen zu unterhalten. Als weiterer Köder wurden die Besitzungen der Anhänger Zapolyas hingestellt, die eingezogen werden sollten. Im allgemeinen versprach Ferdinand, alle Stände Ungarns bei ihren Freiheiten, Gesetzen und Einrichtungen zu erhalten und zu schützen, die Bestimmungen der goldenen Bulle Andreas II. zu beobachten, Ausländer nicht in den ungarischen Rat aufzunehmen und ihnen keine Ämter oder kirchlichen Würden zu verleihen. Auch gab er trotz der Betonung seines Rechtes auf Ungarn jetzt die Erklärung ab, daß er nur „mit Wissen und Willen der Stände zum Könige angenommen werden wolle", wies also die Vornahme einer Wahl wenigstens nicht unbedingt zurück.

Dessenungeachtet wurde der Reichstag nicht zahlreich besucht, aus den entfernteren Landesteilen wohl auch deswegen nicht, weil dieselben in der Gewalt Zapolyas und seiner Freunde waren und weil man sich dort durch offenes Auftreten zugunsten Ferdinands den größten Gefahren ausgesetzt hätte. Außer Báthory und Batthyányi waren von hervorragenden Persönlichkeiten nur die Bischöfe Szalaházy von Veszprim und Brodarics von Syrmien, Ludwigs II. Kanzler, der Oberstschenk Alexius Thurzó und ein paar andere Magnaten und und Pröpste anwesend. Um eine größere Zahl von Adeligen

wenigstens aus der Umgebung zusammenzubringen, wurde die Eröffnung des Reichstags bis zum 16. Dezember verschoben.

Schon am ersten Tage ging man zur Verhandlung der Thronfrage über. Alle Gründe, welche für Ferdinand und gegen Zapolya sprachen, wurden mit großer Geschicklichkeit hervorgehoben, wobei die Rollen entsprechend verteilt worden waren. Der Palatin erklärte nach einer lebhaften Schilderung der traurigen Lage des Landes, daß, wenn je, Ungarn jetzt einen mächtigen Herrscher brauche, der imstande wäre, die verlorenen Grenzfestungen wiederzugewinnen und einen neuen Angriff der Türken abzuwehren, daß es aber unter den benachbarten Fürsten keinen gebe, der die Macht dazu hätte, als Ferdinand von Österreich. Das Haupt der österreichischen Gesandten, Christoph Rauber, Bischof von Laibach, gab im Namen seines Herrn die Erklärung ab, daß dieser für das Wohl Ungarns, für die Sicherstellung seiner Freiheiten, für die Herstellung seiner früheren Grenzen und für dessen Verteidigung gegen alle Feinde nicht bloß seine Macht und seine Habe, sondern auch die Hilfe des Kaisers, des Deutschen Reiches und aller Verwandten anbiete; er gab weiter den Ungarn zu bedenken, ob sie denn für sich allein kräftig genug wären, den Türken zu widerstehen, besonders wenn sie sich auch noch ihre Nachbarn, die Böhmen und ganz Deutschland zu Feinden machten, und ob namentlich Zapolya dies zu leisten imstande wäre, der bisher schon so viel Unglück über das Land gebracht habe; er betonte dann, daß Ferdinand, obwohl er vermöge der Verträge von 1463 und 1491 hätte ein Erbrecht geltend machen und mit den Waffen gegen den Usurpator auftreten können, doch alles nur von der Übereinstimmung, von der Wahl der Nation erwarte [1]),

1) So nach Fraknói in Mon. comitialia I, 49 (vgl. 51, N. 1) nach einer gleichzeitigen Aufzeichnung. Nach Smolka a. a. O., S. 68, hätte der Gesandte Ferdinands Recht viel schärfer betont und erklärt, Ferdinand hege nicht den geringsten Zweifel, daß die Versammlung ihn zum Könige annehmen würde, er würde aber auch sonst samt seinem Bruder sein evidentes Recht nicht fallen lassen können. Diese Erklärung würde allerdings der Instruktion K. Ferdinands entsprechen. Aber es ist

und widersprach endlich den ausgestreuten Gerüchten, daß Ferdinand die Freiheiten des Landes verletzen und die Ämter Ausländern übertragen würde. Die Räte der Königin Maria führten aus, wie oft in Ungarn schon ein König infolge der Vermählung mit einer Prinzessin der früheren Dynastie oder durch Verwandtschaft von weiblicher Seite auf den Thron gekommen sei, und warnte die Versammlung, sich den Kaiser und König von Böhmen zu Feinden zu machen, da dieser sein und seiner Gemahlin offenbares Recht nicht fallen lassen würde. Hierauf wurde nach den Auseinandersetzungen des gesetzeskundigen Palatinal-Protonar Franz Révay der Reichstag in Stuhlweissenburg mit allen seinen Beschlüssen für ungesetzlich erklärt, vor allem deswegen, weil er nicht vom Palatin, der allein dazu berechtigt gewesen wäre, ausgeschrieben worden sei, und alle Anhänger Zapolyas aufgefordet, ihn binnen vierzig Tagen zu verlassen. Am 17. Dezember wurde dann Ferdinand einstimmig zum Könige gewählt.

Wie die Ungarn selbst bei der Wahl des Königs nicht einig waren, so gingen auch die Nebenländer verschiedene Wege.

Am günstigsten war für Ferdinand die Stimmung in Kroatien, dessen Festungen schon seit mehreren Jahren durch österreichische Truppen unter Hans Katzianer und Nikolaus Jurisich besetzt und gegen die Türken geschützt wurden. Vertreter dieses Landes waren schon auf dem Reichstage in Presburg anwesend. Am 1. Januar 1527 wurde dann auch auf einem eigenen Landtage in Czettin, an dem der Bischof von Knin, Grafen von Corbavien, Zrinyi, Frangepan und Blagay und viele andere Magnaten und Adelige teilnahmen, Ferdinand mit seiner Gemahlin auf Grund der früheren Verträge und der Wahl zum ungarischen Könige „als wahrer, legitimer und

die Frage, ob nicht die Gesandten mit Rücksicht auf die Anschauungen der Ungarn eine mildere Form gewählt haben. Ein Auszug der Reden findet sich auch in einer für den englischen Gesandten verfaßten Denkschrift über die Rechte K. Ferdinands in Mon. Hung. Dipl. V, 98 sqq.

natürlicher König und Herr des Reiches Kroatien gewählt, anerkannt und angenommen" und ausdrücklich auch das Erbrecht seiner Nachkommen betont.

Im benachbarten Slavonien dagegen, worunter man damals die Komitate Agram, Kreuz und Warasdin verstand, herrschte von Anfang an eine große Antipathie gegen die Deutschen. Lieber als diesen unterthan sein, würde man sich den Türken ergeben, erklärten dort Adel und Volk [1]).

Christoph Frangepane, Graf von Zengg, Veglia und Modrus, welcher sich nach der Schlacht bei Mohács energisch der Verteidigung des Landes gegen die Türken annahm und dafür von den Adeligen Slavoniens und einiger benachbarter Komitate Ungarns zum Beschützer und Regenten ausgerufen ward, nahm wenigstens eine abwartende Stellung ein. Anfangs November begab er sich aber zur Königin Maria nach Presburg, wohin ihm sein Freund Simon Erdödy, Bischof von Agram, bereits vorausgegangen war. Doch verlangte er für sich die Stelle eines obersten Befehlshabers, für Erdödy das Erzbistum Gran. Als Ferdinand zögerte, auf seine Forderungen einzugehen, reiste der ehrgeizige Magnat gleich nach Stuhlweissenburg zu Zapolya, der ihm die gewünschte Stelle und die Würde eines Bans von Kroatien und Slavonien, wie seinem gleich unzuverlässigen Freunde Erdödy das reiche Bistum Erlau verlieh, nachdem er über Gran bereits verfügt hatte. Frangepan setzte es dann auf einem Landtage in Dombró am 8. Januar 1527 durch, daß die Stände Slavoniens sich mit dem Beschlusse des ungarischen Reichstages vom Jahre 1505 wegen der Ausschließung der Ausländer einverstanden erklärten und Johann Zapolya zum Könige wählten. Doch mußte Frangepan sich eidlich verpflichten, auf die Herstellung des Friedens zwischen den beiden Gegenkönigen hinzuwirken.

Ferdinands Lage war übrigens anfangs eine sehr ungünstige. Denn von Ungarn besaß er nichts als einen kleinen Streifen

1) Nach Schreiben Christophs Frangepans an Dandolo in Mon. comit. Hung. I, 75, N. 1.

an der Westgrenze mit den Städten Presburg, Altenburg und Oedenburg; ja selbst der Burg von Presburg war er nicht einmal Herr, da ihr Kommandant, der alte, auf den Tod kranke Johann Bornemisza, ihn zwar als König anerkannte, aber keine deutschen Truppen in dieselbe aufnahm. Seine ungarischen Anhänger waren teilweise von ihren Gütern ausgeschlossen und ihrer Einkünfte beraubt, so daß sie in Presburg mit ihren Dienern empfindlichen Mangel litten, da er ihnen die versprochenen Geldsummen teils nicht zahlen konnte, teils nicht zahlen wollte, weil er das Geld lieber für die Ausrüstung eines Heeres verwendete. Er selbst war fern von Ungarn, da er sich in Böhmen und seinen Nebenländern krönen und huldigen ließ. Die Stimmung seiner Anhänger war daher eine sehr bedenkliche. Mehrere wie der Kanzler Brodarics, Bischof von Syrmien, und der Prior von Vrana, Johann Tahy, später selbst der Ban Batthyányi traten zu seinen Gegnern über [1]).

Um so günstiger schien die Stellung Zapolyas. Ein Reichstag, den er auf den 17. März 1527 nach Ofen berief, war von den meisten Bischöfen, zahlreichen Magnaten und den Abgeordneten fast aller Komitate und Städte besucht. Er stellte wirklich eine Vertretung des ganzen Landes dar. Auch die Stimmung hätte sich Zapolya nicht besser wünschen können. Der zehnte Teil der beweglichen Habe aller Einwohner, auch der Prälaten und Magnaten, wurde ihm bewilligt. Zugleich wurde er aufgefordert, die Güter derjenigen, welche Ferdinand zum Könige von Ungarn ausgerufen hätten, wegzunehmen und seinen Getreuen zu übertragen. Ein rascher und kräftiger Angriff, zu dem Frangepan schon lange geraten hatte, würde die wenigen offenen Anhänger Ferdinands bald zur Unterwerfung oder zur Flucht aus dem Lande gezwungen haben.

1) Über die Lage in den nächsten Monaten nach der Wahl Ferdinands handelt eingehend Smolka, S. 77 ff. Vgl. auch die aus dem Frühjahr 1527 stammende Denkschrift für den König von Frankreich zugunsten Zapolyas in Mon. Hung. Dipl. V, 143 sqq.

Aber schon jetzt zeigte es sich, daß Zapolya seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen sei. Sein Mangel an Energie und klarer Einsicht in die Verhältnisse ließ bald auch die Zuneigung seiner eigenen Anhänger gegen ihn erkalten. Statt rasch wenigstens einige Truppen zu sammeln, bis er die Mittel zur Aufstellung einer größeren Macht erhielt, und mit diesen über seine Gegner herzufallen, ging er den König Sigismund von Polen, seinen Schwager, um seine Vermittelung zur Herbeiführung eines Ausgleichs mit dem Könige Ferdinand an und ließ sich am 14. April zu einer vom polnischen Kanzler mit diesem vereinbarten Waffenruhe bis zur Mitte des Juni herbei, die ihm, solange sein Rivale noch nicht zum Kampfe bereit war, Ferdinand und dessen Anhängern gegenüber die Hände band [1]). Die Unterhandlungen, die unter polnischer Vermittelung in der ersten Hälfte des Juni in Olmütz geführt wurden, blieben selbstverständlich erfolglos, da sich Ferdinand zu denselben überhaupt nur herbeigelassen hatte, um Zeit zu seinen Rüstungen zu gewinnen.

Eine Summe von 100000 Dukaten in Wechseln, die er im März von seinem Bruder erhielt, Subsidien, welche ihm die böhmischen Stände und die Landtage einzelner Erblande bewilligten, Darlehen, die man von den Fuggern und Anderen wie von der Stadt Breslau erhielt [2]), ermöglichten die Aufstellung eines Heeres, das zwar nicht zahlreich, aber tüchtig und gut ausgerüstet war. Auch die Herzoge Georg von Sachsen und Erich von Braunschweig hatten ihm Hilfstruppen geschickt. Die ganze Heeresmacht betrug 8000 Fußgänger und über 3000 auserlesene Reiter [3]). Den Oberbefehl hatte Ferdinand

1) Smolka, S. 131 ff.

2) Die Aufzählung der Summen bei Oberleitner, Österreichs Finanzen und Kriegswesen unter Ferdinand I. im „Archiv für österr. Geschq." XXII, 33. Vgl. böhmische Landtagsverhandlungen I, 287, und bezüglich der Steiermark Krones, Vorarbeiten, in „Beitr. z. K. steierm. Geschq." IV, 11 f.

3) Nach Angabe des Ursinus Velius, De bello Pannonico, ed. Kollar, p. 6, der selbst im Dienste Ferdinands den Feldzug mitgemacht

schon im Mai dem Markgrafen Kasimir von Brandenburg übertragen. Unter ihm kommandierten der Graf Niklas Salm d. ä., Hans Katzianer, der oberste Feldzeugmeister Leisser und andere in den Kriegen des Kaisers Maximilian erprobte Heerführer. Am 30. Juli ging Ferdinand selbst ins Lager bei Theben und Presburg ab; am 31. wurde er vom Palatin und seinen anderen Anhängern an der Spitze von 400 Reitern an der Grenze Ungarns empfangen und leistete den verlangten Eid auf die Gesetze und Freiheiten des ungarischen Reiches, namentlich die goldene Bulle Andreas II.

Zapolya traf dieser Angriff vollkommen unvorbereitet. Er hatte nicht einmal so viele Truppen zur Verfügung, um den Marsch seines Gegners irgendwie zu beunruhigen, geschweige denn aufzhalten. Auch alle Festungen an der Donau, Raab, Totis, Komorn, Gran, Vissegrád ergaben sich dem Könige Ferdinand. Nur Komorn und die Burg von Gran hatten überhaupt eine Verteidigung versucht, ohne daß ihre Mauern den glühenden Kugeln der gut bedienten Geschütze lange zu widerstehen vermochten. Auch mehrere der bisherigen Anhänger Zapolyas, darunter auch Batthyányi, fanden sich in seinem Lager ein. Schon am 23. August [1]) hielt Ferdinand in Ofen seinen Einzug, nachdem Zapolya dasselbe verlassen hatte.

und denselben, vielfach als Augenzeuge, beschrieben hat. Mit seiner Erzählung ist die übersichtliche Darstellung zu vergleichen, welche K. Ferdinand in einem Briefe an den König von England vom 22. August in Mon. Hung. Dipl. V, 166 sqq. giebt.

1) Sein Einberufungsschreiben zum Reichstage in Mon. comit. I, 148 ist zwar aus Ofen vom 20. August datiert, und dieser Tag wird allgemein als der seines Einzugs in Ofen angenommen. Aber sein in voriger Note erwähnter Brief an den König von England vom 22. Aug. ist noch in castris nostris ad civitatem nostram regiam Budensem infra Pest positis geschrieben und auch Urs. Velius, p. 19, sagt: pridie calendas Septembres, cum iam decimum diem rex Ferdinandus ante Budam in castris mansisset", was auf den 22. August als Tag der Ankunft hinweist. Der Einzug fand nach demselben (p. 15) am folgenden Morgen statt.

Die Verfolgung desselben wurde wegen der schweren Erkrankung des Markgrafen Kasimir dem Grafen Niklas Salm übertragen und zu diesem Zwecke 3000—4000 Fußgänger [1]), 1000 schwere deutsche und 1300 leichte Reiter mit 19 Geschützen unter sein Kommando gestellt, 700 Reiter später ihm nachgeschickt. Zapolya zog sich vor ihm bis Tokaj zurück, beschloß aber hier am 27. September vor Anbruch des Tages mit einem Teile seiner Truppen einen Überfall seines Lagers, den er mit seiner ganzen Macht zu unterstützen versprach.

Da der Angriff indessen Salm nicht unvorbereitet traf und die Ungarn große Verluste erlitten, so trat Zapolya den Rückweg über die Theiß an, der für seine Scharen um so verhängnisvoller ward, als er die Brücke, um sich vor den verfolgenden Feinden zu schützen, zu früh abbrechen ließ. Nicht weniger als 2000 Mann, ein Sechstel seines Heeres, und seine Artillerie hatte er hier eingebüßt. Er begab sich nun mit den Trümmern seines Heeres über Großwardein nach Siebenbürgen, um hier neue Kräfte zu sammeln. Aber auch hier war seine Stellung unterwühlt infolge der Bemühungen des Hermannstädters Georg Reicherstorffer, Sekretärs des Königs Ferdinand, der bereits Kronstadt auf seine Seite gebracht hatte und mit dem dort gesammelten Heere bald auch in Hermannstadt Aufnahme fand [2]). Die Sache Zapolyas stand um so verzweifelter, als am nämlichen Tage, an dem er die Niederlage bei Tokaj erlitt, sein thätigster und tüchtigster Anhänger Christoph Frangepan bei der Belagerung von Warasdin tödlich verwundet wurde und dann dessen Truppen auseinander liefen [3]).

Alle diese Erfolge Ferdinands konnten auf die Stimmung der Ungarn nicht ohne Eindruck bleiben. Auf dem Reichstage,

1) 3000 giebt Urs. Velius, p. 21; 4000 K. Ferdinand in Schreiben an seine Tante Margareta, worin er über den Sieg Salms eingehende Nachrichten giebt, in Mon. Hung. Dipl. I, 67 sqq.

2) Sein Bericht mitgeteilt von J. K. Schuller im „Archiv für K. österr. Geschq." XXI, 233 ff.

3) Joh. Zermegh ap. Schwandtner II, 388 sqq., der selbst in Frangepans Heer war. Vgl. Urs. Velius l. c., p. 25.

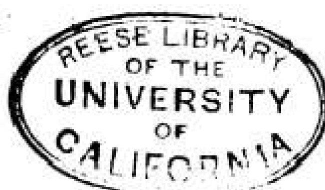
den er zum 29. September nach Ofen ausgeschrieben hatte, erschienen auch mehrere der hervorragendsten Anhänger Zapolyas, einige Tage später, vielleicht bewogen durch den Ausgang des Treffens bei Tokaj, auch der Graner Erzbischof Bárdaÿ und der siebenbürgische Woywode Peter Perényi.

Nachdem Ferdinand am 6. Oktober in der Versammlung der Magnaten, am 7. vor den Vertretern des Adels und der Städte seine Rechte auseinandergesetzt hatte, wurde er allgemein als König anerkannt. Am 3. November wurde er in Stuhlweissenburg, und zwar, da Bárdaÿ vom Papste als Erzbischof von Gran noch nicht bestätigt war, wie früher Zapolya, durch den Bischof von Neitra feierlich gekrönt. In dieser Beziehung war gerade der Übertritt Perényis von großer Wichtigkeit gewesen, weil er als Kronhüter die Reichsinsignien in seinen Händen hatte, so daß es nur dadurch möglich ward, die von den Ungarn so hochverehrte Krone des heiligen Stephan auf das Haupt Ferdinands zu setzen. Perényi wurde daher auch in der Würde eines Woywoden von Siebenbürgen bestätigt, während die Krone jetzt der Hut des verläßlichen Palatins Báthory anvertraut ward. Von den übrigen Anhängern Ferdinands wurde Thomas Szalaházy zum Reichskanzler und Bischof von Erlau, Alexius Thurzó zum Oberstlandesrichter ernannt und sie wie andere mit Gütern beschenkt [1]). Dagegen wurden Zapolya und Verböczy für Feinde des Vaterlandes erklärt und seine übrigen Anhänger, namentlich der Bischof Erdödy von Agram, zwei Bánffy, der Prior Johann Tahy und Franz Homonnay, wie die Obergespäne ebenfalls mit der Strafe des Hochverrats bedroht, wenn sie nicht binnen drei Wochen vor dem Könige erscheinen würden. Auch die Stände von Slavonien leisteten jetzt dem Könige Ferdinand die Huldigung und ebenso erkannten die drei Nationen Siebenbürgens, die Ungarn, Székler und Sachsen auf einer Versammlung in Marosvásárhely den von Ferdinand gesendeten Kaspar Horváth als Statthalter an [2]).

1) Vgl. Katona XX, 203 sqq.
2) Fraknói in Mon. comit. I, 161. 168.

Was Friedrich III. und Maximilian I. mit so großer Ausdauer angestrebt hatten, die Erwerbung Böhmens und Ungarns für das Haus Habsburg, war endlich erreicht. Ob aber die Vereinigung dieser Reiche mit Österreich eine bleibende sein würde, vermochte damals kein Mensch vorauszusehen. Darüber durfte man sich jedenfalls keiner Täuschung hingeben, daß noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein würden. Denn nicht die Überzeugung, daß die Verbindung dieser drei Ländergruppen allen zum Vorteile gereichen würde, hatte dieselbe herbeigeführt, sondern das Interesse einflußreicher Persönlichkeiten, persönliche Sympathieen und Antipathieen die Wahl des Erzherzogs Ferdinand zum Könige von Böhmen und Ungarn bewirkt. Daß die Gründung einer kräftigen Monarchie an der mittleren Donau angesichts der von den Türken drohenden Gefahren geradezu eine Lebensfrage für Mitteleuropa sei, sahen gewiß nur wenige von den maßgebenden Persönlichkeiten ein. Wie die böhmischen Stände darüber dachten, zeigt ihr Beschluß, ihrem erwählten Könige vorstellen zu lassen, daß sie es für nützlicher hielten, wenn er nicht König von Ungarn wäre, weil der Schutz dieses Reiches gegen die Türken ungeheuere Kosten verursachen und seine häufige Gegenwart daselbst notwendig machen würde [1]. In Ungarn war der Haß gegen die Deutschen in weiten Kreisen lebendig, und nur zu viele dachten im Innern wie die Bewohner Slavoniens, daß sie lieber den Türken als jenen unterthan sein möchten. Es bedurfte daher jedenfalls noch großer Anstrengungen und umsichtigen Vorgehens, wenn es gelingen sollte, Zapolya ganz aus Ungarn zu verdrängen, das Reich gegen die Türken zu schützen und das Mißtrauen gegen das Haus Habsburg, mit dem man die Herrschaft der Deutschen identifizierte, zu überwinden.

1) Die böhmischen Landtagsverhandlungen und Landtagsbeschlüsse I, 37.



Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

